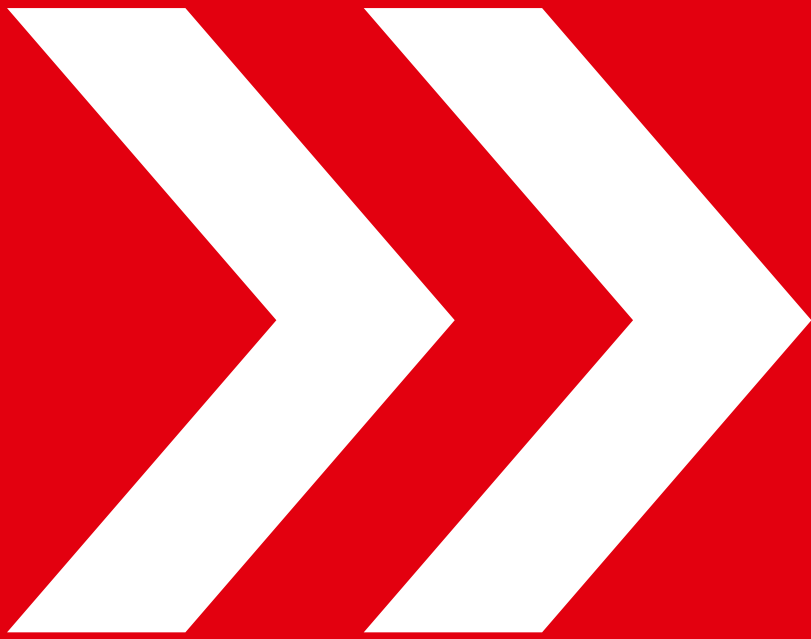
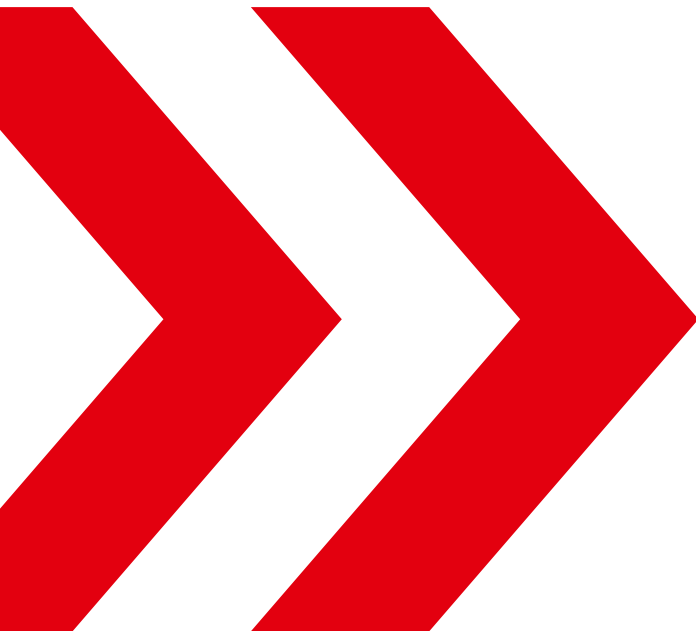




JAHRBUCH 2019 – 2020

DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI DEUTSCHLANDS

SPD Soziale
Politik für
Dich.



05 BERICHTE DER GREMIEN

06 Parteivorstand und Präsidium

09 BERICHTE DES WILLY-BRANDT-HAUSES

10 Europawahl 2019

15 Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses

17 #unsereSPD

20 Unser Zukunftsprogramm

21 Parteiarbeit und -organisation
in Zeiten von Corona

22 Ad-hoc-Arbeitsgruppen

25 Parteischule im Willy-Brandt-Haus

31 Mitgliederwerbung und Strukturdaten

38 Gleichstellungspolitik

43 Ostbeauftragter der SPD

44 Internationale Politik

46 Europapolitik

51 FINANZEN DER PARTEI

52 Finanz- und Vermögensentwicklung

72 Kontrollkommission

75 BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

76 Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

76 Arbeitsgemeinschaft
für Arbeitnehmerfragen (AfA)

77 Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus

77 Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemo-
kratinnen und Sozialdemokratinnen
im Gesundheitswesen (ASG)

78 Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

78 Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen
in der SPD (AGS)

79 Arbeitsgemeinschaft sozialdemo-
kratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

79 Jusos-Bundesverband

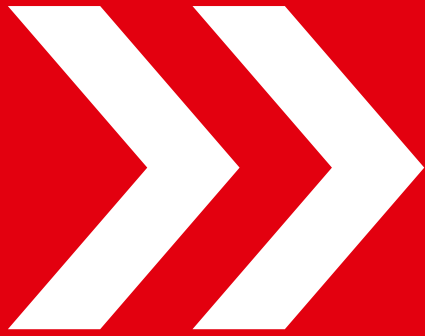
80 Juso-Hochschulgruppen

83 SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft der SPD
für Akzeptanz und Gleichstellung

83 Arbeitsgemeinschaft Migration
und Vielfalt

84 Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv –
Menschen mit Behinderungen in der SPD

85	BERICHTE KOMMISSIONEN, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, ARBEITS- UND GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN	121	BERICHTE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE
86	Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD	122	Schleswig-Holstein
89	Arbeitskreis Jüdische Sozialdemokrat*innen	125	Mecklenburg-Vorpommern
90	Arbeitskreis muslimischer Sozialdemo- kratinnen und Sozialdemokraten (AKMS)	126	Hamburg
92	Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS)	130	Bremen
93	Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand	141	Niedersachsen
95	Geschichtsforum der SPD	153	Braunschweig
96	Medien- und Netzpolitische Kommission	163	Hannover
98	Europapolitische Kommission	168	Nord-Niedersachsen
98	Kommission Internationale Politik	170	Weser-Ems
99	Koordinierungsgruppe Türkei	173	Sachsen-Anhalt
99	Organisationspolitische Kommission	178	Brandenburg
100	Bundesschiedskommission	184	Berlin
103	Kommission „Zukunft der Alterssicherung“	192	Nordrhein-Westfalen
105	Kommission Bezahlbarer Wohnraum und soziale Bodenpolitik	200	Hessen
106	Kommission Steuern und Finanzen	210	Hessen-Nord
107	Vermögenssteuer-Kommission	218	Hessen-Süd
107	Themenforum Verbraucherpolitik	224	Thüringen
108	Forum Innenpolitik	228	Sachsen
109	Kulturforum der SPD	232	Saarland
110	Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie	236	Rheinland-Pfalz
111	Forum Eine Welt & Gesprächskreis Menschenrechte	241	Baden-Württemberg
112	Gesprächskreis Jugend	252	Bayern
114	Arbeitnehmerinitiative	255	BERICHT DES ARBEITSKREISES DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD
115	Gewerkschaftsrat	259	BERICHT DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION
115	Der Seniorenrat der SPD	319	DIE SPD-ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
116	Kommunalbeirat	323	SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK
117	Wirtschaftspolitischer Beirat	331	VERSTORBENE SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN
118	Länderrat	339	BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN
119	Mitgliederbeirat	458	Impressum
119	Preisverleihungen		



BERICHTE DER **GREMIEN**

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

PARTEIVORSTAND UND PRÄSIDIUM

MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

Parteivorsitzende: Andrea Nahles (bis 03.06.2019)

Kommissarische Übernahme der Aufgaben der Vorsitzenden ab 03.06.2019:

Malu Dreyer

Manuela Schwesig (bis 10.09.2019)

Thorsten Schäfer-Gümbel (bis 30.09.2019)

Doppelspitze ab dem Parteitag am 06.12.2019:

Saskia Esken

Norbert Walter-Borjans

Stellvertretende Vorsitzende:

Bis zum Parteitag 06.–08.12.2019:

Malu Dreyer

Natascha Kohnen

Thorsten Schäfer-Gümbel (bis 30.09.2019)

Olaf Scholz Serpil Midyatli

Manuela Schwesig (bis 10.09.2019)

Ralf Stegner

Ab dem Parteitag 06.–08.12.2019:

Klara Geywitz

Hubertus Heil

Kevin Kühnert

Anke Rehlinger

Generalsekretär: Lars Klingbeil

Schatzmeister: Dietmar Nietan

Beauftragter des PV für die Europäische Union: Udo Bullmann

Beisitzerinnen und Beisitzer

Bis zum Parteitag 06.–08.12.2019:

Doris Ahnen

Niels Annen

Katarina Barley

Leni Breymaier

Martin Dulig

Michaela Engelmeier

Wiebke Esdar

Klara Geywitz

Kerstin Giese

Michael Groschek

Uli Grötsch

Hubertus Heil

Eva Högl

Oliver Kaczmarek

Daniela Kolbe

Gabriele Lösekrug-Möller

Heiko Maas

Christoph Matschie

Ab dem Parteitag 06.–08.12.2019:

Doris Ahnen

Leni Breymaier

Martin Dulig

Michaela Engelmeier

Wiebke Esdar

Franziska Giffey

Kerstin Giese

Uli Grötsch

Gustav Horn

Oliver Kaczmarek

Heiko Maas

Bettina Martin

Matthias Miersch

Serpil Midyatli

Aydan Özoguz

Katja Pähle

Boris Pistorius

Michael Roth

Sara Ryglewski

Dagmar Schmidt

Beisitzerinnen und Beisitzer

Bis zum Parteitag 06.–08.12.2019:

Matthias Miersch
Michael Müller
Aydan Özoguz
Katja Pähle
Boris Pistorius
Anke Rehlinger
Michael Roth
Sarah Ryglewski
Dagmar Schmidt
Svenja Schulze
Alexander Schweitzer
Carsten Sieling
Johanna Uekermann
Sascha Vogt
Ute Vogt
Dietmar Woidke

Ab dem Parteitag 06.–08.12.2019:

Svenja Schulze
Alexander Schweitzer
Andreas Stoch
Johanna Uekermann
Dietmar Woidke

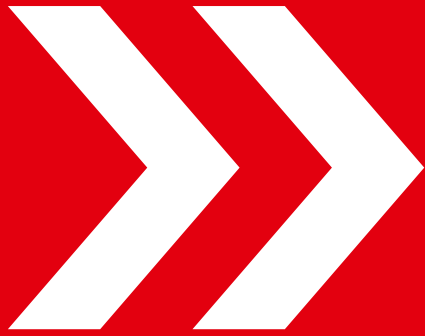
MITGLIEDER DES PRÄSIDIUMS

Bis zum Parteitag 06.–08.12.2019:

Andrea Nahles (bis 03.06.2019)
Malu Dreyer
Natascha Kohnen
Thorsten Schäfer-Gümbel (bis 30.09.2019)
Olaf Scholz
Manuela Schwesig (bis 10.09.2019)
Ralf Stegner
Lars Klingbeil
Dietmar Nietan
Udo Bullmann
Doris Ahnen
Leni Breymaier
Hubertus Heil
Aydan Özoguz
Svenja Schulze
Johanna Uekermann

Ab dem Parteitag 06.–08.12.2019

Saskia Esken
Norbert Walter-Borjans
Klara Geywitz
Hubertus Heil
Kevin Kühnert
Serpil Midyatli
Anke Rehlinger
Lars Klingbeil
Dietmar Nietan
Udo Bullmann
Doris Ahnen
Katja Pähle



BERICHTE DES **WILLY-BRANDT- HAUSES**

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

EUROPAWAHL 2019

AUSGANGSLAGE UND ZIELSETZUNG

(Gekürzter Auszug aus dem Bericht des Generalsekretärs an den o.BPT 2019)

Im Vergleich zu 2014 war die Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur EU/zu Europa zur Europawahl 2019 wesentlich positiver. Mit Europa/der EU wurden mehr Chancen als Risiken verbunden. In diversen Umfragen wurden in Deutschland bei einer klaren Mehrheit deutlich mehr Vor- als Nachteile durch die Mitgliedschaft in der EU gemessen. Ein weiterer Grund für die proeuropäische Haltung in Deutschland war sicherlich auch die Sorge, dass die EU auseinanderbrechen könnte. Diese Sorge wurde durch das Brexit-Votum und die dauerhaften „schlechten Nachrichten aus Großbritannien nochmal deutlich verstärkt. Die wichtigsten Themen waren neben der Geflüchtetenpolitik (mit absteigender Relevanz zwischen 2015 und 2017) das soziale Europa, eine gerechte und wirksame Steuerpolitik sowie – mit im Wahljahr zunehmender Bedeutung – der Klimaschutz.

Ziel war es, die SPD als die proeuropäische Kraft zu positionieren, die für sozialen Zusammenhalt steht. Die proeuropäische Grundhaltung sollte mit den Themenschwerpunkten „soziales Europa“ und „mehr Steuergerechtigkeit“, die in der SPD-Zielgruppe die höchste Zustimmung erhalten hatten, aufgeladen werden. Uns war bei dieser Kampagne wichtig, ein positives Bild von der EU zu zeichnen. Denn das hat auch die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer. Und sie wollen Antworten, sie wollen wissen, wie Probleme gelöst werden können und sie wollen eine konstruktive Politik, die sich nicht darin erschöpft, darzustellen, was nicht möglich ist. Für uns stand deshalb früh fest, dass wir bei der Kampagne auf eine positive, optimistische Stimmung setzen wollten, die Bedeutung Europas für die Lösung vieler drängender Fragen aufzeigt. Denn Europa ist die Antwort auf viele der Fragen, die Menschen umtreibt.



ZIELGRUPPEN

Ziel war es, die klassischen SPD-Wähler zu mobilisieren und die beiden Potenzialwählergruppen, also die jüngeren Wähler sowie die Frauen, über die Themen sowie über die Kandidatin, die Modernität, Frische und Optimismus verkörperte, anzusprechen. Die drei identifizierten Zielgruppen – jung, weiblich, urban, sowie unsere Stammwähler und Erstwähler – wurden durch verschiedene Medien, aber auch Mitmachangebote angesprochen. Die Stammwähler, die im Schnitt ca. 55 Jahre und älter sind, sollten vorrangig durch die Großflächenplakate mobilisiert werden. Die Auspielung der Großflächen haben wir systematisch aufgebaut, um so die Geschichte der Kampagne zu erzählen, die am Ende auf unsere Spitzenkandidatin zuläuft. Gestartet sind wir mit den Plakaten, die unsere Werte vermitteln sollten, analog zu den A1 und A0 Plakaten. Als zweiter Schritt wurde Katarina Barley (und auch Udo Bullmann) prominent mit sozialdemokratischen Themen wie Gleichstellung oder Arbeitnehmer*innenrechten verbunden. Bei der letzten Welle wurde der Schwerpunkt ganz auf

Katarina Barley gelegt. Wichtig war für uns, dass die Plakatlinie eine emotionale und frische Anmutung hat, die zur Spitzenkandidatin passt. Die Motive sollten das Gefühl vermitteln, dass die SPD mitten im Geschehen ist und Teil einer Bewegung ist. Mit dem ergänzenden Claim „Kommt zusammen“ ist die Intention gut abgebildet worden. Klimaschutz ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen und wie es die Umfragen gezeigt haben, hat die SPD eine hohe Glaubwürdigkeit bei den Wählerinnen und Wählern, den Klimaschutz mit der sozialen Frage zu verbinden. V.a. haben wir bei den Wählerinnen und Wählern eine hohe Lösungskompetenz bei diesem Zukunftsfeld. Ohne Sozialdemokratie hätte es den Ausstieg aus der Kernenergie und Kohleverstromung nie gegeben und v. a. auch nicht sozialverträglich. Es ist jedoch weder auf den Plakaten noch im politischen Diskurs gelungen diese Verbindung deutlich zu machen.

Die Sondermotive (Trump, Brexit, Digitalsteuer...) waren nicht nur der Start in den Vorwahlkampf, sondern sollten als Scharnier zwischen der „Offline“-Kommunikation und der „Online“-Kommunikation dienen.

Mit der Online-Kampagne wurden vor allem die Potenzialwähler angesprochen. Diese war wesentlich provokativer angelegt als der Rest der Plakatkampagne, so dass sie auch bei einer jüngeren Gruppe sowie in den sozialen Netzwerken funktionieren. Die Potenzialwähler – die jungen Menschen sowie die Zielgruppe jung, weiblich und urban wurde über eine strategisch entwickelte digitale Werbekampagne bei Facebook sowie bei Instagram angesprochen. Die Werbestrategie war ein langfristig angelegter Prozess, der schon im Gegensatz zu den anderen Parteien im März begonnen hat. Damit wurde in drei Monaten eine kontinuierliche Verbesserung der Zielgruppen erreicht. Des Weiteren wurden die Zielgruppen über einen längeren Zeitraum mit Themen und Positionen der SPD bespielt. Im Vergleich zur letzten Europawahl 2014 wurde das Budget für die digitalen Kampagne verachtzigfacht.



KOMMUNIKATIONSINSTRUMENTE

Bei diesem Wahlkampf haben wir uns auf zwei neue digitale und direkte Kommunikationsinstrumente konzentriert. Bei der digitalen Kommunikation haben wir verstärkt auf eine zielgruppenspezifische Werbestrategie gesetzt. Zudem haben wir zwei Neuerungen eingeführt, die Kommunikation mit potenziellen Wählerinnen und Wählern, aber auch mit den eigenen Mitgliedern positiv verändert hat. Als einzige Partei haben wir ein aktives Community Management aufgebaut und etabliert. Durch die sehr gute Vorarbeit in der Vorwahlkampfphase waren wir in der Lage, schnell auf Situationen zu reagieren. Damit schafften wir zum ersten Mal einen richtigen Austausch mit den User*innen auf den Kanälen (facebook und twitter), konnten unsere Botschaften nochmal mehr verstärken und boten den Hetzern die Stirn. Das ist ein aktiver Beitrag zu einer neuen Debatte und stärkt die Demokratie im Netz. Doch nicht nur das: Durch das CM wurde auch unser Image bei relevanten Zielgruppen verbessert. Kommentare werden gelesen und bewertet.

Die andere Neuerung war unser Digital Debating Team. Mit diesem Team, das nur aus freiwilligen Unterstützerinnen und Unterstützern bestand – nicht „nur“ Parteimitglieder – haben wir es geschafft, zum ersten Mal die ganze Kraft unserer Organisation auch online zu bündeln und strategisch einsetzen. Eine Schnittstelle/Andockstation nicht „nur“ für junge Menschen ist eine zentrale Zukunftsaufgabe für die SPD. Damit bündeln wir nicht nur unsere Organisationskraft, sondern verstärken sie auch noch.

Auch die Veranstaltungsformate der Kampagne waren auf Dialog ausgerichtet. Wir haben uns aktiv für ein Format entschieden, bei dem Dialoge auf „Augenhöhe“ stattfinden können, es möglich war, direkt „ins Gespräch“ zu kommen und auch Antworten von „den Politiker*innen“ zu erhalten.

Die strategische Ausrichtung der Kampagnenkommunikation wurde deutlich auf das Internet verlagert. Die Europawahl 2019 war so gesehen die erste Kampagne in der Geschichte der SPD, die Online first gedacht und konzipiert wurde. Die Wirkungsmechanismen der Kommunikation haben sich verändert. Während noch vor einigen Jahren das Internet die Echokammer der „Off-line“-Diskurse war, sind die Social-Kanäle die neuen Kommunikationstreiber geworden. Über Debatten, die dort geführt werden, wird in den klassischen Medien diskutiert. So werden auch die klassischen Mediennutzer in die digitale Kommunikation eingebunden, da diese in die off-line-Medien übertragen werden. Dies ist ein sich selbst verstärkender Effekt. Zudem verfügt die SPD im Netz nach wie vor über ein großes Mobilisierungspotenzial für das eigene Agenda-Setting. Ziel war es deshalb zum einen, die Potenzialwählerschaft über die digitale Kommunikation anzusprechen und eine Verbindung zwischen klassischer und digitaler Kommunikation herzustellen. Zudem sollte die Organisationsfähigkeit der SPD im Netz gestärkt und das dort liegende Potenzial gezielt eingesetzt werden.

MOBILISIERUNG UND PARTEI

Die strategische Zielsetzung im Europawahlkampf war es, die Partei frühzeitig in die Kampagnenplanung einzubinden. Dies sollte mit einer kontinuierlichen und verlässlichen Kommunikation mit den Aktiven, europaaaffinen Genossinnen und Genossen vor Ort und den Kolleg*innen in der Fläche mit einem lang angelegten Programmprozess sowie der rechtzeitigen Lieferung von Materialien und Argumentationshilfen gewährleistet werden. Eine wichtige unterstützende Rolle sollten die Landesverbände (insbesondere die Länder, in denen zeitgleich Kommunalwahlen stattgefunden haben) nehmen, um so eine gute Verbindung in die Fläche zu erhalten und möglicherweise rechtzeitig gegenzusteuern, falls Probleme auftreten sollten.

Ziel in diesem Wahlkampf war es, die Partei fit für den Wahlkampf zu machen und die Parteimitglieder aktiv in den Wahlkampf einzubinden. Deshalb haben wir den Programmprozess zur Europawahl partizipativ gestaltet. Das bedeutet, dass die Parteimitglieder und Gliederungen zum ersten Mal beim Programmprozess eines Europawahlprogramms eingebunden wurde und mitgehalten konnten. Es gab viele partizipative Elemente wie eine Onlinebefragung für Mitglieder, verschiedene Programmforen, auf denen bestimmte Schwerpunkte diskutiert wurden und am Ende auch einen Programmparteitag (Konvent), auf dem das Programm beschlossen wurde. Doch nicht nur Parteimitglieder wurden in den Programmprozess eingebunden. Uns war es wichtig, unsere Verbindungen zu verschiedenen Stakeholdern wie Gewerkschaften, Frauennetzwerken, Sozialverbänden, Umweltverbänden wieder zu stärken und mit ihnen in einen Austausch zu kommen.

Der zweite Aspekt ist die verlässliche Kommunikation nach innen. Wir haben Wert darauf gelegt, mit den Mitgliedern klar und verlässlich zu kommunizieren und genau zu informieren. Das haben wir auf diversen Wegen gemacht, klassisch per Mail, aber auch per WhatsApp oder eben

auch über Facebook. Facebook ist das Netzwerk, bei dem die meisten Genossinnen und Genossen registriert sind. Damit haben wir eine Kommunikationsplattform, um unsere Botschaften auch in die Partei hinein zu transportieren und so zu mobilisieren.

Wir wollten für die Partei ein attraktives Veranstaltungsformat und Angebot schaffen, das einerseits neu ist, die Gliederungen als unterstützend empfinden und wir eine hohe Reichweite in der Fläche erlangen. Bei der Veranstaltungskonzeption haben wir uns darauf konzentriert, mit vielen „Marktplatzveranstaltungen“ viele Menschen direkt zu erreichen. Ergänzend haben wir ein Format gefunden, mit dem die Partei (auch in organisatorisch schwächeren Regionen) echten Straßenwahlkampf machen konnte. Über 1000 Veranstaltungen wurden zentral aus dem Willy-Brandt-Haus heraus organisiert. Das gab es vorher noch nie. Wir haben dabei die Veranstaltungen so konzipiert, dass sie auch gleichzeitig als Mobilisierung der eigenen Parteimitglieder funktioniert. Die Konzeption sah zwei Formate vor. Zum einen die Infotruck-Tour. Hier wurden Foodtrucks gebrandet, was zusätzlichen Werbedruck auf der Straße erzeugte. Diese waren der Grundstock für eine Infoveranstaltung vor Ort, die mit einfachen Mitteln und relativ wenig Manpower von den Gliederungen vor Ort durchgeführt werden konnte. Noch vor Ostern sind wir gestartet, um eine hohe Reichweite zu erlangen. Zum anderen sind wir im Mai in die Schlussphase gestartet und haben hierfür das Format für die Spitzenkandidatin entwickelt. Diese wurden größer angelegt, aber der Fokus blieb weiterhin auf dem Austausch zwischen Kandidatin und den Bürgerinnen und Bürgern. In einer Art Townhall-Meeting auf dem Marktplatz oder anderen öffentlichen Plätzen haben sich Katarina Barley und Udo Bullmann den Fragen der Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Und das auf Augenhöhe. Damit konnte ihr Image der zugewandten Kandidat*innen, die sich für die Belange der Menschen interessieren, noch weiter ausgebaut werden. In der Mobilisierung für die Veranstaltungen ist es allerdings nicht durchgehend gelungen, Menschen außerhalb der Partei zu erreichen.



GEMEINSAMER WAHLKAMPF VON SPD & SPE

Für die Europawahl 2019 hatten sich alle 33 Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) auf die Annahme eines gemeinsamen Manifests „Ein neuer Sozialvertrag für Europa“ und die Aufstellung eines gemeinsamen Spitzenkandidaten/einer gemeinsamen Spitzenkandidatin verständigt. Und die SPD war dabei treibende Kraft und immer wieder federführend. Bei der Erarbeitung des nationalen Wahlprogramms hatte die SPD die europäische Perspektive stets im Blick, so dass das Ergebnis als eine Vertiefung und eine Erweiterung des Manifestes der europäischen Sozialdemokratie zu lesen war. Die Programme griffen ineinander und zeichneten übereinstimmend eine Vision für unser gemeinsames Europa. Die SPD hatte

frühzeitig einen Programmprozess gestartet und in Kooperation mit der SPE und der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament (S&D Fraktion) vier Veranstaltungen organisiert: Programmforen zu den zentralen europäischen Grundwerten „Freiheit & Demokratie“, „Gerechtigkeit“, „Solidarität“ und „Frieden“. Darunter eine Veranstaltung im Rahmen der Betriebs- und Personalrätekonferenz in Bremerhaven, wo gleichzeitig mit der Europawahl auch Bürgerschaftswahlen stattfanden.

Bereits 2014 hatte die europäische Spitzenkandidatur von Martin Schulz den Weg zu mehr Demokratie, mehr Beteiligung und damit zu mehr Zusammenhalt in der Europäischen Union bereitet. Die Solidarität unter den Schwesterparteien hat die deutsche Sozialdemokratie auch 2019 ohne Abstriche weitergetragen, indem sie beispielsweise Frans Timmermans einen Tag nach seiner Nominierung zum Spitzenkandidaten der SPE zur SPD-Konferenz der Europadelegierten nach Berlin geladen hatte. Ein starkes Signal für einen gemeinsamen Wahlkampf. Frans Timmermans unterstützte in den folgenden Wochen die SPD auch immer wieder aktiv im Straßenwahlkampf und bei diversen Veranstaltungen. In zwei TV-Auftritten im deutschen Fernsehen stellte sich Timmermans dem Rede-Duell mit dem EVP-Kontrahenten Manfred Weber und setzte dabei auch Themen des SPD-Wahlprogramms. Die Vorbereitung dieser Auftritte wurden vom Willy-Brandt-Haus unterstützt, inhaltlich vorbereitet und vom SPD-Online-Team in den sozialen Netzwerken begleitet. In Absprache mit der SPD wurden deutschlandweit SPE-Plakate mit Frans Timmermans gehängt sowie ein Großflächenplakat zum Thema Steuergerechtigkeit am Berliner Alexanderplatz präsentiert. Die europäischen Schwesterparteien arbeiteten im Wahlkampf eng zusammen. So hatte die SPD vor Start der nationalen und europaweiten Kampagnen Wahlkampfleiterinnen und Wahlkampfleiter nach Berlin geladen, um im Willy-Brandt-Haus eine Abstimmung und Koordination der nationalen Wahlkämpfe der Mitgliedsparteien der SPE mit der Kampagne des gemeinsamen Spitzenkandidaten vorzunehmen.

WAS GUT GELAUFEN IST UND WAS NICHT

Die Ausgangslage für die Europawahl 2019 war speziell. Die Nachwirkungen der schwierigen Bundestagswahlkampagne, die angespannte Stimmung in der Phase der Regierungsbildung, die personellen Veränderungen an der Parteispitze und die schwache demoskopische nationale Stimmung waren keine guten Rahmenbedingungen. Unabhängig davon müssen einige Learnings diskutiert werden.

Die SPD ist und bleibt die Europapartei, daher ist es wünschenswert, die verschiedenen europapolitischen Akteure (SPD Gruppe, SPD Bundestagsfraktion, Regierung, SPE und Partei) enger zu verzahnen und bei der Vorbereitung von Europa-Wahlkämpfen langfristig zu integrieren. So könnte die europapolitische Basis verbreitert werden und die programmatische und organisatorische Unterstützung der SPD-Gruppe im Wahlkampf noch deutlich ausgebaut werden.

Grundsätzlich gilt auch bei Europawahlen – wie bei allen Wahlkämpfen: Eine langfristige Vorbereitung ist hilfreich und notwendig. 12 Monate Vorbereitungs- und Durchführungszeit sind sehr sportlich und können nur gelingen, wenn 100 Prozent Konzentration auf die Kampagne gelenkt werden kann.

Die inhaltliche Zuspitzung auf Themen, die für die SPD einzahlen, muss deutlich früher begonnen werden, um nicht von anderen Themen überrollt zu werden. Die inhaltliche Zuspitzung muss dann auch konsequent betrieben und breit unterstützt werden und sich auch in der Plakatlinie widerfinden. Der Koordinationsaufwand für eine nationale Kampagne (mit regionalen Fenstern und Kommunalwahlen) mit der gesamteuropäischen Kampagne ist ein nicht zu vernachlässigender Aufwand.

Die Kommunikation in die Partei, insbesondere mit den Wahlkämpfern, hat gut funktioniert. Mailings und die Onlinesprechstunden sind gut angenommen worden. Die hohen Materialbestellungen (25 Prozent mehr als 2014) und die vielen Wahlveranstaltungen in der Fläche sind ein deutlicher Beleg dafür.

Die Integration der Zielgruppenkampagnen (AsF & Jusos) war ein effektiver Baustein. Insbesondere die AsF Kampagne und die eigenen AsF- und Juso-Touren waren für die interne Mobilisierung hilfreich.

Die innovativen neuen Kommunikationsinstrumente sollten auch für andere Wahlkämpfe Anwendung finden und zwischen den Kampagnen weiterentwickelt werden.

NEUAUFSTELLUNG DES WILLY-BRANDT-HAUSES

(Auszug aus dem GS-Bericht an den o.BPT 2019)

Auf die Mitarbeiter*innen im Willy-Brandt-Haus war auch in schwierigen Zeiten stets Verlass. Gleichzeitig werden die Anforderungen an eine moderne Parteizentrale ständig komplexer und wir stehen vor großen Herausforderungen: politischen und organisatorischen. Und all das mit deutlich weniger Ressourcen. Deshalb haben wir uns auf den Weg gemacht, das WBH für die Zukunft neu aufzustellen und dauerhaft kampagnenfähig zu machen.

Durch eine Verbesserung der Struktur, der Arbeitsweise und durch Konzentration auf prioritäre Aufgaben wird das Willy-Brandt-Haus daher für die Zukunft aufgestellt. Unser Ziel ist es, das WBH in Kampagnen schlagkräftiger zu machen und zu einer modernen Parteizentrale weiterzuentwickeln, die am Puls der Zeit arbeitet. Es soll eine Parteizentrale sein, die strategischer ausgerichtet ist sowie schneller und agiler arbeiten kann. Sie soll in der Gesellschaft vernetzt und nicht nur in Wahlkampfhochzeiten kampagnenfähig sein. In einem nun fast eineinhalb jährigen Prozess habe ich gemeinsam mit dem Bundesgeschäftsführer und dem Schatzmeister ein Konzept für die Neuaufstellung erarbeitet. Bei all dem war uns wichtig, dass wir die neue Aufstellung gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses entwickeln.

Zunächst haben wir mit externer Unterstützung durch die Organisationsberatung Rambøll Kernaufgaben für das Willy-Brandt-Haus herausgearbeitet, auf die wir uns zukünftig konzentrieren werden. Die personellen Ressourcen sollen dazu so aufgestellt werden, dass optimale Ergebnisse erzielt werden können:

- Erstens stärken wir daher die Arbeitsbereiche, in denen wir Themen vordenken und entwickeln und so die inhaltliche Erneuerung unterstützen.
- Zweitens wird die Beteiligung zu einem dauerhaften Prozess und zum Teil der Willensbildung in der SPD gemacht und somit auch die Grundlage geschaffen, die Vorschläge der Organisationspolitischen Kommission umzusetzen.
- Und drittens gewährleisten wir die strategische Kommunikation aus einer Hand und denken die verschiedenen Kanäle nicht mehr getrennt voneinander.

So kann das Willy-Brandt-Haus dazu beitragen, dass die SPD eine systematische strategische Ausrichtung aufbauen, schnelle inhaltliche Impulse in die Debatten einbringen, externe Ideen einsammeln, effektiver kommunizieren und dabei die Mitglieder mehr beteiligen kann. Dazu haben wir sieben Konzeptionsworkshops mit insgesamt 85 Mitarbeiter*innen durchgeführt, um aus dem Haus heraus Verbesserungsvorschläge zu machen. Das beginnt mit einer stärkeren strategischen Steuerung und klaren Verantwortlichkeiten. Aufgaben werden gebündelt, Doppelstruk-

turen abgeschafft und Kompetenzen im Haus dadurch besser genutzt. Außerdem arbeiten wir in flexiblen Projektstrukturen statt in starren Arbeitseinheiten, um so unser Ziel einer dauerhaften Kampagnenfähigkeit zu erreichen.

Wir haben die Strukturen im WBH neu gedacht, um diesen Anforderungen gerecht zu werden. Dabei gab es keine Tabus und kein Bereich wurde ausgeklammert. Das galt auch für die Aufgabenteilung in der Hausleitung und deren Aufstellung. Der Kerngedanke dabei war, nicht mehr von „Zuständigkeiten“ aus zu denken, sondern konsequent von „Prozessen“. Das ermöglicht in Zukunft auch deutlich agilere Anpassungen an politische Schwerpunktsetzungen und Anforderungen. Das Ziel ist es, dass alle im Haus bei den zentralen Projekten stärker miteinander arbeiten, über Abteilungen hinaus. Dafür wird es zukünftig eine unterstützende Projekteinheit geben, die die Kompetenz und Qualifikation hat, Projektleitungen zu übernehmen und die Zusammenarbeit in agilen und klassischen Projekten zu koordinieren.

Bei IT-Projekten arbeiten wir bereits mit agilen Methoden – eine Vorgehensweise, die fortwährende Verbesserungsschritte zum Ziel hat und in der Softwareentwicklung eine gängige Arbeitsweise ist. Die Geschäftsführung hat dazu mit externer Beratung ein Rahmenwerk für die Arbeit nach diesen Prinzipien entwickelt und beschlossen. Es kommt bei allen digitalen Projekten zum Einsatz und wir haben begonnen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des WBH entsprechend zu schulen. Die Geschäftsführung hat überdies festgelegt, regelmäßig einmal im Quartal mit Schatzmeister, Generalsekretär und Bundesgeschäftsführer die strategischen Entscheidungen im IT-Bereich gemeinsam zu beraten und zu beschließen.

Für die Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz, hat das Willy-Brandt-Haus bereits projektorientiert und abteilungsübergreifend gearbeitet. Und das wurde sehr positiv aufgenommen, weil diese Projektstruktur Freiräume schafft und Kreativität freisetzt.

Im kommenden Jahr werden wir die neuen Strukturen nun in Kraft setzen und innerhalb der nächsten drei Jahre soll dann jede Person im Haus an der richtigen Stelle sitzen. Bereits jetzt wurde ein „Strategisches Zentrum“ eingerichtet, in dem alle Erkenntnisse aus dem Haus zusammenfließen und auf dieser Basis über prioritäre Projekte entschieden wird. Die Entscheidungen, die im „Strategischen Zentrum“ getroffen werden, sollen auf Basis der Kompetenz von allen Abteilungen im Haus gefällt werden, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter transparent sein und so Orientierung geben.

Mit der Neuaufstellung haben wir außerdem die Chance, besser zu verstehen, was in der Partei passiert, was die Genossinnen und Genossen vor Ort umtreibt und wo sie unsere Unterstützung brauchen. Dazu wollen wir eine Dienstleistungszentrale aufbauen, als erste Anlaufstelle für Gliederungen, damit wir Dienstleistungen passgenauer auf ihre Bedürfnisse ausrichten können. Konzepte sollen nicht in einer kleinen Gruppe am grünen Tisch entwickelt werden, sondern immer im Austausch mit den Bezirken und Landesverbänden, damit sie den Lebens- und Parteirealitäten unserer Mitglieder vor Ort entsprechen.

Der Weg der Neuaufstellung ist nicht nur ein langer Weg. Es wird sicherlich auch an mancher Stelle kein ganz einfacher Weg. Wir alle müssen uns verändern, Liebgewonnenes hinter uns lassen und neue Aufgaben übernehmen. Das bringt Unsicherheit und Ängste mit sich, manchmal sicherlich auch Konflikte.

Aber ich bin mir sicher, dass es lohnt den Weg zu gehen. Und dass es am Ende Spaß machen wird, alte Strukturen hinter uns zu lassen, klare Prioritäten zu kennen, eigenverantwortlicher und mehr miteinander zu arbeiten. Und damit als WBH auch erfolgreicher zu sein. Von unseren politischen Gegnern wieder gefürchtet zu sein und wieder das Kraftzentrum der SPD zu werden. Das ist unser Ziel.

#UNSERESPD

PROJEKT ZUR MITGLIEDERBEFRAGUNG UND WAHL EINER DOPPELSPITZE

Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles als Vorsitzende der SPD übernahmen die stellvertretenden Parteivorsitzenden Malu Dreyer, Manuela Schwesig und Thorsten Schäfer-Gümbel die Aufgabe, die SPD bis zur Wahl eines neuen Parteivorsitzes zu führen. Mit dem anschließenden Vorgehen für die demokratische Mitgliederbeteiligung im Vorfeld der Wahl des Parteivorsitzes wurde ein leuchtendes Beispiel innerparteilicher Demokratie und der Mitgliederbeteiligung geschaffen. Nach intensiver Beratung hat der Parteivorstand am 24. Juni 2019 drei Entscheidungen getroffen:

- 1. Die SPD soll künftig von einer Doppelspitze geführt werden können.**
- 2. Die Doppelspitze soll die SPD als Team gemeinsam führen.**
- 3. Die Mitglieder sollen bei der Wahl des/der Parteivorsitzenden befragt werden.**

Ab Anfang Juli bis zum 1. September konnten sich Interessierte bewerben. Voraussetzung war, dass man die Unterstützung von mindestens 5 Unterbezirken, einem Bezirk oder einem Landesverband hat. Am 2. September standen dann acht Teams und eine Einzelkandidatur fest und waren vom Wahlvorstand, bestehend aus Dietmar Nietan, Wolfgang Thierse und Christine Bergmann bestätigt.

- Karl-Heinz Brunner
- Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans
- Klara Geywitz und Olaf Scholz
- Christina Kampmann und Michael Roth
- Petra Köpping und Boris Pistorius
- Simone Lange und Alexander Ahrens
- Hilde Mattheis und Dierk Hirschel
- Nina Scheer und Karl Lauterbach
- Gesine Schwan und Ralf Stegner

MITGLIEDERBEFRAGUNG ONLINE

Zum ersten Mal konnten unsere Mitglieder auch online an einer Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz teilnehmen. Rund 144.000 Mitglieder haben sich für die beiden Online-Abstimmungen registriert. Die Abstimmung fand auf einer extra eingerichteten Abstimmungsplattform der Firma Scytal statt. Zur Anmeldung benötigten Die Mitglieder ihre Mitgliedsnummer und eine PIN-Nummer, mit der sie sich auf der Abstimmungsplattform anmelden und ihre Stimme abgeben konnten.

TOUR – UNSERE 23 REGIONALKONFERENZEN

Von Anfang September bis Mitte Oktober bewarben sich die Teams und die Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich auf Regionalkonferenzen deutschlandweit den Mitgliedern vor. Diese Tour war ein zentrales Element der Kampagne zur Bewerbung der ersten Runde der Mitgliederbefragung. Der Auswahlprozess wird und wurde insbesondere bei diesen 23 Tourterminen von Mitgliedern und der Öffentlichkeit als Stärke und Schritt nach vorn wahrgenommen. Auf den Veranstaltungen haben die Kandidierenden ihre Themen und Ideen, für die sie stehen, bekannt gemacht. Die Mitglieder hatten die Möglichkeit, die Kandidat*innen und deren Themen live und im Dialog kennenzulernen, um sich eine Meinung zu bilden und am Prozess aktiv beteiligt zu sein. Wir konnten der Öffentlichkeit und

Presse zeigen, dass die SPD eine lebendige Partei ist, in der um Themen und Ideen gerungen wird und der Findungsprozess ein Schritt im Wiedererstarken der Partei darstellt.

Die Veranstaltungen informierten über die Abstimmungsgrundlage, also darüber, wie und mit welchen Themen die Kandidierenden die SPD zukünftig gestalten wollen und luden zum Dialog hierüber ein. Sie mussten entsprechend einheitlich und vergleichbar sein. Die Kandidierenden sollten jeweils vor Ort gleiche Voraussetzungen erwarten können. Dies haben ein einheitlicher Ablauf und geschulte Moderator*innen ermöglicht.

Der Ablauf bestand aus einer festen immer gleichen Struktur und einer flexiblen Füllung. So entstand Dynamik, Abwechslung und Aufmerksamkeit auf der Grundlage von gleichen Chancen für alle Kandidat*innen und Teams. Das Ziel war ein fairer Umgang, der die Partei nach vorne bringt. Die Veranstaltungen hatten gleichzeitig einen hohen Wiedererkennungsgrad. Durch ein einheitliches Setting (einheitliche Bühnenelemente und Presserückwände sowie diverse Rollups jeweils im Veranstaltungsdesign) war auf den ersten Blick klar, insbesondere auch für die Presse, worum es sich bei den Formaten handelt.

Dass die Tour ein Erfolg war zeigen auch folgende Zahlen: Vom 04. September bis zum 12. Oktober waren wir mit unseren Teams in 23 Städten auf Tour und ca. 20.000 Menschen die Veranstaltungen besucht. Über 500 Genossinnen und Genossen konnten ihre Fragen direkt an die Teams richten und über 270.000 Menschen haben unsere Tour online per Livestream verfolgt. All das war nur durch die sehr engagierte und stets konstruktive Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken möglich, die die Veranstaltungen vor Ort zum großen Teil in Eigenregie umsetzten.

KAMPAGNE ZUR ERSTEN MITGLIEDERBEFRAGUNG

Außerdem hat der SPD-Parteivorstand allen Mitgliedern umfassende Informationen über die Kandidierenden, ihre inhaltlichen Vorschläge sowie über den Prozess zur Wahl einer neuen Parteispitze zur Verfügung gestellt. Im Zentrum stand die Webseite unsere.spd.de, auf der alle Informationen gebündelt wurden. Das waren für die erste Abstimmung insbesondere:

- Eine umfassende Vorstellung der Teams auf der Webseite sowie in Flyern und Präsentationen für Gliederungen.
- Die Antworten der Teams auf 5 von den Mitgliedern in einer Umfrage ausgewählte Fragen.
- Jeweils ein Video von jedem Team, in dem sie sich vorgestellt und ihre Ideen präsentiert haben.
- Jeweils ein Audio mit dem Titel „Mehr als 60 Sekunden“, die Teams im Gespräch miteinander. Ausführlich, hintergründig und präzise.
- Live-Übertragungen der Tour-Veranstaltungen sowie eine Dokumentation mit Aufzeichnungen und Bilderstreifen.

Die Information zum Prozess erfolgte über Visualisierungen, FAQs sowie Erklär-Videos, wie die Brief- und Online-Abstimmung funktioniert. Eine eigene Kampagne informierte zudem über die Registrierung zur Online-Abstimmung. Mit verschiedenen Maßnahmen im E-Mail-Marketing, in den sozialen Netzwerken, Paid-Kampagnen sowie einem Wettbewerb zum „Digitalsten Ortsverein“ wurden 138.053 Mitglieder für die erste Online-Abstimmung mobilisiert.

Die Wahl einer neuen Parteispitze war ein Prozess der Mitglieder. Viele wollten dies auch finanziell unterstützen, daher gab es eine eigene Fundraising-Kampagne. Durch E-Mail-Marketing, u. a. mit der Aktion „Debatten-Ermöglicher*in“ während der Tour, und dem Überweisungsträger in den Brief Abstimmungsunterlagen wurden ca. 400.000 Euro mobilisiert.

ERGEBNISSE DER ERSTEN MITGLIEDERBEFRAGUNG

Am 4. September erklärten Simone Lange und Alexander Ahrens, am 15. September Karl-Heinz Brunner und am 12. Oktober 2019 Hilde Mattheis und Dierk Hirschel ihren Rückzug von der Kandidatur. Damit standen für die erste Runde noch sechs Teams zur Abstimmung. Mehr als 200 Freiwillige kamen am 25. und 26. Oktober im Willy-Brandt-Haus zur Auszählung zusammen. Nach Abschluss der Auszählung ergeben sich folgende Ergebnisse:

- **Stimmberechtigte Mitglieder:** 425.630
- **Eingegangene Rücksendungen:** 226.775 (Abstimmungsbeteiligung: 53,28 Prozent), davon konnten wegen der Nichterfüllung der Kriterien für eine ordnungsgemäße Stimmabgabe 11.819 Einsendungen nicht berücksichtigt werden.
- **Zulässige Stimmen:** 214.956, davon ungültig: 1.263
- **Gültige Stimmen:** 213.693
- **Team Klara Geywitz/Olaf Scholz** erhielt: 48.473 Stimmen (22,68 Prozent)
- **Team Saskia Esken/Norbert Walter-Borjans** erhielt: 44.967 Stimmen (21,04 Prozent)
- **Team Christina Kampmann/Michael Roth** erhielt: 34.793 Stimmen (16,28 Prozent)
- **Team Nina Scheer/Karl Lauterbach** erhielt: 31.271 Stimmen (14,63 Prozent)
- **Team Petra Köpping/Boris Pistorius** erhielt: 31.230 Stimmen (14,61 Prozent)
- **Team Gesine Schwan/Ralf Stegner** erhielt: 20.583 Stimmen (9,63 Prozent)
- **Enthaltungen:** 2.376 keines der Teams hat die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erhalten.

Damit wurde eine weitere Abstimmung zwischen den beiden Teams mit den meisten Stimmen, also Saskia Esken/Norbert Walter-Bojans und Klara Geywitz/Olaf Scholz notwendig.

KAMPAGNE ZUR ZWEITEN MITGLIEDERBEFRAGUNG

Die Kampagne zur finalen Abstimmung hatte das Ziel, beide Teams offen mit ihren Positionen zu präsentieren und dabei auch erkennbar zu machen, wo Unterschiede liegen. Darüber hinaus sollten möglichst viele Mitglieder auch zur zweiten Abstimmung mobilisiert werden. Das zusätzliche mediale Interesse hat neben eigenen SPD-Kanälen für eine große Reichweite gesorgt.

Dabei zeigt eine Auswertung der bundesweiten Berichterstattung zur Auszählung und zum Ergebnis der zweiten Runde, dass die neutrale wie die positive Berichterstattung negative Presseberichte weit überstieg. Die Analysen zeigen, dass die Kommunikation über Mailing-, Messenger- und SocialMedia-Kanäle auf großes Interesse in der Mitgliedschaft gestoßen sind und sie sowohl zur Debatte, als auch zum Abstimmen aktiviert wurden. Zentrale Anlaufstelle war weiterhin die Kampagnen-Webseite unsere.spd.de. Zentralen Formate waren:

- #UnsereSPD – Die Entscheidung. Diskussion der Teams im Willy-Brandt-Haus
- Diskussion der Teams bei RND & Phoenix
- Beide Teams bei Markus Lanz im ZDF
- Video-Aufrufe der Teams an die Mitgliedschaft zum Abstimmen
- Folge 2 des Audio-Formats „Mehr als 60 Sekunden“
- Video „Mitglieder rufen zur Abstimmen auf“ Direkte Ansprache der Mitglieder
- Täglicher Content über den Messenger-Kanal #UnsereSPD
- Mailing- und SMS-Strecke zur Abstimmungsmobilisierung mit 3,6 Mio. versendeten E-Mails
- Twitter-Interview mit drei Fragen an die Teams
- Werbung bei Facebook und Google Unterstützung der Gliederungen

- Telefonaktion mit der Parteispitze zur Motivation der Ortsvereine, ebenfalls ihre Mitglieder anzurufen
- Umfangreiches Mobilisierungspaket mit Vorlagen und Aktionsideen für Mandatsträger*innen, Landesverbände/Bezirke, Unterbezirke und Ortsvereine

DIE ZWEITE MITGLIEDERBEFRAGUNG

Die zweite Mitgliederbefragung fand zwischen dem 19. und dem 29. November 2019 statt. Mehr als 200 Freiwillige kamen am 29. und 30. November im Willy-Brandt-Haus zur Auszählung zusammen. Nach Abschluss der Auszählung ergab sich folgendes Ergebnis:

- **Stimmberechtigte Mitglieder:** 425.630
- **Eingegangene Rücksendungen:** 230.215 (Abstimmungsbeteiligung: 54,09 Prozent), davon konnten wegen der Nichterfüllung der Kriterien für eine ordnungsgemäße Stimmabgabe 13.040 Einsendungen nicht berücksichtigt werden.
- **Zulässige Stimmen:** 217.175, davon ungültig: 454
- **Gültige Stimmen:** 216.721
- **Team Klara Geywitz/Olaf Scholz** erhielt: 98.246 Stimmen (45,33 Prozent)
- **Team Saskia Esken/Norbert Walter-Borjans** erhielt: 114.995 Stimmen (53,06 Prozent)
- **Enthaltungen:** 3.480

Damit wurden dem Parteitag Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als Wahlvorschlag des Parteivorstandes für die Wahl der Vorsitzenden der SPD auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2019 vorgeschlagen.

UNSER ZUKUNFTSPROGRAMM

**Start in den Programmprozess:
Inhalte, Beteiligung, Kommunikation**

MITGLIEDERUMFRAGE ZUM PROGRAMMPROZESS

In einer groß angelegten Mitgliederumfrage zum startenden Programmprozess hat die SPD ihren Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, ihre Schwerpunkte für die weitere Programmdiskussion darzustellen. An der Umfrage haben sich knapp 40.00 Mitglieder beteiligt. Statische Auswertungen wurden dem Parteivorstand für die weitere Diskussion übergeben und sind in den weiteren Prozess eingeflossen.

ONLINE-DEBATTENPORTAL/PROGRAMMWERKSTATT

Mit der Programmwerkstatt konnten zum ersten Mal in der Parteigeschichte SPD-Mitglieder Ihre Vorschläge für das Regierungsprogramm der SPD online einbringen. Rund 5.000 Mitglieder haben sich in der Programmwerkstatt registriert und in 1.800 Beiträgen ihre Ideen für das spätere Zukunftsprogramm veröffentlicht. Hier war ein längerer Rückkopplungsprozess angelegt, bei dem die Ergebnisse sowohl der Onlineformate als auch (teilweise) der Arbeitsgruppen jeweils wechselseitig zur Debatte gestellt wurden. In den Arbeitsclustern wurden die Vorschläge verdichtet und auch der Bezug zu konkreten Vorschlägen hergestellt. Dieser Kommunikationsstrang wurde



Foto: Olaf Zahn, Photothek



Foto: Olaf Zahn, Photothek

bis zum Beschluss des Zukunftsprogramms in verschiedenen Formaten immer wieder bespielt.

DEBATTENCAMP

Mit der erfolgreichen Umsetzung in einem Onlineformat hat die SPD einen neuen Standard für Online-Beteiligung gesetzt – und die Grundlage gelegt für die letzte Arbeitsetappe zum Regierungsprogramm 2021. Das Debattencamp war mit über 30 Sessions, Workshops, Talks und Reden ein großer Erfolg. Die sieben Stunden Diskussion verdichtete die bisherige inhaltliche Diskussion und bündelte die Themen für den weiteren Diskurs.



Foto: Olaf Zahn, Photothek

PARTEIARBEIT UND -ORGANISATION IN ZEITEN VON CORONA

ONLINEBETEILIGUNG

Direkte Mitgliederbeteiligung durch niedrigschwellige Onlinekonferenzen sind seit Jahren Bestandteil der Beteiligungsprozesse des SPD-Parteivorstands und nehmen seit 2020 auch im Zuge der Corona-Pandemie eine besondere Rolle ein. Formate waren unter anderem:

- Regelmäßige/monatliche Mitglieder-Onlinekonferenzen mit den Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken
- Regelmäßige Schalten mit dem Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden und dem Generalsekretär Lars Klingbeil
- Sitzung der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden mit Norbert Walter-Borjans, Saskia Esken und Olaf Scholz
- Vorstellung des Kanzlerkandidaten Olaf Scholz in einer Sonder-Veranstaltung mit den Mitgliedern
- Konferenzen im Rahmen des Programmprozesses mit den Verantwortlichen der Themen-Cluster

Die Onlinekonferenzen dienen als direkter Kanal zwischen der Parteiführung, Funktionären und den Mitgliedern. Mitglieder haben die Chance, Informationen aus erster Hand zu erhalten und der Parteiführung direkt ihre Frage und Statements zu übermitteln. Viele Formate erfreuen sich einer großen Beliebtheit mit bis zu 1.000 Teilnehmer*innen.

REGELMÄßIGE ONLINE-MITGLIEDERUMFRAGEN

Über Umfragen unter den Mitgliedern schaffen wir mehr digitale Beteiligung. Innerhalb kleiner Kampagnen oder im Rahmen von zahlreichen Onlinekonferenzen haben wir aktiv die Anregungen, Wünsche und Kritik unserer Mitglieder erfragt.

UMSETZUNG DER ONLINETHEMENFOREN

Der SPD-Parteivorstand hat mit dem Beschluss der Onlinethemenforen auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2019 begonnen, die Fundamente für die Einführung der Onlinethemenforen zu erarbeiten mit der Zielsetzung, unseren Mitgliedern eine weitere digitale Beteiligungsform anbieten zu können. Dazu gehörte die Ausarbeitung von Konzeptpapieren, welche die Grundlage für die Arbeit in den Themenforen und der technischen Anforderungen an die Plattform und die Voraussetzungen für die Dienstleister-Auswahl skizzieren. Die Umsetzung der Onlinethemenforen ist für das Frühjahr 2022 geplant.

AD-HOC-ARBEITSGRUPPEN

Zur Klärung programmatischer Grundsatzfragen im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 2021 haben sich ab Frühjahr 2019 Ad-hoc-Arbeitsgruppen gebildet, die teilweise parteiintern, teilweise mit externer Beteiligung gearbeitet haben.

AD HOC-ARBEITSGRUPPE PFLEGE

Diese Arbeitsgruppe wurde auf Grund einer Vereinbarung in der Jahresauftaktklausur des Parteivorstandes am 10./11.2.2019 vom Parteivorstand in seiner Sitzung am 11.3.2019 eingesetzt und hat am 14. März 2019 ihre erste Sitzung durchgeführt.

Ein Zwischenschritt der Arbeit der Arbeitsgruppe war der Beschluss des Parteivorstandes vom 8.4.2019: „Zusammenhalt und Solidarität in der Pflege: Eigenanteile der Pflegebedürftigen begrenzen“.

In weiteren Sitzungen am 19.6., 19.8. und 25.9. das SPD-Konzept zur Zukunft der Pflegefinanzierung mit den Schwerpunkten Deckelung der Beiträge, Vereinbarkeit Beruf und Pflege, Personalschlüssel, Pflege und Kommunen etc. entwickelt und dem Parteivorstand am 28.9.2019 vorgelegt.

Die Empfehlung bildete die Grundlage für die pflegepolitischen Aussagen im Programm zur Bundestagswahl 2021 und Beschluss des Parteivorstandes vom 8.5.2021: „Für eine solidarische Pflegeversicherung, bessere Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte und eine Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen.“

MITGLIEDER:

Leitung: Malu Dreyer

Weitere Mitglieder:

Kerstin Griesse

Katja Mast

Heike Baehrens

Franziska Giffey

Boris Velter

Karl Lauterbach

Kerstin Tack

AD HOC-ARBEITSGRUPPE ARBEIT UND UMWELT

Die Arbeitsgruppe Arbeit und Umwelt unter Leitung von Andrea Nahles hatte den Auftrag, Impulse für mehr Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft zu erarbeiten. Parameter der Arbeit waren ökologische Vernunft, technisch-ökonomische Innovationen und vor soziale Gerechtigkeit. Ein Umbau unseres Wirtschaftens, unseres Alltages ist nur mit gesellschaftlichen Zusammenhalt im Wandel möglich: Im Ergebnis präsentiert wurde ein soziales und wirtschaftliches Modernisierungsprojekt, in dessen Zentrum die Verbindung von Arbeit und Umwelt steht.

Die Arbeitsgruppe hat sich am 19. März 2019 konstituiert und erarbeitete in mehreren Sitzungen Positionen unter anderem zu Kohleausstieg und Ausbau Erneuerbarer Energien, einer sozial gerechten Gestaltung der Verkehrswende, Schritten zu einem klimaneutralen Gebäudebestand und einer ökologischen Reform von Abgaben und Steuern, die das SPD-Parteipräsidium schließlich am 24. Juni 2019 beschlossen hat.

MITGLIEDER:

Leitung: Andrea Nahles

Weitere Mitglieder:

Lars Klingbeil

Stephan Weil

Svenja Schulze

Hubertus Heil

Reiner Hoffmann

Matthias Miersch

Malu Dreyer

Peter Tschentscher

Katja Pähle

Olaf Scholz

AD HOC-ARBEITSGRUPPE ZUM „WIR“

(Integration und Zusammenhalt“)

In dieser Arbeitsgruppe ging es um ein neues Selbstbild („WIR“) unserer Gesellschaft, in der unterschiedliche Kulturen auf Basis gemeinsamer Werte zusammenleben und zusammenhalten. Die Arbeitsgruppe Gruppe hat sich am 01. April 2019 konstituiert. Sie hatte den Auftrag, für die Formulierung bez. eines positiven sozialdemokratischen Gesellschaftsentwurfs und für die vielfältige Gesellschaft zu arbeiten.

Leitend hierbei war das Thema Zusammenhalt hin zu einem „neuen deutschen Wir, i.S. einer Vielfalt in Einheit“. In mehreren Sitzungen und einer Klausur erarbeite die AG grundsätzliche Positionen zu den hinter der Überschrift stehenden vielschichtigen Fragen. Mit der Positionsbestimmung eines (internen) Papiers wurden wichtige Weichenstellung für die später Arbeit und Formulierung etwa des Parteivorstandsbeschlusses „Pakt für das Zusammenleben in Deutschland“ geliefert.

MITGLIEDER:

Leitung: Thorsten Schäfer-Gümbel (bis Oktober 2019)

Leitung: Ralf Stegner (ab Oktober 2019)

Weitere Mitglieder:

Aydan Özoguz

Martin Dulig

Lamya Kaddor

Naika Foroutan

Gesine Schwan

Ferda Ataman

Hannah Dübgen

(Dramaturgin)

Manuela Schwesig

Aziz Bozkurt

Marc Saxer

Farhad Dilmaghani

Christian Krell

Sawsan Chebli

Thomas Bockelmann (Intendant,

Staatstheater Kassel)

KLÄRUNGSPROZESS REGULIERUNG DER PROSTITUTION

Der SPD-Parteivorstand hat sich gemäß einem Auftrag des ordentlichen Bundesparteitages 2019 im Jahr 2020 intensiv mit dem schwierigen, komplexen und kontroversen Thema Prostitution und verschiedenen Modellen der Regulierung der Prostitution beschäftigt wie das sogenannte „Nordische Modell“, „Sexkaufverbot“ usw. eine Planungsgruppe unter Leitung der stellvertretenden Parteivorsitzenden Klara Geywitz wurde eingesetzt. Es wurden Expertinnen und Experten aus verschiedenen Bereichen und Perspektiven angehört, eine Anhörung mit Sachverständigen durchgeführt. Schließlich hat sich der SPD-Parteivorstand bei diesem sensiblen und schwierigen Thema auf einen Kompromiss verständigt.

Kernpunkte sind:

- Feststellung, dass Prostitution kein Beruf wie jeder andere ist. Das Gewerbe birgt Besonderheiten und Gefahren.
- Mehr Schutz für in der Prostitution Tätige
- Wir dringen auf Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes in allen Ländern und Kommunen
- Wir machen Vorschläge für Beratung und Ausstiegshilfen, aber auch z. B. für Sexuaufklärung
- Ein Sexkaufverbot lehnen wir ab.
- Das Aufenthaltsrecht von ausländischen Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution soll nicht länger von deren Aussagebereitschaft gegen ihre Peiniger in einem Strafverfahren abhängig gemacht werden.

Den Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 16. November 2020 lautete „Mehr Schutz, Beratungs- und Ausstiegshilfen in der Prostitution“.

Er wurde im Bundestagswahlkampf 2021 in die Digitale Programmmatrix aufgenommen (https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Matrix_2021/SPD_Beschluss_Familienpolitik_Prostitution.pdf)

MITGLIEDER:

Leitung: Klara Geywitz

Weitere Mitglieder:

Leni Breymaier

Maria Noichl

Barbara König

Sophia Schiebe

PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS:

**„Bildung zu vermitteln ist die schönste Form
intellektueller Menschenfreundlichkeit“**

INNOVATION, QUALIFIZIERUNG UND PERSONALENTWICKLUNG (IPQ)

Die Parteischnule im Willy-Brandt-Haus trägt bundesweit zur betrieblichen Weiterbildung bei. Dafür gibt es das Programm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung“. So ist es seit 2000 mit den Bezirken und Landesverbänden verabredet. Die betriebliche Weiterbildung im Willy-Brandt-Haus lehnt sich daran an. Die Weiterbildungen dienen der Professionalität der Arbeit und des Engagements. „Professionalität heißt ergebnisorientiertes, qualitätsbewusstes Handeln, nicht Verberuflichung der Partei. Diesem qualitativen Maßstab kann sich niemand entziehen – weder Ehren- noch Hauptamtliche, weder Freizeit- noch Berufspolitik.“ (Beschluss des Bundesparteitags 2011 zur Parteireform)

IPQ-ZEITAFEL

13.09.2000:	IPQ-Beschluss der Organisationspolitischen Kommission
2001–2004:	Umsetzung IPQ30 und IPQ20 für ALLE Beschäftigten bundesweit (außer Bayern).
2001–2018:	QIP im Willy-Brandt-Haus (insgesamt 121 verschiedene Module)
2003–2014:	IPQ-Führungstrainings für Leitende Geschäftsführer*innen
2005:	IPQ-Qualitätszirkel
2008–2017:	IPQ-Kleeblattseminare mit FES, DGB, HBS
2006–2019:	13 IPQ-Parteischulwochen
2006–2018:	8 Lehrgänge „IPQ-Politikmanagement für neue Mitarbeiter*innen“
2009–2020:	IPQ-Rufseminare für Haupt- und Ehrenamtliche
26.05.2020:	Das erste digitale IPQ-OnSeminar

IPQ-PARTEISCHULWOCHE 2019 IN GOSLAR

Einmal im Jahr treffen sich Hauptamtliche aus dem gesamten Bundesgebiet auf der Parteischulwoche, um die Anwendung der für den Berufsalltag notwendigen Werkzeuge und Kompetenzen zu trainieren und Erfahrungen, Ideen und Wissen auszutauschen.

An der 13. Parteischulwoche vom 3.–6. Juni 2019 in Goslar nahmen 46 Beschäftigte (30 Frauen, 16 Männer) teil. Zwei Vorträge mit anschließenden Diskussionen eröffneten die Bildungswoche. „Eine neue Europapolitik“ stellte Almut Möller (ECFR Berlin, European Council on Foreign Relations) vor. Und „Frankreich in Bewegung“ stellte Dr. Ronja Kempin (SWP, Stiftung Wissenschaft und Politik) dar.

Die Teilnehmenden konnten zwei von acht eineinhalbtägigen Seminaren belegen:

- G hoch 3. Grundlagen, Grundwerte und Geschichte der Sozialdemokratie.
- Gefällt mir!“ Strategien & Tools für ein erfolgreiches politisches Online-Marketing
- Ärger, Konfrontationen und Beschwerden: Kommunikations-Konflikte Lösen
- Crashkurs Kooperation. So geht’s.
- Brücken bauen: Gesellschaftliche Konflikte und die Rolle der SPD
- Stärken stärken
- Digital, agil und vernetzt. neue Formen der politischen Arbeit
- Recht und Finanzen in der Parteiarbeit.

Politisches Highlight war das Forum „Politik aktuell“ mit Gabriele Lösekrug-Möller (Mitglied des SPD-Parteivorstands). Abgerundet wurde die 13. Parteischulwoche vom „Markt der Möglichkeiten“ und der Lesung aus den Harzkrimis im „Politisch-literarischen Café“.

KEEP IST SMART & SIMPLE: IPQ-ONSEMINARE AB DEM 26. MAI 2020

Die Parteischule nutzte die Corona-Pandemie aktiv für die Digitalisierung des gesamten Bildungsangebots. Neu entstanden ab dem 26. Mai 2020 die IPQ–OnSeminare. Sie dauerten in der Regel 90 Minuten am späten Vormittag, so dass beste Konzentration und Verbindlichkeit vorherrschten. Kompetenzorientierte Seminare standen maximal 15 Teilnehmer*innen offen und wurden bei Bedarf mehrfach angeboten. Wissensorientierte Seminare, Vorträge und Diskussionen waren unbegrenzt in der Teilnehmerzahl.

Im Ergebnis nahmen 428 Kolleginnen und Kollegen (261 Frauen und 167 Männer) an den 20 IPQ-OnSeminaren teil. Über insgesamt 1.187 Anmeldungen konnte sich die Parteischule freuen.

DIE ERSTEN 20 IPQ-ONSEMINARE IM JAHR 2020

- 1: „Schlagfertig und redegewandt“ (Celina Schareck)
- 2: „Gelungene Videokonferenzen mit Webex gestalten“ (Wiebke Neumann, WBH)
- 3: „Stimmtraining online“ (Celina Schareck)
- 4: „Generation Z und die Auswirkungen für die SPD“ (Rüdiger Maas)
- 5: „Pandemie. Informationen zum Coronavirus“ (Prof. Dr. Karl Lauterbach MdB)
- 6: Finanzen in der Parteiarbeit – Ihr fragt – Wir antworten (Constanze Röder und Andreas Schlotmann, WBH)
- 7: Strategien zur Mitgliederwerbung von SPD und CDU im Vergleich. Misserfolgs- und Erfolgsfaktoren (Simon Jakobs)
- 8: Virtuelles Bootcamp für digitale Zivilcourage (ichbinhier e.V)
- 9: Vergesst Social Media! Vergesst Kacheln! Vergesst Parteisprache! – Politische Kommunikation 2020 (Carline Mohr, WBH)
- 10: Sicherheit im Wandel – Sicherheit durch Wandel (Prof. Dr. Gesine Schwan)
- 11: Expert*innenwahrnehmung und Social Media: Wie man online als Person inhaltliches Profil gewinnt. (Erik Flügge)
- 12: Strategische Kommunikation: Die Zielgruppen in den Mittelpunkt stellen (Leif Neugebohrn)
- 13: Mit Menschen reden – Community Management ist mehr als Kommentare beantworten. Wie wir bei Telegram ein digitales Wahlkampfteam aufbauen (Fabian Schrum, WBH)
- 14: Sich selbst besser im Homeoffice managen (Gudrun Ude)
- 15: Das neue grüne Grundsatzprogramm (Prof. Dr. Wolfgang Schröder,)
- 16: #KeinFilterFürRechts: Die Hashtags, Emojis und Codes der rechten Szene auf Instagram (Till Eckert, korrektiv.org)
- 17: Reformen der innerparteilichen Demokratie: Was ist neu und funktioniert? (Prof. Dr. Dorothee de Nève & Niklas Ferch)
- 18: Vorsicht Falle: Urheberrecht in der Parteiarbeit (Stefanie Szymanski, WBH)
- 19: Podcasts, digitale Bürgersprechstunden, Fakten gegen rechts – das Internet ist der beste Ort für die besten Geschichten. Eine Formatübersicht (Anna Kleimann, WBH)
- 20: Fortsetzung: Sich selbst besser im Homeoffice managen (Gudrun Ude)

BILDUNGSARBEIT IM EHRENAMT

Die Mitglieder sind die besten Botschafter*innen der SPD. Sie zu fördern, ist die vornehmste Aufgabe der Bildungsarbeit.

WIKI DER PARTEISCHULE

Das Wiki der Parteischule ist seit 2011 in Gebrauch und wird stetig aktualisiert. Interessierte können hier Tipps und Methoden zur Bildungsarbeit und die Ausschreibungen der aktuellen Angebote der Parteischule finden.

Außerdem steht viel „präpariertes Wissen“ als „Pluspunkte“ kostenlos zum Download zur Verfügung. Über 300 Pluspunkte, zehn Werkstattheft und sechs Sondernummern bereichern das Wiki. Das Wiki ist unter <https://parteischule-wiki.spd.de> zu erreichen.

FRAUEN AN DIE MACHT

2012 haben Jusos und ASF das Programm „Frauen an die Macht“ initiiert. Seit 2013 gehört dieses Frauenförderprogramm zum Repertoire der Parteischule. Der SPD Parteivorstand trug damit dazu bei, Frauen, die ehrenamtlich auf verschiedenen Ebenen aktiv sind, in ihrer Arbeit zu unterstützen. Die gemeinsame Reflexion und die Entwicklung von Handlungsoptionen sollten helfen, Hindernisse und teilweise strukturelle Schwierigkeiten zu überwinden.

Im Jahr 2019 fanden je ein Frühjahrs-, ein Sommer- und ein Aufbaukurs statt. Auch 2020 wurde der Frühjahrs- und der Herbstkurs durchgeführt. Der Aufbaukurs fand digital statt. Jeder Kurs bestand aus zwei Wochenendmodulen.

Zielgruppe des Angebots sind Frauen, die einem Vorstand angehören – ob in einem Ortsverein, im Unterbezirk oder einer Arbeitsgemeinschaft ist zweitrangig. Es gibt keine Altersbegrenzung.

Mit der Ausbildungsreihe verfolgt die Parteischule ehrgeizige Ziele:

- eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern innerhalb der Gesellschaft,
- männlich dominierte Parteistrukturen überwinden und
- mehr Frauen in führenden Positionen der Partei.

SCHULUNGSKONZEPT FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL 2021

Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus hat im Mai 2020 das Schulungskonzept mit dem Motto „Wahlkampf 2021: Zurück ins Kanzleramt“ versehen und fünf Bausteine vorgeschlagen:

1. Wahlkampfwissen als Arbeitsbuch online und digital
2. Videokonferenzen für alle Aktiven
3. „Train the Trainer“ für Tools
4. Intensivtraining für Kandidat*innen
5. Regionale Kampagnentreffe“.

Die Hausleitung stimmte allen fünf Bausteinen zu.

Die Umsetzung erfolgte termingerecht, kosten- und ausgabenbewusst im Rahmen der bewilligten Budgets.

- Das Handbuch „Das Wahlkampfwissen“ (mit Vorwort Generalsekretär) wurde im Oktober 2020 vorzeitig fertig produziert. 10.000 Druckexemplare fanden den Weg in alle 299 Wahlkreise. Zusätzlich stand es digital auf spd.de zum Download zur Verfügung.

- Als BTW'21 OnSeminare (Videokonferenzen) fanden insgesamt 46 OnSeminare vom 4.11.2020 bis zum 10.08.2021 statt. Die Parteischule konnte sich über insgesamt 5.945 Anmeldungen freuen.
- Als EXKLUSIVE OnSeminare für Kandidat*innen fanden 32 OnSeminare statt und damit wegen der großen Nachfrage sechs mehr als ursprünglich geplant. Zusätzlich unterbreitete ein Digitales Intensivtrainings-Wochenende Spezialwissen für Kandidierende. Abgerundet wurden die exklusiven Angebote durch digitale Stilberatungen vor dem Fotoshooting, die 45 mal gebucht wurden.
- Das „Train the Trainer“-Projekt wurde mit 19 Teilnehmer*innen ebenfalls umgesetzt.
- Die Campaign Camps wurden von einer anderen Arbeitseinheit umgesetzt.

TREFFEN DER BILDUNGSBEAUFTRAGTEN

Kooperation und Kommunikation zwischen den Landesverbänden, Bezirken und der Bundesebene ist besonders im Bereich der Bildungsarbeit von zentraler Bedeutung. Daher gibt es möglichst jährlich zentrale Treffen der Bildungsbeauftragten, um den Austausch über pädagogische Konzepte, Bildungsziele und die allgemeine politische Lage zu ermöglichen. Gemeinsam wird regelmäßig die Rolle von politischer Bildungsarbeit in der SPD aktualisiert und im Dialog weiterentwickelt.

Das wechselseitige Wissen über die jeweiligen Schwerpunkte der Bildungsaktivitäten in den Gliederungen und der Bundesebene führt zum Erkennen von Kooperations- und Ergänzungsmöglichkeiten. Der kontinuierliche Austausch verbessert das Angebot für die Mitglieder in der Gesamtorganisation.

Am 4. Juli 2019 fand das gemeinsame Treffen der Bildungs- und Mitgliederbeauftragten in Hannover statt. Am 26. März 2020 fand das Treffen nicht wie geplant in Schney (Bayern), sondern kurzerhand digital statt.

NETZWERK POLITISCHE BILDUNG

Das Netzwerk Politische Bildung ist seit 2000 ein Kooperationsprojekt von über 40 Bildungsträgern bundesweit, die ihre Arbeit an den Grundwerten und politischen Zielen einer Sozialen Demokratie orientieren.

Das Netzwerk gibt aktiv Engagierten die Möglichkeit sich weiterzubilden. Veranstaltungen unterschiedlicher Themenbereiche geben jedem und jeder die Chance, Stärken zu festigen und den eigenen Horizont zu erweitern. Durch hochwertige und praxisorientierte Bildungsangebote ist das Netzwerk Politische Bildung eine spannende Adresse für Engagierte.

Am 27. und 28. Oktober 2020 fand die bundesweite Online-Konferenz „Kraftprobe Corona“ statt. Der Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung Kurt Beck und die SPD-Vorsitzende Saskia Esken führten in das Thema ein. Generalsekretär Lars Klingbeil diskutierte mit den politischen Bildner*innen die aktuellen pandemieverursachten Herausforderungen. Breiten Raum nahmen sechs Online-Workshops ein, um gemeinsam neues Wissen zu generieren.

Heute arbeiten die selbständigen Bildungsträger im Netzwerk Politische Bildung vorrangig im Rahmen eines selbstorganisierten, regionalisierten Erfahrung- und Informationsaustauschs zusammen. Die Regionaltreffen wurden von der „Parteischule im Willy-Brandt-Haus“ beratend begleitet.

Die Homepage www.netzwerk-politische-bildung.de weist auf mehrere tausend Veranstaltungen jährlich hin.

Jährlich stellt die Parteischule den „Bildungskalender“ des Netzwerks Politische Bildung her, der allen Ortsvereinen und Unterbezirken die zahlreichen Bildungsangebote nahebringt.

SOZIALDEMOKRATISCHE KOMMUNAL-AKADEMIE

Die SPD beantwortet die Nachwuchsfrage - neben vielen anderen dezentralen Aktivitäten - auf der Bundesebene mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie. Diese gilt unumstritten als Vorbild für moderne praxisnahe Weiterbildung. Eine Studie an der Uni Bochum erklärte sie zu der innovativsten Nachwuchsförderung in Deutschland. Sie wird international beachtet. In vielen der 16 Bundesländer gibt es eigenständige Kommunal-Akademien oder ähnliche Angebote. Die SPD weiß: Wer ernten will, muss säen. Die SPD investiert in die Nachwuchsförderung.

Dabei leiteten drei bodenständige Grundsätze die politische Personalarbeit:

1. In der Politik gilt wie im Spitzensport: Die Profikarriere ist die Ausnahme. Der „bürgerliche“ Beruf muss immer der Plan A sein – Berufspolitik ist Plan B. Nur in 1,5 Prozent der Fälle kehrt sich das um!
2. In der Politik ist die praktische Laufbahn zugleich die Ausbildung. Wer erfolgreich sinnvolle Aufgaben meistert, entwickelt in der Aufeinanderfolge von Aufgaben, Funktionen und Ämtern auch die politische Kompetenzen und die Karriere.
3. „Nicht die Politik verdirbt den Charakter. Schlechte Charaktere verderben die Politik.“ (Johannes Rau) Die echte Grundlage von „Politik“, nämlich die notwendige Haltung muss jede und jeder wertorientiert leben. Das politische Handwerk kann man dazu lernen. Da hilft gezielte Weiterbildung sehr.

Der Parteivorstand und die Bundes-SGK haben die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie 2001 gegründet. Sie verfolgten ein klares Ziel: Junge Menschen, die aus der politischen Praxis kommen, erweitern ihre Fähigkeiten für wirksames Engagement. Sie wurden auf Führungsaufgaben vorbereitet.

Voraussetzung für die Teilnahme an der bundesweiten Kommunal-Akademie blieb, dass die jungen Parteimitglieder bereits Verantwortung in der Partei und/oder in der Kommunalpolitik übernommen hatten.

Die Plätze der Kommunal-Akademie wurden von den Veranstaltern SPD-Parteivorstand und Bundes-SGK in Kooperation mit den Landesverbänden und Bezirken ausgeschrieben und vergeben. Die Bezirke behielten ihr Auswahlrecht. Die Plätze waren auch für die Kurse 52 und 53 (2019) sowie 54 und 55 (2020) heiß begehrt. Die SPD-Bezirke und Landesverbände nominierten weit mehr Personen als Plätze zur Verfügung standen. Da bedurfte es eines klug gegenderten Verfahrens, damit möglichst gleich viele Frauen und Männer von den Kursen profitierten – gut so für die SPD, gut für die Demokratie.

Die Lehrgänge fanden bundesweit auf zwei Veranstaltungsorte verdichtet statt, um die interregionale (bundesweite) Zusammensetzung der Lehrgänge zu ermöglichen. Der Kurs 55 im Herbst 2020 wurde vollständig digital durchgeführt. Pro Lehrgang nehmen 60 Personen teil, begleitet von dem vierköpfigen Trainerteam Gwendolin Jungblut, Linnea Riensberg, Celina Schareck und René Martin.

Die Sozialdemokratische Kommunal-Akademie initiierte in vier Wochenendmodulen nachhaltige Lernprozesse. Der innovative und bewährte Mix von Fachwissen, Soft Skills und politischer Wertorientierung knüpfte den konzeptionellen „roten Faden“. Innovations- und Modernisierungsimpulse sowie Prinzipien erfolgreicher Wahlkampfführung wurden verstärkt eingebaut.

Viele der über 2.300 jungen Personen, die in der Kommunal-Akademie dazu gelernt haben, werden die sozialdemokratischen Gesichter der Zukunft. Die meisten schulterten Verantwortung in der Kommunal- und Parteipolitik. Nicht wenige wuchsen in die Landes-, Bundes- und Europa-politik. Die Saat geht auf. Die SPD wird noch viele Früchte ernten aus der Kommunal-Akademie.

FÜHRUNGS-AKADEMIE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Der SPD-Parteivorstand hatte im Jahr 2007 die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“ gegründet. Als einzige Partei in Deutschland bot die SPD damit auch den Berufspolitikerinnen und -politikern eine Weiterbildungsplattform an.

Das SPD-Präsidium vergab kostenpflichtige Fellowship-Programme (Akademiemitgliedschaften) in der Führungsakademie. Bewerben konnten sich altersunabhängig Europaabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Landtagsabgeordnete, gewählte hauptamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker (z. B. Oberbürgermeister/innen oder Landräte) sowie Funktionsträgerinnen und -träger der Partei.

1. Fellowship-Programm:	1. Juli 2007 – 30. Juni 2009
2. Fellowship-Programm:	1. Juli 2008 – 30. Juni 2010
3. Fellowship-Programm:	1. Januar 2010 – 31. Dezember 2011
4. Fellowship-Programm:	1. Januar 2012 – 31. Dezember 2013
5. Fellowship-Programm:	1. Januar 2014 – 31. Dezember 2014
6. Fellowship-Programm:	1. Januar 2015 – 31. Dezember 2015
7. Fellowship-Programm:	1. Januar 2016 – 31. Dezember 2016
8. Fellowship-Programm:	1. Januar 2018 – 31. Dezember 2018
9. Fellowship-Programm:	1. Januar 2019 – 31. Dezember 2019
10. Fellowship-Programm:	1. Januar 2020 – 31. Dezember 2020

Von 2007 bis 2020 besuchten insgesamt 420 Persönlichkeiten die SPD-Führungsakademie, 192 Frauen (46 Prozent) und 228 Männer (54 Prozent). Elf von ihnen kennen wir mittlerweile als Mitglieder der Bundesregierung, 22 aus Landesregierungen, 62 aus Partei- und Fraktionsführungen auf Landes- und Bundesebene sowie 77 als Nr. 1 in ihrer Stadt oder ihrem Landkreis. In die SPD Führungsakademie kommt, wer sich mit den Besten vernetzen, von den Klügsten lernen und sich selbst langfristig positionieren will.

Das Curriculum für das notwendige Wissen, Können und Handeln politischer Führungskräfte bildete eine produktive Einheit aus Fachwissen, Methodenkompetenz und politischer Orientierung. Dafür wurde eine eigene Systematik für den Lernprozess entwickelt, die von Prozessualität, Heterogenität sowie individueller und kollegialer Reflexion geprägt war. Für die Führungsakademie stellte die Parteischule einen dreiköpfigen Trainerstab zusammen: Celina Schareck, Florence Guesnet und René Martin.

Die vier Kompetenztrainings des Fellowship-Programms:

- Führungsphilosophie: Wirksam führen
- Führungsqualität: Zielorientiert handeln
- Führungspraxis: Erfolgreich umsetzen
- Führungspersönlichkeit: Das WIR gestalten

Die Parteiführung war kontinuierlich involviert. Das gab dem Projekt und den Fellows zusätzliche Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit.

ALUMNISEMINARE 2020

Die Führungsakademie nahm die Corona-Krise als Chance, Führungswissen im digitalen Lernen an politische Führungskräfte zu vermitteln. Die Angebote für die (ehemaligen) Fellows, Alumniseminare genannt, wurden im Herbst 2020 fortgesetzt – nun allerdings digital und das mit großer Resonanz. Alle zehn OnSeminare wurden sehr gut nachgefragt und boten – neben anderen Erfahrungen – die Basis für die Neuentwicklung der digitalen Führungsakademie ab 2022.

BEIRAT DER PARTEISCHULE IM WILLY-BRANDT-HAUS 2019 – 2020

Der Parteivorstand berief am 19.01.2019 für die dreijährige Amtszeit 2019–2021 folgende 13 Persönlichkeiten in den Beirat der Parteischule:

Wolfgang Jüttner, Niedersachsen, Vorsitzender, Hannover; Katja Bär, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Thüringen; Hermann Bock, Bildungsbeauftragter SPD Schleswig-Holstein; Dr. Sabine Fandrych, Netzwerk Politische Bildung/Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn; Tobias Gombert, Schulleiter HVHS Springe, Hannover; Sebastian Hartmann MdB, Landesvorsitzender NRW, Bornheim (NRW); Dr. Birgit Hoppe, Vorstandsvorsitzende des Sozialpädagogischen Instituts (SPI), Berlin; Petra Janson-Peer-mann, Leiterin der SPD-Parteischule Rheinland-Pfalz; Oliver Kaczmarek, MdB, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Unna; Kaweh Mansoori, Juso-Bezirksvorsitzender Hessen-Süd; Barbara Menke, Bundesgeschäftsführerin Arbeit und Leben, Wuppertal; Prof. Dr. Stefan Schieren, Universität Eichstätt, Eichstätt und Sonja Schweizer, Bildungswerk Stenden, NRW, Düsseldorf.

Zusätzlich gehören dem Beirat je zwei Personen aus den Reihen der Leitenden Geschäftsführungen der Landesverbände und Bezirke sowie aus dem Arbeitskreis der Betriebsräte an. Diese werden von den Leitenden Geschäftsführungen und dem Arbeitskreis der Betriebsräte benannt.

Der Beirat der Parteischule begleitete die Bildungsarbeit fachlich und evaluierte die Qualifizierungsprogramme. Wie relevant ist die politische Bildung für die politische Praxis? Welche Priorität hat Weiterbildung angesichts von Tagespolitik, Arbeitsverdichtung und Aufgabenlasten? Welche vermutete, aufgeschriebene und verordnete Bedarfe stehen der realen Nachfrage gegenüber? Wie unterschiedlich wird die dezentrale Personalverantwortung in der SPD? Wie kann die Zentralität zentraler Angebote mit gewünschter Dezentralität umgehen? Wie kann Weiterbildung die Klippe geplanter Folgenlosigkeit umschiffen? Solche Fragen beschäftigten den Beirat der Parteischule, der zweimal jährlich tagte.

Das Team der Parteischule im Willy-Brandt-Haus bestand aus Ioanna Badola, Dennis Eighteen, (bis 2019), Wiebke Neumann (ab 2020), Klaus Tovar (Leiter der Parteischule) und Marion Vogel (parteischule@spd.de).

MITGLIEDERENTWICKLUNG UND STRUKTURDATEN

**ZUM 31.12.2019 HAT DIE SPD 419.340 MITGLIEDER.
DIE SPD IST EINDEUTIG STÄRKSTE MITGLIEDERPARTEI
IN DEUTSCHLAND.**

STRUKTURELLER AUFBAU

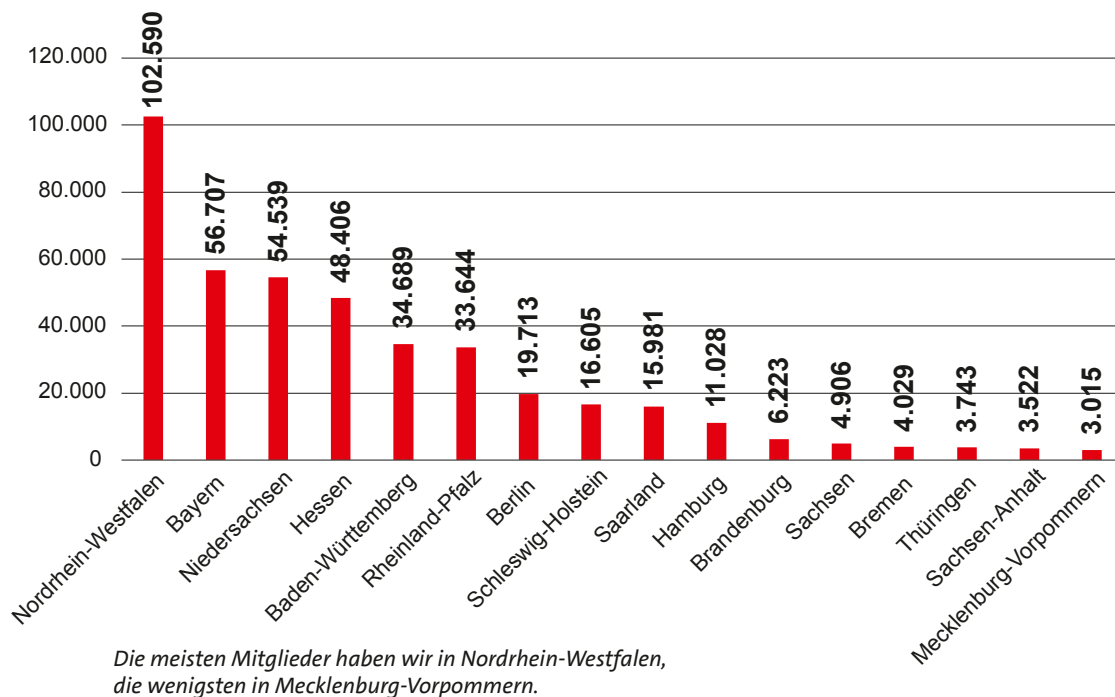
Die SPD hat Ende 2019 bundesweit 7.521 Ortsvereine als mitgliederführende Einheiten (in Hamburg „Distrikt“, in Berlin „Abteilung“ genannt). Die Anzahl der Ortsvereine ist durch die Zusammenlegung von Ortsvereinen um 93 gesunken.

Die SPD gliedert sich unverändert in zwanzig Landesverbände und Bezirke, diese in 378 Unterbezirke und Kreisverbände. In Hessen und Niedersachsen existieren als satzungsgemäße Gliederungen der Partei Bezirke, in allen anderen Bundesländern Landesverbände.

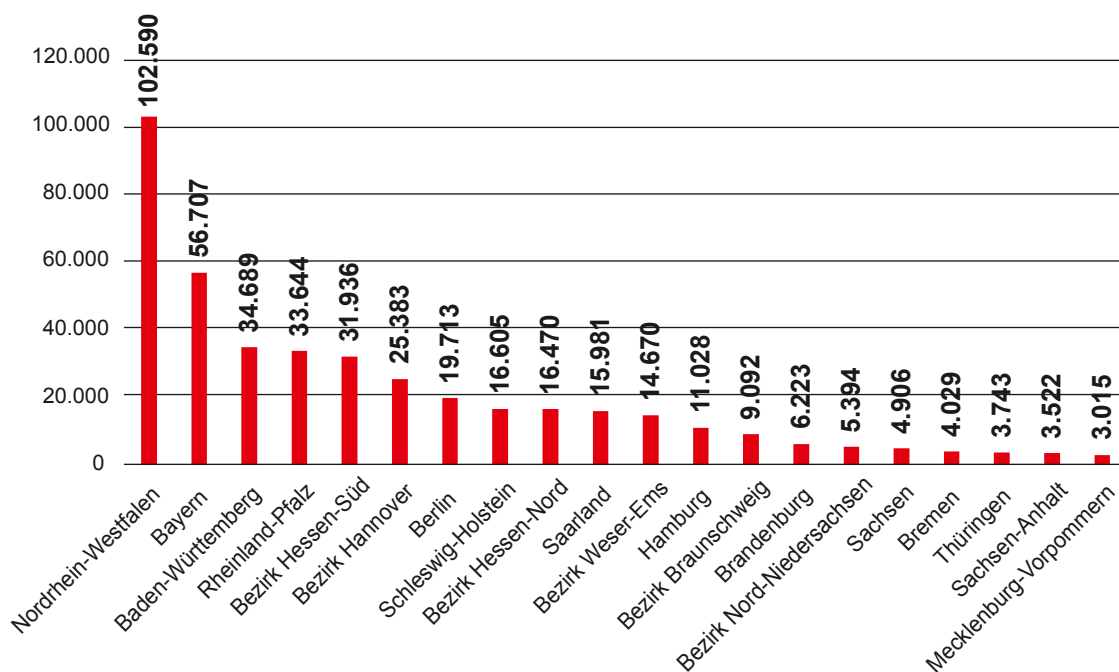
MITGLIEDERBESTAND – MITGLIEDERENTWICKLUNG

Zum 31.12.2019 hatte die SPD 419.340 Mitglieder. Die SPD ist eindeutig stärkste Mitgliederpartei. Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum 31.12.2018 um 18.414 (minus 4,2 Prozent).

SPD-Mitglieder in den 16 Bundesländern



SPD-Mitglieder in den 20 Landesverbänden und Bezirken



NUR-JUSO-MITGLIEDER (UNTERSTÜTZER)

4.016 Nur-Juso-Mitglieder (Unterstützer) sind Ende 2019 zu verzeichnen.

GESCHLECHTSBEZOGENE DATEN

Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft stieg wiederholt an und lag Ende 2018 bei 32,8 Prozent. 67,2 Prozent der Mitglieder waren Männer.

Bei den Eintritten lag der Anteil der Frauen im Jahr 2018 bei 34 Prozent. 66 Prozent der Neumitglieder waren männlich.

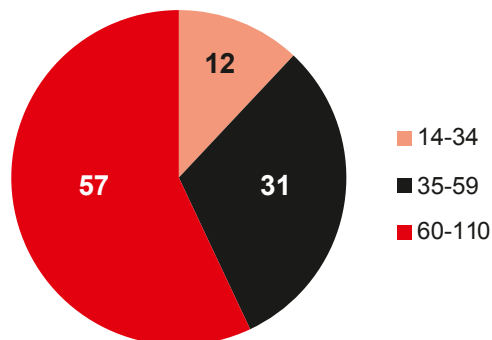
Den höchsten Frauenanteil hat der Landesverband Schleswig-Holstein mit 35 Prozent Frauen zu 65 Prozent Männer.

Die größte Diskrepanz hat der Landesverband Sachsen mit 26 Prozent Frauen zu 74 Prozent Männer.

ALTERSAUFBAU

Das Durchschnittsalter beträgt 60 Jahre. 12 Prozent der Mitglieder sind unter 35 Jahren, also im Juso-Alter. Die Gruppe der Mitglieder im Alter von 60 und aufwärts macht inzwischen 57 Prozent der Gesamtmitgliedschaft aus.

SPD-Mitglieder in Altersgruppen



AUFBAU NACH BERUFSGRUPPEN

Die Angaben zu den Berufsgruppen basieren auf den Eintragungen in der Mitgliederverwaltungsdatenbank (Mavis II). Demgemäß bilden unverändert die Angestellten mit 28 Prozent die größte Gruppe. Es folgen die Gruppe der Rentner und Rentnerinnen und Pensionäre mit 21 Prozent, Schülerinnen, Schüler und Studierende mit 12 Prozent, Arbeiterinnen und Arbeiter ebenso wie Beamte mit jeweils 9 Prozent. 5 Prozent der Mitglieder sind Selbständige und 7 Prozent geben an, Hausfrau bzw. Hausmann zu sein.

MITGLIEDSBEITRAG

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag stieg auf 10,19 Euro. Der höchste Durchschnittsbeitrag wird in Brandenburg mit 14,15 Euro gezahlt, der niedrigste im Saarland mit 7,27 Euro.

Durchschnittlicher Mitgliedsbeitrag (€) in den 20 Landesverbänden und Bezirken

Brandenburg	14,15	Hessen-Süd	10,50
Bremen	14,13	Nordrhein-Westfalen	10,14
Mecklenburg-Vorpommern	14,06	Nord-Niedersachsen	10,11
Sachsen-Anhalt	13,68	Schleswig-Holstein	9,97
Berlin	13,11	Braunschweig	9,97

Hamburg	13,10	Bayern	9,13
Baden-Württemberg	11,41	Rheinland-Pfalz	9,00
Sachsen	11,34	Weser-Ems	8,19
Thüringen	11,29	Hessen-Nord	7,90
Hannover	10,52	Saarland	7,27

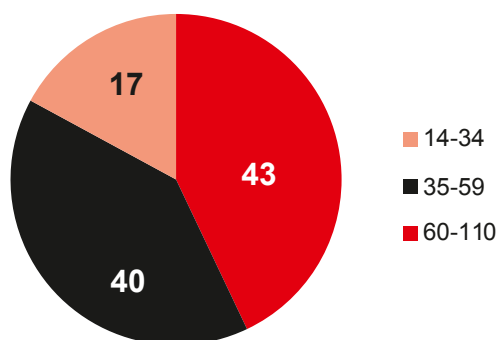
EINTRITTE – AUSTRITTE – DEMOGRAFIEFAKTOR

Im Monat September, dem Stichdatum zur Teilnahme an der Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz verzeichneten wir die meisten Eintritte. Im Kalenderjahr 2019 gab es insgesamt 13.315 Eintritte. Mit 22.355 Austritten lag die Zahl der Austritte zwar niedriger als 2018, aber immer noch höher als in 2016 und 2017.

Die Anzahl der Verstorbenen ist seit 2010 relativ stabil (Demografiefaktor).

43 Prozent der Eintritte im Kalenderjahr 2018 sind jünger als 35 Jahre, also im Juso-Alter, 40 Prozent im Alter zwischen 35 und 59 Jahren und 17 Prozent sind im Alter von 60 und aufwärts. In der Altersstruktur sind die Neumitglieder 2018 älter als die Neumitglieder 2017.

Neue Mitglieder in Altersgruppen



ZUM 31.12.2020 HAT DIE SPD 404.305 MITGLIEDER. DIE SPD IST DIE STÄRKSTE MITGLIEDERPARTEI IN DEUTSCHLAND.

STRUKTURELLER AUFBAU

Die SPD hat Ende 2020 bundesweit 7.420 Ortsvereine als mitgliederführende Einheiten (in Hamburg „Distrikt“, in Berlin „Abteilung“ genannt). Die Anzahl der Ortsvereine ist durch die Zusammenlegung von Ortsvereinen um 101 gesunken.

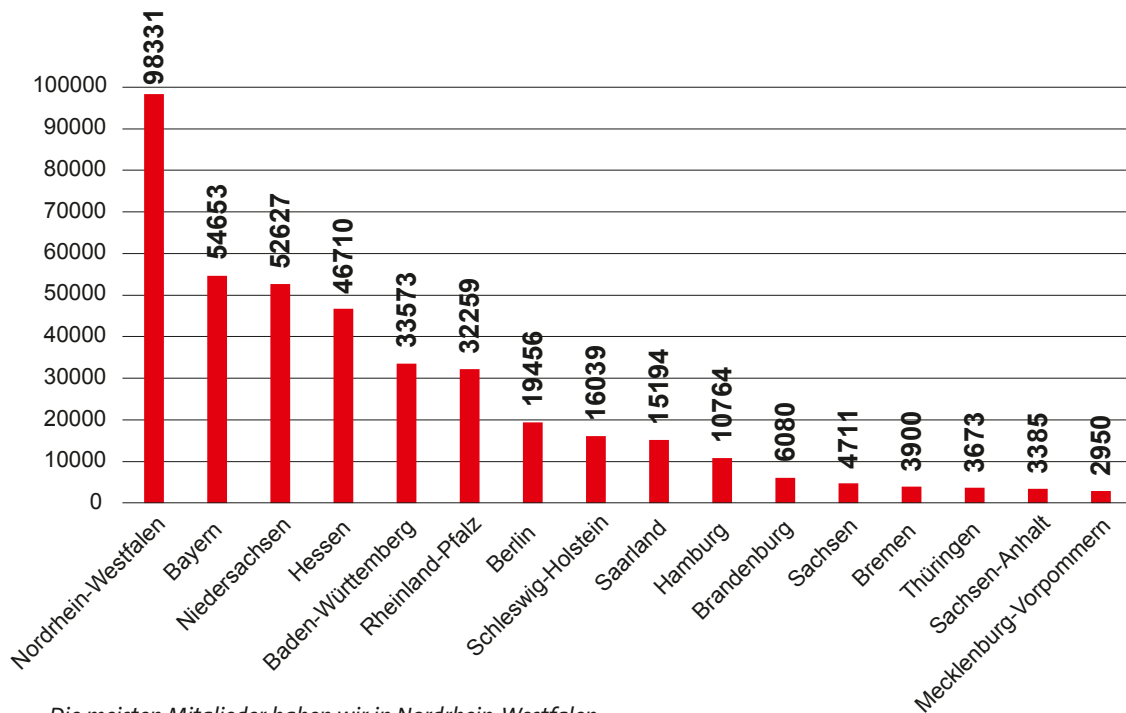
Die SPD gliedert sich unverändert in zwanzig Landesverbände und Bezirke, diese in 377 Unterbezirke und Kreisverbände. In Hessen und Niedersachsen existieren als satzungsgemäße Gliederungen der Partei Bezirke, in allen anderen Bundesländern Landesverbände.

MITGLIEDERBESTAND – MITGLIEDERENTWICKLUNG

Zum 31.12.2020 hatte die SPD 404.305 Mitglieder. Die SPD ist die stärkste Mitgliederpartei.

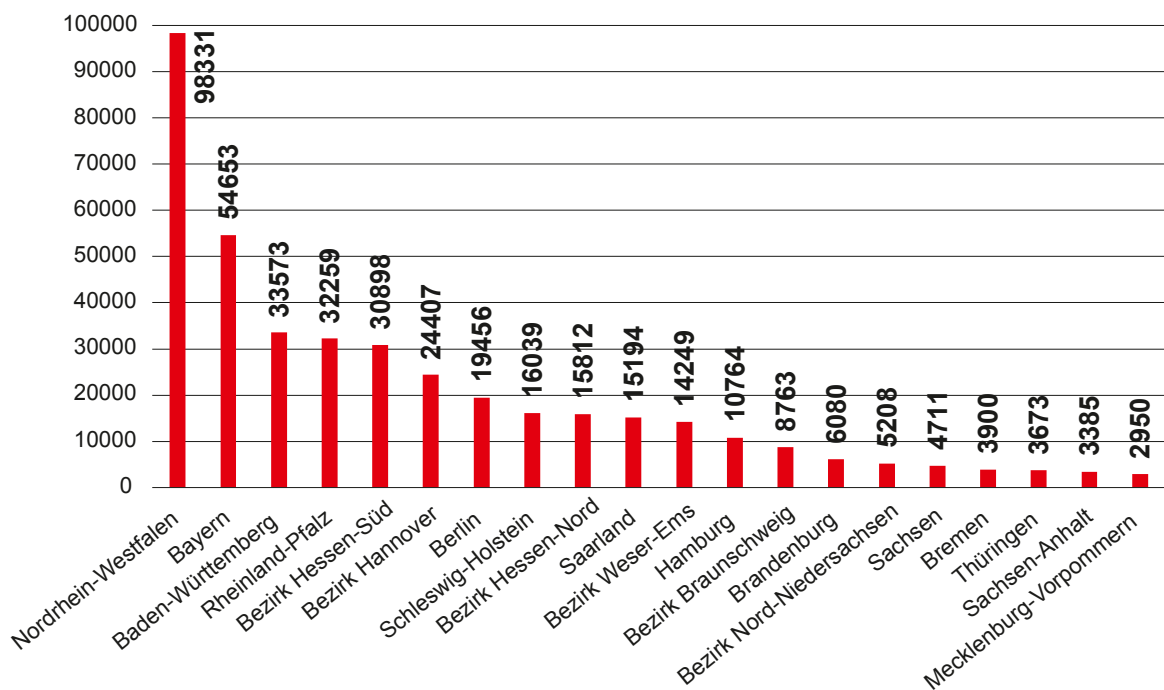
Der Mitgliederbestand verringerte sich im Vergleich zum 31.12.2019 um 15.035 (minus 3,6 Prozent).

SPD-Mitglieder in den 16 Bundesländern



Die meisten Mitglieder haben wir in Nordrhein-Westfalen,
die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern.

SPD-Mitglieder in den 20 Landesverbänden und Bezirken



NUR-JUSO-MITGLIEDER (UNTERSTÜTZER)

4.694 Nur-Juso-Mitglieder (Unterstützer) sind Ende 2020 zu verzeichnen. Dies ist eine Steigerung von 16,9 Prozent im Vergleich zu Ende 2019.

GESCHLECHTSBEZOGENE DATEN

Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft stieg wiederholt an und lag Ende 2020 bei 33,0 Prozent. 67,0 Prozent der Mitglieder waren Männer.

Bei den Eintritten lag der Anteil der Frauen im Jahr 2020 bei 34 Prozent. 66 Prozent der Neumitglieder waren männlich.

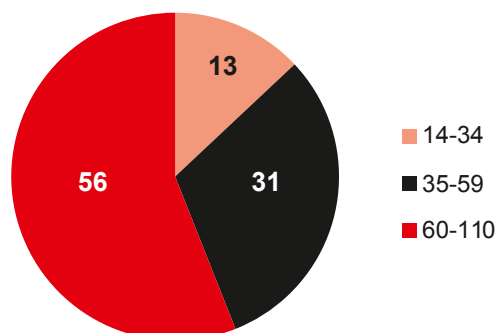
Den höchsten Frauenanteil hat der Landesverband Schleswig-Holstein mit 35,5 Prozent Frauen zu 64,5 Prozent Männer.

Die größte Diskrepanz hat der Landesverband Sachsen mit 26,7 Prozent Frauen zu 73,3 Prozent Männer.

ALTERSAUFBAU

Das Durchschnittsalter steigt auf 61 Jahre. 13 Prozent der Mitglieder sind unter 35 Jahren, also im Juso-Alter. Die Gruppe der Mitglieder im Alter von 60 und aufwärts macht 56 Prozent der Gesamtmitgliedschaft aus.

SPD-Mitglieder in Altersgruppen



AUFBAU NACH BERUFSGRUPPEN

Die Angaben zu den Berufsgruppen basieren auf den Eintragungen in der Mitgliederverwaltungsdatenbank (Mavis II). Demgemäß bilden unverändert die Angestellten mit 28 Prozent die größte Gruppe. Es folgen die Gruppe der Rentner und Rentnerinnen und Pensionäre mit 21 Prozent, Schülerinnen, Schüler und Studierende mit 12 Prozent, Arbeiterinnen und Arbeiter ebenso wie Beamte mit jeweils 9 Prozent. 5 Prozent der Mitglieder sind Selbständige und 6 Prozent geben an, Hausfrau bzw. Hausmann zu sein.

MITGLIEDSBEITRAG

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag stieg auf 10,55 Euro. Der höchste Durchschnittsbeitrag wird in Bremen mit 15,03 Euro gezahlt, der niedrigste im Saarland mit 7,53 Euro.

Durchschnittlicher Mitgliedsbeitrag (€) in den 20 Landesverbänden und Bezirken

Bremen	15,03	Bezirk Hannover	10,78
Brandenburg	14,72	Nordrhein-Westfalen	10,48
Mecklenburg-Vorpommern	14,59	Bezirk Nord-Niedersachsen	10,43
Sachsen-Anhalt	14,00	Schleswig-Holstein	10,38
Hamburg	13,56	Bezirk Braunschweig	10,30
Berlin	13,53	Bayern	9,41
Sachsen	11,93	Rheinland-Pfalz	9,29
Thüringen	11,80	Bezirk Weser-Ems	8,50
Baden-Württemberg	11,74	Bezirk Hessen-Nord	8,23
Bezirk Hessen-Süd	10,98	Saarland	7,53

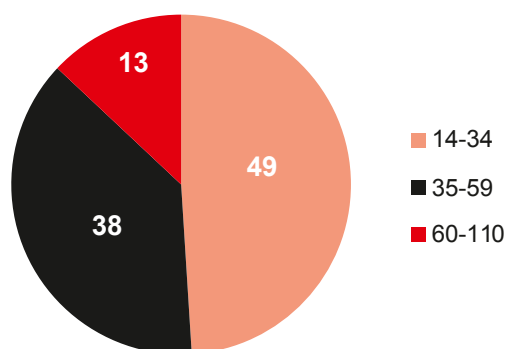
EINTRITTE – AUSTRITTE – DEMOGRAFIEFAKTOR

Im Kalenderjahr 2020 gab es insgesamt 10.681 Eintritte. In den Monaten Januar, Februar und März lagen die Eintritte oberhalb von 1000 Eintritten pro Monat. In den restlichen Monaten wurden die Eintritte wegen der Corona-Pandemie wesentlich niedriger. Im Monat Dezember waren es sogar nur knapp 400.

Mit 17.749 Austritten lag die Zahl der Austritte niedriger als 2019.

Der Demografiefaktor ist in 2020 wie in 2019 mit 1,79 Prozent konstant. 49 Prozent der Eintritte im Kalenderjahr 2020 sind jünger als 35 Jahre, also im Juso-Alter, 38 Prozent im Alter zwischen 35 und 59 Jahren und 13 Prozent sind im Alter von 60 und aufwärts. In der Altersstruktur sind die Neumitglieder 2020 jünger als die Neumitglieder 2019.

Neue Mitglieder in Altersgruppen



GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Die zwei Jahre des Berichtszeitraums waren gleichstellungspolitisch durch mehrere Besonderheiten geprägt: die neue Doppelspitze an der Spitze der Partei, den Europawahlkampf mit einer weiblichen Spitzenkandidatin und im Jahr 2020 die Corona-Pandemie.

FAHNEHISSEN ANLÄSSLICH DES TAGS GEGEN GEWALT AN FRAUEN UND MÄDCHEN 2019 UND 2020

Am 25. November 2019 hisste die SPD vor dem Willy-Brandt-Haus die neu gestaltete Fahne mit der Aufschrift „Gegen Gewalt an Frauen“. Die neue Fahne war kämpferisch und für die bessere Wahrnehmbarkeit stark vereinfacht.

SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil setzte gemeinsam mit der ASF-Bundesvorsitzenden Maria Noichl gemeinsam ein Zeichen. Ebenfalls vor Ort waren die beiden Kandidatinnen aus den Teams um den SPD-Parteivorsitz, Saskia Esken und Klara Geywitz. Die Mitarbeitenden waren zu diesem Bildtermin für die Presse ebenfalls eingeladen. Maria Noichl erklärte: „Wir müssen Gewalt gegen Frauen erkennen und konsequent verfolgen. Das geht nur mit einer Null-Toleranz-Politik. Wir bekämpfen Stereotype und unterstützen Betroffene. Bei diesem Thema ist eines ganz klar: Viele Frauen werden zu Opfern, aber alle Frauen sind ein Ziel. Lars Klingbeil ergänzte: „Solange wir als Gesellschaft Frauen nicht das Recht auf Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit garantieren können, gibt es keine tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter. Wir nehmen das nicht hin und stellen uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten klar gegen Gewalt an Frauen. Und dabei lassen wir uns auch von rechten Hetzern und Spaltern, die versuchen, unter dem Deckmantel des Schutzes von Frauen ihren Rassismus hoffähig zu machen, nicht aufhalten.“

Auch 2020 wurde die Fahne „Gegen Gewalt an Frauen“ am Willy-Brandt-Haus gehisst, in diesem Jahr gemeinsam von Lars Klingbeil und Saskia Esken. Die stellvertretende ASF-Bundesvorsitzende Ulrike Häfner war für die ASF bei dem Bildtermin vor Ort. Die Mitarbeitenden des Hauses konnten nicht eingeladen werden, um coronabedingte Abstände einhalten zu können.

Saskia Esken betonte in einer gemeinsamen Pressemitteilung am 25.11.2020: „Frauen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben frei von Manipulation und frei von Gewalt. Und doch sind sexistische und frauenfeindliche Kommentare im Netz an der Tagesordnung und häusliche Gewalt ist für zu viele Frauen eine erschütternde Realität. ... Die SPD macht sich stark für eine Welt



Fahnenaktion am 25.11.2019 vor dem Willy-Brandt-Haus.
Foto: SPD



Lars Klingbeil, Klara Geywitz, Saskia Esken und Maria Noichl
(v.l.n.r.), 25.11.2019 vor dem Willy-Brandt-Haus. Foto: SPD

ohne Gewalt gegen Frauen.“ Lars Klingbeil bekräftigte „„Auch die digitale Gewalt nimmt zu und trifft insbesondere Frauen. ... Wir dürfen (...) nicht zulassen, dass das Internet zum Angstraum für Frauen verkommt. Die ASF-Vorsitzende Maria Noichl richtete den Fokus auf Gewalt gegen Frauen im eigenen Zuhause: „Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist eine Zunahme der häuslichen Gewalt zu beobachten. Deshalb ist es wichtig, nicht die Augen zu verschließen und das Thema in der Öffentlichkeit zu enttabuisieren.“

MITGLIEDERBEFRAGUNG ZUM PARTEIVORSITZ 2019

Anfang Juni 2019 trat die erste weibliche Parteivorsitzende der SPD, Andrea Nahles, zurück. Bei der Mitgliederbefragung zur neuen Parteispitze war eine hohe Beteiligung von Frauen ein Ziel von Anfang an und wurde in der Projektgruppe regelmäßig thematisiert. Die Wege, die dafür getestet und regelmäßig evaluiert wurden, waren vielfältig: Mailings gezielt an Frauen, eine Social-Media-Kampagne auf Grundlage von Erkenntnissen aus der Engagementforschung, die Nutzung des Whatsapp-Kanal für einen gezielten Aufruf an Frauen, breiter Aufruf zum Public Viewing eines Online-Formates nur mit den Frauen aus den Kandidierenden-Teams, Zusammenarbeit mit der ASF, 50:50 auf den Tourterminen auf der Bühne und bei Publikumsfragen, Bewerbung eines Podcast-Formats nur mit den Frauen aus den Duos und vieles mehr.

IN DER SATZUNG VERANKERT: GLEICHBERECHTIGTE VORSITZENDE IN DER DOPPELSPITZE

Der SPD-Bundesparteitag 2019 hatte durch eine Satzungsänderung den Weg frei gemacht für gleichberechtigte Vorsitzende, eine so genannte Doppelspitze, auf der Bundesebene und auf allen Gliederungsebenen.

Die Forderung nach einer Doppelspitze begleitete die SPD schon seit einigen Jahren. Durch das Modellprojekt zur Doppelspitze für Ortsvereine war sie bereits seit 2017 Realität für viele Ortsvereine bundesweit und veränderte somit bereits ganz konkret Parteikultur vor Ort. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem ehrenamtlichen Engagement in der SPD wurde damit für alle Geschlechter verbessert. Die Verankerung in der Satzung war 2019 also der nächste Schritt und hat sich bewährt.

Die Gliederungen konnten seitdem entsprechend des Organisationsstatutes auf Bundesebene ihre jeweiligen Satzungen anpassen, um ebenfalls die Wahl von Doppelspitzen zu ermöglichen. Das haben bereits viele Gliederungen umgesetzt. Und auf der Ortsvereinsebene gab es deutlich mehr Doppelspitzen. Waren es im September 2019 noch 173 Ortsvereine mit so einer gleichberechtigten Leitung, waren es im Sommer 2021 bereits 437 Ortsvereine. Hinzu kamen viele Gliederungen, die dies für die Zukunft planen.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

2019: KOMMT ZUSAMMEN! FÜR EIN EUROPA DER FRAUEN. ZEIT FÜR FIFTY-FIFTY.

Den Internationalen Frauentag 2019 prägte – wenige Wochen vor der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 – insbesondere das Thema Europa, mit Katarina Barley und Udo Bullmann als Spitzenkandidat*in der SPD.

Der SPD-Parteivorstand beschloss am 18. Februar 2019 die Resolution „Kommt zusammen! Für ein Europa der Frauen. Zeit für fifty-fifty“. Sie forderte Parität überall, besonders mit Hilfe paritätisch besetzter Listen („Wir wollen mehr Frauen als Abgeordnete, von der Kommune bis Europa.“). Und sehr deutlich wurde, dass vor allem für die Frauen die Europawahl im Mai 2019 eine Richtungsentscheidung darstellte: „Wird die Europäische Union weiter vorangehen bei der Gleichstellung? Wird sie auch künftig für gleiche Rechte und Chancen einstehen? Oder wird der

nationalchauvinistische und antifeministische Druck von rechts stärker, so dass wir eine Rückwärtsrolle bei Frauenrechten und Selbstbestimmung erleben?“ Die Resolution war ein wichtiges Mobilisierungselement im Rahmen des Aktionsmonats Frauen und Gleichstellung. Und eine gute Gelegenheit, Unterstützer*innen anzusprechen. Rund 20 konnten als Erstunterzeichner*innen gewonnen werden. Insgesamt haben mehrere Tausend Personen die Resolution unterzeichnet.

- Sawsan Chebli, Staatssekretärin
- Renan Demirkan, Schauspielerinnen und Autorin
- Judith Döcker, Schauspielerinnen und Fotografin
- Tanja Dückers, Schriftstellerin, Literaturwissenschaftlerin, Publizistin
- Elke Ferner, Vorstand Deutscher Frauenrat
- Robert Franken, Digital & Diversity Consultant
- Jeannette Gusko, Gründerin, Campaignerin, Analystin. Mitglied Dritte Generation Ost
- Verena Hubertz, Gründerin und Geschäftsführerin Kitchen Stories
- Prof. Dr. Silke Ruth Laskowski, Professur für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht
- Kristina Lunz, Deutschlanddirektorin des Centre for Feminist Foreign Policy
- Jasmin Mittag, Kampagnenleiterin „Wer braucht Feminismus?“
- Ursela Monn, Schauspielerin
- Deborah Ruggieri, Communication rules!, Politikwissenschaftlerin, Kommunikationsberaterin
- Tanja Smolenski, Gewerkschaftssekretärin
- Gayle Tufts, Entertainerin
- Henrike von Platen, CEO/Founder, FPI Fair Pay Innovation Lab
- Eleonore Weisgerber, Schauspielerin und Gründerin der Stiftung „in-balance“
- Anja Weusthoff, Gewerkschafterin
- Amina Yousaf, feministische Aktivistin

VERANSTALTUNG AM INTERNATIONALEN FRAUENTAG AM 8. MÄRZ 2019

Bei der Veranstaltung des SPD-Parteivorstandes zum Internationalen Frauentag am 8. März 2019 im Haus Ungarn in Berlin stand Netzwerken ganz im Mittelpunkt, viele folgten dem Ruf „Kommt zusammen! Für ein Europa der Frauen!“ Neben Reden der Parteivorsitzenden Andrea Nahles und Spitzenkandidatin Katarina Barley sowie der Bundesfrauenministerin Franziska Giffey waren die ASF-Vorsitzende Maria Noichl, Frauenverbände und Initiativen mit dabei. Es war beeindruckend, wie jung, vielfältig, europabegeistert und engagiert in Europa-Initiativen die Gäste waren.



Internationaler Frauentag am 8.3.2019, Berlin, Haus Ungarn, Foto: Janine Schmitz/photothek.net



Veranstaltung des SPD-Parteivorstandes am Internationalen Frauentag.
8.3.2019, Berlin, Haus Ungarn; Karen Taylor, Ferda Ataman, Franziska
Giffey, Katarina Barley, Andrea Nahles, Maria Noichl, Gabi Bischoff,
Delara Burkhardt, Jeannette Gusko, Alu Kitzerow (v.l.n.r.).
Foto: Janine Schmitz/photothek.net

EQUAL PAY DAY 2019: KOMMT ZUSAMMEN! FÜR GLEICHEN LOHN!

Bei der traditionellen Kundgebung zum Equal Pay Day am 18. März 2019 war die Parteispitze der SPD sehr hochrangig vertreten und setzte wenige Wochen vor der Europawahl am Brandenburger Tor erneut ein starkes Zeichen. Allen voran die Parteivorsitzende Andrea Nahles und die SPD-Spitzenkandidaten zur Europawahl, Katarina Barley und Udo Bullmann, sowie der EU-Spitzenkandidat der PES, Frans Timmermans.

Andrea Nahles erklärte „Wenn einigen am Equal Pay Day nichts anderes einfällt, als die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern kleinzurechnen, kann ich nur sagen: Jeder Cent ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Und es geht hier um viele, viele Euros. Wir kämpfen, bis gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“



ASF-Flyer „Jeden Tag Europa. Jeden Tag für Frauenrechte. Kommt zusammen! Für ein Europa der Frauen“, Februar 2019, Foto: Janine Schmitz/photothek.net



Fotoaktion im Willy-Brandt-Haus Berlin zum Equal Pay Day am 18.3.2019 „Kommt zusammen! Für gleichen Lohn!“
Foto: privat

Auch eine tolle Mitmachaktion gab es zum Equal Pay Day. Eine Selfieaktion wurde ins Leben gerufen, um Gesicht zu zeigen für Lohngerechtigkeit. „Kommt zusammen! Für gleichen Lohn“ und dem Hashtag #EuropaistdieAntwort. Ziel auch dieser Aktion: zu zeigen, warum der Equal Pay Day wichtig ist und wie wichtig gleicher Lohn ist. Im Europawahlprogramm spricht sich die SPD klar dafür aus, die Lohnlücke und die Rentenlücke zu schließen. Das heißt: Das Prinzip des gleichen Lohns für die gleiche und gleichwertige Arbeit muss auch zwischen den Geschlechtern gelten. Die SPD will die Lohn- und Rentenlücke schließen durch die Vereinbarung verbindlicher Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz, das die Einhaltung überwacht und Verstöße sanktioniert.

FRAUENPOLITISCHER MÄRZ 2020 – SHARING IS CARING

Im frauenpolitischen März 2020 standen zwei Themen im Mittelpunkt: „Sharing is caring“ = unbezahlte Care-Arbeit von Frauen und Frauen in Führungspositionen/Quote.

Rund um den Equal Care Day am 29. Februar

Kindererziehung, Hausarbeit oder die Pflege von Angehörigen – Frauen in Deutschland arbeiten pro Tag im Schnitt viereinhalb Stunden, ohne dass sie dafür bezahlt werden. Denn Fürsorgearbeit (Care-Arbeit) ist immer noch überwiegend Frauensache, überall auf der Welt. Weltweit leisten Frauen rund viermal mehr unbezahlte Care-Arbeit als Männer.

Auf diese ungleiche Verteilung wollte der bundesweite Aktionstag „Equal Care Day“ (equalcareday.de) aufmerksam machen. Der SPD-Parteivorstand nutzte diesen Anlass als Auftakt, um das Thema unbezahlte Care-Arbeit in den Vordergrund zu stellen.



SPD-Motiv zum Frauenpolitischen März 2020, *Sharing is caring*

Die Botschaften für eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit:

- Wir machen die Kinderbetreuung Schritt für Schritt kostenlos.
- Mit der Brückenteilzeit ist Teilzeit kein Risiko mehr.
- Wir wollen angelehnt ans Modell Elterngeld ein Familienpflegegeld einführen. Es soll diejenigen unterstützen, die sich eine Auszeit vom eigenen Job nehmen, um zeitweise die Pflege Angehöriger übernehmen zu können.
- Unser Modell der Familienarbeitszeit erleichtert die flexiblere Verteilung von Zeiten für die Arbeit, für Kinder und Familie oder auch Pflege und sichert mit dem Familiengeld zugleich partnerschaftliche Lebensentwürfe und wirtschaftliche Stabilität.

Dazu gab es folgende Unterstützung:

- Themenseite zu Equal Care mit den SPD-Botschaften zum Thema
- Start eines feministischen Telegram-Kanals der SPD „Feminists Only“ mit Sprachnachrichten zum Thema Care Arbeit zum Equal Care Day

RUND UM DEN INTERNATIONALEN FRAUENTAG AM 8. MÄRZ 2020

Resolution: Der SPD-Parteivorstand beschloss im Vorfeld des Internationalen Frauentages am 6. März 2020 die Resolution „Mehr Frauen in Vorständen durch klare Regeln; Schluss mit Zielgröße Null – Erwerbsarbeit und Sorgearbeit gerecht verteilen“ mit dem Schwerpunkt „Frauen in Führungspositionen“. Damit unterstützte der Parteivorstand den Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Bundesministerinnen Franziska Giffey und Christine Lambrecht, der das Gesetz für mehr Frauen in Führungspositionen weiterentwickelt hatte.

Video: Die SPD-Parteivorstandsmitglieder konnten kurze Statements zum Frauentag aufnehmen. Das Video zum Thema Sharing is caring: <https://www.youtube.com/watch?v=o3QPk9TIAgw>
Das Video zum Thema Frauen in Führungspositionen: <https://www.youtube.com/watch?v=EL7kyMFqjKQ>

Mini-Podcast-Serie: Es gab verschiedene Mini-Podcasts mit Ansprechpartner*innen zum Thema Care-Arbeit – veröffentlicht am 8. März als Zusammenschnitt.

Materialien: Es gab für die SPD-Gliederungen neben Online-Materialien wie Sharepics und eine Themenseite auf spd.de Materialien im SPD-Shop (Postkarten, Buttons, Wandzeitung). Im internen Bereich auf kampagne.spd.de fanden die Genoss*innen noch weitere inhaltliche Informationen.

Frauenkampftagsdemo in Berlin: Das Berliner Bündnis zum Frauenkampftag organisierte eine Demonstration in Berlin, bei der auch die Bundes-SPD mit Serpil Midyatli präsent war.

Equal Pay Day: Aktionen rund um den Equal Pay Day am 17. März 2020 konzentrierten sich bereits auf den digitalen Raum, da kurz vorher die coronabedingten Beschränkungen in Kraft traten.

Zum Equal Pay Day wurde am 17. März 2020 eine gemeinsame Erklärung des SPD-Parteivor-sitzenden Saskia Esken und der ASF-Bundesvorsitzenden Maria Noichl veröffentlicht unter dem Titel „Equal Pay ist machbar und bleibt das Ziel“.

Darin hieß es u.a. „Wie wertvoll und „systemrelevant“ die Arbeit im Pflegebereich, im Gesundheitswesen, in sozialen Berufen, im Bildungswesen, im Handel oder in der Gastronomie ist, wird uns in diesen Tagen mit voller Wucht vor Augen geführt. Die Menschen, die in diesen Berufszweigen arbeiten, unter ihnen besonders viele Frauen, können nicht im Homeoffice arbeiten.“ Betont wurde „... wir fordern (...) einen höheren gesetzlichen Mindestlohn. Er kommt insbesondere denjenigen Frauen zugute, die noch immer häufig im Niedriglohnsektor arbeiten. Unser Ziel ist dabei perspektivisch, dass der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben wird.“ Schließlich: „Die Lohnlücke ist kein individuelles Problem, sondern hat vor allem strukturelle Ursachen. Um die Rechte der Betroffenen durchzusetzen, bekräftigen wir unsere Forderung nach einem Verbandsklagerecht der Gewerkschaften. Es soll im Entgelttransparenzgesetz verankert werden.“

STABSSTELLE GLEICHSTELLUNG

Die Arbeit der Stabsstelle Gleichstellung im Willy-Brandt-Haus war auch 2019 geprägt von der Stärkung der Repräsentanz von Frauen in der Kommunikation und den Strukturen. Sie begleitete und koordinierte teilweise die frauenpolitischen Aktionsmonate, das Fahneheissen zum Tag gegen Gewalt an Frauen und die Mobilisierung von Frauen zur Abstimmung in der Mitgliederbefragung zum Parteivorstand. Sie erstellt die Gleichstellungsberichte in neuer Form und neuem Layout zu den ordentlichen Bundesparteitagen und ist beratendes Mitglied der Organisationspolitischen Kommission. Außerdem unterstützt die Stabsstelle die Gliederungen und Mitglieder der SPD mit Handreichungen, guten Beispielen und individueller Beratung.

Die gleichstellungspolitischen Materialien und Angebote finden sich gebündelt im internen Mitgliederbereich kampagne.spd.de einfach und gezielt. Besonderes Highlight ist die Checkliste für geschlechtergerechte Kommunikation bei Veranstaltungen, Bildern und Sprache.

OSTBEAUFTRAGTER DER SPD

Der SPD-Parteivorstand berief im Jahr 2018 mit Martin Dulig erstmals einen Ostbeauftragten. Wesentlicher Teil der Aufgabe ist die inhaltliche und organisatorische Profilierung der SPD Ostdeutschlands als Teil der Erneuerung der SPD.

Im April 2019 fand der Ostkonvent der SPD in Erfurt statt. Mit mehreren hundert Teilnehmern und Teilnehmerinnen wurde in verschiedenen Workshops diskutiert und ein Zukunftsprogramm für Ostdeutschland verabschiedet. Dieses Programm enthielt 12 Kernforderungen für Ostdeutschland und war mit Vertretern und Vertreterinnen der Ostländer und des Bundes in mehreren programmatischen Treffen und Workshops entworfen worden. Unzweifelhafter Höhepunkt des Jahres 2019 war das 30. Jubiläum der Friedlichen Revolution von 1989. Eine Festveranstaltung



Die Band „Keimzeit“ bei der Festveranstaltung 30. Jahre Friedliche Revolution im WBH. Foto: Dirk Bleicker

im Willy-Brandt-Haus würdigte die Ereignisse von 1989, insbesondere die Gründung der Sozialdemokratische Partei in der DDR, die ein wesentlicher Beitrag zum Gelingen der Revolution war. Der Vorwärts begleitet das Jubiläum mit einer bundesweiten Sonderveröffentlichung.

Gleich zu Beginn des Jahres 2020 trafen sich die Vertreterinnen und Vertreter der ostdeutschen SPD auf Einladung des Ostbeauftragten zur traditionellen Jahresauftaktklausur in Potsdam. Bei den gemeinsamen Beratungen mit der SPD-Vorsitzenden Saskia Esken und der Bundesgeschäftsführerin

Jessika Wischmeier wurden Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik für Ostdeutschland vereinbart. Das Jahr 2020 war im weiteren Verlauf geprägt von den Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Veranstaltungen und Treffen fanden, wenn überhaupt, nur virtuell statt.

INTERNATIONALE POLITIK

Die globalen Herausforderungen hatten im Berichtszeitraum weiter zugenommen – und sie waren vielfältig: Gesundheitskrise, Klimawandel und Ungerechtigkeit verschärften bestehende Konflikte und entfachten neue. Autonome Waffensysteme senkten die Schwelle für kriegsähnliche Handlungen. Kernwaffen erlebten ein Comeback, während es kaum noch international verbindliche Vereinbarungen über die Kontrolle und die Abrüstung von Massenvernichtungswaffen gab. Digitaler Fortschritt erhöhte die Verwundbarkeit für Cyberangriffe.

AUSTAUSCH MIT SCHWESTERPARTEIEN

Der SPD-Parteivorstand beschäftigte sich intensiv mit den unterschiedlichsten internationalen Krisen – im Osten Europas, in Syrien und weiteren arabischen Regionen, auf dem afrikanischen Kontinent und in Lateinamerika. Es fanden diverse Gespräche und Treffen auf nationaler und internationaler Ebene statt, um friedliche Konfliktlösung und Deeskalation über die für die Partei zugänglichen Kanäle zu unterstützen. Dazu zählte im Besonderen der Austausch mit Schwesterparteien. Am 9. März 2020 war der ehemalige und möglicherweise wieder künftige Präsident Brasiliens Lula da Silva von der Arbeiterpartei PT zu Besuch im Willy-Brandt-Haus. Der SPD-Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans und Lula da Silva bekräftigten, wieder zu einer intensiveren Zusammenarbeit beider Parteien kommen zu wollen. Bei einem weiteren Treffen auf



Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans trifft Lula da Silva, Ikone der brasilianischen Arbeiterpartei, ehemaliger Präsident Brasiliens und möglicher Kandidat für nächsten Präsidentschaftswahlen. Foto: R. Vogt

Arbeitsebene wurden die nächsten Schritte in der Zusammenarbeit besprochen. Die Parteidialoge mit den kommunistischen Parteien in China, Vietnam und Kuba wurden infolge der zunehmenden Corona-Einschränkungen immer wieder verschoben. Präsenztreffen waren nicht planbar. Am 16. November 2020 konnte ein digitales Dialogtreffen mit der KP Vietnam durchgeführt werden. Für die SPD-Parteivorstand verantwortet Alexander Schweitzer, zu der Zeit SPD-Fraktionsvorsitzender Rheinland-Pfalz, den Parteidialog mit der KP Vietnam.

POSITIONIERUNG UND PROGRAMMARBEIT

Erkenntnisse aus diesem und aus anderen Gesprächen sowie aus intensiven Debatten innerhalb der Partei, mit Bürger:innen und auch mit Vertreter:innen aus Wissenschaft und Gesellschaft sind in Stellungnahmen zur Globalisierung wie auch in sicherheitspolitische Positionierungen eingeflossen. Sie wurden auch von der Programmarbeitsgruppe „Internationales Cluster“ bei der Zuarbeit für das Zukunftsprogramm der SPD für den Bundestagswahlkampf berücksichtigt.

Die Arbeit am Regierungsprogramm begann für die Arbeitsgruppe im August 2020. Der Parteivorstand berief in diese Arbeitsgruppe Mitglieder aus Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion sowie SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament. Es kam zu mehreren digitalen Arbeitsrunden, in denen gemeinsam die Positionierungen der Partei diskutiert und erarbeitet wurden. Dafür lud Udo Bullmann, Europabeauftragter des Parteivorstandes und verantwortlich für dieses internationale Cluster, externe Experten zu drei Workshops ein, deren Inputs in die Programmdiskussion aufgenommen wurden. Renommiertere Politikwissenschaftler:innen, Ökonom:innen, Soziolog:innen, Politikberater:innen, Menschenrechtsexpert:innen, Nachhaltigkeitsforscher:innen u.v.m. stellten ihre Ideen vor und gaben Positionierungsempfehlungen zu den Workshop-Themenfeldern „Wie machen wir die Welt gerechter und nachhaltiger“ und „Wie machen wir Europa in Zeiten von/nach Covid-19 solidarischer und souveräner?“. Dieser Austausch wurde auf dem Debatten-camp der SPD im Dezember 2020 in Panels zu internationaler Politik unter Beteiligung der beiden Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans sowie Expert:innen aus Partei, Gewerkschaft und Zivilgesellschaft weitergeführt.

CORONA – EINE GLOBALE HERAUSFORDERUNG

In der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums prägte die sich ausbreitende Corona-Pandemie auch die politischen Debatten zu Globalisierung, Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit. Sehr schnell wurden schon lange bestehende Ungleichheiten zusätzlich ins Rampenlicht gehoben. In diversen Gremien des SPD-Parteivorstandes wurden Positionierungen zu mehr globaler Gerechtigkeit bei der Gesundheitsversorgung und zur Unterstützung des globalen Südens im Kampf gegen COVID-19 und den Folgen der Pandemie vorgenommen.

PROGRESSIVE KRÄFTE BÜNDELN

Schon seit längerem war der Multilateralismus, der seit Jahrzehnten weltweit eine Schlüsselrolle bei der Wahrung von Frieden und Entwicklung spielte, unter Druck geraten. Die deutsche Sozialdemokratie ist überzeugt, dass sich Vertrauen am nachhaltigsten durch Stabilisierung und Aufbau effektiver internationaler Organisationen sowie durch internationale Vertrauensnetzwerke festigen lässt. Die SPD arbeitete 2019/2020 weiter intensiv daran, Vertrauensnetzwerke trotz Pandemieeinschränkungen zu stabilisieren und zu etablieren, um multilaterales Handeln in schwierigen Zeiten zu stärken und neu zu ermöglichen. Im Fokus dabei: progressiven Kräfte zu bündeln und sich gemeinsam den Populisten und Nationalisten entgegenzustellen.

Mit dem Amtsantritt von Jair Bolsonaro als Präsident Brasiliens am 1. Januar 2019 und der zunächst drohenden Wiederwahl 2020 von Donald Trump zum Präsidenten der USA war der Druck auf Demokratien weiter gestiegen. Misstrauen gegenüber demokratischen Wahlen wurde in vielen Ländern geschürt – Höhepunkt war nach dem Wahlsieg von Joe Biden der Sturm auf das Kapitol in Washington durch einen Mob, der sich vom abgewählten Präsidenten Trump dazu ermuntert sah.

Um im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes Einblicke und Erkenntnisse aus dem US-Wahlkampf mitnehmen zu können, bot der SPD-Parteivorstand in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung Workshops für leitende Teammitglieder des Wahlkampfteams der SPD zu verschiedenen Kampagnenfeldern mit Wahlkampf- und Kampagnenexpert:innen der US-Demokraten an. Vier Module wurden im vierten Quartal 2020 angeboten und durchgeführt: „Fundraising“, „Mobilisierung in Corona-Zeiten“, „Strategieanpassung während der Kampagne“ und „Digitale Kampagne“.

DER WEG ZUM LIEFERKETTENGESETZ

Die SPD fordert von Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten entlang globaler Lieferketten. Der SPD-Parteivorstand unterstützte die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Engagement für ein nationales Lieferkettengesetz mit verbindlichen Regelungen – gegen den anhaltenden Widerstand des Koalitionspartners. Die SPD warb darüber hinaus für ein Lieferkettengesetz auf europäischer Ebene. Um die Machbarkeit eines solchen Gesetzes zu untermauern, suchte der Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans immer wieder den Austausch mit Wirtschaftsexpert:innen, Aktivist:innen und auch Unternehmer:innen, die ihre Betriebe bereits einem möglichen Lieferkettengesetz entsprechend führen.

Gute Arbeit weltweit stärken, gehört zur Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik, denn gute Arbeit sichert den Lebensunterhalt, verringert Ungleichheit, fördert die Gleichstellung der Geschlechter und ermöglicht Teilhabe und Zusammenhalt. Ein weltweit greifendes, verbindliches Lieferkettengesetz mit Sanktionsmechanismus soll ein wichtiger Baustein für mehr globale Gerechtigkeit und mehr Schutz von Menschenrechten werden.

EUROPAPOLITIK

Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist klar: Nur ein starkes Europa kann bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben unserer Zeit die Welt entscheidend mitgestalten. Dabei müssen Solidarität und Souveränität als Leitgedanken für die europäische Integration im Zentrum stehen.

Der erstarkende Nationalismus, versinnbildlicht auch durch den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs am 31. Januar 2020, die Missachtung zentraler europäischer Werte in einigen EU-Mitgliedstaaten, grundlegende innereuropäische Differenzen, etwa in der Flüchtlings- und Wirtschaftspolitik, haben in den vergangenen Jahren jedoch schmerzhaft gezeigt, dass die europäische Einheit und der europäische Fortschritt alles andere als selbstverständlich sind. Sie müssen immer wieder neu politisch begründet und erkämpft werden.

Die SPD brachte sich – zusammen mit ihren europäischen Partnerinnen und Partnern – im Berichtszeitraum aktiv ein, um die europäische Integration voranzutreiben wie auch den Zusammenhalt und die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

BEZIEHUNGEN ZU EUROPÄISCHEN SCHWESTERPARTEIEN

Die SPD ist eine internationale Partei, die die Freundschaft zu ihren Schwesterparteien kontinuierlich pflegt und ausbaut. Auch 2019 und 2020 war es der SPD-Parteiführung ein besonderes Anliegen, die Schwesterparteien persönlich zu besuchen. Parteivorsitzende Andrea Nahles nahm so im Januar 2019 am Parteitag der Partij van de Arbeid in 's-Hertogenbosch teil. Anlässlich des 50. Jahrestags des Kniefalls von Willy Brandt vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos reiste Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans vom 4. bis 5. Dezember 2020 nach Warschau. Nach gemeinsamer Kranzniederlegung mit einer Delegation des „Bunds der Demokratischen Linken“ (SLD) traf Norbert Walter-Borjans im SLD-Hauptsitz mit dem Parteivorsitzenden Włodzimierz Czarzasty zusammen.

Zugleich kamen Parteivorsitzende, Parteifreundinnen und Parteifreunde aus ganz Europa nach Berlin, um sich im Willy-Brandt-Haus mit dem Parteivorstand zu europapolitischen Themen, den bilateralen Beziehungen und gemeinsamen Projekten auszutauschen – darunter die Vorsitzende der griechischen PASOK Fofi Gennimata, der Vorsitzende der tschechischen ČSSD Jan Hamáček und der Ko-Vorsitzende der türkischen HDP Pervin Buldan. Der luxemburgische sozialdemokratische EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte Nicolas Schmit nahm am 29. Juni 2020 an der Sitzung des SPD-Parteivorstandes teil.

Zum Abschluss des ereignisreichen Jahres 2019, das ganz im Zeichen Europas stand, fand am 5. Dezember 2019 die Internationale Konferenz im Willy-Brandt-Haus statt – traditionell am Vortag des Bundesparteitags. Unter dem Motto „Reclaiming a progressive Future. Struggling for Solidarity. Overcoming Hate and Populism“ kamen Freundinnen und Freunde aus der europäischen Sozialdemokratie und der Progressiven Allianz auf Einladung von Lars Klingbeil, Udo Bullmann und Achim Post nach Berlin, darunter SPE-Präsident Sergei Stanishev, die Vorsitzende der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament Iratxe García Pérez, die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments Katarina Barley und der Vorsitzende der Europa-SPD Jens Geier.



Timmermann (Wahlkampfauftritt Frans Timmermann (SPE-Spitzenkandidat) mit GS Lars Klingbeil mit Udo Bullmann (Co-Spitzenkandidat der SPD). Foto: PES Communications



*SPE-Wahlkongress (PV Andrea Nahles im Kreis von Spitzenpolitiker:innen der europäischen Parteienfamilie).
Foto: PES Communications*

Auch die Pandemie-bedingten Einschränkungen ab März 2020 taten dem intensiven Kontakt innerhalb der sozialdemokratischen Parteienfamilie kaum Abbruch. Die vielfältigen Gesprächsformate wurden pragmatisch digital weitergeführt – jedoch stets mit der Vereinbarung, sich baldmöglichst wieder persönlich zu treffen.

EUROPAWAHL

Am 26. Mai 2019 fand die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Die Bundesdelegiertenkonferenz hatte am 8. Dezember 2018 die Bundesliste der Kandidatinnen und Kandidaten der SPD beschlossen, die von Katarina Barley und Udo Bullmann angeführt wurde. Der Parteikonvent der SPD diskutierte und verabschiedete am 23. März 2019 das Europawahlprogramm („Kommt zusammen und macht Europa stark!“), das zuvor in engem Austausch mit SPD-Mitgliedern, Gewerkschaften, Verbänden und gesellschaftlichen Initiativen entwickelt worden war und ein friedliches, soziales und demokratisches Europa in den Mittelpunkt stellte. Parteivorsitzende Andrea Nahles rief in ihrer Rede zum entschlossenen Kampf gegen rechtspopulistische Parteien in Europa auf. Als europäischer Gast besuchte die schwedische Außenministerin Margot Wallström den „Europakonvent“.

Frans Timmermans wurde beim SPE-Wahlkongress vom 22. bis 23. Februar 2019, für den auch Parteivorsitzende Andrea Nahles nach Madrid reiste, zum gesamteuropäischen sozialdemokratischen Spitzenkandidaten für die Europawahl gewählt. Der Wahlkampf der SPD war dabei eng mit dem Wahlkampf der SPE verzahnt. So reiste Frans Timmermans mehrmals nach Deutschland, nahm an einer Sitzung des SPD-Präsidiums teil, trat gemeinsam mit Katarina Barley und Udo Bullmann auf, absolvierte zahlreiche Termine mit deutschen Medien und sprach beim Juso-Kongress im April 2019 im Willy-Brandt-Haus.

Der überaus engagierte Einsatz der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer hätte ein besseres Wahlergebnis verdient gehabt. Nach der Europawahl 2019 ist die SPD nun mit 16 Abgeordneten

im Europäischen Parlament vertreten. Die „Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten“ (S&D) ist mit 145 Abgeordneten aus 25 EU-Mitgliedstaaten die zweitstärkste Gruppe im Europäischen Parlament.

DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

In der zweiten Jahreshälfte 2020 hatte Deutschland den Vorsitz im Rat der EU inne. Mit seinem Beschluss „Wir übernehmen Verantwortung für Europa in schwierigen Zeiten“ machte der SPD-Parteivorstand kurz vor Beginn der EU-Ratspräsidentschaft klar, dass sich die SPD mit ganzer Kraft und Verantwortungsbereitschaft einbringen würde. Eine parteiinterne Koordinierungsrunde unter Beteiligung des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion, der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament sowie von Vertretern der Bundesregierung begleitete von Anfang an mit regelmäßigen Treffen die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, um sie mit einer klaren sozialdemokratischen Handschrift zu versehen und die politischen Aktivitäten auf den unterschiedlichen Ebenen praktisch abzustimmen.

Die deutsche Ratspräsidentschaft wurde letztlich von einem Thema dominiert – sowohl inhaltlich als auch organisatorisch: Seit Anfang 2020 steht die EU mit der Bewältigung der Corona-Pandemie vor der größten Herausforderung seit ihrer Entstehung. Wie keine Krise zuvor hat die Pandemie die innere und äußere Verwundbarkeit der EU vor Augen geführt. Die europäische Sozialdemokratie hat die Krise jedoch auch rasch als eine Chance begriffen, um die EU weiterzuentwickeln und gemeinsam zukunftsfest zu machen. Die Verständigung im Juli 2020 auf den solidarischen Wiederaufbaufonds war ein historischer Schritt bei der europäischen Integration wie auch Paradigmenwechsel deutscher Europapolitik, der ohne den Druck der sozialdemokratischen Kräfte in Europa sowie der SPD in der Bundesregierung, insbesondere Vize-Bundeskanzler und Finanzminister Olaf Scholz, nicht möglich gewesen wäre.

Für die SPD stellt der europäische Wiederaufbau eine ganz entscheidende Möglichkeit dar, um die EU insgesamt nachhaltiger, sozial gerechter und souveräner zu machen. Der Durchbruch mit der Entscheidung für gemeinsame Anleihen sowie die Debatte über neue EU-Eigenmittel, etwa in Form einer CO₂-Grenzabgabe, soll dazu genutzt werden, die Finanzierung der EU dauerhaft gerechter und eigenständiger zu gestalten. Die SPD bringt sich auf allen Ebenen hierbei weiterhin aktiv ein.

VORBEREITUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

In der zweiten Jahreshälfte 2020 nahmen die Vorbereitungen zur Bundestagswahl 2021 an Fahrt auf. Der SPD-Europabeauftragte Udo Bullmann leitete dabei die Ausarbeitung des europapolitischen Kapitels des künftigen Wahlprogramms. Ein erstes Arbeitspapier im August lieferte dafür inhaltliche Grundlage, die anschließend unter anderem in parteiinternen Arbeitsgruppen, in Workshops mit Expertinnen und Experten sowie beim SPD-Debattencamp im Dezember 2020 weiter verfeinert wurde.



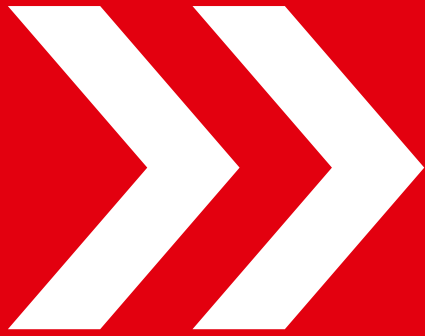
Luisa Neubauer (Fridays for Future) im Klima-Talk mit PV Norbert Walter-Borjans und Jochen Steinhilber (FES) auf dem SPD-Debattencamp 2020. Foto: SPD Parteivorstand

SPE – SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI EUROPAS

Die Sozialdemokratische Partei Europas bringt die Sozialistischen und Sozialdemokratischen Parteien und Arbeiterparteien aus der ganzen EU und Norwegen zusammen. Neben den regelmäßigen Präsidiumssitzungen, an denen der SPD-Europabeauftragte Udo Bullmann teilnahm, bzw. den vorbereitenden Koordinierungstreffen auf Arbeitsebene, luden im Berichtszeitraum ressortspezifische Netzwerktreffen die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister wie auch Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in Europa zum gegenseitigen – persönlichen wie auch virtuellen – Austausch ein.

Vizekanzler Olaf Scholz und die SPD-Parteivorsitzenden nahmen an den SPE-Vortreffen vor den Sitzungen des Europäischen Rats in Brüssel statt. Im Mai 2019 reiste die Parteivorsitzende Andrea Nahles zum Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefinnen, Regierungschefs und Parteivorsitzenden nach Sibiui, Rumänien. Parteivorsitzender Norbert Walter-Borjans nahm im Juli 2020 am SPE-Vorbereitungstreffen vor der Sondertagung des Europäischen Rates teil, bei der die Einigung auf den Wiederaufbaufonds sowie auf den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU gelang.

Vom 22. bis 23. Februar 2019 fand in Madrid der SPE-Europawahlkongress statt, bei dem der gesamteuropäische Spitzenkandidat für die Europawahl Frans Timmermans gewählt und das SPE-Wahlmanifest verabschiedet wurde. Die SPD bewarb sich erfolgreich um die Ausrichtung des ordentlichen SPE-Kongresses 2020. Dieser „Wahlparteitag“, bei dem turnusgemäß die Posten des SPE-Präsidenten, Generalsekretärs, Schatzmeisters sowie Präsidiums gewählt werden sollten, wurde jedoch letztlich Pandemie-bedingt auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.



FINANZEN DER PARTEI

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

VORWORT

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

nach fast acht Jahren im Amt des Schatzmeisters kann ich konstatieren, dass die Rahmenbedingungen für den Erhalt der finanziellen und damit auch politischen Handlungsfähigkeit unserer Partei nicht leichter geworden sind. Zwar konnte das strukturelle Finanzproblem des Parteivorstandes durch einen konsequenten Konsolidierungskurs deutlich verringert werden, aber es ist noch nicht überwunden. Vor uns liegen weiterhin riesige finanzielle und organisationspolitische Herausforderungen.



Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD
Foto: Photothek

Den notwendigen Neuaufstellungsprozess fortsetzen

Nicht ohne Grund habe ich vor zwei Jahren im Finanzbericht geschrieben, dass allen Verantwortlichen im Parteivorstand klar sein müsse, dass wir uns nicht länger den Apparat einer 40 Prozent Partei mit den Einnahmen einer 20 Prozent Partei leisten können. Nun sind wir Wahlsiegerin und eine 26 Prozent Partei. Neben dem Konsolidierungserfolg stellt sich nun auch der politische Erfolg ein. Beides sollte von allen Verantwortlichen als Ansporn verstanden werden, unsere Partei weiter zu modernisieren und zu konsolidieren. Wir müssen den eingeschlagenen Reformkurs konsequent weiterverfolgen. Nur so werden wir es am Ende auch schaffen, die Finanzkraft der SPD wieder langfristig zu sichern.

Das ausstehende Urteil des BVerfG zur staatliche Parteienfinanzierung entscheidet über zukünftige finanzielle Rahmenbedingungen

Ohne die 2018 vom Bundestag beschlossene Erhöhung der absoluten Obergrenze bei der staatlichen Parteienfinanzierung, um den einschneidenden Veränderungen bei der Digitalisierung finanziell Rechnung zu tragen, hätten wir trotz aller Konsolidierungsmaßnahmen in der SPD bereits jetzt schon den Punkt erreicht, bei dem sehr weitgehende Einschnitte vorgenommen werden müssten. Diese würden die politische Handlungsfähigkeit der Partei deutlich einschränken und auf lange Sicht letztlich auch gefährden. Auch wenn dies durch die Erhöhung der absoluten Obergrenze zunächst einmal abgewendet werden konnte, hängt vieles davon ab, wie im kommenden Jahr das Bundesverfassungsgericht entscheiden wird. Erst dann wissen wir verlässlich, ob sich dessen Urteil positiv oder negativ auf unsere finanzielle Situation auswirken wird.

Wenn die SPD relevant bleiben will, muss sie weiter massiv in die Digitalisierung investieren

Trotz aller Einsparungen kommt die SPD als Mitgliederpartei nicht umhin, in den Bereichen Mitgliederverwaltung, digitale Partizipation und digitale Kommunikation – insbesondere in den Sozialen Medien – weiter deutlich zu investieren. Die Erwartungen von Parteimitgliedern und Bürger*innen an moderne, auch digitale, Partizipationsformen sowie an einer qualitativ hochwertigen digitalen Präsenz sind in den vergangenen Jahren rasant gestiegen. Attraktiv für neue Mitglieder ist eine Partei nur dann, wenn sie unterschiedliche Partizipationsangebote anbietet. Die Sozialen Medien und digitalen Plattformen sind zwar nicht der vorherrschende Ort des politischen Diskurses, aber ihr Einfluss darauf, sogar auf den Ausgang von Wahlen, steigt stetig. Darauf müssen wir als demokratische Mitgliederpartei adäquat reagieren, sonst verlieren wir an politischer Gestaltungskraft.

Wie wirkt sich die Digitalisierung finanziell konkret aus? Seit 2015 haben sich die jährlichen Ausgaben für die digitale Kommunikation, die IT-Struktur und auch die Abwehr von Cyberangriffen, sowie den Datenschutz beim PV verdoppelt. Wir geben mittlerweile dafür pro Jahr einen zweistelligen Millionenbetrag aus. Der Anteil der Gesamtkosten im Zusammenhang mit der Digitalisierung am gesamten Betriebshaushalt hat sich in den letzten fünf Jahren ebenfalls von 13 Prozent auf 25 Prozent nahezu verdoppelt.

Dabei hat die Corona Pandemie die Digitalisierung in der Parteiarbeit nochmals beschleunigt. Die Erfahrungen daraus lehren uns aber auch: So sehr die politische Arbeit von Parteien zukünftig digital ausgerichtet sein muss, so eindeutig ist festzuhalten, dass das direkte und persönliche Gespräch auch weiterhin der zentrale Kanal für die politische Willensbildung bleibt. Und so müssen wir jetzt gleichzeitig sowohl die analoge klassische Parteiarbeit als auch die Digitalisierung auskömmlich finanzieren.

Mehr Beitragseinnahmen dank solidarischer Mitglieder

Als Schatzmeister habe ich immer auch gefordert, nicht nur bei den Ausgaben zu sparen, sondern auch die Einnahmen zu verbessern. Darum habe ich mit der Unterstützung der Schatzmeister*innen aus den Landesverbänden und Bezirken zum letzten ordentlichen Bundesparteitag 2019 entsprechende Beschlüsse zur Erhöhung der Beitragseinnahmen eingebracht. Ohne Übertreibung kann ich heute sagen, dass das „Projekt Beitragsanpassung 2021“ als das erfolgreichste Projekt zur Sicherung bzw. Steigerung der Einnahmen der SPD in der letzten Dekade bezeichnet werden kann. Dieser Erfolg war nur möglich, weil alle Ebenen von Anfang an es als ein gemeinsames Projekt verstanden und dementsprechend eng und solidarisch zusammengearbeitet haben. Keine Beitragsanpassung vorher ist bei Mitgliedern, Hauptamtlichen und bei unseren ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern so breit kommuniziert worden wie diese. Die frühe und zielgruppenspezifisch angepasste Kommunikation in Organisation und Mitgliedschaft hat dazu geführt, dass die negativen Reaktionen bei den Mitgliedern deutlich geringer als bei anderen vergleichbaren Beitragsanpassungsaktionen ausgefallen sind. Es hat sich gezeigt, wie groß die finanzielle Solidarität unserer Genossinnen und Genossen ist, wenn man sie ernst und mitnimmt. Dafür sage ich Euch allen ein großes Dankeschön!

Intensivierung der Spendenwerbung – analog und digital

Gemeinsam mit den anderen Abteilungen des WBH haben wir neue Spendentools und eine Spendenkampagne entwickelt, bei der wir auch die digitalen Möglichkeiten ausschöpfen konnten. Der Erfolg gibt uns recht: In diesem Jahr haben wir schon jetzt 25 Prozent höhere Spendeneinnahmen, als projiziert. Das hat vor allem auch mit der Bereitschaft zu tun, den Bundestagswahlkampf zu unterstützen. Dabei sind wir sehr stolz auf Euch, liebe Genossinnen und Genossen! Denn der überwiegende Teil unserer Spendeneinnahmen beruht – anders als bei anderen Parteien – nicht auf Großspenden, sondern auf den vielen Einzelspenden unserer Mitglieder und Unterstützer*innen!

Die Zusammenarbeit von Parteivorstand, Landesverbänden und Bezirken intensivieren und durch gemeinsame Standards effizienter und sparsamer gestalten

Nachdem zu Beginn die „Beharrungskräfte“ in einigen Bereichen der Partei sehr stark waren, freue ich mich sehr, nunmehr in meinem vierten Finanzbericht mitteilen zu können, dass wir mittlerweile mit vielen Landesverbänden und Bezirken entsprechende Zielvereinbarungen getroffen haben, um Ressourcen durch eine gemeinsame Mitgliederadministration einzusparen. So werden bereits

mehr als die Hälfte unserer Mitglieder samt der dazugehörigen Mitgliederbetreuung zentral im Service Center der NRWSPD professionell verwaltet. Mein Ziel ist es, dass mittelfristig alle unsere Mitglieder effizient und ressourcensparend in diesem Service Center betreut werden.

Ebenso möchte ich weiter daran arbeiten, dass der Parteivorstand und die Landesverbände bzw. Bezirke auch in den Bereichen Verwaltung, Organisations- und Personalentwicklung sowie hinsichtlich einer gemeinsamen Kampagnenfähigkeit noch intensiver als bisher zusammenarbeiten. Voraussetzung dafür sind gemeinsame Standards, auf die wir uns verständigen müssen.

Ziel ist auch hier, die Gesamtpartei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her spürbar zu entlasten. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, dass der Parteivorstand, die Landesverbände und die Bezirke zügig konkrete gemeinsame Maßnahmen verabreden, um ihre administrativen Aufgaben zu bündeln. Ich werde dazu entscheidungsreife Vorschläge vorlegen. Zu den Bereichen, in denen wir mehr zusammenarbeiten könnten, gehören z. B. das Management der Mitgliederdatenbank, die Buchhaltung, der Druck von Unterlagen und der Versand. Notwendig sind auch hierbei gemeinsame Zielvereinbarungen, die unnötige Kosten identifizieren und zugleich auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter*innen vor Ort von Verwaltungsarbeit entlasten. Nur so können wir einen Schwerpunkt auf die politische Arbeit vor Ort setzen. Dazu müssen wir gemeinsam den Einsatz von Ressourcen planen und in den Bereichen IT, Meinungsforschung sowie weiteren Dienstleistungen (Datenbanken, Mailprogramme, MAVIS, Buchhaltung usw.) miteinander abgestimmt investieren.

Erste erfolgreiche Schritte auf dem Weg zu einer modernen gemeinsamen IT-Infrastruktur

Mittlerweile haben wir bereits mit der Office Consult, dem Service Center der NRWSPD und einigen Kolleg*innen aus den Landesverbänden und Bezirken die ersten Produkte für die Gliederungen in den Bereichen IT und Buchhaltung entwickelt. Diese Investitionen im Bereich IT und Sicherheit finanzieren wir aus dem Strukturfonds, sodass es für alle Landesverbände und Bezirke für ihre dortigen Einzahlungen zukünftig auch konkrete IT- und Buchhaltungsdienstleistungen als Gegenleistung gibt. Damit tragen wir als Schatzmeisterei dazu bei, die Ideen der Organisationspolitischen Kommission für eine gemeinsame bundesweite „IT-Strategie“ umzusetzen.

Der SPD-Unternehmensbereich als optimaler Dienstleister der SPD Familie

Als Treuhänder des SPD Unternehmensbereichs fördere ich die qualitative Verbesserung des Angebots der SPD eigenen Unternehmen in den Bereichen Social Media, Podcast, Print, Give Aways, Eventmanagement, EDV und Buchhaltung: Meine Direktive lautet, die Angebote optimal auf die konkreten Bedürfnisse der Gliederungen vor Ort auszurichten. Investitionen in die Produkte und Dienstleistungen von Office Consult, ASK, Vorwärts Verlag und IMAGE müssen sich aber rentieren. Deshalb muss die Partei auf allen Ebenen bereit sein, verstärkt und verlässlich die Produkte und Dienstleistungen „aus der Familie“ zu nutzen.

Die Schatzmeisterei als Motor in der Entwicklung moderner web basierter Anwendungen als Service für die Mitglieder

Wir sind die Partei des Fortschritts, unser Anspruch ist es, digitale Instrumente bei der Parteiarbeit zu nutzen, um den Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen die Arbeit zu erleichtern. Seit 2006 investiert der Parteivorstand i.S.v. § 10 Abs. 1 Finanzordnung (Pflicht zur Buchführung) bereits in die elektronische Kassenbuchführung. Mit dem Online-Kassenprogramm („Webkasse“) haben wir im April 2020 einen weiteren Meilenstein erreicht und das elektronische Kassenbuchprogramm damit ersetzt. Die positiven Rückmeldungen zur Nutzerfreundlichkeit der „Webkasse“ bestätigen unseren digitalen Kurs. Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle auch der neue Service für unsere Mitglieder, ihre Beitragsquittung selbst online auszudrucken. Als nächstes großes digitales Serviceprojekt wollen wir als Schatzmeisterei gemeinsam mit den anderen Abteilungen des Willy-Brandt-Hauses die MAVIS modernisieren, indem wir sie als neue webbasierte Anwendung mit einer besseren Benutzeroberfläche als moderne Personendatenbank weiterentwickeln.

Gute Entwicklung im SPD Immobilienbereich

Die Neuaufstellung der Konzentration GmbH, bei der ich den Geschäftsführer Ingo Moll seit meiner Amtsübernahme aktiv unterstützt habe, entwickelt sich weiter zu einer Erfolgsstory: Nachdem die Konzentration lange rote Zahlen schrieb, kann sie als wirtschaftlich stabiler Immobilienbereich im steigenden Umfang Ausschüttungen für den Betriebshaushalt des Parteivorstandes erwirtschaften.

Die ddvg als Motor für regionale Zeitungsvielfalt und Qualitätsjournalismus

Die in der ddvg gebündelten Medienbeteiligungen leisten ebenfalls seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen.

Allerdings hat die Corona-Krise auch unseren Unternehmensbereich hart getroffen. Dank einer sehr engagierten hochprofessionellen Arbeit der Geschäftsführung und des gesamten Teams der ddvg sind wir aber schneller als erwartet wieder auf einen Weg der wirtschaftlichen Erholung gelangt. Dies war auch deshalb möglich, weil Matthias Linnekugel als mittlerweile alleiniger Geschäftsführer mit der Unterstützung seines Teams und des Treuhandaufsichtsrates die ddvg effizienter und schlagkräftiger neu aufgestellt hat. In diesem Zusammenhang wurde der Geschäftssitz der ddvg von Hamburg nach Berlin verlegt.

Die zunehmende Digitalisierung von Medien und Informationen stellt die regionalen Tageszeitungen vor die enorme Herausforderung, einen inhaltlichen und wirtschaftlichen Spagat hinzubekommen: Zum einen müssen sie massiv in neue digitale Formate und Produkte investieren, aber auch die klassische Zustellung gedruckter Zeitungen weiter ermöglichen und dabei auch noch einen qualitativ hochwertigen Journalismus erhalten. Die ddvg treibt als Motor diese Transformation mutig und sozial verantwortlich voran.

Angesicht erneuter Versuche der Unionsparteien unsere Unternehmensbeteiligungen zu diskreditieren, sollten wir niemals vergessen, dass unser Vermögen auf der Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Das ist die Richtschnur für den Umgang mit unserem Vermögen. Wir sind historisch gegenüber unseren Genossinnen und Genossen verpflichtet, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Dieses Vermögen darf auch nicht kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten in der Partei untergeordnet werden.

Kommunikation auf Augenhöhe mit den ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern

Erst war es ein Kommunikationsweg in der Corona-Zeit und jetzt ist es ein schönes fest etabliertes Format, um regelmäßig auf Augenhöhe miteinander im Gespräch zu bleiben: Meine regelmäßigen Online-Konferenzen – mit über 500 ehrenamtlichen Kassierer*innen der Ortsvereine und Unterbezirke sind ein Gewinn für beide Seiten. Ebenso freut es mich, dass mein regelmäßiger „Finanz-Newsletter“ mit überdurchschnittlich hohen Öffnungsraten viel Resonanz findet.

Die Chancen des Wahlsieges für mutige Schritte zur Neuaufstellung nutzen

An dieser Stelle möchte ich noch einmal meinen dringenden Wunsch an uns alle formulieren: Der Erfolg unserer Reformen und der Wahlsieg am 26. September sollten uns nicht dazu verleiten, dem allzu menschlichen Reflex nachzugeben, sich jetzt zurückzulehnen. Das Gegenteil muss der Fall sein! Wir bleiben nicht auf halbem Weg stehen, sondern nutzen unseren Wiederaufstieg bei der Bundestagswahl als Rückenwind für ein ehrgeiziges Ziel: Wir wollen die SPD bis 2025 zur schlagkräftigsten Mitgliedernpartei mit der modernsten Parteiorganisation machen! Dafür müssen wir uns weiter ändern wollen. Also auch weiter sparen, um an den richtigen Stellen investieren zu können. Beispielsweise noch weiter in die Digitalisierung, um breite Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten anzubieten, sowie eine professionelle Mitgliederverwaltung zu nutzen.

So schaffen wir eine moderne Parteiorganisation, die den heutigen Realitäten Rechnung trägt. Damit uns dies alles gelingt, müssen Parteivorstand, Landesverbände und Bezirke gemeinsame Standards entwickeln und diesen folgend gemeinsame Zukunftsinvestitionen auf den Weg bringen. Lasst uns den Rückenwind des gemeinsamen Erfolges nutzen, um mutig die organisationspolitisch schon lange überfälligen Dinge gemeinsam voran zu bringen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus herzlich bedanken, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister auch in den letzten zwei Jahren wieder so großartig unterstützt haben. Ebenso danke ich der Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz, der Finanz- sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, kollegiale vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Ganz zum Schluss möchte ich allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbar wichtige Arbeit vor Ort ein ganz großes Dankeschön sagen!

Euer



Dietmar Nietan

EINNAHMEENTWICKLUNG

DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Wie in den Vorjahren sind die Einnahmen aus Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträgen die wichtigste Einnahmequelle der Partei geblieben. Die Partei hat im Jahr 2019 insgesamt rund 78,36 Mio. EUR an Beiträgen erhalten. Im Jahr 2020 ist die Summe leicht auf 78,78 Mio. EUR angewachsen. Die Beitragseinnahmen verteilen sich wie folgt:

	2019	2020
Mitgliedsbeiträge	53,08 Mio. EUR	53,30 Mio. EUR
Mandatsträgerbeiträge	25,28 Mio. EUR	25,48 Mio. EUR

Am 31. Dezember 2019 waren 419.340 Personen Mitglieder der SPD. Zum Ende des Jahres 2020 gab es 404.305 Mitglieder.

Der langfristige Trend der Entwicklung der Mitgliedszahlen hält an. Durch die jährlichen Beitragsanpassungen bleibt die absolute Summe der Beiträge relativ konstant.

Im Jahr 2019 zahlte jedes Mitglied im Durchschnitt einen monatlichen Beitrag in Höhe von 10,44 EUR. Der monatliche Beitrag lag 0,48 EUR bzw. 4,8 Prozent höher als im Jahr 2018.

Die Mitgliedsbeiträge sind die wichtigste Einnahmequelle für die Gliederungsebene der Landesverbände und Bezirke. Weit mehr als die Hälfte der insgesamt von den Mitgliedern gezahlten Beiträgen verbleibt auf dieser Ebene. Der größte Teil der Mandatsträgerbeiträge dient zur Finanzierung der nachgeordneten Gebietsverbände. Von den Gesamteinnahmen dieser Kategorie werden über 80 Prozent von den nachgeordneten Gebietsverbänden vereinnahmt, diese machen knapp 40 Prozent der Gesamteinnahmen auf dieser Gliederungsebene aus.

Durch die stattfindenden Beitragsanpassungen gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung, aber auch durch verschiedene Aktionen für Beitragsehrlichkeit in einigen Landesverbänden, konnte diese wichtige Säule der Finanzierung der Partei gestärkt werden und ein möglicher Einnahmerückgang durch die geringere Anzahl von Mitgliedern und Mandatsträgern ausgeglichen werden.

Je Beitragseuro verbleiben 85 Cent, nach Abzug von Strukturhilfe, Innovationsfonds und dem Anteil für den vorwärts, bei den Landesverbänden und den nachgeordneten Gebietsverbänden. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Prozent.

Diese regelmäßigen Beiträge sind wichtig, um die Handlungsfähigkeit der Gliederungen sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund ist es bedeutsam und zahlt sich aus, die Mitglieder regelmäßig anzusprechen und sie bitten zu prüfen, ob ein satzungsgemäßer Beitrag gezahlt wird. Solche Ansprachen wurden bereits von einigen Landesverbänden als Aktion zur Beitragsehrlichkeit durchgeführt, hatten jeweils einen spürbar positiven Effekt und werden zur Nachahmung empfohlen. In den regelmäßig stattfindenden Gesprächen zwischen den Schatzmeisterinnen und Schatzmeistern sowie den Finanzverantwortlichen der verschiedenen Gliederungen werden Erfahrungen ausgetauscht und das Wissen über erfolgreiche Maßnahmen weitergegeben.

DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Die Parteien erhalten laut Parteiengesetz für ihre nach dem Grundgesetz obliegenden Tätigkeiten staatliche Mittel als Teilfinanzierung für die Erfüllung dieser Aufgaben. Die Höhe der Zahlungen an die einzelnen Parteien richtet sich nach dem „Grad der Verwurzelung“ der Partei in der Gesellschaft. Als Maßstäbe zur Messung dieses Grades dienen die Anzahl der Wählerstimmen und die Höhe der Zuwendungen durch Beiträge und Spenden natürlicher Personen. Je mehr Wählerstimmen und Zuwendungen eine Partei erhält, desto größer ist der auf diese Partei entfallende Anteil aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Allerdings ist die auf die einzelnen Parteien entfallende Summe auf die Höhe ihrer jährlich selbst erwirtschafteten Einnahmen begrenzt („relative Obergrenze“).

Das jährliche Gesamtvolumen der staatlichen Mittel, die an die Parteien ausgezahlt werden, ist gedeckelt. Diese „absolute Obergrenze“ der Summe der Parteienteilfinanzierung erhöht sich in jedem Jahr um einen Prozentsatz, der anhand eines Preisindex für eine Partei typische Ausgaben berechnet wird. Diese Obergrenze für alle Parteien lag für das Jahr 2019 bei 193.610.000,00 EUR und für das Jahr 2020 bei 197.482.200,00 EUR.

Im Jahr 2018 hat die SPD insgesamt 56.772.509,83 EUR staatliche Mittel erhalten, im Jahr 2019 beliefen sich die Einnahmen aus staatlichen Mitteln auf 55.714.336,85 EUR, 2020 waren es 54.378.689,41 EUR.

Die Parteien erhalten pro Jahr vier Abschlagszahlungen vom Bundestag bzw. den Landtagen. Die Endabrechnung erfolgt am Beginn des Folgejahres, dann werden zu geringe oder zu hohe Zahlungen im Vergleich zu den geleisteten Zahlungen festgestellt. Die Verrechnung erfolgt mit der ersten Abschlagszahlung des Jahres. Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber der Bundesstaatsverwaltung werden in den Rechenschaftsberichten der Parteien aufgeführt.

Die absolute Obergrenze wurde für das Anspruchsjahr 2018 durch ein Gesetz auf insgesamt 190 Mio. EUR erhöht. Gegen das Gesetz zur Erhöhung der absoluten Obergrenze ist ein Normenkontrollverfahren anhängig. Die Anhörung vor dem Bundesverfassungsgericht hat am 12. und 13. Oktober 2021 stattgefunden. Mit einem Urteil wird im Jahr 2022 gerechnet. Sollte das Gesetz keinen Bestand haben, würde die Bundestagsverwaltung den zu viel gezahlten Betrag zurückfordern.

DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Nachdem im Jahr 2017 auch durch eine verstärkte Spendenwerbung im Bundestagswahlkampf die Spendeneinnahmen der SPD deutlich gestiegen waren, und im Folgejahr 2018 erwartungs- und erfahrungsgemäß ebenso deutlich zurückgingen, konnten wir im Jahr 2019 eine Erholung beobachten.

Um fast 4 Mio. EUR auf über 13,3 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Spendeneinnahmen 2019. Ein Grund dafür waren intensive Bemühungen um Spenden im Zusammenhang mit der Mitgliederbefragung zum Parteivorstand. Hier spielte auch die Online-Spendenwerbung eine wichtige Rolle. Mit über 250.000 EUR konnte allein der Parteivorstand mehr „Online-Spenden“ einwerben als je zuvor.

Allerdings zeigt sich auch, dass die Einnahmen aus Spenden bei anderen Parteien nach wie vor eine erheblich größere Rolle spielen als für uns. Während die SPD im Jahr 2019 knapp 7,9 Prozent ihrer Einnahmen aus Spenden erlösen konnte, lag der Anteil bei der CDU bei 25,44 Prozent, bei der FDP bei 21 Prozent. Aber auch die AfD war mit 24,74 Prozent wieder stark von Spenden abhängig.

**ANTEIL DER SPENDEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN
der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2019**

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	B90/Gr.	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16		
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43		
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33		
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05		
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12		
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91		
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51		
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92		
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24		
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89		
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96		
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56		
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52		
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73		
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47		
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32		
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43		
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81		
2016	11.097	7,08	22.174	15,32	6.524	16,78	28.698	5.135	12,14	7.449	27,43	1.657	7,45	5.994	38,41
2017	14.549	8,76	35.206	22,47	9.848	22,71	45.054	5.873	13,50	15.072	38,90	2.686	8,50	6.751	36,78
2018	9.404	5,45	17.983	11,59	10.338	22,79	28.321	4.267	9,99	5.983	16,73	1.964	5,93	5.199	18,26
2019	13.335	7,88	23.560	15,44	12.230	25,44	35.790	6.571	11,01	7.986	21,00	2.772	8,10	6.503	24,74
1998–2019	295.385		569.490		215.878		785.368	101.802		202.538		54.656		24.447	
Durchschnitt		8,29		17,90		23,61			14,51		30,10		10,29		29,55

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)

in %: Anteil an den Gesamteinnahmen

Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

Diese Tendenz zeigt sich auch bei den Spenden der sogenannten „Juristischen Personen“, also Unternehmen in der Rechtsform etwa einer AG oder einer GmbH. Hier profitieren die CDU, CSU und FDP in weitaus stärkerem Maße als SPD, Bündnis 90 / Die Grünen oder die Linke).

ANTEIL DER SPENDEN JUR. PERSONEN AN DEN GESAMTEINNAHMEN der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2019

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %	AfD	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29		
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32		
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12		
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31		
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24		
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13		
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21		
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16		
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14		
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09		
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43		
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65		
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08		
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10		
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12		
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31		
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13		
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01		
2016	2.103	1,34	7.048	4,87	2.563	6,59	702	1,66	1.909	7,03	2	0,27	185	1,19
2017	3.173	1,91	12.630	8,06	4.407	10,16	963	2,21	4.622	11,93	3	0,01	167	0,91
2018	1.519	0,88	4.971	3,37	4.592	10,12	657	1,36	1.680	4,70	2	0,01	75	0,26
2019	2.217	1,31	7.305	4,79	4.018	8,36	720	1,21	2.093	5,50	1	0,00	119	0,45
1998–2019	56.249		182.569		81.970		12.887		54.048		911		546	
Durchschnitt		1,58		5,71		8,96		1,78		7,82		0,19		0,70

Angaben in Tsd. Euro (gerundet)

in %: Anteil an den Gesamteinnahmen

Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien

FDP*: Die Partei war zwischen 2013 und 2017 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

Zwar liegen für das Rechenschaftsjahr 2020 noch keine Vergleichszahlen vor, aber es gibt wenig Anlass für die Vermutung, dass sich an diesen Grundkonstellationen Änderungen ergeben haben.

Die Entwicklung der Spendeneinnahmen beim Parteivorstand verlief in der Tendenz im Wesentlichen ähnlich wie bei der Gesamtpartei. Eine stärkere Konzentration auf die Online-Aktivitäten führte, wie erwähnt, zu deutlichen Verbesserungen der entsprechenden Spendeneinnahmen. Für das Bundestagswahljahr 2021 war deshalb ein Ziel, die Online-Spendenwerbung weiterzuentwickeln und zu professionalisieren. Aber auch dieser Hinweis bleibt richtig: Das wichtigste und erfolgreichste Instrument der Spendenwerbung der SPD bleibt vorerst der klassische Spendenbrief.

DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Die Vermietung von Ausstellerfläche im Rahmen von Parteitagen ist die relevante Einnahmequelle für Sponsoring beim Parteivorstand. Zuletzt gab es einen Ausstellerbereich beim Bundesparteitag 2019 in Berlin.

Die Corona-Pandemie erforderte auch im Bereich des Sponsorings, neue digitale Angebote zu entwickeln, um eine attraktive Präsentation zu ermöglichen.

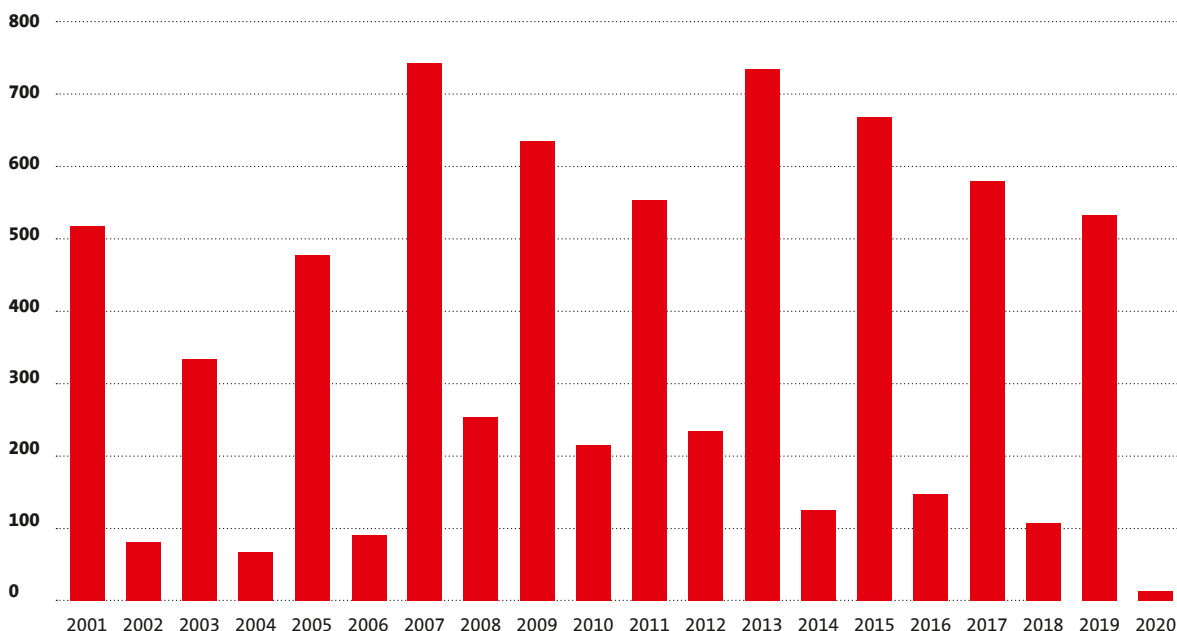
Beim ersten digitalen a.o. Bundesparteitag im Mai 2021 stellten sich die Sponsoren mit einem erweiterten Logo-Sponsoring auf unserer Veranstaltungs-Website vor. Jedes Logo führte zu einem Teaser-Text zur eigenen Vorstellung und verlinkte die Website des Sponsors.

Vorsorglich wurde entschieden, beim ordentlichen Bundesparteitag 2021 auf einen Ausstellerbereich zu verzichten, da ein reger Austausch an den Ständen mit Delegierten und Gästen nicht in gewohnter Form hätte gewährleistet werden können.

Die Absage von Präsenzveranstaltungen und die damit eingeschränkten Werbemöglichkeiten wirken sich auf der Einnahmenseite aus.

Aus der Graphik lässt sich die Entwicklung der Einnahmen beim Parteivorstand ablesen.

EINNAHMEN DES PARTEIVORSTANDES AUS SPONSORING UND VERMIETUNG VON STANDFLÄCHEN 2001–2020 IN TSD. EURO



Für den korrekten und transparenten Umgang mit Sponsoring gilt die interne Sponsoringrichtlinie des Parteivorstands als Richtschnur sowie die im Jahr 2017 aktualisierten „Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten“ der SPD.

Wir veröffentlichen als Parteivorstand alle Sponsoring- Einnahmen freiwillig auf unserer Website unter der Rubrik „Finanzen und Transparenz“. Dokumentiert sind alle Sponsoren mit Namen, die erbrachte Leistung und die gezahlte Netto-Summe.

Die in § 3c der Verhaltensregeln genannten Adressaten wurden 2017 über den konformen Umgang mit Sponsoring informiert. Mitte 2018 ist die Veröffentlichungspraxis systematisch abgefragt worden. Wo es noch Lücken gab, wurde ausdrücklich auf die Definition von Sponsoring und die Transparenzvorgaben hingewiesen. Eine „Anpassungszeit“ wurde bis Mitte 2019 gewährt.

Jährlich wird der Schatzmeister dem Parteivorstand und der Kontrollkommission über die Einhaltung berichten. Bei Verstößen berät die Kontrollkommission und prüft mögliche Sanktionen.

Der Parteivorstand hat im März 2021 einen Beschluss zur „Stärkung der Integrität unserer parlamentarischen Demokratie“ gefasst, der vertiefend unser Zukunftsprogramm ergänzte, und strengere Regeln beim Lobbyismus vorsieht. Dazu gehört auch unsere langjährige Forderung, das Sponsoring im Parteiengesetz zu regeln. Wir wollen, dass die Einnahmen als eigene gesonderte Position in den Rechenschaftsberichten der Parteien veröffentlicht werden.

PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Die Landesverbände und Bezirke erhalten ein Drittel der im Rahmen der staatlichen Parteienteilfinanzierung für die SPD festgesetzten Mittel. Zwei Drittel verbleiben beim Parteivorstand.

Die Berechnung der Verteilung der staatlichen Mittel an die Landesverbände und Bezirke ist an das Berechnungsmodell des Parteiengesetzes für die Verteilung an die Parteien angelehnt. In beiden Fällen sind die Anzahl der Wählerstimmen und die Summen der Zuwendungen maßgeblich für die Höhe des Anteils an den staatlichen Mitteln. Ein Landesverband mit vielen Wählerstimmen und hohen Beitrags- und Spendeneinnahmen erhält einen höheren Anteil.

Strukturschwache Landesverbände und solche, die negative politische Brüche zu verkraften haben, werden durch Ausgleichsmechanismen des parteiinternen Finanzausgleichs materiell unterstützt. Wenn bei Landtagswahlen Stimmenverluste zu verzeichnen waren, wird den betreffenden Gliederungen ein Verlustausgleich gezahlt, der einen Teil der finanziellen Verluste abdeckt. Im Falle starker Verluste im Vergleich zum vorangegangenen Finanzausgleich steht ein jährlich neu festzulegender Glättungsbetrag zur Verfügung, der proportional auf die Gliederungen aufgeteilt wird.

Außerdem gibt es den Strukturfonds, der an Landesverbände und Bezirke gezahlt wird, die besonderer Unterstützung bedürfen. Ziel des Strukturfonds ist es, zur Finanzierung von Projekten beizutragen, die die Gliederungen mittel- und langfristig stärken. Dies können Maßnahmen zur Finanzierung der Ausbildung von Personal sein, wie es durch das Trainee-Programm erfolgt. Projekte, die zur Effizienzsteigerung der Verwaltung beitragen, können ebenfalls gefördert werden. In den Berichtsjahren betrug das Budget des Strukturfonds bis zu 800.000 EUR pro Jahr.

Diese Ausgleichsmechanismen sind Instrumente der Solidarität der Landesverbände und Bezirke untereinander, um Gliederungen mit Strukturproblemen und in Umbruchsituationen zu stärken und dem Gedanken des Ausgleiches von Chancen Rechnung zu tragen.

Das Normenkontrollverfahren wegen des Gesetzes zur Erhöhung der absoluten Obergrenze war zu Redaktionsschluss noch nicht entschieden. Die Differenz zwischen den Beträgen, die der Partei nach den Berechnungen nach altem und nach neuem Recht zustehen, waren dem Vorsichtsprinzip folgend

nicht Teil des parteiinternen Finanzausgleichs. Wenn das aktualisierte Gesetz bestehen bleibt, wird den Gliederungen diese Differenz durch den Parteivorstand ausgezahlt.

Im Jahr 2019 wurden 11,9 Mio. EUR und im Jahr 2020 11,4 Mio. EUR, jeweils inklusive des Strukturfonds, im Rahmen des parteiinternen Finanzausgleichs an die Landesverbände und Bezirke ausgezahlt. Es wurden außerdem jeweils ca. 4,5 Mio. EUR staatliche Mittel direkt von den jeweiligen Landtagen an die Gliederungen gezahlt.

Der Tabelle können die Summen der den jeweiligen Gliederungen insgesamt gezahlten staatlichen Mittel entnommen werden. Dazu gehören die Zahlungen des Bundestages und der Landtage sowie die Zahlungen aus dem parteiinternen Finanzausgleich inklusive der Ausgleichsmechanismen. Im Betrag des Parteivorstandes ist auch die Summe enthalten, die an die Gliederungen weitergeleitet wird, wenn das aktualisierte Parteiengesetz bestehen bleibt.

Gliederung	Endgültig beim jeweiligen Verband verbleibender Betrag	
	2019	2020
Parteivorstand	39.287.797,25 €	38.556.020,70 €
LV Schleswig Holstein	674.775,32 €	657.059,95 €
LV Mecklenburg-Vorpommern	231.796,62 €	231.369,68 €
LO Hamburg	437.528,84 €	427.678,69 €
LO Bremen	206.243,14 €	201.147,62 €
LV Niedersachsen	747.247,84 €	718.173,15 €
BZ Nord-Niedersachsen	169.135,17 €	158.917,23 €
BZ Weser-Ems	327.893,05 €	308.705,87 €
BZ Hannover	706.183,27 €	660.266,80 €
BZ Braunschweig	228.871,68 €	208.533,65 €
LV Sachsen-Anhalt	241.115,80 €	224.363,01 €
LV Brandenburg	417.168,80 €	400.184,68 €
LV Berlin	646.610,17 €	646.927,36 €
LV Nordrhein-Westfalen	4.332.011,02 €	4.155.804,03 €
LV Hessen	391.689,19 €	363.596,29 €
BZ Hessen-Nord	303.617,92 €	296.414,58 €
BZ Hessen-Süd	839.799,95 €	824.178,92 €
LV Thüringen	226.167,75 €	204.286,26 €
LV Sachsen	271.114,10 €	264.142,71 €
LV Saar	371.018,73 €	365.931,20 €
LV Rheinland-Pfalz	1.103.859,07 €	1.080.821,40 €
LV Baden-Württemberg	1.539.501,83 €	1.469.735,52 €
LV Bayern	2.013.190,34 €	1.954.430,11 €
Summe	55.714.336,85 €	54.378.689,41 €

MITTELBEWIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTSENTWICKLUNG

Die Haushaltsjahre 2019 und 2020 standen unter dem Zeichen besonderer Herausforderungen. Neben der Aufstellung und Bewirtschaftung des Wahlkampfhaushaltes für die Europawahl und der Finanzierung eines Mitgliedervotums im Jahr 2019, waren es im Jahr 2020 die Covid-19-Pandemie und die Aufstellung und Bewirtschaftung des Wahlkampfhaushaltes für die Bundestagswahl.

Die wichtigsten Einnahmequellen sind neben den Spenden nach wie vor die Beitragsanteile sowie der Anteil des Parteivorstandes an den Staatlichen Mitteln. Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 20,7 Prozent (2017/2018: 19,4 Prozent) während der Anteil der Staatlichen Mittel 74 Prozent betrug (2017/2018: 65 Prozent), inkl. den ausgezahlten Mittel nach dem neuen Parteiengesetz, für die ggf. eine Rückzahlungsverpflichtung für die kommenden Jahre besteht, sofern der Novellierung nicht stattgegeben wird. Insgesamt sind die Einnahmen weiterhin rückläufig.

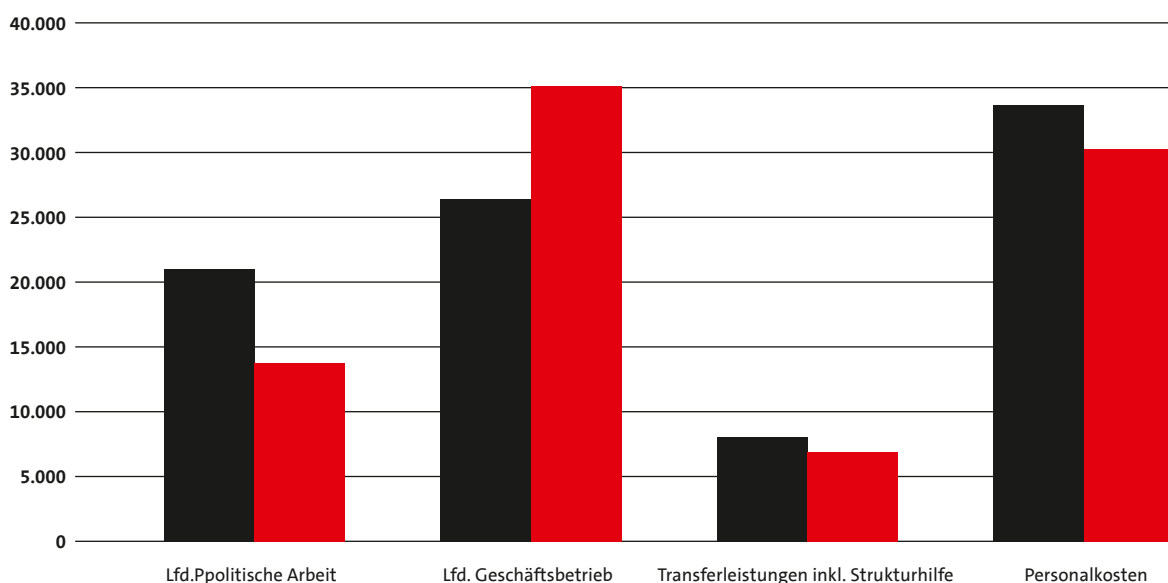
Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit und satzungsgemäßer Parteiarbeit entsprach einem Anteil von 16 Prozent gegenüber 2017/2018 einem Anteil von 21,1 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV und der Restrukturierung des Unternehmensbereiches entsprachen 2017/2018 einem Anteil von 34,9 Prozent und im Berichtszeitraum 40,8 Prozent. Der Anteil der Transferleistungen inkl. Strukturhilfe an den Gesamtausgaben beträgt im Berichtszeitraum 6,9 Prozent (2017/2018 8,2 Prozent).

Zusätzlich erhielten die Landesverbände und Bezirke im Rahmen des Europawahlkampfes ca. 1,5 Mio. EUR Wahlkreiszuschüsse. Die Wahlkreise erhielten 3.000 EUR pro Wahlkreis als reguläre Unterstützung, sowie 2.000 EUR pro Wahlkreis für ein Mobilisierungspaket. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben lag im Berichtszeitraum bei ca. 35 Prozent (2017/2018 ca. 34 Prozent).

AUSGABEN IM VERGLEICH IN TSD. EURO

■ 2017/2018 ■ 2019/2020



Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Trotz der Novellierung des Parteiengesetzes ist in Zukunft nur bedingt mit höheren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben. So dürfen ab 2024 die Personalkosten maximal 30 Prozent der Einnahmen betragen.

Die Wahlkampfzentrale für den Europawahlkampf und den Vorwahlkampf zur Bundestagswahl befand sich im Willy-Brandt-Haus. Die Gesamtausgaben des Europawahlkampfes betragen im Jahr 2019 9,6 Mio. EUR (inkl. Personalkosten, Sachausgaben und Transferleistungen). Zusammen mit den Vorwahlkampfkosten in 2018 in Höhe von ca. 1,4 Mio. EUR wurden für den Europawahlkampf insgesamt rund 11 Mio. EUR aufgewendet.

Für den Vorwahlkampf zur Bundestagswahl wurden im Jahr 2020 bereits rund ca. 1,2 Mio. EUR aufgewendet. Wie bereits im Finanzbericht 2019 angekündigt, fiel das Budget für die Bundestagswahl 2021 deutlich geringer aus. Insgesamt war der Wahlkampfbetrag ca. 10 Mio. EUR geringer als beim Bundestagswahlkampf 2016/2017.

Neben dem knappen Budget war die zweite große Hürde einen Wahlkampf unter Pandemiebedingungen zu führen.

Auch das Mitgliedervotum im Herbst 2019, das in zwei Runden stattfand, war eine große logistische, personelle und budgetäre Herausforderung. Für die IST-Kosten in Höhe von 1,9 Mio. EUR musste im Vorfeld ein Nachtragshaushalt beschlossen werden. Die Beteiligung der Landesverbände und Bezirke erfolgte im Rahmen der technischen Kosten der 2. Runde. Dies wurde entsprechend mit dem Finanzausgleich verrechnet.

Die Auszahlungen und Bekanntgaben der Ergebnisse erfolgten im Willy-Brandt-Haus mit vielen freiwilligen Helfenden aus den Landesverbänden und Bezirken.

Neben der unterjährig regelmäßigen Prüfung der Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes durch die Kontrollkommission wurde die Haushaltsführung für die Jahre 2019 und 2020 von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen.

STRUKTURHILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDESVERBÄNDE

Die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wurde 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossen. Sie dient der Sicherung der Handlungsfähigkeit und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden seither 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten.

Die ostdeutschen Landesverbände erhielten im Berichtszeitraum 2019/2020 hieraus insgesamt 2,775 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von 225 TEUR geleistet, wobei auf das Jahr 2019 150 TEUR und 75 TEUR auf das Jahr 2020 entfallen.

Gemäß der geltenden Beschlusslage ist die ergänzende Strukturhilfe Ende 2020 ausgelaufen.

Für das Jahr 2019 ergibt sich somit ein Gesamtbetrag in Höhe von 1,525 Mio. EUR und für das Jahr 2020 1,475 Mio. EUR.

Gerade die guten SPD-Wahlergebnisse in Ostdeutschland bei der letzten Bundestagswahl haben noch einmal unterstrichen, wie wichtig es für die Zukunft unserer Partei ist, dass der Parteivorstand gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden zukunftsfähige Konzepte entwickelt, welche auch weiterhin in Ostdeutschland die Verankerung der SPD in der Fläche zum Ziel haben.

DER UNTERNEHMENSBEREICH

IMMOBILIENBEREICH: KONZENTRATION GMBH, VERWALTUNGSGESELLSCHAFT BÜROHAUS BERLIN MBH

Der Grundbesitz der SPD befindet sich im Treuhandbesitz der Konzentration GmbH, der VBB mbH (Willy-Brandt-Haus) und weiterer regionaler Grundbesitzgesellschaften. Daneben hält die Konzentration GmbH auch Immobilien im Betriebsvermögen, die nicht der Parteiarbeit dienen. Das wirtschaftliche Eigentum der treuhänderisch gehaltenen Immobilien liegt beim Parteivorstand und wird im jährlichen Rechenschaftsbericht der Partei unter „Haus- und Grundvermögen“ erfasst.

Die Konzentration GmbH nimmt im Bereich des Treuhandvermögens nicht nur die Eigentumsrechte des Parteivorstandes wahr, sie berät Gliederungen der Partei auch in allen Fragen des Grundbesitzes, des Erwerbs, der Veräußerung, der Verwaltung und Projektentwicklung.

Wie im Finanzbericht für das Jahr 2014 erläutert, ist die Konzentration durch eine tiefgreifende Restrukturierung gegangen, die zum Jahreswechsel 2018 abgeschlossen werden konnte und deren positive Auswirkungen sich jetzt bemerkbar machen: Sowohl im Bereich des „Treuhandvermögens Immobilien“ wie auch im Betriebsvermögen der Konzentration GmbH wächst das Netto-Vermögen. Die einstmaligen hohen Schuldenquoten des Immobilienbereichs konnten weiter abgebaut werden, die Konzentration GmbH erzielt außerhalb der von der Partei genutzten Immobilien nachhaltige Renditen und konnte in den Jahren 2019 und 2020 die Arbeit des Parteivorstandes mit Ausschüttungen in sechsstelliger Höhe unterstützen. Mit dem Schatzmeister zusammen streben wir an, diese Ausschüttungen in den folgenden Jahren kontinuierlich zu steigern ohne dabei die weitere Reduzierung der Schuldenlast zu vernachlässigen.

Auch der Immobilienbereich blieb von den Auswirkungen von Corona nicht verschont. Mit zahlreichen Mieterinnen und Mietern konnten zwar Stundungsvereinbarungen und (begrenzte) Mietverzichte vereinbart werden. Wir mussten jedoch auch erleben, dass insbesondere kleine Gewerbetreibende, sowie einige unserer Gastronomie-Mieter die Krise nicht überstanden haben. Das hat auch das Ergebnis der Konzentration GmbH in 2020 negativ beeinflusst. Insgesamt waren die Auswirkungen jedoch deutlich geringer als in anderen Branchen.

Operativ konnte 2019/2020 neben zahlreichen Sanierungsprojekten das neu errichtete Herbert-Wehner-Haus in Dresden (Foto) an den LV Sachsen und weitere Nutzer übergeben werden. Auch der Landesverband Rheinland-Pfalz konnte mit Unterstützung der Konzentration die alte Adresse in der Mainzer Klarastrasse gegen eine neue wesentlich funktionalere Büroeinheit tauschen. Zurzeit beginnt der Neubau eines Partei-, Büro- und Wohnhauses in Düren.

Das Treuhandvermögen „Willy-Brandt-Haus“ hat sich wirtschaftlich weiterhin nach Plan entwickelt: Durch die fortschreitenden Tilgungen vergrößerte sich das (schuldenfreie) Reinvermögen weiter. Auf Veranlassung des Schatzmeisters wurde im September 2021 eine langfristige Strategie für die letzten Etappen zur Schuldenfreiheit bis zum Jahr 2031 vereinbart. Zum Zeitpunkt des jüngsten vorliegenden Testats (31.12.2019) betrug die Gesamtverschuldung des „Treuhandvermögens WBH“ noch 24,6 Mio. EUR, dem stand ein bilanzielles Haus- und Grundvermögen i.H.v. 46 Mio. EUR gegenüber.

Die Immobilien der Partei stellen ein organisationspolitisches Gerüst dar, das die Parteiorganisation insgesamt stabilisiert und die Präsenz vor Ort stärkt. Daneben machen sie die Partei „kreditwürdig“ und können daher auch als finanzielle Reserve in Krisenzeiten beliehen werden.

Die Kontrollkommission der Partei hat einen „Verhaltenskodex Unternehmensbereich“ verabschiedet. Wir begrüßen das und erfüllen diesen Kodex mit Leben, in dem wir:

- konsequent auf spekulative Investitionen (wir sind langfristiger Bestandhalter) verzichten,
- nicht „filetieren“ (z. B. Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen),
- den Mietspiegel beachten, ohne ihn „auszureizen“,
- unsere Handwerker und Dienstleister möglichst schnell bezahlen,
- bei der Vergabe „großer“ Aufträge darauf achten, ob seitens der Firmeneigentümer Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung öffentlich bekannt geworden sind oder Tarifbruch begangen wird.

Seit 2014 orientiert sich die Konzentration GmbH selbst am Tarifvertrag für die Wohnungswirtschaft, die VBB mbH am Haustarif des DGB. Ebenso wurde (und wird) bei beiden Gesellschaften eine betriebliche Altersversorgung über einen Drittanbieter angeboten, der von den Gesellschaften finanziell erheblich bezuschusst wird. Mit einer offenen Firmenkultur und dem permanenten Angebot an individuellen Weiterbildungsmöglichkeiten wollen wir „gute Arbeit“ möglich machen und leisten.

Auch in Zukunft bleibt es das vornehmliche Ziel des Immobilienbereichs „Quartiermeister“ der Partei zu bleiben, die bauliche Infrastruktur für die Parteiarbeit vor Ort zu entwickeln und das sozialdemokratische Erbe der historischen Parteihäuser zu pflegen. Daneben soll der Immobilienbereich – soweit er nicht der unmittelbaren Parteiarbeit dient – jedoch auch Bestandteil der Vermögensverwaltung der Partei sein und Immobilieninvestitionen aus Rendite-Gründen tätigen, um langfristig zusätzliche Einnahmen zu generieren, die wir dem Parteivorstand zur Verfügung stellen.

DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

DIGITALE TRANSFORMATION IM KERNGESCHÄFT NIMMT FAHRT AUF

Die eingeleitete Transformation des Kerngeschäfts der Regionalverlage hat im Jahr 2020 deutlich an Fahrt gewonnen: Die gestiegene Nachfrage nach verlässlichen Informationen in der Coronapandemie hat nicht nur den Rückgang von Print-Auflage etwas verlangsamt, sondern vor allem bei den digitalen sog. Plus-Produkten und bei E-Paper-Angeboten zu deutlichen Zuwächsen geführt. Dies führte dazu, dass beispielsweise die Madsack Mediengruppe (MMG) im Jahr 2020 die Zahl ihrer zahlenden Leser*innen (Online und Print) insgesamt stabil halten konnte; sprich der Verlust an Print-Leser*innen konnte durch digitale Zuwächse ausgeglichen werden. Ende 2020 lag die Zahl der kostenpflichtigen digitalen Abos (E-Paper und Plus-Abos) der MMG bereits bei rund 80.000. Aber auch die übrigen Verlagsbeteiligungen konnten ihre kostenpflichtigen Digital-Angebote deutlich ausbauen und verzeichneten zudem erhebliche Reichweitengewinne.

Diese hierdurch erzielten positiven Umsatzeffekte reichen allerdings nicht aus, um die gegenläufigen Auswirkungen der Beschränkungen des öffentlichen Lebens in der Pandemie auszugleichen: Unmittelbar nachdem im März 2020 die Schließung der Schulen, Einzelhandelsgeschäfte, Kultureinrichtungen, Gastronomie etc. erfolgte, brachen die Werbeumsätze über Nacht um bis zu 80 Prozent ein. Nach den Lockerungen der Maßnahmen gelang es zwar, einiges an verlorenem Umsatz aufzuholen. Der mit der zweiten Corona-Welle Ende 2020 einhergehende Lockdown hat diese positive Entwicklung allerdings wieder zurückgeworfen und die Planungen für das Jahr 2021 zur Makulatur werden lassen.

Vor allem das nahezu vollständige Aus für Tourismus und Events hat das Geschäft der Regionalverlage negativ beeinträchtigt – und das umfasst nicht nur den Werbeumsatz. Betroffen war hier vor allem die sächsische Beteiligung an DDV: Diese bestreitet rund die Hälfte ihres Ergebnisses aus zeitungsfernen Geschäften – zu einem großen Teil aus Veranstaltungen und Reisen. In 2020 führten deshalb die Corona-Effekte zu einem Einbruch des Gesamtumsatzes bei DDV um rund 17 Prozent.

Aber auch die übrigen Regionalverlage hatten bezogen auf das Gesamtjahr 2020 erhebliche Umsatzrückgänge zu verzeichnen und waren gezwungen, massiv Kosten zu senken. So wurden beispielsweise fast überall in der Republik die Mittwochs Ausgaben der Anzeigenblätter eingestellt.

Zugleich musste mit dem ersten Lockdown im März 2020 über Nacht die Produktion unter Pandemiebedingungen neu organisiert werden. Im Ergebnis wurden neue Strukturen geschaffen, die auch in Zukunft mehr Effizienz versprechen. Wo es möglich war, sind die Mitarbeiter*innen ins Home-Office gewechselt. In diesem Zuge wurden neue Strukturen und Prozesse etabliert, die in vielen Fällen über die Pandemie hinaus Bestand haben.

Ferner konnten Unternehmen auf die umfangreichen Möglichkeiten zur Kurzarbeit zurückgreifen und damit Kündigungen vermeiden. Vor allem aber ist es durch intensives Kostenmanagement gelungen, ein Abrutschen der Verlage in die Verlustzone zu vermeiden.

ERFREULICHE ENTWICKLUNG DES NACHHALTIGKEITSENGAGEMENTS

Deutlich besser als ursprünglich geplant haben sich die über die Zwischenholding GLG Green Lifestyle GmbH (GLG) gehaltenen Beteiligungen der ddvg im Nachhaltigkeitsbereich entwickelt: So ist es bei ÖKO-Test gelungen, 2020 in die Gewinnzone zurückzukehren. Hierfür war neben erfreulichen Vertriebs Erlösen aus dem Printbereich auch das anziehende Online-Geschäft mit ausschlaggebend. Die jährlichen Visits konnten im Vergleich zum Jahr 2018 (5,95 Mio.) auf 15,6 Mio. (2019) bzw. 21,9 Mio. (2020) gesteigert werden.

Utopia und Avocadostore haben nicht nur (wie geplant) 2019 den Break-Even erreicht, sondern konnten 2020 das positive Ergebnis deutlich steigern.

Damit haben diese Unternehmen die Voraussetzungen für die nächsten Entwicklungsschritte geschaffen. Für Utopia gilt zudem, dass mit dem Eintritt der Umweltbank AG als neue Minderheitsgesellschafterin im Jahr 2021 der Aufbau der englischsprachigen Seite Utopia.org zügig angeschlossen werden kann.

WEITERE GESCHÄFTSBEREICHE

Der SPD-Reiseservice ist durch den vollständigen Ausfall des Reisegeschäfts besonders hart von der Pandemie betroffen. Nachdem es im Frühjahr 2020 zunächst darum ging, alle aktuellen Reisen mit Beginn des Lockdowns zu beenden, arbeitet das Team nun am Neustart des Geschäfts. An Nachfrage wird es – das lässt sich jetzt schon sagen – nicht mangeln. Ungewiss bleibt aber, wann, unter welchen Bedingungen und mit welchen Destinationen der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

ASK und IMAGE konnten mit ihren erweiterten Angeboten (Podcastproduktion, Gestaltungsportal) einen wichtigen Beitrag zur Arbeits- und Kampagnenfähigkeit der Partei und ihren Gliederungen leisten. Mit der Organisation von Online-Parteitagen hat ASK sehr schnell Möglichkeiten für die digitale Willensbildung unter Pandemiebedingungen geschaffen.

NEUORDNUNG DER HOLDING

Die vergangenen Jahre waren mit grundlegenden Veränderungen auch in der Holding selber verbunden: Zum 31. März 2020 ist der langjährige Geschäftsführer Jens Berendsen aus der Geschäftsführung ausgeschieden. Die Leitung der ddvg liegt nunmehr in der alleinigen Verantwortung des Geschäftsführers Matthias Linnekugel.

Und schließlich hat die ddvg zum 1. Juli 2021 ihren Geschäftssitz von Hamburg an ihren Unternehmenssitz nach Berlin verlegt. Ein historischer Schritt.

UMGESTALTUNG DES PORTFOLIOS

Das Portfolio der ddvg ist im Berichtszeitraum spürbar verändert worden.

So wurde im Jahr 2020 die Mehrheit am Games-Publisher Tivola an das schwedische Unternehmen Jumpgate verkauft. Im Jahr 2021 hat Jumpgate schließlich auch die restlichen Anteile der ddvg an der Tivola Games übernommen.

Nicht zuletzt die Umsatzeinbrüche infolge der Corona-Pandemie zwangen zu teils schmerzhaften Maßnahmen: So musste Dräger + Wullenwever im Jahr 2020 den Offset-Druckbetrieb aufgeben. Das traditionsreiche Lübecker Unternehmen bleibt aber als Digitaldruckerei und Anbieter von Medialösungen (z. B. für als Betreiber des SPD-Druckportals „Meine Gestaltung“) erhalten und befindet sich nunmehr im alleinigen Eigentum der ddvg.

Ebenso schwerwiegend war es, den Druck der Printausgabe der Neuen Westfälischen (NW) ab Juni 2021 fremd zu vergeben. Auch hier waren zum einen die Umsatzeinbußen im Zuge des Lockdowns Auslöser für diesen Schritt, zum anderen aber auch die aktuell zur Verfügung stehenden Druckkapazitäten in umliegenden Druckereien. Letztlich konnte ein, nach Meinung aller Beteiligten, gut ausgestatteter Sozialplan vereinbart werden. Die darin verankerte Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft kann den Beschäftigten neue Perspektiven eröffnen. Zugleich erlangt die NW durch künftige deutlich sinkende Aufwendungen für den Zeitungsdruck dringend benötigte finanzielle Spielräume für Investitionen in die digitale Transformation.

Im Berichtszeitraum hat sich die ddvg zudem von den Engagements bei Lokalportal und Locafox getrennt und im Jahr 2021 die bisherige Zwischenholding 2 Welten Investment auf die ddvg verschmolzen.

ERGEBNISSE TROTZ WIDRIGER UMSTÄNDE POSITIV

Das Betriebsergebnis der ddvg zeigt mit 6 Mio. EUR (2019) und 3,9 Mio. EUR (2020) ein durchgängig positives Bild. Auf der Ergebnisseite ist es gelungen mit 1,1 Mio. EUR (2019) und einem ausgeglichenen Unternehmensergebnis in 2020 (29 Tsd. EUR) die Restrukturierungsaufwendungen zu bewältigen, ohne in die Verlustzone zu rutschen – und das obwohl im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie aus den Beteiligungen deutlich geringere Ergebnisse vereinnahmt werden konnten.

Der Cash-Flow aus Investitionstätigkeit war sowohl in 2019 (4,5 Mio. EUR) als auch in 2020 (3,2 Mio. EUR) positiv, die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden von 10 Mio. EUR (2019) auf 2 Mio. EUR (2020) reduziert. Die Bilanzsumme hat sich mit 101,4 Mio. EUR (2019) und 102,4 Mio. EUR (2020) nahezu unverändert gezeigt.

FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2019 IM VERGLEICH

Für den Vergleich der Finanzen von SPD und den Unionsparteien wurden die Daten aus den Rechenschaftsberichten 2019 herangezogen, da die Rechenschaftsberichte von CDU und CSU für 2020 bei Redaktionsschluss noch nicht veröffentlicht waren. Die Gliederungen der SPD haben im Jahr 2019 Einnahmen in Höhe von insgesamt 169,2 Mio. EUR verzeichnet. Die CDU hatte im gleichen Zeitraum Einnahmen in Höhe von 152,6 Mio. EUR, die CSU in Höhe von 48,1 Mio. EUR. Die Unionsparteien konnten somit insgesamt ca. 200,7 Mio. EUR vereinnahmen.

46,9 Prozent der Einnahmen der Partei stammten im Jahr 2019 aus Beiträgen. Der Anteil der Mitgliedsbeiträge an den Gesamteinnahmen der SPD lag bei 31,4 Prozent, die Mandatsträgerbeiträge machten 15,5 Prozent aus. Die staatlichen Mittel hatten einen Anteil von 32,9 Prozent an den Einnahmen. Die CDU finanzierte sich 2019 zu 38,4 Prozent aus Mitglieds- und Mandats-trägerbeiträgen, die CSU zu 28,9 Prozent.

Die Unionsparteien profitieren weiterhin von Spenden von natürlichen Personen und im Vergleich zur Sozialdemokratie absolut und überproportional von denen juristischer Personen. Der SPD wurden bundesweit von juristischen Personen 2,2 Mio. EUR gespendet, dies bedeutet anteilig 1,3 Prozent der Gesamteinnahmen. Die lediglich in Bayern agierende CSU hat 2019 Spenden juristischer Personen in Höhe von 4 Mio. EUR erhalten, dies hat etwas mehr als 8 Prozent der Einnahmen ausgemacht. Die CDU hat 7,3 Mio. EUR oder anteilig 4,8 Prozent von juristischen Personen erhalten. Die Unionsparteien haben ca. 11,3 Mio. EUR von Unternehmen erhalten, mehr als fünf Mal so viel wie die SPD.

Von natürlichen Personen hat die SPD insgesamt Spenden in Höhe von 11,1 Mio. EUR (6,6 Prozent der Gesamteinnahmen) erhalten. Die Unionsparteien kommen insgesamt auf 24,4 Mio. EUR Einnahmen durch Spenden natürlicher Personen, was einem Anteil von 12,2 Prozent der Einnahmen beider Parteien entspricht.

Die Unionsparteien erhalten bedeutend mehr und größere Spenden von Unternehmen, Arbeitgeberverbänden und vermögenden Privatpersonen. Sie haben von fünf, die SPD von keiner natürlichen oder juristischen Personen Zuwendungen von jeweils insgesamt 100.000 EUR oder mehr im Kalenderjahr 2019 erhalten. Für die SPD sind eine Vielzahl kleinerer Spenden wichtig für die Finanzierung der Parteiarbeit.

Im Jahr 2019 hat die SPD 159,3 Mio. EUR ausgegeben, davon 34,8 Mio. EUR für Wahlkämpfe. Die CDU hatte Ausgaben von insgesamt 149,2 Mio. EUR, davon entfielen 40,2 Mio. EUR auf Wahlkampfaktivitäten. Die Ausgaben für Wahlkämpfe lagen bei der CSU bei 8,9 Mio. EUR, insgesamt hat die Partei 43,1 Mio. EUR als Ausgaben im Rechenschaftsbericht verzeichnet.

Das Reinvermögen der SPD lag bei 243,3 Mio. EUR. Das Reinvermögen erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 10 Mio. EUR. Die CSU hat ein Reinvermögen in Höhe von 43,3 Mio. EUR, die CDU in Höhe von 189 Mio. EUR ausgewiesen.

RECHENSCHAFTSBERICHTE DER IM BUNDESTAG VERTRETENEN PARTEIEN IM VERGLEICH FÜR DAS JAHR 2019

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		Die Linke		FDP		AfD	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen																
Mitgliedsbeiträge	53.080.621,02	31,37	37.552.387,60	24,60	10.333.923,97	21,49	47.886.311,57	23,86	15.222.556,32	25,50	10.451.721,15	30,55	9.698.272,11	25,50	4.010.294,73	15,26
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	26.275.782,14	15,53	21.116.860,05	13,84	3.649.290,74	7,59	24.766.150,79	12,34	11.049.910,85	18,51	5.219.193,54	15,25	2.928.743,67	7,70	2.011.984,41	7,66
Spenden von nat. Pers.	11.118.596,79	6,57	16.254.866,38	10,65	8.212.069,49	17,08	24.466.935,87	12,19	5.851.068,34	9,80	2.771.555,78	8,10	5.892.723,61	15,50	6.384.388,95	24,29
Spenden von jur. Pers.	2.216.711,64	1,31	7.305.129,04	4,79	4.017.642,58	8,36	11.322.771,62	5,64	719.815,71	1,21	500,45	0,00	2.093.385,63	5,50	118.709,51	0,45
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	652.000,00	0,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	663,12	0,00	0,00	0,00	52.020,30	0,14	32.667,26	0,12
Einn. aus sonst. Vermögen	9.187.018,95	5,43	2.107.287,18	1,38	671.123,88	1,40	2.778.411,06	1,38	148.538,12	0,25	83.124,59	0,24	331.762,55	0,87	10.972,05	0,04
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	10.451.010,35	6,18	13.480.793,84	8,83	6.019.009,50	12,52	19.499.803,34	9,72	1.015.996,12	1,70	175.725,10	0,51	1.505.674,62	3,96	107.306,79	0,41
Staatliche Mittel	55.714.336,85	32,93	54.018.918,68	35,39	14.695.344,40	30,56	68.714.263,08	34,23	23.988.901,93	40,19	14.393.277,09	42,07	15.418.984,62	3,96	10.203.583,65	38,83
Sonstige Einnahmen	515.632,90	0,30	796.917,20	0,42	482.199,86	1,00	1.279.117,06	0,64	1.697.827,53	2,84	1.119.505,48	3,27	106.162,55	0,28	3.399.698,83	12,94
Gesamt	169.211.710,64	100,00	152.633.159,97	100,00	48.080.604,42	100,00	200.713.764,39	100,00	59.695.278,04	100,00	34.214.603,18	100,00	38.027.729,86	100,00	26.279.606,18	100,00
Ausgaben																
Personalausgaben	50.833.417,74	31,92	45.648.501,00	30,60	12.454.469,49	28,86	58.102.970,49	30,21	19.577.821,44	38,90	12.287.664,80	35,89	5.054.116,08	14,42	3.876.067,72	16,29
Lauf. Geschäftsbetrieb	30.836.690,42	19,36	28.147.048,53	18,87	6.711.691,87	15,56	34.858.740,40	18,13	7.438.496,55	14,78	5.301.312,38	15,48	8.227.290,40	23,48	4.511.487,85	18,96
Allg. politische Arbeit	31.530.854,39	19,80	32.729.762,37	21,94	14.198.194,31	32,91	46.927.956,68	24,40	9.729.641,52	19,33	6.157.247,88	17,98	7.088.385,61	20,23	4.317.877,43	18,14
Wahlkämpfe	34.761.006,51	21,82	40.247.917,73	26,98	8.872.700,98	20,56	49.120.618,71	25,54	13.238.973,25	26,31	10.372.571,56	30,29	11.874.398,08	33,89	7.210.915,78	30,30
Vermögensverw. einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	10.870.372,71	6,82	860.422,75	0,58	198.850,76	0,46	1.059.293,51	0,55	155.660,29	0,31	27.248,96	0,08	163.434,93	0,47	0,00	0,00
sonstige Zinsen	333.111,57	0,21	224.060,45	0,15	521.670,96	1,21	745.731,41	0,39	1.781,09	0,00	11.948,09	0,03	610.175,09	1,74	436,46	0,00
Unternehmenstätigkeit	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14.373,57	0,06	
sonstige Ausgaben	109.705,46	0,10	1.303.254,70	0,53	190.225,38	0,44	1.493.480,08	0,78	180.508,66	0,36	81.839,76	0,24	2.023.788,57	5,78	3.866.304,43	16,25
Gesamt	159.275.158,80	100,00	149.160.987,53	100,00	43.147.803,75	100,00	192.308.791,28	100,00	50.322.882,80	100,00	34.239.833,43	100,00	35.041.588,76	100,00	23.797.463,24	100,00
Überschuss/Defizit	9.936.551,84		3.472.172,44		4.932.800,67		8.404.973,11		9.372.395,24		-25.230,25		2.986.141,10		2.482.142,94	
Reinvermögen	243.320.584,20		209.273.119,11		43.324.464,33		252.597.583,44		60.585.531,47		38.568.632,81		18.371.545,02		25.989.905,96	

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION

ZUR ARBEIT DER KONTROLLKOMMISSION IM BERICHTSZEITRAUM 2019/2020

Nach dem Organisationsstatut wählt der ordentliche Bundesparteitag eine Kontrollkommission, bestehend aus neun Mitgliedern. Die Kontrollkommission ist nach § 31 des Organisationsstatuts mit der „Kontrolle des Parteivorstandes sowie für die Behandlung von Beschwerden über den Parteivorstand“ für die Zeit zwischen den Parteitag betraut.

Die Mitglieder der Kommission bestätigten bei Ihrer konstituierenden Sitzung nach dem Parteitag 2019 die Vorsitzende Brigitte Reckmann in ihrem Amt. Als Stellvertreter wurde Marko Mühlstein gewählt.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission stehen die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Parteivorstandes, die Entwicklung des Parteivermögens, die Finanzplanung, die Aufstellung des Betriebshaushaltes, die Mittelfristige Finanzplanung, die Wahlkampfplanung und –durchführung, sowie die Kontrolle der Tätigkeit des Parteivorstandes.

Mindestens einmal vierteljährlich tagt die Kontrollkommission und prüft regelmäßig, welche Entscheidungen in politischer und kostenwirksamer Hinsicht gefällt oder geplant sind und welche Risiken damit verbunden sein könnten. Im Jahr 2020 wurden aufgrund der Covid-19-Pandemie Sitzungen vermehrt digital durchgeführt.

Neben der Prüfung der Quartals- und Jahresabschlüsse der Betriebshaushalte befasste sich die Kontrollkommission im Berichtszeitraum auch mit den dem Budget des Europawahlkampfes 2019, sowie dem Vorwahlkampfbudget des Bundestagswahlkampfes 2021.

Regelmäßig wurden Anmerkungen, Anregungen und Nachfragen mit der Geschäftsführung diskutiert und erörtert. Auch nach dem Wechsel in der Bundesgeschäftsführung und dem Parteivorsitz nach dem Mitgliedervotum 2019 konnte diese gute Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Einzelprojekte im Rahmen des Betriebs- und Wahlkampfhaushaltes wurden mit den fachverantwortlichen Büro-, Abteilungs- und auch Referatsleiter/-innen des Willy-Brandt-Hauses regelmäßig im Rahmen von Haushaltsvollzugsprüfungen erörtert.

Aus dem Beschluss und der Aufforderung der Kontrollkommission an den Parteivorstand, die Finanzverantwortung wahrzunehmen, Standards zu überprüfen und Wahlkämpfe zu evaluieren wurde 2018 ein Konsolidierungskonzept entwickelt und in großen Teilen umgesetzt.

Dieses sah unter anderem die Reduktion der Stellvertretenden Parteivorsitzenden und der Sitze im Parteivorstand und Präsidium vor, die Reduktion der Wahlkampfbudgets für den Europa- und Bundestagswahlkampf, sowie die Erarbeitung eines Personalentwicklungskonzeptes.

Regelmäßige Berichte erfolgten im Berichtszeitraum auch zur Entwicklung der Sozialistischen Internationale, der Arbeit der Progressive Alliance, der Arbeit der Parteischule, der Arbeit der Jungsozialist/-innen, Forschung, Mitgliederentwicklung und zum datenbasierten Wahlkampf.

Auch die Entwicklung der Personalkosten und der Neuaufstellungsprozess des Willy-Brandt-Hauses werden von der Kommission regelmäßig thematisiert und mit der Bundesgeschäftsführerin und dem Betriebsrat besprochen. Sowohl der Neuaufstellungsprozess, als auch die Entwicklung

der Personalkosten und eine zukunftsfähige Personalentwicklungsplanung werden auch zukünftig ein Schwerpunkt der Arbeit der Kontrollkommission sein.

Mehrmals jährlich befasst sich die Kontrollkommission auch mit dem Unternehmensbereich. Berichte erfolgten im Zeitraum 2019/2020 von den Geschäftsführern der Konzentration GmbH, sowie des Geschäftsführers der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (dd.vg) .

Auf Initiative der Kontrollkommission wurden neben den in 2017 durch den Parteivorstand beschlossenen Verhaltensregeln auch ein Verhaltenskodex für den Unternehmensbereich erarbeitet. Der Kommission war es wichtig, die Verbindung der Werte der Sozialdemokratie in Bezug auf den Unternehmensbereich festzuschreiben, insbesondere Gerechtigkeit, Bewahrung des historischen Vermögens, Arbeitnehmerrechte, Tarifbindungen, Fairness.

MITGLIEDER DER KONTROLLKOMMISSION (AB DEM PARTEITAG 2019)

Vorsitzende:

Brigitte Reckmann (Gütersloh)

Stellvertretender Vorsitzender:

Marko Mühlstein (Wallhausen)

Weitere Mitglieder:

Walter Meinhold (Hannover)

Renate Drewke (Köln)

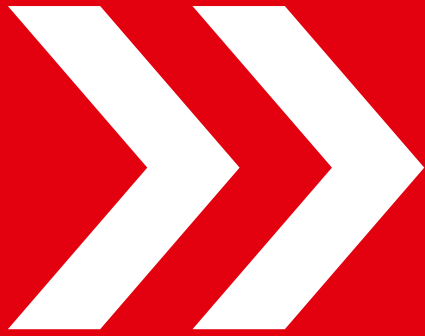
Norbert Schmitt (Heppenheim)

Karin Rehbock-Zureich (Jestetten)

Elke Schreiber (Quickborn)

Günter Gloser (Nürnberg)

Martin Haller (Lambsheim)



BERICHTE DER **ARBEITSGEMEIN- SCHAFTEN**

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)

MITGLIEDER IM ASF-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz 29. Juni bis 01. Juli 2018 in Saarbrücken)

Vorsitzende

Maria Noichl

Stellvertreter:innen

Ulrike Häfner

Cornelia Östreich

Claudia Schöning-Kalender

Sally-Lisa Starken

Beisitzer:innen

Shantha Chaudhuri

Afra Gamoori

Sandra Goetz

Johannah Illgner

Katharina Kleinschmidt

Maike Lechler

Janine Lilie

Bettina Marquis

Josephine Ortleb

Mechthild Rawert

Heidrun Sachse

Anke Schneider

Sophia Ulferts-Dirksen

Azra Zürn



ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AFA)

MITGLIEDER IM AFA-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz vom 27.–29. April 2018 in Nürnberg)

Ehrenvorsitzender

Rudolf Dreßler

Vorsitzender:

Klaus Barthel

Stellvertreter:innen

Annegret Hansen

Kornelia Keune

Wolfgang Lorenz

Udo Lutz

Uwe Schmidt

Beisitzer:innen

Denise Anton

Almut Auerbach

Rainer Bicknase

Ronja Endres

Michael Jung

Bettina Kiene

Renate Kleinfeld

Bettina Oestermann

Ulrich Piechota

Luitpold Rampeltshammer

Irena Rudolph-Kokot

Klaus Schüller

Olaf Schüssler

Gunter Wachholz

Lars Wendland



ARBEITSGEMEINSCHAFT SPD 60 PLUS

MITGLIEDER IM SPD 60 PLUS-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz am 28./29. Oktober 2019 in Köln)

Vorsitzender

Lothar Binding

Stellvertreter:innen

Josef Albert Dütsch
Heidemarie Fischer
Peter Schöbel

Beisitzer:innen

Gisela Arnold
Reinhold Hemker
Friedhelm Hilgers
Frank Kupferschmidt
Annemarie Pell
Ingrid Reske



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SOZIALDEMO- KRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATINNEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

MITGLIEDER IM ASG-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz am 29./30. März 2019 in Berlin)

Vorsitzender

Boris Velter

Stellvertreter:innen

Sabine Dittmar
Herbert Weisbrod-Frey

Beisitzer:innen

Stefanie Dehne
Bettina Fladung-Köhler
Cornelia Klisch
Annika Lange
Christian Lukosch
Waldemar Radtke
Ingrid Rehwinkel
Klaus Stahl
Martina Stamm-Fibich
Jan-Ole Werner
Thomas Wieser



ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AFB)

MITGLIEDER IM AFB-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz am 04./05. Mai 2018 in Berlin)

Vorsitzender

Ulf Daude

Stellvertreter:innen

Meike Jensen

Mathias Kocks

Beisitzer:innen

Prof. Dr. Frauke Hildebrand

Sabine Leber-Hoischen

Dagmar Brunsch

Martin Rabanus



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SELBSTÄNDIGEN IN DER SPD (AGS)

MITGLIEDER IM AGS-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz am 20./21. April 2018 in Berlin)

Vorsitzender

Ralph Weinbrecht

Stellvertreter:innen

Dr. Thorsten Heinze

Dr. Iris Spieß

Angelika Syring

Beisitzer:innen

Marie-Jeanne Beringer

Carsten Bielefeld

David Boverter

Dr. Dieter Falk

Renate Kürzdörfer

Ender Önder

Lisa Price

André Soudah

Anna Stvrtecky

Kai-Olaf von Wolff



ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMO- KRATISCHER JURISTINNEN UND JURISTEN (ASJ)

MITGLIEDER IM ASJ-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz am 22./23. September 2018 in Berlin)

Vorsitzender

Harald Baumann-Hasske

Stellvertreter:innen

Thorsten Jobs

Katja Weitzel

Beisitzer:innen

Dr. Daniela Cernko

Frank Diembeck

Shirin Dirks

Dr. Antje Draheim

Jürgen Gasper

Fabian Hoffmann

Ralf Lindemann

Dr. Anne Deike Riewe

Dr. Philipp Schwarz



ARBEITSGEMEINSCHAFT DER JUNGSOZIALISTINNEN UND JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD

BUNDESVORSTAND

ab 22.11.2019

Bundvorsitzender

Kevin Kühnert

Bundesgeschäftsführerin

Juli Rothe

Stv. Bundesvorsitzende

Jan Dieren

Matthias Glomb

Almut Großmann

Antonia Hemberger

Manon Luther

Seppi Parzinger

Anna Rasehorn

Hanna Reichardt

Stephan Schumann

Philipp Türmer



JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN

Die Juso-Hochschulgruppen sind der Studierendenverband der SPD und mittlerweile an über 80 Hochschulen bundesweit vertreten. Und der Verband wächst weiter, auch an Fachhochschulen gründen sich zunehmend Juso-Hochschulgruppen. Hier gestalten sie die Sozialdemokratie im studentischen Umfeld und engagieren sich in vielfältigen Kontexten.

Das Engagement umfasst die Vertretung und Mitarbeit in den Gremien der Hochschulen und der studentischen Selbstverwaltung, den Studierendwerken sowie die Planung und Organisation von Veranstaltungen zu hochschul- und bildungspolitischen Themen. Darüber hinaus verstehen sich die Juso-Hochschulgruppen aber auch als politische Akteurinnen im gesamtgesellschaftlichen Kontext und engagieren sich über die Grenzen des Campus' hinaus.

In den Jahren 2019/20 haben die Juso-Hochschulgruppen wieder viele interessante Projekte, Bildungsveranstaltungen und Kampagnen durchgeführt. 2019 lag einer unserer Schwerpunkte dabei auf unserem Campaigner*innen-Programm das den Wahlkampf zum europäischen Parlament unterstützt hat. Aktive Genoss*innen konnten sich dabei vernetzen, lernen wie man einen Wahlkampf sowie Kampagnen plant und gemeinsame Ideen umsetzen. Das erfolgreiche Campaigner*innen-Programm führen die Juso-Hochschulgruppen zu jeder Europa- und Bundestagswahl durch, um motivierte Genoss*innen sowohl vor Ort als auch auf Bundesebene auf den Wahlkampf vorzubereiten.

Die politische Bildungsarbeit des Verbandes wurde maßgeblich durch die Sommerschule im Juli 2019 bereichert, die unter dem Motto „HoPo all summer long!“ stand. Darüberhinaus organisierten die Juso-Hochschulgruppen die bewährten Seminarwochenenden in Leipzig und Weimar, bevor sie wegen des Infektionsschutzes 2020 ausgesetzt werden mussten. In Leipzig wurde mit



Campaigner*innen-Programm der Juso-Hochschulgruppen 2019. Foto: Juso-Hochschulgruppen

47 Teilnehmer*innen über Nachhaltigkeit, Kampagnenarbeit und digitale Lehre gelernt, diskutiert und Positionen vorbereitet. Neu eingeführt wurde der Feminismuskongress, der vom 28. Bis 30.06.2019 in Berlin durchgeführt wurde und die Beteiligung des Verbandes in Arbeitskreisen, was 2019 zum Thema Nachhaltigkeit gestartet wurde und seitdem wichtiger Bestandteil der regelmäßigen Verbandsarbeit ist. Auch die internationale Kooperation mit der Schwesterorganisation Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich (VSStÖ) wurde auf einem Treffen in Wien vertieft und mit gemeinsamen Kampagnen untermauert.

Trotz der gravierenden Einschränkungen durch COVID-19 konnten die Juso-Hochschulgruppen selbst 2020 Veranstaltungen durchführen. Vor dem Ausbruch fand noch der Auftakt zu unserem Campaigner*innen-Programm durchgeführt werden. Das an sie an zwei Wochenenden durchführen wollten. Statt im April fand der zweite Teil erst im September 2020 unter dem Motto „Studieren während Corona“ statt.

Anders als in den vorangegangenen Jahren musste auch der mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion durchgeführte Bildungspolitische Kongress abgesagt werden, der sonst im Bundestag stattfand. Stattdessen wurde in dieser Kooperation unter der Leitfrage „Welche Verantwortung trägt die Wissenschaft?“ im Juli 2020 ein einmonatiger Bildungskongress #BiMo20 mit vielen spannenden Videos, Vorträgen und Diskussionen digital durchgeführt.

Neben den tollen Veranstaltungen der Juso-Hochschulgruppen erreichte der Verband 2019/20 mit seinen Kampagnen viele Leute in und außerhalb der Hochschulgruppen und der SPD. Dazu bieten die Hochschulgruppen als Begleitung zu den Kampagneninhalten Aktionspaket und aktuelles Material zum Download an. „The future is feminist“ war der Titel einer großangelegten Kampagne mit der der Verband seine feministischen Positionen kommuniziert hat. Der Corona-Ausbruch im Jahr 2020 hat auch die Arbeit der Juso-Hochschulgruppen tiefgreifend geprägt und die Kampagnenarbeit des ersten halben Jahres mit umfassenden Positionierungen zur neuen Lage geprägt. Im weiteren Jahresverlauf wurden mit eigenen Kampagnen die Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen und unter dem Motto „Kluge Köpfe brauchen Dächer!“ auf die Wohnungsnot von Studierenden hingewiesen.

Das wichtigste Projekt der Juso-Hochschulgruppen war sicherlich der Europa-Wahlkampf 2019. Zusammen mit den Jusos wurde eine Jugendkampagne entwickelt, die mit einer Bustour durch die gesamte Bundesrepublik verbreitet wurde. Im Vorlauf zur Wahl haben die Juso-Hochschulgruppen sich aktiv in die Erarbeitung des Wahlprogramms eingebracht und insbesondere im Bereich Bildungspolitik wichtige Impulse geliefert.

Erneut wurden auch die Hochschuldialoge in vielen Orten gemeinsam mit dem Parteivorstand organisiert. Politik und Studierenden



*Der digitale Bildungskongress in Kooperation mit der AG Bildung und Forschung der SPD-Fraktion.
Foto: Juso-Hochschulgruppen*



The future is feminist-Kampagne der Juso-Hochschulgruppen 2020. Foto: Juso-Hochschulgruppen

konnten so über die Gerechtigkeits- und Zukunftsfragen in den offenen Austausch treten. Bei dem Hochschuldialog am 16. April 2019 mit Katharina Barley in Wuppertal etwa konnten mehrere hundert Studierende erreicht werden.

Wegen der Pandemie konnte der sonst jährlich im November gewählte Bundesvorstand 2020 nicht entlastet und neugewählt werden, wodurch er ein weiteres Jahr dem Verband vorstand. Trotzdem entsandte der Bundesvorstand wie in den vorangegangenen Jahren jeweils ein Mitglied in die AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, den Bundesvorstand der Jusos und in den Parteivorstand.

BUNDESVORSTAND

2018/19

Armin Alizadeh (SPD-Parteivorstand)
Julian Engelmann (Juso-Bundesvorstand)
Julie Göths
Tabea Häberle
Philipp Hobein
Gabriele Schraudolf (AG Bildung & Forschung)
Ann-Kathrin Zierau

2019/20

Armin Alizadeh (SPD Parteivorstand)
Julian Engelmann (AG Bildung & Forschung)
Julie Göths
Tabea Häberle
Philipp Hobein
Gabriele Schraudolf
Ann-Kathrin Zierau (Jusos Bundesvorstand)

Seit November 2020

Johanna Dangloff
Laura Loew (Juso-Bundesvorstand)
Jule Miklis
Oliver Nerger (AG Bildung & Forschung)
Charlotte Sonneborn
Lukas Thum (SPD Parteivorstand)
Benjamin Weiss

BUNDESGESCHÄFTSFÜHRUNG

Marieke Reiffs (bis Mai 2019)
Max Meisenheimer (seit Juni 2019)

ZENTRALE TERMINE

17.05. – 19.05.2019

Bundeskoordinierungstreffen in Heidelberg

28.07. – 02.08.2019

Sommerschule in Springe

15.11. – 17.11.2019

Bundeskoordinierungstreffen in Berlin

01.07. – 31.07.2020

Bildungsmonat gemeinsam mit der AG Bildung & Forschung der Bundestagsfraktion

13.11. – 15.11.2020

Hybrides Bundeskoordinierungstreffen in Berlin & Online



SPDQUEER – ARBEITSGEMEINSCHAFT DER SPD FÜR AKZEPTANZ UND GLEICHSTELLUNG

MITGLIEDER IM SPDQUEER-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz am 13./14. Oktober 2018 in Saarbrücken)

Vorsitzende

Petra Nowacki

Timo Hackemann

Anja Kendziora

Dirk Lamm

Martin Schöpe

Christa Stendebach

Hans-Dieter Straup

Stellvertreter:innen

Eric Böttcher

Carola Ebhardt

Arne Platzbecker

Sascha Roncevic

Elia Scaramuzza

Oliver Strotzer

Sarah Ungar



ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT

MITGLIEDER IM MIGRATION UND VIELFALT-BUNDESVORSTAND

(gewählt auf der Bundeskonferenz am 14./15. Juni 2019 in Berlin)

Vorsitzender

Aziz Bozkurt

Beisitzer:innen

Eda Akcan-Grah

Yasmin Breuer

Detlev Buchholz

Ismael Hares

Nazan Komral

Mehria Lührig

Murat Polat

Ziya Yüksel

Panagiota Zahariadou-

Boventer

Stellvertreter*innen

Hussien Khedr

Stella Kirgiane-Efremidou

Irena Rudolph-Kokot

Serpil Sarikaya



ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBST AKTIV – MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN IN DER SPD

MITGLIEDER IM SELBST AKTIV BUNDESVORSTAND

(Gewählt auf der Bundeskonferenz am 26./27. April 2019 in Berlin)

Vorsitzender

Karl Finke

Stellvertreter:innen

Katrin Gensecke

Anne Kleinschnieder

Gerwin Matysiak

Beisitzer:innen

Gisela Breuhaus

Johannes Gyarmati

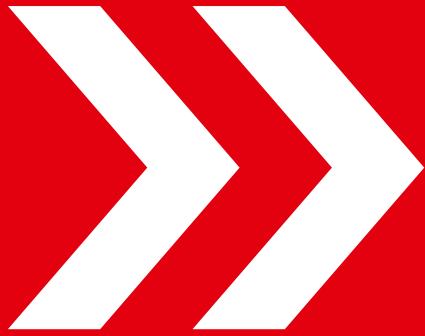
Holger Hase

Rainer-Michael Lehmann

Veronika Schwerdtfeger

Georg Suchanek

Susanne Teske-Keiser



**BERICHTE –
KOMMISSIONEN,
THEMENFOREN
FOREN, PROJEKT-
GRUPPEN, ARBEITS-
UND GESPRÄCHS-
KREISE, PREIS-
VERLEIHUNGEN**

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020



ARBEITSKREIS CHRISTINNEN UND CHRISTEN IN DER SPD

SELBSTVERSTÄNDNIS

Der bundesweite Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD ist ein Netzwerk von Sozialdemokrat*innen, die ihr politisches Engagement aus ihrer christlichen Glaubensüberzeugung heraus begründen. Die Aktiven auf der Bundesebene und in zahlreichen regionalen Arbeitskreisen fördern den Kontakt der SPD zu den christlichen Kirchen, zur Diakonie und Caritas sowie zu kirchlichen Verbänden und Initiativen. Sie begleiten kirchenpolitische Debatten und vermitteln diese in die SPD hinein.

EUROPA – EIN FRIEDENSPROJEKT

DER INNERE UND ÄUSSERE ZUSAMMENHALT IN DER EU

Am 12. April 2019 veranstaltete der AKC in Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion seine öffentliche Jahrestagung zum Thema „Europa – Ein Friedensprojekt. Der innere und äußere Zusammenhalt in der EU“. Sie war mit rund 200 Besucher*innen gut besucht.

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Eva Högl eröffnete die Tagung und warb für den gemeinsamen Kampf gegen Diskriminierung jedweder Religionen. Katarina Barley, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, sprach zum sozialen Europa, führte ihre Vorstellungen von dem europäischen Mindestlohn aus und betonte die Bedeutung von Mindeststeuersätzen und Mitbestimmungsrechten. Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Vizepräsident Kommission der Bischofskonferenz der EU, diskutierte mit Michael Roth, Staatsminister für Europa über „Religion und Vielfalt in Europa“. Dabei ging es auch um Fragen zur europäischen Identität. Martin Patzelt, Dalia Grinfeld (Jüdische Studierenden Union), Arne Lietz und Johannes Schrapls diskutierten zum Thema „Gefahr für den Frieden: Rechtspopulismus und Neonationalismus in Europa“. Schließlich sprachen Gesine Schwan, Marie Naass, Julia Eichler und Helge Lindh über die Herausforderungen Flucht und Migration für die Europäische Union. In diesem Panel wurde deutlich, dass sich die gemeinsamen europäischen Werte bei den Themen Flucht und Migration bewähren müssen.

Am 13. April 2019 fand die jährliche Klausurtagung des AKC in Spandau statt. Dort wurden aktuelle religionspolitisch relevante Themen diskutiert und der Deutsche Evangelische Kirchentag geplant. Auf der Klausur zeigte sich erneut, dass die regionalen Gruppen die Stärke des AKC sind, insbesondere in Ostdeutschland. Der AKC Berlin hat seine Mitglieder mehr als verdoppelt und umfasst nun über 100 Mitglieder. Der AKC Mecklenburg- Vorpommern ist neu belebt worden, hier sind nunmehr 20 Mitglieder aktiv.

Der AKC erarbeitete drei inhaltliche Thesenpapiere, die auch als Material auf dem Kirchentag dienen. Es wurde beschlossen, ein weiteres Thesenpapier zum Thema Rechtspopulismus zu erarbeiten.

WAS FÜR EIN VERTRAUEN

37. EVANGELISCHER KIRCHENTAG

Vom 19.-23. Juni 2019 fand in Dortmund der 37. Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) statt. Die SPD war dort vielfach präsent – mit dem traditionellen Jour-Fixe-Empfang, einem Stand auf dem Markt der Möglichkeiten sowie zahlreichen SPD-Politiker*innen auf Podien und Veranstaltungen des DEKT. Die Stadt Dortmund war fünf Tage geprägt vom Kirchentag, die Zahlen der Besucher/innen übertrafen die Erwartungen der Veranstalter (120.000–140.000).

Der traditionelle Jour-Fixe-Empfang der SPD (ausgerichtet von SPD-Bundestagsfraktion, NRWSPD und PV) am Donnerstag, 20.06.2019 war ein großer Erfolg. Der Empfang bleibt die Speerspitze unserer Netzwerkpflge im religionspolitischen Raum. Redner*innen waren Thorsten Schäfer-Gümbel, Nadja Lüders und Ulrich Sierrau (OB Dortmund).

Der SPD-Empfang ist stets der größte der politischen Empfänge, so auch dieses Jahr mit ca. 400 Besucher*innen. Dabei war nahezu die gesamte Prominenz der Kirchenpolitik anwesend, u. a. Kirchentagspräsident Hans Leyendecker, stv. Ratsvorsitzende der EKD und Präses von Westfalen Annette Kurschus, EKD-Ratsmitglieder Bischöfin Kirsten Fehrs, Kirchenpräsident Volker Jung, Andreas Barner, ZdK-Präsident Prof. Dr. Thomas Sternberg, Präsident der Diakonie Ulrich Lilie, Kirchenamtspräsident Anke, ZMD Vorsitzender Aiman Mazyek, Chef der theologischen Kammer der EKD Prof. Dr. Christoph Marksches und zahlreiche weiterer Vertreter*innen der Wissenschaft.

Erneut war die SPD durch einen Stand auf dem Markt der Möglichkeiten vertreten, der gemeinsam vom AKC, AsF und Jusos betrieben wurde. Dort wurde ein neues Konzept erprobt: Daher gab es ein Gewinnspiel sowie mehrere Mitmach-Aktionen. Auch die Interviews mit Spitzenpolitiker*innen fanden in einem neuen Format statt. Durch das Gewinnspiel konnten knapp 400 neue Adressen generiert werden (ca. 70 davon SPD Mitglieder).

Zahlreiche SPD Politiker*innen waren auf Veranstaltungen des DEKTs eingeladen, u. a. die Bundesminister*innen Heiko Maas, Hubertus Heil, Svenja Schulze, Franziska Giffey, GS Lars Klingbeil, Parl. StS Kerstin Griese, Niels Annen, Karamba Diaby, Lars Castellucci. Es zeigt sich allerdings, dass die Präsenz von SPD Politiker*innen insgesamt zurückgeht.

BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE

AKC-KLAUSURTAGUNG 2020

Am 04. Juli 2020 traf sich der Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD zu seiner jährlichen Klausurtagung. Aufgrund der Corona-Pandemie musste die öffentliche Tagung zum Thema „Digitalisierung und das christliche Menschenbild“, zu dem bereits Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sowie Bischof Dr. Volker Jung zugesagt hatten, leider abgesagt werden.

Die Klausurtagung fand digital statt. Die turnusgemäßen Vorstandswahlen wurden um ein Jahr verschoben. Mit einem einstimmigen Beschluss wurde die Amtszeit des bisherigen Vorstands um ein Jahr verlängert. Zunächst berichteten die verschiedenen Regionalkreise von ihrer Arbeit. Weitere Themen waren:

- **Sterbehilfe/assistierter Suizid:** Lars Castellucci und Kerstin Griese berichteten vom Debattenstand nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Wolfgang Thierse hatte sich zum Urteil auch öffentlich geäußert und fasste die Debatte zusammen. Es wurde beschlossen, einen „Zwischenruf“ des AKC zum Thema zu erarbeiten.

- **Friedenspolitik** – insbesondere mit Blick auf die EU Ratspräsidentschaft. Auch Fragen der Abrüstung sind für den AKC bedeutsam. Es wurde beschlossen, in einer Kleingruppe ein Papier zu erarbeiten, dass mit Peter Jörgensen (Berater im Referat „Religion und Außenpolitik“ im Auswärtigen Amt) diskutiert werden sollte.
- **Corona:** In drei einstündigen Workshops erarbeiten die Genoss*innen politische Fragen, die in der Corona-Zeit besonders bedeutsam sind. Dabei ging es um „Corona und den sozialen Zusammenhalt“ (Verschwörungstheorien und Nachbarschaftshilfe, Rolle der Politik, Entwicklungen im pol. rechten Rand), „Isolation und Autonomie in Corona-Zeiten“ (selbstbestimmtes Leben von Risikogruppen, Menschen mit Behinderungen und ihr Recht auf Arbeit), sowie „Nachhaltigkeit – Corona und die Bewahrung der Schöpfung“ (Anschubfinanzierungen in Corona Zeiten: New Green Deal?, wird nun deutlich, dass eine andere Wirtschaft möglich ist?).

Insgesamt zeigt die Corona-Pandemie aus Sicht des AKC die Bedeutung zweier grundlegender Solidarsysteme: Die Bedeutung des Systems Familie und die Bedeutung der Solidarität im Staat. Außerdem wurde diskutiert, inwieweit Corona Fragen an unser globalisiertes Wirtschaftssystem stellt. Durch die Corona-Pandemie ist die Verwundbarkeit unserer Gesellschaft als Teil eines globalen Netzwerks besonders deutlich geworden (Abhängigkeit von Orten, an denen Schutzkleidung/Masken produziert werden, Ansteckung, aber auch Bewahrung der Natur).

VORSTAND 2019/2020

Vorstand:

Kerstin Griesse MdB (Sprecherin)
Dr. h.c. Wolfgang Thierse, Bundestagspräsident a.D. (Sprecher)
Arne Lietz
Diana Stachowitz MdL
Andreas Weigel (Vertretung bei Parteitag)
Angelica Dinger (Geschäftsführerin)

Beratend:

Dr. Dietmar Kehlbreier
Dagmar Mensink
Dr. Lars Castellucci



ARBEITSKREIS JÜDISCHE SOZIALDEMOKRAT*INNEN

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKJS

Der AKJS versteht sich als ein Zusammenschluss von Jüdinnen und Juden, die Mitglieder der SPD sind oder sich als Nichtmitglieder mit den Zielen der Partei identifizieren und als solche die jüdische Perspektive in die innerparteiliche Diskussion einbringen. Außenpolitisch will der AKJS vor allem transatlantische Positionen innerhalb der SPD stärken. Zudem geht es ihm darum, eine zukunftsfähige Israel-Politik Deutschlands zu unterstützen. Innenpolitisch wirbt der Arbeitskreis für die Belange der wachsenden jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und bezieht Position in religionspolitischen Kontroversen.

BUNDESSEMINAR 2019

Einmal jährlich lädt der AKJS zu einem Bundestreffen ein. Beim Treffen vom 14. bis 15. Dezember 2019 in Frankfurt am Main ging es um Gedanken zur Nachhaltigkeit im Judentum. In einer Diskussion konzentrierten sich die Teilnehmer und Teilnehmerinnen besonders auf die Frage einer religiösen Begründung der Demokratie. Außerdem wurde mit Dr. Mirjam Wenzel, Direktorin des Jüdischen Museums Frankfurt, über die Aufgaben eines Jüdischen Museums in Deutschland diskutiert. Den zweiten Teil des Bundesseminars bildeten interne Beratungen. Dazu wurde auch Dr. Ludgar Heid (Historiker) eingeladen. Er hielt einen Vortrag über Peter Blachstein: Von der jüdischen Jugendbewegung zur Sozialdemokratie.

Turnusmäßig wurde ein neuer Vorstand gewählt. Die amtierenden Mitglieder Abraham de Wolf, Vered Zur-Panzer, Petra Somberg-Romanski, Daniel Dejcman und Renée Röske wurden dabei im Amt bestätigt.

Insgesamt leistet der AKJS im Rahmen der religionspolitischen Arbeit der SPD wichtige Arbeit, er bringt sich aktiv ein. Besonders die Teilnahme an Podien und Diskussionsformaten der Vorstandsmitglieder ist hierbei hervorzuheben. Darüber hinaus hält der AKJS Kontakt zu jüdischen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern beispielsweise vom Zentralrat der Juden in Deutschland.

BUNDESSEMINAR 2020

aufgrund der Corona-Pandemie verschoben

SPRECHERKREIS 2019

Daniel Dejcman
Renée Röske
Petra Somberg-Romanski
Abraham de Wolf
Vered Zur-Panzer

SPRECHERKREIS 2020

Daniel Dejcman
Renée Röske
Petra Somberg-Romanski
Abraham de Wolf
Vered Zur-Panzer

Internet: <https://akjs.spd.de/>



ARBEITSKREIS MUSLIMISCHER SOZIALDEMO- KRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN (AKMS)

SELBSTVERSTÄNDNIS DES AKMS

Der Arbeitskreis Muslimischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten versteht sich als ein Kreis von muslimischen Mitgliedern sowie Unterstützerinnen und Unterstützern der SPD, die sich dafür einsetzen, dass die SPD als politische Heimat für Menschen islamischen Glaubens wahrgenommen wird. Zugleich ist der Arbeitskreis eine Plattform, die Anliegen der muslimischen Gemeinschaft in Deutschland in die SPD hinein vermittelt. Mit ihrer Arbeit wollen die Mitglieder zu mehr Normalität und Differenziertheit im Umgang mit Musliminnen und Muslimen beitragen.

„WER SPRICHT FÜR DIE ‚MUSLIME‘?“

JAHRESTREFFEN 2019

Einmal jährlich lädt der AKMS zu einem Jahrestreffen ein. So traf sich der Arbeitskreis vom 30. November–01. Dezember 2019 in der SPD-Lounge des Landesverbandes NRW in Düsseldorf.

Der Arbeitskreis hat sich auf dieser Jahrestagung einen Aktionsplan 2020 vorgenommen. Dabei sollen Schwerpunkte inhaltlich auf Empowerment und Partizipation und antimuslimischen Rassismus liegen – der Blick richtet sich dabei auch auf die eigene Partei (mangelnde Repräsentanz auf allen Ebenen der Partei). In ihrem Grußwort appellierte Lisa-Kristin Kapteinat (stellv. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion) an alle: Wichtig sei nicht, wo jemand herkomme, sondern wo jemand hinwolle.

Auf das Grußwort folgten zwei inhaltliche Impulse von Gabriele Boos-Niazy (Aktionsbündnis muslimischer Frauen in Deutschland e.V) und Eren Güvercin (Journalist und Autor, Gründungsmitglied und Beirat Alhambra Gesellschaft). Herr Güvercin sprach in seinem Impuls über die Repräsentation „der Muslime“ und über die Vielstimmigkeit und Heterogenität der muslimischen Community und Verbandslandschaft. Frau Boos-Niazy stellte die Hintergründe und die Hauptforderungen des AmFs vor und sprach aus aktuellem Anlass auch über das geplante Verbot religiöser Zeichen in der Justiz in NRW. Danach fand eine von Ufuk Bagdat moderierte Podiumsdiskussion mit den beiden Impulsgeber*innen und Batol Kobeissi, Projektmanagerin bei dem Projekt Extrem Engagiert! Kompetenzprogramm junger Muslime und im Vorstand von Engagierte Muslime e.V. (EMD), einer schiitischen Jugendorganisation, statt.

Die intensive Diskussion mündete in ein offenes Gespräch mit den Teilnehmenden, bei dem deutlich wurde, dass die Muslime nicht als Ansprechpartner auf Augenhöhe wahrgenommen werden und die Macht nach wie vor viel zu ungleich verteilt ist. Kontrovers wurde darüber diskutiert, wie man deutlich machen kann, dass es sich bei institutionalisierter Diskriminierung um ein Prinzip handelt, bei dem es auch um Macht und Erhaltung der Macht geht. Es geht nicht darum, andere Positionen einmal kurz anzuhören, sondern darum, dass vielleicht das gesamte Denken noch mal neu geordnet und bestimmte Privilegien aufgegeben oder neu ausgehandelt werden müssen.

Auf der internen Jahrestagung des Arbeitskreises wurde über Projekte und Planungen für das kommende Jahr diskutiert. Neben der Entscheidung für den Flyer „Weil wir Teil sind! Wir fordern:

Mehr Vielfalt in den Parlamenten!“, fand ein Workshop statt, der sich intensiv mit diesen Fragen beschäftigt und als Ziel einen Aktionsplan 2020 (Kampagne) entwickelt hat. Dabei sollen Schwerpunkte inhaltlich auf Empowerment und antimuslimischen Rassismus liegen, auch in der eigenen Partei. Weiter soll es um den eigenen Strukturaufbau gehen.

Auf der Jahrestagung wurde auch ein neuer Vorstand gewählt. Im Amt bestätigt wurden Ufuk Bagdat, Lydia Nofal und Atila Ülger.

ERSTES VIRTUELLES AKMS-TREFFEN IN ZEITEN VON CORONA

11. MAI 2020

„In diesem Jahr ist alles ganz anders, die Coronakrise hat unser Leben ein Stück weit ausgebremst. Wir alle tragen gemeinsam die Verantwortung, dass die Verbreitung des Virus weiterhin mit aller Kraft eingedämmt wird. Die meisten von Euch sind vermutlich seit über einem Monat schon zu Hause und werden es wohl auch noch bis zum Ende des Ramadans bleiben. Viele Gemeinden haben Wege gefunden, den Ramadan auch unter diesen Bedingungen zu leben. Sie übertragen das Taraweeh Gebet jetzt über das Internet, und die Gläubigen beten dort, wo sie sind, und sei es in häuslicher Quarantäne. Ein jeder für sich. Und doch gemeinsam. Und nicht nur hier, sondern in vielen Lebensbereichen hat uns die Digitalisierung erreicht, sei es im Homeoffice oder beim Homeschooling oder im regelmäßigen Austausch mit Familie und Freunden über das Telefon, Tablet oder über den Computer. In dieser besonderen Zeit, mit all den Herausforderungen, die Corona mitbringt, sehnen wir uns trotzdem alle danach, in die Normalität zurückzukehren. Persönliche Treffen können solche virtuellen Zusammenkünfte nicht ersetzen, gleichzeitig ergeben sich aber auch neue Möglichkeiten, weil wir zu Hause sind und Zeit haben.“

ONLINE-KLAUSURTAGUNG DES ARBEITSKREISES MUSLIMISCHER SOZIALDEMOKRATINNEN UND SOZIALDEMOKRATEN

19. SEPTEMBER 2019

Inhaltlich wurden die Impulse aus dem virtuellen Treffen aufgenommen und mit den Teilnehmer*innen über Beteiligung und Parteiarbeit gesprochen – Was sind Eure Erfahrungen? Welche Möglichkeiten gibt es? Was sind die Herausforderungen? Was gibt es für Probleme? Was gibt es für Erfolge? Wie kann ich politische Ziele verwirklichen?

Dafür gab es eine Gesprächsrunde mit politisch Aktiven zum Thema interkulturelle Öffnung: Serpil Midyatli (Landesvorsitzende Schleswig-Holstein und stellvertretende Parteivorsitzende), Gülistan Yüksel (Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende im SPD Unterbezirk Mönchengladbach) und Amina Yousaf (Speakerin, Stellvertretende Bezirksvorsitzende im Bezirk Hannover). Anschließend einen Workshop zum Thema Partizipation in der Partei.

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHMEN DES AKMS

Der AKMS arbeitet kontinuierlich zu inhaltlichen Themen und begleitet so die politische Diskussion in Deutschland.

Im Februar 2020 nahm der AKMS öffentlich Stellung zum Anschlag in Hanau. In der Stellungnahme kam auch Schock und Trauer darüber zum Ausdruck, wie aus Worten Taten folgen können. „Wir sind erschüttert über die Nachrichten aus Hanau. Mehrere Menschen haben nach einer furchtbaren Gewalttat ihr Leben verloren. Wir sind in Gedanken bei den Opfern des Terroran-

schlages von Hanau und ihren Familien. Noch vor einigen Tagen, waren wir froh darüber, dass eine rechtsradikale Terrorzelle von den Sicherheitsbehörden aufgedeckt wurde. Heute trauern wir um 11 Menschen, die aus rassistischen Motiven umgebracht worden sind. Wir sind geschockt und wir trauern. Rechter Terror ist eine große Gefahr. Und die Angst davor ist reell, es beginnt mit Worten und endet mit Mord. Wir müssen alles dafür tun, damit sich so etwas nicht wiederholt. Um 18 Uhr treffen wir uns am Brandenburger Tor und machen deutlich, dass wir den Hetzern und rechten Terroristen nicht unser Land überlassen.“

Insgesamt leistete der AKMS 2019–2020 eine wichtige Vermittlungsarbeit in die muslimische Gemeinschaft in Deutschland und auch in die SPD hinein. Neben eigenständigen thematischen Impulsen arbeitete er kontinuierlich bei der Werkstatt „Religion und Politik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit. Besonders die Sprecherinnen und Sprecher waren bei religionspolitischen Diskussionen in Berlin und weit darüber hinaus präsent. Als Gesprächspartner*innen, Autor*innen und Diskussionspartner*innen gestalteten sie die Debatte bei Tagungen, Kongressen und politischen Gesprächsabenden nachhaltig mit. 2020 alles unter den erschwerten Bedingungen der Pandemie.

SPRECHERKREIS

bis Dezember 2019

Ufuk Bagdat
Lydia Nofal
Atila Ülger

ab Dezember 2019

Ufuk Bagdat
Lydia Nofal
Atila Ülger

2020 fanden aufgrund der Corona-Pandemie keine Vorstandswahlen statt.

Internet: akmuslime.spd.de/

facebook: facebook.com/SPDAKMS/

Instagram: https://www.instagram.com/muslimische_sozis/



ARBEITSKREIS EHEMALS VERFOLGTER UND INHAFTIERTER SOZIALDEMOKRATEN (AVS)

Das große Jahrestreffen des AvS fand im März 2019 in Hamburg statt. Im Zentrum der Tagung standen Beiträge über sozialdemokratische Einzelschicksale die trotz vorhergehender Unterdrückung und Verfolgung wesentliche Errungenschaften der Weimarer Republik mitgestalteten. Darüber hinaus beschäftigte sich die Tagung auch mit der Rivalität zwischen NS- und Stalinismusverfolgten Sozialdemokraten. Inhaltliche Positionen zum Umgange mit der VVN-BdA und zum Jahrestag der Waldheimer Prozesse wurden erarbeitet.

Die Jahrestagung des Jahres 2020 musste pandemiebedingt abgesagt werden.

Als Vorsitzender wurden Wolfgang Kopitzsch und als Stellvertreter Holger Martens in ihrem Amt bestätigt.

GRUNDWERTEKOMMISSION BEIM SPD-PARTEIVORSTAND

Im Jahr 2019 traf sich die Grundwertekommission unter Leitung ihrer Vorsitzenden Gesine Schwan zu insgesamt vier regulären Sitzungen. In der Februar Sitzung diskutierten die Mitglieder mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und berieten ein Papier zum Thema „Solidarität – Unterpfand unserer Zukunft“. Dieses Papier wurde u. a. mit einem breit angelegten Workshop am Anfang des Jahres vorbereitet. An der Mai Sitzung nahm der ehemalige tschechische Ministerpräsident Vladimír Špidla teil. Inhaltliche Schwerpunkte waren die Themen gesellschaftlicher Zusammenhalt und die internationale Politik. Die Versammlung beschloss, zukünftig neben den Papieren der gesamten Kommission auch Positionen einzelner Mitglieder der Grundwertekommission in Form von „Zwischenrufen aus der Grundwertekommission“ zu veröffentlichen. Im September war Olaf Scholz zu Gast. Mit ihm berieten die Teilnehmer:innen Deutschlands Rolle in Europa und der Welt. Breiten Raum nahm auch die Diskussion eines Papiers zum Thema der notwendigen sozial-ökologischen Transformation ein. Zum Jahresabschluss verständigten sich die Mitglieder auf ihrer November Sitzung zur internationalen Politik zwei Kurzpapiere zu veröffentlichen. Abschließen wurde das Papier zur sozial-ökologischen Transformation beraten und veröffentlicht.

Im Jahr 2020 tagte die Grundwertekommission insgesamt viermal, pandemiebedingt überwiegend digital. Zum Jahresauftakt traf sich die Grundwertekommission im Februar mit dem neuen Parteivorsitzenden Norbert Walter-Borjans um über den Beitrag der Kommission für einen notwendigen Vertrauenszuwachs der Sozialdemokratie zu beraten. In der Juni-Sitzung wurde beschlossen, für die kommende Bundestagswahl im Jahr 2021 inhaltliche Vorarbeiten in Form von vier Ausarbeitungen zu machen. Intensiv wurde über die Notwendigkeit diskutiert, als Sozialdemokratie stärker intellektuelle Debatten öffentlich wahrnehmbar zu führen. Ein spezielles Veranstaltungsformat wurde in Form eines regelmäßigen Jour-Fixe der Grundwertekommission entwickelt. Zum Thema nukleare Teilhabe organisierte die Grundwertekommission im August eine Diskussionsveranstaltung mit Prof. Dr. Ursula Schröder - wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedens- und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH), Dr. Rolf Mützenich - Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Niels Annen – Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen. Im zweiten Halbjahr nahm der Generalsekretär der SPD Lars Klingbeil an einer Sitzung teil und es wurde ein Papier zum Thema „Sicherheit im Wandel“ abschließend beraten. Beim großen Debattencamp der SPD gestaltet die Grundwertekommission eine Session mit Gesine Schwan und dem Bürgermeister von Augustusburg Dirk Neubauer zum Thema Bürgerbeteiligung.

Veröffentlichungen und Ausarbeitungen der Grundwertekommission 2019/20

Jahr	Format	Titel	Autoren
2019	Papier	Solidarität – Unterpfand unserer Zukunft	GWK
2019	Papier	Perspektivwechsel. Das Zeitalter des Menschen	GWK
2019	Zwischenruf	Militarisierung: Die Eskalationsspirale stoppen!	Gernot Erler
2019	Zwischenruf	Die Bundesregierung sollte den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen	Heidemarie Wieczorek-Zeul
2020	Zwischenruf	Jetzt Mut zur Solidarität!	Gesine Schwan

KOMMISSIONEN, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, ARBEITS- UND GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN

SPD-JAHREBUCH 2019–2020

Jahr	Format	Titel	Autoren
2020	Zwischenruf	Corona Krise als Chance	Thymian Bussemer, Annika Klose Ernst-Dieter Rossmann, Marc Saxer, Wolfgang Schroeder, Gesine Schwan
2020	Papier	Sicherheit im Wandel	GWK
2020	Beitrag zum Wahlprogramm	Zusammenhalt stärken – Zukunft gestalten	GWK
2020	Beitrag zum Wahlprogramm	Grundprinzipien einer sozialdemokratischen Finanzpolitik	GWK
2020	Beitrag zum Wahlprogramm	Unabhängige Wissenschaft und aufgeklärte Politik: Grundlagen von Demokratie und Wohlstand für alle	GWK
2020	Beitrag zum Wahlprogramm	Die gegenwärtige Konfrontationspolitik wieder durch Kooperation überwinden	GWK

Im Juni 2020 wurden folgende Mitglieder durch den Parteivorstand in die Grundwertekommission berufen:

Vorsitz:

Prof. Dr. Gesine Schwan (Vorsitzende)
Prof. Dr. Thomas Meyer (stellv. Vorsitzender)

Mitglieder:

Dr. Hans-Peter Bartels	Michael Bröning
Dr. Thymian Bussemer	Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr. Naika Foroutan	Prof. Dr. Volker Gerhardt
Dr. Dierk Hirschel	Prof. Dr. Gustav Horn
Cansel Kiziltepe, MdB	Annika Klose
Dr. Matthias Kollatz	Laura-Kristine Krause
Prof. Dr. Christian Krell	Arne Lietz
Prof. Dr. Wolfgang Merkel	Dr. Henning Meyer
Dr. Hans Misselwitz	Dr. Almut Möller
Michael Müller	Prof. Dr. Susan Neiman
Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB	Dr. Kerstin Rothe
Marc Saxer	Dr. Nina Scheer, MdB
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder	Dr. Aleksandra Sowa
Dr. Ralf Stegner	Prof. Dr. Johano Strasser
Dr. h.c. Wolfgang Thierse	Prof. Dr. Rosemarie Will
Heidemarie Wiecek-Zeul	

Ehrenmitglied: Dr. Hans-Jochen Vogel



GESCHICHTSFORUM DER SPD

Nach der Auflösung der Historischen Kommission im Jahr 2018 startete der SPD-Parteivorstand im Frühjahr 2019 einen neuen Abschnitt seiner geschichtspolitischen Arbeit. Mit der Gründung des Geschichtsforums der SPD wurde eine neue erinnerungspolitische Struktur geschaffen, in der es nicht nur um den fachlichen Austausch mit Historiker*innen gehen soll, sondern auch um die Frage, wie wir das so dringend notwendige Geschichtsbewusstsein in den Zeiten einer permanenten politischen Erregung, die immer mehr von kurzsichtigen und geschichtsvergessenen Emotionalisierungen getrieben wird als von einer differenzierten Auseinandersetzung auf der Grundlage von Argumenten, wieder stärker verankern können.

In das Geschichtsforum wurden folgende Personen berufen:

Behrends, Jan C.	Berger, Stefan
Brandt, Peter	Budde, Katrin
Dörr, Nikolas	Esdar, Wiebke
Griese, Kerstin	Kruke, Anja
Lehnert, Detlef	Mählert, Ulrich
Meyer, Kristina	Mittag, Jürgen
Morina, Christina	Mühlhausen, Walter
Münkel, Daniela	Neffe, Jürgen
Nietan, Dietmar	Reiche, Jürgen
Rother, Bernd	Schieder, Marianne
Schmeitzner, Mike	Schöler, Uli
Schumann, Dirk	Süß, Dietmar
Tautz, Lothar	Woyke, Meik

Als gleichberechtigte Sprecher wählten die Mitglieder Kristina Meyer und Bernd Rother. Im ersten Jahr seines Bestehens entfaltete das Geschichtsforum vielfältige Aktivitäten. So wurde eine eigne Website eingerichtet und es erschienen regelmäßige Kolumnen im „Vorwärts“. Inhaltlich beschäftigte sich das Geschichtsforum mit Fragen der Erinnerungskultur im Rahmen der Debatten zu geplanten Gedenkort z. B. „Polen-Denkmal“, Exilmuseum, Museum des Zweiten Weltkriegs und Einwanderungsmuseum. Es wurden Arbeitsgruppen eingerichtet die sich Fragen des Populismus und Neoliberalismus, zur Deutschen Einheit und dem Thema einer neuen sozialdemokratischen Erzählung widmeten. Die Zusammenarbeit mit der SPD-Bundestagsfraktion AG Kultur und Medien wurde aufgenommen und die Netzwerkbildung mit regionalen Hikos wurde verstärkt. Im Rahmen der Festveranstaltung zum 30. Jubiläum der Wiedergründung der ostdeutschen SPD brachte sich das Geschichtsforum über die Moderation und die Rede von Dietmar Nietan aktiv ein.

Die Abläufe des Jahres 2020 waren durch die Corona-Pandemie beeinträchtigt. In Zusammenarbeit mit dem Kulturforum wurde ein inhaltlicher Beitrag für das Wahlprogramm der SPD zur Bundestagswahl erarbeitet. Mit dem Panel „Solidarität im Zeitalter der Ungleichheiten“ brachte sich das Geschichtsforum in das Debattencamp der SPD ein. Darüber hinaus wurde ein kommunalpolitischer Leitfaden zum Umgang mit Straßenumbenennungen im Kontext von Kolonial- und NS-Geschichte gemeinsam mit der SGK veröffentlicht. Auf Bitten des Parteivorstandes wurde eine Empfehlung zum Umgang mit dem Lied „Wann wir schreiten Seit an Seit“ erarbeitet. Man verständigte sich darauf, das Lied wegen der Verstrickungen des Autors in der NS-Zeit nicht mehr am Ende des Parteitages zu singen. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde ausgebaut, u. a. erschienen sieben Kolumnen im Vorwärts unter der eigenen Rubrik „Im Rückspiegel“ und ein Debattenportal auf der Internetseite wurde eingerichtet.



MEDIEN- UND NETZPOLITISCHE KOMMISSION

FORTSETZUNG DER ARBEIT

Bewährtes findet ihre Fortsetzung. Die Arbeit der Kommission hat sich in Struktur und Beschäftigungsschwerpunkten nicht geändert. Medien- und Netzpolitische Themen und Fragestellungen sind weiterhin aus einer gemeinsamen Perspektive diskutiert worden.

INHALTE

Die Medien- und Netzpolitische Kommission beobachtet und analysiert gesellschafts- und wirtschaftspolitisch relevante Entwicklungen mit medien- und netzpolitischem Schwerpunkt. Sie sorgt für Diskurs zwischen allen relevanten Akteuren aus Medien- und Kreativwirtschaft, Gesellschaft und Politik auf Bund- und Länderebene, stößt Debatten an, versteht sich als Plattform für alle medien- und netzpolitischen Aktivitäten der Partei und ist Impulsgeber für eine zukunftsweisende, vielfaltssichernde und sozialdemokratische Medien- und Netzpolitik.

Die Kommission hat sich an der Erstellung des Wahlprogramms 2021 in den Bereichen Digitalisierung und Medien beteiligt und darüber hinaus unterschiedliche digital- und medienpolitische Debatten begleitet.

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Gesteuert und koordiniert wird die Kommission vom Geschäftsführenden Vorstand. Der Vorstand der Medien- und Netzpolitischen Kommission setzte sich neben den Vorsitzenden Heike Raab und Carsten Brosda zusammen aus: Björn Böhning (Bundespolitik), Petra Kammerevert MdEP (Europa), Klara Geywitz (Parteivorstand), Nico Lumma (Zivilgesellschaft) sowie den medien- und netzpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Martin Rabanus und Jens Zimmermann.

ARBEITSWEISE

Die Medien- und NetzPolitische Kommission tagte viermal im Jahr. Dabei wurde an der bewährten Arbeitsweise festgehalten, zunächst intern und anschließend mit Referentinnen und Referenten in einem erweiterten Einladerkreis zu tagen. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden die Sitzungen überwiegend digital statt und die erweiterten Gespräche waren eingeschränkt.

KOMMISSION

Die Kommission selbst setzt sich aus Vertreter_innen von Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Medien- und Netzwirtschaft zusammen. In der Kommission sind alle Medien- und Netzpolitischen Sprecher_innen der Landtagsfraktionen und Landesverbände tätig.

MITGLIEDER

Interner Kreis

Albrecht, Timo; Becker, Holger (Dr., MdB); Berger, Cornelia; Böhning, Björn; Bremer, Jürgen; Brieden, Karin; Brosda, Carsten (Dr.); Budde, Katrin (MdB); Bühler, Joachim; Burghof, Ansgar (Dr.); Burkert, Michael; Commercon, Ulrich <u.commercon@spd-saar.de>; Czempner, Jan; Dahlke, Matthias; Donaiki, Peter; Döring, Felix; Dörmann, Martin; Draheim, Antje (Dr.); Eisenhauer, Marietta (Dr.); Esche, Matthias (Dr.); Esken, Saskia; Eumann, Marc Jan; Flecken, Eva; Florian, Daniel; Frank, Sina; Friebel Thomas <Thomas.Friebel@spdfraktion.de>; Friedrich, Peter Gaebler, Christian; Gaertner,

Katrin; Geiger, Alexander; Gerner, Yvette; Geywitz, Klara; Geywitz, Klara; Giani, Paul Leo; Gniffke, Kai (Prof. Dr.); Gorny, Dieter (Prof.); Grimm, Benjamin (Dr.); Grünbacher, Nicole; Gründinger, Wolfgang; Hay, Lothar; Heide, Luisa; Herzog Gustav - MdB; Hoffmann, Reiner; Hofmann, Monique; Hubertz, Verena; Isik, Mustafa; Jantz, Bastian; Jenssen, Jens; Joachim, Olaf (Dr.); Joost, Gesche; Kaffenberger, Kalveram, Esther (MdB); Kammerevert Petra – MdEP; Kant, Mareike; Kassautzki, Anna Katharina (MdB); Kerst, Valentina; Kleist, Thomas (Prof.); Knappe, Marion; Kogel, Jörg-Dieter; Kollbeck Johannes; Konken, Michael; Koopmann, David; Korkmaz-Emre, Elvan; Kralinski, Thomas; Krause, Laura-Kristine; Krell, Christian (Dr.); Krieg, Beatrix; Krischsieper, Eva-Maria; Krüger, Thomas; Kufferath, Philipp; Kühnert, Kevin (MdB); Lindh Helge – MdB; Löber, Angelika (MdB); Lumma, Nico; Machalet, Tanja (Dr.); Mache, Lutz; Marvi, Parsa; Mesarosch, Robin (MdB); Metz, Doris; Mieves, Matthias (MdB); Mocek, Ivonne; Mohrs Falko - MdB; Möllers, Hanna; Mosdorf, Siegmär; Müntefering, Michelle - MdB; Nemitz, Paul F.; Neuhann, Anna; Niesyto, Johanna; Noller, Stephan; Nübel, Bernd; Nußbaum, Elke; Parpart, Uwe; Pegel, Christian; Philippi, Andreas (Dr. med., MdB); Prange, Martin; Raab, Heike; Rabanus, Martin; Renner, Tim; Ressmann, Wolfgang (Dr.); Richter, Franziska; Rohde Dennis - MdB; Rutowski, Mareike; Schätzl, Johannes (MdB); Schelberg, Thomas; Scherer, Klaus-Jürgen; Schieder Marianne – MdB; Schmitz, Guido; Schneider, Daniel; Schrotthofer, Klaus; Schumann, Kerstin; Sommer, Michael; Stadelmaier, Martin; Tausch, Cornelia; Tillmann, Henning; Tovarek, Katja; Umucu Bedriye; Utermark, Timo (Dr.); Verdenhalven, Helmut; Vogt, Alexander; Wagner, Carolin (Dr., MdB); Walter, Gerd; Weber, Dr. Andreas; Wegge, Carmen; Werneke, Frank; Weyand Stephanie; Wiese, Dirk (MdB); Wippermann, Susann; Wölken, Tiemo; Zeidler, Moritz; Zimmer, Anja (Dr.); Zimmermann, Jens (Dr.); Zimmermann, Olaf; Zorn, Armand; Zypries, Brigitte

Externe Gäste

Artymiak, Sebastian (Dipl.-Ing.); Auer, Richard; Bakarinow, Sascha; Baur, Jonas; Beaujean, Daniela; Bednarski, Josef; Bergmann, Christine (Dr.); Bleifuß, Manuela; Blienert, Burkhard; Böhning, Björn; Bouhs, Daniel; Brauck, Markus; Braun, Florian; Brautmeier, Jürgen (Prof. Dr.); Brinkel, Guido (Dr.); Brosda, Carsten (Dr.); Burghof, Ansgar (Dr.); Burkert, Michael; Castendyk, Oliver (Prof. Dr.); Clément, Christoph (Dr.); Commercon, Ulrich; Cosse, Mike; Deacon, Benedict; Denker, Peter; Dieckmann, Martin; Elbrecht, Carola; Eumann, Marc Jan; Falk, Felix; Felke, Thomas; Fiedler, Christoph (Dr.); Fischer, Evelyn; Flecken, Eva; Frank, Sabine; Frank, Sina; Frechen, Gabriele; Fuchs, Thomas; Gaertner, Katrin; Geywitz, Harald; Geywitz, Harald; Giani, Paul Leo; Glaß, Michael; Gorny, Dieter (Prof.); Grewenig, Claus; Hanfeld, Michael; Hartung, Helmut; Hay, Lothar; Hege, Hans (Dr.); Heide, Luisa; Heizmann, Nicole; Herkommer, Martin; Hieber, Jochen; Hoffmann, Simone; Hofmann, Jürgen; Hogrefe, Jürgen; Holzgraefe, Moritz (Dr.); Huber, Andrea (Dr.); Huber, Joachim (Dr.); Hübner, Christoph; Hufe, Peter; Jäger, Annette Therese; Jani, Ole (Dr.); Jantz, Bastian; Joachim, Olaf (Dr.); Kalveram, Esther (MdB); Kammerevert Petra – MdEP; Kettering, Emil; Klebe, Gesa; Kleist, Thomas (Prof.); Kocks, Sebastian; Köhler, Lutz (Dr.); Kolbe, Stephan; Kollbeck Johannes; Konarski, Marc; Koopmann, David; Kopf, Wolfgang; Kottmann, Jan; Krieg, Beatrix; Kriegeskotte, Nick; Krischsieper, Eva-Maria; Krüger, Thomas; Kufferath, Philipp; Kümmel, Annette; Lässig, Ronald; Linnekugel, Matthias; Lorber, Martin; Löw, Franziska (Dr.); Machalet, Tanja (Dr.); Maier, Robert M.; Malzanini, Bernd; Matzneller, Peter; Meyer, Michael G.; Meyer-Tippach, Steffen; Mocek, Ivonne; Mosdorf, Siegmär; Moser von Filseck, Inga; Müller, Martin U.; Neupert, Jörg; Niesyto, Johanna; Nietan, Marie; Nußbaum, Elke; Nutt, Harry; Oelze, Stefan; Regina Ortlepp - DDVG <regina.ortlepp@ddvg-berlin.de>; Osthaus, Wolf; Otto, Philipp; Pamme, Philipp; Petrich, Julian; Pfab, Susanne (Dr.); Plath, Nadine; Radeck, Bernd; Radke, Klaus (Dr.); Raue, Stefan; Recker, Thorsten; Rehse, Mario; Reimers, Ulrich (Prof. Dr.); Renner, Tim; Rietdorf, Benjamin; Rohleder, Bernhard (Dr.); Röhm, Uli; Röper, Horst; Rutowski, Mareike; Sachs, Matthias; Schaas, Gerhard; Schader, Peer; Schelberg, Simone (Dr.); Schelberg, Thomas; Scherer, Klaus-Jürgen; Scheuer, Alexander; Schmid, Tobias (Dr.); Schmidt-Völlmecke, Verena; Schneider, Norbert (Prof. Dr.); Schrotthofer, Klaus; Schulz, Maren; Schulz, Wolfgang (Dr.); Schumann, Kerstin; Seeger, Kerstin; Sommer, Christian; Stadelmaier, Martin; Steinbrecher, Judith; Stock, Martin (Prof. Dr.); Stopp, Andreas; Tausch, Cornelia;

Tieschky, Claudia Yvonne; Tillmann, Henning; Tilly, Isabel (Dr.); Überall, Frank (Prof. Dr.); Umucu Bedriye; Ünlü, Vural (Dr.); Uppenbrink, Katharina; Utermark, Timo (Dr.); Vogt, Alexander; Vossen, Mirko; Vossen, Mirko; Walter, Gerd; Weber, Marie-Teresa; Weiß, Bettina; Wendel, Cornelius; Wenk, Holger; Wenzel, Christine; Wewer, Göttrik (Dr.); Wiedemann, Verena (Dr.); Winkelmaier, Oliver; Wissel, Florian; Wolff, Per-Erik (Dr.); Wölken, Tiemo; Zimmer, Anja (Dr.); Zimmermann, Olaf; Zörner, Hendrik; Zysk, Heiko

MEDIENPOLITISCHE SPRECHER*INNEN

Binder, Sascha; Burkert, Michael; Commercon, Ulrich; Emmerich-Kopatsch, Petra; Fehlner, Martina; Felke, Thomas; Grotheer, Antje (MdB); Günthner, Martin; Haase, Hans-Dieter (MdB); Haller, Martin; Halsch, Karin; Hartung, Thomas (Dr., MdB); Kammerevert Petra – MdEP; Karl, Annette; Kohlmeier, Sven; Löber, Angelika (MdB); Nieszery, Norbert (Dr.); Panter, Dirk (MdB); Raab, Heike; Schäffner, Daniel; Schmidt, Hansjörg; Schüßler, Claudia (MdB); Thul, Sebastian; Vogt, Alexander; Voss, Annette; Weber, Stefan; Werner, Hans-Joachim

NETZPOLITISCHE SPRECHER*INNEN

Aschenbrenner, Doris; Barthel, Helmut; Böhning, Björn; da Cunha, Philipp; Domeier, Jörn; Döring, Pia; Erben, Rüdiger; Fries, Rüdiger; Ganzke, Hartmut (MdB); Graner, Matthias; Haan, Yannick; Haller, Martin; Halsch, Karin; Heide, Luisa; Jantz, Bastian; Kaffenberger, Bijan; Kalveram, Esther (MdB); Kammerevert Petra – NRW – MdEP; Kampmann, Christina; Karg, Moritz (Dr.); Klein, Stefan (MdB); Kohlmeier, Sven; Kosanke, Sören (MdB); Lemmen, Veith; Marx, Dorothea; Mucha, Ralf; Müller, Detlef; Pallas, Albrecht; Pannen, Ute; Panter, Dirk (MdB); Ritter, Florian; Schäffner, Daniel; Schmidt, Hansjörg; Schmidt, Maximilian; Schneider, Rene; Sippel, Birgit (MdEP); Soeder, Christian; Spitaler, Raphaela; Stein, Volkmar; Tabbert, Urs; Thul, Sebastian; Unbenannt, Marcus; Vogt, Alexander; Vorsprach, Michel; Voß, Steffen; Watermann, Ulrich; Weber, Stefan; Welt, Holger; Westphal, Jonas; Wölken, Tiemo

EUROPAPOLITISCHE KOMMISSION

Unter dem Co-Vorsitz von Jens Geier MdEP und Achim Post MdB tagte die Europapolitische Kommission im Berichtszeitraum zweimal. Im April 2019 tauschten sich die Teilnehmer:innen aus Politik, Kommunen, Wissenschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft im Detail zur anstehenden Europawahl bzw. dem Wahlkampf der SPD und SPE aus.

Die zentralen Themen der Sitzung im Juni 2020 waren dann die deutsche EU-Ratspräsidentschaft, der europäische Wiederaufbauplan (Next Generation EU) sowie – nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank – die Zukunft der europäischen Rechtsgemeinschaft.

KOMMISSION INTERNATIONALE POLITIK

Die Kommission Internationale Politik ist die „Herzkammer“ der Partei für sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik, in der SPD-Regierungsmitglieder, Fachpolitiker aus der SPD-Fraktion, dem Europaparlament und Mitglieder des SPD-Parteivorstandes unter Einbeziehung von SPD-Landesverbänden und Bezirken, von NGOs und Wissenschaftlern zentrale Themen diskutieren und grundsätzliche Positionierungen erarbeiten.

Zum Sprecherkreis der Kommission Internationale Politik gehörten Heiko Maas, Katarina Barley, Aydan Özouz, Niels Annen und Ralf Stegner. Die Kommission Internationale Politik tagte 2019 am 9. April mit dem Schwerpunktthema „Rüstungskontrolle/Abrüstungsinitiativen (nach INF und New Start)“ und beschäftigte sich in der Sitzung am 15. November mit dem BPT-Leitantrag „Frieden sichern. Zukunft gestalten“. Eine weitere Sitzung im Berichtszeitraum fand digital am 8. Juni 2020 statt und widmete sich dem Thema „Corona und die internationalen Herausforderungen“.

KOORDINIERUNGSGRUPPE TÜRKEI

Auf Einladung des Vorsitzenden Dietmar Nietan MdB setzten sich die Mitglieder der Koordinierungsgruppe Türkei in einer Telefonschaltkonferenz im Oktober 2019 mit den aktuellen politischen Entwicklungen in der Türkei auseinander. Die Mitglieder pflegten zudem – in enger Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung – die Kontakte zu Türkei-Expertinnen und -experten sowie den Schwesterparteien in der Türkei und den Partner:innen in der türkischen Zivilgesellschaft wie auch den Gewerkschaften.

ORGANISATIONSPOLITISCHE KOMMISSION

Die Beschlüsse der Organisationspolitischen Kommission 2019 sind in den Leitantrag „Organisationspolitische Neuaufstellung“ eingegangen und auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2019 beschlossen worden. Seitdem arbeitet der Parteivorstand an der Umsetzung der gefassten Beschlüsse.

Wir haben die Satzungen zum Mitgliedervotum und Entscheid, Urwahl und Mitgliederbefragung überarbeitet und im Parteivorstand beschlossen. Mitgliederbegehren werden online durchgeführt und können von 1 % der gesamten Mitgliedschaft der Partei aus mindestens 10 Unterbezirken aus drei Bundesländern gestartet werden. Ein Mitgliederbegehren kommt zustande, wenn es innerhalb von drei Monaten von 20 % der Mitglieder unterstützt wird. Ein Mitgliederentscheid findet statt, wenn der Parteivorstand einem erfolgreichen Mitgliederbegehren nicht stattgegeben hat; ein Parteitag dieses mit einfacher Mehrheit; ein Parteikonvent mit 2/3 Mehrheit beschlossen oder auf Antrag von 2/5 der Bezirks- und Landesvorstände. Brief-, Urnen- und Onlineabstimmung sind möglich.

Die Selbstverwaltung der Mitglieder über ihre AG-Zuordnungen wurde angepasst. Eine Richtlinie wurde verabschiedet und die technische Umsetzung ist erfolgt. Auf kampagne.spd.de erhält man im Punkt „Meine Nutzerdaten“ einen Überblick über AG-Zuordnungen. Die Zuordnung zur AG kann jederzeit beenden werden, dadurch enden Kontaktaufnahmen und bisher ausgeübte Funktionen in der jeweiligen Arbeitsgemeinschaft.

Die Umsetzung des neuen Veranstaltungskonzeptes von Parteikonvent und integriertem Debattencamp konnte aufgrund der Corona-Pandemie nicht stattfinden. Das Debattencamp wurde als Einzelformat erfolgreich digital organisiert (über 30 Sessions, Workshops, Talks und Reden, sieben Stunden Diskussion).

Zur Umsetzung der Onlinethemenforen haben wir in enger Abstimmung Konzepte und die genaue Ausgestaltung ausgearbeitet und einen Dienstleister für die technische Umsetzung beauftragt. Die geplante Umsetzung der Onlinethemenforen soll im Frühjahr 2022 erfolgen.

Mit dem Länderrat wurde ein neues Gremium zur innerparteilichen Abstimmung geschaffen. Die AG Digitale Strategie ist etabliert und tagt in regelmäßigen Abständen. Aktuelle Aufgabe ist eine Bestandsaufnahme aller IT-spezifischen Themen in der SPD. Aus dieser Bestandsaufnahme soll die AG Standards für eine konsolidierte IT Architektur innerhalb der Bundes-SPD ab.

Die Arbeit der Organisationspolitischen Kommission wurde – unter den Gegebenheiten der Corona Pandemie – im Oktober 2020 wiederaufgenommen. Im Fokus der Arbeit stand die Umsetzung der Bundestagswahlkampagne in Corona-Zeiten und die Herausforderungen der Organisation insbesondere im ehrenamtlichen Bereich. Die Ergebnisse eines Workshops sind in die strategische Konzeption der Gesamtkampagne und in die direkte Arbeit im Mobilisierungs- und Beteiligungsbereich eingeflossen.

MITGLIEDER DER ORGANISATIONSPOLITISCHEN KOMMISSION 2018–2019 UND 2020–2021

Für den SPD Parteivorstand: Lars Klingbeil, Dietmar Nietan, Leni Breymaier, Oliver Kaczmarek, Gabriele Lösekrug-Möller, Daniela Kolbe, Katja Pähle, Alexander Schweitzer

Für die Landesverbände und Bezirke:

Sascha Binder, Philipp Dees, Julian Zado, Eric Stohn, Sascha Karolin Aulepp, Inka Damerau, Nancy Faeser, Edgar Franke, Gernot Grumbach, Julian Barlen, Alexander Saipa, Dirk Roller, Ulrich Watermann, Heino Baumgarten, Dennis Rohde, Hanna Naber, Andreas Rimkus, Daniel Stich, Katrin Wiesen, Richard Kaniewski, Tina Rosner, Enrico Kreft, Anja Zachow, Benjamin Kastner, Elisabeth Kaiser, Dagmar Schmidt, Tim Herbst, Christoph Degen, Nadja Lüders, Katja Schittko

Für die Arbeitsgemeinschaften:

Julie Rothe, Klaus Barthel, Lothar Binding, Harald Baumann-Hasske

Kommunalbeirat: Manfred Sternberg

Digitale Expertise: Verena Hubertz, Henning Tillmann

SPD-Bundestagsfraktion: Josephine Ortleb

Friedrich-Ebert-Stiftung: Manuela Erhart, Sabine Fandrych

Stabsstelle Gleichstellung: Wiebke Neumann

AK Betriebsrat: Erich Holzwarth

Kontrollkommission: Brigitte Reckmann

Wissenschaftliche Beratung: Jana Faus, Thorsten Faas, Arijana Neumann, Pola Lehmann

BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

Die Bundesschiedskommission hat in den Jahren 2019–2020 insgesamt 14 Verfahren bearbeitet:

- 4 Parteiordnungsverfahren
- 7 Statutenstreitverfahren und
- 3 Wahlanfechtungsverfahren

Die vier Parteiordnungsverfahren richteten sich jeweils gegen ein einzelnes Parteimitglied. Die Bundesschiedskommission hat wie folgt entschieden:

- Im ersten Verfahren wurde die Entscheidung der Landesschiedskommission der Landesorganisation Hamburg teilweise abgeändert, im übrigen aber die Berufung des Antragsgegners zurückgewiesen.

- Das zweite Verfahren, das sich gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission II NRW richtete, wurde eingestellt, nachdem der Antragsgegner seinen Austritt aus der Partei erklärte.
- Im dritten Verfahren wurde die Berufung des Antragstellers gegen die Entscheidung der Bezirksschiedskommission Weser-Ems zurückgewiesen; er wurde aus der Partei ausgeschlossen.
- Im vierten Verfahren wurde die Berufung des Antragsgegner gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission Berlin zurückgewiesen und der Antragsgegner aus der Partei ausgeschlossen.

GRÜNDE FÜR DIE PARTEIORDNUNGSMASSNAHMEN WAREN U. A.:

Verstöße gegen die Grundsätze der Partei durch

- Aufnahme von Mitgliedern ohne Beteiligung des Distriktvorstandes
- Aberkennung des Rechts zur Bekleidung aller Funktionen wegen unakzeptablen Verhaltens eines Funktionsträgers
- Ruhen aller Rechte aus der Mitgliedschaft sowie Ausschluss aus der Partei wegen herabwürdigenden Verhaltens
- Schwerer Verstoß gegen die Grundsätze der Partei durch Veröffentlichung von Forderungen zu Flüchtlings- und Migrationspolitik, die mit den im Hamburger Grundsatzprogramm enthaltenen Grundsätzen erheblich differieren sowie parteischädigende Meinungsäußerungen eines hochrangigen Funktionsträgers.

In den sieben Statutenstreitverfahren ging es

- im ersten Verfahren um die Säumnisbeschwerde zweier Ortsvereine, die die Bundesschiedskommission wegen der Nichttätigkeit der Landesschiedskommission III des Landesverbandes NRW angerufen hatten; dem Antrag wurde mit der Maßgabe stattgegeben, dass eine mündliche Verhandlung vor der LSK binnen 6 Wochen zu erfolgen habe
- insgesamt um vier Verfahren von Arbeitsgemeinschaften in der SPD, die Anträge gegen die Regelungen der „Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD“ vom 10.02.2020 gestellt hatten und die jeweils nach Antragsrücknahme eingestellt wurden
- bei dem sechsten Verfahren um die Feststellung, dass der Beschluss des Vorstandes des Unterbezirks Dortmund zur Teilung eines Ortsvereins aufgehoben wurde
- im siebten Verfahren um einen unbegründeten Antrag zum Personalvorschlagsrecht auf Landesparteitagen des Landesverbandes Berlin

In drei Wahlanfechtungsverfahren ging es

- im ersten Verfahren um die Anfechtung der Wahl der Delegierten des SPD Ortsvereins Pforzheim für die Nominierung der Landtags- und Bundestagskandidat:innen mit der Maßgabe, dass die Entscheidung an die Landesschiedskommission Baden-Württemberg zurückverwiesen wurde
- im zweiten Verfahren um den Antrag auf Nichtigkeitsfeststellung der Wahl der Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis 059 in Brandenburg, der auf Grundlage der erstinstanzlichen Unzuständigkeit in der Sache als unzulässig verworfen wurde
- im dritten Verfahren um die Wahlanfechtung der Wahl des Landesvorstandes des SPD Landesverbandes Berlin auf dem Landesparteitag, der als unzulässig verworfen wurde, da die Anfechtungsberechtigung nicht vorlag.

KOMMISSIONEN, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, ARBEITS- UND GESPRÄCHSKREISE, PREISVERLEIHUNGEN

SPD-JAHREBUCH 2019–2020

STATISTIK

(enthält alle seit dem 01.01.2019– 31.12.2020 entschiedenen bzw. anhängigen Verfahren)

Verf. Nr.	Anzahl AG	Entscheidung											
		Abweisung der Anträge	Berufung als unzulässig verworfen	Berufung/Antrag zurückgewiesen	Aufhebung der Entscheidung der Vorinstanz	Einstellung des Verfahrens	Erteilung einer Rüge	Funktionsverbot 1 Jahr	Ruhen aller Rechte für 1 – 3 Jahre	Ausschluss/Austritt	Aussetzung des Verfahrens	Zurückverweisung an Vorinstanz zur Sach-aufklärung	Zurücknahme der Berufung/des Antrags
1/2019/P	1							X					
2/2019/P	1					X				X			
3/2019/St*	1											X	
4/2019/P	1			X						X			
1/2020/P	1			X						X			
2/2020/St	1					X							X
3/2020/St	1					X							X
4/2020/St	1					X							X
5/2020/St	1					X							X
6/2020/St	1				X								
7/2020/WA**	36				X							X	
8/2020/WA	1		X										
9/2020/WA	2		X										
10/2020/St	1			X									
	50	0	2	3	2	5	0	1	0	3	0	2	4

* Säumnisbeschwerde, Zurückverweisung an Vorinstanz zur Anberaumung einer mündlichen Verhandlung unter Fristsetzung

** Der Antrag auf Zulassung des Beistandes wird zurückgewiesen

MITGLIEDER BSK

Mitglieder der Bundesschiedskommission

bis zum 06.12.2019 (gewählt auf dem SPD-Parteitag in Berlin am 20.11.2017)

Hannelore Kohl
Dr. Thorsten Jobs
Prof. Dr. Roland Rixecker
Kristin Keßler
Heike Werner
Thomas Notzke
Dr. Johannes Risse

Vorsitzende
Stellvertretender Vorsitzender
Stellvertretender Vorsitzender
Beisitzerin
Beisitzerin
Beisitzer
Beisitzer

Mitglieder der Bundesschiedskommission

vom 07.–12.2019 – 09.12.2021 (gewählt auf dem SPD-Parteitag am 07.12.2019)

Dr. Thorsten Jobs	Vorsitzender
Heike Werner	Stellvertretende Vorsitzende
Prof. Dr. Roland Rixecker*	Stellvertretender Vorsitzender
Kristin Keßler	Beisitzerin
Gabriele Nieradzik	Beisitzerin
Thomas Notzke	Beisitzer
Dr. Johannes Risse	Beisitzer

** ausgeschieden am 08.10.2020*

KOMMISSION „ZUKUNFT DER ALTERSSICHERUNG“

Mit Beschluss des Parteivorstandes am 19. November 2018 wurde eine Kommission „Zukunft der Alterssicherung“ eingesetzt. Der Beschluss konkretisierte den Beschluss des Parteivorstandes vom 24. Juni 2017, der im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Wahlprogramms 2017 gefasst wurde und eine Perspektive über die bevorstehende Wahlperiode hinaus formulierte.

Der Auftrag an die Kommission lautete, dem Parteivorstand bis September 2019 einen Bericht vorzulegen, die insbesondere Empfehlungen zu folgenden Themen enthalten sollte:

- zu einem Konzept für die Alterssicherung nach 2030, in dem ein Schwerpunkt auf der Frage liegt, wie mit über die im Regierungsprogramm und im Koalitionsvertrag hinausgehenden Maßnahmen perspektivisch wieder ein Rentenniveau von mehr als 48 % erreicht werden kann,
- zu einer bedürftigkeitsfreien Absicherung auch für niedrige Einkommen, etwa durch Grundrentenmodelle, Mehrstufenmodelle und eine Diskussion über das Äquivalenzprinzip,
- zur Weiterentwicklung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge und ihr Verhältnis zur gesetzlichen Rentenversicherung.

Dabei sollte auch die Debatte über die Neuausrichtung des Sozialstaats einbezogen werden.

ZUSAMMENSETZUNG

Als Mitglieder der Kommission „Zukunft der Alterssicherung“ wurden benannt:

Hubertus Heil (Leitung)	Olaf Scholz
Sebastian Hartmann	Kerstin Griesse
Dagmar Schmidt	Klara Geywitz
Leni Breymaier	Johanna Ueckermann
Alexander Schweitzer	Melanie Leonhard
Katja Mast	Kerstin Tack
Ralf Kapschack	Martin Rosemann

Zudem haben Vertreterinnen und Vertreter aus DGB-Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Expertinnen und Experten sowie Gabriele Lösekrug-Möller an der Arbeit der Kommission mitgewirkt.

Die Kommission hat im 2019 dreimal getagt. Die erste Sitzung fand am 17. Januar 2019 statt.

Am 28. Juni 2019 wurde die zweite Sitzung als ausführlicher Workshop durchgeführt, in der Expertinnen und Experten einen Rückblick auf die rentenpolitische Debatte innerhalb der SPD warfen, die Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung beleuchteten, die Frage des Versichertenkreises in der gesetzlichen Rentenversicherung erörterten, geschlechterpolitische Fragen der Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung diskutierten und zum Verhältnis der drei Schichten der Alterssicherung – gesetzliche Rentenversicherung, betriebliche Altersvorsorge und private Altersvorsorge berichteten.

In der dritten Sitzung am 20. September 2019 wurde der Entwurf eines Zwischenberichts der Kommission beraten und beschlossen. Die Kernaussage: Die gesetzliche Rente bleibt die Grundlage für ein ausreichendes Einkommen nach der Erwerbstätigkeit und bei Erwerbsminderung. Formen kapitalgedeckter Vorsorge können die gesetzliche Renten ergänzen, aber nicht ersetzen.

Der Zwischenbericht formulierte folgende Ziele sozialdemokratischer Alterssicherungspolitik:

- Das Kernversprechen des Sozialstaats sichern: Die dynamische gesetzliche Rente bleibt die Grundlage für ein ausreichendes Einkommen nach der Erwerbstätigkeit und bei Erwerbsminderung,
- Alterssicherung geschlechtergerecht gestalten und Benachteiligungen von Frauen entgegenwirken,
- Familien unterstützen und Sorgearbeit besser absichern,
- Anerkennung von Lebensleistung: Die Einführung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- Lebensstandard sichern: Sicherung des Lebensstandards durch die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus und die Teilhabe der Renten an der Lohnentwicklung,
- Lebensrealitäten anerkennen: Keine Pauschalerhöhung der Regelaltersgrenze,
- Die Rente auf breite Schultern stellen: Konkrete Schritte zur Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen,
- Reform der privaten und betrieblichen Altersvorsorge,
- Faire Lastenverteilung: Die Gewährleistung einer langfristigen Finanzierung der gesetzlichen Rente durch einen Mix aus angemessenen Beiträgen und Steuermitteln.

Am 27. September 2019 legte die Kommission einen Zwischenbericht vor. Wesentliche Elemente des Zwischenberichts wurden in den Beschluss des Bundesparteitages 2019 „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: Ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ aufgenommen. Der Beschluss enthielt auch den Auftrag, die Arbeit fortzusetzen.

Mit Beschluss des Parteivorstandes am 20. April 2020 wurde Kommission erneut eingesetzt mit dem Auftrag, auf der Grundlage ihres Zwischenberichts vom 27.9.2019 und des Beschlusses des ordentlichen Bundesparteitages 2019 ihre Arbeit fortzusetzen und dem Parteivorstand bis September 2020 einen Bericht und eine Empfehlung vorzulegen.

Als Mitglieder der Kommission wurden nunmehr benannt.

Hubertus Heil (Leitung)
Kerstin Giese
Klara Geywitz
Johanna Ueckermann
Melanie Leonhard
Katja Mast
Ralf Kapschack
Bernd Rützel
Klaus Barthel

Sebastian Hartmann
Dagmar Schmidt
Leni Breymaier
Alexander Schweitzer
Olaf Scholz
Kerstin Tack
Martin Rosemann
Gerhard Kompe
Kevin Kühnert

Maria Noichl
Petra Nowacki
Ralph Weinbrecht
Karl Finke

Boris Velter
Irena Rudolf-Kokot
Meike Jensen
Harald Baumann-Hasske

Erneut haben Vertreterinnen und Vertreter aus DGB-Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Expertinnen und Experten sowie Gabriele Lösekrug-Möller an der Arbeit der Kommission mitgewirkt.

Die Kommission hat viermal getagt – am 11. Mai 2020, am 7. September 2020, am 8. Oktober 2020 und am 26. Januar 2021. Dabei hat sie insbesondere folgende Klärungspunkte beraten:

- Stabilisierung des Rentenniveaus als „zentrales Ziel“ der Alterssicherungspolitik,
- Schritte zur Erwerbstätigenversicherung, insbesondere in der Plattformökonomie und bei Beamtinnen und Beamten,
- Höhe der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) und Gestaltung der Leistungsansprüche bei einer Anhebung oder Aufhebung der BBG,
- Die Frage der Beitragsbemessungsgrenze und die Einbeziehung anderer Einkommensarten,
- Überprüfung der Ausgestaltung und Förderung der Riester-Rente und Prüfung eines öffentlich-rechtlichen Vorsorgeprodukts.
- Freiwillige Höherversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung
- Flexi-Rente und Fragen der Beschäftigung und sozialen Absicherung im Rentenalter
- Verbesserungen bei der EM-Rente im Bestand

Die Kommission hat am 5. Februar 2021 ihre Empfehlungen vorgelegt, deren Kernelemente in das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2021 aufgenommen wurden.

KOMMISSION BEZAHLBARER WOHNRAUM UND SOZIALE BODENPOLITIK

Angesichts der gewachsenen Bedeutung der Wohnungs- und Bodenpolitik als einer der zentralen sozialen Fragen der Gegenwart hatte es sich die Kommission zum Ziel gesetzt, die Programmatik der SPD unter den Überschriften „Soziales Bodenrecht“, „Zukunft der sozialen Wohnraumförderung“, „Stadt-Land-Verflechtungsräume“, „Weiterentwicklung des Baurechts“ und „Gleichwertige Lebensverhältnisse und Raumordnung“ weiterzuentwickeln. Die Beratungen des Gremiums konzentrierten sich vor allem auf die Fragen, wie es der öffentlichen Hand im Zuge weiter steigender Bodenpreise gelingen kann, im Dienste einer nachhaltigen Stadtentwicklung und einer stärkeren Gemeinwohlorientierung Verfügungsmacht über den Grund und Boden zu erhalten, wie die Attraktivität der ländlichen Räume auch zur Entlastung der Ballungsräume unter dem Gesichtspunkt der Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse gesteigert werden kann und wie Zielkonflikte zwischen steigenden Anforderungen an den Klimaschutz, die Barrierefreiheit und die Digitalisierung auf der einen und der Bezahlbarkeit des Wohnens auf der anderen Seite zu lösen sind.



Foto: Photothek



Foto: Photothek

Die Kommission hat ihre Arbeitsergebnisse in einem Positionspapier zusammengefasst, das dem Parteivorstand als Grundlage für einen Leitantrag zum Bundesparteitag im Dezember 2019 diente, der unter der Überschrift „Bezahlbares und sicheres Wohnen in Stadt und Land – die Trendwende in der Wohnungs- und Mietenpolitik fortsetzen“ beschlossen wurde.

Die Kommission wurde nach dem Parteitag vom Parteivorstand nicht wieder eingesetzt.

Leitung: Natascha Kohnen und Micheal Müller

KOMMISSION STEUERN UND FINANZEN

Gemäß Beschluss des Parteivorstands vom 20.04.2020 war es Auftrag der Kommission Steuern und Finanzen, ein steuer- und finanzpolitisches Konzept für das Wahlprogramm 2021 zu erarbeiten. Unter der Leitung von Norbert Walter-Borjans und Doris Ahnen hat die Kommission unter Hinzuziehung externer Beratenden die zentralen Fragestellungen diskutiert: die Bewältigung der Corona-Lasten, die Beseitigung der sozialen Verwerfungen wg. steigender Vermögenskonzentration, die Sicherung der nötigen Investitionsspielräume für die sozial-ökologische Transformation und des europäischen Zusammenhalts. Die Beratungsergebnisse wurden in das Zukunftsprogramm 2021 eingebracht. Dabei stand das Anliegen der SPD, die Steuerlasten gerecht zu verteilen, im Mittelpunkt.

Die Sitzungen fanden, der epidemischen Lage geschuldet, virtuell statt:

- 28.08.2020
- 13.11.2020
- 09.12.2020
- 04.02.2021
- 19.03.2021

Mitglieder:

Lothar Binding, MdB

Wiebke Esdar, MdB

Cansel Kiziltepe, MdB

Katrin Lange, FM Brandenburg

Gustav Horn – Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Beirats der SPD

Stefan Körzell, Mitglied GBV, DGB

Matthias Kollatz, Finanzsenator Berlin

Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen

Michael Schrodi, MdB

Stephan Schulmeister, Ökonom, Publizist und Buchautor

Heike Taubert, Finanzministerin Thüringen

Prof. Achim Truger, Sachverständigenrat und Uni Duisburg-Essen, Professur für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen am Institut für Sozioökonomie

Beratend: u. a.

Prof. (em) Dr. Lorenz Jarass

Gisa Vosseler-König, Wirtschaftsanwältin, Partnerin DWAZ Wirtschaftskanzlei

Prof. Dr. Stefan Gosepath, Praktische Philosophie, FU Berlin

VERMÖGENSSTEUER-KOMMISSION

Der SPD-PV hat am 24.06.2017 eine Kommission zur Vermögensbesteuerung eingesetzt, die nach Vorlage der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsteuer und des EuGH zu einer beihilferechtlichen Frage die Machbarkeit zur Wiedererhebung der Vermögensteuer (VSt) prüfen sollte (s. Anlage).

Die konstituierende Sitzung fand statt am 21. Januar 2019. Am 29. April 2019 wurde eine öffentliche Anhörung zu den drei wesentlichen Vermögensteuer-Modellen (NRW-Vorschlag von 2012; DGB-Modell; Ifo-Modell (Sollertragsbesteuerung)) durchgeführt.

Am 13. Mai 2019 gab es ein Gespräch mit BM Olaf Scholz und am 24. Juni 2019 die Abschluss-sitzung der Kommission, deren vorgeschlagenes Konzept einer Wiedererhebung der Vermögensteuer auf dem o. Bundesparteitag vom 6.-8. Dezember 2019 in Berlin beschlossen wurde (s. Beschluss Nr. 11).

MITGLIEDER DER KOMMISSION:

Leitung: Thorsten Schäfer-Gümbel

Doris Ahnen
Kevin Kühnert
Matthias Miersch
Lothar Binding
Svenja Schulze
Norbert Walter-Borjans
Peter-Jürgen Schneider

Natascha Kohnen
Stefan Körzell
Anke Rehlinger
Manuela Schwesig
Peter Tschentscher
Johanna Uekermann
Bernd Westphal



THEMENFORUM VERBRAUCHERPOLITIK

Das Themenforum Verbraucherpolitik lenkt den Blick auf den Alltag der Menschen: Lebensalltag ist Verbraucheralltag: Der Markt muss den Menschen dienen – nicht umgekehrt. Bei der Bestimmung der Grenzen und Regeln des Marktes kommt der Verbraucherpolitik eine zentrale Rolle zu. Wir wollen Verbraucher/innen unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und finanziellen Möglichkeiten vor unlauteren Geschäftspraktiken schützen, vor dem Missbrauch ihrer Daten, vor unsicheren Produkten und vorexistenzbedrohenden Fehlentscheidungen wie z. B. bei der Alterssicherung.

Wichtige gesellschaftspolitische Fragen wie Sozialstandards, die Gleichstellung von Frauen und Männern, gerechte Arbeitsbedingungen, Tierschutz oder der Umweltschutz können nicht allein durch nachhaltigen Konsum bzw. den „richtigen Einkauf“ beantwortet werden.

Das Themenforum entwickelt unter der Leitung von Inge Blask und Sarah Ryglewski Impulse, um diese Fragen mit sozialdemokratischer Verbraucherpolitik zu beantworten.

Im Jahr 2019 standen insbesondere folgende Themen im Mittelpunkt:

- Lebensmittelverschwendung,
- Gesunde Ernährung als wichtige Basis für gute Startchancen ins Leben – ein Gebot sozialer Gerechtigkeit
- Recht auf Schuldnerberatung: Entkopplung vom Leistungsbezug, klare Komponente Beratungsstrukturen verbessern.

Zu allen Themen wurden Anträge zum Bundesparteitag erarbeitet.

2020 hat das Themenforum im Vorfeld der Erarbeitung des Zukunftsprogramms eine starke Rolle in der Clusterarbeitsgruppe „Infrastrukturen des Alltags“ gespielt. Hier konnten vor allem in den Bereichen Digitales und Grundversorgung Positionen eingespeist werden, die Eingang in das Zukunftsprogramm fanden und damit die aktuelle Programmatik der Partei aus der konkreten Alltagsperspektive prägen und verbessern konnten.

FORUM INNENPOLITIK

Im Jahr 2019 tagte das Forum Innenpolitik dreimal. Die fortschreitende Radikalisierung der AfD war Thema der Sitzungen. Nachdem einzelne Landesämter damit begonnen haben, Teile der AfD zu beobachten, wurden Erfahrungen ausgetauscht, wie sich die SPD im Kampf gegen Rechtsextremismus besser behaupten kann.

Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz der Bundesregierung wurde begrüßt und die neuen Spielräume für legale Migration diskutiert, die nunmehr deutlich auch auf Nichtakademiker ausgeweitet wurden. In dem Zusammenhang wurde erörtert, inwiefern die alte Regelung in der Beschäftigungsverordnung für den Westbalkan, die in manchen Teilen als Blaupause für das Fachkräfteeinwanderungsgesetz bildet, Einfluss auf die Asylantragslage hatte und ob dieser nun auch für die globale Herausforderung erwartet werden könne. Zusätzlich widmete sich das Forum Innenpolitik dem Thema Cybersicherheit, der Digitalisierung der Verwaltung und dem Umgang mit dem Informationsfreiheitsgesetz.

Im Jahr 2020 kam das Forum viermal zu Sitzungen zusammen. Schwerpunkt waren thematische und inhaltliche Zulieferungen für die Erstellung des Wahlprogramms. Diskutiert wurden die Anonymität im Netz weiter gewährleistet werden könne bei gleichzeitiger Verfolgbarkeit von Straftätern. Auch die Forderung der Einführung einer „Überwachungsgesamtrechnung“ wurde kritisch diskutiert. Wichtiger Diskussionspunkt war auch die Frage, wie Geldwäsche in Deutschland besser und nachhaltiger bekämpft werden könne. Im Vorfeld der Frühjahrs-IMK wurde zudem über die von konservativer Seite öffentlich aufgezugene Debatte über den Umgang mit Gefährdern aus Syrien diskutiert.

Das Forum Innenpolitik ist der Ort beim Parteivorstand, an dem eine enge horizontale wie vertikale Verzahnung aller thematisch beteiligten Ebenen stattfindet. Das Ziel ist eine möglichst kohärente sozialdemokratische Politik der Inneren Sicherheit in all ihren Verästelungen.

„Geborene“ Mitglieder sind alle innenpolitischen Sprecher*innen, alle Innenminister und –senator*innen, die Mitglieder der AG Inneres der Bundestagsfraktion sowie Vertreter der GdP, des Bdk, der Jusos und der ASJ. Das Forum wurde im Zeitraum geleitet von Ralf Stegner, 2020 folgte ihm Boris Pistorius. Insgesamt umfasst es rund 45 Mitglieder.

KULTURFORUM DER SPD

Kulturelle Vielfalt, die Künste, Kulturwissenschaften und die Kreativwirtschaft sind wichtiger geworden, unserer Zeit ihren Ausdruck zu verleihen, Wertorientierung und Identitäten zu stiften, Kritik zu üben und zu unterhalten. Kulturpolitik wird zu einer zentralen Gestaltungsaufgabe – im Spannungsfeld zwischen der Kultur als öffentlichem Gut und einer zunehmend globalisierten Kulturindustrie.

Die über 35 aktiven regionalen und kommunalen Kulturforen sowie das bundesweite Kulturforum der Sozialdemokratie schlagen Brücken zwischen den Künsten und der Kultur in ihrer ganzen Vielfalt und dem politischen Engagement für soziale Demokratie. So verstehen sich Kulturforen gesellschaftlich und oft auch innerparteilich als Lobby für die Künste und für kulturelle Fragen. Im dezentralen Netzwerk unabhängiger Kulturforen der Sozialdemokratie finden Künstlerinnen und Künstler, Kreative, Kulturwissenschaftler, Kulturförderer und Kulturpolitiker, ja alle kulturell Motivierte und Interessierten, Orte der Begegnung, des Austausches und der gemeinsamen Gestaltung.

Die Aktivitäten des Kulturforums im Berichtszeitraum, sind gekennzeichnet durch die Einschränkungen, die aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen flächendeckend vorgenommen werden mussten.

Ganz im Zeichen der Europawahl stand der Kulturempfang der Sozialdemokratie 2019. Elf Tage vor der Wahl lautete das Motto: „Es müsste Liebe sein: Wir und Europa“. Katarina Barley, die Spitzenkandidatin der SPD für die Europawahl, diskutierten mit dem deutsch-französischen Schauspieler Christian Berkel und der Autorin und Kolumnistin Jagoda Marinic über europäische Vielfalt, das Lebensgefühl Europa und die Bedrohung der Gemeinschaft von rechts. Eröffnet wurde der Abend durch den Vorsitzenden des Kulturforums mit dem Kurzfilm „Ein Teil der Welt“ von Alex Schaad. Der Vorsitzende des Kulturforums der Sozialdemokratie, Thorsten Schäfer-Gümbel, sprach als Gastgeber des Abends im Anschluss an den Film über die emotionalen Debatten zur EU-Urheberrechtsreform und über die bevorstehende richtungsweisende Europawahl.



Gezeichnet von der Corona-Pandemie lautete 2019 das Thema der KULTURGESPRÄCHE... „Was kann getan werden, um Kunst und Kultur durch die Krise zu bringen?“ Das Kulturforum diskutierte mit Kulturschaffenden, wie auf existenziellen Bedrohungen reagiert werden könne? Eine Zwischenbilanz der Wirksamkeit staatlicher Unterstützung wurde gezogen – insbesondere, wie den Existenzbedrohungen und Insolvenzgefahren im Kulturbereich zu begegnen ist

Coronabedingt musste das Jahrestreffen der regionalen Kulturforen erstmals digital stattfinden. Dementsprechend bestimmte die Pandemie auch die Diskussion-Agenda. Wie kommen die Kultur und die Kommunen aus dieser Krise heraus? Eröffnen sich nicht auch neue Chancen? Der Vorsitzende des Kulturforums Carsten Brosda und die Vorstandsmitglieder Olaf Zimmermann, Carmen Emigholz und Ina Hartwig gaben Impulse – im Gespräch mit NRW-Kommunalpolitikern und Künstler/innen. Dazwischen gab es künstlerische Einlagen zum Entspannen.

Auch der jährliche Kulturempfang der SPD fand 2020 zum ersten Mal digital statt. Am 11. September zeigte sich, dass in vielen Sparten des Künstlerischen und Bereichen der Kultur keineswegs alles wieder gut ist, trotz vielfältiger erfolgreicher Hilfen und umfangreicher staatlicher Unterstützung von Bund und Ländern. Corona gefährdet Kunst und Kultur.



WISSENSCHAFTSFORUM DER SOZIALDEMOKRATIE

ZIEL UND SELBSTVERSTÄNDNIS

Sozialdemokratisches Verständnis von Fortschritt ist es, soziale Gerechtigkeit, ökologische Vernunft und wirtschaftliche Dynamik miteinander zu verbinden. Die gesellschaftlichen Entwicklungen unserer Zeit hängen nicht zuletzt von Wissenschaft, Fortschritt und Innovationen ab. Davon sind wir überzeugt. Deshalb ist für das Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie der Dialog mit den in der Wissenschaft Tätigen, den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Wissenschaftsorganisationen so wichtig.

Seit 1990 hat sich das Wissenschaftsforum diesen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik auf seine Fahnen geschrieben und will in seiner Arbeit eine Werkstatt progressiver und innovativer Wissenschaftspolitik sein.

FORMATE UND ANGEBOTE

Ziel der Arbeit des Wissenschaftsforums war es, sozialdemokratische Positionen in der Wissenschafts- und Forschungspolitik öffentlich wahrnehmbarer zu vertreten. Dazu sollte der Austausch mit den relevanten Akteuren in der Wissenschafts- und Forschungslandschaft gestärkt und Netzwerke in die Wissenschaft hinein etabliert werden.

Inhaltliche Themenschwerpunkte lagen in den Bereichen Gute Arbeit und Chancengleichheit, Digitalisierung von Lehre und Forschung sowie in der Wissenschaftskommunikation.

Um Menschen aus allen Ebenen und Bereichen der Wissenschaft mit sozialdemokratischen Wissenschaftspolitiker*innen aus Bund, Ländern und Europa zusammenzubringen, wurde ein neues Workshop-Format entwickelt. Hier wurden Themen und Ideen gesammelt, die die Wissenschaftspolitik in den kommenden Monaten und Jahren begleiten sollen. In den Mittelpunkt gestellt wurden zum einen sehr zentrale und grundsätzliche, dann aber auch sehr konkrete Themen, die gemeinsam mit jeweils etwa 60 hochkarätigen Teilnehmenden diskutiert wurden.

Insgesamt fanden zwei Veranstaltungen in diesem Format statt: Den Start gab es April 2019 unter dem Titel „Wissenschaft. Freiheit. Politik.“ u. a. mit einem Impuls der SPD-Spitzenkandidatin zur Europawahl Katarina Barley. Die Fortsetzung dann im November 2019 zu guter Arbeit in der Wissenschaft – „It's all about work“. Neue Netzwerke mit ganz unterschiedlichen Akteur*innen – von Studierenden und dem wissenschaftlichen Nachwuchs bis zu Professor*innen und Wissenschaftsmanager*innen entstanden vor allem durch die



Teilnehmende im Gespräch beim Workshop Wissenschaft. Freiheit. Politik im April 2019. Foto: Pat Röhring

gezielte Einladung zu dem Format und die aktive Einbindung der Teilnehmenden. Ein umfangreiche Ergebnissicherung sorgte dafür, dass die Diskussionen auch über den Workshop hinaus fortgesetzt wurden.

Durch den Ausbruch der Corona-Pandemie wurde die geplante Fortsetzung des Formates zum Thema Innovationen im Frühjahr 2020 kurzfristig abgesagt.

Fortgesetzt wurde der Austausch mit den Spitzenvertreter*innen der in der „Allianz der Wissenschaftsorganisationen“ zusammengeschlossenen Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen. Durch die Kontinuität des Formates und den informellen Rahmen konnte das gegenseitige Vertrauen gestärkt und so ein intensiver und offener Austausch zu anstehenden wissenschaftspolitischen Grundsatzentscheidungen geführt werden.

Das Netzwerk mit den regionalen Wissenschaftsforen wurde weiter gepflegt und ausgebaut. Hier wurde zunehmend auch auf Online-Formate gesetzt, da die Resonanz der ehrenamtlich getragenen Foren bei physischen Treffen eher gering war.

VORSITZ UND STEUERUNGSGRUPPE

Vorsitz

Dr. Wiebke Esdar, MdB
Oliver Kaczmarek, MdB

Steuerungsgruppe

Dietmar Bell, MdL
Dr. Hans-Gerhard Husung
Dr. Katja Pähle, MdL
Prof. Dr. Eva Quante-Brandt

Geschäftsführung

Mirko Schadewald (bis 06/2020)
Dr. Frederik Beck (ab 09/2020)



FORUM EINE WELT & GESPRÄCHSKREIS MENSCHENRECHTE

Das Forum Eine Welt und der Gesprächskreis Menschenrechte entwickelten im Berichtszeitraum weitere SPD-Positionen zu globalen Zukunftsfragen und unterstützten damit die Parteispitze und den Parteivorstand mit inhaltlicher Arbeit. Das Forum ist ein wichtiger Ort für Austausch und Zusammenarbeit mit NGOs, Verbänden und externen Experten. Stakeholder und Allianzen sind bei der Arbeit des Forums als Mitglieder des Gremiums und auch als Impulsgeber eingebunden.

Mit der zunehmenden Klima- und Nachhaltigkeitsdebatte hatte die Arbeit des Forums 2019 und 2020 weiter an Relevanz gewonnen. Vorsitzende dieses Forums und Gesprächskreises sind seit 2018 Bärbel Kofler und Frank Schwabe. Das Gremium tagte 2019 und 2020 jeweils fünf Mal (inklusive Strategiesit-

zungen). Zu den Themenschwerpunkten der Themensitzungen wurden folgende Positionspapiere und Handlungsempfehlungen erarbeitet: „Klimaschutz – Solidarität – Soziale Gerechtigkeit“, „Wirtschaft – Menschenrechte“, „Nachhaltiges Finanzsystem“, „Migration, Flucht und Menschenrechte“, „Digitalisierung und Menschenrechte“, „Nachhaltige Handelspolitik“ und „Corona und der Globale Süden“.

GESPRÄCHSKREIS JUGEND

Der Gesprächskreis Jugend beim Parteivorstand sichert die Anbindung der Jugendverbände an die SPD und deren thematische Arbeit. Er bietet ein Diskussionsforum für die Multiplikator*innen aus den Verbänden und Expert*innen aus Partei und Fraktion – sowohl zu den jeweils aktuellen politischen Themen als auch zu solchen, die über die laufende Legislaturperiode hinaus gehen.

Die Arbeit des Gesprächskreises bestand 2019 – nach Neueinsetzung unter Leitung von Johanna Uekermann in 2018 – in der Fortsetzung eines programmatischen Arbeitsprozesses zum Schwerpunktthema Demokratie und Teilhabe junger Menschen. Denn: In den letzten Jahren bemerken wir aber an vielen Stellen, dass das Vertrauen in unser demokratisches System sinkt. Zugleich stellen wir eine Rechtsverschiebung in unserer Gesellschaft fest – die Zustimmung zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Ansichten und Parteien steigt. Diese Abkehr ist kein speziell „junges Problem“. Unter anderem die „Fridays for Future“-Bewegung hat gezeigt, dass gerade die Jüngeren politisch denken und für ihre Interessen zu handeln bereit sind. Sie hat aber zugleich auch gezeigt, dass die Themen, die junge Menschen wirklich interessieren, die ihnen auf den Nägeln brennen, in der politischen und medialen Debatte meist viel zu wenig vorkommen – was im Wesentlichen mit dem geringen Anteil Jüngerer in den etablierten politischen Gremien zusammenhängt.

Ziel des Prozesses: Politische Antworten auf die Frage zu finden, wie junge Menschen (wieder) für die Demokratie und demokratische Politik begeistern werden können. Das ist ein zentraler Beitrag für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft – und zugleich die beste Prävention gegen Rechtsextremismus.

Zu diesem Thema hat der Gesprächskreis am 11. März 2019 einen Workshop-Tag mit engagierten Jugendlichen und externen Expert*innen im Willy-Brandt-Haus durchgeführt, bei dem auch die SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles zu Gast war. Vertreter*innen der Jugendverbände waren an der Vorbereitung der Veranstaltung von Beginn an aktiv beteiligt und haben auch die Moderation der Einzelworkshops übernommen. In vier Runden mit unterschiedlichen beteiligungsorientierten Formaten zu den Themen Jugendarmut bekämpfen, Politische Bildung in- und außerhalb der Schule stärken sowie Beteiligungsstrukturen verbessern wurden erste Thesen erarbeitet. Auf Basis dieser Thesen hat der Gesprächskreis Jugend bis zum September 2019 den Antrag „Demokratie und Teilhabe leben – von Anfang an!“ erarbeitet, der als Leitantrag des Parteivorstandes vom ordentlichen Bundesparteitag 2019 beschlossen wurde.

Inhaltliche Schwerpunkte des Beschlusses sind die Bekämpfung von Jugendarmut (als zentrale Voraussetzung für Teilhabe); politische Bildung in Schulen, Hochschulen und Betrieben, die alle jungen Menschen erreicht; die bessere Unterstützung freiwilligen Engagements neben der Schule, in Jugendverbänden und Freiwilligendiensten und echte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vor allem auch durch eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für alle Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Das Jahr 2020 stand auch für den Gesprächskreis Jugend im Zeichen der Programmarbeit zur Bundestagswahl 2021. Auf Grundlage der 2019 erzielten Beschlusslage hat der GK in mehreren, vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie digitalen Treffen diese Programmarbeit intensiv begleitet – einige

Mitglieder waren in den engeren Arbeitsprozeß der Cluster-Arbeitsgruppe „Gutes Aufwachsen – starke Familien“ unter Leitung der stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Serpil Midyatli einbezogen.

Auf diese Weise ist sind wesentliche jugendpolitische Positionierungen, die der Gesprächskreis Jugend seit 2018 erarbeitet hat, in das SPD-Zukunftsprogramm 2021 und in den Koalitionsvertrag 2021 mit Grünen und FDP eingeflossen: die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, die Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut über die Kindergrundsicherung, die Ausbildungsgarantie, die Reform des Bafög und den Ausbau der Jugendfreiwilligendienste.

MITGLIEDERLISTE STAND JUNI 2020

Leitung: Johanna Uekermann, Mitglied des SPD-Parteivorstandes

Name	Funktion
Yusuf As	DIDF-Jugend, Jugendbildungsreferent
Janina Bauke	Pfadfinderinnenschaft St. Georg (PSG), Bundesvorsitzende
Ulrike Bahr	MdB, Mitglied der AG FSFJ
Frank-Tilo Becher	SPD-Landtagsfraktion Hessen, jugendpol. Sprecher
Daniela Broda	Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V., Referentin für Kinder- und Jugendpolitik
Manuela Conte	DGB, Abteilungsleiterin Jugend und Jugendpolitik
Annette Schütze	SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen, jugendpol. Sprecherin
Jana Herrmann	SJD – Die Falken, Bundesvorsitzende
Henning Homann	SPD-Landtagsfraktion Sachsen, jugendpol. Sprecher
Nadine Julitz	SPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern, jugendpol. Sprecherin
Rebekka Kemmler-Mueller	Deutsche Sportjugend, Referentin Jugendpolitik/Hauptstadtbüro
Andreas Kenner	SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg, jugendpol. Sprecher
Franziska Porst	Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe, Geschäftsführer
Alma Kleen	SJD – Die Falken, Bundesvorsitzende
Tobias Köck	Deutscher Bundesjugendring, Vorsitzender
Petra Krümpfer	SPD-Bürgerschaftsfraktion Bremen, jugendpol. Sprecherin
Melanie Kühnemann	SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus Berlin, jugendpol. Sprecherin
Kevin Kühnert	Jusos, Bundesvorsitzender
Diana Lehmann	SPD-Landtagsfraktion Thüringen, jugendpol. Sprecherin
Yvonne Lehmann	Friedrich-Ebert-Stiftung, Referentin Forum Politik und Gesellschaft
Uwe Lohmann	SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg, jugendpol. Sprecher
Hardy Lux	SPD-Landtagsfraktion Brandenburg, jugendpol. Sprecher
Dennis Maelzer	SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, jugendpol. Sprecher
Lisi Maier	Bund der Deutschen Katholischen Jugend, Vorsitzende und Deutscher Bundesjugendring, Vorsitzende
Caren Marks	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Parl. Staatssekretärin
Dennis Mayer	Solidaritätsjugend Deutschlands, Bundesvorsitzender
Max Meisenheimer	Juso-Hochschulgruppen, Bundesgeschäftsführer
Dennis Melsa	Naturfreundejugend Deutschlands, Bundesgeschäftsführer
Moritz Röver	Johanniter Jugend, Bundesjugendleiter
Sönke Rix	MdB, SPD-Bundestagsfraktion, Sprecher der AG FSFJ
Julie Rothe	Jusos, Geschäftsführerin
Marc Ruland	SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, jugendpol. Sprecher
Stefan Schwartz	MdB, Mitglied der AG FSFJ

Metin Serefoglu
Jan Sörnsen
Verena Späthe
Svenja Stadler
Arif Taşdelen
Klaus Theissen
Sebastian Thul
Tobias von Pein
Miriam Wolters

Bund der Alevitischen Jugend in Deutschland, Generalsekretär
AWO Bundesjugendwerk, Geschäftsführer
SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, jugendpol. Sprecherin
MdB, SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied der AG FSFJ
SPD-Landtagsfraktion Bayern, jugendpol. Sprecher
AWO-Bundesverband, Leiter Abteilung Kinder, Jugend, Familie
SPD-Landtagsfraktion Saarland, jugendpol. Sprecher
SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein, jugendpol. Sprecher
Deutsches Jugendherbergswerk, Kinder- und Jugendhilfe

ARBEITNEHMERINITIATIVE

Auch in den Jahren 2019 und 2020 setzte die Arbeitnehmer*inneninitiative beim SPD-Parteivorstand ihre Arbeit erfolgreich fort. Der Schwerpunkt lag wie schon in den Jahren zuvor auf der Intensivierung der engen Zusammenarbeit mit unseren Gewerkschaften und hier insbesondere dem besonderen Akzent auf die junge Generation sozialdemokratischer Gewerkschafter*innen.

Am 2. und 3. November 2019 fand wieder ein Jugendkongress „Jugend-Betrieb-Politik“ im Willy-Brandt-Haus statt. Rund 200 junge sozialdemokratische Gewerkschafter*innen tauschten sich zwei Tage untereinander, aber auch mit dem damaligen Generalsekretär Lars Klingbeil, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Rolf Mützenich, dem AfA-Bundesvorsitzenden Klaus Barthel und dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann aus. In zahlreichen Workshops arbeiteten die Teilnehmer*innen zu zentralen Themen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Politik: Berufliche Bildung und Berufsschule der Zukunft, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung, Arbeitszeitpolitik, Rechtspopulismus im Betrieb und vieles mehr. Als krönenden Abschluss gab es wieder eine Preisverleihung für besonderes betriebliches Engagement. Der erste Preis ging an die Ortsjugendausschüsse der IG Metall in Hagen und dem Märkischen Kreis.



Jugendkongress 2019. Foto: Simone Neumann

Die Arbeitnehmer*inneninitiative setzte auch die weitere Regionalisierung der Aktivitäten fort. So fand im September 2019 ein gewerkschaftlicher Jugendempfang mit Kevin Kühnert in Bremen statt. Ein für 2020 geplanter weiterer Jugendkongress fiel dann leider den Einschränkungen der Pandemie zum Opfer. Alle Aktivitäten der Arbeitnehmer*inneninitiative wurde weiter eng mit der Arbeitsgruppe junger sozialdemokratischer Gewerkschafter*innen, dem Jugendbeirat, geplant.

Bereits am 25. Februar 2019 wurde eine Betriebs- und Personalrätekonferenz in Bremerhaven durchgeführt. Im Vorfeld des Europawahlkampfes diskutierten rund 250 Betriebs- und Personalräte unter anderem mit Katarina Barley über die zentralen Herausforderungen für eine soziale Gestaltung europäischer Politik.

GEWERKSCHAFTSRAT

Im Jahr 2019 haben zwei Sitzungen des Gewerkschaftsrates stattgefunden. Themen waren insbesondere die inhaltliche Neuaufstellung der SPD, unter anderem das Sozialstaatspapier und die Zukunft der Alterssicherung und die damaligen Planungen zur Einführung einer Grundrente.

Im Jahr 2020 haben ebenfalls zwei Sitzungen des Gewerkschaftsrates stattgefunden. Auch die Beratungen des Gewerkschaftsrates waren dabei von dem Beginn der Pandemie bestimmt. Themen waren insbesondere notwendige Zukunftsinvestitionen und die Bewältigung der Pandemie, die Folgen für den Arbeitsmarkt und die Kriterien für das damalige Konjunkturprogramm.

Die Beratungen des Gewerkschaftsrates waren von großer Offenheit und gegenseitigem Vertrauen geprägt und fanden über den ganzen Berichtszeitraum in einer guten Arbeitsatmosphäre statt.

DER SENIOREN RAT DER SPD

Seit seiner Gründung im Jahr 1974 begleitet der Seniorenrat beratend die Parteiführung der SPD. Bewusst tritt der der Seniorenrat dabei nicht öffentlich in Erscheinung. Er versucht jedoch, in internen Gesprächen vor allem mit Mitgliedern des Vorstands und des Präsidiums der Partei, Einfluss auf bestimmte Themen zu nehmen.

Zum Ende des Jahres 2019 verabschiedete sich nach über 13 Jahren Ilse Brusis aus dem Amt als Vorsitzende des Seniorenrats. Zu ihrer Nachfolgerin beriefen Vorstand und Präsidium der Partei Wilma Simon. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wählte der Seniorenrat Heidi Merk und Bruno Köbele.

Doch der Beginn der Amtszeit des neuen Vorstands gestaltete sich anders als geplant. Denn natürlich wirkten sich die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen ab dem Frühjahr 2020 auch auf die Arbeit des Seniorenrats aus. Seit der Sitzung anlässlich des SPD-Parteitags im Dezember 2019 sollten die Mitglieder bis Mitte 2022 nicht wieder in Präsenz zusammentreffen.

In den daher seitdem digital veranstalteten Sitzungen befasste sich der Seniorenrat vor allem mit der Lage der Partei, die weit bis in das Jahr 2021 hinein Anlass zu Besorgnis gab.

Aber auch an der im Frühjahr 2021 aufbrandenden Debatte zur „Identitätspolitik“ beteiligte sich der Seniorenrat in einer intensiven Diskussion mit seinem Mitglied Wolfgang Thierse.

Im Berichtszeitraum verstorbene Mitglieder des Seniorenrats

Anke Fuchs, gest. 14. Oktober 2019

Manfred Stolpe, gest. 29.12.2019

Cornelius Weiss, gest. 27. Oktober 2020

Ernst Gottfried Mahrenholz, gest. 28. Januar 2021

Herbert Schnoor, gest. 20. Juni 2021

MITGLIEDER DES SENIORENRATS

Vorsitzende

Wilma Simon

Stellv. Vorsitzende

Heidi Merk, Bruno Köbele

Weitere Mitglieder

Christine Bergmann, Anke Brunn, Hans Eichel, Irene Ellenberger, Rose Götte, Otto Graeber, Klaus Hänsch, Karin Junker, Sigrid Keler, Walter Kolbow, Gerd Kompe, Gerlinde Kuppe, Ulrike Mascher, Ingrid Matthäus-Maier, Heidi Merk, Christa Randzio Plath, Herbert Schmalstieg, Jürgen Schmude, Peter Seifert, Ludwig Stiegler, Wolfgang Thierse, Beate Weber-Schuerholz, Rolf Wernstedt, Inge Wettig-Danielmeier, Norbert Wiczorek, Dieter Wiefelspütz

KOMMUNALBEIRAT

Im Kommunalbeirat der SPD erörterte die Spitze der Bundespartei mit SPD-Kommunalpolitiker:innen und Verantwortlichen aus den Führungsgremien der Kommunalen Spritzenverbände und der Bundes-SGK kommunalpolitische Anforderungen und die Positionierungen der SPD. Mit dem Parteivorsitz im Jahr 2018 übernahm zunächst Andrea Nahles die Verantwortung für den Kommunalbeirat. Am 15. Februar 2019 fand unter ihrem Vorsitz eine Sitzung statt, bei der eine Resolution beschlossen wurde, in der das Konzept für einen neuen Sozialstaat: „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit“ des SPD-Parteivorstands ausdrücklich begrüßt wurde.

Ein weiterer Neustart des Kommunalbeirates erfolgte im Jahr darauf mit der neu gewählten Parteiführung unter Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken am 27. März 2020 in einer Videokonferenz. Zugleich gab es anlassbezogen Konferenzen und Gespräche mit den Führungen von Parteivorstand und SPD-Bundestagsfraktion, so beispielsweise am 20. Mai 2020 mit dem Bundesfinanzminister Olaf Scholz zum Thema Bundesbeteiligung an einer Altschuldenlösung für überschuldete Kommunen.

In einer weiteren Videokonferenz des Kommunalbeirates am 20. November 2020 wurden gemeinsam die Folgen der Corona-Pandemie für Städte und Gemeinden besprochen. Dieses reichte von den Kommunal финанzen bis zur Zukunft der Innenstädte und Zentren.

MITGLIEDER DES KOMMUNALBEIRATES (STAND FEBRUAR 2020)

Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen in Rheinland-Pfalz;

Frank Baranowski, Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen, Vorsitzender der Bundes-SGK;

Thomas Beyer, Bürgermeister der Hansestadt Wismar, Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK;

Bernhard Daldrup, MdB, Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion;

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages;

Michael Ebling, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, Stellv. Vors. der Bundes-SGK;

Saskia Esken, MdB, Vorsitzende der SPD;
Jörg Freese, Beigeordneter des Deutschen Landkreistages;
Kirsten Fründt, Landrätin, Stellv. Vors. der Bundes-SGK (+);
Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Präsident des Deutschen Städtetages;
Dr. Thomas Jung, Oberbürgermeister der Stadt Fürth;
Dr. Ulf Kämpfer, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, Sprecher der SPD-Gruppen im DST;
Lars Klingbeil, Generalsekretär der SPD;
Sören Link, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg;
Barbara Ludwig, Oberbürgermeisterin der Stadt Chemnitz;
Michael Müller, MdA, Regierender Bürgermeister von Berlin;
Dr. Rolf Mützenich, MdB, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion;
Silvia Nieber, Bürgermeisterin der Stadt Stade a.D., Stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK;
Bernhard Reuter, Landrat des Landkreises Göttingen, Vizepräsident des Deutschen Landkreistages;
Annette Sawade, Kreisrätin, Stellv. Vorsitzende der Bundes-SGK;
Roland Schäfer, Bürgermeister, 1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes;
Carsten Schneider, MdB, erster Parlamentarischer Geschäftsführer, SPD-Bundestagsfraktion;
Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer der Bundes-SGK;
Norbert Walter-Borjans, Parteivorsitzender der SPD;
Marion Weike, Bürgermeisterin der Stadt Werther, Schatzmeisterin der Bundes-SGK;
Andreas Wellmann, Sprecher der SPD-Gruppen im Deutschen Städte- und Gemeindebund;
Uwe Zimmermann, Stellv. Hauptgeschäftsführer des DStGB.

WIRTSCHAFTSPOLITISCHER BEIRAT

Unter der Leitung des früheren Leiters des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Prof. Dr. Gustav Horn, Mitglied im Parteivorstand, hat sich am 22. April 2020 der Wirtschaftspolitische Beirat der SPD konstituiert. Dem Beirat gehören renommierte Vertreter*innen aus der Wissenschaft und Expert*innen aus Politik, Ministerien/Verwaltung an.

Auftrag des wirtschaftspolitischen Beirates war es im Jahr 2020, sich den drängenden Fragen für unsere Wirtschaft von morgen zu stellen. Denn: Die Welt wird nach Corona eine andere sein und wir dürfen nicht so weitermachen, als sei nichts gewesen. Die Krise war der Anlass, Dinge auf den Prüfstand zu stellen. Was muss sich ändern, damit die Folgen eines Schocks wie dem der Corona-Krise bereits im Vorfeld ausgeschlossen werden können? Das galt insbesondere für den Gesundheitsschutz und die medizinische Infrastruktur, aber auch für die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft und die Chancen, die durch die Digitalisierung geboten werden.

Aber: Die Vertiefung der sozialen Gräben, die Folgen unserer Art zu wirtschaften für das globale Klima und die Krisenanfälligkeit eines auf kurzfristiges Gewinnstreben fokussierten Wirtschaftssystems haben auch deutlich gemacht, dass der Bedarf an einer grundlegenden wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD über die Erfordernisse des Jahres 2020 hinausging.

In diesem Sinne begleitete der Beirat in drei weiteren Sitzungen (10. Juni 2020, 16. September 2020 und 19. November 2020) sowohl die jeweils anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen zur Abmilderung der Corona-Krisenfolgen und erarbeitete gleichzeitig eigene, längerfristige Positionierungen – insbesondere zu einem modernen Arbeitsmarkt nach Corona und zur gerechten Verteilung der Krisenlasten. Außerdem wurden Taskforces zu den Themen Industriepolitik und Staatshaushalt gebildet. Alle Ergebnisse sind in die Erarbeitung des SPD-Zukunftsprogramms zur Bundestagswahl 2021 eingeflossen.

MITGLIEDERLISTE STAND APRIL 2020:

Prof. Dr. Gustav Horn (Vorsitzender)
Sören Bartol, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender
Prof. Dr. Peter Bofinger, Lehrstuhl für VWL, Geld und Internat.
Wirtschaftsbeziehungen, Universität Würzburg
Prof. Dr. Sebastian Dullien, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
Dr. Lea Elsässer, Wiss. MA am Institut für Sozialökonomie, Universität Duisburg-Essen
Dr. Wiebke Esdar, MdB
Leonie Gebers, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Prof. Dr. Anke Hassel, Professor of Public Policy, Hertie School
Dierk Hirschel, Bereichsleiter Wirtschaftspolitik, Europa, Internationales, ver.di
Prof. Dr. Heike Joebges, Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin
Cansel Kiziltepe, MdB
Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, designierte wissenschaftliche Direktorin des WSI
Prof. Dr. Tom Krebs, Professor für Makroökonomie und Wirtschaftspolitik, Universität Mannheim
Martin Murrack, Stadtdirektor und Stadtkämmerer der Stadt Duisburg
Anke Rehlinger, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr und stellvertretende Ministerpräsidentin und SPD-Vorsitzende im Saarland, stellvertretende SPD-Vorsitzende
Prof. Dr. Miriam Rehm, Juniorprofessorin für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Empirische Ungleichheitsforschung, am Institut für Sozioökonomie, Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr. Armin Schäfer, Professor für Politikwissenschaften, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
Wolfgang Schmidt, Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen
Michael Schrodi, MdB
Carsten Schneider, MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion
Philippa Sigl-Glückner, Mitbegründerin des „Dezernat Zukunft“
Prof. Dr. Jens Suedekum, Professor für internationale Volkswirtschaftslehre des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie (DICE), Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Prof. Dr. Anita Tiefensee, Professorin an der Hochschule des Bundes
Prof. Dr. Achim Truger, Professur für Sozioökonomie mit Schwerpunkt Staatstätigkeit und Staatsfinanzen am Institut für Sozioökonomie, Universität Duisburg-Essen, Mitglieder sowie Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Prof. Dr. Enzo Weber, Forschungsbereichsleiter Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Bernd Westphal, MdB, Wirtschafts- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
Als ständiger Gast: Andrä Gärber, Leiter der Abteilung WISO, Friedrich-Ebert-Stiftung

LÄNDERRAT

Der Länderrat wurde 2019 in das Organisationsstatut als beratendes Gremium des Parteivorstandes verankert. Es setzt sich zusammen aus den Vorsitzenden der Bezirks- und Landesverbände und tagt mindestens zwei Mal im Jahr. Er begleitet die Entscheidungen des Parteivorstands beratend und unterstützt die Willensbildung in der Partei. Dadurch wird die Abstimmung zwischen Bundesebene und den Regionen auf eine kontinuierliche Basis gestellt. Im Länderrat werden Prozesse gemeinsam vorbereitet und umgesetzt.

So waren im Jahr 2020 regelmäßig die Vorbereitungen der Bundestagswahl 2021 der Schwerpunkt der Sitzungen des Länderrates.

DER MITGLIEDERBEIRAT

Auf dem Parteitag 2019 wurde die Einrichtung eines Mitgliederbeirats beschlossen. Zwanzig Mitglieder wurden ausgelost, diesem Gremium für ein Jahr anzugehören. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden bis auf eine Ausnahme alle Treffen rein digital statt. An fast allen Sitzungen nahmen die Parteivorsitzenden und der Generalsekretär teil. So hatten die Mitglieder des Beirats die Möglichkeit im exklusiven Rahmen mit der Parteispitze zu diskutieren. Themen des Mitgliederbeirats waren der das Wahlprogramm, die Bekämpfung der Corona-Pandemie, der Wahlkampf sowie diverse andere politische Themen. Wegen der Corona-Pandemie wurde abweichend die „Amtszeit“ des Mitgliederbeirats ausnahmsweise auf zwei Jahre erhöht.

MITGLIEDER DES BEIRATS

Jens Kühne, Antje Brockmüller, Lena Rzaczek, Gerd Meier, Frank Andreas Ernst, Heide Schröder-Ward, Burak Canboy, Dana Dregenuß, Judith Danziger, Desiree Topolnjak, Martin Schön-Chanishvili, Malte Bei der Wieden, Michael Vetter, Silke Klein, Alaa Chanineh, Monika Gupta, Natalia Fährmann, Fabian Druschel, Johannes Vogel, Jenny Grüner

PREISVERLEIHUNGEN

GUSTAV-HEINEMANN-PREIS

Mit dem Gustav-Heinemann-Bürgerpreis 2019 zeichnete die SPD die unabhängige und überparteiliche Bürgerinitiative Pulse of Europe e.V. aus – für ihr Engagement, den europäischen Gedanken wieder sicht- und hörbar zu machen und eine Gegenbewegung zu den rechtspopulistischen Kräften in ganz Europa zu begründen.

Die SPD-Parteivorsitzende Andrea Nahles übergab den Preis am 16. Mai 2019 im Willy-Brandt-Haus zusammen mit den Jury-Mitgliedern Christina Rau und Henning Scherf. Nach einer Dankesrede durch Alexander Freiherr Knigge fand im Rahmen der Veranstaltung ein Talk von Lars Klingbeil und Vertretern des Pulse of Europe e.V. statt.

Der Gustav-Heinemann-Preis erinnert an den ersten sozialdemokratischen Bundespräsidenten und wird traditionell an Personen und Vereine, die sich mit außergewöhnlichem bürgerschaftlichen Engagement und vorbildlicher Haltung um Freiheit und Gerechtigkeit verdient gemacht haben, verliehen. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wurde 1976 vom SPD-Parteivorstand auf Initiative von Willy Brandt und anderen Freunden und Weggefährten ins Leben gerufen.



Franziska Giffey überreicht gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Forum Ostdeutschland der Sozialdemokratie Wolfgang Tiefensee am 26. November den Regine-Hildebrandt-Preis 2019. Foto: Dirk Bleicker

REGINE-HILDEBRANDT-PREIS

Der Regine-Hildebrandt-Preis der SPD wurde 2019 an das „ost-west Forum gut Gödelitz“ und das „Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra“ verliehen. Als Laudatoren würdigten Frank Richter, MdL (Sachsen) und Elisabeth Kaiser, MdB (Thüringen) die Preisträger. Die Rede hielt Bundesministerin Franziska Giffey. Die Preise wurden von Manuela Schwesig, Schirmherrin des Regine-Hildebrandt-Preises, Franziska Giffey, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Vorsitzenden des Forum Ostdeutschland, Wolfgang Tiefensee, übergeben. Im Jahr 2020 konnte pandemiebedingt keine Veranstaltung zur Preisverleihung stattfinden. Der Preis wurde an „Fulda stellt sich queer“ und die „Miniaturstadt Bützow“ verliehen. Eine Veranstaltung zur Preisverleihung soll nachgeholt werden.

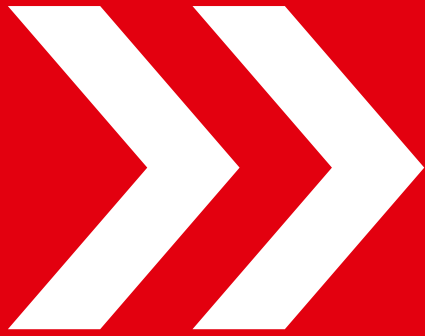
INNOVATIONSFONDS

Der Innovationsfonds fördert mit bis zu 5.000 Euro moderne Parteiarbeit. Ziel ist es, in Unterbezirken bzw. Kreisverbänden innovative Projekte und Veränderungsprozesse in der Parteiarbeit zu ermöglichen. Bewerben konnten sich Unterbezirke bzw. Kreisverbände. Gefördert werden konnten Projekte aus den folgenden vier Kategorien:

- **Meinungsbildung und Mitwirkung:** Das Projekt erprobt neue Formen der Meinungsbildung und Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern und Mitgliedern.
- **Arbeit:** Das Projekt kümmert sich inhaltlich in besonderer Weise um Sozialdumping und schlechte Arbeitsbedingungen.
- **Kontakte:** Das Projekt erschließt viele neue Kontakte, insbesondere zu jungen Frauen, Personen mit Migrationshintergrund oder jungen Arbeitnehmer*innenfamilien.
- **Allianzen:** Das Projekt verstärkt die gemeinsame politische Arbeit der SPD mit Gewerkschaften, gesellschaftlichen Initiativen, Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.

Für den Innovationsfonds 2019 lagen 35 Anträge aus 15 Landesverbänden/Bezirken vor. Der Parteivorstand hat beschlossen, 19 Projekte aus 15 Landesverbänden und Bezirken zu fördern. Der Parteivorstand ist damit dem Votum der Organisationspolitischen Kommission gefolgt.

Für den Innovationsfonds 2020 lagen 40 Anträge aus 17 Landesverbänden/Bezirken vor. Der Parteivorstand hat beschlossen, 14 Projekte aus 8 Landesverbänden und Bezirken zu fördern. Der Parteivorstand ist damit dem Votum der Organisationspolitischen Kommission gefolgt.



BERICHTE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020



LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

EINE NEUE POLITIK FÜR EINE NEUE ZEIT

Die zu berichtenden zwei Jahre gehören sicher zu den besonderen in der langen Geschichte der Nord-SPD. Das Corona-Virus hat auch unser Parteileben kräftig durcheinandergewirbelt. Umso stolzer sind wir darauf, wie gut und wie schnell wir uns als Partei von den Ortsvereinen, über die Kreisverbände bis zu den Arbeitsgemeinschaften und dem Landesvorstand an die neuen Rahmenbedingungen angepasst haben.

Trotz oder gerade wegen der Corona-Pandemie, haben wir auch in diesen zwei Jahren bewiesen, dass Schleswig-Holstein zwar ein kleiner, aber auch selbstbewusster SPD-Landesverband ist. Es ist ein Zeichen besonders guter Arbeit, dass wir nun schon seit sechs Jahren durchgehend im Parteipräsidium vertreten sind. Unsere Landesvorsitzende Serpil Midyatli ist zudem neben ihrer Arbeit als stellvertretende Parteivorsitzende für den wichtigen familienpolitischen Teil des Regierungsprogramms für die Bundestagswahl zuständig gewesen. Das zeigt, unsere Arbeit im Norden wird gesehen und geschätzt.

Das im Jahr 2019 neu gewählte Landesvorstands-Team und die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen drum herum sind im Vergleich mit anderen Landesverbänden eine kleine Gruppe. Das ändert aber nichts an unserer politischen Schlagkraft. Mit vielen ehrenamtlichen und teilweise neuen Mitgliedern haben wir nach dem Landesparteitag im März 2019 schnell eine sehr kollegiale Zusammenarbeit mit klar definierten Zuständigkeiten gefunden. Vor allem haben wir uns als Team verstanden, das füreinander einsteht.

Eines unserer ersten Ziele war es, die Verbindung der SPD Schleswig-Holstein zu gesellschaftlichen Gruppen zu vertiefen. Als Oppositionspartei ohne großen Regierungsapparat besorgten wir Expertise und Hinweise von außen. Dafür haben wir systematische Bündnisarbeit betrieben. Dazu gehörte als erster Schritt, dass wir die Sozialdemokrat*innen, die in Vereinen, Verbänden, Unternehmen und anderen öffentlichen Funktionen gut vernetzt sind, angesprochen und eingebunden haben.

Zudem haben wir unsere Verteiler aktualisiert, um auch die zu erreichen, die im Herzen Sozialdemokrat*innen sind, aber kein Parteibuch haben.

DENKFABRIK – IMPULSE FÜR UNSER LANDTAGSWAHLPROGRAMM

Die Landesvorsitzende Serpil Midyatli hat die einst von Björn Engholm eingerichtete Denkfabrik neu begründet. Darin entwickelten rund 20 hochkarätige Expert*innen Zukunftsvisionen für Schleswig-Holstein. Der Ausgangspunkt der Überlegungen war die Frage, für wen die SPD in der aktuellen Zeit Politik macht.

Mehr und mehr tragen wir die Debatten der Denkfabrik in die Partei. Die Ergebnisse des Prozesses gingen als Impulse in die Programmarbeit der Nord-SPD zur Landtagswahl 2022 ein. Der Sprecher der Denkfabrik, Thomas Losse-Müller, ist nun unser Spitzenkandidat zur Landtagswahl 2022.

DIE PARTEIREFORM MIT LEBEN FÜLLEN

Über ein Jahr haben wir in drei Projektgruppen die Wahlen im Jahr 2017 und den Zustand unserer Parteiorganisation evaluiert. Am Ende stand eine Reihe von konkreten Vorschlägen, die auf dem ordentlichen Landesparteitag 2019 in Norderstedt beschlossen wurden. Der Landesvorstand hatte sich danach zur Aufgabe gemacht, diese Vorschläge mit Leben zu füllen und den begonnenen Reformprozess fortzuführen. Zu den konkreten Projekten gehört die Entwicklung und der Beschluss einer neuen Landessatzung mit mehr Transparenz bei Listenaufstellungen, einer Jugendquote sowie der Stärkung von Frauen durch eine Gleichstellungsbeauftragte.

Wir haben eine Mitgliederbefragung durchgeführt. In die Befragung wurde auch das Monitoring von Diskriminierungserfahrungen in der SPD Schleswig-Holstein aufgenommen. Zudem haben wir einen Leitfaden für ein transparentes Verfahren für die Aufstellung der Direktkandidat*innen für den Bundestag entwickelt, der von den Kreisverbänden sehr gut angenommen und umgesetzt wurde.

Die stärkere Förderung von Talenten innerhalb der Nord-SPD wurden durch die Neuauflage des Nachwuchsqualifizierungsprogramms vorangebracht.

EINE EUROPAWAHL MIT LICHT UND SCHATTEN

Mit dem Ergebnis der Europawahl im Mai 2019 können wir als SPD Schleswig-Holstein nicht zufrieden sein. Wir haben in Land und Bund die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis gezogen. Zudem freuen wir uns, dass Schleswig-Holstein durch Delara Burkhardt weiterhin mit einer SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten ist.

STRATEGIE FÜR DIE WAHLEN IN 2021 UND 2022

Gemeinsam mit dem Team in der Landesgeschäftsstelle ist der Landesvorstand in die Planungen für die Bundestags- und Landtagswahl eingestiegen. In einer Roten Strategie-Runde zwischen den geschäftsführenden Vorständen von Landesverband und Fraktion stimmte der Landesvorstand sich in der politischen Planung eng ab. Hinzu kommt die Intensivierung der Kontakte zu möglichen Bündnispartner*innen im Land.

TERMINE 2019

- Januar:** 22.1. Neujahrsempfang Landesverband und Landtagsfraktion mit Kevin Künert
- Februar:** 4 Regionalkonferenzen zur Parteireform
- März:** 30./31.3. Ordentlicher Landesparteitag in Norderstedt mit Gremienwahlen
- April:** 29.4. Arbeitnehmer*innen-Empfang in Kiel mit dem Schwerpunkt Pflegeberufekammer
- September:** 21. September „Bundesweite Vorstellungstour zum Parteivorsitz“ in Neumünster, Stadthalle



Serpil Midyatli während ihrer Bewerbungsrede als neue Landesvorsitzende. Foto: SPD SH

TERMINE 2020

- Januar:** 21.1. Neujahrsempfang Landesverband und Landtagsfraktion mit Dr. Ulf Kämpfer, OB Kiel
- März:** Coronabedingte Absage des außerordentlichen Landesparteitags am 21.3.20 zur umfassenden Reform der Landessatzung
- Juni:** 6.6. „Online-Zukunftsgespräche“ mit Lars Klingbeil
- August:** Präsenz-Landesparteirat zum Thema Arbeit und Wirtschaft, 30-Stunden-Woche, digitaler Neumitgliederkonvent
- November:** Denkfabrik stellt „Gesellschaftspapier“ im Landesparteirat digital zur Diskussion

PARTEITAGE

Ordentlicher Landesparteitag 30./31. März 2019 in Norderstedt

Gäste: Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl, Katarina Barley

Themen

Vorstandswahl: Neue Vorsitzende (über 90 %) und weitere Vorstandsmitglieder gewählt. Großer Dank an Ralf Stegner, der nach 12 Jahren als Vorsitzender nicht wieder angetreten war.

Antragsberatung zum Thema Sozialstaat (Rente), zu europäischen Themen und zur Energiewende

LANDESVORSTAND 2019–2021:

Vorsitzende: Serpil Midyatli (MdL)

Stellvertreter*innen: Sönke Rix (MdB) und Sophia Schiebe

Schatzmeister: Stefan Bolln

Beisitzer*innen: Aylin Cerrah, Kirsten Eickhoff-Weber (MdL), Enrico Kreft, Christopher Keiichi Schmidt, Wiebke Tischler, Clemens Teschendorf, Marc Timmer



Der neu gewählte Landesvorstand auf dem Landesparteitag 2019 Foto: SPD SH



LANDESVERBAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

LANDESVORSTAND MECKLENBURG-VORPOMMERN

(GEWÄHLT AM 30.03.2019)

Landesvorstand

Manuela Schwesig
Julian Barlen
Christian Pegel
Stefan Sternberg
Nadine Julitz
Iris Hoffmann

Vorsitzende
Generalsekretär
Stellvertretender Landesvorsitzender
Stellvertretender Landesvorsitzender
Stellvertretende Landesvorsitzende
Schatzmeisterin

Beisitzer:innen

Johannes Barsch
Stefanie Drese
Tilo Gundlack
Christoph Biallas
Frank Junge
Katharina Wilke
Christian Masch
Michel Schiefler
Katleen Bartels
Sonja Steffen
Bernd Woldtmann

Beisitzer
Beisitzerin
Beisitzer
Beisitzer
Beisitzer
Beisitzerin
Beisitzer
Beisitzer
Beisitzer
Beisitzerin
Beisitzer



LANDESORGANISATION HAMBURG

PARTEIARBEIT IN ZEITEN DER DIGITALISIERUNG UND DER PANDEMIE

In den beiden Jahren des Berichtszeitraums wurde unsere politische Arbeit sehr von der Digitalisierung geprägt. Das mediale Umfeld, in dem wir unsere politische Kommunikation betreiben, hat sich stark gewandelt: Neben den klassischen analogen Medien (TV, Radio, Print) nehmen digitale Medien (E-Mails, Websites, soziale Medien) und mobiles Internet (Smartphones, Tablets, Laptops) eine immer wichtigere Stellung ein. Während die Entwicklungen digitaler Medien und Geräte anfangs vor allem in Wahlkämpfen deutlich wurde, hat sich spätestens seit Beginn der Corona-Pandemie die Digitalisierung auf fast alle Bereiche der Parteiarbeit ausgeweitet. Begriffe wie „Zoom“, „Cloud“ oder „Hybrid“ gehören heute zum allgemeinen Sprachgebrauch in der Parteiarbeit auf allen Gliederungsebenen.

In den Zeiten der pandemiebedingten Lockdowns waren digitale Techniken wie Videokonferenzen oder Live-Streams unverzichtbar, um die Parteiarbeit und den Kontakt mit den Bürger:innen aufrecht zu erhalten. Das rasche Tempo der Digitalisierung in den vergangenen zwei Jahren stellte dabei eine große Herausforderung an Mitglieder, Funktionär:innen und die hauptamtlichen Mitarbeiter:innen dar. In kürzester Zeit musste in neue Technik wie Kameras und Mikrofone etc. investiert werden, Lizenzen für Software für Videokonferenzen oder Cloud-Anwendungen erworben und das nötige Know-How zur Bedienung der neuen Techniken entwickelt werden. Diese Herausforderungen wurden seitens der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitglieder engagiert angegangen und mit viel Freude am Experimentieren, Ausprobieren und Anpacken bewältigt.

Auch wenn nach dem Ende der Corona-Pandemie wieder Normalität in die politische Arbeit eintreten und die Präsenz-Kultur bei Gremiensitzungen wieder uneingeschränkt möglich sein wird, sollten hybride Sitzungen, das heißt Versammlungen vor Ort, an denen Teilnehmer:innen bei Bedarf auch digital mitwirken können, für Gremiensitzungen und politische Veranstaltungen zum Standard werden. Denn – auch das hat sich während der Pandemie gezeigt – die Digitalisierung kann in einer Demokratie zu mehr Beteiligung, Attraktivität (zum Beispiel durch Vereinbarkeit von Familie und Engagement), Partizipation und Verjüngung beitragen.

BEZIRKS- UND EUROPAAHL 2019

Bei den zeitgleich stattfindenden Europa- und Bezirkswahlen im Frühjahr 2019 befanden wir uns in schwierigem Fahrwasser, was sich bereits bei der Bundestagswahl 2017 deutlich gezeigt hatte. Im Bundesdurchschnitt verlor die SPD mit 15,8 Prozent der Stimmen über elf Punkte gegenüber der Europawahl von 2014. In Hamburg verlor die SPD sogar über 14 Punkte und kam damit auf 19,8 Prozent der Stimmen. Grund dafür waren vor allem die starken Zugewinne der Grünen, die sich in Hamburg von 17,2 Prozent (in 2014) auf 31,2 Prozent (2019) fast verdoppeln konnten.

Ein ähnliches Ergebnis zeigte sich bei der Bezirkswahl. Die SPD verlor in allen Bezirken und kam hamburgweit nur noch auf einen Anteil von 27,0 Prozent der Stimmen, was einen Verlust von zehn Punkten gegenüber der Bezirkswahl von 2014 entspricht. Die Grünen konnten sich dagegen



Aydan Özoğuz, Martin Schulz, Katja Karger, Michel Abdollahi und Knut Fleckenstein auf der Europawahlveranstaltung in der Fabrik in Hamburg. Foto: SPD Hamburg

von 18,1 Prozent (2014) auf 29,3 Prozent (2019) verbessern und in vier von sieben Bezirken (nämlich Mitte, Altona, Eimsbüttel und Nord) die stärkste Fraktion stellen.

Unsere Kreisverbände haben wir im Bezirkswahlkampf mit eigenen Themenplakaten und Veranstaltungen durch Peter Tschentscher und Melanie Leonhard unterstützt.



Hamburg geht voran – Wahlplakat für die Bezirksversammlungen in Hamburg am 26. Mai 2019. Foto: SPD Hamburg

BÜRGERSCHAFTSWAHL 2020

Das starke Abschneiden der Grünen bei der Bezirks- und Europawahl sorgte dafür, dass die Grünen die Hamburger CDU als Hauptkonkurrent um das Amt des Ersten Bürgermeisters ablösen. In den Umfragen zum Beginn des Wahljahres lagen SPD und Grüne mit 29 zu 29 Prozent gleichauf. Dank des überzeugenden Spitzenkandidaten, Peter Tschentscher, einer guten Regierungsbilanz und eines engagiert geführten Wahlkampfes konnte die SPD die Wahl Ende Februar aber letztlich klar für sich entscheiden und mit einem Anteil von 39,2 Prozent der Stimmen die stärkste Fraktion in der Bürgerschaft stellen.



Erfolgreiche Kampagne – Großflächenplakat mit dem Spitzenkandidaten Peter Tschentscher. Foto: SPD Hamburg

Ausschlaggebend für den deutlichen Wahlsieg gegenüber stark gestarteten Grünen, die schließlich mit 24,2 Prozent durchs Ziel gingen, waren vor allem, dass Peter Tschentscher, der das Amt des Ersten Bürgermeisters im Vorjahr von Olaf Scholz übernommen hatte, weite Teile der Hamburger Wähler:innen persönlich überzeugen konnte; dass die SPD ein Wahlprogramm vorlegen konnte, das unter dem Motto „Die ganze Stadt im Blick“ ihrem Anspruch als Hamburg-Partei gerecht werden konnte; und dass Person und Programm in einer einprägsamen Kampagne von der Partei auf die Straße gebracht wurde.



Die ganze Stadt im Blick – Peter Tschentscher und Melanie Leonhard bei der Auftaktveranstaltung zum Bürgerschaftswahlkampf. Foto: SPD Hamburg

Aber vor allem dem engagierte Wahlkampf von den Kandidat:innen und Genoss:innen in den Wahlkreisen ist es zu verdanken, dass die SPD mit ihrem Erfolg in Hamburg eine Trendwende einleiten konnte, die sich auch bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und nicht zuletzt bei der Bundestagswahl fortsetzen konnte.

Die Regierungsbildung stand nach dem Wahltag am 23. Februar 2020 bereits voll im Zeichen der ersten Pandemiewelle. Die Koalitionsverhandlungen mit den Grünen mussten zunächst verschoben werden und fanden dann unter strengen Sicherheitsbedingungen statt. Nach vertrauensvollen und zielorientierten Verhandlungen wurde Anfang Juni der Koalitionsvertrag vorgestellt und an den Landesparteitag zur Beratung und Beschlussfassung gegeben.

Angeichts des Pandemiegeschehen musste der Parteitag erstmals auf digitalem Wege erfolgen. Aufgeteilt auf drei Termine konnten die Delegierten zunächst zugeschaltet diskutieren und schließlich an einer Online-Abstimmung teilnehmen. Nach der Online-Debatte haben die Delegierten dem rot-grünen Koalitionsvertrag und dem Personalvorschlag von Peter Tschentscher für die Senatsbildung mit jeweils großer Mehrheit zugestimmt.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS DER SPD HAMBURG VON 2018 BIS 2021

Der Landesvorstand wurde auf dem ordentlichen Landesparteitag am 9. Juni 2018 gewählt. Aufgrund der Pandemie musste der für 2020 vorgesehene Landesparteitag verschoben werden.

Landesvorstand

Dr. Melanie Leonhard	Landesvorsitzende
Inka Damerau	Stellvertreterin
Dr. Matthias Bartke	Stellvertreter
Dr. Nils Weiland	Stellvertreter
Prof. Dr. Christian Bernzen	Schatzmeister

Beisitzer:innen

Mark Classen	Anett Gilles
Gabor Gottlieb	Lars Holster
Regina Jäck	Annkathrin Kammeyer
Sönke Klages	Vanessa Mohnke
Ina Morgenroth	Aydan Özoguz
Anja Quast	Alexander Kleinow / Urs Tabbert
Ronja Schmager	Britta Schlage
Markus Schreiber	Dr. Joachim Seeler

Kreisvorsitzende

Johannes Kahrs / Carola Veit	Hamburg-Mitte
Dr. Mathias Petersen	Altona
Milan Pein	Eimsbüttel
Urs Tabbert / Alexander Kleinow	Hamburg-Nord
Dr. Andreas Dressel	Wandsbek
Ties Rabe	Bergedorf
Frank Richter	Harburg

Vertreter:innen der Arbeitsgemeinschaften

Olaf Schwede	AfA
Sandra Goetz	ASF
Armita Kazemi	Jusos
Rudolf Herbers	AG 60plus



LANDESORGANISATION BREMEN

Besonders prägend und herausstechend war für die Bremer SPD der Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl, zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und der Wahl der Beiräte in Bremen alles gemeinsam mit der Europawahl am 26. Mai 2019. Auf der Bundesebene war es der SPD nach dem gescheiterten Jamaika-Versuch nach der Bundestagswahl 2017 zwar gelungen, eine große Zahl an sozialdemokratischen Projekten im Koalitionsvertrag zu verankern, doch die Situation verbesserte sich für unsere Partei in den nächsten Monaten nicht. Nach durchaus auch schmerzlichen Geschehnissen führte nicht zuletzt das bittere Ergebnis bei der Europawahl im Mai 2019 schließlich zum politischen Rückzug und der Aufgabe von Partei- und Fraktionsvorsitz von Andrea Nahles. Mit dem daraufhin aufgesetzten längeren Prozess einer breiten Beteiligung der Mitglieder, 23 Regionalkonferenzen bundesweit – davon einer bemerkenswert gelungenen Veranstaltung am 8. September 2019 in Bremen im Bürgerzentrum Neue Vahr – und einer Mitgliederbefragung in zwei Phasen war letztlich die personelle Neuaufstellung mit Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als neuen Parteivorsitzenden und Rolf Mützenich als Vorsitzendem der Bundestagsfraktion rechtzeitig zum Bundesparteitag Anfang Dezember 2019 geglückt. Auf dem ordentlichen Bundesparteitag in Berlin wurde dann auch der bereits nach der Bundestagswahl von Andrea Nahles eingeleitete und angestoßene inhaltliche und organisatorische Erneuerungsprozess fortgeführt, dabei wurden viele Forderungen in Positionen und Beschlüsse gegossen, die auch von Bremen aus vorangetrieben wurden. Allen voran das neue Sozialstaatskonzept mit der Abkehr von Hartz IV, der sozialdemokratischen Kindergrundsicherung und der Grundrente.

LANDESPARTEITAGE

Nach einem breiten Erarbeitungs- und Beteiligungsprozess über das ganze Jahr 2018 beschloss der ordentliche Landesparteitag am 23. Februar 2019 unter dem Motto „JETZT GEMEINSAM ZUKUNFT MACHEN – FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN.“ unser „Zukunftsprogramm 2019 – 2023“, das Regierungsprogramm der SPD zur Bürgerschaftswahl 2019, mit klarer Mehrheit bei nur sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung.

Nach intensiven und anstrengenden Sondierungs- und Koalitionsgesprächen nach dem für uns enttäuschenden Wahlausgang am 26. Mai 2019 konnte der außerordentliche Parteitag am 7. Juli 2019 über einen Koalitionsvertrag beraten, der klar und eindeutig sozialdemokratische Handschrift trägt. Dementsprechend wurde dieser Koalitionsvertrag ohne Gegenstimme und nur vier Enthaltungen beschlossen.

Außerdem nominierte der Parteitag auch die sozialdemokratischen Mitglieder des zukünftigen Senats: Allen voran Andreas Bovenschulte als Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen, ebenso wie als Senator für Kultur und Senator für die Glaubensgemeinschaften. Claudia Bodegan wurde erneut als Senatorin für Kinder und Bildung, Ulrich Mäurer wieder als Senator für Inneres nominiert. Neu hinzu kam Claudia Schilling als Senatorin für Wissenschaft und Häfen. Zudem wurde Olaf Joachim als Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund nominiert.

Der dritte Landesparteitag im Jahr 2019 fand als außerordentlicher Landesparteitag am 26. Oktober 2019 in der Gesamtschule Ost (GSO) in Bremen-Osterholz statt. Er war als „Arbeits-

parteitag“ angelegt, um eine möglichst breite Beteiligung an den Diskussionen zur zukünftigen Gestaltung unserer politischen Arbeit zu ermöglichen. In Arbeitsgruppen, die für alle Mitglieder offenstanden, setzten sich die Delegierten und interessierte Genossinnen und Genossen u. a. mit den Themen Zielgruppenarbeit, „Präsenz in den Stadtteilen“, „SPD in den Medien“, „SPD auf Bundesebene und Europa“, „Mobilisierung und Gewinnung von Neumitgliedern“ auseinander, auch um – wie von unserer Basis miteingefordert – aus dem Ergebnis der Bürgerschaftswahl Schlüsse für die zukünftige inhaltliche und organisatorische Arbeit der Partei zu ziehen. Außerdem fasste der Parteitag Beschlüsse zur Schärfung des inhaltlichen Profils, zur Fortführung der Bildungs- und Diskussionsangebote für unsere Mitglieder und zur zeitnahen Bereitstellung von Informationen über die Regierungsarbeit, damit wir nicht nur Gutes tun, sondern auch darüber reden können.

LANDESVORSTAND

Mit den Ergebnissen der Arbeitsgruppen des Parteitags befassten sich unter dem Motto „Polarisierung – Profil – Präsenz“ am 22. Februar 2020 auch nochmals der Landesvorstand und der Vorstand der SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen in einer gemeinsamen Klausur. Zentrales Thema war dabei die Frage: Was müssen wir tun, um die Menschen in Bremen und Bremerhaven wieder von der SPD zu überzeugen? Es wurden in dieser Sitzung mit aktiver Beteiligung des Präsidenten des Senats gemeinsam Verfahren und Maßnahmen zur internen und öffentlichen Information und Kommunikation verabredet, die nun Leitlinien für die weitere gemeinsame Arbeit mit Blick auf die nächste Bürgerschaftswahl im Jahr 2023 sind.

Weil gerechte Politik für uns bedeutet, dass wir nicht auf dem Rücken kommender Generationen leben, sondern in die Zukunft investieren wollen und dafür die Finanzierung öffentlicher Aufgaben solidarisch gestalten müssen, haben wir dies mit dem Beschluss „Investitionspakt 2040!“ vom 20. September 2019 als Antrag an den Bundesparteitag noch einmal deutlich gemacht.

Auch auf die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der Bundesvereinigung des VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten) hat der Landesvorstand schnell reagiert. Neben der Verabschiedung einer Solidaritätserklärung forderte er am 13. Dezember 2019 Olaf Scholz als Bundesfinanzminister auf, klare Regeln zu erlassen, damit politische Haltung und demokratisches Engagement gemeinnützig bleiben.

BÜRGERSCHAFTSWAHL AM 26. MAI 2019

Konzeption und Strategie, die Produkte und Medien, die Vorhaben und Veranstaltungsplanung des Wahlkampfes wurden in der Partei offen und transparent wie nie zuvor vorgestellt und diskutiert. Die Landesvorsitzende, der Spitzenkandidat und der Fraktionsvorsitzende sowie Landesgeschäftsführer befanden sich in einem ständigen intensiven Austausch untereinander und mit der Agentur in regelmäßigen Sitzungen und Telefonkonferenzen, der Landesvorstand und seine Gäste wurde in seinen Sitzungen kontinuierlich zum Stand der Kampagne informiert, ebenso die Unterbezirke.

Am 26. Januar 2019 führten wir für alle aktiven Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zur weiteren Binnenmobilisierung und zur Einstimmung auf unsere Kampagne ein eintägiges Campaign-Camp durch. Der PR- und Kommunikationsberater Wolfgang Nafroth begeisterte geradezu mit seinem Vortrag „Aktiv vor Ort“ und Mathias Richel von der Agentur Richel/Staus, unserer Kampagnenagentur, präsentierte die Vorhaben auf dem Social Media-Feld. Der Besuch des Camps war überaus gut und die Teilnehmenden sind vom Camp hoch motiviert nach Hause gefahren.

Zentrales Vorhaben im Wahlkampf war es, mit den Wählerinnen und Wählern ins direkte Gespräch zu kommen, bestenfalls vor Ort in den Stadtteilen und Quartieren bei vielen kleinteiligen Aktivitäten, aber auch mit einer breit angelegten und modernen von der Agentur begleiteten Social Media Kampagne über Facebook, Instagram und Twitter.

Um der dezentralen Anlage des Wahlkampfes auch tatsächlich Raum zu geben, haben wir uns bei den zentralen Großveranstaltungen ganz bewusst beschränkt auf unsere Auftaktveranstaltung „Herzensangelegenheit – #WIR LIEBEN BREMEN“ mit der damaligen Parteivorsitzenden Andreas Nahles und Carsten Sieling am 26. April 2019 im Bremer BLG Forum sowie dem bundesweiten Finale des Europawahlkampfes der SPD. Zu dieser Veranstaltung unter dem Motto „Kommt zusammen! Für Bremen und Europa“ hatte sich mit Andrea Nahles, der damaligen Parteivorsitzenden und Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, den damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und Ralf Stegner, Außenminister Heiko Maas, Generalsekretär Lars Klingbeil, dem Juso-Vorsitzenden Kevin Kühnert, den Spitzenkandidaten-Duo zur Europawahl, Katarina Barley und Udo Bullmann, fast die gesamte Parteispitze auf dem Bremer Marktplatz versammelt. Selbstverständlich waren auch Carsten Sieling und Joachim Schuster dabei. Der Wahlkampfauftakt in Bremerhaven fand am 2. Mai 2019 im t.i.m.e Port II mit Stephan Weil statt.

Die Bundesministerinnen und Bundesminister Franziska Giffey, Swenja Schulze, Hubertus Heil und Olaf Scholz waren in den Wahlkampfwochen alle mindestens einmal im Land Bremen zu Fach- und Zielgruppen-Veranstaltungen und unterstützen damit unseren Wahlkampf auf der inhaltlichen Ebene.



Stärkster Konkurrent der SPD war bis zum Schluss die CDU mit ihrer auf dem „unkonventionellen“ Spitzenkandidaten Carsten Meyer-Heder beruhenden Kampagne. In den Umfragen gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen, das 14 Tage vor der Wahl von der CDU angeführt wurde. Die Grünen kokettierten offen mit einer Bremer „Schwampel“ und wiesen mehr als deutlich darauf hin, dass sie einer „Wechselstimmung“ nicht im Wege stünden. In dieser Situation musste für einen Ruck gesorgt werden, der Klarheit schafft, der Medienbeachtung findet, der uns eine veränderte, zugespitzte Kommunikation eröffnet und der unseren Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern einen neuen starken Motivationsschub gibt! Deshalb hat Carsten Sieling in Abstimmung mit der Landesvorsitzenden und mit dem Fraktionsvorsitzenden zehn Tage vor der Wahl, dem Landesvorstand eine klare Positionierung vorgeschlagen, die im Landesvorstand einmütige Zustimmung fand: „Die Demokratie braucht Alternativen und Bremen braucht eine soziale Regierung. Die SPD steht für das soziale und weltoffene Bremen. Wir erteilen einer Koalition mit der CDU eine Absage, weil mit der kein Staat zu machen ist.“

In der letzten Wahlkampfwoche wurde diese klare Haltung „Ja zu einem fortschrittlichen Mitte-Links-Bündnis, Jamaika-Bündnis verhindern“ offensiv vertreten. Die CDU ist dennoch – ein stetiger Stachel – stärkste Kraft geworden. Doch ohne diese Klarheit, ohne diesen „Game-Changer“, wäre es für die SPD wahrscheinlich noch schwieriger geworden.

EUROPAWAHL AM 26. MAI 2019

Bei den Beratungen der Bundesparteisitze mit allen SPD-Landesvorsitzenden zur Aufstellung der Bundesliste für das Europaparlament ist es der Bremischen Parteisitze gelungen, für ihren Europaabgeordneten Joachim Schuster einen sehr guten Listenplatz zu erkämpfen: Mit Platz 16 konnte der großartige Platz 21 der letzten SPD-Wahlliste sogar nochmals verbessert werden. Damit konnte letztlich erreicht werden, dass das Land Bremen weiterhin eine – und zwar allein eine sozialdemokratische! – Stimme in Europa behält.

Der Europawahlkampf mit unserem Bremer Kandidaten, dem Europaabgeordneten Joachim Schuster, war im Land Bremen in den Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl eingebettet und gerade nicht singulär angelegt. So gab es auch einen gemeinsamen Flyer von Joachim Schuster und Carsten Sieling für Bremen und von Joachim Schuster und Martin Günthner, unserem Spitzenkandidaten zur Bürgerschaftswahl im Wahlbereich Bremerhaven, für Bremerhaven. Die Landespartei hat Joachim Schuster ein Elektrofahrzeug als „Europamobil“ zur Verfügung gestellt, mit dem er mehrere Wochen im Land Bremen unterwegs war und entsprechend der Wahlkampfstrategie die vielfältigsten Veranstaltungen und Aktionen vor Ort besuchte.

Nachdem das SPD-Ergebnis bei der Europawahl am Wahlabend selbst noch keine sicheren Schlüsse auf den Einzug von Joachim ins Europaparlament zuließ, stand nach langem Zittern schließlich doch fest, dass sich die Anstrengungen gelohnt haben und mit Joachim Schuster wieder ein bremischer Sozialdemokrat in Brüssel die Interessen der Menschen vertritt, die sich eine soziale und demokratische Weiterentwicklung Europas wünschen, und der den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen und Bremerhaven stets ein verlässlicher Ansprechpartner war und auch in der kommenden Legislatur sein wird.

Anders als bei der Bürgerschaftswahl war die SPD mit 24,5 Prozentpunkten bei der Europawahl die stärkste Partei, vor Bündnis 90/Die Grünen mit 22,7 Prozent und die CDU erreichte mit 21,9 Prozentpunkten im Land Bremen nur den 3. Rang. Nur im Land Bremen wird die SPD zur Europawahl 2024 die Liste 1 bilden, dies ist ein wichtiges Zeichen für unseren Anspruch, wieder eine gute Bremer Platzierung auf der SPD-Bundesliste zu erlangen, wir werden darum kämpfen.



*Das bundesweite Finale des Europawahlkampfes und gleichzeitig Endsprint zu den Wahlen in Bremen fand am 24. Mai 2019 unter dem Motto „Kommt zusammen! Für Bremen und Europa“ auf dem – gut gefüllten – Bremer Marktplatz statt.
Foto: SPD Land Bremen*

AUSGANG DER BÜRGERSCHAFTSWAHL AM 26. MAI 2019

Trotz aller Anstrengungen war das Wahlergebnis bitter. Die SPD hat im Land Bremen eine historische Niederlage erlitten: Erstmals Partei seit 1946 nicht die stärkste Kraft in der Bremischen Bürgerschaft, im Vergleich zur Wahl 2015 8 Prozentpunkte verloren. Das Wahlergebnis zeigt, dass es der CDU gelang, neue Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren, die sie vor vier Jahren noch nicht erreichte, während die Ergebnisse anderer Parteien relativ unverändert blieben und selbst der Verlust an absoluten Stimmen bei der SPD gering war.

Die Bremer SPD wird hart daran arbeiten müssen, bei den Wählerinnen und Wählern das Vertrauen zurückzugewinnen, das offensichtlich verloren gegangen ist. Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit, für die Rechte der Menschen, die oft genug am Rande unserer Gesellschaft stehen. Wir stehen nicht für neoliberale Ideen, sondern für Soziale Gerechtigkeit. Wir müssen an der Seite der Gewerkschaften stehen, an der Seite der Geringverdiener, der alleinerziehenden Mütter und der Rentnerinnen und Rentner, an der Seite der Geflüchteten. Und damit sind nur Beispiele genannt. Wir treten ebenso ein für Transparenz, Weltoffenheit und Toleranz, für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

Aber diese hehren Ideale müssen auch nach außen hin deutlich werden, das dürfen keine leeren Luftblasen sein, sondern müssen in unseren politischen Forderungen und in unserem Handeln deutlich werden.

VERHANDLUNGEN MIT DEN GRÜNEN UND LINKEN ZUR BILDUNG EINER NEUEN BREMER REGIERUNGSKOALITION

Nach der herben Schlappe bei der Bürgerschaftswahl wurden, wie zu erwarten, Stimmen laut, die von einem „natürlichen Regierungsbildungsauftrag der CDU“ sprachen und der SPD vornehme Zurückhaltung empfahlen. Auch in den Diskussionsveranstaltungen, die wir intern als Bremer SPD in den Tagen nach der Wahl als „Wahlnachlese“ durchgeführt haben, wurde diese Frage durchaus kritisch angesprochen. Aber die klare Mehrheitsmeinung in der Partei war, wir sind bei der Wahl



Hart aber fair – nach intensiven Verhandlungen steht die Koalitionsvereinbarung. Fröhliche Gesichter nach der Zeremonie der Vertragsunterzeichnung am 13. August 2019 im Bremer Presse Club. Mit ihren Unterschriften besiegelten die Spitzen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei die Linke das progressive Mitte-Links-Bündnis. Foto: SPD Land Bremen

angetreten, um Politik in Bremen und Bremerhaven zu gestalten, um das Leben der Menschen in unserem Bundesland besser zu machen. Die SPD war und ist bereit, Verantwortung zu tragen für eine soziale und wirtschaftlich erfolgreiche Politik in unserem Bundesland und unseren beiden Städten.

Dieser Gestaltungsanspruch wurde nach der Wahl nicht ad acta gelegt, sondern wir haben den Rücken geradegemacht und daran gearbeitet, eine Regierung für das Land Bremen auf die Beine zu stellen, die gute Politik für die Menschen in Bremen und Bremerhaven macht. Mit diesem unserem Gestaltungsanspruch hat die SPD den Anspruch erhoben, zu regieren, und hart daran gearbeitet, ein Regierungsbündnis zu schmieden, um mit diesem für Bremen und Bremerhaven eine Mitte-Links-Regierung mit klarer sozialdemokratischer Handschrift anzuführen.

Dass dies kein leichtes Unterfangen werden würde, zeigten bereits die Sondierungsgespräche mit Grünen und Linken, der Landesvorstand hatte hierfür ein Papier mit den sozialdemokratischen Schwerpunkten vorbereitet. Letztlich haben die Landesvorstände von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke im Anschluss an die Sondierungsphase die Aufnahme von Koalitionsgesprächen empfohlen, die dann mit aller Kraft geführt wurden. In nur knapp drei Wochen mit sieben eigentlichen Verhandlungstagen, Sitzungen der acht Facharbeitsgruppen mit Expertinnen und Experten der Koalitionsparteien, dazwischen immer wieder, letztlich unzählige Abstimmungsrunden unter den Koalitionsparteien, aber auch SPD-intern. Oftmals reihten sich die Termine von frühmorgens bis tief in die Nacht, schließlich konnten die Koalitionsverhandlungen in diesem Kraftakt in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 2019 erfolgreich abgeschlossen werden.

Nachdem die Landesvorstände aller drei Verhandlungsparteien dem ausgehandelten Koalitionsvertrag zugestimmt hatten, präsentierte die SPD das Ergebnis einem Landesparteitag. Dieser beschloss am 7. Juli 2019 ohne Gegenstimme und bei lediglich 4 Enthaltungen die Koalitionsvereinbarung, auf deren Grundlage wir als stärkste politische Kraft in der Koalition nun in der neuen Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft die Chance nutzen werden, gemeinsam mit den Koalitionspartnern unser Land sozial, ökologisch nachhaltig, wirtschaftlich erfolgreich und weltoffen zu gestalten.

PERSONELLE NEUAUFSTELLUNG

Am Tag nach erfolgreichem Abschluss der Koalitionsverhandlungen entschied sich Carsten Sieling, nicht als Bürgermeister und Präsident des neuen rot-grün-roten Senats zur Verfügung zu stehen, sondern durch eine personelle Neuaufstellung an der Spitze des Senats den Weg freizumachen, zu einem Neuaufbruch. Für diese Entscheidung, mit der er den zukünftigen Erfolg dieses neuen Bündnisses und einen sozial-ökologischen Aufbruch unseres Bundeslandes mit einer starken Sozialdemokratie ins Zentrum stellte, gebührt Carsten Sieling unser hoher Respekt. Für all das, was er für unser Bundesland bereits heute geleistet hat – und noch in anderen politischen Funktionen leisten wird – ist ihm die Bremer SPD zu großem Dank verpflichtet.

Am 15. August 2019 wurde der erste rot-grün-rote Senat von der Bürgerschaft der Freien Hansestadt Bremen gewählt. Zum Präsidenten des Senats und Bürgermeister wurde der hierfür vom Landesvorstand vorgeschlagene und vom Landesparteitag mit breiter Mehrheit nominierte Andreas Bovenschulte gewählt. Die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Senats sind neben Andreas Bovenschulte, der auch die Ämter des Senators für Kultur und des Senators für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften verantwortet, Claudia Bogedan als Senatorin für Kinder und Bildung, Ulrich Mäurer als Senator für Inneres, Claudia Schilling als Senatorin für Wissenschaft und Häfen sowie als Senatorin für Justiz und Verfassung und Olaf Joachim als Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen beim Bund.

Nicht mehr dem Senat angehört der Bremerhavener Martin Günthner, der bereits vor Beginn der Koalitionsverhandlungen seinen Verzicht erklärte und zurück in die Bürgerschaftsfraktion kehrte, deren stellvertretender Vorsitzender er nun ist. Auch Eva Quante-Brandt als Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz und zuvor als Bildungssenatorin ist aus dem Senat ausgeschieden und gehört nun ebenfalls als Abgeordnete zur Bürgerschaftsfraktion. Und wir danken Ulrike Hiller für ihre fast siebenjährige Arbeit für unser Land als Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund und für Europa – auch sie gehört dem Senat nicht mehr an.

Nachdem nach der Bürgerschaftswahl zunächst Andreas Bovenschulte von der SPD-Bürgerschaftsfraktion am 24. Juni 2019 zu ihrem Vorsitzenden gewählt worden war, wurde nach der Senatswahl Mustafa Güngör am 19. August 2019 zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt, er setzte sich in einer knappen Entscheidung gegen die Mitbewerberin Antje Grotheer durch.

Dass diese personelle Neuaufstellung in großer Geschlossenheit und Solidarität gelungen ist, ist ein starkes Signal für den Zukunftswillen der ganzen Bremer Sozialdemokratie.

PERSONELLE NEUAUFSTELLUNG PARTEIVORSITZ

Nächstes einschneidendes Ereignis war nach dem erneuten Rückschlag bei der Europawahl ganz sicher der Rücktritt von Andrea Nahles als Partei- und Fraktionsvorsitzende im Juni 2019. Nach durchaus auch schmerzlichen Geschehnissen war dies folgerichtig, auch wenn es beschämend bleibt, wie sich Teile der Partei und der Fraktion erlaubt haben, mit Andrea Nahles umzugehen. Der Rückzug von Andrea Nahles zwang die Partei zu einer erneuten personellen Neuaufstellung auf der Bundesebene. Der Parteivorstand mit den kommissarischen Vorsitzenden Manuela Schwesig, Malu Dreyer und Thorsten Schäfer-Gümbel forderte offen zu Kandidaturen für den Parteivorsitz auf und eröffnete auch die Möglichkeit, dass die Partei in Zukunft von einem Vorsitzenden-Duo, einer Frau und einem Mann, geführt wird. Die Entscheidung sollte per Mitgliedervotum fallen, nötigenfalls in einem zweistufigen Verfahren mit Stichentscheid.



Skepsis hinsichtlich des Formats und der länglichen Zeitschiene bestand zuvor durchaus, doch das Verfahren mit 23 Regionalkonferenzen zur Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber für das Amt der Parteivorsitzenden war überaus erfolgreich. Am 8. September 2019 kamen fast 600 Genossinnen und Genossen zur Bremer Regionalkonferenz und den Saal im Bürgerzentrum Neue Vahr bis wahrhaft auf den letzten Platz. Foto: SPD Land Bremen

Für diese breite Mitgliederbeteiligung über ein zweistufiges Mitgliedervotum und mit insgesamt 23 Regionalkonferenzen zur Vorstellung der Kandidierenden und zur Diskussion mit ihnen – letztlich stellten sich acht Kandidierenden-Teams je mit Mann und Frau dem Mitgliedervotum, der einzige Einzelbewerber zog im Laufe der Regionalkonferenzen seine Kandidatur zurück – brauchte es Zeit. Eine der 23 Regionalkonferenzen fand selbstverständlich auch in Bremen statt: Am 8. September 2019 kamen fast 600 Genossinnen und Genossen ins Bürgerzentrum Neue Vahr und erlebten eine spannende Debatte, die die zuvor durchaus vorhandene Kritik am Format schnell verstummen ließ. Im ersten Durchgang des Mitgliedervotums, die Auszählung fand am 26. Oktober 2019 statt, konnte keines der Kandidierenden-Teams eine absolute Mehrheit erreichen: Saskia Esken/Norbert Walter-Borjans mit 21,04 Prozent und Klara Geywitz/Olaf Scholz mit 22,68 Prozent stellten sich nunmehr dem Stichentscheid, aus dem am 30. November 2019 schließlich Saskia Esken/Norbert Walter-Borjans mit 53,06 Prozent als Siegerin und Sieger hervorgingen, während Klara Geywitz/Olaf Scholz lediglich 45,33 Prozent erreichten. Dem Ausgang des Mitgliedervotums folgend wurden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans schließlich am 6. Dezember 2019 auf dem vom Bundesparteitag zu den neuen Parteivorsitzenden gewählt.

Dieser Parteitag fasste auch wichtige programmatische Beschlüsse zur Neuaufstellung unserer Partei: So wurde im neuen Sozialstaatskonzept nun endlich die Überwindung des Hartz IV Systems ausdrücklich beschlossen, und auch die sozialdemokratische Kindergrundsicherung, auf die die Bremer SPD schon länger gedrängt hatte, findet sich im beschlossenen Konzept. Aber auch die programmatischen Beschlüsse zur SPD als Friedenspartei, als Partei der Guten Arbeit, des Sozialen Zusammenhalts überhaupt und als Partei des nachhaltigen Fortschritts, entsprechen der grundsätzlichen Linie der SPD im Land Bremen.

DAS JAHR 2020

In den ersten Wochen bis Ende Februar 2020 fanden in den Ortsvereinen noch planmäßig die Jahreshauptversammlungen mit den Vorstands- und Organisationswahlen statt, dann ergriff die Corona-Pandemie das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben und erzwang schließlich für mehrere Wochen den ersten Lockdown.

Die für die 2. Märzhälfte vorgesehenen Unterbezirksparteitage und damit auch der zunächst für den 9. Mai 2020 vorgesehene ordentliche Landesparteitag mussten verschoben werden.

DIGITALISIERTE POLITISCHE ARBEIT

Nicht ahnend, wie vorausschauend die Entscheidung war, wurden alle Mitarbeiter:Innen der Partei im Landesbüro und in den Unterbezirken zum Beginn des Jahres 2020 technisch zum mobilen Arbeiten ausgestattet, so konnte im März der Schalter einfach auf „Homeoffice“ umgelegt werden. Der Landesvorstand tagte am 6. April 2020 erstmalig in Form einer Videokonferenz und zeigte damit seine Arbeits- und Handlungsfähigkeit auch unter diesen erschwerten Bedingungen. In der virtuellen Zusammenkunft wurde intensiv über die sozialdemokratischen Schwerpunkte für den vom Senat für die Jahre 2020/2021 vorgelegten Haushaltsentwurf für die Freie Hansestadt Bremen diskutiert und einstimmig der Beschluss „In Zahlen gegossene Politik für die Menschen in Bremen und Bremerhaven – mit dem Haushalt 2020/2021 setzen wir klare sozialdemokratische Schwerpunkte!“ gefasst.

Am 8. Mai 2020 fand die zweite WebEx-Videokonferenz des Landesvorstandes statt. Aus aktuellem Anlass wurde der Beschluss „Abzug aller Atomwaffen von deutschem Boden“ gefasst. Im Zentrum stand die Diskussion des Erfordernisses von Konjunkturimpulsen auf der Bundes- und Landesebene nach der Corona-Pandemie.

Es folgte ein gemeinsamer Brief mit dem CDU-Landesvorsitzenden Carsten Meyer-Heder an die Bundesregierung mit der Forderung eines Solidarpaktes einschließlich einer Altschuldenregelung für die Kommunen im Rahmen des geplanten Konjunkturpakets zur wirtschaftlichen Belebung nach dem Corona-Lockdown. Und der Koalitionsausschuss in Berlin am 2./3. Juni brachte mit dem 130 Mrd.-Konjunkturpaket auch viel Positives für die Kommunen – aber nicht die ersehnte Altschuldenregelung.

Am 19. Juni 2020 tagte der Landesvorstand erneut im Rahmen einer Videokonferenz. Er diskutierte mit der Radio Bremen Intendantin Dr. Yvette Gerner zum Thema „Rolle der öffentlich-rechtlichen Medien in postfaktischen Zeiten mit Fake News und Verschwörungstheorien“. Ein weiterer TOP war die Umsetzung des Konjunkturprogramms des Bundes im Land Bremen und die Verzahnung mit dem Bremer Konjunkturfonds, hierzu berichtete Bürgermeister und Präsident des Senats, Andreas Bovenschulte. In die Videokonferenz schaltete sich auch der Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans zu. Der Landesvorstand fasste einstimmig den Beschluss „SPD LAND BREMEN begrüßt das Konjunkturprogramm der Bundesregierung“.

Zu einer ersten Präsenzsitzung nach den Monaten der Kontakteinschränkungen zur Eindämmung der Verbreitung des Corona-Virus kam der Landesvorstand im Kreis seiner stimmberechtigten Mitglieder am 10. Juli 2020 zusammen. In der Sitzung stellte der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion/Land Bremen, Mustafa Güngör, den von der Bürgerschaft in dieser Woche beschlossenen Haushaltsplan für die Freie Hansestadt Bremen vor. Der Landesvorstand konnte erfreut feststellen: Mit dem ersten Doppelhaushalt der Rot-Grün-Roten Koalition ist es für die Jahre 2020 und 2021 gelungen, klare sozialdemokratische Schwerpunkte zu setzen und damit das Leben der Menschen in Bremen und Bremerhaven besser zu machen. Wir haben erstmals über eine Milliarden Euro für unsere Kitas und Schulen bereitgestellt und damit allein den Etat für Kinder und Bildung um über 200 Millionen Euro erheblich gesteigert. Wir haben einen klaren Akzent auf lebendige Quartiere gesetzt, mit der Aufstockung der WiN-Mittel, mit mehr Geld für Jugend- und Altenarbeit, mit dem Einsatz für sichere und saubere Stadtteile und mit dem ressortübergreifenden Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ und dem Quartiers-Innovationsfonds. Gleichzeitig haben wir den Wissenschaftsbereich in unserem Land gestärkt und mehr Geld für unsere Hochschulen bereitgestellt.

Damit war eine gute Basis für die Flyer-Kampagne zum verabschiedeten Haushalt 2021/2022 geschaffen. Es wurden – großer Dank an die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften! – in einer kleinen Info-Kampagne mit Infoständen, direkten Verteilungen und Briefkastenstecken zwischen den Corona-Lockdowns im Frühherbst 2020 in Bremen 40.000 Stück und in Bremerhaven 10.000 Stück des von der Landesorganisation herausgegebenen Flyers „ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN: INFORMATIONEN ZUM HAUSHALT 2020/2021(Bremen)“ bzw. „ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN: INFORMATIONEN ZUM HAUSHALT 2020/2021 (Bremerhaven)“ verteilt.

Die eigentlich für den März 2020 vorgesehenen Parteitage der Unterbezirke konnten aufgrund der anhaltenden Versammlungsbeschränkungen zur Eindämmung der Ausbreitung der Corona-Pandemie auch nicht im Mai 2020 stattfinden. Sie fanden schließlich am 29. August (Bremen-Nord und Bremerhaven) und am 5. September (Bremen-Stadt) in Präsenz statt. Der bereits zweimal verschobene und nun für den 10. Oktober 2020 vorgesehene ordentliche Landesparteitag musste Corona-bedingt leider wenige Tage vor dem Termin erneut, nun ins Jahr 2021, verschoben werden.

Da alle Anträge bereits in der Antragskommission zum Landesparteitag beraten und mit einer Beschlussempfehlung des Landesvorstandes versehen waren, hat der Landesvorstand in seiner Sitzung am 1. November 2020 beschlossen, mit den Anträgen grundsätzlich wie in seinen Beschlussempfehlungen vorgesehen umzugehen und zu beschließen.



Gemeinsam bestritten sie im Jahr 2021 sehr erfolgreich zwei öffentliche Online-Diskussionsrunden zum Thema „Kita und Schule in Zeiten von Corona“: Senatorin Claudia Bogedan (SPD) und unsere Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp. Nun stehen beide vor neuen Aufgaben. Foto: SPD Land Bremen

Entsprechend dem Anspruch der SPD LAND BREMEN, eine Programmpartei zu sein, beteiligten wir uns selbstverständlich auch an den Debatten zur Erarbeitung des Programms zur Bundestagswahl 2021. Eigentlich sollten die Bremer Programmschwerpunkte mit dem vom Landesvorstand vorgelegten Leitantrag „ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN.“ auf dem Landesparteitag am 10. Oktober 2020 diskutiert werden. Da dieser aber wegen der dynamischen Entwicklung in der Corona-Pandemie ins Jahr 2021 verschoben werden musste und der Landesvorstand die Bremer Forderungen an das SPD-Bundestags-Wahlprogramm dennoch rechtzeitig in den weiteren Erarbeitungsprozess einbringen wollte, hat am 10. November 2020 eine Landesparteikonferenz, die in dieser Zeit nur digital möglich war, stattgefunden, auf der mit vielen interessierten Genossinnen und Genossen die 10 Schwerpunkte für das Programm zur Bundestagswahl 2021 diskutiert wurden. Anschließend hat der Landesvorstand diese als Antrag an den Bundesparteitag in den Erarbeitungsprozess des Programms zur Bundestagswahl auf der Bundesebene eingebracht: „ANPACKEN – ZUKUNFT MACHEN“.

Im Mittelpunkt der digitalen Sitzung des Landesvorstandes am 20. November 2020 stand die Präsentation des Positionspapiers „Pflege neu denken: Bremer Programm „Pflege im Quartier“ des Arbeitskreises „Soziales“.

In der Corona-Pandemie ging und geht es zentral darum, alles zu tun, damit die Ausbreitung des Virus möglichst eingeschränkt wird und unser Gesundheitssystem nicht überfordert wird. Die durch die Pandemie verursachte Krise ist die größte Herausforderung an die Arbeitsmarkt-, die Wirtschafts- und Finanzpolitik und nicht zuletzt auch die Sozialpolitik seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Und insbesondere für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist ein weiteres gesellschaftliches Feld von größter Bedeutung: Die Zukunft der Kinder und Jugendlichen.

Gute Bildung muss auch während der Pandemie für Kinder und junge Menschen gesichert werden. Dazu gehört mehr als nur Wissensvermittlung. Sie brauchen so viel gemeinsame Lern- und Erlebniszeit wie möglich – in der Kita und in der Schule. Dies war der grundsätzliche Standpunkt der Bremer SPD, der im Laufe der Monate immer mehr Unterstützung in den Bundesländern fand. Die Abwägung zwischen Infektionsschutz einerseits sowie möglichst viel Teilhabe und Lernzeit unter

Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Kinder andererseits ist die Grundlage der zu treffenden schwierigen Entscheidungen zu Präsenz-, Distanzunterricht, Notversorgung und Teilgruppen. Am 26. November 2020 haben wir zum Thema „Bildung in Zeiten der Pandemie“ eine Parteikonferenz mit unserer Senatorin für Kinder und Bildung Claudia Bogedan durchgeführt, auf der wir die „Situation der Kindertagesbetreuung und des Schulunterrichts unter den Bedingungen der Corona-Pandemie“ diskutierten. Zum Thema „Kita und Schule in Zeiten von Corona“ haben wir dann Anfang 2021 mit der Senatorin Claudia Bogedan auch zwei öffentliche Online-Diskussionen durchgeführt: die erste Konferenz mit mehr als 600 Teilnehmenden und die zweite Konferenz mit fast 200 Teilnehmenden.

Spannend war in der Sitzung des Landesvorstandes am 11. Dezember 2020 das Gespräch mit der Parteivorsitzenden Saskia Esken, sie war in die Videokonferenz des Landesvorstandes mit seinen ständigen Gästen zugeschaltet, zu einem Strauß von aktuellen Themen. In dieser Sitzung hat Winfrid Brumma für die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) auch das Positionspapier „Neue Gesundheits- und Pflegepolitik vor dem Hintergrund von COVID-19“ der ASG vorgestellt.

VORSTAND DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

gewählt auf dem Landesparteitag am 21. April 2018

Vorsitzende: Sascha Karolin Aulepp, MdBB

Stellvertretende Vorsitzende:

Sarah Ryglewski, MdB, Parl. Staatssekretärin

Uwe Parpart (bis 19. August 2019)

Schatzmeisterin: Gisela Schwellach

Schriftführer: Karl Bronke

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Florian Boehlke

Derik Eicke

Arno Gottschalk, MdBB

Wolfgang Grotheer (bis 13. Dezember 2019)

Janne Herzog

David Ittekkot

Petra Krümpfer, MdBB

Fabian Marx

Brigitte Mollenhauer

Elena Reichwald

Ute Reimers-Bruns, MdBB

Uwe Schmidt, MdB

Landesgeschäftsführer: Roland Pahl

MdB = Mitglied des Deutschen Bundestags

MdBB = Mitglied der Bremischen Bürgerschaft

JAHRESAUFTAKT-KLAUSUR DES LANDESVORSTANDES 2019

Unter dem Zeichen der schwierigen Lage der Partei auf Bundesebene stand bereits die Jahresauftakt-Klausur 2019 der SPD Niedersachsen. Diese inzwischen zur Tradition gewordene Veranstaltung zu Beginn eines jeden Jahres soll den Blick auf die jeweils aktuelle Lage richten und Orientierung für die bevorstehenden 12 Monate oder auch darüber hinaus liefern. Es treffen sich auf dieser Klausur der SPD-Landesvorstand, der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion sowie die Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen.

Bereits Anfang 2019 stand die Frage im Raum, wie es die SPD im Bund schaffen kann, aus der Situation herauszukommen, in der jede Sachfrage zu einer Frage über den Fortbestand der GroKo gemacht wurde. Einig war man sich, dass die Partei sich inhaltlich wie organisatorisch erneuern müsse. Dies sei auch wichtig vor dem Hintergrund der anstehenden vier Landtags- und der Europawahlen. Auch wenn sich die SPD bei schlechten Umfragewerten bewege, dürfe sie ihren Anspruch nicht aufgeben, Volkspartei zu sein. Die Themen Arbeit und Umwelt müssten „unter einen Hut gebracht werden“, wenn man eine sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels formulieren wolle. Die SPD müsse zudem auf Bundesebene ihr Profil schärfen. An einer solchen Forderung bestehe gerade auch aus niedersächsischem Blickwinkel ein großes Interesse.

Ein weiteres Thema der Jahresauftakt-Klausur widmete sich der Frage der Repräsentanz von Frauen in den politischen Gremien. Ein Vortrag von Frau Professor Dr. Silke Laskowski von der Universität Kassel machte noch einmal die erschreckende Lage deutlich: Frauenanteil Bundestag – 30,7 %, Länderparlamente – ca. 30 %, Kommunalparlamente – ca. 25 %, zum Teil mit sinkender Tendenz. Laskowski plädierte daher für Wahlkreisduos mit je einer Frau und einem Mann, wobei dies natürlich durch die Zusammenlegung von Wahlkreisen begleitet sein müsse, um nicht die Zahl der Abgeordneten in die Höhe zu treiben.

Die SPD Niedersachsen befasst sich seit dieser Klausur mit den Möglichkeiten, ein Parité-Gesetz auf Landesebene auf den Weg zu bringen. In Diskussionen innerhalb der Partei, aber auch mit Fachleuten außerhalb der SPD wurden verschiedene Modelle beleuchtet. Der Stand der Beratungen soll auf dem bevorstehenden Landesparteitag – auch im Rahmen eines Antrages – vorgestellt und diskutiert werden. Darüber hinaus stand die Vorbereitung des Europawahlkampfes im Fokus der Jahresauftakt-Klausur. Die Abgeordneten und Kandidaten, Bernd Lange und Tiemo Wölken, berichteten über den Stand der Wahlkampf-Vorbereitungen und ihre Sorge, dass der Einfluss rechter Parteien auch in diesem Parlament zu wachsen drohe. Es gelte deshalb, die Wahlbeteiligung bei dieser wichtigen Entscheidung deutlich zu steigern.

EUROPA-CAMPAIGN-CAMP

Mit einem „Campaign-Camp“ startete die SPD Niedersachsen am 9. Februar 2019 in den Europawahlkampf. Nach einer Eröffnungsrede durch den Landesvorsitzenden Stephan Weil gab es ein breitgefächertes Programm für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus dem gesamten Bundesland. Im Rahmen von Workshops ging es in unterschiedlichen Angeboten für Einsteiger und Fortgeschrittene um den Einsatz der sozialen Medien, um Möglichkeiten der Pressearbeit,

den Umgang mit rechter Hetze und den sinnvollen Einsatz im Straßenwahlkampf. Parallel zu diesen Workshops wurde eine Diskussions-Arena angeboten. Hier wurden vor allem die inhaltlichen Fragen der Europa-Politik behandelt, damit die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer auch in der Diskussion zu spezifischen Sachfragen bestehen konnten.

ERSTER FRAUENKONGRESS AUS ANLASS DES WELTFRAUENTAGES 2019

Aus Anlass des Weltfrauentages und des Jubiläums 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland veranstaltete die SPD Niedersachsen am 9. März 2019 ihren ersten Frauenkongress. Unter dem Motto „FRAU.MACHT.POLITIK“ waren Frauen aus der SPD aber auch andere Interessierte nach Hannover gekommen, um in verschiedenen Foren zu diskutieren und einem Impulsvortrag von Bundes-Familienministerin Franziska Giffey zu lauschen. Schon in der Begrüßung machte Landesvorsitzender Stephan Weil deutlich, dass man stolz sei auf 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Doch gleichzeitig müsse man feststellen, dass der Frauenanteil in Parlamenten eher rückläufig sei. Diese Entwicklung wolle man unter keinen Umständen hinnehmen und habe deshalb die Diskussion über verschiedene Parité-Modelle angestoßen.

Regelrecht begeistern konnte Franziska Giffey die angereisten Frauen. Sie ermunterte die Frauen, sich im politischen Alltag nicht mit der Verantwortung in der zweiten und dritten Reihe abspeisen zu lassen. Typisch sei, wenn Frauen in so undankbare Ämter wie das der Kassiererin gewählt würden. Frauen müssten mehr in die Parlamente gewählt werden und das erfordere erhebliche Beharrlichkeit. Was für die Politik gelte, müsse zudem auch in der Wirtschaft Anwendung finden. So befürwortete Franziska Giffey beispielsweise gesetzliche Regelungen für Unternehmensvorstände, Frauenförderpläne zu entwickeln.

Mit dem Frauenkongress wurde gleichzeitig der Startschuss für ein Mentorinnen-Programm abgegeben, das über zwei Jahre in Niedersachsen stattfindet. 50 Mentees werden im Rahmen dieses Programm von einer ebenso großen Zahl von Mentorinnen an die Hand genommen und auf ihrem Weg in mögliche zukünftige politische Ämter und Mandate begleitet und unterstützt.



Erster Frauenkongress aus Anlass des Weltfrauentages 2019. Foto: SPD Niedersachsen

NEUMITGLIEDER-EMPFANG 2019

Mehr als 100 Personen aus ganz Niedersachsen folgten der Einladung des SPD-Landesverbandes zum zweiten Neumitglieder-Abend am 22. März 2019 in Hannover. Durch dieses Angebot soll allen Neueingetretenen signalisiert werden: Wir nehmen eure Mitgliedschaft nicht als Selbstverständlichkeit hin, wir begrüßen euch herzlich in unseren Reihen und bieten Möglichkeiten zur Mitwirkung. Den Auftakt machte Generalsekretär Lars Klingbeil in seiner Begrüßung der angereisten Gäste. Er freute sich über viele neue Gesichter in den Reihen der SPD, auch wenn der Wind der Partei derzeit scharf ins Gesicht blase. Seit dem letzten Neumitglieder-Empfang Anfang 2018 waren insgesamt 3.000 Menschen neu oder wieder in die SPD eingetreten.



Neumitglieder-Empfang 2019. Foto: SPD Niedersachsen

Im Anschluss an die Begrüßung durch Lars Klingbeil konnten sich die Neumitglieder mit ihren Fragen, Anregungen und auch Kritik an die beiden Europaabgeordneten, Bernd Lange und Tiemo Wolken, an Generalsekretär Lars Klingbeil und an Kultusminister Grant Hendrik Tonne wenden. Hierzu wurden drei Gesprächsinseln angeboten, die einen unmittelbaren Austausch in kleinen Gruppen möglich machten. Zum Abschluss der Veranstaltung gab es einen Austausch mit Stephan Weil. Unter dem Motto „Auf ein Wort“ konnten alle Anwesenden ihre Fragen an den Landesvorsitzenden loswerden.

LANDESPARTEIRAT AM 30. MÄRZ 2019

Die erste turnusgemäße Sitzung des Landesparteiirates im Jahre 2019 fand am 30. März statt. Die derzeitige Satzungslage schreibt vor, dass in Jahren ohne Landesparteitag mindestens zwei Sitzungen des Landesparteiirates stattfinden müssen. Auf der Tagesordnung stand u. a. eine kleine Zahl von Anträgen, die überwiegend einstimmig angenommen wurden. Darüber hinaus sprach Landesvorsitzender Stephan Weil zur Lage der SPD vor der Europawahl. Er machte noch einmal deutlich, dass gerade das Thema Europa unverwechselbar für die Linie der SPD stehe und geradezu zu ihrer DNA gehöre. Wohin dagegen Populismus führe, zeige in besonderer Weise das Beispiel Groß Britanniens mit dem drohenden Brexit, der in der Zwischenzeit Realität geworden ist. Neben der Europawahl stünden in Niedersachsen vielerorts auch HVB-Wahlen an, die zu einer zusätzlichen Bedeutung des Wahltages führten.

EUROPAWAHL UND HVB-WAHLEN 2019

Mit einem niederschmetternden Ergebnis endete die Europawahl am 26. Mai 2019. Mit einem Stimmenanteil von lediglich 15,8 Prozent bundesweit landete die SPD auf Platz 3 hinter Union und Grünen. Dies bedeutete einen Verlust von 11,4 Prozent gegenüber der Wahl fünf Jahre zuvor. In Niedersachsen war das Ergebnis zwar etwas besser, aber ein Anteil von 20,9 Prozent bedeutete landesweit ebenfalls den dritten Platz in der Parteienreihenfolge. Das einzig Erfreuliche dieser Wahl war, dass die Wahlbeteiligung bundesweit um 13,3 Prozent anstieg und die AfD in Niedersachsen mit 7,9 Prozent deutlich unterhalb der Zweistelligkeit gehalten werden konnte.

Bei den gleichzeitig stattfindenden Bürgermeister-, Oberbürgermeister- und Landratswahlen konnten einige Erfolge im ersten Wahlgang erzielt werden. Aber auch der besonders hervorzuhebende Sieg von Uwe Santjer in Cuxhaven kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die HVB-Wahlen insgesamt nicht die Ergebnisse brachten, die wir uns nach intensivem Wahlkampf gewünscht hätten.

LANDESPARTEIRAT NOVEMBER 2019

Die zweite turnusgemäße Sitzung des Landesparteirates im Jahre 2019 fand am 23. November in Hannover statt. Landesvorsitzender Stephan Weil erklärte in seiner Rede vor den Delegierten, Vorstandsmitgliedern und Gästen, das Jahr 2019 sei eines der schwierigsten in der Geschichte der SPD gewesen. Niederschmetternde Ergebnisse bei Landtagswahlen und der Europawahl, der Rücktritt der Parteivorsitzenden und eine lange Phase der Selbstbeschäftigung mit der Nachfolgefrage. Herbe Niederlagen seien zudem der Ausgang der Oberbürgermeisterwahl in Hannover und auch in Emden gewesen. Bei den Gründen dürfe man nicht nur in Richtung Bundesebene schauen. Umso erfreulicher seien die Wahl von Uwe Santjer zum Oberbürgermeister von Cuxhaven und die Wahl von Kristian Kater zum Bürgermeister von Vechta. Trotz einer aktuellen Umfrage, welche die SPD auf Platz 3 sehe, gebe es nach wie vor die Möglichkeit einer rot-grünen Mehrheit im Lande. Erfreulich sei auch die nach wie vor deutliche Ablehnung gegenüber der AfD in Niedersachsen. Für die SPD komme es jetzt auf eine klare Orientierung an, um die Wende zu meistern. Klimaschutz sei aktuell das Thema Nummer 1. Von hoher Priorität bei vielen Menschen seien ebenso die Fragen des öffentlichen Personennahverkehrs. Das Thema Flüchtlinge habe dagegen spürbar an Bedeutung verloren. Sogar die Bildungspolitik sei durch die Forderung nach mehr Klimaschutz von Platz 1 der landespolitischen Themen verdrängt worden.

Neben dem Leitantrag „Niedersachsen zum Klimaschutzland Nr. 1 machen“ stellte der stv. Landesvorsitzende Olaf Lies eine Resolution unter dem Titel „Energiewende braucht die Windenergie – Windenergie braucht Gute Arbeit“ vor. Diese Resolution hatte Olaf Lies vor dem Hintergrund der aktuellen dramatischen Entwicklungen in der Windkraft-Branche und den Entlassungen bei Enercon formuliert. Olaf Lies erklärte, es müsse gelingen, das Thema Klimaschutz zu einem eindeutig sozialdemokratischen zu machen. Die SPD könne nicht die Forderung aufzustellen, morgen einfach alles abzuschalten, was klimaschädlich sei. Aber wir seien die letzte Generation, die konsequent etwas gegen den Klimawandel tun könne, mahnte Lies. Niedersachsen sei das erste Bundesland, das den Klimaschutz in die Verfassung aufgenommen habe. Und auch das Klimapakete auf Bundesebene trage eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Lies unterstrich, wenn es nicht gelinge, die bis 2030 gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen, würden Milliarden an Strafzahlungen fällig. Von der Windenergie müssten auch die Kommunen profitieren und allein durch 1000 Meter Abstand zu den Anlagen werde man keine Akzeptanz erreichen. Lies warnte eindringlich, man dürfe nicht nur auf die hören, die laut seien. Befragungen zeigten, dass 82 % der Menschen sich für den Ausbau der Windenergie aussprechen. Uneingeschränkte Solidarität gelte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Firma Enercon, die von Entlassungen und Werkschließungen bedroht seien. Gerade in schwierigen Zeiten seien Betriebsräte und Gewerkschaften unersetzlich. Das müsse endlich auch eine Weltfirma wie Enercon begreifen.

Neben dem Leitantrag und der Resolution lag dem Landesparteierrat eine große Zahl weiterer Anträge vor. Das größte Antragskapitel machte – nicht überraschend – der Themenkomplex Umweltpolitik aus. Die Delegierten und Vorstandsmitglieder folgten überwiegend mit großen Mehrheiten und vielfach einstimmig den Empfehlungen der Antragskommission. Dies trug zu einem zügigen Ablauf der Sitzung des Landesparteirates bei und gab vielen Mitglieder der Konferenz die Möglichkeit, sich an der anschließenden großen Kundgebung in Hannover unter dem Titel „Bunt statt braun“ gegen Einschränkungen journalistischer Arbeit anschließen zu können.

JAHRESAUFTAKT-KLAUSUR 2020

Mit einer inhaltlich spannenden und besonders gut besuchten Jahresauftakt-Klausur startete die SPD-Niedersachsen in das neue Jahr. Mehr als 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Landesvorstand, dem Vorstand der SPD-Landtagsfraktion und den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus Niedersachsen trafen sich hierzu am 5. und 6. Februar in der Heimvolkshochschule Springe. Hier wurden die Angereisten persönlich durch Wolfgang Jüttner, den Vorsitzenden des Bildungs- und Tagungszentrums HVHS Springe e. V., begrüßt und willkommen geheißen.

Auf dem Programm des ersten Tages stand u. a. ein Vortrag von Laura-Kristine Krause zum Zustand und zur Zukunftsfähigkeit der bundesdeutschen Gesellschaft. Die diesem Vortrag zugrunde liegende Studie, die eine Dreiteilung der Gesellschaft feststellt und von der Gesellschaft „More in Common“ herausgebracht wurde, ist öffentlich zugänglich unter dem Link www.dieandere-teilung.de.

Nach diesem Vortrag mit anschließender Diskussion gab es ein Streitgespräch über den „Kampf gegen den Klimawandel – Im Spannungsfeld von Arbeit und Umwelt“. Hier stritten Dr. Holger Buschmann (NABU Niedersachsen), Bertina Murkovic (Betriebsrat VW Nutzfahrzeuge) und Dr. Volker Müller (Unternehmerverbände Niedersachsen) für ihre jeweilige Sicht auf das Thema. Allen Anwesenden wurde erneut deutlich, dass es keine einfachen Patentrezepte als Lösung für die Herausforderungen des Klimawandels gibt.

Überschattet wurde die Klausurtagung im Laufe des Tages durch die Entwicklungen um die Wahl eines FDP-Abgeordneten zum Ministerpräsidenten von Thüringen, die auf dem Wege geheimer Absprachen mit den Stimmen der AfD-Abgeordneten erfolgte. Von der ersten Stunde an war hier die Haltung der SPD klar: Eine solche Zusammenarbeit darf es nicht geben. Dies machten auch die beiden Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans deutlich, die inzwischen ebenfalls zur Klausur in Springe hinzugestoßen waren.



Jahresauftakt-Klausur 2020. Foto: SPD Niedersachsen

Der zweite Tag der Klausur war vor allem den konkreten Arbeitsvorhaben des angelaufenen und des kommenden Jahres gewidmet. So wurde der Landesparteitag vorbereitet, der zu dem Zeitpunkt noch am 18. April 2020 stattfinden sollte. Außerdem wurden erste Überlegungen zur Vorbereitung des Kommunal- und Bundestagswahlkampfes im kommenden Jahr angestellt. Abschließend verabredeten die Anwesenden neue Anstrengungen zur Verbesserung und Effektivierung der Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Landesverband, so wie dies schon einmal im Jahre 2010 mit den sogenannten Achimer Beschlüssen verabredet worden war. Ein entsprechender Reformprozess wurde damit angestoßen, der seinen Abschluss in der zweiten Jahreshälfte mit ganz konkreten Vereinbarungen finden soll.

GERECHTE TEILHABE – FRAUENKONGRESS 2020

Nach dem großen Erfolg des vergangenen Jahres fand auch in diesem Jahr ein SPD-Frauenkongress aus Anlass des Weltfrauentages statt. Die Veranstaltung stand diesmal unter dem Motto „Gerechte Teilhabe“. Petra Tiemann als Leiterin der Projektgruppe zur Frauenförderung im SPD-Landesverband und Landesvorsitzender Stephan Weil hießen die Kongressteilnehmerinnen herzlich willkommen. Ein Impulsreferat hielt Sozialministerin und Landesvorstandsmitglied Dr. Carola Reimann zu Fragen der Gleichstellung und Möglichkeiten der Parität. Als Hauptrednerin trat anschließend die stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Klara Geywitz an das Rednerpult. Sie konnte die anwesenden Frauen sehr mit ihren Ausführungen zur Situation und Rolle der Frau in der Gesellschaft begeistern. Vor allem gelang es ihr, die Problematik anschaulich anhand persönlicher Erfahrungen zu schildern.

Vier Workshops schlossen sich den Reden an, um vor allem den teilnehmenden Frauen die Möglichkeit zu geben, sich mit eigenen Wortbeiträgen in den Kongress einzubringen. Workshops wurden angeboten zu den Themen: „Frau in der Gesellschaft“, „Prägt die Herkunft - vom armen Kind zur armen Frau?“, „Arbeit 4.0 – Chancen und Herausforderungen“ und „Werkstattgespräch zum Frauen-Mentoringprogramm des SPD-Landesverbandes Niedersachsen“. Das erste Jahr des Mentoringprogramms wurde mit diesem Frauenkongress offiziell beendet. Das zweite Jahr findet nun im Rahmen „kollegialer Begleitung“ statt.



Gerechte Teilhabe – Frauenkongress 2020. Foto: Ilona Hottmann

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

POLITISCHE BILDUNGSGEMEINSCHAFT NIEDERSACHSEN E.V.

Innerhalb der niedersächsischen Sozialdemokratie mit den vier Bezirken Braunschweig, Hannover, Nord-Niedersachsen und Weser-Ems sowie dem SPD-Landesverband blickt der Arbeitsbereich der innerparteilichen politischen Bildung auf eine lebendige Tradition. Seit den 1970er Jahren engagiert sich die Partei in der Fort- und Weiterbildung von Genoss:innen. Eng mit der Geschichte der politischen Bildung verwoben ist bis heute der Name des einstigen Vorsitzenden des SPD-Bezirks Hannover, Peter von Oertzen. Der 2008 verstorbene von Oertzen fasste die Bildungsarbeit innerhalb der Sozialdemokratie in Verbindung mit einem im konstruktiven Streit ausgetragenen Programmprozess als „Instrumentenkasten“ politischer Parteien auf.

Die vier SPD-Bezirke und der SPD-Landesverband Niedersachsen organisieren unter dem Dach der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen e.V. (PBN) seit 2009 gemeinsam die politische Bildungsarbeit für Genoss:innen in Niedersachsen.

Der PBN steht die Landtagsabgeordnete Dr. Silke Lesemann vor. Der fünfköpfige Vorstand der PBN umfasst neben der Vorsitzenden die Stellvertreter:innen Detlef Tanke, Petra Tiemann (MdL) und Hannelore Hunter-Rossmann sowie den ehrenamtlichen Geschäftsführer, Christoph Matterne.

Kritisch-emanzipatives Bildungsverständnis

Die qualitativ-hochwertigen, politiktheoretisch fundierten und praktisch ausgerichteten Seminarangeboten verdankt die PBN der gewachsenen Kooperation mit dem Bildungs- und Tagungs-Zentrum HVHS Springe e.V., der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen, sowie dem Bildungswerk Arbeit und Leben Niedersachsen. Grundsätzlich stehen dabei die gemeinsamen Bildungsangebote allen Bürger:innen in Niedersachsen offen.

Das Jahresprogramm bietet interessierten Seminarteilnehmenden ein breites Angebot diverser Themen und Fortbildungsmöglichkeiten. Immer häufiger gibt es aus der Organisation heraus den Wunsch, sich vor Ort auf anstehende Herausforderungen vorzubereiten und nicht nur in der HVHS Springe zusammenzukommen. Mit den Bildungsprogrammen 2019 und 2020 bot die PBN deswegen die Durchführung von meist eintägigen Kurz-Seminaren, den so genannten Ruf-Seminaren, an. Gestiegen ist zeitgleich die Nachfrage nach Moderationen von Klausuren und Programm- oder Wahlkampf-Werkstätten in Ortsvereinen und Unterbezirken. Vielfach bezogen sich diese Anfragen 2019 auf die Europawahlen sowie auf den damaligen SPD-weiten Erneuerungsprozess.

Online-Lernen als vergleichsweise neues Lernfeld

Dass sich die Erwartungen und Wünsche an zeitgemäße Bildungsangebote innerhalb der SPD stetig wandeln, dokumentierten auch die bereits seit 2018 angestoßenen Online-Lernformate. Die Online-Seminare wurden sowohl als eigenständige Bildungsangebote im Umfang von rund 90 bis 135 Minuten beworben, als auch in Verbindung mit Präsenzveranstaltungen organisiert – auch mehrtägige Online-Seminare finden seither eine Nachfrage.

Der Einstieg in das sogenannte „blended learning“ schuf mit Aufkommen der Corona-Pandemie zum Jahresende 2019 sowie dem ersten landesweiten Lock-down ab März 2020 erst das Fundament, um rasch und umfassend ausfallende Präsenzbildung in Online-Formate zu überführen. Im Zuge des ersten Lockdowns war die politische Bildung in Niedersachsen gezwungen, alle Bildungsanstrengungen aus Seminarräumen, Gemeinschaftshäusern oder Parteibüros ins Internet zu verlagern. Damit gelang die Umstellung zahlreicher Seminare und Workshops schnell und technisch unkompliziert auf das Arbeiten und Lernen im Internet. Heute zählen die Online-Seminare zum festen Repertoire der politischen Bildungsarbeit in Niedersachsen.

Bildungsangebote werden von Ehrenamtlichen getragen

In der praktischen Arbeit wird die Politische Bildungsgemeinschaft Niedersachsen, aber auch die parteieigenen Angebote der SPD, stark von ehrenamtlichen Teamer:innen unterstützt – sie sind das Rückgrat funktionierender Bildungsarbeit und Träger:innen des kritisch-emanzipativen Bildungsverständnisses. Nur mit ihrem Knowhow und ihrer gelebten Haltung eröffnen sie gemeinsam die erforderlichen Räume zur politischen (Weiter-) Bildung und können Mitgliedern einen Instrumentenkoffer anbieten, dessen Nutzen sie in den vielfältigen Herausforderungen des politischen Handelns unterstützt.

In den zurückliegenden drei Jahren stellten sich die von der SPD unterstützten Bildungsangebote in Niedersachsen in den Dienst der anstehenden Wahlen. Gerade kommunalpolitisch engagierte Genoss:innen finden in den Seminaren und Workshops hilfreiches Handwerkszeug, sei es für ein kommunales Mandat oder für die Aufgabe von hauptamtlichen Verwaltungsbeamt:innen. Mitglieder von Vorständen beteiligen sich ebenso an den Bildungsangeboten wie Aktive aus den Arbeitsgemeinschaften oder Neumitglieder. Seit einigen Jahren wird zusätzlich die Ansprache von Mitgliedern ohne Amt oder Mandat intensiviert, um eine größtmögliche Tiefe innerhalb der niedersächsischen Parteimitgliedschaft zu erreichen.

Organisationsübergreifende Kooperation mit dem SPD-LV Nordrhein-Westfalen

Erstmals in 2018 führte die PBN in Kooperation mit dem SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen eine dreiteilige Reihe für politisch interessierte Frauen innerhalb der SPD durch. Das Angebot vermittelt Frauen ohne Partei- oder Mandatserfahrung methodische Kenntnisse und Kompetenzen für ein politisches Engagement. Sehr erfreulich entwickelte sich seither die Quote von teilnehmenden Frauen. Lag diese 2017 noch bei 34 Prozent, konnte die Beteiligung von Genoss:innen bis 2021 auf über 40 Prozent gesteigert werden. Im Vergleich zum Anteil weiblicher Parteimitglieder in Niedersachsen erreichen die Bildungsangebote damit überdurchschnittlich viele Frauen.

Seit Jahresmitte 2019 gewannen zusätzlich politische Bildungsangebote an Bedeutung, die in Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2021 die Gliederungen der Partei bei der Entwicklung geeigneter Kandidat:innen unterstützten.

JUSOS NIEDERSACHSEN

Im Sommer des Jahres 2019 wurde auf der Landeskonzferenz in Osnabrück ein neuer Landesvorstand der Jusos gewählt. Jakob Blankenburg und Johanna Kuipers kandidierten als Doppelspitze und wurden mit einem grandiosen Ergebnis bestätigt. Bis zum Beginn der Pandemie und den einschränkenden Maßnahmen konnten einige Projekte verwirklicht werden, wie zum Beispiel das Juso-Camp auf dem Deichbrand-Festival in Cuxhaven im Sommer oder die Unterbezirks-Vorsitzenden-Konferenz im Januar mit fast 90 Teilnehmenden. Die Jusos Niedersachsen haben sich allerdings auch inhaltlich positioniert und verschiedene Kampagnen organisiert. Gemeinsam mit verschiedenen Bündnispartner:innen wurde beispielsweise die Kampagne gegen das Niedersächsische Polizeigesetz ins Leben gerufen, aber auch die Initiative für das



Jusos Niedersachsen. Foto: Marcus Biewener

365€-Ticket. Mit beiden Themen konnten die Jusos in der Öffentlichkeit, aber auch parteiintern polarisieren. Nicht zuletzt haben die Jusos auch den Austausch mit verschiedenen niedersächsischen Organisationen gesucht. Im Rahmen von Bildungsveranstaltungen und Gesprächen wurde sich unter anderem mit E-Sports beschäftigt oder die niedersächsische Polizeihochschule in Nienburg besichtigt. Im Frühjahr 2020 konnte schnell ein vielfältiges Angebot an Online-Veranstaltungen organisiert werden, dass von den Mitgliedern gut angenommen wurde.

AG 60PLUS

Unsere Aufgabe ist es, die Interessen der Älteren innerhalb und außerhalb der SPD zu vertreten. Wir wollen das politische und gesellschaftliche Engagement der Älteren fördern und sie auch für die Übernahme von ehrenamtlichen Aufgaben gewinnen.

Im Landesausschuss koordinieren wir die Aktivitäten der 4 niedersächsischen Bezirke der AG-60plus auf Landesebene, um auf Landes- und Bundesebene ein gemeinsames Auftreten sicher zu stellen. Wir informieren gegenseitig über Schwerpunkte unserer Arbeit und beschließen gemeinsame Aktionen. Der Vorsitz im Landesausschuss und damit auch die Sprecherfunktion im Landesvorstand wechselt routinemäßig alle 2 Jahre zwischen den Bezirken, im Berichtszeitraum nahm der Bezirk Hannover diese Funktion wahr.

Auf unserer Bundeskonferenz am 28. Okt. 2019 in Köln haben wir gemeinsam sichergestellt, dass Giesela Arnold aus Laatzen erneut in den Bundesvorstand gewählt wurde und in dieser Funktion auch die AG 60plus in den benachbarten Landesverbänden Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein mitbetreut.

Im Berichtszeitraum haben viele der aktiven Gruppen der Arbeitsgemeinschaft in den Unterbezirken und Bezirken ihr 25-jähriges Jubiläum gefeiert.

Die intensive Diskussion mit befreundeten Organisationen aber auch mit Menschen ohne Parteienbindung führte zur Modifizierung von Parteitagsbeschlüssen aber auch zur Einbringung eigenständiger Standpunkte.

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG

Dem AfB-Landesvorstand gehören gewählte Mitglieder aus allen vier Bezirken an, zusätzlich eine große Anzahl von beratenden Mitgliedern, die bereit sind, ihre Kenntnisse und ihr Wissen in die monatlichen Vorstandssitzungen einzubringen. Ganz herzlichen Dank an alle, die die Arbeit im Landesvorstand unterstützen und bei den Aufgaben helfen.

Im Berichtszeitraum prägten verschiedenen Themen die Arbeit. Neben einer zweitägigen Klausurtagung in der Heimvolkshochschule Helmstedt fanden erneut eine Jugendkonferenz Inklusion sowie eine zweitägige Zukunftswerkstatt Zukunft des Politikunterrichtes statt.

Bei allen Themen gab und gibt es Runden mit Externen, um deren Sachverstand mit in die Diskussionen einbeziehen zu können, ebenso wie Gespräche mit Mitgliedern der Landtagsfraktion und Mitarbeiter:innen aus dem Kultusministerium. Wir hoffen, dass wir weiterhin gute Kontakte besonders zum AK Kultus und zum Kultusministerium haben, um gemeinsam eine gute Bildungspolitik zu gestalten.



*Arbeitsgemeinschaft für Bildung 2020.
Foto: AfB Niedersachsen*

Bedingt durch die Corona-Pandemie sind ab März 2020 Präsenzveranstaltungen des AfB-Landesvorstandes und des gf. Vorstandes zum Erliegen gekommen und auch die für Juni geplante Landeskonzferenz ist verschoben worden. Mit regelmäßigen Video- und Telefonkonferenzen wurde die Arbeit der AfB aufrechterhalten.

Zu vielen Themen wurden Anträge zur AfB-Landeskonferenz, zu Landesparteiräten und dem für den 24. April 2020 geplanten Landesparteitag eingebracht. Durch die Verschiebung des Landesparteitages werden aktuell die Anträge überprüft und ggf. aktualisiert bzw. neugefasst.

Wichtig ist für den am 23.6.2018 neu gewählten AfB-Landesvorstand, neben den anstehenden Themen die Kontakte zu den Bezirken und Unterbezirken weiter zu verbessern und die Gründung neuer AfBen voranzutreiben.

Wir wollen daran arbeiten, unsere Themen zu transportieren und in der Bevölkerung bekannt zu machen, denn nur so können wir Zustimmung zu unserer Bildungspolitik bekommen. Ebenso wichtig ist es allerdings, dass wir als Arbeitsgemeinschaft der Partei unsere Vorstellungen vermitteln und unsere Ideen vertreten und in den Gremien dafür sorgen, dass sie auch umgesetzt werden. Wir arbeiten daran und hoffen auf große Unterstützung.

SELBST AKTIV LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

In den ersten Monaten des Jahres 2020 haben wir uns mit der personell sowie inhaltlich veränderten Situation auf Bundesebene befasst. Hierbei begrüßen wir ausdrücklich den neu beschlossenen Leitantrag 3 „Arbeit, Solidarität, Menschlichkeit“. Hierin ist eine gesonderte Passage zum Bereich der Inklusion/Partizipation vorgesehen. Es ist festgehalten, dass die Erstellung in Kooperation mit Selbst Aktiv vorgenommen wird. Aufgrund unseres guten Arbeitszusammenhangs zur Landes- wie zu den Bezirks- und Unterbezirksebenen werden wir dies sowohl für den Bezirk Hannover wie auch für den gesamten Landesvorstand gezielt einbringen und so die zentrale Botschaft „Selbstvertretung statt Interessenvertretung“ mit Leben füllen.

Im vergangenen Jahr haben wir uns ausführlich mit der aktuellen Situation auf Bundesebene befasst – hierbei auch die Diskussion um die Nachfolge von Andrea Nahles – bei der wir die Schwerpunkte der Kandidatinnen und Kandidaten erörtert haben. Ebenfalls war die Ende Oktober anstehende OB-Wahl in Hannover Gegenstand unserer Aktivitäten. Auf Bundes- und Landesebene diskutierten wir ausführlich die Weiterentwicklung des BTHG und dessen Ausführung in Niedersachsen. Dieses war auch Gegenstand eines Schwerpunktthemas. Die Vorbereitung und Durchführung der Tagung „Mindestlohn in Werkstätten“ zusammen mit NRW und dem Bundesvorstand hat uns auch zeitlich wie fachlich beansprucht. Zudem beschäftigten wir uns im Rahmen einer Sitzung und auch weiterhin mit der Vernetzung der EUTB-Stellen in Hannover sowie deren Perspektive. Darüber hinaus wurde im November die bundesweite Aktion der „Reisegruppe Niemand“ unterstützt, verbunden mit einer eigenen Aktion der AG Selbst Aktiv Hannover. Diese verlief sehr erfolgreich und öffentlichkeitswirksam.

Aktuell begleiten wir die Novellierung des Niedersächsischen Behindertengleichstellungsgesetzes. Dies insbesondere unter dem Aspekt der Stärkung der Selbstvertretung von Menschen mit Behinderungen. Wir treffen uns monatlich.

Für das Jahr 2020 war die Planung einer Veranstaltung zur Versorgungsmedizinverordnung angedacht.

Sowie eine Veranstaltung mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Jürgen Dusel, zu dem Thema „Selbstvertretung statt Interessenvertretung“. Aus Gründen der Pandemie sind diese Veranstaltungen verschoben worden.

Aktuelle Themen bleiben die Begleitung des NBGGs, Begleitung der Umsetzung des BTHG auf Landesebene und Aktionen zu inklusiver Bildung. In der „Nachcorona-Zeit“ werden diese und neue Punkte aufgegriffen und zusammen mit den vier Bezirken auf Landesebene koordiniert.

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER JURIST:INNEN

2019 fand das Springer Seminar vom 5.4. und 6.4.2019 mit dem unter der Überschrift „Politik als Spielball des Populismus? Perspektiven für Rechts- und Innenpolitik“ statt. Themen waren u. a.: Auswirkungen und Folgerungen aus dem Brexit für Niedersachsen und Europa mit Jutta Kremer, Staatssekretärin im Niedersächsischen Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung; Ursachenbekämpfung durch Schaffung von Wohnraum und ein soziales Mietrecht mit Ralf Lindemann, Mitglied des ASJ-Bundesvorstands/stv. ASJ Landesvorsitzender; Risiken für die kommunale Ebene durch Populismus mit Dr. Marc-Dietrich Ohse, Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion Hannover; Demokratiegefährdung durch Populismus – aktuelle Aufgaben des Verfassungsschutzes mit Bernhard Witthaut, Präsident des Verfassungsschutzes Niedersachsen; Perspektiven einer Individualverfassungsbeschwerde für Niedersachsen mit Dr. Thomas Smollich, Präsident des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs/des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts sowie Moderne Justizpolitik in Zeiten der Digitalisierung mit Ulf Prange MdL, Rechtspolitischer Sprecher SPD Landtagsfraktion Niedersachsen.

2020 ist für das Springer Seminar folgendes Motto vorgesehen: Rechts- und innenpolitisches Seminar: Make Parliament meaningful again- Sind Parlamente und Räte reduziert auf bloßes Abnicken von Verwaltungsvorgaben? Für eine Wiederbelebung der parlamentarischen Demokratie!

SOZIALDEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK IN NIEDERSACHSEN E. V.

SGK Niedersachsen startet umfangreiche Bildungsarbeit

Auf Bestreben der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wurde mit dem Haushaltsjahr 2019 eine komfortable Förderung für die kommunalpolitischen Vereinigungen der im Landtag vertretenen Parteien zur Durchführung kommunalpolitischer Bildungsarbeit aufgelegt. Nach Erarbeitung der Richtlinien seitens des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur erhielten die kommunalpolitischen Vereinigungen zum 01. Oktober 2019 ihren ersten positiven Zuwendungsbescheid. Die Arbeit konnte starten.

Die SGK Niedersachsen stellte sich strategisch erweitert auf – hauptamtliche Mitarbeiter:innen wurden für die Administration der Bildungsarbeit eingestellt. Mitte November fand das erste Seminar statt, die Planung für das Jahr 2020 lief auf Hochtouren. Möglichst regional nah an den Protagonisten, möglichst zeitlich verknüpft auf das Wesentliche, thematisch bedarfsorientiert und praxisnah, hohe Qualitätsansprüche an die Referent:innen, die neben ihrer thematischen Qualifikation besonders die praktische Umsetzbarkeit im Auge haben müssen – das sind die Leitlinien, an denen sich die Bildungsarbeit der SGK Niedersachsen orientiert – aus der Praxis für die Praxis. Die Seminarprogramme werden quartalsweise aufgestellt, um auch zeitnah aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen. Für ganze Fraktionen haben sich Inhouse-Seminare bewährt. Wenn Mitglieder einer Fraktion gemeinsam ein Thema in einem Seminar bearbeiten, kann sich erstens die Seminarleitung auf die regionalen Gegebenheiten einstellen und zweitens wird der Zusammenhalt innerhalb der Fraktion durch das gemeinsame Seminarerlebnis gestärkt.

Bedarfsgerechte Wissensvermittlung

Die Schwerpunkte der kommunalpolitischen Bildungsarbeit liegen auf Seminaren, Workshops, Fachveranstaltungen und Kommunalkongressen, um insbesondere ehrenamtliche Kommunalpolitiker*innen bedarfsorientiert mit dem nötigen Wissen für die Ausübung ihres Mandates zu versorgen. Im Vorfeld der Kommunalwahlen in Niedersachsen 2021, stand auch die Wissensver-

mittlung über Kommunalpolitik im Allgemeinen und die Motivation, sich für ein Mandat seitens der Partei aufstellen zu lassen, im Fokus.

Das Jahr 2020 startete mit Seminaren rund um das Thema „Digitale Kommunikation in der Kommunalpolitik“. Aufgrund der hohen Nachfrage zu Weiterbildungen zu diesem Thema, füllten sich die Anmelde Listen für diese Seminare sehr schnell. Und dann kam Corona...

... und keine Seminare konnten mehr in Präsenz stattfinden. Binnen kurzer Zeit wandelten wir mit Hilfe erfahrener Referent*innen viele Seminare in Webinare um. Besonders hinsichtlich der in fast jedem Unterbezirk angebotenen „Crashkurse: Fit für's kommunalpolitische Ehrenamt“ waren digitale Formate unabdingbar (über diesen Weg konnten wir ca. 50 Crashkurse mit rund 600 Teilnehmenden digital durchführen). Auch wenn viele persönliche Begegnungen bevorzugen – der Reiz von digitalen Veranstaltungen stieg massiv an. Hier gilt die Devise: Digital ja, aber Präsenz ist auch schön! Von daher wird es auch in Zukunft eine gute Mischung zwischen digitalen Veranstaltungen und Präsenzveranstaltungen geben. Niedersachsen ist ein Flächenland – gerade bei unseren 4-Stunde-Workshops bieten sich digitale Formate hervorragend an. Keine langen Anreisen und damit auch Zeitersparnis für die terminlich häufig eng getakteten Protagonisten.

Kommunal. Gemeinsam Stark – Die Kommunalkongresse

Schon zu Beginn der durch die Förderung des Landes Niedersachsen möglich gewordene Bildungsarbeit, entwickelte die SGK Niedersachsen ein völlig neues Format von Fachveranstaltungen für vor allem ehrenamtliche Kommunalpolitiker:innen: Kommunalkongresse unter dem Motto „Kommunal. Gemeinsam Stark“. Mit Workshops, Gesprächsinseln und Impulsreferaten sollten einerseits kommunalpolitisch allgemein und andererseits regional thematisch spezifiziert kommunalpolitisch Interessierte ein Forum finden, sich weiterzubilden und gleichzeitig auszutauschen. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden alle Kommunalkongresse digital statt. Über 1.000 Menschen aus ganz Niedersachsen nahmen an den insgesamt sechs Kommunalkongressen, die in 2020 und im Folgejahr stattfanden, begeistert teil. Die Resonanz war durchweg positiv, auch wenn der ein oder andere manchmal mit einer schwachen Datenleitung zu kämpfen hatte. Die politische Prominenz gab sich die Klinke in die Hand – Ministerpräsident Stephan Weil und fast alle niedersächsischen sozialdemokratischen Minister:innen sowie auch Bundesminister und der damalige Generalsekretär Lars Klingbeil suchten den Kontakt zu den teilnehmenden Kommunalpolitiker:innen. Mit den digitalen Kommunalkongressen der SGK Niedersachsen wurden rund 1.000 kommunalpolitisch interessierte Menschen erreicht.

DIE POLITISCH-ORGANISATORISCHE TÄTIGKEIT DES BEZIRKSVORSTANDES UND DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Jahre 2019 bis Juni 2021 waren für die SPD geprägt durch ein Streben nach Veränderung und den Drang zu Erneuerung. Eine Zäsur hierbei stellt allerdings die Corona-Pandemie 2020/2021 dar, welches den organisationspolitischen Alltag komplett aufwirbelte und neuen Anforderungen unterwarf. Nichtsdestotrotz haben in den vergangenen zwei Jahren auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene wichtige politische Veranstaltungen stattgefunden:

- SPD-Bezirksparteitag am 27.04.2019
- Europawahl am 26.05.2019
- Regionalkonferenz im SPD-Bezirk Braunschweig am 27.09.2019
- SPD-Bundesparteitag mit Wahl der Parteivorsitzenden vom 06. bis 08.12.2019
- Erster virtueller Landesparteitag der SPD Niedersachsen am 24.10.2020
- SGK-Zukunftskongress für die Region Braunschweig am 14.11.2020
- Bezirksdelegiertenkonferenz zur Reihung der Listen für die Bundestagswahl am 17.04.2021
- Erster digitaler Bundesparteitag am 09.05.2021
- LandesvertreterInnenversammlung am 29.05.2021
- Landesparteitag am 29.05.2021



Neuer Bezirksvorstand: Dr. Christos Pantazis, Laura Letter, Hubertus Heil, Christiana Steinbrügge, Matthias Wehrmeyer und Falko Mohrs. Foto: SPD Braunschweig

SPD-BEZIRKSPARTEITAG AM 27.04.2019 IN WOLFENBÜTTEL

Am 27. April 2019 fand in der Lindenhalle Wolfenbüttel der SPD-Bezirksparteitag statt. Dabei wurde der Bezirksvorsitzende Hubertus Heil mit dem Ergebnis von 74,1 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Als seine StellvertreterInnen gewählt wurden Laura Letter aus Salzgitter, Falko Mohrs MdB aus Wolfsburg, Dr. Christos Pantazis MdL aus Braunschweig und Christiana Steinbrügge, Landrätin in Wolfenbüttel. Der politische Fokus lag auf europäischen Themen wie Seenotrettung und Digitalisierung, berücksichtigte aber auch Mobilität und die regionale Verkehrswende sowie gute Arbeitsbedingungen. Ehrengast Stephan Weil, der Niedersächsische SPD-Ministerpräsident, merkte an, dass die SPD die einzige Partei sei, die Klimaschutz und ArbeitnehmerInnen-Interessen im Blick habe. Neben der politischen Agenda beschäftigten den Parteitag aber auch organisationspolitische Maßnahmen. So wurde ein Initiativantrag des Bezirksvorstands beschlossen, laut dem bei zukünftigen Wahlen zum Bezirksvorsitz die Parteimitglieder stärker beteiligt werden sollen. Zum Tragen kommen könnten hierbei Mitgliederforen oder Mitgliederbefragungen.

Da nicht alle Anträge auf dem ordentlichen Bezirksparteitag behandelt werden konnten, fand sich vier Monate später am 24. August 2019 in Schöningen der Kleine Bezirksparteitag zusammen, um noch ausstehende Abstimmungen durchzuführen. Im Fokus hier standen vor allem Daseinsvorsorge und Soziales. Unter anderem wurden Anträge verabschiedet, welche abzielten auf die Erhöhung des Mindestlohns, die Einführung der Kindergrundsicherung oder die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

2019 ALS JAHR DER ENTSCHEIDUNGEN

DIE EUROPAWAHL UND DIE BÜRGERMEISTERINNENWAHLEN IM BEZIRK BRAUNSCHWEIG

Am 26.05.2019 zog die SPD unter dem Slogan „Europa ist die Antwort“ mit ihrer bundesweiten Spitzenkandidatin, der ehemaligen Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley, in die Europawahlen. Der SPD-Bezirk Braunschweig schickte auf Listenplatz 34 den Wolfsburger Francescantonio Garippo und als Stellvertreterin Anna Neuendorf aus Gifhorn als ihre SpitzenkandidatInnen ins Rennen. Die SPD holte bei der Wahl deutschlandweit ein Ergebnis von 15,8 Prozent, also 11,5 Prozent weniger als in der vorangegangenen Europawahl. Die Braunschweiger KandidatInnen schafften es damit leider nicht ins EU-Parlament, obwohl wir bezirksweit mit 23 Prozent deutlich besser abschnitten.



*Europafest der SPD am 11. Mai 2019 in Wolfsburg.
Foto: SPD Braunschweig*



*Katarina Barley macht auf der „Kommt Zusammen!-Tour“
Station in Braunschweig. Foto: SPD Braunschweig*

Weiterhin fanden am Tage der Europawahlen einige BürgermeisterInnen-Wahlen im SPD-Bezirk Braunschweig statt. Dies betraf die Städte Königslutter, Wittingen, Bad Harzburg, Seesen und Gifhorn. Hierbei konnte sich als SPD-Kandidat lediglich der langjährige Königslutteraner Bürgermeister Alexander Hoppe durchsetzen und in eine zweite Amtszeit starten. Wittingen fiel an den parteilosen Kandidaten Andreas Ritter, Bad Harzburg blieb in der Hand des Grünen-Kandidaten Ralf Abrahms und Gifhorn und Seesen in jener der Christdemokraten Matthias Nerlich und Erik Homann.

Eine weitere BürgermeisterInnenwahl fand am 16. Juni 2019 in Braunlage statt. Die SPD verlor hier den Bürgermeisterposten an den parteilosen Kandidaten Wolfgang Langer. Der SPD-Mann Borzu Schandermani schaffte es leider nicht in die Stichwahl.

Die letzte Bürgermeisterwahl fand am 10. November 2019 in Schöningen statt. Die SPD unterstützte dort den parteilosen Kandidaten und damals 36-jährigen Rechtsanwalt Malte Schneider, welcher den sozialdemokratischen Idealen der Partei nahesteht. Mit ihm konnte die SPD einen Erfolg verbuchen: Schneider setzte sich mit 66,14 Prozent der WählerInnenstimmen gegen seinen CDU-Gegenkandidaten durch.

ALLES NEU

DER RÜCKTRITT VON ANDREA NAHLES UND DIE MITGLIEDERBEFRAGUNG ZUM NEUEN PARTEIVORSITZ

Im Nachgang des historisch schlechten Ergebnisses der SPD bei den Europawahlen verkündete die bis dato amtierende SPD-Bundesvorsitzende Andrea Nahles am 02.06.2019 ihren Rücktritt. Dies machte die Wahl einer*s neuen Parteivorsitzenden auf dem im Dezember des selben Jahres stattfindenden Bundesparteitag notwendig. Der Rücktritt von Nahles zog allerdings eine Debatte um die Langlebigkeit von SPD-Vorsitzenden und reichhaltige Kritik am mangelnden Rückhalt derselben durch die Parteiöffentlichkeit nach sich. Nach und nach mehrten sich Forderungen nach einer verstärkten Mitgliederbeteiligung im Verfahren um die Neubesetzung des Parteivorsitzes. Außerdem favorisierten viele eine paritätisch besetzte Doppelspitze als Führung der Partei. Vor diesem Hintergrund entschied sich am 24. Juni 2019 der Parteivorstand für eine Neustrukturierung des Prozesses um die Bestimmung des Vorsitzes: Interessierte KandidatInnen sollten sich um den Vorsitz bewerben und in einer groß angelegten Befragung demokratisch von den Mitgliedern bestimmt werden können.

Vom 01. Juli bis zum 01. September 2019 konnten sich Teams oder Einzelpersonen auf den Parteivorsitz bewerben. Einzige Voraussetzung war, dass sie Unterstützung erhielten von mindestens 5 Unterbezirken, einem Bezirk oder einem Landesverband der SPD. Das erste Team, welches offiziell seinen Hut in den Ring warf, war das Duo bestehend aus Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth mit der Nordrhein-Westfälischen Landtagsabgeordneten Christina Kampmann. Hinzu kamen danach Bundespolitikerin Nina Scheer mit SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach, die Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission Gesine Schwan gemeinsam mit dem Schleswig-Holsteinischen Landtagsabgeordneten Ralf Stegner, die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration Petra Köpping mit dem niedersächsischen Innenminister Boris Pistorius, die damalige Landtagsabgeordnete Clara Geywitz mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz sowie die Bundestagsabgeordnete Saskia Esken mit dem ehemaligen Finanzminister Nordrhein-Westfalens Norbert-Walter-Borjans. Hinzu kamen noch einige andere Kandidaturen, die bereits vor dem ersten Wahlgang zurückgezogen wurden. Der SPD-Bezirk Braunschweig hatte sich in puncto Nominierung für das Duo Köpping/Pistorius entschieden, ebenso wie die Unterbezirke Braunschweig, Goslar, Helmstedt, Salzgitter und Wolfsburg.

Ab September 2019 fanden bundesweit 23 SPD-Regionalkonferenzen statt, auf denen die Bewerber sich den Parteimitgliedern vorstellen und in einen Austausch treten konnten. Am 27. September 2019 fand die Braunschweiger Regionalkonferenz statt, welche vom hiesigen SPD-Bezirk in der Stadthalle abgehalten wurde. Im Vorfeld der Konferenz standen die Kandidatinnen und Kandidaten den Mitgliedern beim Meet&Greet im kleinen Kreis für Fragen und Fotos zur Verfügung.

Im Anschluss an die Regionalkonferenzen fand vom 14. bis 25. Oktober per E-Mail und postalisch eine Mitgliederbefragung statt. Am 26. Oktober wurde das Ergebnis verkündet: Da kein Team die absolute Mehrheit auf sich vereinen konnte, zogen die bestplatzierten Duos Scholz/Geywitz und Esken/Walter-Borjans in die Stichwahl ein. Vom 19. bis 29. November 2019 fand eine zweite Mitgliederbefragung statt, aus der die von Kevin Kühnert und den Jusos unterstützten Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans als Sieger hervorgingen. Die beiden wurden auf dem SPD-Bundesparteitag am 06. Dezember 2019 als neue Parteivorsitzende bestätigt.

DER BLICK AUFS WESENTLICHE

DIE BEZIRKSVORSTANDSKLAUSUREN 2019

Neben den Geschehnissen rund um die Wahl des Parteivorsitzes und die Organisation der Regionalkonferenz beschäftigte den Bezirk Braunschweig natürlich vor allem das Tagesgeschäft der politischen Arbeit vor Ort. Zwecks Koordination und Austausches fand sich der Bezirksvorstand daher zweimal zu Klausurtagungen zusammen.

Die erste Klausur 2019 wurde am 29. Juni für einen Tag lang im Dr.-Heinrich-Jasper-Saal in Braunschweig abgehalten. Dabei ging es unter anderem darum, wie wir als Partei besser mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren und unseren Auftritt bei Wahlen verbessern können. Dafür wurden auf der Klausurtagung unter anderem langfristig angelegte Arbeitsgruppen gebildet, in denen folgende Themenbereiche bearbeitet werden sollten: Inhaltliche Schwerpunkte des SPD-Bezirks/inhaltliches Profil der Region; Kommunalwahl 2021; Zeitgemäße Parteistrukturen im SPD-Bezirk; Kommunikation, Digitalisierung und Social Media; Miteinander in der SPD; Organisationspolitische Kommission. Die meisten dieser Projektgruppen sollen bis zur nächsten Wahlperiode des Bezirksvorstands und ggf. darüber hinaus aktiv sein.

Die zweite Klausur fand im Morada-Hotel in Gifhorn statt vom 25. bis 26. Oktober 2019 und drehte sich ganz um die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des politischen Jahres 2020. Die Klausur wurde eingeleitet durch ein Kaminesgespräch mit Ricarda Bier, der damaligen 2. Bevollmächtigten und Geschäftsführerin der IG Metall Wolfsburg. Der Folgetag startete mit einer Diskussion rund um das Thema SchülerInnen ticket, zu welchem die SPD-Fraktion im Regionalverband Großraum Braunschweig ein Konzept vorgelegt hatte. Nach einem Abwägen der Gesamtsituation wurde der Beschluss gefasst, die SPD-Großraumfraktion in ihrem Vorhaben zu unterstützen. Das Konzept beinhaltete, dass SchülerInnen aber auch Auszubildende und AbsolventInnen eines Freiwilligendienstes für monatlich 30 Euro den ÖPNV im gesamten Großraum Braunschweig nutzen können.

Weiterhin präsentierten die Projektgruppen einen Zwischenstand ihrer Arbeit und einen Ausblick auf ihre Planungen für das Jahr 2020. So wurden beispielsweise die Ziele formuliert, jüngere und weibliche KandidatInnen für kommunale Ämter zu finden, Debattencamps auf UB-Ebene durchzuführen, um den inhaltlichen Austausch innerhalb der Partei zu fördern und verstärkt das Gespräch mit gesellschaftlichen MultiplikatorInnen zu suchen. Außerdem befasste sich der Bezirksvorstand neben weiteren Themen mit der Vorbereitung einer Mobilitätskonferenz für das Jahr 2021.

DIE SEHNSUCHT NACH LINKS

DER BUNDESPARTEITAG 2019

Vom 06. bis 08. Dezember 2019 veranstaltete die SPD ihren Bundesparteitag im CityCube in Berlin. Das Highlight des Parteitages stellte dabei natürlich die Wahl der von den Mitgliedern für den Parteivorsitz nominierten Saskia Esken MdB und Norbert Walter-Borjans am 06. Dezember dar. Esken wurde mit 75,9 Prozent der Stimmen gewählt, Walter-Borjans erhielt 89,2 Prozent. Damit erhielt unsere Bundes-SPD die erste Doppelspitze in ihrer Geschichte.

In ihren Bewerbungsreden machten Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken deutlich, welche Richtung die SPD künftig einschlagen sollte: Esken möchte den Sozialstaat in das 21. Jahrhundert übertragen und das Hartz-IV-Konzept überwinden. Sie wirbt für das neue Sozialstaatskonzept der SPD, federführend erstellt von Andrea Nahles, welches ein Recht auf Weiterbildung und mehr Sicherheit in beruflichen Übergangsphasen bieten sollte. Walter-Borjans steigt direkt ein mit einem Appell gegen die Aufrüstung. Er beschreibt die SPD als „Partei des Abrüstens und Entspannens“ und zitiert Rolf Mützenich, als er sich gegen eine „Militarisierung der Außenpolitik“ ausspricht. Aufrüstung solle nicht am Wirtschaftswachstum gemessen werden, womit er sich gegen das 2-Prozent-Ziel für Aufrüstung stellt. Außerdem will er die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Mit der Nominierung dieses Führungsduos hatte die Mehrheit der Parteibasis einem Wunsch nach verstärkt linker Politik Ausdruck verliehen. Am nächsten Tag wurde das von Saskia Esken beworbene Sozialstaatskonzept einstimmig auf dem Bundesparteitag beschlossen. Die SPD sprach sich damit für ein neues Bürgergeld aus, welches mit weniger Sanktionen verknüpft ist. Ebenso beinhaltet das Konzept u. a. eine Kindergrundsicherung, die den grundlegenden Bedarf von Kindern aus sozial schwächeren Haushalten sichern soll, aber auch Investitionen in Schulen und Kitas einschließt. Eine Atmosphäre linker Erneuerung lag somit über dem Bundesparteitag der SPD.

Erfreulich aus Sicht des SPD-Bezirks war auch die Wahl von Hubertus Heil zum stellvertretenden Parteivorsitzenden. Die Anzahl der StellvertreterInnen wurde von sechs auf fünf reduziert. Neben unserem Bezirksvorsitzenden wurden Klara Geywitz, Kevin Kühnert, Serpil Midyatli und Anke Rehlinger ebenfalls zu StellvertreterInnen bestimmt.



Die Delegation des SPD-Bezirks Braunschweig auf dem Weg zum Bundesparteitag 2019 im CityCube Berlin.
Foto: SPD Braunschweig



Lars Klingbeil, Anke Rehlinger, Hubertus Heil, Norbert Walter-Borjans, Saskia Esken, Serpil Midyatli, Klara Geywitz, Kevin Kühnert, Dietmar Nietan. Foto: SPD Braunschweig

ALLES KOMMT ANDERS

DAS JAHR DER CORONA-PANDEMIE

Nach dem furiosen Jahresabschluss mit dem Bundesparteitag 2019 sollte das Jahr 2020 für die SPD ein Jahr der politischen Umsetzungen werden. Die frisch beschlossenen Konzepte wollten in der Großen Koalition verteidigt werden.

Rasch nach Anbruch des neuen Jahres allerdings mehrten sich in den Medien Berichte über ein neu entwickeltes Lungenvirus, welches in China für eine zunehmende Überfüllung der Krankenhäuser sorgte. Leider dauerte es nicht lange, bis dieses weiterentwickelte Corona-Virus auch in Europa ankam. Anfang März war die Lage in Italien so schlimm, dass Krankenhausärzte die Triage anwenden mussten und das Land in der zweiten Märzwoche Ausgangsbeschränkungen verhängte und Geschäftsschließungen veranlasst wurden.

Auch hierzulande mehrten sich die Corona-Fälle, bis auch Deutschland am 23. März den Lockdown verhängte und alle BürgerInnen angewiesen waren, ihre sozialen Kontakte zu beschränken. Gearbeitet wurde – wenn möglich – nur noch im Homeoffice oder im Mobilen Arbeiten. Menschenansammlungen wurden verboten.

Der Ausbruch der Corona-Pandemie behinderte auch die Arbeit des SPD-Bezirks Braunschweig erheblich. Geplant für das Jahr 2020 waren unter anderem eine Mobilitätskonferenz und eine Sozialkonferenz. Keine davon konnte stattfinden. Auch der für den 18. April geplante Landesparteitag musste ausfallen. Zwar gab es bereits im April und Mai wieder Lockerungen, aber Großveranstaltungen blieben bis zum 31. August untersagt.

Da sich dennoch das Infektionsgeschehen in den Sommermonaten als weniger intensiv herausstellte, entschloss sich der Bezirksvorsitzende Hubertus Heil dazu eine Sommerreise durchzuführen. An zwei Tagen Ende August besuchte Heil acht Unternehmen und Einrichtungen, die sich im wirtschaftlichen Transformationsprozess befinden, davon jeweils eins pro Unterbezirk.

DER PANDEMIE TROTZEN

DIE EROBERUNG DES VIRTUELLEN RAUMS

Da der eigentlich für April geplante ordentliche Landesparteitag abgesagt werden musste, wurde nach der positiven Corona-Bilanz vom Sommer der Parteitag auf den 24. Oktober verlegt und sollte in Hildesheim stattfinden.

Leider stiegen ab Ende August die Infektionszahlen wieder an, so dass auch dieser nicht als Präsenzveranstaltung stattfinden konnte. Anstatt allerdings den Parteitag wieder abzusagen, entschied sich der Landesvorstand Niedersachsen in Absprache mit dem Landesverband, den Landesparteitag in einen Online- und einen Präsenzparteitag zu splitten. Der Online-Parteitag sollte am festgelegten Datum tagen, der ordentliche Präsenzparteitag, auf dem die Personalwahlen abgehalten werden sollten, wurde in das Jahr 2021 verlegt. Via OpenSlides wurden somit alle Delegierten der Bezirke und Unterbezirke zum ersten virtuellen Parteitag der niedersächsischen SPD geladen.

Wie gewohnt konnten Fragen gestellt und Abstimmungen durchgeführt werden. Durch den Vormittag führten stellvertretend für den Landesvorstand die neue Generalsekretärin Hanna Naber, die an dem Tag ihr Parteidebut als kommissarische Generalsekretärin gab, Siemtje Möller MdB, Sebastian Zinke MdL und Philipp Raulfs MdL. Als Gastredner zugegen war Bundesfinanzminister Olaf Scholz, auch in seiner neuen Funktion als Kanzlerkandidat der SPD.

ERSTE GEHVERSUCHE IM DIGITALEN RAUM

SGK-KONGRESS AM 14.11.2020

In Kooperation mit der SGK Niedersachsen veranstaltete der SPD-Bezirk seine erste rein digitale Veranstaltung. Mit dem digitalen SGK-Zukunftskongress für die Region Braunschweig unter dem Motto Arbeit – Wirtschaft – Mobilität wurden die ersten Gehversuche des Bezirks erfolgreich absolviert. Mit den GenossInnen diskutierten in drei verschiedenen Zoom-Räumen unter anderem Anett Eine, Unternehmerin und Vorsitzende des OV Goslar, Ralf Sygusch, Verbandsdirektor des Regionalverbandes Großraum Braunschweig und Klaus Mohrs, Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg, über die Kommunale Industrie und Wirtschaftsförderung, digitale Kommunen und die Mobilität in den Kommunen. Die TeilnehmerInnenzahl lag bei um die 100 Personen und hätte sicher höher ausfallen können, aber fürs erste Mal war dies schon gut.

ZURÜCK ZU PRÄSENZVERANSTALTUNGEN

BEZIRKSDELEGIERTENKONFERENZ ZUR REIHUNG DER LISTE FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL AM 17.04.2021

Der Winter 2020/2021 und das Frühjahr 2021 machten die politische Arbeit durch ein Ansteigen der Corona-Fallzahlen nicht einfacher. Trotz strenger Pandemieauflagen der Bundes- und Landesregierung sind die Inzidenzwerte nur langsam wieder gesunken. Allerdings konnten wir unter Beachtung der strengen Corona-Bedingungen am 17.04.2021 in der Lindenhalle in Wolfenbüttel unsere Bezirksdelegiertenkonferenz in Präsenz stattfinden lassen. Im Vorfeld dieser Konferenz wurde unsere BundestagskandidatInnen teils unter freiem Himmel gewählt oder in riesigen Veranstaltungshallen. Aber wir wollten eine Ausbreitung des Virus auf einer unserer Veranstaltungen unbedingt vermeiden. Was uns auch gelungen ist.

Mit Hubertus Heil, Dunja Kreiser, Falko Mohrs und Dr. Christos Pantazis schicken wir vier außergewöhnlich starke Bundestagskandidierende in die diesjährige Bundestagswahl. Auf unserer Bezirksdelegiertenkonferenz in Wolfenbüttel haben wir die Reihung für die Liste gewählt. Zu Gast war außerdem die Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, Katarina Barley, die ein kurzes Grußwort für die Delegierten hielt. Als Überraschungsgast hielt außerdem unser Vizekanzler und Kanzlerkandidat Olaf Scholz mit einer Videobotschaft eine kurze Rede, um die Delegierten auf den bevorstehenden Wahlkampf einzuschwören.



Bezirksdelegiertenkonferenz in der Lindenhalle Wolfenbüttel (v.l.): Christiana Steinbrügge, Falko Mohrs, Dunja Kreiser, Hubertus Heil, Katarina Barley, Immacolata Glosemeyer, Dr. Christos Pantazis und Dennis Berger. Foto: SPD Braunschweig

ERSTER DIGITALER BUNDESPARTEITAG AM 09.05.2021

Am 9. Mai 2021 fand der außerordentliche Bundesparteitag der SPD statt – zum ersten Mal rein digital. Dieser Parteitag markierte den nächsten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Bundestagswahl im September: Wir haben Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten bestätigt und das Zukunftsprogramm beschlossen. Wir gehen mit progressiven Forderungen, wie einer Ausbildungsplatzgarantie, Klimaneutralität bis 2045, Soziale Wohnungsbaupolitik, Abschaffung von Hartz IV und Einführung eines Bürger-Innengelds, Legalisierung von Cannabis, verlass auf umfängliches Recht auf Asyl und vielen weiteren Themen, in die die Bundestagswahl. Unsere Delegierte und stellvertretende Jusos Bundesvorsitzende Manon Luther setzte sich für eine Patentfreigabe bei den Corona-Impfstoffen ein und forderte die Delegierten dazu auf, dies zu unterstützen und Druck bei der EU auszuüben, um die globale Krise zu lösen.

LANDESVERTRETERINNENVERSAMMLUNG AM 29.05.2021

Nachdem wir unsere Reihung für den Bezirk Braunschweig festgelegt hatten, mussten wir auf der Landesvertreter-Innenversammlung am 29.05.2021 in Hildesheim die Niedersachsenliste für die Bundestagswahl beschließen. Wir haben uns sehr darüber gefreut, dass auch der SPD-Bezirk Hannover, Hubertus Heil als Spitzenkandidaten vorgeschlagen hat. Hubertus Heil führt somit die niedersächsische Liste auf Platz 1 an. Die weiteren BezirkskandidatInnen sind Dunja Kreiser auf Platz 12, Falko Mohrs auf Platz 19 und Dr. Christos Pantazis auf Platz 26. Zusammen bilden Sie unser „Team Direktmandat“ für den SPD-Bezirk Braunschweig. Weitere KandidatInnen ohne Wahlkreis aus unserem Bezirk sind Eckhard Wagner (Platz 33), Brigitte Brinkmann, (Platz 39), Kristina Harings (Platz 46) und Manon Luther (Platz 53).

LANDESPARTEITAG AM 29.05.2021

Am 29.05.2021 stand im Anschluss der Landesvertreter-Innenversammlung der oft verschobene Landesparteitag der Niedersächsischen SPD in Hildesheim an. Mit vollständiger Delegation anwesend, haben wir neben einem großen Antragspaket einen neuen SPD-Landesvorstand gewählt. Für den Bezirk war es ein besonders erfolgreicher Tag. Philipp Raulfs und Carola Reimann wurden als stellvertretende Vorsitzende unseres Landesvorsitzenden Stephan Weil mit großer Mehrheit gewählt. Zudem wurden Dunja Kreiser und Julius Schneider als BeisitzerInnen in den Landesvorstand der SPD bestimmt.



(v.l.): Falko Mohrs, Dunja Kreiser, Hubertus Heil und Dr. Christos Pantazis. Foto: SPD Braunschweig

SCHWIERIGE AUFGABEN LIEGEN VOR UNS

Bei den nun anstehenden Kommunal- (am 12.09.2021) und Bundestagswahlen (am 26.09.2021 mit Stichwahlen) wollen wir unsere Rolle als gestaltende Kraft in der Region untermauern. Wir wollen die vier Bundestagswahlkreise im Bezirk Braunschweig wieder direkt für die SPD gewinnen. Zudem auf kommunaler Ebene wieder die OberbürgermeisterInnen, LandrätInnen und Samt-

gemeinde- und GemeindebürgermeisterInnen in unseren Städten und Gemeinden stellen. Wir ziehen selbstbewusst in den anstehenden Wahlkampf. Wir können aber nur erfolgreich sein, wenn wir geschlossen für die Ziele unserer Partei und unsere Kandidatinnen und Kandidaten kämpfen.

Glück Auf!

MITGLIEDER DES BEZIRKSVORSTANDS BIS ZUM 17. JULI 2021

Vorsitzender

Hubertus Heil

Stellvertretende Vorsitzende

Laura Letter (bis Februar 2020)

Falko Mohrs

Dr. Christos Pantazis

Christiana Steinbrügge

Kooptiert gf. BzV

Stephan MankeCarola Reimann

Detlef Tanke

Matthias Wunderling-Weilbier

Schatzmeister

Matthias Wehrmeyer

Beisitzer/innen

Marcus Bosse

Petra Emmerich-Kopatsch

Immacolata Glosemeyer

Jens Hoppe

Jana Kurz

Anna Neuendorf

Miriam Riedel-Kielhorn

Julius Schneider

Matthias Disterheft

Henning Franke

Falk Hensel

Annegret Ihbe

Gerd Meister

Julia Retzlaff

Nilgün Sanli

Ehrevorsitzender

Gerhard Glogowski

Ltd. Geschäftsführer

Dirk Roller

CHRONIK 2019 BIS 2021

- 27.04.2019:** Bezirksparteitag SPD-Bezirk Braunschweig, Lindenhalle Wolfenbüttel, Halberstädter Str. 1 A, 38300 Wolfenbüttel
- 13.05.2019:** Kommt Zusammen!-Tour und Foodtruck-Aktionen im Europawahlkampf mit Katarina Barley und Hubertus Heil sowie den Kandidaten aus dem Bezirk: Anna Neuendorf und Francescantonio Garippo, Platz am Ritterbrunnen in Braunschweig
- 25.05.2019:** Jubiläumsveranstaltung „25 Jahre AG 60plus im SPD-Bezirk Braunschweig“ mit Festvortrag vom Bundesvorsitzenden der AG 60plus Lothar Binding MdB, Landhaus Seershausen, Peiner Str. 5 in Meinersen

26.05.2019:	Europawahl
19.06.2019:	AfB-Bezirkskonferenz mit Vorstandswahlen, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstr. 8, Braunschweig
20.06.2019:	Bezirkskonferenz der AG 60plus im SPD-Bezirk Braunschweig, Helmstedt
29.06.2019:	Klausurtagung des SPD-Bezirksvorstands, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstraße 8 in Braunschweig
22.08.2019:	CMS-Schulung im SPD-Bezirk Braunschweig, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstraße 8 in Braunschweig
24.08.2019:	Kleiner Parteitag, Herzoginnen-Saal im Schloss Schöningen
29.08.2019:	KassiererInnen-Workshop im SPD-Bezirk Braunschweig, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstraße 8 in Braunschweig
27.09.2019:	Regionalkonferenz zur Vorstellung aller Kandidatinnen und Kandidaten für unsere neue Parteispitze, Stadthalle Braunschweig
05.10.2019:	Bezirkskonferenz der Jusos im SPD-Bezirk Braunschweig, Wolfsburg
25./26.10.2019:	Bezirksvorstandsklausur des SPD-Bezirks Braunschweig, Kamingespräch mit Ricarda Bier, 2. Bevollmächtigte und Geschäftsführerin der IG Metall Wolfsburg, Hotel Heidensee in Gifhorn
06.11.2019:	ASF-Veranstaltung „Werkstattgespräch zum Thema Parité“ mit Petra Tiemann, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstraße 8, BS
06.–08.12.2019:	Bundesparteitag mit Neuwahl des Parteivorstandes, CityCube Berlin
18.01.2020:	Neujahrsempfang des Unterbezirks Braunschweig, Stadthalle Braunschweig
01.02.2020:	Neujahrsempfang der ASF, Schünemannsche Mühle, Wolfenbüttel
05.02.2020:	Bezirkskonferenz der AfA im SPD-Bezirk Braunschweig, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstr. 8 in Braunschweig
07.02.2020:	Bezirkskonferenz der AGS Arbeitsgemeinschaft Selbständige im SPD-Bezirk Braunschweig, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstraße 8 in Braunschweig
27./28.08.2020:	Sommerreise des Bezirksvorsitzenden Hubertus Heil in Begleitung von Falko Mohrs, Dr. Christos Pantazis und den örtlichen Landtagsabgeordneten und Unterbezirksvorsitzenden, Unterbezirke HE, WOB, GF, PE, GS, SZ, WF, BS
08.09.2020:	Gründungsveranstaltung AG Queer im SPD-Bezirk Braunschweig, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstraße 8 in Braunschweig
17.10.2020:	Bezirkskonferenz der Jusos im SPD-Bezirk Braunschweig mit Vorstandswahlen, Dorfgemeinschaftshaus Heiningen, Hauptstr. 2 a, 38312 Heiningen
24.10.2020:	Landesparteitag, OpenSlide
27.10.2020:	Bezirkskonferenz der ASF im SPD-Bezirk Braunschweig mit Vorstandswahlen, Dr. Heinrich-Jasper-Saal, Schloßstr. 8 in Braunschweig
14.11.2020:	Digitaler SGK-Zukunftskongress Region Braunschweig „Arbeit – Wirtschaft – Mobilität“, Zoom
17.04.2021:	Bezirksdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Bundestagskandidat*innen, Lindenhalle Wolfenbüttel, Halberstädter Str. 1 A, 38300 Wolfenbüttel
09.05.2021:	Digitaler Bundesparteitag zur Verabschiedung des Zukunftsprogramms und zur offiziellen Nominierung des Kanzlerkandidaten Olaf Scholz, OpenSlide
29.05.2021:	Landesvertreter*innenversammlung zur Aufstellung der niedersächsischen Landesliste für die Bundestagswahl, Halle 39 in Hildesheim
29.05.2021:	Landesparteitag, Halle 39, Schinkelstraße 7, 31137 Hildesheim

ORGANISATIONSPOLITISCHER RAHMEN

Der Organisationsbereich des Bezirks Hannover erstreckt sich von Göttingen im Süden bis nach Harburg im Norden und von Diepholz im Westen bis zur Elbe im Osten. Im Europaparlament ist der SPD-Bezirk nach der Europawahl 2019 erneut mit dem SPD-Abgeordneten Bernd Lange vertreten.

Neun Abgeordnete aus dem SPD-Bezirk Hannover gestalten in Berlin Bundespolitik mit und seit der Landtagswahl 2017 vertreten 24 von insgesamt 54 Abgeordneten den SPD-Bezirk Hannover im Niedersächsischen Landtag.

Der SPD-Bezirk mit seinen knapp 25.000 Mitgliedern stellt fast die Hälfte der Mitgliedschaft in Niedersachsen und nimmt mit seinen Gremien und parlamentarischen Repräsentantinnen und Repräsentanten gestaltenden Einfluss auf Landes- und Bundespolitik. Die SPD ist – immer noch – eine mitgliederstarke Partei. Es muss ihr aber wieder gelingen, neue und vor allem mehr junge Menschen zu gewinnen.

Die finanzielle Lage des Bezirks ist stabil, aber auch gleichzeitig labil. Stabil ist die Situation bei den Mitgliedsbeiträgen, weil hier insbesondere die außerordentliche Beitragsanpassung auf Bundesebene zu einer Stabilisierung beigetragen hat. Die Nachhaltigkeit der Beitragsanpassung ist jedoch durch die rückläufigen Mitgliederzahlen gefährdet.

Die Beschränkungen der Corona-Pandemie wirken sich dabei natürlich auch negativ auf die Organisationsentwicklung aus, weil Aktivitäten zur Mitgliederbindung und Mitgliederwerbung in den Gliederungen bestenfalls in reduzierter Form stattfinden konnten. Ungeachtet dessen gibt es eine Reihe von Gliederungen in der Partei, in denen schon seit Jahren keine systematische Mitgliederwerbung mehr erfolgt. Vor dem Hintergrund des Altersaufbaus der Mitgliedschaft ist das eine schwere Hypothek für die Zukunft.

Das Aufkommen aus Beiträgen ist die wichtigste Einnahmequelle der SPD, die sich glücklicherweise auf dem Niveau der Vorjahre stabilisiert haben. Das darf jedoch nicht verdecken, dass die Aufgabe der Mitgliederwerbung weiterhin zentrale Organisationsaufgabe bleiben muss. Der Bezirk finanziert in erster Linie Personal, das überwiegend in der Fläche, sprich in den Unterbezirken tätig ist.

Die Liquiditätslage des Bezirks ist im Rechenschaftszeitraum durchgängig gegeben gewesen, sodass Kampagnen- und Wahlkampfaktivitäten in den Gliederungen unterstützt werden, die Bildungsarbeit gesichert ist und Zuschüsse für die Bürokosten der Unterbezirke vorhanden sind.

Der Schlüssel für finanzielle Stärke ist und bleibt aber die Werbung neuer Mitglieder und die Durchdringung der Gesellschaft mit Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Jedes neu geworbene Mitglied ist ein Beitrag zur Zukunftssicherung der sozialdemokratischen Idee. Die Kassiererinnen und Kassierer in den Ortsvereinen und Unterbezirken sorgen mit ihrer Arbeit dafür, dass die Organisation handlungsfähig ist, um für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu streiten. Nicht zuletzt können wir ihretwegen stolz darauf sein, dass die Finanzen auch in den Gliederungen ordentlich geführt sind und es keine Beanstandungen nach dem Parteiengesetz gegeben hat.

ORDENTLICHER PARTEITAG

Am 22. Juni 2019 wurde in Lüneburg ein neuer Vorstand gewählt. Nach zehn Jahren als Vorsitzender trat Stefan Schostok nicht noch einmal an. Mit einem sehr guten Ergebnis von knapp 96 Prozent wurde der Laatzener Bundestagsabgeordnete Dr. Matthias Miersch zum neuen Vorsitzenden des Bezirks gewählt. In seiner Rede dankte Dr. Matthias Miersch Stefan Schostok für die umfangreiche Arbeit, die dieser mehr als 20 Jahre im SPD-Bezirk Hannover geleistet hat. Stefan Schostok wurde erstmals 1995 als Beisitzer in den Bezirksvorstand gewählt, wurde 2000 leitender Geschäftsführer und gehörte somit dem Bezirksvorstand qua Amt an. Von 2009 bis 2019 war er dann zehn Jahre lang Vorsitzender des größten der vier niedersächsischen Parteibezirke.



Der neue Vorsitzende Dr. Matthias Miersch beim ordentlichen Bezirksparteitag in Lüneburg.
Foto: Achim Gründel

Die engere Spitze des Vorstandes wurde um eine Position erweitert. Neue stellvertretende Vorsitzende ist Svenja Stadler aus dem Landkreis Harburg. Wiedergewählt wurde Ulrich Watermann aus Hameln-Pyrmont. Als weitere neue stellvertretende Vorsitzende wurde die Göttingerin Amina Yousaf gewählt. Alter und neuer Schatzmeister wurde der Hannoveraner Dr. Stephan Klecha.

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE

Nach seiner Neuwahl traf sich der neugewählte Vorstand zu einer Klausurtagung in Springe. Aus den vielfältig diskutierten Themen wurden die beiden Schwerpunkte für die Wahlperiode des Vorstandes festgelegt: „Planetare Grenzen“ und „Prävention Rechtsextremismus“.

Im ersten Schwerpunkt ging es u. a. um die Organisation von regionalen Veranstaltungen zu Themen des Klimawandels. Darüber hinaus wurde ein Flyer entwickelt, der den Gliederungen für das eigene Arbeiten zu Verfügung gestellt wurde. Der vom Menschen gemachte Klimawandel verursacht u. a. Wetterextreme, Dürren und Orkane. Um das 21. Jahrhundert nicht zu einem Jahrhundert erbitterter Verteilungskämpfe und neuer Gewalt zu machen, setzte sich die verantwortliche Arbeitsgruppe in ihrer Arbeit dafür ein, dass Ökologie, soziale Gerechtigkeit und Wirtschaft enger miteinander verzahnt werden. Ziel war vor allem das 2019 beschlossene Klimaschutzgesetz, das erstmals in Deutschland verbindliche Klimaziele festschrieb, zu diskutieren. Es ging vor allem darum, in einer neuen Phase des sozial-ökologischen Umbaus

Im Schwerpunkt „Prävention Rechtsextremismus“ wurden ebenfalls regionale Veranstaltungen geplant und durchgeführt sowie Material für die Gliederungen produziert. Im Fokus stand aber auch das Netzwerken in die Fachöffentlichkeit wie Gewerkschaften und der Amadeu Antonio Stiftung.



Der Vorstand des SPD-Bezirk Hannover trifft sich zur Klausurtagung in der HVHS Springe e.V. Foto: SPD-Bezirk Hannover

INNERPARTEILICHE BILDUNGSARBEIT IN BEWEGTEN ZEITEN

Im Berichtszeitraum unterlag die innerparteiliche politische Bildung beim SPD-Bezirk Hannover – wie so viele Gesellschafts- und Politikbereiche – großen Unsicherheiten. Lange als unumstößlich geglaubte Gewissheiten und Rituale brachen unvermittelt ab. Aber auch über die Corona-Pandemie hinaus galt es Verluste und Veränderungen hinzunehmen: Lediglich acht Wochen nach dem Bezirksparteitag in Lüneburg beklagte der SPD-Bezirk Hannover am 18. August 2019 den Verlust des langjährigen Vorstandsmitglieds Dr. Udo Husmann. Im Alter von nur 65 Jahren verstarb der langjährige Vorsitzende der Bildungskommission und Mitglied des Bezirksvorstandes unerwartet. Über 21 Jahre gestaltete Udo Husmann Sozialdemokratie und setzte sich überzeugt wie unverdrossen für die politische Bildung ein.

Seit annähernd 50 Jahren ist die politische Bildung im SPD-Bezirk Hannover den Grundwerten verpflichtet. Seit vielen Jahren macht sich der SPD-Bezirk Hannover für eine vitale und attraktive Bildungsarbeit innerhalb der Partei stark. Der Bildungskommission kommt hier eine wichtige Aufgabe zu. Vom Bezirksvorstand alle zwei Jahre eingesetzt, entwickeln Vorstandsmitglieder, berufene Expertinnen und Experten aus der Partei und den Umfeldorganisationen der SPD sowie die hauptamtlichen Mitarbeitenden die politische Bildungsarbeit fort.

Abbrüche und Neuanfänge erlebte die politische Bildung nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie: Im Zuge des ersten Lockdowns ab März 2020 war die politische Bildung in der Partei gezwungen, alle Bildungsanstrengungen aus Seminarräumen, Gemeinschaftshäusern oder Parteibüros ins Internet zu verlagern. Es machte sich bezahlt, dass erstmals im Landtagswahlkampf 2017 Online-Lernformate als eine zusätzliche, kurzweilige Lern- und Erfahrungsgelegenheit erprobt wurden. Damit gelang die Umstellung zahlreicher Seminare und Workshops schnell und technisch unkompliziert auf das Arbeiten und Lernen im Internet. Seit 2020 zählen nun Online-Seminare zum festen Repertoire der politischen Bildung im Bezirk. Im Nachhinein betrachtet eröffneten die Online-Seminare, wahlweise an Werktagen am Abend oder an Wochenenden angeboten, ein neues Lernfeld sowohl für Trainerinnen und Trainer als auch für Teilnehmende. Die Formate erweiterten außerdem den Kreis der Teilnehmenden. Noch nie zuvor hatten so viele Genossinnen und Genossen die politischen Bildungsangebote beim Bezirk wahrgenommen.



Dr. Udo Husmann (links) beim Treffen der Bildungsbeauftragten. Foto: Christoph Matterne

Darüber hinaus setzt sich der SPD-Bezirk dafür ein, dass strukturell gut aufgestellte Bezirke und Landesverbände ihr Knowhow für eher strukturschwache Gliederungen solidarisch öffnen. So verbindet den SPD-Bezirk Hannover seit Ende 2019 eine Bildungspartnerschaft mit den SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Im Rahmen der Bildungspartnerschaft wird beispielsweise den Mitgliedern aus Mecklenburg-Vorpommern die Möglichkeit gegeben, an der niedersachsenweiten Ausbildungsreihe für Teamerinnen und Teamer teilzunehmen. Umgekehrt profitiert der SPD-Bezirk Hannover von dem Know How und den Erfahrungen der Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Vorpommern, sei es beim Umgang mit Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten und der Neuen Rechten oder auf dem Feld der ländlichen Entwicklung. Enge Bildungs-Bande konnten zum SPD-Bezirk Hessen-Süd und zum SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen geknüpft werden.

Gemeinsam mit den drei anderen niedersächsischen Bezirken und dem Landesverband organisiert der SPD-Bezirk Hannover die Bildungsarbeit unter dem Dach der Politischen Bildungsgemeinschaft Niedersachsen e.V. (PBN). Auf der Jahreshauptversammlung im Februar 2019 wurde Dr. Silke Lesemann aus der Region Hannover erneut zur Vorsitzenden gewählt. Die PBN ist eng vernetzt mit Bildungsakteuren außerhalb der SPD, darunter das Bildungs- und Tagungszentrum HVHS Springe, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Bildungsvereinigung Arbeit und Leben.

VERTRAUENSARBEIT

Zum ordentlichen Bezirksparteitag diskutierten die Delegierten auf Initiative der Jusos und der AsF über Vertrauensarbeit / Awareness innerhalb des Bezirks. Nach dem Parteitag wurde im Herbst 2019 ein Vertrauensteam eingesetzt, das für Genossinnen und Genossen zur Verfügung steht, die sich z. B. diskriminiert, gemobbt oder auf andere Art und Weise durch negative Handlungen Dritter benachteiligt fühlen. Ziel ist es, sich für einen diskriminierungsfreien, respektvollen und solidarischen Umgang in der Partei einzusetzen. Im Berichtszeitraum konnte das Vertrauensteam in einigen Fällen vertraulich tätig sein, so dass die Vertrauensarbeit in der weiteren politischen Arbeit des Bezirks weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird.

MODERNISIERUNG DER ORGANISATIONSSTRUKTUREN

Nach langer Diskussion beschloss der Bezirksvorstand im Sommer 2020, dass verwaltungsbezogene Dienstleistungen an das ServiceCenter der SPD in Dortmund übertragen werden sollten. Ziel war es mehr Raum für politische Projektarbeit zu gewinnen und weniger Verwaltungsarbeit zu leisten. Dieses Vorgehen soll darüber hinaus vor allem die Hauptamtlichkeit vor Ort stärken, die Kompetenzen der Gliederungen adäquat umsetzen, die Digitalisierung stärker nutzen, mehr Engagement vor Ort ermöglichen und die regionale Kampagnenfähigkeit stärken. Durch die Modernisierung der Organisationsstrukturen wurden die Verwaltungsaufgaben verschlankt, so dass sich der Bezirk und seine Gliederungen auf wesentlicher, nämlich politische Gestaltungsaufgaben konzentrieren kann.

Seit Ende 2020 wird nun in Dortmund zentral für den gesamten Bezirk die allgemeine Mitgliederverwaltung wahrgenommen. Zudem werden eine Reihe von Aufgaben für Gliederungen übernommen (Rechenschaftsberichte, Kassenberichte, Kassenwesen). Damit dieses Arbeitsvorhaben auch monetär umgesetzt werden kann, wird auf dem ordentlichen Bezirksparteitag eine neue Betragsverteilung Bezirk, Unterbezirk, Ortsvereine in die Satzung aufgenommen werden müssen.



*Trainee-Auftaktwoche in der HVHS Springe e.V.
Foto: Christoph Mattered*

DAS TRAINEE-PROGRAMM

GEMEINSAME PERSONALENTWICKLUNG

Um politische Referentinnen und Referenten als Nachwuchs für die SPD zu gewinnen, beteiligt sich der SPD-Bezirk Hannover gemeinsam mit dem SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen und dem SPD-Bezirk Hessen-Süd am Trainee-Programm. Dieses wurde erstmals 2016 ausgerichtet und fand im Berichtszeitraum bereits zum dritten Mal statt. Hier geht es vor allem darum, die politische Arbeit in verschiedenen Gliederungen projektbezogen kennenzulernen. So sind die Trainees im Wechsel auf unterschiedlichen Parteiebene

unterwegs und sammeln praktische Erfahrung im Landesverband, bei Bezirken und unterschiedlichen Unterbezirken. Normalerweise wird das Trainee-Programm durch Hospitationen im Willy-Brandt-Haus und beim DGB abgerundet, was in der dritten Runde durch den coronabedingten Lockdown leider nicht organisiert werden konnte. Bisher fanden aus allen drei Programmen vier Trainees eine erste Anschlussbeschäftigung beim SPD-Bezirk Hannover.

SPDplus

Mit SPDplus wird seit Mitte 2019 für die Gliederungen und Einzelpersonen im SPD-Bezirk Hannover und im SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sowie allen anderen interessierten SPD-Gliederungen und Abgeordneten ein praxisgerechtes Content-Management-System zur Erstellung von Internetseiten angeboten. SPDplus zeichnet sich dadurch aus, dass es genossenschaftlich organisiert wird (die Kundinnen und Kunden tragen mit ihren Beiträgen den Betrieb und die stete Weiterentwicklung des Systems) und optimal auf die Bedürfnisse der politischen Online-Kommunikation ausgerichtet ist. In den beiden Berichtsjahren konnten knapp einhundert neue Internetauftritte online gehen.

VORSTAND

Vorsitzender: Dr. Matthias Miersch

Stellv. Vorsitzende: Svenja Stadler, Ulrich Watermann, Amina Yousaf

Schatzmeister: Dr. Stephan Klecha

Beisitzerinnen und Beisitzer: Andrea Berger-Nowak, Barbara Fahncke, Ulf-Birger Franz, Silke Hansmann, Frauke Heiligenstadt, Dr. Udo Husmann*, Hauke Jagau, Florian W. Kolb, Bernd Lynack, Luzia Moldenhauer, Wiebke Osigus, Dr. Cornelia Ott, Jan Henner Putzier, Alexander Saade, Astrid Schlegel, Philipp Schmalstieg, Maximilian Schmidt, Andrea Schröder-Ehlers, Doris Schröder-Köpf, Kerstin Tack, Marja-Liisa Völlers, Gabriele Willers

Leitende Geschäftsführer: Christoph Matteredne

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND DEREN VORSITZENDE:

AsF: Luzia Moldenhauer / Theresa Abend, **Jusos:** Silke Hansmann, **AG 60 plus:** Klaus Kaiser, **AfA:** Burkhard Bisanz, **ASG:** Wilhelm Drabke, **AGS:** Dr. Jörg Rodenwaldt (bis Ende 12/2019), **AsJ:** Robert Nicholls, **Selbst Aktiv:** Thomas Harms, **AfB:** Elke Tonne-Jork, **SPDqueer:** Pierre Kleinfeld

PROJEKTGRUPPEN/KOMMISSIONEN UND DEREN VORSITZENDE

AK Tierschutz: Dr. Michael Marahrens, **Schulpolitische Kommission:** Elke Tonne-Jork, **Bildungskommission:** Dr. Udo Husmann / Svenja Stadler, **Gesprächskreis Gymnasien:** Reinhold Lüthen, **Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Bezirk Hannover e.V.:** Jann Bruns

VERANSTALTUNGEN

29. April 2019:

Diskussionsveranstaltung:
Peter von Oertzen – eine politische und intellektuelle Biografie

22. und 23. Juni 2019:

Bezirksparteitag in Lüneburg

10. Oktober 2020:

75 Jahre Wennigser Konferenz und 125 Jahre Kurt Schumacher



Norbert Walter-Borjahn, Co-Vorsitzender der SPD, bei der Gedenkveranstaltung in Wennigsen. Foto: Dennis Eigheten



BEZIRK NORD-NIEDERSACHSEN

Am 24. November 2018 wurde mit Uwe Santjer ein neuer Bezirksvorsitzender gewählt. Petra Tiemann, die dem Bezirk seit 2010 vorstand, kandidierte nicht wieder.

Die politische Arbeit im Bezirksvorstand begann zu Beginn 2019 mit einer Klausurtagung des Bezirksvorstandes in Cuxhaven. Die Modernisierung der politischen Arbeit war das zentrale Projekt der letzten Jahre. Der Bezirksparteitag 2018 hatte dazu mit dem Beschluss „Wir haben viel vor. Und Lust auf Morgen“ die Grundlagen geschaffen.

Der Bezirksvorstand hatte sich vorgenommen, Vorschläge zur Stärkung der Organisations- und Kampagnenfähigkeit, Vermeidung von Formalien und mehr Möglichkeiten für politische Diskussionen bis Ende 2019 vorzulegen.



*Der neu gewählte Bezirksvorsitzende Uwe Santjer.
Foto: Bezirk Nord-Niedersachsen – Tina Wilke*

Dabei ging es um folgende Themen:

- Inhaltliche und politische Debatte
- Antragsberatungen bei Parteitag in den Mittelpunkt rücken
- Mehr Zeit für politische Debatten
- Debattenkultur
- Stärkung der Arbeitsgemeinschaften und Parteigliederungen
- modernere Kommunikation mit den Mitgliedern
- sozialen Medien in der politischen Arbeit und in Wahlkämpfen
- Teilhabe an der politischen Diskussion in Internetforen und moderierten Communities.

Dazu wurden im Bezirksvorstand fünf Schwerpunkte in den folgenden Sitzungen beraten. Obwohl zu allen Themen inzwischen entsprechende Vorschläge entwickelt wurden, konnte am Ende, wegen der Corona-Pandemie, kein abschließender Beschluss gefasst werden.

Die vom Bezirksvorstand gebildete Finanzkommission hat in intensiven Sitzungen Lösungsvorschläge für die finanzielle und strukturelle Absicherung des Bezirks und seiner Gliederungen erarbeitet und begleitet auch weiterhin die weitere Entwicklung. Ziel ist es, auf allen Gliederungsebenen politische Parteiarbeit zu ermöglichen.

Die Europawahlen 2019 und die Mitgliederbefragung zum Parteivorsitz Ende 2019 standen zunächst im Mittelpunkt der Parteiarbeit. Bei der Europawahl 2019 erreichte die SPD im Bezirk Nord-Niedersachsen 20,9 %, 5,1 % über dem Bundesergebnis. Die Ergebnisse lagen in den Landkreisen des Bezirks zwischen 18,1 und 22,2 Prozent, also im landesweiten Mittel.

Die immer noch nicht überstandene Corona-Pandemie hat alle Arbeitsplanungen durchkreuzt, unsere Parteiarbeit beinahe zum Erliegen gebracht und das Zusammensein über lange Zeit unmöglich gemacht. Trotzdem ist es durch die digitalen technischen Möglichkeiten gelungen, das was notwendig war, miteinander zu diskutieren und zu regeln. Viele Vorstandssitzungen und Veranstaltungen fanden per Online-Konferenz statt. Inzwischen sind digitale Sitzungen und Konferenzen selbstverständlicher Bestandteil der politischen Arbeit geworden.

Die 2019 begonnenen Organisationswahlen mussten mehrfach verschoben werden. So fand der 71. Ordentliche Bezirksparteitag – in 2021 – ein Jahr verspätet statt.

Im Bezirk sind fünf Arbeitsgemeinschaften aktiv. Die Jusos und die AG 60 plus können sich auf einen Organisationsaufbau in den Unterbezirken stützen. Die ASF ist in den Unterbezirken Cuxhaven und Stade organisiert. Die AfB ist im Bezirk Nord-Niedersachsen aktiv.

Die Mitgliederverwaltung erfolgt inzwischen für den gesamten Bezirk Nord-Niedersachsen durch den Mitglieder-ServicepointNN Stade in der SPD-Geschäftsstelle Stade. Sämtliche Mitgliederangelegenheiten können unter der Mailadresse servicepointnn.stade@spd.de oder telefonisch bearbeitet werden.

KONFERENZEN UND VERANSTALTUNGEN

02.02.2019	AsF-Bezirkskonferenz
16.03.2019	Juso-Bezirkskonferenz
15.09.2019	Gemeinsame Regionalkonferenz mit Bezirk Weser-Ems
10.01.2020	AfB-Bezirkskonferenz
19.09.2020	Juso-Bezirkskonferenz

BEZIRKSVORSTAND

(gewählt auf dem 70. o. Bezirksparteitag am 24. November 2018)

Vorsitzender:	Uwe Santjer	UB Cuxhaven
StellvertreterInnen:	Christina Jantz-Herrmann Lars Klingbeil Petra Tiemann	UB Osterholz UB Heidekreis UB Stade
Finanzbeauftragte:	Bernd Michallik	UB Verden
BeisitzerInnen:	Tatjana Bautsch Katja Brößling Richard Eckermann Claus Johannsen Tobias Koch Kai Koeser Dr. Dörte Liebetruß Tanja Motscha Fabian Schock Gunnar Wegener Sebastian Zinke	UB Heidekreis UB Cuxhaven UB Verden UB Cuxhaven UB Rotenburg UB Stade UB Verden UB Osterholz UB Osterholz UB Cuxhaven UB Heidekreis

Mitgliederzahlen: 31.12.2019: 5394, 31.12.2020: 5207



BEZIRK WESER-EMS

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Es wird zukünftig von entscheidender Bedeutung sein, ob wir mit unseren politischen Zielen die Menschen in unseren Gemeinden, Städten und Landkreise erreichen. Ob das Angebot der SPD Weser-Ems sie sowohl inhaltlich als auch personell überzeugt und ob wir mit unserer Politik ihr Vertrauen gewinnen können. Die SPD in Weser-Ems ist davon überzeugt, dass, wenn die SPD die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nimmt, ihnen zuhört und ihre Probleme deutlich erkennbar in den Mittelpunkt unserer Politik stellt und wir ihre Stimme sind, dann wird die SPD auch ihr Vertrauen bekommen werden.

In den Kommunen entscheidet sich, ob der Zusammenhalt trägt und das Zusammenleben gelingt. Hier zeigt sich ob die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Wirklichkeit werden kann, ob die Bildungsangebote ausreichen, Integration gelebt wird und wir uns auf eine alternde Gesellschaft einstellen. Hier stellen sich die Fragen der Teilhabe und der sozialen Gerechtigkeit. Darauf muss die SPD die Antworten geben, die deutlich machen, dass wir die Partei sind, die für Wachstum und Innovation steht und zugleich für Gerechtigkeit, für Fortschritt und Zusammenhalt. Deshalb wird es ganz entscheidend darauf ankommen, dass wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürger auch suchen, mit ihnen ins Gespräch kommen und für unsere Ziele werben.

Die Corona-Pandemie bestimmte ab dem 2. Quartal 2020 nicht nur mit großem Einfluss das Zusammenleben in unserer Gesellschaft, sie veränderte auch die Art, wie wir unser Parteileben organisieren. Über eine sehr lange Zeit konnten deshalb keine Zusammenkünfte in den Ortsvereinen und in der Partei stattfinden. Viele Veranstaltungen mussten abgesagt werden und der persönliche Kontakt wurde stark eingeschränkt. Dennoch ist die Kraft unserer Grundüberzeugungen ungebrochen, wie viele Rückmeldungen bestätigen. Die nach wie vor vorhandene Nähe zu den Menschen, das pragmatische Verständnis der SPD für das Notwendige und Machbare wurden durch neue und durchaus kreative Ideen geweckt und werden weiterhin gebraucht, um das politische Leben zu bereichern und für die Menschen in Weser-Ems eine lebenswerte Region zu gestalten.

Die in den Pandemiezeiten entwickelten und intensiv genutzten neuen Formate wie hybride Online-Sitzungen und/oder Video-Besprechungen werden uns in der Parteilarbeit der Zukunft nachhaltig neu aufstellen. Diese Entwicklung muss nun konsequent in die neuen Formen der Kommunikation unserer Partei aufgenommen werden. Dazu gehört auch eine Anpassung unserer Schlagkraft im hauptamtlichen Bereich vor Ort an die verfügbaren Ressourcen.

PERSONAL, GESCHÄFTSSTELLEN UND MITGLIEDER/FINANZEN IM BEZIRK

Für die Identifikation der Mitglieder mit der Partei in der Region sind die regionalen und lokalen Geschäftsstellen und Büros der Abgeordneten zentrale Ansprechpunkte. Diese Erkenntnis leitet das Handeln der SPD Weser-Ems. Dennoch verändern sich die Rahmenbedingungen unseres Handelns und unserer Ressourcen. So zeigte sich im Berichtszeitraum erneut, dass die Mitgliederzahlen nicht auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden kann. Obwohl sich reale Eintritte und Austritte fast die Waage halten, bleibt weiterhin der Verlust von vielen langjährigen und

verdienten Genossinnen und Genossen durch die demographische Entwicklung der Hauptgrund für sinkende Zahlen. Damit das Beitragsaufkommen die Handlungsfähigkeit des Bezirks und der Untergliederungen sicherstellt, wurden vielfältige Maßnahmen verstärkt und intensiviert. Die Geschäftsstellen unterstützen aktiv die Arbeit der Kassiererinnen und Kassierer zur Sicherung der finanziellen Basis unserer politischen Arbeit.

Nicht das Verzögern von notwendigen Schritten zeichnet die Sozialdemokratie aus, es ist das mutige und überlegte Anpacken der Herausforderungen. Daher hat der SPD-Bezirksvorstand bereits seit 2019 die Anpassung unserer Strukturen des SPD-Bezirks Weser-Ems bewertet und in einer Kommission Vorschläge erarbeitet, wie auf Mitgliederrückgang und geringere Organisationstiefe reagiert werden soll.

Jetzt zu handeln ermöglicht, dass auf die sich absehbar verschlechternden wirtschaftlichen Entwicklungen noch in Eigenverantwortung reagiert werden kann. Die notwendigen Schritte sind auf Beschluss des Bezirksvorstandes u. a. mit einer verschlankten und auf die Unterstützung der ehrenamtlichen Parteiarbeit konzentrierten hauptamtlichen Bezirksstruktur und damit einhergehend mit der Reduzierung der Anzahl der Geschäftsstellen des SPD-Bezirks eingeleitet worden. Dieser Prozess ist bewusst nicht abrupt, sondern überlegt und begleitet über einen umsetzbaren Zeitraum angelegt worden. So werden wir die Leuchttürme unseres SPD-Bezirks mit den Regionen Ostfriesland, Oldenburg und Osnabrück sichern und fest im Parteileben in Weser-Ems verankern können!

WAHLEN

Zur Europawahl 2019 wurde unser MdEP Tiemo Wölken erneut von Gliederungen nominiert und mit einem guten Listenplatz auf der Bundesliste an den Start eines aktiven Wahlkampfes geschickt. Durch den großen Betreuungsbereich, Tiemo ist gemeinsam mit Bernd Lange für Gesamt-Niedersachsen zuständig, waren die Aktivitäten begrenzt und wurden durch Kreativität vor Ort und in den Ballungszentren aufgefangen.

Durch die kontinuierlich gute und ideenreiche Arbeit der Arbeitsgemeinschaften, hier sei im Europawahljahr 2019 besonders die AG 60 plus und die Jusos mit ihren Nacht-Infoständen erwähnt, konnte der Rückhalt bei den Wählern zur Europawahl gefestigt werden.



AG-Straßenwahlkampf mit Tiemo Wölken.
Foto: Privat/SPD Weser-Ems 2019



Abschlusskundgebung mit Tiemo Wölken.
Foto: Olaf Abdinghoff-Feldkemper 2019

Das Ergebnis der Europawahl machte den Wiedereinzug von Tiemo Wölken in das Europaparlament möglich. Am 28. September 2019 wählte die SPD in Weser-Ems in Nordhorn uin der Grafschaft Bentheim einen neuen Bezirksvorstand. Die Vorsitzende Hanne Modder wurde erneut wiedergewählt und erhielt ein Sehr gutes Ergebnis. Auch der Vorstand kandidierte fast geschlossen erneut und bekam hohen Zuspruch für die kommende Vorstandsperiode und die anstehenden Herausforderungen.



*Der neugewählte SPD-Bezirksvorstand Weser-Ems 2019-21.
Foto: Olaf Abdinghoff-Feldkemper, 2019*

BILDUNGSARBEIT

Das Bildungsangebot ist in der Grundversorgung durch ein gutes Zusammenspiel der Bezirke, des Landesverbands und der sie unterstützenden Bildungsvereinigungen sehr gut eingespielt. In den Jahren 2019 initiierte der Bezirk Weser-Ems ein niedrigschwelliges Angebot mit Schulungsmaßnahmen zur Stärkung der Organisationskraft einer sich im Generationenwandel befindlichen Partei. Leider sind die Maßnahmen überwiegend den Einschränkungen durch die CoVid19-Pandemie überwiegend nicht umgesetzt worden.

Die Bereitschaft zur Teilnahme an zentralen Bildungsangeboten tendierte gegen Null, die Umstellung auf eine Digitalisierung der Bildungsarbeit lief leider nur langsam und mühsam an. Die stetige Sammlung an Erfahrungen in hybriden und rein digitalen Bildungsangeboten führte zu mehr Sicherheit im Umgang mit neuen Kommunikationsformen und dann langsam zu steigendem Interesse.

BEZIRKSVORSTAND SPD WESER-EMS 2019/2020

Gewählt am 28. September 2019 in Nordhorn

Vorsitzende: Johanne Modder MdL

Stellvertretende Vorsitzende

Susanne Mittag MdB
Gerd Will

Wiard Siebels MdL

Schatzmeisterin: Dennis Rohde MdB

Beisitzer/innen

Florian Eiben
Jan-Oskar Höffmann
Nora Langer
Karin Logemann MdL
Hanna Naber MdL
Kathrin Wahlmann
Tiemo Wölken MdEP

Andre Goldenstein
Werner Lager
Andrea Kötter
Sören Mandel
Anja Troff-Schaffarzyk
Maria Winter

Bezirksgeschäftsführer: Olaf Abdinghoff-Feldkemper

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

Der Berichtsraum war durch die Vorbereitung der Landtagswahl und den Beginn der Corona-Pandemie geprägt. Zudem wurde der Landesvorstand vom 24. bis 25. Januar 2020 auf dem ordentlichen Landesparteitag in Wernigerode neu gewählt. Dabei wurde erstmalig eine Doppelspitze gewählt.

KOMMUNALWAHLEN

AM 26. MAI 2019 FANDEN IN SACHSEN-ANHALT KOMMUNALWAHLEN STATT.

In Vorbereitung darauf wurde im Juni 2018 eine Kommunalwerkstatt durch den Landesverband in Magdeburg durchgeführt. Die Kommunalwahlen 2019 brachten keine guten Ergebnisse für den Landesverband. Insgesamt erhielt man im Land 13,7 % der Stimmen, was knapp 5 % weniger als bei der Kommunalwahl 2014 war. In Gegensatz zu den vergangenen Kommunalwahlen schaffte die SPD es weder in einer kreisfreien Stadt noch in einem Landkreis stärkste Kraft zu werden. Vor allem bei den Kommunalwahlen hängt das Ergebnis ganz maßgeblich von der Verankerung der Gliederung vor Ort in der Gesellschaft ab. Dort wo mehr oder weniger weiße Flecken und Kandidatinnen und Kandidaten auf sich allein gestellt waren, wurden in der Regel keine guten Ergebnisse eingefahren. Im Hinblick auf das Durchschnittsalter der Partei und den sinkenden Mitgliederzahlen wird es von Kommunalwahl zu Kommunalwahl schwieriger flächendeckend anzutreten und respektable Ergebnisse einzufahren.



*Kommunalwahlkämpfer in Bitterfeld-Wolfen.
Foto: Torsten Weiser*

EUROPAWAHL

AM 26. MAI 2019 FAND DIE EUROPAWAHL STATT.

Im Europawahlkampf wurde gemeinsam mit unserem MdEP Arne Lietz und großer ehrenamtlicher Unterstützung eine Bus-Tour durch Sachsens Städte und Gemeinden organisiert. Zusammen mit einem vom Parteivorstand durchs Land tourenden Kleinbus erreichten wir eine räumlich-zeitliche Flächenpräsenz bis zum Wahltag. Diese Aktivitäten wurden durch die Kommunalwahlkämpfer vor Ort unterstützt und die Wahlkämpfe auch miteinander verknüpft. Wenn die Kommunalwahlkämpfer in ihrem Material auch Werbung für die Europawahl mit aufgenommen haben, gab es einen finanziellen Zuschuss für ihre Druckerzeugnisse. Dadurch ist eine sehr gute Vernetzung der beiden Wahlkämpfe gelungen. Darüber hinaus gab es durch Arne Lietz eine gezielte Ansprache für Erstwählerinnen und Erstwähler per Brief sowie zum Abschluss eine Erstwählerparty. Aufgrund des schlechten SPD-Ergebnisses und seiner hinteren Listenplatzierung verfehlte Arne Lietz den erneuten Einzug ins EP. Seitdem gibt es in Sachsen-Anhalt kein SPD-Europabüro mehr. Bemühungen des Landesvorstands um eine teilweise Kompensation durch den Parteivorstand bzw. die gewählten SPD-MdEP blieben bislang erfolglos. Angesichts dessen ist nicht absehbar, wie der Europawahlkampf 2024 inhaltlich kompetent zu organisieren ist.

ORGANISATIONS- UND MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die Zahl der Ortsvereine lag zum 31.12.2019 bei 131 und zum 31.12.2020 bei 130. Damit ist die Anzahl der Ortsvereine im Berichtszeitraum um 2 zurückgegangen.

Die Ortsvereine haben nach wie vor eine sehr unterschiedliche Organisationskraft. In den städtischen und insbesondere in den großstädtischen Bereichen ist die Mitgliederstärke verhältnismäßig gut, in einigen ländlichen Räumen ist die Entwicklung bedenklich.

Mit Stichtag 31. Dezember 2019 hatte der Landesverband 3522 Mitglieder. Am 31.12.2020 lag die Anzahl der Mitglieder bei 3385. Dies sind insgesamt 191 Mitglieder weniger als zum Ende des letzten Berichtszeitraums.

Der Frauenanteil in der SPD Sachsen-Anhalt liegt seit längerem stabil bei 27 %. Hinsichtlich der Altersstruktur zeigt sich ebenfalls Stabilität. Der Anteil der Jusos ist minimal gesunken von 19 % auf 18 % der Mitglieder. Der Anteil der AG 60+ liegt zum 31.12.2020 bei 43 %.

LANDESVERBAND

Vom 24.01.2020 – 25.01.2020 fand in Aschersleben der ordentliche Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt statt. Dieser war geprägt von der Diskussion zum Zustand unserer Krankenhauslandschaft in Sachsen-Anhalt. In den Kliniken eines privaten Betreibers in verschiedenen Landkreisen kam es zu Streiks für bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Der Landesparteitag empfing eine Abordnung der Streikenden und zeigte sich Solidarisch mit ihnen und ihren Forderungen.

Auf dem Landesparteitag wurde erstmalig in Sachsen-Anhalt eine Doppelspitze gewählt. Um dies möglich zu machen, wurde auf einem außerordentlichen Landesparteitag am 31. August 2019 die Satzung des Landesverbandes geändert. Neben der Einführung der Doppelspitze wurde auch beschlossen, dass es zukünftig Mitgliederbefragungen zum Landesvorsitz geben soll, wenn es konkurrierende Bewerbungen um den Vorsitz gibt. Es bewerben sich in der Folge zwei Frauen und drei Männer um den Landesvorsitz. Im Oktober und November wurden Regionalkonferenzen durchgeführt. Im Dezember setzte sich Juliane Kleemann als Landesvorsitzende durch, nach der Stichwahl im Januar 2020 setzte sich Dr. Andreas Schmidt als Landesvorsitzender durch. Beiden wurden auf dem Landesparteitag in Aschersleben formal ins Amt gewählt.



Abordnung der Streikenden auf dem Landesparteitag in Aschersleben. Foto Kurt Neumann

Auf dem Landesparteitag wurde zudem der Landesvorstand in Gänze neu gewählt. Dieser ist im nachfolgenden Kasten dargestellt.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

2018 – 2020

gewählt auf dem Landesparteitag in Wernigerode

Vorsitzender:	Burkhard Lischka
Stellv. Vorsitzende:	Markus Bauer, Norbert Born, Dr. Katja Pähle
Schatzmeister:	Dr. Steffen Eichner
BeisitzerInnen:	Julia Brandt, Dr. Steffen Burchhardt, Juliane Kleemann, Arne Lietz, Susi Möbbeck, Tina Rosner-Merker, Mandy Schumacher, Karsten Todte, Prof. Dr. Armin Willingmann, René Wölfer
Ltd. Landesgeschäftsführerin:	Friederike Rösler

2020 – 2022

gewählt auf dem Landesparteitag in Aschersleben

Vorsitzende:	Juliane Kleemann, Dr. Andreas Schmidt
Stellv. Vorsitzende:	Prof. Dr. Armin Willingmann, Katharina Zacharias
Schatzmeister:	Dr. Steffen Eichner
BeisitzerInnen:	Seluan Al-Chakmakchi, Norbert Born, Julia Brandt, Dr. Steffen Burchhardt, Rüdiger Erben, Susi Möbbeck, Dr. Katja Pähle, Carlo Reifgerste, Tina Rosner-Merker, Sindy Toth, René Wölfer
Ltd. Landesgeschäftsführerin:	Friederike Rösler

Der Landesvorstand traf sich monatlich. Ständige Tagungsordnungspunkte waren und sind die Berichte aus den verschiedenen Ebenen von Partei, Parlaments- und Regierungsarbeit und die daran anschließende intensive Diskussion. Schwerpunkt im Berichtszeitraum war die Vorbereitung der Landtagswahl 2021.

Der Landesvorstand hat die starke Beteiligung der Mitglieder an den Entscheidungs- und Diskussionsprozessen fortgesetzt. Neben der Mitgliederbefragung zum Landesvorsitz fand 2020 auch ein Mitgliederentscheid zur Spitzenkandidatur zur Landtagswahl 2021 statt, bei der sich die SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, Dr. Katja Pähle, durchsetzen konnte. Eine weitere Lehre aus der Landtagswahl 2016 war, dass sich die Vorsitzenden der Stadt- und Kreisverbände seitdem regelmäßig 1-2 Mal in Jahr treffen. Bei diesen Treffen werden u. a. Wahlkämpfe vorbereitet.



Die erste Doppelspitze in Sachsen-Anhalt, Juliane Kleemann und Dr. Andreas Schmidt. Foto Kurt Neumann

Die Treffen der Landesvorsitzenden mit den Ortsvereinsvorsitzenden wurden fortgesetzt und fanden einmal im halben Jahr statt. Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie wurden diese digital durchgeführt. Überhaupt hat die Pandemie die Digitalisierung des Landesverbandes stark beschleunigt und neue digitale Beteiligungsformate hervorgebracht, die dann in der Folge auch den Landtagswahlkampf begleiten sollten.

Die Treffen der Landesvorsitzenden mit den Ortsvereinsvorsitzenden wurden fortgesetzt und fanden einmal im halben Jahr statt. Nach dem Ausbruch der Corona-Pandemie wurden diese digital durchgeführt. Überhaupt hat die Pandemie die Digitalisierung des Landesverbandes stark beschleunigt und neue digitale Beteiligungsformate hervorgebracht, die dann in der Folge auch den Landtagswahlkampf begleiten sollten.

PROJEKTGRUPPEN

Auf Landesebene gibt es seit langem 3 Projektgruppen: die Historische Kommission, die AG Mitglieder und die AG gegen Rechtsextremismus.

Zur Arbeit der Historischen Kommission wird unter dem Kapitel „Geschichtsarbeit des Landesverbandes“ näher eingegangen.

Die Arbeit der AG Mitglieder konzentriert sich in ihrer Arbeit auf die regelmäßigen Neumitgliederseminare und –abende. Näheres ist im Kapitel „Neumitgliederseminare“ beschrieben. Zudem lud sie die Neumitglieder beispielsweise in den Landtag zu einem Blick hinter die Kulissen ein.

Die AG gegen Rechtsextremismus arbeitet weiterhin eng mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und Verbänden zusammen. Sie beteiligt sich beispielsweise an Demonstrationen gegen rechte Akteure.

Die im November 2018 durch den Landesvorstand gegründete Projektgruppe „AG Engagement- und Demokratieförderung“ traf sich regelmäßig und deckte damit einen bis dahin nicht bearbeiteten Themenbereich ab. Auf Grund der regelmäßigen Treffen und der inhaltlichen Arbeit wurde die Fortsetzung der AG im Jahr 2020 beschlossen.

FACHARBEIT

Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, AsF, AfA, AG 60plus, AsJ, AfB, ASG, AGS, AG Selbst Aktiv, AG Migration und Vielfalt und AG SPDqueer sind auf Landesebene organisiert.

Einige Arbeitsgemeinschaften haben auch auf Kreisebene Gliederungen. Dazu zählen die Jusos, AsF, AfA und AG 60plus.

Darüber hinaus arbeiten Fachausschüsse als direkte Beratungsgremien des Landesvorstands zu spezifischen Politikfeldern: Europa, Christen, Energie und Klima, Finanzen & Demografie, Bauen & Wohnen, Verkehr, Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt, Wirtschaft, Kultur, Inneres & Kommunales, Soziales und Wissenschaft.

Daneben gibt es als eigenständige Vereine im sozialdemokratischen Umfeld die SGK und das Kulturforum. Dabei bietet die SGK Bildungsangebote für die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker in Sachsen-Anhalt an, beispielsweise zum Baurecht und Haushaltsrecht.

GESCHICHTSARBEIT DES LANDESVERBANDES

Die Historische Kommission unter Leitung von Dr. Andreas Schmidt konnte die Fertigstellung des 9. Bandes der „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“ verkünden. Diese Ausgabe trug den Titel „Im vierten Jahrzehnt“. Die Reihe ist ein sehr wichtiger Bestandteil der Aufarbeitung und Bewahrung der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung, der SPD und wichtiger Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt.

Zu dieser Arbeit gehört auch die Ausschreibung und Verleihung des Adam-Wolfram-Preises. Dieser wird regelmäßig zu den ordentlichen Landesparteitagen verliehen und soll Aktivitäten zur Geschichtsarbeit würdigen. Im Jahr 2022 wurde er beispielsweise an Siegfried Jackowicz für seine Arbeit über die Geschichte der SPD im Kreis Wanzleben.

Die Historische Kommission hat es sich zudem zur Aufgabe gemacht, zur Sicherung dauerhaften Aufbewahrung der schriftlichen Überlieferung der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt beizutragen. Viele Genossinnen und Genossen bewahren Dokumente aus der eigenen politischen Arbeit oder Unterlagen von Gliederungen auf. Die Historische Kommission will diese Unterlagen von all denen, die sich von ihnen trennen wollen oder müssen, sammeln und für eine Aufbewahrung sorgen. Dabei konzentriert sie sich auf alle Dokumente, die das Archiv der sozialen Demokratie nicht übernimmt, denn sie findet, auch die Arbeit in Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften vor Ort oder Kommunalfraktionen ist es wert, vor dem Vergessen bewahrt zu werden.

NEUMITGLIEDERSEMINARE

Die Neumitgliederseminare finden regelmäßig halbjährlich statt. Die Teilnehmer*innenzahl liegt bei 15-20. Dabei wird in den Seminaren viel in Kleingruppen gearbeitet. Themen sind dabei u. a.: Parteistruktur, Organisation, Mitmachmöglichkeiten, Grundwerte und Historie der SPD. Zudem gibt es immer einen politischen Mittagstisch mit dem Landesvorsitzenden oder der Fraktionsvorsitzenden. Das positive Feedback bestätigt die Art und den Inhalt der Seminare.



Der gewählte Landesvorstand 2020 bis 2022. Foto Kurt Neumann



LANDESVERBAND BRANDENBURG

Die SPD Brandenburg begann das Jahr der Landtagswahl 2019 in einer schwierigen Ausgangslage. Die bundesweiten Zustimmungswerte zur SPD waren schwach. Auch in Brandenburg war bei der Sonntagsfrage der Abstand der SPD zu den anderen Parteien weggeschmolzen. Die SPD Brandenburg startete dennoch mit dem Anspruch ins Jahr, die Landtagswahl im September zu gewinnen.

VORBEREITUNG DER LANDTAGSWAHL 2019

Der neu gewählte Landesvorstand befand sich im November 2018 praktisch schon im Landtagswahlkampf. Die Kampagnenplanung durch den scheidenden Vorstand und die Wahlkampfkommission war schon fortgeschritten. Auch die Wahlprogrammkommission hatte bereits viel Arbeit geleistet, im Sommer 2018 die Ideen aller Gliederungen gesammelt, geordnet und in vier Regionalkonferenzen im Oktober und November 2018 unseren Genoss*innen zur Diskussion gestellt. Eine enorme Menge an Ideen, Meinungen, Fakten und Hinweisen aus allen Regionen lagen nicht nur auf dem Tisch. Sie wurden von den Teilnehmer*innen auch gewichtet. Dabei wurde zum Beispiel klar, dass Themen wie die Energiewende und der Kohleausstieg regional sehr unterschiedlich gesehen werden. Die Auswertung der Regionalkonferenzen und eine Online-Befragung aller Mitglieder zeigten aber, dass bestimmte Themen die Brandenburger Sozialdemokrat*innen besonders bewegen. Zwei thematische Punkte kamen eng aneinander auf Platz 1 und 2: Die medizinische Versorgung und Pflege im Land und eine gerechte Bildung, die Kindern unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern zugutekommt. Bezahlbarer Wohnraum, gute Arbeit und der Themenbereich Energiewende, Naturschutz und Umweltpolitik folgten.



Der Landesvorstand am 17.11.2018 (v.l.n.r.): Annemarie Wolff, Inka Gossmann-Reetz, Melanie Balzer, Erik Stohn, Stephan Loge, Stefan Zierke, Frank Steffen, Ines Hübner, Dietmar Woidke, Katrin Schneider, Simona Koß, Maja Wallstein, Mike Schubert, Harald Sempf, Daniel Kurth. Foto: SPD Brandenburg

Die Programmkommission gruppierte um das Thema Gerechtigkeit die Fragen von Zugang zu Wohnen und Bildung.

Sicherheit verband die Kommission nicht nur mit innerer Sicherheit, Polizei und Justiz. Auch die sozialdemokratische Forderung nach einem starken Staat, der die Menschen sozial auffängt und nicht abrutschen lässt, wurde zum Teil dieses Kapitels.

In den Programmteil Fortschritt gruppierte die Wahlprogrammkommission die Themen des wirtschaftlichen Fortschritts, der Digitalisierung, der Energiewende und der Forschung.

Um alle drei Themenbereiche spannte sich „Ein Brandenburg“ - die Klammer, die mit dem Wort Zusammenhalt gemeint ist. Gerechtigkeit, Sicherheit und Fortschritt soll es für alle Regionen geben, für alle Menschen in Brandenburg, ob jung oder alt, ob arm oder reich, ob lange hier lebend, neu zugezogen oder gar nach Brandenburg geflüchtet. Diese Klammer des Zusammenhalts stand nicht nur für Geld oder Sozialleistungen, sondern auch für den Zugang zu Bildung, Kultur, Sport, Gesundheitsleistungen und politischer Teilhabe. Die Diskussionen in Landesvorstand, Regionalkonferenzen und Programmkommission mündeten in den Programmentwurf, der vom Landesparteitag am 11. Mai 2019 abschließend beraten und beschlossen wurde.

Passend zum Beschluss des Wahlprogramms wurde beim Parteitag am 11. Mai 2019 das Kandidat*innenpaket vorgestellt: Agenturleistungen, Onlinewerbung, Druckmaterialien und andere Werbeprodukten, die jede*r Landtagskandidat*in kostenlos zur Verfügung gestellt wurde. In Umfang und Wert wurde das Paket zur Landtagswahl 2014 deutlich überschritten.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, ARBEITSKREISE UND KOMMISSIONEN

Die Arbeitsgemeinschaften Jusos, AG 60plus, ASF, AfA, ASJ, SPD Queer, ASG, AfB und Selbst Aktiv, waren im Berichtszeitraum aktiv und unterstützen 2019 den Landtagswahlkampf. Die Arbeitskreise Wirtschaft und Energie, AK Umwelt und ländliche Entwicklung, AK Digitale Gesellschaft, AK Sozialdemokrat*innen in der Polizei, AK Verkehr, AK Europa, AK Polen und der AK Migration und Vielfalt führten ihre Arbeit 2019/2020 fort. Neu eingerichtet wurde die Historische Kommission durch Beschluss des Landesvorstands vom April 2019. Die Kommission setzte sich zur Aufgabe, die Geschichte der Sozialdemokratie in Brandenburg aufzuarbeiten, zu dokumentieren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die ausführlichen Berichte der Fachgremien sind nachzulesen in den Jahrbüchern der SPD Brandenburg 2018/2019 (Kurzlink: link.spd.de/JB18-20) und 2021 (Kurzlink: link.spd.de/JB21).

In seiner Sitzung am 10. August 2020 beschloss der Landesvorstand eine Energiewende-Kommission einzusetzen. Die Kommission soll dem Landesvorstand Vorschläge unterbreiten, die Herausforderungen der Energiewende und des Klimawandels zu gestalten und neue Chancen für Brandenburg daraus zu entwickeln. Sie soll auch die Öffentlichkeitsarbeit des Landesvorstands bei diesen Themen unterstützen und über ihre Aktivitäten berichten. Die Kommission ist als Gruppe parteiinterner Expert*innen angelegt, die bei ihren Sitzungen externen Sachverstand hinzuzieht.

KOMMUNALWAHLKAMPF

Am 26. Mai 2019 fanden sowohl die landesweiten Kommunalwahlen in Brandenburg als auch die Europawahlen statt. Bei den Kommunalwahlen wurden die Vertretungen in allen Landkreisen, kreisfreien Städten, Städten und Gemeinden, die ehrenamtlichen Bürgermeister*innen und die Ortsvorsteher*innen gewählt. Insgesamt waren rund 6.100 Sitze zu vergeben, auf die sich 21.000 Personen beworben hatten.

Die Vorbereitungen im Landesverband Brandenburg hatten über ein Jahr früher begonnen. Das Länderportal im SPD-Shop wurde im November 2018 vorgestellt. Es ermöglichte allen Kandidat*innen, ihre Druck- und Layoutprojekte im Rahmen der vorgegebenen Kampagne zu individualisieren und den Druck auszulösen. In den Layout-Vorgaben war der Europa-Wahlkampf bereits enthalten: Jedes Kommunalwahlprodukt bewarb auch die Spitzenkandidatin Katharina Barley.

Im April und Mai 2019 tourten Dietmar Woidke und die sozialdemokratischen Minister*innen durchs Land. Bei der „Sag doch mal“-Tour wurden sie begleitet von Künstler*innen, Kommunalpolitiker*innen und Expert*innen, die mit ihnen und mit dem Publikum in ausgesuchten Kneipen, Bars oder Gasthäusern im ganzen Land über die Situation der Region, Kritisches und Gemeinsames, Kommunal- und Landespolitik redeten.

Im landesweiten Durchschnitt war das Ergebnis der SPD bei den Kommunalwahlen ernüchternd. Sie schloss 6,8 Prozentpunkte schlechter ab als 2014 und erreichte 17,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Der Bundestrend schlug durch. Aber die SPD hatte es immerhin geschafft mit so vielen Kandidat*innen auf den Listen anzutreten wie 2014 und im ganzen Land anzutreten. Platz zwei hinter der CDU mit 18,3 %. Besorgniserregend waren die Zuwächse der AfD auf kommunaler Ebene, die 12 Prozentpunkte auf 15,9 % wuchs. Diese Ergebnisse motivierten die SPD Brandenburg umso mehr, im folgenden Landtagswahlkampf einen besonderen Schwerpunkt auf den Kampf gegen rechtspopulistische Wahlkampfinhalte und Aktivitäten zu setzen.



Familienfest der SPD Brandenburg 2019.
Foto: Felix Zahn, photothek.net

Im Sommer 2019 wurde das große Fest der SPD Brandenburg erstmals als Familienfest organisiert. Der Eintritt war frei und alle Menschen eingeladen. Die zahlreichen Gäste trotzten dem Regen und hatten Spaß mit Puppentheater, Livemusik und vielen Info-Ständen. Im Mittelpunkt standen die sozialdemokratischen Landtagskandidat*innen, die sich in Talks den Gästen vorstellten.

HEIßER LANDTAGSWAHLKAMPF 2019

In der heißen Phase des Landtagswahlkampfs nahm das Regine-Hildebrandt-Haus die Funktion der Wahlkampfzentrale ein. Die 44 Direktkandidat*innen erhielten die Leistungen aus dem Kandidat*innen-Paket: Professionelle Portraitfotos mit Nachbearbeitung, Wahlkampfplakate, Themenflyer, Postkarten, Argumentationskarten, Türlhänger, Visitenkarten, das Wahlprogramm und die so genannten Pledge Cards.

Neben dem Wahlkampf über Online-Medien und Druckmaterialien organisierte die SPD-Brandenburg die „EIN-Brandenburg-Tour“, bei der Dietmar Woidke zwischen dem 9. Juli und dem 30. August alle 44 Wahlkreise und ihre sozialdemokratischen Direktkandidat*innen besuchte. Die drei Potsdamer Wahlkreise feierten ihr Tour-Event gemeinsam beim Familienfest am 2. August.

Eingebettet waren die Wahlkampfevents in die „EIN-Brandenburg“-Kampagne, die sich durch alle Medien zog – ob Druck und Online, Zeitung, Videobotschaften oder Radiowerbung. Das EIN-Brandenburg-Logo war ebenso ein Bestandteil davon wie die programmatische Aussage des Zusammenhalts mit ihren 20 konkreten Zielen für Brandenburg im Wahlprogramm, die Online- und Veranstaltungsauftritte und die Schlussphase des Wahlkampfs.

Die letzten 14 Tage vor dem Wahltermin 1. September standen unter dem Motto der Zuspitzung. Der Künstler Rainer Opolka warnte mit seinen Wölfen vor dem AfD-Büro, immer wieder betonten die Wahlkämpfer*innen im ganzen Land die Richtungsentscheidung: Wollen wir, dass die AfD stärkste Kraft in Brandenburg wird? Denn so schien es nach den Umfragen Anfang August 2019 in Brandenburg möglich.

Parallel unterstützten viele Kulturschaffende, Sportler*innen und Prominente Dietmar Woidke in einer von ihnen selbst herausgegebenen Zeitung. Diese Prominenten, viele Neumitglieder, Menschen aus dem Wissenschaftsbetrieb und andere Unterstützer*innen erklärten sich bereit, ihre Gesicht und ihre Unterstützung in den sozialen Medien öffentlich zu machen.



Dietmar Woidke präsentiert die EIN-Brandenburg-Kampagne. Foto: SPD Brandenburg

Nachdem in den Umfragen der Vorsprung der AfD vor der SPD im August ganz eingeschmolzen war, war die Spannung am Wahlabend, dem 1. September, sehr groß. Die SPD beging ihre Wahlparty in der Wissenschaftsetage und Dachterrasse des Bildungsforums Potsdam mit dem Spitzenkandidaten. Als die Wahlergebnisse veröffentlicht wurden, war klar, dass die Bemühungen zur Mobilisierung gegriffen hatten: Mit 61,3 % war die Wahlbeteiligung um 13,5 Prozentpunkte höher als 2014. Mit dem Ergebnis von 26,2 % lag die SPD um 5,7 Prozentpunkte schlechter als 2014, hatte aber in absoluten Zahlen mehr Wähler*innen überzeugt als 5 Jahre zuvor und deutlich besser, als in den Umfragen.

Bei der Auswertung der Wähler*innen-Wanderung zeigte sich, dass die SPD viele Nichtwähler mobilisieren konnte und von den Linken und der CDU Stimmen gewann. Stimmen verloren gingen vor allem an Grüne und AfD.

Dietmar Woidke und der Landesvorstand haben am Wahlabend und in den Tagen danach mehrfach betont, dass sie dieses Wahlergebnis sowohl mit Dankbarkeit als auch mit Demut betrachten. Einerseits waren wir froh und stolz, dass wir so eine fulminante Aufholjagd hingelegt und unser Land nicht den Rechten überlassen hatten. Aber wir mussten und müssen erkennen, dass uns viele Menschen ihre Stimme gegeben haben, um die AfD als stärkste Kraft zu verhindern. Verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen bleibt unsere Aufgabe, die wir durch gute Politik im Land realisieren können.

Die neue SPD-Fraktion besteht aus 25 Frauen und Männern: Uwe Adler, Günter Baaske, Ortwin Baier, Helmut Barthel, Mike Bischoff, Tina Fischer, Johannes Funke, Inka Gossmann-Reetz, Elske Hildebrandt, Daniel Keller, Britta Kornmesser, Katrin Lange, Ulrike Liedtke, Björn Lüttmann, Hardy Lux, Andreas Noack, Harald Pohle, Katja Poschmann, Wolfgang Roick, Sebastian Rüter, Ludwig Scheetz, Erik Stohn, Jörg Vogelsänger, Udo Wernitz und Dietmar Woidke. Ulrike Liedtke wurde am 25. September 2019 zur Präsidentin des Landtages Brandenburg gewählt. Mehr Informationen findet Ihr im Bericht der SPD-Landtagsfraktion.

Auch für die SPD Brandenburg bedeutete der Abend des 1. September keine Arbeitspause, denn nun mussten die Koalitionssondierungen und, nachdem klar wurde, dass eine Koalition mit der CDU und den Grünen angestrebt wurde, gemeinsam mit den anderen Parteien die Koalitionsverhandlungen organisiert werden.

Die Koalitionsverhandlungen waren hart, aber es war von Anfang an klar, dass alle drei Parteien die Regierung bilden wollten und kompromissbereit waren. Bereits am 25. Oktober, also keine zwei Monate nach der Wahl, stellten Dietmar Woidke, Michael Stübgen und Ursula Nonnemacher den Koalitionsvertrag vor. Beim Landesparteitag der SPD Brandenburg am 15. November 2019 wurde der Koalitionsvertrag durch die Delegierten gebilligt. An diesem Tag stellte Dietmar Woidke die sozialdemokratischen Minister*innen in seinem Kabinett vor. Fünf Tage später, am 20. November 2019 wurde Dietmar Woidke vom Landtag Brandenburg ins Amt des Ministerpräsidenten Brandenburgs wiedergewählt. Am 11. Dezember 2019 hielt er seine eröffnende Regierungserklärung.

37 BÜRGERMEISTER*INNEN-WAHLEN

Zeitgleich mit der Landtagswahl – ebenfalls am 1. September 2019 – wurden in 37 Städten und Gemeinden Brandenburgs hauptamtliche Bürgermeister*innen gewählt. Die SPD Brandenburg hatte in 11 Kommunen Bewerber*innen nominiert. Sozialdemokratische Wahlsieger*innen waren: Michael Schwuchow in Blankenfelde-Mahlow, Matthias Perschall in Fehrbellin, Felix Menzel im Milower Land, Filippo Smaldino im Mühlenbecker Land und Cornelia Schulze-Ludwig in Storkow (Mark).

TOD VON MANFRED STOLPE

Am 29.12.2019 starb Manfred Stolpe, Ehrenvorsitzender der SPD Brandenburg, ehemaliger Ministerpräsident des Landes Brandenburg, Bundesminister a.D., Genosse und Freund. Auch wenn viele wussten, dass Manfred Stolpe viele Jahre schwerer Krankheit hinter sich hatte, hinterließ sein Tod die SPD Brandenburg doch fassungslos und in Trauer. In seinen Kondolenzbüchern in der Staatskanzlei und im Regine-Hildebrandt-Haus trugen sich viele Trauernde ein. Die Gedenkfeier, die am 21.1.2020 in der Nikolaikirche stattfand, hatte Stolpe zum Teil selbst geplant. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hielt die Gedenkrede.



Dr. Manfred Stolpe. Foto: Oliver Lang

DIE TALENTAKADEMIE

Das politische Nachwuchsprogramm der SPD Brandenburg wurde am 5. Oktober 2020 eröffnet. Bei einer Feier im Jakobshof in Beelitz trafen sich Teilnehmer*innen, Mentor*innen, der Beirat der TalentAkademie, der Landesvorstand und die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen, die das Programm betreuten.

Im Anschluss sorgte der Corona-Lockdown dafür, dass zunächst keine weiteren Präsenzveranstaltungen möglich waren. Das Mentoring-Programm lief allerdings weiter – die Teilnehmer*innen stellten nach der Eröffnungsveranstaltung einen intensiveren Kontakt zu ihren Mentor*innen her. Für November und Dezember 2020 meldeten sie sich bei der Kommunalakademie der SGK Brandenburg an: Eine umfassende kommunalpolitische Schulung an drei Wochenenden, in der Verwaltung- und Kommunalrecht ebenso auf der Tagesordnung standen wie der Auftritt in der Öffentlichkeit oder Verhandlungsgrundlagen.

30 JAHRE SPD BRANDENBURG

2020 war für die SPD Brandenburg ein Jahr der Erinnerungen. Die deutsche Einheit, das Land Brandenburg und die SPD Brandenburg feierten ihr 30-jähriges Jubiläum. Wer von den dreien ist am ältesten? Die SPD Brandenburg. Sie wurde bereits am 26. Mai 1990 in Kleinmachnow gegründet. Die deutsche Einheit und die Neugründung des Landes Brandenburg fielen auf den 3. Oktober 1990.

Um dieses Jubiläum gebührend zu feiern, hatte die SPD Brandenburg eine feierliche Veranstaltung geplant. Sie sollte im Gründungsort Kleinmachnow stattfinden. Dann wurde klar, dass die Corona-Pandemie eine große Feier nicht zuließ. Der Geburtstag der SPD Brandenburg wurde in den virtuellen Raum verlegt: auf eine spezielle Internetseite. In dieses Projekt floss viel Arbeit: Die Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle durchsuchten Archive und alte Fotosammlungen, besuchten Orte, an denen 1989/90 erste Parteigründungen stattgefunden hatten, führten Telefoninterviews und schrieben Texte. Medienagenturen erarbeiteten die interaktive Webseite und einen Film, der bewegte Bilder aus 30 sozialdemokratischen Jahren in Brandenburg zusammenfasste. Und natürlich konnten die Gäste gratulieren und sich mit ihrem Foto und ihrem eigenen Text ins Gästebuch der virtuellen Jubiläumsfeier eintragen.

VERSCHOBENER PARTEITAG

Die Pandemie begleitete uns im ganzen Jahr 2020. Die turnusgemäße Neuwahl des Vorstandes war für einen Landesparteitag am 7. November 2020 geplant, der wegen der Corona-Pandemie abgesagt und auf das folgende Jahr verschoben werden musste.

In diesen beiden Jahren lagen Freude und Trauer, Spannung und Erleichterung in der SPD Brandenburg sehr eng beieinander: Eine gewonnene Landtagswahl, der Tod unseres Ehrenvorsitzenden Manfred Stolpe, Einschränkungen durch eine Pandemie und neuer Aufbruch. Eine historische Zeit.



LANDESVERBAND BERLIN

WAHL 2019: EUROPA



Kundgebung mit Frans Timmermans auf dem Breitscheidplatz. Foto: Nico Roicke

Die erste Jahreshälfte 2019 stand ganz im Zeichen des Europawahlkampfes. Die Spitzenkandidatin der Berliner SPD zur Wahl zum Europäischen Parlament war Gaby Bischoff, die in der Folge auf Platz der 9 der Bundesliste nominiert wurde und als Abgeordnete ins Europaparlament einziehen konnte. Im Rahmen des Europawahlkampfes wurden seitens des Landesverbandes diverse Veranstaltungen und Aktionen geplant und umgesetzt. Ein hauptamtliches Wahlkampfteam war mit dem „Roten Bus“ in der ganzen Stadt unterwegs.

Neben den Infoständen und Wahlkampfaktionen der Gliederungen hat der Landesverband Berlin eine Reihe von Bezirkstagen der Kandidatin Gaby Bischoff organisiert. Im Rahmen dieser Bezirkstage war die Kandidatin jeweils einen ganzen Wahlkampftag in jedem der zwölf Berliner Bezirke unterwegs. Herauszustellen sind außerdem das Europaforum der Berliner SPD am 22. Februar 2019 in der European School of Management and Technology sowie der Arbeitnehmer*innenempfang der Berliner SPD am 9. April 2019 im Spreespeicher. An beiden Veranstaltungen hat Katarina Barley als Spitzenkandidatin zur Europawahl teilgenommen. Insgesamt hat unsere Kandidatin Gaby Bischoff während des Europawahlkampfes circa 200 öffentliche Wahlkampftermine in ganz Berlin absolviert.

Insgesamt bleibt trotz des ausbaufähigen Wahlergebnisses der SPD bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 festzuhalten, dass die Berliner SPD weiterhin eine starke Vertretung in der sozialdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments hat.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Die SPD Berlin konnte im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum die Mitgliederzahl auf 19.456 (Stand: Ende 2020) leicht steigern (2017: 19.269). Der Mitgliederbestand war u. a. durch die GROKO-/ NOGROKO-Debatte nach der Bundestagswahl 2017 Schwankungen ausgesetzt. Es gab vergleichsweise viele Menschen, die die Koalitionsfrage auf Bundesebene mitentscheiden, aber (leider) nicht dauerhaft Mitglied bleiben wollten. Trotzdem ist es gelungen, sehr viele Neumitglieder im Verband zu halten.

Der Berliner Landesverband hat viele junge Mitglieder. Das zeigt sich am Durchschnittsalter. Während die Partei bundesweit ein Durchschnittsalter von 60 Jahren hat, sind es in Berlin 50 Jahre.

KOMMISSIONEN

Das ernüchternde Wahlergebnis der Bundestagswahlen 2017 hat in der gesamten Partei zu einer starken Debatte um die Neuausrichtung der Sozialdemokratie geführt. Das zeigten auch die zahlreichen Anträge zur programmatischen, strategischen und organisatorischen Neuausrichtung der Partei, die im November 2017 beschlossen wurden.

Die zentralen Fragen lauteten u. a.: Welchen Stellenwert hat die SPD für die Zukunft unserer Gesellschaft und wie kann sie das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen? Was kann der Berliner Landesverband zum Erneuerungsprozess der Gesamtpartei beitragen? Welche Lösungen können spezifisch für Berlin gefunden werden?

Um die Antworten in einem gut strukturierten Prozess zu erarbeiten, beschloss der Landesvorstand die Einsetzung einer Organisationspolitischen Kommission und einer Kommission politische Handlungsfelder.

ORGANISATIONSPOLITISCHE KOMMISSION

Die Kommission unter der Leitung von Angelika Schöttler und Julian Zado (zu Beginn Barbara Loth) war durch Mitglieder aus den Kreisen und Abteilungen sowie der Statutenkommission und Fraktion besetzt. Hier wurden Fragen der praktischen Parteilarbeit wie die Mitgliedergewinnung und (digitale) -beteiligung, die Arbeitsweise, die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Parteienengagement sowie die Organisation von Parteitag diskutiert.

Über einhundert Forderungen wurden formuliert. Von ihnen konnten zum Beispiel organisatorische Verbesserungen bei der Durchführung von Landesparteitag zügig umgesetzt werden, einige mussten zunächst statuarisch geregelt werden, die Umsetzung weiterer Forderungen war von Beschlüssen des Bundesparteitages abgängig. Erfolgreich war die Forderung nach einem „Funktionssharing“ bzw. einer Doppelspitze für die bessere Arbeitsaufteilung.

KOMMISSION POLITISCHE HANDLUNGSFELDER

Unter der Leitung des Landesvorsitzenden Michael Müller und dem Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh sowie Thomas Isenberg (MdA) konzentrierte sich die Kommission auf die inhaltliche Neuausrichtung. Neben dem Landesvorstand, der Fraktion, den Bezirken, den Arbeitsgemeinschaften und Kreisen waren auch die Abteilungen und Neumitglieder vertreten. Schwerpunkt-Themen waren u. a. „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“, „Wehrhafte Demokratie“ und „Gute Arbeit und Tariftreue“.

Entwickelt wurden 30 Leuchtturmprojekte in insgesamt zehn Handlungsfeldern. Sie reichen von einem sozialverträglich gestalteten Klimaschutz für die Stadt über eine wehrhafte Demokratie, die die Freiheit Berlins verteidigt bis zu einem Bekenntnis zur kostenfreien Bildung.



Die Berliner SPD zeigt Flagge bei der #unteilbar-Demo.
Foto: Hans Kegel



Vor der Pandemie: Die Berliner SPD demonstriert
am 1. Mai. Foto: SPD Berlin

SPD BERLIN AKTIV

SICHTBAR AUF DER STRASSE

Die Berliner SPD hatte im Berichtszeitraum die Sichtbarkeit im öffentlichen Raum deutlich verstärkt. Dazu gehört die bessere Zusammenarbeit mit lokalen Bündnissen, erhöhte Teilnahme an Demonstrationen und auch entsprechende Stände. Beispiele sind die Teilnahme an den Demonstrationen des #unteilbar-Bündnisses. Eine hohe Beteiligung an Demonstrationen wurde durch die Corona-Pandemie eingeschränkt. Grundsätzlich ist die SPD Berlin bei Spontan-Demos zu aktuellen Anlässen sehr viel handlungsfähiger geworden. Unter der Überschrift „SPD Berlin – stark und sichtbar auf Demos!“ wurde klare Zuständigkeiten und Organisationsschritte entwickelt, die zu einer hohen Präsenz auf Kundgebungen beitragen. Dies galt auch für die dann zu beachtenden Regelungen, die die Corona-Pandemie abverlangten.

INNOVATIONSFOREN

Das Format der öffentlichen Innovationsforen erfreute sich großer Beliebtheit. Mit Fachleuten werden verschiedene Aspekte zu einem spezifischen Thema unter Beteiligung aller Teilnehmenden – auch kontrovers – diskutiert. Dabei wird die eigene Meinung überprüft, neue Impulse werden aufgenommen und Ansichten geschärft.

DIE EUROPÄISCHE STADT. GARANT DER FREIHEIT. (22. FEBRUAR 2019)

Begreift man Städte als Ort, in dem man früh sieht, welche Auswirkungen gesamtgesellschaftlicher Veränderungen auf das Zusammenleben haben, sind Städte ein Spiegelbild der Gesellschaft. Gleichzeitig macht das Erstarken der Rechten, Datenströme und Klimawandel nicht Halt an nationalen Grenzen. Schnell zeigte dieses Europaforum: Wir brauchen starke Bündnisse, die gemeinsam nach Lösungen suchen!

Die Spitzenkandidatin der SPD für das Europäische Parlament, Katarina Barley, unsere Berliner Kandidatin Gaby Bischoff, Dr. Magdalena Góra vom Centre for European Studies (Kraków) und die Extremismusforscherin Julia Ebner (London) diskutierten die Prämissen für ein friedliches Europa. Die Städte Europas bilden ein Netz, das die gemeinsamen Werte schützt und einen großen Beitrag zu Wohlstand, Gerechtigkeit und Solidarität leistet.

KLIMASCHUTZ – CHANCEN UND MÖGLICHKEITEN FÜR DIE BERLINER ENERGIE- UND KLIMAWENDE (25. FEBRUAR 2020)

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt in urbanen Zentren, auch der Großteil der Wirtschaftstätigkeit und der energiebedingten Emissionen konzentriert sich dort. Was Metropolen wie Berlin also für die Minderung von Emissionen und den Schutz ihrer Einwohnerinnen und Einwohner tun, ist deshalb ein zentraler Baustein wirksamer Klimapolitik. Denn wenn wir es heute nicht schaffen, den menschengemachten Klimawandel zu begrenzen, werden wir morgen dessen Folgen nicht mehr beherrschen. Wiederum wird Klimaschutz nur dann erfolgreich sein, wenn er national und international mit der sozialen Frage Hand in Hand geht.



*Innovationsforum mit der Bundesumweltministerin
Svenja Schulze. Foto: Tobias von dem Berge*

Fünf Fachpanels zeigten auf, dass ein sozial gerechter und solidarischer Klimaschutz uns alle angeht: von der Gestaltung der Stadt als Raum zum Leben, Wohnen und Arbeiten, als Mieterstadt, als Stadt der Arbeitenden, der kleinen und mittleren Unternehmen und als Stadt des Tourismus.

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

NEUER INTERNETAUFTRIFF DER SPD BERLIN FÜR DIE NEUE ZEIT

Mit dem Relaunch der Homepage spd.berlin im Herbst 2019 hat der SPD-Landesverband einen zeitgemäßen Internetauftritt, der technisch auf dem neusten Stand ist. Der Landesverband bietet den neuentwickelten Internetauftritt der SPD Berlin auch den SPD-Kreisen an. Die Kreise haben so die Möglichkeit, ohne hohe Entwicklungskosten einen modernen und attraktiven Internetauftritt zu erhalten. Für Abteilungen bietet der Landesverband ein kostengünstiges Homepage-Paket an. Damit können alle Gliederungsebenen ihre Internetauftritte neu und zeitgemäß gestalten. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Vorbereitung der anstehenden Wahlkampagnen für die Wahl zum Abgeordnetenhaus und zum Bundestag 2021.

In einem gesonderten Infoportal bietet der SPD-Landesverband den Gliederungen und den aktiven SPD-Mitgliedern Unterstützung bei ihrer Parteiarbeit. Hier gibt es u. a. aktuelle Materialien zum Herunterladen, alle Informationen zu den Parteiwahlen und die Möglichkeit, alle Ansprechpartner des SPD-Landesverbands oder auch das Homepage-Paket zu buchen.

WECHSEL AN DER LANDESSPITZE

Im Januar 2020 verkündete Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller seinen Rückzug als SPD-Landesvorsitzender. Nach insgesamt zwölf Jahren gab Michael Müller den Vorsitz in jüngere Hände. „Ich glaube, dass es gut ist, wenn jetzt neue Köpfe Verantwortung übernehmen und unsere Partei nach dem nächsten Landesparteitag im Mai führen“, begründete Müller seine Entscheidung. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz stellte er die Bewerber für seine Nachfolge vor: Franziska Giffey und Raed Saleh. „Ich bin Berlinerin und als Berlinerin liebe ich meine Stadt. Ich möchte, dass es meiner Stadt gut geht“, begründete Franziska Giffey ihren Entschluss,

zur Wahl als Landesvorsitzende antreten zu wollen. Sie befürwortete die gemeinsame Kandidatur mit Raed Saleh: „Ich finde es gut, wenn wir die Arbeit, die vor uns liegt, auf mehreren Schultern verteilen. Wenn wir teilen, können wir gewinnen. Deswegen ist es wichtig, ein gutes Team zu haben.“ Giffey kündigte an: „Ich habe Lust, in Berlin und mit der Berliner SPD das zusammen zu machen. Und ich sage Ihnen: Ditt wird jut!“

Raed Saleh, der bereits seit 2011 Fraktionsvorsitzender der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus ist und nun mit Franziska Giffey zusammen antrat, versprach: „Wir wollen alle drei gemeinsam die Ärmel hochkrempeln und ackern, damit es der Partei wieder gut geht.“ Die entscheidende Frage, die sowohl ihn als Giffey umtreibe, sei: „Wie können wir die SPD in Berlin so aufstellen, dass wir eine Volkspartei bleiben?“

Auf dem Landesparteitag der Berliner SPD am 27. und 28. November 2020 wurde die neue Doppelspitze schließlich gewählt (s. Abschnitt Landesparteitage).

LANDESPARTEITAGE

Der Landesparteitag der SPD Berlin am 30. März 2019 stand zu Beginn ganz im Zeichen der bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai. Der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller eröffnete den Parteitag mit einem Europa-Plädoyer: „Lasst uns die Europawahl zu einer Schicksalswahl machen. Es kommt darauf an, dass wir eigene Antworten geben und keinen einfachen populistischen Weg einschlagen.“ Gastredner auf dem Parteitag war Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt. Er betonte: „Wir wollen ohne Angst verschieden sein und in einem Europa der Demokratie, Vielfalt und Solidarität leben.“ Anschließend verabschiedeten die knapp 240 Delegierten die Resolution „We ♥ Europe – Ein solidarisches Europa für die Beschäftigten“.

Der stellvertretende Landesvorsitzende und Innensenator Andreas Geisel brachte den Antrag für eine gute und effiziente Berliner Verwaltung ein: „Wir werden die Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen einfacher, schneller und komfortabler machen.“ Und weiter: „Wir bekennen uns mit dem Antrag auch zum politischen Bezirksamt.“

Einstimmig wurde die Forderung eines Berliner Mietendeckels beschlossen, der vorsieht, die Mieten in Berlin für fünf Jahre einzufrieren. Mehrere Anträge zur Verbeamtung von Lehrkräften endeten mit dem Auftrag an Senat und Fraktion, neben anderen Optionen für angestellte Lehrkräfte, auch die Verbeamtung zu prüfen.

Die Delegierten der Berliner SPD kamen am 26. Oktober 2019 zum zweiten Landesparteitag im Jahr 2019 zusammen. Das Hauptaugenmerk lag dabei auf zwei Anträgen: Zum einen sollte über die Unterstützung der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ und die damit verbundene Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen beraten werden. Zum anderen stand ebenso die Verbeamtung von Lehrkräften in Berlin im Fokus des Parteitags.

In seiner Rede legte der Landesvorsitzende Michael Müller ein Bekenntnis für einen starken Sozialstaat ab. Als konkrete politische Maßnahmen nannte er unter anderem das Solidarische Grundeinkommen und den Mietendeckel. Gerade Letzteres hat für ihn einen Drei- und keinen Vierklang: Es heiße Bauen-Kaufen-Deckeln und da stehe nichts von Enteignung. Schließlich stimmten 137 von 238 Delegierten gegen eine Vergesellschaftung.

Bezüglich der Verbeamtung von Lehrkräften gab Raed Saleh, Fraktionschef der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus, ein klares Votum ab: Berlin müsse wie alle anderen Bundesländer seine Lehrkräfte endlich verbeamten. Nach der Debatte sprachen sich 122 Delegierte gegen 100 Nein-Stimmen für die Möglichkeit einer Verbeamtung aus.

Auch wenn die beiden Anträge das Bild des Parteitage bestimmten, wurden weitere wichtige Beschlüsse für die Zukunft gefasst. So ist es nun möglich, die Vorstände des Landesverbandes, der Kreise und Abteilungen mit Doppelspitzen zu besetzen. Außerdem wurde dem Antrag für ein Familienpflegegeld zugestimmt. Es soll unter anderem die bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ermöglichen. Dabei sollen nicht nur Verwandte Anspruch auf das Pflegegeld erhalten, sondern künftig auch Lebenspartnerinnen und -partner. Schließlich wurde ein Antrag der AG 60 plus beschlossen: Dieser sieht vor, dass Barrierefreiheit Vorrang gegenüber dem Denkmalschutz eingeräumt werden soll.

Der Landesparteitag der Berliner SPD am 27. und 28. November 2020 schrieb gleich in mehrfacher Hinsicht Parteigeschichte: Aufgrund der Corona-Pandemie musste der ursprünglich für Mai geplante Landesparteitag zweimal verschoben werden. Ende November fand er dann schließlich zum großen Teil digital – mit dezentraler Urnenwahl – statt. Die Delegierten wählten erstmals eine Doppelspitze: Franziska Giffey und Raed Saleh. So ist auch zum ersten Mal eine Frau Vorsitzende der Berliner SPD.

Als Stellvertreterinnen und Stellvertreter wurden Ina Czyborra, Iris Spranger, Andreas Geisel und Julian Zado gewählt. Neuer Landeskassierer ist Michael Biel. „Ich habe heute erklärt, dass ich bereit bin, als Spitzenkandidatin der Berliner SPD für die Abgeordnetenhauswahl im nächsten Jahr zur Verfügung zu stehen, wenn die Partei das will“, sagte Franziska Giffey am Ende der digitalen Versammlung. Am Montag nach dem Parteitag wurde sie vom ebenfalls neu gewählten Landesvorstand einstimmig dafür nominiert.

Nach dem digitalen Landesparteitag legt die Berliner SPD auch beim Wahlprogrammprozess für die Abgeordnetenhauswahl 2021 richtig los: Die neue SPD-Landesvorsitzende hatte die Schwerpunktthemen in ihrer Rede auf dem Landesparteitag einprägsam als die fünf B für Berlin bezeichnet: Bauen, Bildung, Beste Wirtschaft, Bürgernähe und Berlin in Sicherheit. Konkret bedeutet das erste Thema: Man will bezahlbare Wohnungen bauen, der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut werden. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei auf dem Ausbau der Berliner U-Bahn. Dabei müssten gerade die Berliner Außenbezirke besser an das U-Bahnnetz angebunden werden. Das Ziel ist klar: Mobilität für alle.

Beim zweiten B, der Bildung, ist der neuen SPD-Doppelspitze eine Sache sehr wichtig: Sie soll nicht vom Einkommen der Eltern abhängen – „jedes Kind soll es packen“. Für die Zukunft will man gute frühkindliche Bildung, noch attraktivere sowie digitalere Schulen und hervorragende Hochschulen. Darüber hinaus möchte die Hauptstadt-SPD den Wissenschaftsstandort Berlin weiterentwickeln.

Das dritte B – beste Wirtschaft – ist mit einer der Gründe, warum Franziska Giffey auf Berlin stolz ist: Dieser Wirtschafts-Mix aus Industrie, Handwerk und Dienstleistung sei das Fundament für gute Arbeitsplätze in Berlin und damit für Wohlstand heute und in Zukunft. Daher will sich die SPD für eine starke Wirtschaft in der Hauptstadt einsetzen, damit sie gut durch die Krise kommt und gute Arbeitsplätze schaffen kann. Das vierte B steht für Bürgernähe. „Wir wollen die Berliner Verwaltung weiter modernisieren, für eine funktionierende Stadt mit motivierten Beschäftigten und digitaleren Verfahren“, erklärte Franziska Giffey. Zuletzt ein Berlin der Sicherheit: Bereits auf dem digitalen Parteitag fand die neue SPD-Landesvorsitzende hierzu klare Worte. „Ich möchte eine Stadt, in der die Stärke des Rechts wohnt und nicht das Recht des Stärkeren.“ Dementsprechend wolle man soziale und innere Sicherheit – damit sich die Menschen in der Hauptstadt gut aufgehoben fühlen.

Eine komplette Übersicht der Beschlüsse gibt es auf Landesparteitagsseite der Berliner SPD parteitag.spd-berlin.de

LANDESVORSTAND DER BERLINER SPD JUNI 2018 – NOVEMBER 2020

Landesvorsitzender: Michael Müller

Stellvertreter/-innen: Dr. Ina Czyborra
Andreas Geisel
Iris Spranger
Julian Zado

Landeskassiererin: Angelika Schöttler

Beisitzer/-innen:	Sevim Aydin	Torsten Einstmann
	Kevin Hönicke	Frank Jahnke
	Christopher Jäschke	Cansel Kiziltepe
	Mark Rackles	Ülker Radziwill
	Joachim Rahmann	Julie Rothe
	Ulrike Sommer	Ferike Thom

KREISVORSITZENDE:

- (01) **Mitte:** Dr. Eva Högl (bis Mai 2020)
- (02) **Friedrichshain-Kreuzberg:** Harald Georgii
- (03) **Pankow:** Knut Lambertin
- (04) **Charlottenburg-Wilmersdorf:** Christian Gaebler
- (05) **Spandau:** Raed Saleh (Vertreter des Kreises im LV: Susanne Pape)
- (06) **Steglitz-Zehlendorf:** Ruppert Stüwe
- (07) **Tempelhof-Schöneberg:** Lars Rauchfuß
- (08) **Neukölln:** Severin Fischer
- (09) **Treptow-Köpenick:** Oliver Igel
- (10) **Marzahn-Hellersdorf:** Iris Spranger (Vertreter des Kreises im LV: Sven Kohlmeier)
- (11) **Lichtenberg:** Birgit Monteiro (bis März 2020)
- (12) **Reinickendorf (kooptiert):** Jörg Stroedter

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN:

Vertreter der AfA: Rolf Wiegand
Vorsitzende der AGS: Angelika Syring
Vorsitzende der ASF: Susanne Fischer
Vorsitzende der AG 60 plus: Heidemarie Fischer
Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt: Hakan Demir
Vorsitzende der Jusos: Annika Klose
Vorsitzender der SPDqueer: Markus Pauzenberger

LANDESVORSTAND DER BERLINER SPD SEIT NOVEMBER 2020

Landesvorsitzende: Franziska Giffey und Raed Saleh

Stellvertreter/-innen: Dr. Ina Czyborra
Andreas Geisel
Iris Spranger
Julian Zado

Landeskassiererin: Michael Biel

Beisitzer/-innen:

Sevim Aydin	Torsten Einstmann
Rolf Henning	Heike Hoffmann
Kevin Hönicke	Helmut Kleebank
Melanie Kühnemann-Grunow	Ülker Radziwill
Julie Rothe	Timo Sascha Schramm
Ferike Thom	Ana-Maria Trasnea

KREISVORSITZENDE:

(01) **Mitte:** Yannick Haan
 (02) **Friedrichshain-Kreuzberg:** Henry Marx
 (03) **Pankow:** Rona Tietje
 (04) **Charlottenburg-Wilmersdorf:** Kian Niroomand
 (05) **Spandau:** Vertretung des Kreises im LV: Susanne Pape
 (06) **Steglitz-Zehlendorf:** Ruppert Stüwe
 (07) **Tempelhof-Schöneberg:** Lars Rauchfuß
 (08) **Neukölln:** Vertretung des Kreises im LV: Joachim Rahmann
 (09) **Treptow-Köpenick:** Christopher Jäschke
 (10) **Marzahn-Hellersdorf:** Vertretung des Kreises im LV: Marion Hoffmann
 (11) **Lichtenberg:** Anja Ingenbleek
 (12) **Reinickendorf (kooptiert):** Jörg Stroedter

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN:

Vertreter der AfA: Rolf Wiegand
Vorsitzende der AGS: Tim Renner
Vorsitzende der ASF: Susanne Fischer
Vorsitzende der AG 60 plus: Heidemarie Fischer
Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt: Hakan Demir
Vorsitzende der Jusos: Peter Maaß
Vorsitzender der SPDqueer: Alfonso Pantisano



Der neue Geschäftsführende Landesvorstand. Foto: Nils Hasenau



LANDESVERBAND NORDRHEIN-WESTFALEN

2019 und 2020 waren für die NRWSPD wichtige Jahre. Mit dem Rot Pur-Prozess hat sich die NRWSPD programmatisch neu aufgestellt. Durch den Kommunalwahlkampf im Spätsommer 2020, der als erster Wahlkampf in der Corona-Pandemie stattfand, wurden zudem neue Herangehensweisen und Formate im Landesverband entwickelt, die seither fester Bestandteil der Arbeit sind.

ROT PUR-PROZESS

Die verlorenen Landtag- und Bundestagswahl 2017 haben zu einer grundlegenden programmatischen Neuaufstellung der NRWSPD geführt. Auf dem Landesparteitag im Juni 2018 wurde daher der Leitantrag „Unser Weg in NRW: Rot Pur! Eine neue Idee für Nordrhein-Westfalen. Das bessere Morgen solidarisch gestalten“ einstimmig verabschiedet. Kommuniziertes Ziel des Rot Pur-Prozesses: Antworten auf zentrale Zukunftsfragen zu finden und ein eigenständiges sozialdemokratisches Profil zu entwickeln.

Gemeinsam mit den Gliederungen und Mitgliedern hat der Landesvorstand über 12 Monate im sogenannten Gegenstromprinzip – ein Verfahren, bei dem die inhaltlichen Vorschläge fortlaufend mit den Gliederungen rückgekoppelt wurden – die Zukunftsdebatte der NRWSPD in vier Themenfeldern geführt. Zu diesen vier Themen wurden Arbeitsgruppen im Landesvorstand gebildet.

- **Zukunft der Arbeit** – Wie verändern sich Wirtschaft und Arbeit und was sind unsere sozialdemokratischen Antworten darauf?
- **Aufstiegchancen** – Wie schaffen wir beste Bildung und machen das Aufstiegsversprechen wieder wahr?
- **Soziale Sicherheit** – Wie schaffen wir den solidarischen Sozialstaat, der den Menschen in den Mittelpunkt seines Handelns stellt?
- **Solidarische Gesellschaft** – Wie organisieren wir das Zusammenleben in unserem Staat?

FUNKTIONÄRSKONFERENZ AM 26. JANUAR 2019 ESSEN

Ein wichtiger Meilenstein des Rot Pur-Prozesses war die Funktionärskonferenz im Januar 2019. An der eintägigen Konferenz in Essen nahmen rund 300 Mitglieder teil. Gemeinsam wurden Thesen zu den vier Leitthemen entwickelt. Anschließend wurden die Thesen in vielen Gliederungen vor Ort diskutiert, oft im Austausch mit Landesvorstandsmitgliedern und Vertreterinnen und Vertretern gesellschaftlicher Gruppen (wie z. B. Gewerkschaften, Sozial- und Wirtschaftsverbände, Initiativen). Durch die Diskussion vor Ort konnten Anregungen, Hinweise und Kritik an die Arbeitsgruppen des Landesvorstandes weitergegeben und damit in den Prozess aufgenommen werden.



Funktionärinnen und Funktionäre diskutieren in Arbeitsgruppen über die vier Leitthemen Zukunft der Arbeit, Aufstiegchancen, Soziale Sicherheit und Solidarische Gesellschaft. Foto: NRWSPD

**A.O. LANDESPARTEITAG
AM 21. SEPTEMBER 2019 –
RUHRCONGRESS, BOCHUM**

Der Rot Pur-Prozess wurde auf dem außerordentlichen Landesparteitag am 21. September 2019 in Bochum abgeschlossen. Aus den Arbeitsgruppen des Landesvorstandes ist der Leitantrag „Unser Weg in NRW: Rot Pur! Eine neue Idee für Nordrhein-Westfalen. Das bessere Morgen solidarisch gestalten“ entstanden, der sich mit den drängenden Fragen unserer Zeit beschäftigt, für die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit und die Schaffung eines starken Staats plädiert. Der NRWSPD ist es damit gelungen, sich innerhalb kurzer Zeit in vier wesentlichen Schwerpunkten programmatisch neu aufzustellen.



Landesvorsitzender Sebastian Hartmann MdB bei seiner Rede auf dem a.o. Landesparteitag. Foto: NRWSPD

Auf dem außerordentlichen Landesparteitag wurden insgesamt 81 Anträge beraten. Dazu gehören Beschlüsse zu den Bereichen Rente, Wohnen, Steuern, Bildung und Kommunalpolitik. Hervorgegangen sind sie teilweise aus eigens dafür eingerichteten Kommissionen:

RENTENPOLITISCHE KOMMISSION

Die Gründung einer rentenpolitischen Kommission wurde am 12. Oktober 2018 vom NRWSPD-Landesvorstand beschlossen. Unter Leitung von Rainer Schmeltzer MdL und der parlamentarischen Staatssekretärin Kerstin Griesse MdB sollte eine umfangreiche Position zur Zukunft der Rente erarbeitet werden. Die Kommission hat in mehreren intensiven Arbeitssitzungen und in einer Anhörung von Expertinnen und Experten den Renten-Beschluss erarbeitet. Der Antrag wurde zudem zum Bundesparteitag weitergeleitet und an die Rentenkommission des Parteivorstandes verwiesen.

WOHNUNGSPOLITISCHEN KOMMISSION

Jeder Mensch in NRW soll bezahlbaren Wohnraum finden. Das ist das Ziel der NRWSPD. Daher hat der Landesvorstand auf seiner Klausurtagung vom 08.–09. September 2018 die Einrichtung einer wohnungspolitischen Kommission beschlossen, deren Leitung Sebastian Hartmann MdB übernommen hatte. Die Kommission tagte im Zeitraum zwischen November 2018 und Mai 2019 insgesamt viermal. Die Mitglieder kamen aus Partei, Fraktion, SGK – aber auch externe Expertinnen und Experten wurden eingebunden. Entstanden ist ein Antrag, der auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Bochum beschlossen wurde. Wesentliche Punkte des Beschlusses wurden zudem programmatisch vom Parteivorstand übernommen wurden.

PARTEISCHULE DER NRWSPD

2018 wurde die Parteischule der NRW neu gegründet. Das Programm startete im Januar 2019 mit den weitergeführten Neumitgliederangeboten und der Train-the-Trainer-Schulung für die „Wahlwerkstatt Europa“. Vom 19. Januar bis zum 13. April wurden mehr als 40 Wahlwerkstätten zur Europawahl in über 30 Unterbezirken und Kreisverbänden durchgeführt, an denen insgesamt fast 600 Genossinnen und Genossen in der Fläche teilgenommen haben.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) und ihrer damaligen Vorsitzenden Daniela Jansen fokussierte die Parteischule zudem die Frauenförderung im Bildungsbereich stark. Das Kooperationsprojekt „Politik braucht mehr Frauen!“ (3-teilige, niedrigschwellige Seminarreihe für Frauen zur Orientierung in der Partei) mit PBN e.V. (SPD Niedersachsen) wird seither auch in NRW angeboten.

Am 19. Juni 2019 startete die Parteischule die Schulungsreihe „Fit für die Arbeit im Ortsverein“. Eine Qualifizierungsreihe für SPD-Mitglieder, die zukünftig Funktionen und Verantwortung übernehmen möchten. Im Mai startete die Ausschreibung der Reihe per Mail-Newsletter an alle Mitglieder in NRW unter 55 Jahren, die bisher keine Funktion im Ortsvereins-Vorstand beziehungsweise auf höheren Ebenen haben. Über 50 Anmeldungen gingen darauf bereits am ersten Wochenende ein. In zwölf Modulen bildeten sich die Teilnehmenden in sechs Themenbereiche fort: Veranstaltungsorganisation, Öffentlichkeitsarbeit, Teamarbeit im Ortsverein, Mit der Satzung locker jonglieren, Aufgaben und Aktivitäten im Ortsverein, (Kleine) Geschichte der SPD und Programm.

Wie für die Europawahl wurden auch für die Kommunalwahl Wahlwerkstätten geplant. Die Train-the-Trainer-Schulungen begannen im Herbst 2019. Die Durchführung der Kommunalwahlwerkstätten in der Fläche erfolgte im Zeitraum von Januar bis zum März 2020 – nach dem durch die Corona-Pandemie bedingten Lockdown konnten bis zum Juni 2020 keine Präsenzseminare mehr durchgeführt werden. Es konnten jedoch etwa 25 Wahlwerkstätten in allen Regionen in Präsenz stattfinden, bevor der Seminarbetrieb eingestellt werden musste.

Insgesamt hat die Parteischule NRW, wie alle Bildungsanbieter, während der anhaltenden Corona-Pandemie einen Weg finden müssen, ihre Arbeit neu aufzustellen und neue Wege des Kontakts und der Ansprache für die SPD-Mitglieder vor Ort aufzubauen. Im Austausch mit der Kooperation der Bildungswerke, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der SGK NRW und vor allem mit der praktischen und professionellen Unterstützung den Kolleginnen und Kollegen der Parteischule im Willy-Brandt-Haus, konnte rasch begonnen werden unsere Angebote nicht nur zu verschieben, sondern in digitaler Form anzubieten. Im Vergleich zu Präsenzangeboten konnte eine neue Zielgruppe für kompakte Bildungsangebote am (frühen) Abend oder am Wochenende gewonnen werden, da hier Barrieren, wie zum Beispiel Fahrzeiten und Kinderbetreuung, wegfielen.

WAHLEN

EUROPAWAHL 2019

Die NRWSPD hat einen engagierten Europawahlkampf geführt und diesen bereits im März 2018 mit der Auftaktveranstaltung „Roadmap Europa 2019“ eingeläutet. Die Unterbezirke und Kandidierenden erhielten bereits im November 2018 ein Paket mit verschiedenen Materialien zur Vor-



Katarina Barley zusammen mit Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern in Duisburg. Foto: NRWSPD

bereitung des Europawahlkampfes, damit sie fortan in den Wahlkampf einsteigen konnten. Darüber hinaus hat der Landesverband seit Januar 2019 in ganz NRW die Europaseminare „Fit in den Europawahlkampf“ angeboten, in denen Genossinnen und Genossen geschult wurden. Im April 2019 fand zudem eine große Mobilisierungsveranstaltung zum Thema „Europa und Kommunen“ mit Katarina Barley und anschließendem Straßenwahlkampf in der Duisburger Innenstadt statt.

BILANZ DER EUROPAAWAHL

Trotz des großen Engagements wurde die SPD in NRW nur drittstärkste Kraft mit insgesamt 19,2 % (2014: 33,7 %) der Stimmen [CDU 27,9 %, Grüne 23,2 %]. Gleichwohl erzielte die nordrhein-westfälische SPD ein besseres Ergebnis als auf der Bundesebene, wo die SPD auf insgesamt 15,8 % (2014: 27,3 %) erreichte. Die besten Ergebnisse in NRW konnte die SPD im Ruhrgebiet erzielen: Platz 1 war dabei Herne mit 26,8 % (2014: 43,1 %) gefolgt von Gelsenkirchen mit 25,7 % (2014: 46,1 %). Die schlechtesten Ergebnisse erzielte die SPD in Paderborn mit 13,77 % (2014: 23,2 %) und in Münster mit 14,37 % (2014: 28,6 %). Insgesamt konnten vier Kandidierende aus NRW in das Europäische Parlament einziehen: Jens Geier, Birgit Sippel, Dietmar Köster und Petra Kammerevert.

KOMMUNALWAHLEN 2020

Der Landesverband NRW hat, obwohl er nicht die wahlkampfführende Ebene ist, immense personelle, finanzielle und organisatorische Ressourcen in den Kommunalwahlkampf 2020 gesteckt. Im Dezember 2018 fasste der Landesvorstand den Beschluss:

- die Unterbezirke für Wahlkampfzwecke personell zu unterstützen,
- vier regionale Veranstaltungen zu den Kernthesen und Schwerpunktthemen Soziales, Wohnen, Wirtschaft und Mobilität durchzuführen,
- eine Rahmenkampagne für die Gliederungen durch eine Agentur erstellen zu lassen,
- in Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, der NRWSPD-Parteischule und der SGK intensive Unterstützung für die Kandidierenden-Gewinnung und -Schulung zu gewährleisten.

Im Oktober 2019 stellte Generalsekretärin Nadja Lüders die Rahmenkampagne „Zuhause überzeugen“ den Funktionärinnen und Funktionären der NRWSPD in Bochum vor.

Im November 2019 startete das digitale Kommunalwahlportal für alle SPD-Mitglieder, das rechtliche Informationen, FAQ, Infos zur Rahmenkampagne, Beispiele für Aktionen etc., Präsentationen, Informationen zum Druckportal, den Zugang zu einem Sharepic-Generator, Wahlkampf-Mailings und schließlich seit März 2020 immer wieder aktuelle Informationen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und den daraus folgenden Konsequenzen für die Partei- und Wahlkampf-Arbeit enthielt. Über 1.200 Mitglieder nutzten das Portal.

CORONA-PANDEMIE

Die Bekämpfung der Corona-Pandemie, beginnend mit dem öffentlichen Lockdown von Mitte März bis Ende April 2020, veränderte zahlreiche Planungen für den gesamten Kommunalwahlkampfprozess, sowohl im Landesverband als auch in allen Gliederungen. Lange Zeit stand nicht fest, ob der beschlossene Wahltermin 13.9.2020 und der Termin für die Stichwahl 27.9.2020 bestehen bleiben würden.

Dessen ungeachtet mussten die erforderlichen Aufstellungsversammlungen in den Unterbezirken, Kreis- und Stadtverbänden durchgeführt werden. Die überwiegende Mehrheit der Gliederungen hatte für Ende März/Anfang April zu diesen Versammlungen eingeladen und musste sie, dem Lockdown und den sich daraus ergebenden Einschränkungen geschuldet, komplett absagen. Für nahezu sechs Wochen lag – wie so viele Bereiche unseres Lebens – auch die Vorbereitung der Wahl fast vollständig „auf Eis“.

Zur Durchführung der Aufstellungsversammlung unter den gültigen Corona-Schutzregularien erstellte der Landesverband eine ausführliche Handreichung und beriet in zahlreichen Einzelfällen die Unterbezirksgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer sowie viele ehrenamtliche SPD-Mitglieder. Information, Beratung und Hilfestellung erfolgte auch in zahlreichen Fällen bei rechtlichen Fragen, die es für die Versammlungen zu beachten galt.

WAHLKAMPF IN BESONDEREN ZEITEN...

Als vorsichtige Lockerungen ermöglicht wurden, fertigte der Landesverband die Handreichung „Wahlkampf in besonderen Zeiten: Mit Abstand. Mit Herz. Und guten Ideen.“ für alle Gliederungen und ehrenamtlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Als „Anti-Corona“ geeignetes neues Give-Away veranlasste der Landesverband beim SPD-Shop die Aufnahme herzförmiger Seifen ins Sortiment.

Die Generalsekretärin lud zu vier Videokonferenzen (9.6.2020, 2.7.2020, 10.7.2020, 24.8.2020) ein, um die Themen „Wahlkampf in besonderen Zeiten...“, „Wie bringt Ihr Eure Themen ins Gespräch?“ (mit Wolfgang Nafroth), „Erstwähler*innen-Ansprache und Briefwahl Mobilisierung“ (mit Jessica Rosenthal) und „Gesundheitspolitik für Kommunalwahlkämpfer*innen“ (mit Waldemar Radtke, ASG) vorzustellen, Anregungen für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer zu geben und Fragen zu klären.

Für die Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes hat die Parteischule digitale Hilfestellungen für die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Untergliederungen zur Verfügung stellen können. Dazu gehörten Online-Angebote zur Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf in Social Media – für Anfängerinnen und Anfänger & Fortgeschrittene sowie das Angebot eines Individuellen Online-Coachings zu Fragen rund um die (digitale) Öffentlichkeitsarbeit aus für einzelne Wahlkampfteams.

AKTIONSWOCHE GEGEN RECHTS

Als Teil des Kommunalwahlkampfes sind drei weitere Videokonferenzen (15.06.2020, 17.06.2020 und 19.06.2020) als Aktionswoche gegen Rechts von der Generalsekretärin einberufen worden. Der Fraktionsvorsitzende der SPD im Landtag NRW, Thomas Kutschaty, stellte dort den Masterplan gegen Rechtsextremismus der Fraktion vor. Dominik Schumacher, von der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus NRW, hat die Unterstützung durch seine Organisation für die Zivilgesellschaft dargestellt. Sebastian Kumara Feister, Vorsitzender der Falken NRW, und Pauline Schur aus dem Juso-Landesvorstand thematisierten in ihrer Videokonferenz die sogenannte „neue Rechte“ und entwickelten Herangehensweisen in der politischen Konfrontation.

Zudem hat einer der Initiatoren des Projekts „Storch Heinar“, Julian Barlen MdL in Schleswig-Holstein, das satirische Projekt gegen Rechtsextremismus vorgestellt und Nils Oskamp, Aktivist und Comiczeichner, näheres zum Thema Verschwörungstheorien erläutert.

SCHLUSSPURT – FÜR KOMMUNEN MIT ZUKUNFT 21. AUGUST 2020

Am 21. August 2020 fand die Schlusspurtaktion „Für Kommunen mit Zukunft.“ im Dortmunder U statt. Der SPD-Parteivorsitzende, Nobert Walter-Borjans, sowie Olaf Scholz, Kanzlerkandidat und Bundesfinanzminister, folgten der Einladung und diskutierten unter anderem über die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden in NRW. Die Veranstaltung wurde live gestreamt, sodass Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus ganz NRW der Diskussion folgen konnten.

Ein ausgewogenes Podium mit der Oberbürgermeister-Kandidatin Monika Griefahn aus Mülheim, dem Oberbürgermeister-Kandidaten Thomas Westphal aus Dortmund und Marion Weike, Landratskandidatin aus dem Kreis Gütersloh, rundete die Schlusspurtaktion ab. Besonderes Augenmerk galt der Mobilisierung zur Teilnahme an der Briefwahl.



SPD-Parteivorsitzender Norbert-Walter Borjans, Landratskandidatin Annalena Rönsberg und Kanzlerkandidat Olaf Scholz zeigen „Wir lassen die nordrhein-Westfälischen Kommunen nicht im Regen stehen!“. Foto: NRWSPD

BRIEFWAHL

Die Annahme, dass in Zeiten der Corona-Bekämpfung viel mehr Menschen die Möglichkeit der Briefwahl nutzen, hat sich als richtig erwiesen. Mit einer eigenen Briefwahlkampagne, die vor allem videobasiert in den sozialen Netzwerken stattfand, versuchte die NRWSPD möglichst viele Wählerinnen und Wähler zu erreichen, um über die Stimmabgabe und die Wichtigkeit der Wahl zu informieren.

Die AG Migration und Vielfalt erstellte einen Aufruf zur Teilnahme an der Briefwahl in zahlreichen Sprachen, der ebenfalls in den sozialen Netzwerken weite Verbreitung fand. Die AG 60 plus organisierte eine Social-Media-Kampagne und rief vor allem die Zielgruppe der über Sechzigjährigen zur Wahl der SPD auf. Mit dem Juso-Landesverband erfolgte ein kontinuierlicher Austausch über die Aktivitäten im Kommunalwahlkampf, teils wurden diese gegenseitig beworben.

WAHLKAMPFMAILING & TAUSCHBÖRSE

Ab Ende Juli 2020 verschickte der Landesverband zehn Ausgaben des Wahlkampf-Mailings „Zuhause überzeugen. Zuhause aktuell.“ Mit einem Thema und dem Flugblatt der Woche, einem entsprechenden Sharepic, Positionen von DGB und anderen wichtigen Partnerinnen und Partnern zur Kommunalpolitik sowie mit Hinweisen und Informationen für alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.

Nach der Kommunalwahl am 13.09.2020 rief Nadja Lüders eine sogenannte „Tauschbörse“ ins Leben. Das Ziel dieser Plattform bestand darin, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer aus Untergliederungen, die keine Stichwahl zu absolvieren hatten, an SPD-Gliederungen zu vermitteln, die in den zwei Wochen nach der eigentlichen Kommunalwahl für die Stichwahl mobilisieren mussten. Über das Angebot des Landesverbandes konnten zahlreiche Mitglieder vermittelt werden.

BILANZ DER KOMMUNALWAHLEN

In 259 Kommunen traten SPD-Kandidierende an. 55 SPD-Kandidierende wurden am 13.09.2020 direkt gewählt: drei Landräte, fünf Oberbürgermeister und 47 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Es gelang in fünf Kommunen, das vorher von der CDU beziehungsweise parteilos gehaltene Hauptverwaltungsbeamten-Mandat für die SPD zu gewinnen. Einzelne SPD-Kandidierende erreichten Ergebnisse von bis zu 90 % Zustimmung. In 128 Kommunen konnte die SPD das Mandat nicht erringen und auch keine Stichwahl erreichen.

Insgesamt fanden 126 Stichwahlen statt, davon 76 mit SPD-Beteiligung. 40 Stichwahlen gewannen SPD-Kandidierende. In 12 Fällen konnte ein Kreis- beziehungsweise Rathaus durch eine SPD-Herausforderin/einen SPD-Herausforderer erfolgreich erobert werden. 28-mal konnten SPD-Kandidierende das Hauptverwaltungsbeamtenamt verteidigen. In 16 Fällen haben wir Kreis- und Rathäuser verloren, die bisher SPD-geführt waren. Erneut verloren haben wir in 20 Städten, Kreisen oder Gemeinden, in denen die SPD auch bei der vorherigen Wahl 2014 verloren hat. Mit Blick auf ganz NRW bleibt festzustellen, dass die SPD landesweit verloren hat (– 7,1 %), deutlich hinter der CDU (34,3 %), jedoch mit 24,3 % auf Platz 2 vor den Grünen (20 %) lag.

LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Im September 2019 wurde das Haus der Landesgeschäftsstelle in der Kavalleriestraße, das dem Landesbüro jahrzehntelang als Hauptquartier diente, abgerissen. Die hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen arbeiten seitdem in einem Ausweichquartier in der Werdener Straße in Düsseldorf-Oberbilk. Im Jahr 2022 wird das Landesbüro in die neue Landesgeschäftsstelle an der Kavalleriestraße einziehen. Das neue Quartier soll ein modernes und offenes Haus sein. Ein spannender Ort, an dem gearbeitet, getagt und debattiert wird, in dem aber auch bezahlbare Wohnungen für die Düsseldorfer Stadtgesellschaft zur Verfügung gestellt werden.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDS

Landesvorsitzender: Sebastian Hartmann (bis 6. März 2021)

Landesvorsitzender: Thomas Kutschaty
(gewählt auf dem Ordentlichen Parteitag am 6. März 2021)

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Marc Herter
Elvan Korkmaz
Veith Lemmen
Sören Link
Dörte Schall

Schatzmeister: André Stinka

Generalsekretärin: Nadja Lüders

Beisitzerinnen und Beisitzer

Dagmar Andres
Lena-Rosa Beste ab 6. März 2021
Walter Cremer bis 6. März 2021
Christoph Dolle
Gordan Dudas
Doris Feldmann bis 6. März 2021
Micha Heitkamp ab 6. März 2021
Sonja Jürgens bis 6. März 2021
Stefan Kämmerling
Dietmar Köster
Angela Lück bis 6. März 2021
Andreas Müller
Natascha Nemetschek ab 6. März 2021
Waldemar Radtke bis 6. März 2021
Markus Ramers ab 6. März 2021

Jens Bennarend ab 6. März 2021
Frederick Cordes
Bernhard Daldrup
Susana Dos Santos Herrmann ab 6. März 2021
Thomas Eiskirch bis 6. März 2021
Felix Heinrichs
Nadine Heselhaus ab 6. März 2021
Petra Kammerevert
Nadia Khalaff
Tim Kurzbach
Zanda Martens ab 6. März 2021
Elisabeth Müller-Witt
Lena Oerder bis 6. März
Ernst-Wilhelm Rahe bis 6. März 2021
Isabel Razanica

Uwe Richrath bis 6. März 2021
Rainer Schmeltzer
Marion Schunck-Zenker
Anna Spaenhoff
Lisa Steinmann
Apostolos Tsalastras bis 6. März 2021
Thomas Westphal ab 6. März 2021

Andreas Rimkus bis 6. März 2021
Jennifer Schug bis 6. März 2021
Birgit Sippel
Norbert Spinrath bis 6. März 2021
Stefan Streit bis 6. März 2021
Alexander Vogt
Ibrahim Yetim ab 6. März 2021

Regionalvorsitzende

Marc Herter (Westliches Westfalen)
Britta Altenkamp (Niederrhein)
Jochen Ott (Mittelrhein)
Stefan Schwartz (Ostwestfalen-Lippe)

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND IHRE VORSITZENDEN

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): Anja Butschkau

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): arlies Stotz (bis 29. Februar 2020), dann Michael Hänsel

Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos):

Jessica Rosenthal (bis 3. Oktober 2020), dann Konstantin Achinger

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF):

Daniela Jansen (bis 20. März 2021), dann Inge Blask

**Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
im Gesundheitswesen (ASG):** Waldemar Radtke

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MuV): Nadia Khalaf

Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen in der SPD (AGS)

Susanne Brefort anschließend kommissarische Leitung: Christiane Breuer
(bis 30. November 2019), dann Carsten Bielefeld

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): Folke große Deters

Arbeitsgemeinschaft 60 plus: Walter Cremer

SPDqueer: Fabian Spies

Arbeitsgemeinschaft Selbst aktiv: Peter Gabor



LANDESVERBAND HESSEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG UND ARBEITSSCHWERPUNKTE

Die Arbeit des SPD-Landesverbandes Hessen bestand in den Jahren 2019/2020 unter anderem in der Aufarbeitung der vorangegangenen Landtagswahl und der Vorbereitung der Kommunalwahl im Jahr 2021. Die personelle Neuaufstellung nach dem Rückzug von Thorsten Schäfer-Gümbel aus der Politik wurde mit einem im November 2019 neu gewählten Landesvorstand vollzogen. Zur neuen Landesvorsitzenden wurde Nancy Faeser gewählt, als neuer Generalsekretär Christoph Degen.

Auf dem Bundesparteitag der SPD im Dezember 2019 wurde ein gemeinsamer Antrag der SPD Hessen und Nordrhein-Westfalen eingebracht. Das Grundlagenpapier „Handlungsfähigkeit stärken – Solidarität erneuern: Für einen starken solidarischen Staat“ hatten die Präsidien der beiden Landesverbände in einer gemeinsamen Sitzung erarbeitet. Ziel sollte die wirksame Bekämpfung von Steuerbetrug, der Abbau steuerlicher Privilegien für hohe Vermögen und Einkommen und die Entlastung von kleinen und mittleren Einkommen sein. Die politischen Formate der letzten Jahre wurden kontinuierlich fortgeführt. Auch bewährte Aktivitäten und Veranstaltungsreihen wurden weiterhin durchgeführt. Dazu gehören die jährlich stattfindenden Verteilaktionen zum Schul- und Kitastart, der traditionelle Hessengipfel zum Jahresbeginn sowie die Ausrichtung eines jährlichen Mitarbeiterkonvents. Regelmäßig fanden auch Konferenzen der hessischen Ortsvereins- und kommunalen SPD-Fraktionsvorsitzenden statt. Darüber hinaus wurden neue Wege bestritten. Im Zuge der Covid-19-Pandemie wurden digitale Veranstaltungs- und Diskussionsformate angeboten, Generalsekretär Christoph Degen hat zum Amtsantritt eine Tour durch die hessischen Unterbezirke gestartet und die politischen Bildungsträger in Hessen haben sich im „Netzwerk politische Bildung Hessen“ zusammengeschlossen.

COVID19-PANDEMIE

Nach der Neuaufstellung in 2019 stand die Arbeit im Jahr 2020 vor den Herausforderungen der Pandemie. Viele bewährte Formate, beispielsweise die Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzenden Konferenz wurden zum ersten Mal erfolgreich in digitaler Form mit mehreren hundert Genossinnen und Genossen ausgerichtet. Während einige Formate gut in digitaler Form abgehalten werden konnten, stellten die Bedingungen beispielsweise für die Angebote der Bildungsträger eine große Herausforderung dar. Neue Ideen mussten vor allem auch für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf gefunden werden. Hier zeigte sich großer Einsatz vieler Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer.

Der Landesverband hat die Ideen gesammelt und allen Gliederungen eine Best-Practice Handreichung zum Wahlkampf in Corona-Zeiten zur Verfügung gestellt, die auch von anderen Landesverbänden aufgenommen und erweitert wurde. Trotz neuer Formate mussten viele Präsenzveranstaltungen abgesagt werden, unter anderem der Landesparteitag 2020 und der Hessenempfang. Kontinuierlich versorgte der Landesverband in Abstimmung mit den Bezirken die Gliederungen mit Handlungsempfehlungen für die politische Arbeit in der Pandemie. Im Dialog mit dem Hessischen Innenministerium konnte herausgearbeitet werden, dass politische Arbeit auch trotz Einschränkungen immer stattfinden durfte. Gleichzeitig appellierten wir jedoch auch an die Vorbild-Funktion der Partei und baten um Zurückhaltung, wo es nicht zwingend notwendig war.

HESSENGIPFEL 2019

Der Hessengipfel ist die jährliche Auftaktklausur der Spitzen der hessischen SPD aller politischen Ebenen. Teilnehmende der traditionellen Klausurtagung der SPD Hessen und der SPD-Landtagsfraktion sind die hessischen Abgeordneten aus Land, Bund und Europa, die Mitglieder des Landesvorstands, des Gewerkschaftsrats und der beiden Bezirksvorstände, die Vorsitzenden der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften sowie Vertreterinnen und Vertreter aus der Kommunalpolitik.

Der Hessengipfel 2019, der am 8. und 9. Februar 2019 in Friedwald stattfand, stand ganz im Zeichen der Europawahl. Die Auftaktdiskussion zum Thema „Zukunft Europa: Wohin bewegt sich die EU nach der Europawahl?“ wurde mit Einführungsstatements von Dr. Udo Bullmann, MEP, Staatsminister Michael Roth, MdB, und Martina Werner, MEP, eröffnet. Am zweiten Tag wurde die inhaltliche Arbeit mit Veranstaltungen zur geplanten Strukturreform der SPD in Hessen mit Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, sowie zur Zukunft der Arbeitsmarktpolitik mit Hubertus Heil, MdB, fortgesetzt. Über 100 Mandatsträgerinnen und Mandatsführer, Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie Gäste konnten bei dieser Gelegenheit in Friedewald begrüßt werden.

HESSENGIPFEL 2020

Der Hessengipfel 2020 widmete sich der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2021. So diskutierten die Teilnehmenden am ersten Abend mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Bundestag, Rolf Mützenich, über den Beitrag, den die Bundespartei zur Unterstützung der SPD in Hessen und in den hessischen Kommunen leisten kann. Schwerpunkt des zweiten Tages war die Vorstellung eines Arbeitspapiers als Grundlage zur Erstellung der kommunalpolitischen Leitlinien und Diskussion der Kommunalpolitischen Leitlinien, sowie die unterschiedlichen kommunalpolitischen Herausforderungen in der Stadt und auf dem Land.



Die Landesvorsitzende Nancy Faeser gemeinsam mit Generalsekretär Christoph Degen und dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag Rolf Mützenich. Foto: Peter Jüllich

MITARBEITERKONVENT 2019 IN STADTALLENDORF

Der Landesverband Hessen organisiert jährlich einen Konvent für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hessischen SPD-Gliederungen, -Geschäftsstellen, -Abgeordnetenbüros und -Fraktionen aus Bund, Land und Unterbezirken. Ziel ist es, allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Tagesveranstaltung die Möglichkeit zu geben, sich untereinander zu vernetzen. Zusätzlich gibt es jedes Jahr ein breites Angebot von Workshops zur Weiterbildung.

Beim Mitarbeiterkonvent 2019 gab es fünf verschiedene Arbeitsgruppen, die sich mit theoretischen und praktischen Themen auseinandersetzen. Während sich ein Seminar mit Grundrente und Bürgergeld auseinandersetzt, schult das andere im Umgang mit der Handykamera oder beschäftigt sich mit sogenannter „Counter Speech“. Der Mitarbeiterkonvent 2020 fiel aufgrund der Covid19-Pandemie aus.

HESSENEMPFANG IN BERLIN

Der SPD-Landesverband und die SPD-Landesgruppe im Bundestag veranstalten jährlich den traditionellen Hessenempfang. So sollen der Austausch und die Verankerung der SPD Hessen auf Bundesebene gestärkt werden. Am 19. Oktober 2019 fand der 10. Hessenempfang unter dem Motto „Appelwoi trifft Ahle Wurscht“ in Berlin statt. Mit dabei waren unter anderem der Vorsitzende der hessischen SPD-Landesgruppe, Jens Zimmermann, sowie die SPD-Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag, Nancy Faeser.



Hessische Spezialitäten: Aus den traditionellen Bembeln wird der Apfelwein ausgeschenkt. Foto: SPD Hessen

Bei der Veranstaltung kamen in der hessischen Landesvertretung jeweils mehrere hundert geladene Gäste aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen, die sich beim Genuss hessischer Spezialitäten vernetzen konnten. Im Jahr 2020 fand aufgrund der Pandemie kein Hessenempfang statt.

POLITIK AM MITTAG

Um den vertraulichen Austausch zwischen der Spitze der hessischen SPD mit parteiexternen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Expertinnen und Experten zu ermöglichen, organisiert der Landesverband regelmäßige Arbeitsessen zu Themenbereichen, die für die zukünftige Ausrichtung der SPD Hessen von Bedeutung sind. So fand am 23. Oktober 2019 eine Gesprächsrunde zum Thema „Hessen gerecht: Wohnen“ statt, in der es um bezahlbaren Wohnraum, demographischen Wandel und klimagerechtes Wohnen ging.

Im Jahr 2020 fand „Politik am Mittag“ digital als Finanzpolitischer Dialog statt. Am 28. August 2020 sprach Nancy Faeser mit dem Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Dr. Jörg Kukies über die finanziellen Herausforderungen, die mit der Pandemie einhergingen. Welche Unterstützung gab es für die verschiedenen Branchen und welche weiteren Schritte wurden vorbereitet, um Unternehmen und Gewerbetreibende zu unterstützen. Diskutiert wurde in digitaler Form mit vielen interessierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

ORTSVEREINS UND FRAKTIONSVERSITZENDEN KONFERENZEN 2019 UND 2020

Der Landesverband organisiert die jährliche Konferenz für Ortsvereins- und Fraktionsvorsitzenden der hessischen SPD bereits seit 2015. Ziel ist die Förderung der Vernetzung untereinander, aber auch die Stärkung der Kommunikation zwischen Landesverband und Kommunalpolitikern vor Ort. Neben thematischen Impulsen und Debatten zu Themen, die auf Landes- und Kommunal-ebene relevant sind, sollen den Ehrenamtlichen vor Ort auch Hilfestellungen an die Hand gegeben werden: Wie gelingt ein erfolgreicher Online-Wahlkampf, wie trete ich bei Hausbesuchen auf oder welche Materialien unterstreichen die Forderungen unseres Ortsvereins im Wahlkampf am besten? Die Konferenz 2019 fand am 21. September in Gießen-Allendorf statt und beschäftigte sich vor allem mit den Themen Kommunalfinanzen, Straßenausbaubeiträge sowie wohnortnahe medizinische Versorgung und den ersten Schritten auf dem Weg zur Kommunalwahl 2021.

Im Jahr 2020 musste die Konferenz neu gedacht werden und fand zum ersten Mal in digitaler Form statt. Sie fand einen regen Zuspruch unter den Ortsvereinen und Fraktionsvorsitzenden. Im Fokus standen dabei die Vorbereitung, der Zeitplan und die konkrete Organisation der Kommunalwahl im darauffolgenden Jahr.

KITA- UND SCHULSTARTAKTION

Wie in den Vorjahren bewährt, hat die SPD Hessen auch 2019 und 2020 ihren Gliederungen und Amts- und Mandatsträgerinnen und –trägern ein umfangreiches Paket zum Schulstart angeboten. Neben den verschiedenen Give-aways, wie Brotboxen und Stiftesets, wurden auch Informationsmaterialien zur Schulpolitik verteilt und eine Musterpressemitteilung zur Verfügung gestellt. Das Thema 2020 stellte vor allem die Herausforderungen für die Schulen in den Mittelpunkt, die mit der Pandemie einhergingen, wie Distanzunterricht und digitales Lernen.

FRAUEN-MENTORING-PROGRAMM 2020

Aufgrund der erfolgreichen Arbeit der vergangenen Jahre startete die hessische SPD 2020 ein neues Frauen-Mentoring-Programm zur Stärkung der Vernetzung und Förderung von Frauen. Der Fokus lag besonders auf der Unterstützung aktiver und interessierter Frauen im Vorfeld des Kommunalwahlkampfes. Insgesamt nahmen elf interessierte und motivierte Frauen am Mentoring-Programm des Landesverbandes teil, die von erfahrenen Politikerinnen der kommunalen oder der Landesebene gefördert und beraten wurden. Im Jahr 2020 fand ein erstes gemeinsames Treffen zum Austausch und Brunch im Sommer statt sowie ein gemeinsames Seminarwochenende im Oktober. Die eingeschränkte Möglichkeit der Präsenztermine wurde ergänzt durch verschiedene digitale Angebote, sei es zum lockeren Austausch oder in Seminarform. Das Mentorinnen-Programm wurde 2021 fortgesetzt.

MAGAZIN ZUKUNFT HESSEN

Im Jahr 2020 erschien eine neue Ausgabe des Magazins „Zukunft Hessen“, das der Landesverband Hessen zusammen mit der SPD-Landtagsfraktion seit 2014 herausgab. Es richtet sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger und an Entscheiderinnen und Entscheider in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. In den Ausgaben werden Zukunftsthemen mit großer Bedeutung für Hessen betrachtet. Schwerpunkt der Ausgabe in 2020 waren die Herausforderungen der Pandemie und der Weg durch die Krise. Alle bisher erschienenen Ausgaben sowie das jeweils aktuelle Magazin sind auf der Website der SPD Hessen online abrufbar.

ERGEBNIS PROGRAMM- UND STRUKTURKOMMISSION

In Zusammenarbeit des Landesverbandes mit den SPD Bezirken Hessen-Nord und Süd, den Unterbezirken und Ortsvereinen wurde über die künftige Struktur der hessischen SPD beraten. Am 1. Juni 2019 tagte der Landesparteirat, um über die Ergebnisse der Partei- und Strukturkommission zu beraten. Nach einer regen Diskussion stimmten die rund 80 anwesenden Mitglieder des Landesparteirats bei einer Enthaltung und keiner Gegenstimme den Vorschlägen der Kommission zu. Die wichtigsten Änderungen des Ergebnispapiers betreffen die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrags für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hessen, die stärkere Fokussierung der Bildungsarbeit sowie Personalentwicklung der hessischen SPD, eine stärkere Weisungsbefugnis des Generalsekretärs bzw. der Generalsekretärin sowie eine Prüfung der Umorganisation der Mitgliederverwaltung. Die Kernstruktur in der Fläche, die Unterbezirke und ihre Geschäftsstellen, sollen erhalten bleiben.

DIREKTWAHLPROGRAMM

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Landrätinnen und Landräte sind ein wichtiger Anker der SPD in der Bevölkerung und vertreten die Partei in der Fläche. Um diesen Stellenwert und der immer geringer werdenden Zahl der ehrenamtlichen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer gerecht zu werden, unterstützt der Landesverband die Gliederungen bereits seit vielen Jahren mit einem Direktwahlprogramm. Im Vorfeld der Wahl wird daran erinnert, hilfreiche Materialien zur Verfügung gestellt und Unterstützung angeboten. Neben einer Infobroschüre zu den Angeboten, schrieb der Landesverband auch 2019/2020 auf Wunsch der Kandidierenden alle Genossinnen und Genossen der entsprechenden Kommune kurz vor der Wahl an, um zu mobilisieren. Eine SMS-Aktion, Wahlaufrufe per Post sowie das Bereitstellen von Sharepics für die sozialen Medien runden das Angebot ab. Auch gemeinsame Termine mit Mitgliedern des Landesvorstands sowie Videobotschaften gehören zum Portfolio. Gemeinsam mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern erstellten der SPD-Landesverband und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Hessen e.V. (SGK) 2019 eine neue Broschüre Direktwahlen, als Erweiterung des Best Practice Sortiments. Hintergedanke ist ein Wissensaustausch sowie gegenseitiges Lernen und unterstützen.

POLITISCHE BILDUNGSGEMEINSCHAFT HESSEN

In den vergangenen Jahren war die politische Bildungsarbeit im sozialdemokratisch geprägten Umfeld in Hessen in einem losen Verbund, als Netzwerk für politische Bildung organisiert. Um die Bildungsträger noch stärker miteinander zu vernetzen, wurde im Frühjahr 2020 der Verein „Politische Bildungsgemeinschaft Hessen“ gegründet. Hierfür haben sich die Toni-Sender-Akademie, der Hessische Tribüne e.V., die Akademie für Kommunalpolitik Hessen, die hessischen Jusos, der SPD Landesverband Hessen, sowie die SPD Bezirke Hessen Nord und Hessen Süd zusammengeschlossen. Als Partnerin und Bildungsträgerin hat sich außerdem die Friedrich-Ebert-Stiftung Hessen dem Verein angeschlossen. Im Rahmen der Gründungsversammlung wurde Nancy Faeser zur Vorsitzenden des Vereins gewählt, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die politische Bildungsarbeit der Bildungsträger und Gliederungen stärker zu fördern.

INSTAGRAM-LIVE FORMAT

Als neues Kommunikationsformat wurde im Frühjahr 2020 das Instagram-Live Format der SPD Hessen ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Formates trifft Generalsekretär Christoph Degen in regelmäßigen Abständen unterschiedliche Personen aus Partei, Verbänden, dem Gesundheitswesen und der Öffentlichkeit. In einem rund 30-minütigen Live-Gespräch via Instagram tauscht sich

der Generalsekretär über unterschiedliche Themengebiete aus. Im Jahr 2020 fanden die ersten Gespräche dieses Formates statt, unter anderem mit Jens Zimmermann über die Soforthilfen des Bundes im Rahmen der Corona Pandemie und mit Lars Klingbeil zur Zukunftsausrichtung der SPD. Daneben war Eva Berendsen von der Bildungsstätte Anne Frank zu Gast, ebenso wie Helge Fuhst, Chefredakteur von ARD-aktuell und Michael Roth.

VORBEREITUNG KOMMUNALWAHLKAMPF KOMMUNALWAHL 2021

Die Schwerpunktthemen der hessischen Kommunalwahl waren: Mobilität, Wohnen, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land, Betreuung, wohnortnahe medizinische Versorgung und Kampf gegen Rechts. Der intensive Programmprozess fand im Laufe des Jahres 2020 statt. Den Gliederungen wurden diverse Angebote zur Verfügung gestellt:

KAMPAGNEN-PORTAL

Um die Organisation des Kommunalwahlkampfes leicht zugänglich zu machen, wurden alle Inhalte und Informationen auf einem zentralen Online-Marktplatz, dem Kampa-Portal, bereitgestellt. So konnten die Genossinnen und Genossen auf einer Seite alle Materialien und Tools finden, die sie für den Wahlkampf brauchten. Über das Gestaltungsportal konnten die Materialien für den Wahlkampf erstellt und bestellt werden. Für die Erklärung der Funktionen wurden Online-Schulungen zum Portal angeboten und in der Landesgeschäftsstelle mit Unterstützung der Bezirke Hessen Nord und Süd eine Telefonhotline als Unterstützungsmöglichkeit bei Fragestellungen auch außerhalb der bekannten Bürozeiten eingerichtet.

DRUCKPORTAL/PLAKATE/GROSSFLÄCHEN

In Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand wurde ein Onlineangebot zum Erstellen, Bestellen oder Selbstdruck von Plakaten entwickelt. Über das Portal konnte u. a. bestellt werden: Kandidierenden-Plakate, Flyer, Veranstaltungsplakate, Großflächen, Briefbögen, Visitenkarten, Pledgcards, Türanhänger, Briefwahlflyer und vieles mehr.

KAMPAGNENNEWSLETTER

Im Jahr 2020 wurden die Ortsvereine in regelmäßigen Newslettern aus der Landesgeschäftsstelle über Zeitpläne, Fristen und Termine mit Blick auf die Kommunalwahl informiert. Darin enthalten waren alle notwendigen Informationen beispielsweise zu den Themenplakaten, Kampa-Portal Zugängen oder Lieferzeiten.

KOMMUNALPOLITISCHE LEITLINIEN

Die Kommunalpolitischen Leitlinien wurden mit Blick auf die Kommunalwahl bereits frühzeitig erarbeitet und 2020 veröffentlicht. In den Leitlinien wurden die wichtigsten Themen für die Kommunalwahl 2021 präsentiert und verständlich erklärt. Die kommunalpolitischen Leitlinien waren ein Angebot des Landesvorstands an alle Gliederungen. Die Gliederungen konnten diese anschließend bei ihrer Programmentwicklung als Grundlage verwenden, wenn sie inhaltliche Unterstützung brauchten. Die Leitlinien umfassten 24 wichtige Kapitel von Gesundheit über den ländlichen Raum bis hin zu Digitalisierung.

WAHLKAMPFMATERIALIEN

Dem Wahlkampfmaterial lag eine grafisch einheitliche Werbelinie zur hessischen Kommunalwahl zugrunde. Diese fand sich sowohl auf den Themenplakaten zu den Schwerpunktthemen der Kommunalwahl wider, wie auch auf den Großflächen. Neben den klassischen Materialien, wie Plakaten und Flyern, wurden vor dem Hintergrund der Pandemie auch Briefwahlflyer angeboten. Außerdem wurden zur Unterstützung der Kampagne über Social Media kurze Videoclips zu den Schwerpunktthemen sowie zur Briefwahl und zum Wahlsystem zur Verfügung gestellt.



Links ein Themenplakat Wohnen sowie rechts im Bild der Briefwahlflyer im Design der Werbelinie zur Kommunalwahl. Abbildung: SPD Hessen

WAHLKAMPFHANDBUCH

Für den Überblick im Wahlkampf wurde vom Landesverband ein Wahlkampfhandbuch zusammengestellt und zum Download bereitgestellt. Es beinhaltet die wichtigsten Fragen rund um den Kommunalwahlkampf und diente als Handreichung, um die Arbeit vor Ort zu erleichtern. Das Handbuch stand den Genossinnen und Genossen zur Verfügung. Darin waren alle Informationen vom Design der Kampagne bis hin zum Fristenplan in einem Produkt gesammelt einsehbar. Updates zum Handbuch wurden regelmäßig über das Kampa-Portal und den Newsletter veröffentlicht.

BEST-PRACTICE WAHLKAMPF CORONA

Auch über die veränderten Bedingungen eines Wahlkampfs inmitten der Pandemie wurde regelmäßig informiert. Auf Basis der Veranstaltungen aus den Gliederungen wurde vom Landesverband eine Broschüre zum Thema Best-Practice Wahlkampf in Corona-Zeiten erstellt und veröffentlicht. Darin enthalten waren viele verschiedene Wahlkampffideen und Beispiele, wie ein erfolgreicher Wahlkampf unter Pandemiebedingungen und Einhaltung der Hygieneregeln aussehen kann. Dank vieler Best-Practice Beispiele von vor Ort ist eine umfangreiche Handreichung entstanden, die den Gliederungen zur Verfügung gestellt werden konnte.

BEIRÄTE, FOREN UND LANDESARBEITSKREISE DER HESSISCHEN SPD

KIRCHEN- UND RELIGIONSPOLITISCHER BEIRAT

Der kirchenpolitische Beirat der Landes-SPD ist ein Zusammenschluss von Christinnen und Christen in der SPD, die auf der Grundlage ihres christlichen Glaubens für eine soziale und demokratische Politik eintreten. Der Beirat berät die Landes-SPD und führt neben den regelmäßigen Beiratssitzungen ebenso regelmäßig öffentliche Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen durch. Auch 2019 und 2020 fanden mehrere Veranstaltungen und Sitzungen des Beirates statt. Im Sommer 2020 fasste der kirchenpolitische Beirat nach intensiver Beratung den Entschluss, sich in „kirchen- und religionspolitischer Beirat“ umzubenennen. Intention der geringfügigen Namensumbenennung war das Ziel, die inhaltliche Breite und den Wirkungskreis der Arbeit des Beirates besser abzubilden, sowie eine Öffnung über Christinnen und Christen hinaus anzustoßen.

NEUES HAUS DER BILDUNG

Angelehnt an das erste Haus der Bildung gründet der Landesvorstand für 2020 die Programmgruppe „Neues Haus der Bildung“. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Erstellung eines Bildungskonzept-

tes als programmatischer Grundpfeiler der hessischen SPD, das die Inhalte der Bildungspolitik neu definieren und aktuelle sowie neue Herausforderungen berücksichtigen soll. In die Arbeitsgruppe aufgenommen wurden u. a. Vertreterinnen und Vertreter der Jusos, des Arbeitskreises Bildung der SPD-Landtagsfraktion, der AfB Hessen-Süd und Hessen-Nord, sowie weitere Mitglieder. Angestrebt wurde die Erarbeitung eines Programmpapiers durch die Arbeitsgruppe, das anschließend dem Landesvorstand vorlegt wird.

GEWERKSCHAFTSRAT 2019/2020

Dem Gewerkschaftsrat der SPD Hessen gehören alle gewählten Mitglieder des SPD-Landesvorstands sowie hochrangige Mitglieder aus den hessischen Gewerkschaften an. Er berät den Landesvorstand in allen Fragen von Wirtschaft und Arbeit in Hessen. Im Jahr 2019 traf sich der Gewerkschaftsrat zur Nachbereitung der vorangegangenen Landtagswahl und Neuausrichtung für die Zukunft. Im Jahr 2020 waren die Themen unter anderem die aktuelle Arbeitsmarktsituation in der Pandemie, die Zukunft der Industrie sowie die Rolle des öffentlichen Dienstes. Darüber hinaus wurde eine Dialogtour zur Zukunft der Arbeit mit Nancy Faeser beschlossen, die anschließend startete.

KLARE KANTE GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Die Jahre 2019 und 2020 waren in Hessen leider auch durch das Erstarken des Rechtsextremismus geprägt. Wie bereits 2018 wurden auch 2019 Drohschreiben an verschiedene Personen verschickt, die mit „NSU 2.0“ unterzeichnet waren. Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident und CDU-Politiker Walter Lübcke von einem Rechtsterroristen erschossen. Dieser Mord war eine historische Zäsur: Erstmals seit Ende des zweiten Weltkriegs wird in Deutschland ein Politiker aus einem rechtsextremen Motiv heraus ermordet. Am 19. Februar 2020 ereignete sich der rassistische Terroranschlag in Hanau, bei dem zehn Menschen ermordet wurden.

Als SPD Hessen stehen wir klar und deutlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Wir Gedenken den Opfern des rechten Terrors und kämpfen für eine lückenlose Aufklärung der verschiedenen Vorfälle. Das zeigt sich auch im starken Engagement der hessischen SPD-Landtagsabgeordneten in den jeweiligen Untersuchungsausschüssen, ebenso wie in der engen Zusammenarbeit der SPD Hessen mit den Hinterbliebenen der Opfer rechter Gewalt und dem Einsatz für die Opferfondförderung.

Nach dem rassistischen Terroranschlag von Hanau hatte die SPD Hessen geplant, der Stadt Hanau für ihr herausragendes Engagement für Demokratie und Menschlichkeit nach dem Anschlag den Georg-August-Zinn-Preis zu verleihen. Pandemiebedingt musste die Preisverleihung auf das Jahr 2021 verschoben werden.

EUROPAWAHL 2019

Im Vorfeld der Europawahl 2019 wurde bereits darauf aufmerksam gemacht, dass Europa auch im Alltag aller Hessinnen und Hessen präsent ist. Europa ist nicht ganz weit weg, sondern wird jeden Tag von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern gelebt.

Die damalige nordhessische Europaabgeordnete Martina Werner, der Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt, Michael Roth, sowie der Vorsitzende der S&D-Fraktion im Europaparlament, Dr. Udo Bullmann stimmten im Rahmen des Hessengipfels 2019 auf die Europawahl ein.

Es brauche die richtigen Antworten für Europa in einer Zeit, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergehe. Dafür müssten alle Zusammenarbeiten, so Michael Roth. Der Vorsitzende der S&D-Fraktion im Europaparlament, Dr. Udo Bullmann, stellte vor allem die Geschlossenheit in den Mittelpunkt. Nur gemeinsam kann Europa vorangebracht werden. Die Europawahl 2019 stand unter besonderen Vorzeichen: Zukünftig wird die EU nur noch aus 27 Mitgliedstaaten bestehen, nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU. Unter dem Titel „Europa vor der Zeitenwende – ein starkes Europa braucht eine starke SPD“ beschrieben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in einer Resolution zur Europawahl ihre Perspektive für die Erneuerung des europäischen Gedankens und eine Weiterentwicklung der Europäischen Union. Die Europawahl fand am 26. Mai 2019 statt.

Der Wahlausgang stellte für die hessische SPD eine Zäsur dar, da neben dem insgesamt schlechten Abschneiden der SPD die nordhessische Europaabgeordnete Martina Werner nach fünf Jahren ihr Mandat verlor und der SPD Bezirk Hessen-Nord dadurch keine europapolitische Vertretung mehr hat.

LANDESPARTEITAGE 2019 UND 2020

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG MIT VORSTANDSWAHLEN – 2.11.2019 BAUNATAL

Unter dem Motto „Mutig. Sozial. Ökologisch. Gerecht.“ fand am 2. November der ordentliche Landesparteitag der SPD Hessen im nordhessischen Baunatal statt, bei dem die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten eine neue Führung wählten. Seit 2009 führte Thorsten Schäfer-Gümbel die Partei, bis er 2019 seinen Rückzug aus der Politik bekannt gab. Der er in den vorangegangenen Wahlen nicht das gewünschte Ergebnis erzielen konnte, bewog Thorsten Schäfer-Gümbel zu seinem Rückzug aus der Politik. Zum 1. Oktober 2019 wechselte er als Vorstandsmitglied und Arbeitsdirektor zur Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Wenn alles seine Zeit hat, dann gibt es auch eine Zeit zum Gehen. Thorsten Schäfer-Gümbel hinterlässt viel. Das Wichtigste davon ist eine hessische SPD, die deutlich näher zusammengedrückt ist, als das zu seinem Antritt 2009 der Fall war.

Mit der Verabschiedung des langjährigen Parteivorsitzenden gingen umfangreiche Veränderungen für die Partei einher. Im Rahmen des Parteitages wurde die bisherige Generalsekretärin Nancy Faeser mit 88,8 Prozent zur neuen Landesvorsitzenden bestimmt. Zum Generalsekretär wurde der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Kirsten Fründt, Timon Gremmels und Kaweh Mansoori bestimmt. Katrin Hechler fungiert als neue Schatzmeisterin. Beschlossen wurden u. a. Anträge zur fairen Entlohnung, Stärkung der Demokratie, Klimaschutz und Bildung.



Thorsten Schäfer-Gümbel bei seiner Abschiedsrede auf dem Landesparteitag 2019. Foto: Peter Jülich



Thorsten Schäfer-Gümbel und seine Nachfolgerin Nancy Faeser auf dem Landesparteitag 2019. Foto: Peter Jülich



Die neue Vorsitzende Nancy Faeser und der neue Generalsekretär Christoph Degen auf dem Landesparteitag 2019.
Foto: Peter Jülich



Der frisch gewählte Landesvorstand der SPD Hessen auf dem Landesparteitag 2019.
Foto: Peter Jülich

ZUSAMMENSETZUNG DES LANDESVORSTANDES NACH DEM LANDESPARTEITAG 2019 IN BAUNATAL

Landesvorsitzende: Nancy Faeser

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Kirsten Fründt
Timon Gremmels
Kaweh Mansoori

Schatzmeisterin: Katrin Hechler

Generalsekretär: Christoph Degen

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Susanne Selbert
Torsten Warnecke
Esther Kalveram
Bettina Müller
Winfried Becker
Tobias Eckert
Patrick Krug

Dr. Thomas Spies
Sanaa Boukayeo
Dr. Udo Bullmann
Lisa Gnadl
Stefanie Minkley
Gernot Grumbach
Dr. Patricia Eck

Revisorinnen und Revisoren:

Gabriele Winter
Hildegard Klär
Heinrich Haupt

ABSAGE ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 11. NOVEMBER 2020 IN DREIEICH

Im Jahr 2020 fand aufgrund der pandemischen Lage kein Landesparteitag statt. Die inhaltliche Arbeit insbesondere durch Landesvorstand und die Antragsprüfungskommission fand aber in digitaler Form weiter statt. Der Landesvorstand hat in einer digitalen Sitzung im November 2020 über die Voten der Antragsprüfungskommission beraten und Leitanträge unter anderem zu den Themen Rassismus, Mobilität, Wohnen und Gesundheit beschlossen.



BEZIRK HESSEN-NORD

DER SPD-BEZIRK HESSEN-NORD IN DEN JAHREN 2019 UND 2020



Mit der Nominierung von Michael Roth und Christina Kampmann reichte der Bezirk Hessen-Nord als erste Parteigliederung einen Vorschlag für die neue Doppelspitze der SPD ein. Foto: Büro Michael Roth

Aus den zahlreichen Themen ragte im Berichtszeitraum die Europawahl im Mai 2019 heraus. Nach dem schlechten Abscheiden der SPD und den damit zusammenhängenden Vorgängen in Berlin, die mit dem Rücktritt der Parteivorsitzenden Andrea Nahles endete wurde die Findung einer neuen Parteiführung zu der der SPD-Bezirk mit Spannung begleitet. Mit der Nominierung des nordhessischen Bundestagsabgeordneten und Staatsministers im Auswärtigen Amt, Michael Roth, und der nordrheinwestfälische Landtagsabgeordneten Christina Kampmann hatte die nordhessische SPD als erste Parteigliederung einen eigenen Vorschlag für eine neue Doppelspitze der Partei eingebracht.

Daneben nahm aufgrund des Abschneidens der SPD bei den hessischen Landtagswahlen und der sich daraus ergebenden finanziellen und strukturellen Folgen für die Landespartei eine intensive Strukturdebatte innerhalb der hessischen SPD und ihrer beiden Bezirke breiten Raum ein.

Ab Ende 2019 spielte der Umgang mit der Corona-Krise eine wichtige Rolle in der politischen Debatte. Zugleich wirkte sich die allgemeine mit Corona zusammenhängende Situation massiv auf die Möglichkeiten der politischen Arbeit, der Gremienarbeit und auch die Planungen und Vorbereitungen des Kommunalwahlkampfes 2021 aus.

Breiten Raum nahm auch die Umwelt- und die Energiepolitik, insbesondere unter regionalpolitischen Aspekten ein. Programmarbeit, das Projekt „Arbeit und Wirtschaft, Rechtsextremismus, Politik für den ländlichen Raum und die Finanzsituation der Kommunen sowie die Bildungspolitik waren weitere Schwerpunkte, wobei das Gewicht in der Bildungspolitik auf der Arbeit am „Neuen Haus der Bildung“ sowie Schule und Bildung unter COVID 19 lag.

Die starke kommunale Verankerung der nordhessischen SPD und die dezentrale hauptamtliche Struktur haben es uns ermöglicht, trotz der Corona-Krise Politik gut zu organisieren und wichtige Projekte weiter voranzutreiben.

EUROPAWAHL 2019

Maßgeblich prägten die Vorbereitung der Europawahl und die zahlreichen Wahlkampfaktivitäten die Arbeit im Frühjahr 2019. Zielgerichtet wurden im Rahmen der innerparteilichen Bildungsarbeit Genossinnen und Genossen für den Wahlkampf geschult. Das Wahlprogramm und die inhaltlichen Schwerpunkte wurden bei einer Vielzahl von Veranstaltungen und Wahlkampfaktivitäten (Social Media, Infostände, Hausbesuche etc.) massiv in die Öffentlichkeit getragen.

Das Ergebnis der Europawahl war bitter für die deutsche Sozialdemokratie und auch für die nordhessische SPD. In unseren Ortsvereinen haben viele aktive Mitglieder bravourös an der Seite unserer Europakandidatin Martina Werner gekämpft. Dennoch ist es nicht gelungen, uns stärker vom negativen Bundestrend abzusetzen.

Obwohl das Ergebnis im SPD-Bezirk Hessen-Nord 6,3 Prozent über dem Bundesdurchschnitt lag und das drittbeste Ergebnis bundesweit war, waren auch die Einbußen der SPD in der Region von bis zu 13 Prozent dramatisch.

Der Verlust des nordhessischen Europamandats ist besonders schmerzlich. Obwohl der Bezirk Hessen-Nord nach einem engagierten Wahlkampf das drittbeste Ergebnis bundesweit erzielt hat, sind wir nicht mehr im Europaparlament vertreten. Unsere bisherige Europaabgeordnete Martina Werner hat in den vergangenen fünf Jahren im Parlament eine herausragende Arbeit für Industrie- und Energiepolitik geleistet und über Parteigrenzen hinweg Anerkennung gewonnen. Sie hat sich für ihre Heimatregion in hunderten Terminen unermüdlich eingesetzt. Martina Werner war in Brüssel die Stimme Nordhessens und hat auf europäischer Ebene dazu beigetragen, Wirtschaft und Arbeitsplätze bei uns zu sichern. Diese Institution der kurzen Wege, wo man seine Anliegen direkt vor Ort vorbringen konnte und eine kompetente Abgeordnete direkt bei der Problemlösung helfen konnte, gibt es nun nicht mehr.



*Voller Elan zogen die Nordhessischen Sozialdemoraten und Sozialdemokratinnen in den Europawahlkampf.
Foto: Tim Herbst*

ERGEBNISSE EUROPAWAHL 2019

Landkreis/UB		Bet.	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	Linke	AfD	Sonst.
Kassel-Stadt	2014	40,0	29,7	21,7	19,2	3,1	11,0	8,1	7,1
	2019	55,3	19,3	17,4	30,8	4,6	8,0	7,5	8,7
Kassel-Land	2014	41,3	41,2	25,2	10,6	2,6	5,1	9,4	5,9
	2019	56,5	28,6	22,9	20,3	5,1	4,0	9,5	6,9
Werra-Meißner	2014	42,3	39,9	27,9	9,7	2,8	5,4	8,7	5,4
	2019	55,6	26,3	25,3	17,6	5,1	4,2	10,6	8,3
Schwalm-Eder	2014	43,2	40,7	25,9	10,3	3,2	4,3	8,9	6,5
	2019	56	26,4	23,4	18,8	5,8	3,2	11,1	8,8
Waldeck-Frankenberg	2014	37,2	34,0	33,0	10,0	4,3	4,5	7,9	6,3
	2019	52,3	22,0	29,1	19,3	6,7	3,2	10,2	7,0
Marburg-Biedenkopf	2014	39,3	32,9	28,0	14,3	2,6	7,4	7,5	7,3
	2019	56,9	20,0	24,3	23,6	5,1	5,9	9,3	8,2
Fulda	2014	39,1	19,6	47,7	9,4	3,3	4,0	9,0	6,9
	2019	57,1	11,3	38,3	17,6	6,5	3,0	12,8	7,9
Hersfeld-Rotenburg	2014	38,9	40,0	28,4	7,6	2,7	4,3	9,9	7,0
	2019	55,1	27,1	26,1	15,1	5,3	3,5	13,3	7,4
Bezirk Hessen-Nord	2014	40,1	34,3	29,9	11,7	3,0	5,8	8,6	6,7
	2019	55,8	22,1	26,0	20,8	5,5	4,5	8,9	7,9
Land Hessen	2014	42,2	30,3	30,6	12,9	4,1	5,6	9,1	6,9
	2019	58,5	18,4	25,8	23,4	6,4	4,4	9,9	8,2
Bund	2014	48,1	27,3	35,4	10,7	3,4	7,4	7,1	8,7
	2019	61,4	15,8	28,9	20,5	5,4	5,5	11,0	13,0

WEITERE POLITISCHE SCHWERPUNKTE

BUND

Obwohl die SPD in der großen Koalition vor der Bundestagswahl zahlreiche Projekte aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt hat, ist der Spagat zwischen Regierungshandeln und politischer Wahrnehmung nicht gelungen. Selbstkritisch musste festgestellt werden, dass die gutverdienende Mittelschicht mit Rekordsteuern und Abgaben belastet wird, die Abstiegsängste der mittleren und unteren Mittelschicht durch niedrige Lohnabschlüsse, steigende Mieten, höhere kommunale Abgaben und Gebühren sowie höhere Energiekosten nicht ausreichend abgebaut werden konnten. Verschärft wurde diese Situation noch durch die Corona-Pandemie.

Obgleich es gerade die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung allen voran Olaf Scholz und Hubertus Heil waren, die durch wirksames und schnelles Handeln mit Finanzhilfen, der Mehrwertsteuersenkung, der Ausweitung des Kurzarbeitergeldes, der Schaffung von Möglichkeiten für Home-Office, Corona-Prämie, finanzielle Unterstützung bei der Digitalisierung der Schulen und vieles mehr hat das schlechte Handling insbesondere der Corona-Krise insbesondere durch CDU-Gesundheitsminister Spahn die positive Arbeit der SPD-Minister überschattet.

In der bundespolitischen Diskussion hat die nordhessische SPD ferner die seit Jahren konsequent verfolgten Themen kontinuierlich fortgeführt. Die Forderung nach Verbesserungen im Gesundheitssystem, nach einer auskömmlichen Rente am Ende eines langen Erwerbslebens wurden weiter konkretisiert und ausgestaltet. Gleiches gilt für den Grundsatz, dass auch Vermögende und Spitzenverdiener einen angemessenen Beitrag für unser Gemeinwesen zu leisten haben.

Anlässlich des Jubiläums „70 Jahre Grundgesetz“ erinnerte die nordhessische SPD mit mehreren Aktivitäten an die legendäre „Mutter des Grundgesetzes“ Elisabeth Selbert aus Kassel. Als eine von nur vier Frauen hat sie an der Erarbeitung des Grundgesetzes mitgewirkt. Ihr Verdienst ist es, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau in Artikel 3 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland festgeschrieben wurde.

Die sozialdemokratische Regierungsarbeit im Bund wurde kritisch begleitet und in der Außendarstellung unterstützt. Dass auch eine gute Präsenz und Verankerung in der Bevölkerung das schwindende Ansehen der sozialdemokratischen Politik im Bund nicht mehr ausgleichen kann, haben die Wahlergebnisse der vergangenen Jahre schmerzlich verdeutlicht.



*Kranzniederlegung am Ehrengrab Elisabeth Selberts auf dem Friedhof in Kassel-Niederzwehren.
Foto: Cornelia Bethke*

LAND

Landespolitisch nahm nach dem enttäuschenden Abschneiden bei der Landtagswahl 2018 die seitens des Landesverbandes angestoßene Strukturdebatte auch in der nordhessischen SPD zunächst breiten Raum ein. Am Ende eines intensiven Diskussionsprozesses, der in einen Bezirksparteitagsbeschluss mündete, ist es jedoch gelungen, dass ein Kompromiss mit dem Landesverband erzielt werden konnte, der die Eigenständigkeit des Bezirks mit inklusive der Finanz- und Personalhoheit sichert und gleichzeitig dem Landesverband ermöglicht seine Schuldenlast abzubauen.

Daneben war das Thema Kommunalfinanzen kontinuierlicher Arbeitsschwerpunkt der nordhessischen SPD. Kommunen und Kreise benötigen eigene finanzielle Spielräume, um ihr politisches Handeln vor Ort umsetzen zu können. Deshalb wendet sich die nordhessische SPD seit Jahren mit aller Kraft gegen Landesprogramme, die in der Vergangenheit durch den Griff in den kommunalen Finanzausgleich auf den Weg gebracht wurden. Ein wesentliches Ziel ist es noch immer, eine Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, die den Kreisen, Städten und Gemeinden die nötige Handlungsfähigkeit garantiert, um Innovationen vor Ort aufgreifen und vorantreiben zu können.

REGION

In Fortführung der seit vielen Jahren angestoßenen Regionalpolitik lag ein besonderer Schwerpunkt auf der „Politik für den ländlichen Raum“.

Aus der Region heraus haben die nordhessischen Sozialdemokraten einen dynamischen Lebens- und Wirtschaftsraum gestaltet und in vielen Politikfeldern zukunftsfähige Fundamente geschaffen, die angesichts der demografischen Entwicklung weiter ausgebaut werden müssen. Die SPD ist in Nordhessen Garant für gute Arbeit, Mobilität, wohnortnahe Bildung und die Erhaltung der Daseinsfürsorge. Bestehende Konzepte wurden weiterentwickelt, damit Nordhessen auch in Zu-

kunft eine Chance hat und seinen Bewohnern als lebenswerter Lebensraum erhalten bleibt. Sie umfassen den Ausbau eines wissensbasierten Arbeitsmarktes, die konsequente Verfolgung einer nachhaltigen Energiepolitik, die interkommunale Zusammenarbeit, eine wohnortnahe qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung, ein weiterer stetiger Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, den Erhalt des Landeswohlfahrtsverbandes als Garanten gleicher Standards in der Behindertenpolitik.

BEZIRK

Im direkten Kontakt zu den Menschen Anliegen aufnehmen, Notwendiges erklären, den Rahmen aufzeigen, in dem Politik stattfinden kann oder muss, Ideen zusammenfügen und die richtigen Anstöße geben, damit sie umgesetzt werden, das zeichnet die Arbeit der SPD im Bezirk Hessen-Nord aus.

Leider hat die Corona-Krise die Möglichkeiten im Jahr 2020 enorm eingeschränkt. Dennoch ist es gelungen, dass der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch zu unseren Mitgliedern durch eine Vielzahl digitaler Veranstaltungs- und Diskussionsformate gut gehalten werden konnte.

Die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni 2019 hat das ohnehin kontinuierlich bearbeitete Thema Rechtsextremismus in Nordhessen noch stärker ins Blickfeld der Bezirksarbeit gerückt. Unter anderem wurden im Austausch mit dem „Mobilen Beratungsteam gegen Rassismus und Rechtsextremismus in Nordhessen“ das Bestehen rechtsextremer Netzwerke, das Versagen des Verfassungsschutzes bezüglich rechtsextremer Aktivitäten und Anschläge in der Region und Aktivitäten gegen rechts erörtert. Bei einschlägigen Aktionen und Demonstrationen gegen rechts mit über 100.000 Teilnehmern zeigte die nordhessische SPD wiederholt deutlich Flagge. Auch beteiligt sich der SPD-Bezirk Hessen-Nord an der bundesweit einmaligen von Wintershall-DEA angestoßenen Unternehmensinitiative „Offen für Vielfalt- Geschlossen gegen Ausgrenzung“, die zeigt, dass die nordhessische Zivilgesellschaft klar sortiert ist.



Gemeinsam mit zahlreichen anderen Organisationen hatte der SPD-Bezirks Hessen-Nord zur Teilnahme an der Gegen-demonstration zum Aufmarsch der Partei „Die Rechte“ in Kassel am 75. Jahrestag des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler aufgerufen. Foto: Büpro Gremmels

THEMENSCHWERPUNKTE DER VORSTANDSARBEIT WAREN:

- Bundespolitik: Energie, Rente, Gesundheitspolitik, Arbeit (u. a. Befristungen), Familie, Auswirkungen der Corona-Krise auf die Arbeitswelt
- Landespolitik: Bildungspolitik, LWV, kommunale Finanzen, Mobilität, Wohnraum und Infrastruktur, Strukturdebatte der hessischen SPD
- Regionalpolitik: regionale Zusammenarbeit, rechte Netzwerke in Nordhessen
- Europawahl
- Vorbereitung der Kommunalwahl 2021
- Direktwahlen
- Zusammenarbeit mit Gewerkschaften
- Gespräche mit Betriebsräten
- Finanzen des Bezirkes
- Bildungsarbeit
- Ehrenamt

ARBEITNEHMERPOLITIK MIT VERTRAUENSVOLLER ZUSAMMENARBEIT IM GEWERKSCHAFTSRAT

Das traditionell gute Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften in Nordhessen hat sich seit der Gründung des Gewerkschaftsrates und dank einer aktiven AfA stetig weiter verbessert. Insbesondere zu den Themen Zeit- und Leiharbeit, sachgrundlose Befristung und Rente gab es vielfältige Kooperation und gegenseitige Unterstützung. Die frühzeitige gegenseitige Information und Beratung über anstehende - besonders die Arbeitnehmerschaft betreffende - Probleme hat sich bewährt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit gefestigt.

Nicht nur bei der zentralen Maikundgebung des nordhessischen Gewerkschaftsbundes in Kassel sondern auch bei zahlreichen Aufrufen der Gewerkschaften zu Demonstrationen waren die nordhessischen Sozialdemokraten und natürlich auch die AfA stark vertreten.



Am 1. Mai 2019: Infostand von SPD und AfA im Rahmen des DGB-Familienfestes nach dem Demonstrationzug durch Kassel. Foto: AfA Hessen-Nord

EHRENAMTSPREIS VERANKERT MITTEN IN DER GESELLSCHAFT

Der seit einigen Jahren ausgelobte Ehrenamtspreis ist zu einem festen Bestandteil der Arbeit geworden. Mit dem Preis will der Bezirk besonders herausragendes freiwilliges Engagement würdigen. Hinter dieser Aktivität steht der Grundgedanke, dass soziales Handeln und solidarische Mitverantwortung im alltäglich gelebten Engagement nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, sondern sie entsprechen auch den Idealen der SPD von Gerechtigkeit und Solidarität. Ohne Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, würde unsere Gesellschaft nicht funktionieren.

Eine Jury wählt unter einer Vielzahl von Vorschlägen die Preisträger aus. Die Preisverleihung findet sowohl bei ehrenamtlichen Institutionen, Vereinen und Verbänden wie auch in Presse und Öffentlichkeit eine außerordentlich positive Resonanz. Aufgrund der Corona-Beschränkungen musste die Verleihung des Ehrenamtspreises 2020 auf das September 2021 verschoben werden. Im Rahmen der nachgeholtten Ehrung wurde der Preis zum Andenken an unseren in 2018 verstorbenen Bezirksvorsitzenden und Initiator des Ehrenamtspreises in „Manfred-Schaub-Ehrenamtspreis“ umbenannt.

INNERPARTEILICHE BILDUNGSARBEIT

Das seit 2004 aufgelegte und stetig ausgebauten Bildungsprogramm hat sich in den Gliederungen als fester Bestandteil der politischen Arbeit etabliert. Positive Rückmeldungen bestätigen, dass das Bildungsangebot des Bezirks die Arbeit der Ehrenamtlichen vor Ort sehr gut unterstützt.

Der Themenkatalog umfasst die Schwerpunkte Wahlkampfmanagement, Neumitglieder, Finanzen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rhetorik, Kommunalverfassung, Veranstaltungsmanagement, Fit in der Satzung, Geschichte der SPD und Kommunalpolitik.

Auch hier mussten im Jahr 2020 die Seminare und Veranstaltungen weitgehend auf digitale Angebote umgestellt werden. Diese wurden aber sehr gut angenommen und die Zahl der Teilnehmer hat sich noch erhöht.

TERMINE

23.01.2019	Seminar „GroKo – was hat die SPD erreicht? In Kassel
30.01.2019	Seminar „Ehrenamt und Datenschutz“ in Kassel
02.02.2019	Seminar „Bürgermeisterwahlkampf- Auf dem Weg ins Rathaus“ in Kassel
23.02.2019	Seminar „Projektmanagement im Wahlkampf“ in Kassel
27.02.2019	Seminar „Brüder zur Sonne zur Freiheit – die Zukunft der SPD“ in Kassel
13.03.2019	Seminar „Klimawandel und Insektensterben“ in Kassel
28.03.2019	AGS-Bezirkskonferenz in Kassel
16.03.2019	Seminar „Reden und Texte schreiben“ in Kassel
27.03.2019	Seminar „Reformiertes Haushaltsrecht“ in Kassel
30.03.2019 –	
31.03.2019	Juso-Bezirkskonferenz in Korbach
06.04.2019	AG 60plus-Bezirkskonferenz in Niestetal
10.04.2019	Debattierclub „Friedensprojekt Europa – nur noch eine Illusion“ in Kassel
13.04.2019	Neumitgliederseminar in Kassel
08.05.2019	Seminar „Medienkompetenz“ in Kassel
11.05.2019	Seminar „Moderation für Frauen“ in Kassel
15.05.2019	Lesung zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“ in Kassel
18.05.2019	SPD-Bezirksparteitag in Baunatal
25.05.2019	Seminar „Moderation“ für Frauen
01.06.2019	Seminar „Anträge schreiben“ in Kassel
05.06.2019	Seminar „SPD-Parteiprogramm in Vergleich zu anderen Parteien“ in Kassel
08.05.2019	Seminar „Medienkompetenz“
12.06.2019	Debattierclub „Klimawandel und die Folgen für kommende Generationen“ in Kassel
17.08.2019	AfA-Bezirkskonferenz in Melsungen
17.08.2019	Seminar „Kreative und lebendige Arbeit im Ortsverein“ in Kassel
23.08.2019	Außerordentlicher Bezirksparteitag in Stadtallendorf
28.08.2019	Seminar „Ländlicher Raum“ in Kassel
31.08.2019	Juso-Verbandstag in Kassel
07.09.2019	Seminar „Mitgliederaktivierung“ in Kassel
16.09.2019	Regionalkonferenz „Vorstellung der Kandidat/innen für den Parteivorsitz“ in Baunatal
25.09.2019	Seminar „„Digitales Entwicklungsland Deutschland“ in Kassel
28.09.2019	Seminar „Anträge richtig schreiben“ in Kassel
23.10.2019	Debattierclub „Nachhaltige Mobilitätsplanung in den Kommunen“ in Kassel
26.10.2019	Seminar „Rhetorik für Frauen“ in Kassel
26.10.2019 –	
27.10.2019	Juso-Blockseminar in Meißner
02.11.2019	Seminar „Baurecht“ in Kassel
15.11.2019	Kassierer/innen-Seminar in Kassel
29.11.2019	Verleihung des Ehrenamtspreises der SPD Hessen-Nord in Baunatal
12.12.2019	AfB-Bezirkskonferenz in Kassel
11.01.2020	AGS-Bezirkskonferenz in Kassel
17.01.2020	Konferenz der Bildungs- und Mitgliederbeauftragten in Kassel
25.01.2020	Seminar „Bürgermeisterwahlkampf in Kassel
01.02.2020	Seminar „Rhetorik für Frauen“ in Kassel
12.02.2020	Seminar „Argumentationstraining gegen Rechts im Netz“ in Kassel
15.02.2020	Workshop „Kreativer und lebendiger Ortsverein“ in Kassel
04.04.2020	Seminar „Listenaufstellung zur Kommunalwahl 2021“ digital
21.04.2021	Seminar „Listenaufstellung zur Kommunalwahl 2021“ digital

28.04.2020	Neumitgliederseminar digital
28.05.2020	Seminar „Öffentlichkeitsarbeit von Ortsvereinen“ digital
29.05.2020	Seminar „Strategische Listenaufstellung“ digital
04.08.2020	AG SPDqueer-Bezirkskonferenz in Kassel
09.09.2020	Seminar „Programmatik der SPD“ in Kassel
26.09.2020	Neumitgliederempfang in Kassel
04.11.2020	Kassierer/innen-Seminar online

MITGLIEDERENTWICKLUNG

2019	16.470
2018	15.812

BEZIRKSVORSTAND

Vorsitzender:	Timon Gremmels
Stellv. Vorsitzende:	Dr. Thomas Spies, Martina Werner
Schatzmeister:	Dr. Edgar Franke
Geschäftsführer:	Wilfried Böttner (bis 8.2.2019) Tim Herbst (seit 1.8.2019)
Beisitzer/innen:	Patricia Agricola, Christian Geselle, Esther Kalveram, Birgit Kömpel, René Petzold, Stefan Reuß, Siegfried Richter, Dr. Philipp Rottwilm, Iris Ruhwedel, Andreas Schaake, Norbert Schüren, Dr. Daniela Sommer, Christian Strube, Monika Vaupel, Anna Zels.

Vorsitzender der AfA:	Oliver Kohlhund
Vorsitzende der ASF:	Monika Vaupel
Vorsitzender AG60 plus:	Siegfried Richter
Vorsitzender der Jusos:	Rene Petzold
Vorsitzender der ASG:	Olga Fischer
Vorsitzender der AGS:	Heinz Schneider
Vorsitzender der ASJ:	Mathias Metzner
Vorsitzender der AfB:	Hartmut Quehl
Vorsitzender der AG Migration und Vielfalt:	Thevagar Mohanadhasan
Vorsitzender der AG der Schwulen und Lesben in der SPD:	Florian Schneider



BEZIRK HESSEN-SÜD

BESCHLÜSSE UND BEZIRKSPARTEITAGE

GENERATIONENWECHSEL IN DER SÜDHESSENISCHEN SPD UND RÜCKBLICK AUF DEN BEZIRKSPARTEITAG 2019

Im Juni 2019 trafen sich die Delegierten des SPD-Bezirks Hessen-Süd zu ihrem ordentlichen Parteitag. Zahlreiche Wahlentscheidungen standen auf der Tagesordnung. Die Delegierten wählten Kaweh Mansoori zum neuen Vorsitzenden des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Er folgte auf Gernot Grumbach, MdL, der nicht mehr angetreten war.

Bei der Führung des Bezirkes wird Kaweh Mansoori seither von der Bundestagsabgeordneten Dagmar Schmidt, der Landtagsabgeordneten Heike Hofmann als Stellvertreterinnen und dem Pfungstädter Bürgermeister Patrick Koch als Schatzmeister unterstützt. Das Führungsquartett ist somit deutlich jünger und weiblicher. Außerdem sind die drei politischen Ebenen Kommune, Land und Bund vertreten. Kaweh Mansoori führte den Bezirk zu der Zeit als ehrenamtlich politisch Tätiger.

„Vom Parteitag in Butzbach am 15. Juni 2019 geht ein Signal des Aufbruchs aus. Die südhessische SPD steht für inhaltliche Lebendigkeit und zukunftsweisende Programmatik. So wollen wir uns auch in Zukunft in der Gesamtpartei einbringen“, so der neu gewählte Vorsitzende Kaweh Mansoori.

Neben den Bezirksvorstandswahlen standen auch inhaltliche Beratungen der vom Bezirk und den Gliederungen eingereichten Anträge auf der Tagesordnung. 250 gewählte Delegierte aus achtzehn Unterbezirken, die rund 32.000 Mitglieder aus 400 Ortsvereinen repräsentierten, debattierten über die Neuausrichtung der Partei und aktuelle politische Fragestellungen. Kaweh Mansoori machte deutlich: „Die SPD wird Erfolg haben, wenn sie die Erwartungen der Menschen in Politik umsetzt und gesellschaftliche Ungerechtigkeiten löst. Die Grundrente für langjährige Beschäftigte steht für eine solche Politik entlang der Lebenswirklichkeit von vielen und wird von der Mehrheit zurecht als Anerkennung von Lebensleistungen angesehen. Das gilt auch für Bestandsmieten, die wir in angespannten Wohnungsmärkten für die nächsten fünf Jahre einfrieren wollen, damit Mieterinnen und Mieter Luft zum Atmen bekommen.“



Der neu gewählte Vorstand des SPD-Bezirks Hessen-Süd. Foto: SPD-Bezirk Hessen-Süd



Einladungssharepic zu einer der Veranstaltungen der Reihe „Die Welt nach Corona“.
Fotos: Götz Schleser, Peter Jülich



Der Medienraum im SPD-Parteihaus in Frankfurt während eines Livestreams
Foto: SPD-Bezirk Hessen-Süd

„DIE WELT NACH CORONA“

EIN DISKUSSIONSPAPIER UND GLEICHNAMIGE VERANSTALTUNGSREIHE

Der Bezirksparteitag 2020 musste wegen der Corona-Pandemie abgesagt werden. Daraufhin verfasste das Führungstrio des SPD-Bezirks Hessen Süd - namentlich der Vorsitzende Kaweh Mansoori und die beiden Stellvertreterinnen Heike Hofmann, MdL und Dagmar Schmidt, MdB – ein Diskussionspapier zum Thema der veränderten Lebenswirklichkeit: Herausgekommen ist das Diskussionspapier „Die Welt nach Corona – zehn Bausteine für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft“. Damit stießen sie eine inhaltliche Debatte an, die den Genossinnen und Genossen Antworten zu den Problemen der Zeit liefern sollte. Ergänzt wurde das Papier durch Diskussionsveranstaltungen. Aufgrund der Pandemielage fanden alle Veranstaltungen in Form von Livestreams statt. Es wurde u. a. diskutiert zu:

- Rückwärts statt vorwärts? Corona und die Auswirkungen auf die Gleichstellung.
- Wie gestalten wir die Arbeit von morgen?
- Lebensleistung, Dauereinsatz, systemrelevant – trotzdem arm?
- Zivilisationskrankheit Einsamkeit? Gemeinsam gegen einsam

Die Veranstaltungsreihe ist mittlerweile abgeschlossen.

MEDIATEAM IN ZEITEN VON CORONA

Bereits vor Beginn der Corona-Pandemie baute der Bezirk Hessen-Süd sein Medienteam aus. Ziel war es, den Ortsvereinen und Unterbezirken künftig in digitalen Anliegen zur Seite zu stehen. Ab März 2020 stiegen die Anfragen sprunghaft an. Am häufigsten wurden Unterstützung bei der Durchführung von digitalen Veranstaltungen und Livestreams angefragt. Daraufhin verstärkte der Bezirk das bestehende Team noch weiter. Außerdem wurde ein eigener Medienraum direkt im Parteihaus eingerichtet und technisch ausgestattet. Der Bezirk ist seither in der Lage vor Ort Livestreams, Videoaufnahmen, Podcasts u.ä. aufzunehmen und zu bearbeiten. Dieses Angebot wird auch von zahlreichen Ortsvereinen, Unterbezirken und Kandidierenden angenommen.

DIGITALISIERUNG DES PARTEITAGS

Mehr Transparenz, weniger Zeit für Organisatorisches und dafür mehr Zeit für die inhaltliche Arbeit: Dieses Ziel hat sich der Bezirksvorstand für künftige Parteitage vorgenommen. Erreicht wurde es nun durch die Einführung des webbasierten Präsentations- und Versammlungssystems OpenSlides. Auf mobilen Endgeräten mit Internetverbindung verfolgen die Teilnehmer*Innen nun seit 2019 den kompletten Parteitag live. Das Antragsheft ist in OpenSlides leicht zu öffnen und mit verschiedenen Funktionen wie u. a. einer Stichwortsuche ausgerüstet. Jederzeit transparent und einsehbar ist auch die Redeliste. Die Abstimmungsergebnisse und Änderungsanträge werden direkt eingepflegt. Schöner Nebeneffekt: Schlange stehen bei der Registrierung gehörte dank OpenSlides für die Delegierten der Vergangenheit an.

PROJEKT PARTEI- UND STRUKTUREREFORM

Nach den starken Verlusten bei der Landtagswahl im Oktober 2018 stieß der ehemalige Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel eine Debatte über die Struktur der SPD in Hessen an. Es wurden daraufhin sechs Arbeitsgruppen gegründet und mit ehrenamtlichen und hauptamtlichen Genoss*innen aus Ortsvereinen, Unterbezirken, Bezirken und dem Landesverband besetzt. Sie bearbeiteten u. a. die Themen Finanzen, politische Bildung, Stärkung des Ehrenamts und Kommunikation. Die Arbeitsgruppen erstellten eine Ist-Stand-Analyse in ihren jeweiligen Themenbereichen und formulierten Ziele und Handlungsempfehlungen. Die Arbeit sollte dadurch auf allen Ebenen effizienter werden und Erfolge bei Wahlkämpfen und Außendarstellung erzielen. Ein weiteres Ziel war es trotz rückläufiger finanzieller Mittel, die Organisationskraft der Partei zu stärken und dabei die flächendeckende, hauptamtliche Struktur zu bewahren. Das Projekt orientierte sich dicht am Parteileitbild, bei dem die Hauptamtlichen die ehrenamtlich Tätigen möglichst wirksam unterstützen. Die südhessische Bezirksgeschäftsführerin Kristina Luxen leitete das Gesamtprojekt.

SHAREPIC-GENERATOR

Der SPD-Bezirk Hessen-Süd initiierte in Zusammenarbeit mit dem Unterbezirk Frankfurt, dem SPD-Bezirk Hessen-Nord und dem Landesverband Hessen einen Sharepic-Generator. Dieser erlaubt das vereinfachte Erstellen von Beiträgen in den Sozialen Medien. Er wird nun sukzessive zu einem eigenen hessischen Druckportal ausgeweitet, um leicht Visitenkarten, Flyer, Geburtstagskarten, Ortsvereinszeitungen o.ä. zu erstellen.

WICHTIGE TERMINE, KONFERENZEN UND VERANSTALTUNGEN

ORTSVEREINE IN DIE #NEUE ZEIT

Ortsvereine in die #neue Zeit hieß es im März 2020 zuerst in Idstein. Aufgrund der Corona-Pandemie fanden die vier weiteren Veranstaltungen digital statt. Eingeladen wurden jeweils die Vorsitzenden der Ortsvereine. Mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über die Situation in ihren Ortsvereinen, ihre Wünsche, Erwartungen und Kritik.

Der Bezirksvorstand Hessen-Süd lud die Ortsvereine nach geografischer Lage und benachbarten Unterbezirken ein. Je nach Region waren die Schwerpunkte, Themen und Kritiken unterschiedlich. In dem interaktiven Format ging es darum, einen ersten Schritt Richtung Erneuerung der Ortsvereine und damit der Partei zu gehen. Dazu veranstalteten Referent:innen der Toni-Sender-Akademie einen Workshop, der vor allem den Input der Ortsvereine berücksichtigte. Ein Online-Abfrage-Tool erfasste u. a. die Aufgaben der Ortsvereine.



Die Veranstaltung „Ortsverein in die #neue Zeit“ in Idstein. Foto:SPD-Bezirk Hessen-Süd



Martin Schulz, MdB während des Videodrehs zur Europawahl in Frankfurt. Foto: Peter Jülich

Auch der Ideen-Austausch kam nicht zu kurz. So haben in Kleingruppen eine Hand voll Genossinnen und Genossen ihre Lieblingsprojekte des Ortsvereins vorgestellt und darüber hinaus weitere Ideen erarbeitet. Abschluss der Workshops war dann jeweils der „Brief nach Berlin“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer schrieben darin ihre Wünsche an die Partei auf. Die Briefe wurden anonymisiert an den Bezirksvorstand weitergegeben. Ziel war es, sich einen Überblick über die Bedarfe zu verschaffen und gleichzeitig die Ortsvereine selbst zu Wort kommen zu lassen. Niemand weiß besser als sie, was gebraucht wird, gut ist oder verändert werden muss.

EUROPAWAHL 2019

Bei der Europawahl 2019 konnte wir leider trotz eines engagierten Wahlkampfes mit unseren Inhalten nicht überzeugen. Viele Genossinnen und Genossen investierten eine Menge Kraft und Leidenschaft in den Wahlkampf. Das profilierte Auftreten unseres Kandidaten Udo Bullmann, MdEP setzte wichtige Akzente. Der Bezirk ging neue Wege in diesem Wahlkampf: so gab es einen Video-Dreh mit Martin Schulz und eine interaktive Infostand-Tour unter dem Motto „Lass mal reden, Europa!“ quer durch das Wahlgebiet.

SPEEDMEETING 2019

Im September 2019 hatten die südhessischen Genossinnen und Genossen beim „Speedmeeting“ Gelegenheit, die inhaltliche Arbeit des SPD-Bezirks Hessen-Süd in Form der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise ein wenig besser kennenzulernen. Alle Fachgruppen des Bezirks haben die Gelegenheit genutzt, mit interessierten Genossinnen und Genossen ins Gespräch zu kommen.

ZENTRALE MITGLIEDERVERWALTUNG IN DORTMUND

Seit Anfang Juli 2020 ist das Service Center der SPD in Dortmund die zentrale Anlaufstelle für Fragen und Anliegen in Sachen Mitgliederdaten. Hier werden zentral für die Ortsvereine und Unterbezirke im SPD-Bezirk Hessen-Süd die Daten aller Mitglieder verwaltet.

WEITERE WICHTIGE VERANSTALTUNGEN

(über die oben bereits erwähnten hinaus)

2019

- 27. März** „Gute Löhne oder Aufstocken: Sozialstaat in Deutschland und in Europa“ mit Kurt Beck
- 30. März** „Aktive Friedenspolitik oder Kalter Krieg 2.0?“ u. a. mit dem Staatsminister Niels Annen und Heidemarie Wieczorek-Zeul, Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit a.D.
- 05. April** „Kommt zusammen! Für ein Europa der Frauen“ mit der Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz Malu Dreyer und der ASF-Vorsitzenden Maria Noichl, MdEP
- 29. April** „Auf ein Wort mit Katarina Barley“ Veranstaltung mit der Spitzenkandidatin für das Europaparlament, Bundesjustizministerin Katarina Barley
- 30. April** „Wahlkampfauftakt zur Europawahl“ u. a. mit Udo Bullmann und Thorsten-Schäfer-Gümbel
- 14. Mai** „Jeder anders – Alle gleiche: Wie gestalten wir in Europa die Migration?“ Mit Prof. Dr. Gesine Schwan und Laura Garavini
- 09. September** Regionalkonferenz zur Neuwahl des Parteivorsitzes der SPD in Friedberg

2020

Umstellung aller Termine auf digitale Veranstaltungen aufgrund der Corona Pandemie

- 23. April** „Italy alone or Europe together?“ mit dem italienischen Europaabgeordneten und Chef der italienischen Sozialdemokratie im Parlament Brando Benifei
- 01. Mai** Aktion zum Tag der Arbeit am „Das SPD-Parteihaus zeigt Flagge – SOLIDARITÄT“
- 26. Mai** „Bezahlbare Mieten - Wohnen für alle“ mit der Hamburger Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration Dr. Melanie Leonhard, dem Frankfurt Planungsdezernenten Mike Josef, der Verbandsdirektorin des hessischen Mieterbunds Eva-Maria Winckelmann und Kaweh Mansoori
- 17. Juni** „Black lives matter – Lösungen gegen strukturellen Rassismus“ mit Karimé Diallo, Dresden Postkolonial und Kaweh Mansoori
- 12. Oktober** „Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst“ mit Thomas Winhold, ver.di Hessen und Kaweh Mansoori
- 14. Oktober** „Brennpunkt hessischer Wald“ mit Volker Diefenbach, gelernter Förster und Bürgermeister und Kaweh Mansoori
- 20. Oktober** „Globalisierung gerecht gestalten“ mit Thomas Gebauer, Stiftung medico international, Prof. Cornelia Füllkrug-Weitzel, Brot für die Welt, Karin Kortmann, giz und Uta Zapf.
- 27. Oktober** „Die Wahlen in den USA“ mit Barbara Chap, Chair Democrats Abroad Germany und Kaweh Mansoori
- 12. November** „Goodbye American Dream?“ mit Knut Dethlefsen, Leiter der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Washington D.C. und Jens Zimmermann, MdB

BEZIRKSVORSTAND 2019/2020

BEZIRKSVORSTAND BIS JUNI 2019

Vorsitzender: Gernot Grumbach, MdL
Stellvertreterin: Christine Lambrecht, MdB
Stellvertreter: Michael Siebel, MdL
Schatzmeister: Patrick Koch

Beisitzer*innen:

Ulrike Alex, MdL
Ansgar Dittmar
Petra Fuhrmann, MdL
Kerstin Geis, MdL Kerstin Geis, MdL
Lisa Gnadl, MdL
Heike Hofmann, MdL
Rüdiger Holschuh, MdL
Dr. André Kawai
Matthias Körner
Tanja Pfennig
Dr. Sascha Raabe, MdB
Umut Sönmez
Viktoria Spiegelberg-Kamens
Dennis Volk-Borowski
Turgut Yüksel, MdL

Leitende Bezirksgeschäftsführerin: Kristina Luxen

BEZIRKSVORSTAND AB JUNI 2019

Vorsitzender: Kaweh Mansoori, MdB
Stellvertreterin: Heike Hofmann, MdL
Stellvertreterin: Dagmar Schmidt, MdB
Schatzmeister: Patrick Koch

Beisitzer*innen:

Vivien Costanzo
Ansgar Dittmar
Tuna Firat

Lisa Gnadl, MdL
Katrin Hechler
Rüdiger Holschuh, MdL
Dr. André Kawai
Anne Marquardt
Marius Schmidt
Michael Siebel, MdL
Umut Sönmez
Viktoria Spiegelberg-Kamens
Oliver Strank
Turgut Yüksel, MdL

DIE VORSITZENDEN DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN IN HESSEN-SÜD

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): Rainer Bicknase
Arbeitsgemeinschaft für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Bildungsbereich (AfB): Anna Kristina Schönbach
Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus: Peter Schöbel
Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS): Dr. Dieter Falk
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt: Halima Gutale/Tuna Firat
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderung in der SPD: Georg Einhaus
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Ulli Nissen
Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): Dr. Christian Lukosch
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ): Jürgen Gasper
Arbeitsgemeinschaft Jungsozialist*innen (Jusos): Natalie Pawlik
Arbeitsgemeinschaft Lesben und Schwule in der SPD (SPDqueer):
Amelie Ludwig-Dinkel/Andres Velazquez-Castillo



LANDESVERBAND THÜRINGEN

WAHLEN, DAMMBRUCH UND PANDEMIE

JAHRESBEGINN 2019 UND EUROPA- UND KOMMUNALWAHL 2019

Zu Beginn des Jahres 2019 starteten wir mit der Beschlussfassung zum Entwurf unseres Wahlprogramms zur Landtagswahl. Im Anschluss wurde der Programm-entwurf mit der Veranstaltungsreihe „Thüringen: Lebenswert ein Leben lang“ intensiv in die Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften getragen und mit Interessensverbänden diskutiert. Der Auftaktveranstaltung fand im „Zughafen“ in Erfurt am 20.02.2019 statt, dieser folgten im Laufe des Jahres dann weitere Veranstaltungen in den Regionen.

Das Frühjahr war geprägt vom Wahlkampf für die Europa- und Kommunalwahlen. Unser Europaabgeordneter und Kandidat für ein erneutes Mandat, Jakob von Weizsäcker, wechselte im Dezember 2018 kurzfristig ins Bundesfinanzministerium und verzichtete damit auch auf seine Kandidatur. Babette Winter übernahm das Mandat und wurde als Thüringer Kandidatin für die Europawahl nachnominiert.

Die beiden Wahlen am 26.05.2019 fanden in einem für die SPD ungünstigen politischen Umfeld statt. Die herben Verluste von 5-7 % sowohl bei der Kommunal- als auch bei Europawahl gegenüber 2014 spiegelten die insgesamt schwierige Lage der Partei zu diesem Zeitpunkt.

LANDTAGSWAHLKAMPF 2019

Auch der Landtagswahlkampf war von einer für uns sehr kritischen Stimmung geprägt. Unsere Themen und unser Programm wurden von der Partei sehr breit getragen, unser Spitzenkandidat Wolfgang Tiefensee, verfügte über eine sehr hohe Bekanntheit und Beliebtheit, aber unsere Umfragewerte bildeten das nicht ab. Im heißen Wahlkampf setzten wir vor allem auf Dialogformate und unser Spitzenkandidat tourte mit dem „Dialogsucher“ durch ganz Thüringen.



Spitzenkandidat Wolfgang Tiefensee und Kandidierende für den Thüringer Landtag am Tag der Listenaufstellung für die Landtagswahl 2019. Foto: SPD Thüringen



Spitzenkandidat Wolfgang Tiefensee im Bürgergespräch im Thüringer Landtagswahlkampf. Foto: SPD Thüringen



Am 15. Februar 2020 haben in Erfurt zehntausend Menschen gegen den Dammbuch von CDU, FDP und AfD.
Foto: SPD Thüringen



Auf der Demonstration, die vom Bündnis „Nicht mit Uns!“ organisiert wurde, hat sich auch die SPD eingebracht. Auf der Demonstration stellte die SPD Thüringen einen eigenen Demoblock mit 400 Teilnehmer:innen. Foto: SPD Thüringen

Letztlich wurden wir zwischen einer Linkspartei, die durch ihren beliebten Ministerpräsidenten große Wählerpotenziale erschließen konnte, der ehemaligen „Thüringenpartei“ CDU und der AfD zerrieben und mussten mit 8,2 % eine bittere Niederlage einstecken.

DAMMBUCH NACH RECHTS

Das Ergebnis der Landtagswahl führte zu einer politisch hochkomplizierten Situation. Das r2g-Bündnis verfügte über keine parlamentarische Mehrheit, aber auch andere Konstellationen – bis hin zu Vier-Parteien-Bündnissen – reichten nicht, da alle demokratischen Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD ausgeschlossen hatten und zudem die CDU ein Bündnis mit der Linken ausgeschlossen hatte. In dieser Konstellation verabredeten die Parteien von r2g eine Fortsetzung der Zusammenarbeit und die Bildung einer Minderheitsregierung.

Nach Unterzeichnung eines Koalitionsvertrages durch SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke sollte am 05.02.2020 bei der Wahl des Ministerpräsidenten ein Ereignis folgen, das für bundesweites Aufsehen sorgte. Sowohl AfD als auch FDP stellten im 3. Wahlgang jeweils einen eigenen Kandidaten auf.



Die Pandemie stellte die Parteiarbeit vor Herausforderungen. Auch bei Landesparteitagen, musste auf den Schutz aller Teilnehmer:innen geachtet werden. Foto: SPD Thüringen

Die AfD-Fraktion verabredete sich jedoch in der geheimen Wahl den FDP-Kandidaten Kemmerich, statt des eigenen Kandidaten zu wählen. Dies führte zusammen mit den Stimmen der CDU zum Thüringer Dammbuch nach Rechts, da damit erstmals ein Ministerpräsident von Gnaden der AfD installiert war. Der große bundesweite öffentliche Druck erzwang den Rücktritt Kemmerichs nach wenigen Tagen. In den folgenden Wochen wurde in zähen Verhandlungen von r2g mit der CDU ein „Stabilitätspakt“ zur zeitweisen Zusammenarbeit und zur Vereinbarung von vorgezogenen Neuwahlen im April 2021 geschlossen.

PARTEIARBEIT UNTER PANDEMIEBEDINGUNGEN

Die notwendigen weitreichenden Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie hat die Parteiarbeit ab dem März 2020 vor vollkommen neue Herausforderungen gestellt. Während die Verlagerung von Versammlungen in virtuelle Umgebungen noch vergleichsweise reibungslos verlief, stellten die satzungsgemäßen und gesetzlichen Anforderungen bei Wahlen und Kandidatenaufstellungen einen höheren organisatorischen Aufwand dar. Die genutzten Werkzeuge und die gemachten Erfahrungen sollten auch bei der zukünftigen Arbeit verwendet werden.

Mitgliederentwicklung:

01.01.2019	3.864 Mitglieder
01.01.2020	3.743 Mitglieder
31.12.2020	3.666 Mitglieder

Landesparteitage:

- Außerordentlicher Landesparteitag am 23.03.2019 in Erfurt (Beschluss Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2019)
- Landesdelegiertenkonferenz am 15. Juni 2019 (Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl 2019)
- Außerordentlicher Landesparteitag am 24.01.2020 in Erfurt (Entscheidung über Koalitionsvertrag)
- Landesparteitag am 26.09.2020 in Bad Blankenburg (Neuwahl des Landesvorstandes)

LANDESVORSITZENDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN:

Jusos Thüringen: Oleg Shevchenko

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB): Claudia Zanker

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA): Diana Lehmann

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ): Dr. Carl-Christian Dressel

Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen (AGS): Jörg Neigefindt

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF): Heidrun Sachse

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG): Robert Büssow

SPD Queer: Franz Ellenberger

Arbeitskreis Christen in der SPD: Ingo Hofmann

Arbeitsgemeinschaft 60 plus: Jürgen Luther

Arbeitskreis Migration und Vielfalt: Mohamed Sayed

Arbeitskreis Selbst Aktiv: Florian Haaré

MITGLIEDER DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Elisabeth Kaiser

Christoph Matschie

Carsten Schneider

LANDESVORSTAND DER SPD THÜRINGEN (AB 9/2020):

Landesvorsitzender:

Georg Maier

Stellvertretende Landesvorsitzende

Antje Hochwind-Schneider

Dr. Cornelia Klisch

Diana Lehmann

Sven Schrade

Schatzmeister

Carsten Feller

Beisitzerinnen und Beisitzer

Onno Eckert

Katja Glybowskaja

Anika Gruner

Thomas Jakob

Dr. Thomas Hartung

Elisabeth Kaiser

Moritz Kalthoff

Michael Klostermann

Lutz Liebscher

Dorothea Marx

Janine Merz

Denny Möller

Katharina Schenk

Dirk Schütze

Oleg Shevchenko

Heike Taubert

Marko Wolfram

Claudia Zanker

Landesgeschäftsführerin:

Anja Zachow

Vorsitzender Landesparteirat:

Roland Erdtmann

Mitglieder des Thüringer Landtages:

Matthias Hey

Dr. Cornelia Klisch

Diana Lehmann

Lutz Liebscher

Dorothea Marx

Dr. Thomas Hartung

Janine Merz (ab 6/2020)

Denny Möller (ab 7/2020)



LANDESVERBAND SACHSEN

KÜCHENTISCHTOUR MIT MARTIN DULIG

Nach dem Start im Januar 2016 tourte der Landesvorsitzende Martin Dulig mit seinem Küchentisch auch 2019 und coronabedingt nur bis März 2020 durch den Freistaat Sachsen: In 24 Orten führte die SPD Sachsen in diesem Zeitraum Diskussionsrunden am Küchentisch durch, an dem die Sächsinnen und Sachsen Platz nehmen konnten. Dabei geht es um klassische Vertrauensarbeit und einen Dialog auf Augenhöhe, denn „die besten Gespräche finden am Küchentisch statt“. An mehreren Abenden konnte Martin Dulig auch prominente Gäste begrüßen: Am 3. Januar 2019 war Hubertus Heil in Hoyerswerda am Tisch, am 28. Mai 2019 begrüßten wir Franziska Giffey, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Dresden und am 6. August nahm Olaf Scholz in Chemnitz am Küchentisch Platz. Jubiläum feierte die Küchentischtour am 2. August 2019 in Naunhof: Die 65. Küchentisch-Veranstaltung fand in Naunhof statt.



Werbeplakat Küchentischtour Olaf Scholz und Martin Dulig in Chemnitz (Foto: SPD Sachsen)

WEITERE SCHWERPUNKTE

2019

Europa- und Kommunalwahl
Landtagswahl
Sachsengipfel

2020

Fortsetzung der Küchentischtour in Sachsen

PARTEILEBEN

SACHSENGIPFEL 2019

38 Tage vor der Kommunal- und Europawahl trafen sich SPD-Staatsminister*innen, SPD-Staatssekretär*innen, den Abgeordneten in Landtag, Bundestag und Europäischem Parlament, den SPD-Oberbürgermeister*innen und Bürgermeister*innen in Sachsen, dem Landesvorstand der SPD Sachsen, den Vorsitzenden der sächsischen SPD-Unterbezirke, den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften in der SPD Sachsen, die Landesparteiratsvorsitzende der SPD Sachsen und ihre Stellvertreter, sowie die Vorsitzenden der sächsischen SPD-Kreistagsfraktionen um die Grundzüge des Regierungsprogramms zur Landtagswahl zu beraten und zu diskutieren. Dabei wiesen alle TeilnehmerInnen auf die enorme Bedeutung der Europa- und Kommunalwahl als einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Landtagswahl im September hin.

LANDESPARTEITAG 2019 IN NEUKIERITZSCH

Am 22. Juni fanden neben 140 Delegierten, auch zahlreiche Genossinnen und Genossen und Gäste den Weg in die Parkarena nach Neukieritzsch. In der für den Parteitag umgebauten Mehrzweckhalle stand an diesem Wochenende alles im Zeichen der SPD Sachsen. Als der außerordentliche Parteitag beginnt, ist allen Anwesenden bewusst: Das wird ein arbeitsreicher Tag, denn heute muss das Regierungsprogramm für die Landtagswahl am 1. September verabschiedet werden.

„Wir werden kämpfen. Jeden Tag, jede Stunde“, ruft Martin Dulig den Genossen entgegen. Denn, und dieser Spruch war nie aktueller: Diese Wahl wird eine Richtungsentscheidung. Für Martin Dulig steht fest: „Wir wollen in Sachsen weiter Verantwortung übernehmen und das Leben der Menschen konkret verbessern“. Die Ausgangslage dafür ist nicht einfach, die aktuelle Situation in Berlin beschert eher Gegen- als Rückenwind.

Doch heute geht es um Sachsen. Die letzten fünf Jahre haben gezeigt, dass sozialdemokratische Politik dem Freistaat richtig gut tut. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen – aber: Gewählt wird, wer die besten Konzepte hat.

Martin Dulig entwirft in seiner Rede eine Zukunftsvision für Sachsen und erhält dafür viel Applaus aus dem Plenum. Die inhaltlichen Schwerpunkte setzt die SPD Sachsen bei den Themen Arbeit, Verkehr, Wohnen, medizinischer Versorgung und Bildung: Die Gemeinschaftsschule ist ein Herzensanliegen der sächsischen SPD: „Entweder das Schulgesetz wird geändert oder wir stimmen einem Koalitionsvertrag nicht zu“, stellt Dulig klar. Beim Thema Wohnen hat sich die SPD Sachsen mit einer großen Mehrheit für den Mietendeckel für Sachsen ausgesprochen, um so den rasanten Mietanstieg besonders in den großen Städten zu stoppen. Im sozialdemokratischen Sachsen soll außerdem klüger produziert und klüger konsumiert werden – also: mehr Ressourcenbewusstsein, mehr Investitionen in erneuerbare Energien. Beim Thema Mobilität setzt die SPD auf die Landesverkehrsgesellschaft, die den Tarifdschungel in Sachsen überwindet. Bei der Digitalisierung will die SPD, dass sie zum Dienstleister und als Erleichterung, nicht zusätzliche Belastung wahrgenommen wird.

LANDTAGWAHL 2019

Die SPD Sachsen hat die Landtagwahl 2019 mit einem enttäuschenden Wahlergebnis verloren. Mit einem Ergebnis von 7,7 Prozent verlor sie 4,6 Prozentpunkte gegenüber 2014. Der Spitzenkandidat Martin Dulig: „Wir haben diesen Sommer Land auf, Land ab für eine starke SPD im



Rede von Martin Dulig auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Neukieritzsch, 22.06.2019. Foto: SPD Sachsen



Delegation der SPD Sachsen zur Auftaktrunde der Sondierungsgespräche am 16.09. 2019. Foto: SPD Sachsen

neuen Sächsischen Landtag gekämpft – und am Ende ein Ergebnis eingefahren, das uns alle enttäuscht hat. Trotz guter Regierungsbilanz der letzten Jahre, einem überzeugenden Regierungsprogramm und toller Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort ist es uns nicht gelungen, den Trend umzukehren.“

Der Landesvorstand der SPD Sachsen sprach sich dennoch für Sondierungsgespräche mit der CDU und Bündnis90/Die Grünen zur Aufnahme von Koalitionsgesprächen aus. Am Ende votierten in einer Mitgliederbeauftragung 82,2 % der Mitglieder für den ausgehandelten Koalitionsvertrag. Damit konnte die SPD Sachsen ihre Regierungsverantwortung fortsetzen.

CHRONIK 2019 – 2020

12.01.2019	ao. LPT Dresden
02.02.2019	Landeswahlkonferenz
08.04.2019	Vollversammlung AG 60+
04.05.2019	Sachsengipfel
15.05.2019	Europawahlkampf mit Katarina Barley in Leipzig
08.06.2019	Landesdelegiertenkonferenz der Jusos
26.06.2019	ao. LPT Neukieritzsch
01.09.2019	Landtagswahl
14.09.2019	Vollversammlung AG Selbstaktiv
12.10.2019	Landesdelegiertenkonferenz Jusos
02.11.2019	Vollversammlung ASG
22.11.2019	Vollversammlung Migration und Vielfalt
26.11.2019	Vollversammlung AG AfB
30.11.2019	Vollversammlung AGS
15.12.2019	Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag
15.01.2020	Vollversammlung SPDQueer
07.03.2020	Vollversammlung AfA
10.03.2020	Vollversammlung ASJ
26.05.2020	Jubiläumsfeier 30 Jahre SPD Sachsen
13.06.2020	Landesdelegiertenkonferenz der Jusos
05.10.2020	Vollversammlung AG Selbstaktiv

MINISTERINNEN UND MINISTER 2019 – 2020

Martin Dulig	Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (stellv. Ministerpräsident)
Petra Köpping	Staatsministerin für Gleichstellung und Integration (bis 2019)
Petra Köpping	Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt (ab 2020)
Dr. Eva-Maria Stange	Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst (bis 2019)

MINISTERINNEN UND MINISTER 2019 – 2020

Martin Dulig	Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (stellv. Ministerpräsident)
Dr. Eva-Maria Stange	Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
Petra Köpping	Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

ABGEORDNETE

Landtag (2019 – 2020)

Dirk Panter, Henning Homann, Hanka Kliese, Volkmar Winkler, Martin Dulig, Simone Lang, Albrecht Pallas, Sabine Friedel, Holger Mann

Deutscher Bundestag (2019 – 2020)

Thomas Jurk
Daniela Kolbe
Detlef Müller
Susann Rüttrich

Europäisches Parlament (2019)

Constanze Krehl

LANDESVORSTAND DER SPD SACHSEN 2019 – 2020

Landesvorsitzender: Martin Dulig

Stellvertreter/in: Hanka Kliese, Karsten Schütze

Generalsekretär: Henning Homann

Schatzmeister: Sven Schulze

Beisitzende: Julia Bombien, Amrei Drechsler, Susanne Ebert, Stefan Engel, Ralf Hron, Sandra Lipkowski, Kathrin Michel, Irena Rudolph-Kokot, Katja Schittko, Bettina Spies, Laura Stellbrink, Oliver Strotzer, Mike Thomas, Ralf Wätzig, Volkmarr Winkler, Benjamin Zabel, Ute Ziegelmeier

Landesgeschäftsführer: Jens Wittig

LANDESVORSITZENDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN/ARBEITSKREISEN

Ekkehardt Müller (AG 60 plus)

Oliver Strotzer (SPD-Queer)

Simone Lang (ASG)

Irena Rudolph-Kokot (AfA)

Dr. Siegfried Kost (AfB bis 11/19)

Gerald Eisenblätter (AfB ab 11/19)

Sophie Koch (Jusos)

Swetlana Lange (AG Migration und Vielfalt)

Johannes Gyarmati (AG Selbst Aktiv)

Jörg Vieweg (AGS, AK Energie)

Laura Stellbrink (ASF)

Jürgen Renz (ASJ)

Andreas Weigel (AK Christen)

Albrecht Pallas (AK Innere Sicherheit)

Klaus Fiedler (AK Euroregion Elbe-Labe)



LANDESVERBAND SAARLAND

2019

START DES KOMMUNALWAHLKAMPFES

Das Jahr beginnt für die Saar-SPD mit organisatorischen Vorbereitungen des Wahlkampfes für die Kommunalwahl im Mai 2019. Es wurde ein neues Design, das Länderportal, der Sharepic-Generator und weitere Möglichkeiten für die Kommunalwahl im Mai 2019 zur Verfügung gestellt. Damit gab es für alle Gliederungen der Saar-SPD flächendeckend ein modernes Design unter dem Slogan „Wo das Wir daheim ist“ für einen professionellen Wahlkampf. Zusätzlich gab es auch die Möglichkeit der Flyer- und Plakaterstellung sowie Produktion von Streuartikeln mit individualisierbaren Gestaltungen.

AUßERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

Am 3. März fand der außerordentliche Parteitag der Saar-SPD statt. Unter dem Titel „Erneuerung in Verantwortung“ wurde der Leitantrag des SPD-Landesvorstands verabschiedet. Mit diesem Antrag hat die Saar-SPD sowohl die Beteiligungsmöglichkeiten verbessert als auch die Förderung von jüngeren Mitgliedern und Frauen betont. Außerdem wurde die Satzung umfangreich geändert und umgestaltet. Zudem wurde weiterhin ein umfangreiches Antragspaket diskutiert und beschlossen. Wichtiger Bestandteil war die Verabschiedung der kommunalpolitischen Resolution der Saar-SPD, die Grundlage für den Start in die heiße Phase des Kommunalwahlkampfes war. Mit dem Antrag „Für ein Europa der Solidarität und Progressivität“ wurde gleichzeitig auch der Europawahlkampf eingeläutet.

KOMMUNALWAHL- UND EUROPAWAHL

Am 26. Mai fanden die Kommunalwahlen mit zahlreichen Bürgermeisterwahlen und die Europawahl statt. Die Saar-SPD konnte bei den Regionalversammlungs- und Kreistagswahlen ein Ergebnis von 30 Prozent erzielen. Dabei konnten die Landratswahl in Saarlouis durch Patrik Lauer und die Wahl des Regionalverbandsdirektor durch Peter Gillo eindeutig für die SPD entschieden werden. Auch bei den Bürgermeisterwahlen konnten Jörg Aumann in Neunkirchen, Rainer Lang in Kleinblittersdorf, Denise Klein in Püttlingen, Klaus Häusle in Riegelsberg, Markus Fuchs in Schiffweiler, Wolfram Lang in Schmelz, Sebastian Greiber in Wadgassen, Bernd Hertzler in Blieskastel, Michael Clivot in Gersheim, Maria Vermeulen im Mandelbachtal, Karl-Josef Scheer in Freisen und Franz Josef Barth in Nonnweiler die Wahlen für sich entscheiden.

Bei den Europawahlen hat die SPD bundesweit enorme Verluste verzeichnen müssen und so auch im Saarland. Dennoch konnte mit 23,1 Prozent das zweitbeste Landesergebnis der SPD bundesweit erzielt werden und lag damit mehr als sieben Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.



Auftakt der Regionalkonferenzen in Saarbrücken.
Foto: Marc Strauch



Wahl von Anke Rehlinger zur stv. Parteivorsitzenden.
Foto: Oliver Wagner

NEUWAHL DER BUNDESVORSITZENDEN

Die Neuwahl der Bundesvorsitzenden sollte nach dem negativen Abschneiden bei der Europawahl zum ersten Mal von den Mitgliedern entschieden werden. In diesem Prozess konnten sich Einzelpersonen sowie je eine Frau und ein Mann gemeinsam für die Doppelspitze bewerben. Am 4. September fand die erste Regionalkonferenz vor 500 Genoss*innen in der Congresshalle in Saarbrücken statt.

Auf der Konferenz stellten sich die Bewerber*innen für den Parteivorsitz den Mitgliedern vor. 150 Minuten lang diskutierten sie über Grundrente, Umwelt- und Industriepolitik, die Rolle von Europa und einen starken Sozialstaat.

Auch bei den Medienvertretern war das Interesse groß. Die Stimmung war insgesamt sehr gut, womit in Saarbrücken der Auftakt zur Wahl der Parteivorsitzenden gelungen ist. Am Ende des Prozesses setzte sich das Duo aus Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans in der Stichwahl der Mitgliederbefragung gegen Clara Geywitz und Olaf Scholz durch.

ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG

ANKE REHLINGER ZUR STELLVERTRETENDEN BUNDESVORSITZENDEN GEWÄHLT

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag vom 6. bis zum 8. Dezember wurden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans auf Vorschlag der Mitgliederbefragung von den Delegierten des Bundesparteitages gewählt. Aus Sicht der Saar-SPD war der Parteitag ebenfalls ein voller Erfolg, da nun mit Anke Rehlinger als stv. Bundesvorsitzende im Bundesvorstand der SPD eine weitere starke Stimme aus dem Saarland kommt.

Weiterhin wurde Heiko Maas zum Beisitzer gewählt. In ihrer Rede setzte Anke Rehlinger das Ziel, sich im Bundesvorstand für eine aktive Wirtschaftspolitik mit sozialen Standards, für eine Tarifbindung, höhere Mindestlöhne und Investitionen in die Infrastruktur einzusetzen. Die Saar-SPD ist damit im Bundesvorstand bestens vertreten.

2020

GLEICHSTELLUNGSKOMMISSION NIMMT IHRE ARBEIT AUF

In ihrer neuen Satzung hat die Saar-SPD das Gremium der Gleichstellungskommission benannt. Dieses Gremium nahm am 17. Februar 2020 die Arbeit auf. Es besteht aus je einem Mitglied aus jedem Kreisverband, das in den Kreisvorständen benannt wurde und weiteren Mitgliedern, die vom Landesvorstand benannt wurden, damit das Gremium paritätisch besetzt ist. Josephine Ortleb übernahm kommissarisch die Organisation der Gleichstellungskommission. Die Gleichstellungskommission arbeitet dafür, dass die Mindestbeteiligung der Geschlechter in allen Gliederungen bei Funktionen und Mandaten eingehalten wird. Als ersten großen Aufschlag bereitete die Kommission ein Mentorinnenprogramm vor.

39. POLITISCHER ASCHERMITTWOCH MIT HUBERTUS HEIL



Politischer Aschermittwoch, Foto: Saar-SPD.

Zum traditionellen Politischen Aschermittwoch hatte die Saar-SPD am 28. Februar 2020 den Bundesminister für Arbeit, Hubertus Heil, in der Siersburger Niedtalhalle zu Gast. Die rund 800 Gäste wurden von Reinhold Jost, dem Ortsvorsteher von Siersburg, begrüßt. Als Hauptredner heizte dann Hubertus Heil der Halle ganz schön ein, warb für eine aktive Industriepolitik und mehr soziale Gerechtigkeit im Land. Thema in der Rede von Anke Rehlinger war auch die Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen mit Stimmen der AfD. Thüringen sei ein Dammbbruch gewesen, den die Bundes-FDP nicht hätte zulassen dürfen. Auch der zunehmende

rechtsextreme Terror sei erschreckend. Sie forderte auf: „Wir müssen aufstehen, alle, nicht nur wir in der Politik, sondern ihr alle und gegen rechte Parolen argumentieren.“ Kulinarisch gab es anschließend für die Gäste nach guter Tradition Heringe.

UMSTELLUNG AUF VIDEOKONFERENZEN UND ONLINE-FORMATE

Mit Beginn der Coronapandemie haben sich viele Veranstaltungs- und Sitzungsformate in den digitalen Raum verlagert. Die Saar-SPD stellte zunächst für alle Gliederung die Möglichkeiten der Videokonferenz zur Verfügung. So tagte auch unser Arbeitskreis Umwelt mehrfach digital. In der Landesgeschäftsstelle wurde dafür ein kleines Studio aufgebaut, um fit für digitale Veranstaltungen und digitale Sitzungen zu sein. Hiermit konnten auch ein Kleiner Parteitag spezifisch zum Thema Bildung mit Anke Rehlinger und Christine Streicher-Clivot durchgeführt werden sowie eine Online-Konferenz mit allen Ortsvorsteher*innen und Kommunalpolitiker*innen. Trotz des Social Distancing blieb die Saar-SPD verbunden.



Kleiner Parteitag der Saar-SPD, Foto: Saar-SPD

SAAR-SPD STARTET MENTORINNENPROGRAMM

Unter dem Motto „Frauen fördern Frauen“ startet die Saar-SPD im September 2020 ihr Mentorinnenprogramm – hierzu konnten sich alle Frauen bewerben. Erfahrene Sozialdemokratinnen begleiten neue Mitglieder über zwei Jahre, um Talente zu fördern und das politische Engagement mit konstruktiven Hinweisen, Tipps und Hilfestellungen zu unterstützen. Die Zuteilung fand per Losverfahren statt. Als Mentorinnen nahmen u. a. die Ministerinnen Anke Rehlinger und Christine Streicher-Clivot sowie die Parlamentarische Geschäftsführerin der Landtagsfraktion Petra Berg, die Parlamentarische Geschäftsführerin der Bundestagsfraktion Josephine Ortleb und Martina Holzner, Mitglied des saarländischen Landtags, teil. Damit fördert die Saar-SPD aktiv ihre weiblichen Mitglieder, um Hürden abzubauen, zu empowern und Netzwerke zu bilden.

CHRISTIAN JUNG WIRD BÜRGERMEISTER!

Christian Jung wird neuer Bürgermeister in Friedrichsthal. Trotz des eingeschränkten Wahlkampfes während der Corona-Pandemie setzte er sich am 29. November 2020 mit 63,26 % gegen seinen Herausforderer aus der CDU durch. Thematisch betonte er insbesondere die Innere Sicherheit, die Gewerbeansiedlung und die Schulförderung. Christian Jung trat am 1. April 2021 die Nachfolge von Rolf Schultheis an, der die Altersgrenze erreichte und damit seine Amtszeit beenden musste. Das Rathaus bleibt also in roter Hand.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

(gewählt auf dem ordentlichen Landesparteitag am 9./10. März 2018)

Landesvorsitzende: Anke Rehlinger

Stellvertretende Vorsitzende

Pascal Arweiler
Petra Berg
Charlotte Britz
Eugen Roth

Generalsekretär: Christian Petry

Schatzmeister: Georg Rase

Beisitzer*innen:

Christiane Blatt
Bettina Altesleben
Luitpold Rampeltshammer
Martina Holzner
Sebastian Thul
Dunja Sauer
Pia Döring
Thomas Steinmetz

Josephine Ortleb
Anke Morsch
Michael Clivot
Anne Yliniva-Hoffmann
Margriet Zieder-Rippliner
Denise Klein
Stefan Krutten
Janusz Ehrlich



LANDESVERBAND RHEINLAND-PFALZ

KOMMUNALWAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ UND EUROPAWAHL 2019

Zur Kommunalwahl 2019 bewarben sich im ganzen Land Rheinland-Pfalz über 16.300 SPD-Kandidat:innen für kommunale Mandate. Die SPD-Listen waren dabei – 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts – so weiblich besetzt wie nie zuvor. Etwa zwei Monate vor der Wahl verabschiedete die SPD Rheinland-Pfalz auf einem kommunalpolitischen Kongress ihre Kommunalpolitischen Leitlinien und startete damit in einen thematisch regionalisierten Wahlkampf.

Unterstützt wurden die Kandidat:innen im Wahlkampf von tausenden weiteren ehrenamtlichen SPD-Mitgliedern, die insbesondere im Haustürwahlkampf ein enormes Pensum absolvierten. So wurden bis eine Woche vor der Wahl schon rund 200.000 Haustürbesuche absolviert – vorrangig in ausgewählten Hochburgen und Mobilisierungsstimmbezirken. SPD-Generalsekretär Daniel Stich freute sich über die Entschlossenheit der Partei. Denn der direkte Kontakt an der Haustür ist nachweislich sehr gut dafür geeignet, die Wahlbeteiligung zu steigern und dabei die SPD-Ergebnisse zu verbessern. Dieses Bewusstsein hat sich mittlerweile flächendeckend in der SPD Rheinland-Pfalz verankert.

Die Kampagne der SPD Rheinland-Pfalz zur Europawahl beinhaltete neben klassischen Formaten der Wähler:innen-Ansprache auch Pop-up-Stores. Bei den Europawahl-Pop-up-Stores handelte es sich um mobile Räumlichkeiten in ganz Rheinland-Pfalz, die im Europa-Style gestaltet wurden und in der sich Interessierte bei Kaffee und Snacks über die Pläne der SPD für ein soziales und fortschrittliches Europa austauschen konnten. Generalsekretär Daniel Stich hob dabei die Bedeutung hervor, im Wahlkampf aktiv auf die Menschen zuzugehen. Moderner Wahlkampf sollte aufsuchend sein und zum Mitmachen einladen. Mit den Pop-up-Stores konnte genau das umgesetzt werden.



*Malu Dreyer und Teile des Landesvorstandes
beim kommunalpolitischen Kongress 2019.
Foto: SPD RLP/Jannik Nasz*



*Malu Dreyer und Spitzenkandidatin Katarina Barley
auf der Europawahltour.
Foto: SPD RLP/Jannik Nasz*



Die neue Landesgeschäftsstelle der SPD Rheinland-Pfalz. Foto: Alamy Stock Foto/Prisma by Dukas Presseagentur GmbH

EINE MODERNE ZENTRALE FÜR SCHLAGKRÄFTIGE WAHLKÄMPFE

SPD RHEINLAND-PFALZ BEZIEHT NEUE LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Die SPD Rheinland-Pfalz bezog am 30. September 2019 ihre neue Landesgeschäftsstelle in der ersten Etage des historischen Proviant-Magazins in der Mainzer Altstadt. Der SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz freute sich auf den neuen Standort für den SPD-Landesverband. Dabei hob er hervor, dass mit dem Umzug in die neue Geschäftsstelle ein neues Kapitel der Sozialdemokratie in Rheinland-Pfalz beginnt. Nachdem der Landesverband in den vergangenen Jahrzehnten sehr erfolgreich im Jockel-Fuchs-Haus – der medial bekannten ‚Klarastraße‘ – gearbeitet hat, war es an der Zeit, der rheinland-pfälzischen Volkspartei SPD ein freundliches und modernes Zuhause zu geben. Die neue Landesgeschäftsstelle ist ein Teil des kontinuierlichen Erneuerungsprozesses der SPD Rheinland-Pfalz. Sie gilt als Ort der Vernetzung, Debatte und des Austauschs, die mit offenen Türen alle Mitglieder, Freund:innen und Partner:innen der Sozialdemokratie empfängt. Nicht zuletzt sollte mit der neuen Geschäftsstelle auch eine starke analoge und digitale Infrastruktur für kommende Wahlkämpfe geschaffen werden. Die neue Zentrale im Proviant-Magazin ist nach wie vor ein wichtiger Baustein für einen schlagkräftigen Wahlkampf der SPD Rheinland-Pfalz.

Die neue Landesgeschäftsstelle verfügt über einen großen Konferenzraum für Landesvorstandssitzungen, Pressekonferenzen und zahlreiche andere Besprechungen und Veranstaltungen, Räumlichkeiten für ein Social-Media-Studio sowie ausreichend Lagerflächen für Wahlkampfmaterialien und eine Tiefgarage.

ERFOLGSPROJEKT BEKOMMT RÄDER

ERÖFFNUNG DES MOBILEN QUARTIERBÜROS

Die SPD Rheinland-Pfalz hat am 21. September 2020 in Mainz-Mombach ihr mobiles Quartierbüro eröffnet. Der auffällige Kastenwagen mit integriertem Bürgerbüro rollte im Vorfeld der Landtagswahlkampagne durch ganz Rheinland-Pfalz, um die SPD in den Stadtvierteln ansprechbar zu machen, die Menschen bei ihren alltäglichen Problemen und Herausforderungen zu unterstützen und Politik vor Ort erlebbar zu gestalten. Ministerpräsidentin Malu Dreyer lobte das bereits seit 2018 in Ludwigshafen-Gartenstadt eröffnete stationäre Quartierbüro als Erfolgsprojekt und



Das Mobile Quartierbüro am Eröffnungstag in Mainz-Mombach. Foto: SPD RLP/Jannik Nasz



Malu Dreyer beim ersten digitalen Landesparteitag der SPD. Foto: SPD RLP/Jannik Nasz

begrüßte die neue mobile Variante. Die Erfahrungen in Ludwigshafen haben gezeigt, dass die Menschen mit den unterschiedlichsten Anliegen das Unterstützungsangebot vor Ort dankend annehmen. Dementsprechend hat der Landesverband nach weiteren Möglichkeiten gesucht, um noch mehr Menschen zu erreichen. Daraus ist die Idee für ein Quartierbüro auf Rädern entstanden, um auch in anderen Stadtteilen präsent zu sein. Die entsprechenden Orte, an denen das mobile Quartierbüro Halt machte, wurden strategisch ausgewählt. Es handelte sich um Viertel mit geringer Wahlbeteiligung, einem hohen AfD-Wähler:innen-Anteil sowie einem vergleichsweise großen sozialdemokratischen Wähler:innenpotenzial. Dort will die SPD als Kümmerer-Partei auch künftig das Vertrauen in die Demokratie zurückgewinnen.

HISTORISCHER DIGITALER LANDESPARTEITAG

Die SPD Rheinland-Pfalz veranstaltete am 14. August 2020 einen historischen Landesparteitag. „Wir werden den ersten digitalen Landesparteitag in Rheinland-Pfalz und gleichzeitig den ersten digitalen Parteitag aller SPD-Landesverbände ausrichten“, so der Landesvorsitzende Roger Leventz. Der rheinland-pfälzische SPD-Generalsekretär Daniel Stich fügte hinzu, dass genau dies dem Selbstverständnis der SPD Rheinland-Pfalz entspreche, als treibende Kraft die Demokratie ins digitale Zeitalter zu überführen. Mit diesem historischen Event platzierte sich die SPD Rheinland-Pfalz in Sachen digitaler Beteiligung an erster Stelle. Der Landesverband beteiligt seine Mitglieder schon lange online – beispielsweise durch die Antragsnachverfolgung oder Terminfindung. Die Durchführung eines digitalen Landesparteitages war deshalb nur ein weiterer logischer Schritt als Zeichen moderner Parteiarbeit.

Das Präsidium der SPD Rheinland-Pfalz hatte sich für den Landesparteitag unter Wahrung der Hygiene- und Abstandsregeln physisch auf einer Bühne versammelt. Die 422 stimmberechtigten Delegierten und Mitglieder des Landesvorstandes wurden per Videokonferenz-Tool zugeschaltet und hatten von zuhause aus die Möglichkeit, Wortmeldungen abzugeben. Ihnen wurde zudem ein rechtssicheres Online-Abstimmungssystem zur Verfügung gestellt, wie es auch bei Hauptversammlungen von Unternehmen zum Einsatz kommt. Delegierte ohne eigenen Computer erhielten Unterstützung durch die Geschäftsstellen der SPD. Für Gäste wurde der digitale Parteitag per Livestream ins Internet übertragen.

WAHLKAMPF FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2021: WIR MIT IHR!

Das Jahr 2020 hat die SPD Rheinland-Pfalz aufsuchend, zuhörend und diskussionsfreudig gestaltet. Ziel war es, mit den Menschen in Rheinland-Pfalz in den Dialog zu treten, um Anregungen, Wünsche und Ideen für unser Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2021 zu sammeln. Kurz vor dem ersten Corona-Lockdown im März 2020 startete Malu Dreyer die Veranstaltungsreihe „Townhall-Meeting mit Malu Dreyer: Mit Herz in Zukunft“, um in den direkten Austausch mit Bürger:innen aus Rheinland-Pfalz zu treten. Mit der Entwicklung der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020, musste das schöne Off-line-Format leider in den digitalen Raum verlagert werden. Auch dort ging der Dialog mit den Bürger:innen weiter.

Vorbereitend auf die Landtagswahl im Frühjahr 2021 hat die Programmkommission der SPD Rheinland-Pfalz unter Leitung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Alexander Schweitzer, Doris Ahnen und Hendrik Hering im Laufe des Jahres 2020 ein Regierungsprogramm erarbeitet. Der Programmkommission gehörten rund 50 Mitglieder an, darunter Expert:innen aus verschiedenen Institutionen, Gremien und Organisationen sowie vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen. In vielen Online-Sitzungen haben die Vertreter:innen der Programmkommission mit Mitgliedern und externen Expert:innen in Anlehnung an die erfolgreichen Debattencamps viele wichtige Programmpunkte für das Landtagswahlprogramm der SPD-Rheinland-Pfalz zusammengetragen und erarbeitet. So entstand für alle Interessierten eine echte Chance, am Regierungsprogramm der SPD Rheinland-Pfalz mitwirken zu können.

Bei der Landesvertreter:innenversammlung im Dezember 2020 hat die SPD Rheinland-Pfalz Malu Dreyer mit 99,7 Prozent der Stimmen zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl gewählt. Das war ein Spitzenergebnis für die amtierende Ministerpräsidentin. Von 331 gültigen abgegebenen Stimmen gab es 330 Ja-Stimmen und eine Nein-Stimme. Enthaltungen gab es keine.

Damit konnte Malu Dreyer sogar ihren Wert von 2015 übertreffen, als sie von 99,5 Prozent der Stimmberechtigten gewählt wurde. Ebenso wurde eine starke und ausgewogene Landesliste gewählt.



*Malu Dreyer beim Auftakt der Townhall-Meetings.
Foto: SPD RLP/Jannik Nasz*



*Malu Dreyer und Teile des Landesvorstandes bei der Pressekonferenz zur Dialogkampagne der Landtagswahlen 2021.
Foto: SPD RLP/Jannik Nasz*

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

Landesvorsitzender: Roger Lewentz MdL

Stellvertretende Landesvorsitzende

Doris Ahnen MdL

Hendrik Hering MdL

Alexander Schweitzer MdL

Landesschatzmeister: Dieter Feid

Generalsekretär: Daniel Stich

Beisitzerinnen und Beisitzer

Kathrin Anklam-Trapp MdL

Bettina Brück MdL

Alexander Fuhr MdL

David Guthier

Nina Klinkel MdL

Tanja Machalet MdL

Jaqueline Rauschkolb MdL

Stefanie Seiler

Sven Teuber MdL

Sabine Bätzing-Lichtenthäler MdL

Martin Diedenhofen

Christoph Glogger

Beate Kimmel

David Langner

Benedikt Oster MdL

Erik Schöller

Jutta Steinruck

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften

Michael Jung Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Christian Goldschmitt/Thomas Lind Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Günther Ramsauer Arbeitsgemeinschaft 60 Plus (AG 60 Plus)

Bernhard Kimmle Arbeitsgemeinschaft Selbständige (AGS)

Anke Schneider Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Jan Schabbeck Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Dr. Johannes Barrot Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ)

Umut Kurt Jusos Rheinland-Pfalz

Joachim Schulte Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (SPD Queer)

Anne Kleinschnieder Arbeitsgemeinschaft Selbst aktiv

Ziya Yüksel/Serkan Genc Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt (MUV)

Wolfgang Schwarz MdL, Arbeitskreis Sozialdemokraten in der Polizei Rheinland-Pfalz (AfA – SiP)

MIT SCHWUNG UND NEUEN KÖPFEN

Der Landesparteitag im November 2018 in Sindelfingen brachte große Veränderungen im Landesvorstand. Nach dem denkbar knappen Ausgang der Mitgliederbefragung zum Landesvorsitz und Leni Breymaiers Verzicht auf eine erneute Kandidatur konnte sich Andreas Stoch mit wenigen Stimmen Vorsprung gegen seinen Mitbewerber Lars Castellucci durchsetzen und wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. In seiner Bewerbungsrede hatte er zuvor die Delegierten zu mehr gelebter Solidarität in der Partei und weniger Misstrauen untereinander aufgerufen. Insgesamt hat sich der Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg deutlich verjüngt und ist mit der Klausurtagung im Februar 2019 mit neuem Schwung und vielen Ideen in seine Amtszeit gestartet. Kontinuität und Verjüngung setzten sich auch beim Landesparteitag 2020 fort, auf welchem die Partei als positive Bilanz ziehen konnte, die innerparteilichen Gefechte des Jahres 2018 überwunden und zu einer schlagkräftigen Einheit gefunden zu haben. Nicht Streit untereinander sondern Streit mit dem politischen Gegner war wieder die bestimmende Richtung unserer Arbeit.

UNSERE THEMEN – DER ZUKUNFT ZUGEWANDT

GUTE BILDUNG VON ANFANG AN!

Gute Bildung fängt in der Kita an. Jedes Kind sollte von Beginn an die bestmögliche Förderung erhalten. Aber der Besuch einer Kita kostet oft mehrere hundert Euro pro Monat. Zudem ist die Höhe der Gebühr stark vom Wohnort abhängig, von gleichwertigen Lebensverhältnissen also keine Spur. Wir wollen Familien entlasten. Eltern sollen nicht arbeiten müssen, um die Betreuungskosten ihrer Kinder bezahlen zu können.

Beim Politischen Jahresauftakt 2019 in Stuttgart begrüßten wir Ministerpräsidentin Malu Dreyer und tauschten uns mit ihr über Gebührenfreiheit und ihre Erfahrungen damit in Rheinland-Pfalz aus.



Malu Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, zu Gast beim Spitzentreffen. Generalsekretär Sascha Binder (l.) und Landesvorsitzender Andreas Stoch läuteten das politische Jahr 2019 ein. Foto: SPD-BW



Unterschriftenübergabe für das Volksbegehren über die Gebührenfreiheit von Kitas in Baden-Württemberg. Foto: SPD-BW

Nachdem die grün-schwarze Landesregierung unsere Forderung nach Einstieg in die Gebührenfreiheit abgelehnt hat, beschlossen wir, ein Volksbegehren anzustreben. Die erste Hürde – mindestens 10.000 Unterschriften innerhalb von vier Wochen zu sammeln – meisterten wir dank hochmotivierter Genoss*innen vor Ort bravourös. Mehr als 17.000 Unterschriften übergaben wir im Februar 2019 dem Innenministerium. Dennoch wurde unserem Antrag nicht stattgegeben. Dagegen klagten wir beim Verwaltungsgerichtshof – leider ohne Erfolg. Trotzdem wird das Thema gebührenfreie Kitas eine wichtige Rolle im Landtagswahlkampf spielen. Unser Dank gilt den zahlreichen Bündnispartnern aus Verbänden und Gewerkschaften: Mit ihnen haben wir uns in mehreren Treffen ausgetauscht, wir haben uns gegenseitig unterstützt und wir werden weiterhin gemeinsam für Gebührenfreiheit eintreten.

Wie werden unsere Bildungseinrichtungen zu modernen, demokratischen Lernorten, in denen kein Kind zurücklassen wird? Das diskutierten wir auf dem Kleinen Landesparteitag im Juli 2019 in Pforzheim. Der Leitantrag „BildungsMUT – Zukunft braucht Ideen, Fortschritt unseren Mut“ nimmt die gesamte Bildungsbiographie in den Blick. Neben der frühkindlichen Bildung liegt ein besonderer Fokus auf dem Bereich Bildung in der digitalen Welt. Dass das Thema aufgrund der Corona-Pandemie so schnell so bedeutsam werden würde, ahnte zu diesem Zeitpunkt niemand.

FAMILIEN IM FOKUS!

Die Corona-Krise hat unsere Gesellschaft hart getroffen. Der wochenlange Ausnahmezustand und die Unsicherheit, wann wir zu einer Art Normalität zurückkehren können, waren vor allem für Familien eine starke Belastung. Homeoffice und Homeschooling miteinander zu vereinbaren, brachte viele an ihre Grenzen, ebenso wie die Betreuungsfrage für Eltern, die nicht von Zuhause arbeiten konnten. Viele fühlten sich von der Landesregierung im Stich gelassen. Für Kinder, die in schwierigen häuslichen/familiären Verhältnissen leben, oder aus bildungsfernen Familien stammen, sind die Folgen dramatisch. Kitas und Schulen haben die Kinder nicht mehr im Blick und können Verdachtsfälle von häuslicher Gewalt nicht melden. Kinder, die bereits vor den Schließungen der Schulen Lernschwierigkeiten hatten, werden abgehängt. Aber das Recht auf Bildung für alle hat für uns Sozialdemokrat*innen höchste Priorität. Der Landesvorstand hat daher in seinem Papier „Kinder in den Fokus nehmen – Familien eine verlässliche Perspektive geben“ Forderungen formuliert, wie Bildung, Teilhabe und Freizeit in dieser schwierigen Zeit sichergestellt werden können.

Die Schließungen haben gezeigt, dass unser Schulsystem in Baden-Württemberg weder krisenfest noch zukunftssicher ist. Die Kombination aus Präsenz- und Distanzlernen ist eine völlig neue Aufgabe, auf die die Schulen nicht vorbereitet waren. Die Landtagsfraktion hat mit dem Positionspapier „Das krisenfeste Klassenzimmer“ ein Konzept mit nötigen Schritten für einen Regelbetrieb in Corona-Zeiten an b Schulen nach der Sommerpause vorgelegt. Es ist ein Weg zu besserer Kommunikation, besserer Ausstattung der Schulen und mehr Sicherheit für Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern.

Ende September 2020 startete die Veranstaltungsreihe „Krisenfestes Klassenzimmer“. Bis zum Jahresende sind landesweit insgesamt 30 Veranstaltungen terminiert, bei denen Andreas Stoch mit Lehrer*innen, Elternvertreter*innen und Schüler*innen in den Diskurs gehen wird.

WIRTSCHAFT UND KLIMASCHUTZ GEHÖREN ZUSAMMEN!

Unsere Wirtschaft befindet sich in einer großen Umbruchphase. Digitalisierung und Automatisierung verändern die Struktur der Arbeit vom Büro bis zum Fließband. Tätigkeiten werden sich grundlegend verändern, neue Formen von Arbeit entstehen. Dieser Wandel darf aber nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer*innen ausgetragen werden. Wir wollen diesen Umbruch nutzen, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei gilt es, auch den Zulieferern eine Perspektive geben. Dazu braucht es u. a. ein Konzept für Weiterbildung und Qualifizierung.

Der Transformationsprozess war dann auch Thema beim Politischen Jahresauftakt 2020 in Bad Boll. Dort diskutierten wir mit Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg und Bettina Bludau, Gesamtbetriebsratsvorsitzende der IBM Deutschland Research & Development GmbH, über die wirtschaftliche Situation in Baden-Württemberg und die Herausforderungen, die auf uns zukommen. Die Zukunft der Arbeit und die Digitalisierung standen im Mittelpunkt des Politischen Aschermittwochs 2020 mit dem Bundesminister für Arbeit und Soziales, Hubertus Heil. Die Ängste der Menschen reichen mittlerweile bis in die Mitte der Gesellschaft. Der SPD komme daher eine wichtige Rolle als Partei des Gemeinwohls der Gesellschaft zu. „Wir sorgen dafür, dass aus dem technischen Fortschritt wieder sozialer Fortschritt wird. Wir sind diejenigen, die das Land zusammenhalten!“, so sein Credo.

Das Jahr 2019 war geprägt von der Fridays for Future-Bewegung. In vielen Städten gingen junge Menschen auf die Straße und forderten ein entschiedeneres Eintreten für den Klimaschutz. Bei den Klimazielen schneidet Baden-Württemberg deutlich schlechter ab als im Bundesdurchschnitt – trotz einer grün-geführten Landesregierung. Die SPD tritt ein für einen wirkungsvollen und sozial gerechten Klimaschutz. Unsere Vertreter*innen in der Bundesregierung haben das Klimaschutzgesetz maßgeblich vorangetrieben. Der Einstieg in die CO₂-Bepreisung, der Ausbau erneuerbarer Energien, die Entwicklung alternativer Antriebsformen und der Kohleausstieg sind wichtige Schritte zu einer guten Klimapolitik.

Für uns ist klar, dass ambitionierte Klimaziele nicht im Widerspruch zu kluger Wirtschaftspolitik stehen. Ganz im Gegenteil: Wir begreifen den sozial-ökologischen Wandel als die große Chance für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland und Baden-Württemberg. Beim Landesparteitag im Oktober 2019 in Heidenheim haben wir dazu den Antrag „Klimaschutz mit Mut, Wirtschaftspolitik mit sozialer und ökologischer Verantwortung!“ verabschiedet. Und wir wollen den Umbruch nutzen, um die Arbeitsplätze der Zukunft zu schaffen. Wichtig ist, dass wir als Gesellschaft zusammenhalten und niemand außen vorlassen. Wir wollen den Wandel mit allen und für alle gestalten.

GUTE PFLEGE GEHT UNS ALLE AN!

Pflege ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Finanzierung und Gestaltung der Pflege sollen sich am Gemeinwohl orientieren, das ist die Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Während der grün-roten Regierungszeit hat die Enquetekommission „Pflege“ des Landtags von Baden-Württemberg viele Maßnahmen für gute Pflege beschlossen. Fachkräftesicherung, Ausbau von Beratung und Unterstützung, Präventionsangebote – von all diesen Vorhaben ist nach dem Regierungswechsel kaum etwas praktisch umgesetzt worden.

Mit dem Beschluss des Landesparteitags im Oktober 2019 in Heidenheim „Pflege für ein solidarisches Land – Gute Pflege geht uns alle an“ haben wir unsere Forderungen nach einer guten und würdigen Pflege für alle Menschen erneuert. Dazu gehört für uns zum einen die Stärkung der Pflegeberufe. Mehr Personal in der Pflege gewinnen wir nur mit ordentlichen Löhnen und guten Arbeitsbedingungen. Deshalb fordern wir einen flächendeckenden Branchentarifvertrag „Pflege“. Zum anderen muss Pflege an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet sein. Sie müssen wohnortnah und kommunal sein, um die Lebensqualität der Pflegebedürftigen zu verbessern. Wir brauchen eine moderne Landespflegeplanung, die Kommunen und Landkreise bei ihren Aufgaben, z. B. der Quartiers-



*Das wichtige Thema „Gute Pflege“ stand im Fokus des Landesparteitages in Heidenheim im Oktober 2019.
Foto: SPD-BW*

entwicklung, unterstützt. Eine würdevolle Pflege für alle Menschen können wir nur sichern, indem wir Pflege solidarisch finanzieren. Um Pflegebedürftige und ihre Angehörigen zu entlasten, müssen die Eigenanteile gedeckelt werden. Wir machen uns daher für eine Pflege-Bürgerversicherung und den Einsatz von Steuermitteln stark. In Heidenheim unterstützten der Krankenpfleger Alexander Jorde, der Angela Merkel bei der Wahlarena 2017 in Bedrängnis gebracht hatte, Roland Sing, Vorsitzender des VdK Baden-Württemberg, und SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil unsere Forderungen.

WOHNEN IST EIN MENSCHENRECHT!

Immer mehr Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen finden keinen bezahlbaren Wohnraum. Sie können sich die gestiegenen Mieten oder Eigentumspreise nicht leisten. Es fehlt zunehmend an barrierefreien und alters- und familiengerechten Wohnungen. Verschärft wird die Situation durch das Auslaufen von Belegungs- und Mietpreisbindungen. Die Mietpreisbremse wurde im Gesetzgebungsverfahren durch den Koalitionspartner im Bund verwässert und hat dadurch nicht zum erhofften Effekt geführt.

Baden-Württemberg braucht eine echte Wohnraumoffensive. Wir wollen eine Landesentwicklungsgesellschaft für Wohnungsbau und Quartiersentwicklung, die auf landeseigenen Flächen Wohnraum schafft und mit Kommunen und Genossenschaften kooperiert. So verleihen wir dem Wohnungsbau mehr Schub. Kommunen und Landkreise sind gefordert, neue Wohnformen zu gestalten. Außerdem sollen mit öffentlichen Mitteln Anreize geschaffen werden, um einen Wechsel von älteren Menschen in kleinere, ggf. auch betreute Wohnformen attraktiv zu gestalten und zu fördern.

MOBILITÄT – MODERN UND NACHHALTIG!

Menschen wollen mobil sein. Aber Staus, Verspätungen im öffentlichen Verkehr, zu wenig Platz für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen in Metropolen, schlechte Luftqualität und Fahrverbote stellen die Verkehrspolitik vor große Herausforderungen. Die Fahrleistungen im Personen- und Güterstraßenverkehr nehmen zu, der Trend geht hin zu schweren PKW. Das ist ressourcenintensiv und verursacht erhebliche Belastungen für Mensch, Umwelt und Klima.

Moderne Verkehrspolitik heißt für die SPD, den CO₂-Ausstoß deutlich zu reduzieren und gleichzeitig bezahlbare Mobilität für alle zu sichern – sowohl in der Stadt als auch auf dem Land. Wir wollen klimaverträgliche Fahrzeuge, der von der Bundesregierung beschlossene Einstieg in die CO₂-Bepreisung ist hierfür ein wichtiger Schritt. Schlüssel für die Energiewende im Verkehr ist es, den Anteil alternativ angetriebener Fahrzeuge deutlich zu erhöhen. Aber auch eine Verminderung des PKW-Verkehrs streben wir an, z. B. durch mehr Car-Sharing-Angebote und Steigerung des Fuß- und Radverkehrs. Den ÖPNV wollen wir voranbringen – auch mit der Einführung eines 365 Euro-Tickets. Außerdem wollen wir z. B. die Schieneninfrastruktur ausbauen und den Deutschland-Takt mit regionalen Verkehren verknüpfen.

FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE!

Die SPD Baden-Württemberg steht für eine pluralistische Gesellschaft und die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Aber 75 Jahre nach Kriegsende beobachten wir eine Zunahme von Diskriminierung, rechtsextremer Gewalt und Antisemitismus. Hass und Hetze pflanzen sich im Internet und den Sozialen Medien fort, rassistisch motivierte Anschläge sind Folgen dieser besorgniserregenden Entwicklung. Mehrfach mussten Abgeordnete mit Polizeigewalt des Landtags von Baden-Württemberg verwiesen werden – ein bis dahin in der Geschichte des Landes einmaliger Vorgang. Das zeigt, dass unsere Demokratie immer wieder aufs Neue verteidigt werden muss. Das vom Bundeskabinett beschlossene Maßnahmenpaket gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität sowie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sind hier wichtige Schritte.

Zur Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in unserer Demokratie diskutierten wir im Rahmen des Spitzentreffens 2020 in Bad Boll mit unserem Kamingast SWR-Intendant Dr. Kai Gniffke.

Die Ausschreitungen in Stuttgart haben uns schockiert. Die Gewalt und Respektlosigkeit, die sich gegen Polizei und Rettungskräfte gerichtet hat, verurteilen wir aufs Schärfste. Noch mehr Polizeipräsenz ist sicherlich eine kurzfristige Lösung, mittel- und langfristig müssen wir aber die Ursachen bekämpfen. Dazu gehört auch die Verstärkung von präventiven Maßnahmen. In der aufflammenden Debatte über Rassismus in der Polizei hat die SPD Baden-Württemberg deutlich gemacht, dass die Situation in den USA nicht mit der in Deutschland zu vergleichen ist. Dennoch gilt es, wachsam zu bleiben und nichts zu beschönigen. Aus konkreten Problemfällen müssen Konsequenzen gezogen werden.

AKTIVER STAAT

Die Corona-Krise hat in besonderem Maße gezeigt, wie wichtig ein aktiver und handlungsfähiger Staat ist, der die Zukunft nicht dem freien Spiel der Märkte überlässt, sondern alle Menschen in den Blick nimmt. Durch die Maßnahmen und Soforthilfen von Bund und Ländern konnten die Folgen der Pandemie für Wirtschaft, Arbeitsplätze, Familien und Kommunen abgemildert werden. Mit dem Konjunkturpaket wurden wichtige Wachstumsimpulse gesetzt. Unsere Minister*innen und Abgeordneten haben sich dafür eingesetzt, dass das Paket sozial gerecht ist und klimafreundliche Technologien fördert. Ein aktiver Staat sorgt für das Gemeinwohl und nicht nur die Interessen weniger. Das ist wichtig, damit unsere Gesellschaft nicht auseinanderdriftet, insbesondere in Zeiten eines vielschichtigen Wandels.

WEITERE VERANSTALTUNGEN IM BERICHTSZEITRAUM

KREISVORSITZENDENKONFERENZEN

Seit 2016 hat der Landesvorstand in seiner Geschäftsordnung festgelegt, dass seine Sitzungen nur noch von den gewählten Mitgliedern besucht werden dürfen. Man wollte so zu einer konzentrierteren Arbeitsweise und -atmosphäre kommen. Auch in der jetzigen Amtszeit hat der Landesvorstand mehrheitlich für die Beibehaltung dieser Praxis gestimmt. Auf Beschluss und gesonderte Einladung können die Kreisvorsitzenden und Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften teilnehmen. Damit dennoch Information und Austausch gewährleistet sind, wurde vereinbart, dass die stellvertretenden Landesvorsitzenden den Kreisverbänden in ihrem jeweiligen Regierungsbezirk nach jeder Landesvorstandssitzung eine Zusammenfassung zukommen lassen. Zudem finden in der Regel zweimal jährlich Kreisvorsitzendenkonferenzen statt. Rundschreiben und Newsletter sowie weitere Präsenzveranstaltungen – insbesondere in Wahlkampfzeiten – ergänzen das Info-Angebot.

EMPFANG FÜR BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE

Auch 2019 luden wir zum schon traditionellen Empfang für Betriebs- und Personalräte ein. Anders als in den Jahren zuvor, fand diesmal aber keine zentrale Veranstaltung in Stuttgart statt, sondern vier dezentrale Empfänge in Stuttgart, Ulm, Lörrach und Mannheim. Nach Begrüßung durch Sascha Binder und Rede von Andreas Stoch sprachen jeweils regionale Gewerkschafter*innen: in Stuttgart Bettina Bludau, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrat IBM Deutschland Research & Development GmbH, in Ulm Bärbel Mauch, Regionalgeschäftsführerin DGB Südwürttemberg, in Lörrach Marianne Müller, Mitglied im Betriebsrat BASF Grenzach sowie in Mannheim Daniela Schiermeier, Vorsitzende des Konzernbetriebsrats ABB. Das Schlusswort hielten Udo Lutz bzw. in Lörrach Daniele Cipriano vom AfA-Landesvorstand.

CSD

Gleich zwei Jubiläen konnten mit dem CSD 2019 gefeiert werden: der 50. Jahrestag der Revolten in der Christopher Street in New York sowie 40 Jahre CSD in Stuttgart. Alljährlich beteiligen sich Genoss*innen an der Parade durch die Stuttgarter Innenstadt, die unter dem Motto „Mut zur Freiheit“ stand. Auch diesmal war der Landesverband mit einem Truck und einer großen Fußgruppe vertreten und unterstrich damit die Forderungen nach Gleichstellung und Respekt für die

LSBTIQ*-Community, z. B. nach einer Anpassung des Transsexuellengesetzes. 2020 konnte der CSD nicht in gewohnter Form stattfinden, stattdessen fanden im Rahmen des CSD-Kulturfestivals verschiedene Aktionen und Veranstaltungen statt.

MEDIENARBEIT

Die aktuelle politische Lage begleiten wir mit Pressemitteilungen und Kampagnen über die Social-Media-Kanäle der Landes-SPD. Darüber hinaus finden regelmäßig Presse- und Redaktionsgespräche statt. Unser anlassbezogener Newsletter wird nun in Zusammenarbeit mit der Landesgruppe erstellt. Die Kommunikations- und Presseabteilung haben wir personell neu aufgestellt und für die Zeit des Wahlkampfes auch personell deutlich verstärkt. Wir haben einen modernen News-Room („Werkstatt“) im Erdgeschoss der Landesgeschäftsstelle eingerichtet, in dem wir dank neuester Technik viele unsere Social-Media-Angebote unter optimalen Bedingungen selbst produzieren können. Außerdem ist die Werkstatt der neue Arbeitsplatz für die Kommunikationsabteilung.

KOMMUNALES ORGANIZING

Um unsere Strukturen insgesamt und dauerhaft zu stärken und unsere Kampagnenfähigkeit zu verbessern, haben wir bereits 2018 das Projekt „Kommunales Organizing“ begonnen. Gemeinsam mit der Agentur MITMACHT wurde beispielhaft in den Kreisverbänden Freiburg, Ludwigsburg, Mannheim und Zollernalb versucht, Mitglieder und Neumitglieder zu aktivieren und neue Handlungs- und Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen. Das Modellprojekt wurde im Sommer 2019 abgeschlossen.

AUF IN DEN WAHLKAMPF!

ENGAGIERT BEI EUROPA- UND KOMMUNALWAHL!

Mit dem Politischen Aschermittwoch 2019 starteten wir in die heiße Phase des Europawahlkampfes. Vor rund 700 Teilnehmer*innen hielt unser Gast Martin Schulz eine leidenschaftliche Rede auf die europäische Idee. Das vom Parteikonvent im März 2019 in Berlin verabschiedete Wahlprogramm legte den Schwerpunkt auf ein starkes und soziales Europa. Bei den zahlreichen Kundgebungen im Land konnten wir auf prominente Unterstützung von Frans Timmermanns, Udo Bullmann und Katarina Barley zählen. Ein Food-Truck tourte durchs Land und machte Halt an vielen Stationen in Baden-Württemberg. Dennoch war das Wahlergebnis enttäuschend: Fast 10 Prozentpunkte hat die SPD gegenüber 2014 verloren. Mit Evelyn Gebhardt ist Baden-Württemberg nunmehr nur noch mit einer Abgeordneten im Europa-Parlament vertreten.



Kanzlerkandidat Martin Schulz (l.) zu Gast beim Politischen Aschermittwoch in Ludwigsburg. Hier mit dem Landesvorsitzenden Andreas Stoch, der Europaabgeordneten Evelyn Gebhardt und Generalsekretär Sascha Binder (v.l.). Foto: SPD-BW



Landesvorsitzender Andreas Stoch und Generalsekretär Sascha Binder begrüßten auf der Kommunalpolitischen Konferenz Familienministerin Franziska Giffey. Foto: SPD-BW

Bei der Kommunalwahl haben unsere Kandidierenden vor Ort einen engagierten Wahlkampf geführt. Ihnen standen ein umfangreiches Tür-zu-Tür-Paket mit dazugehörigen Materialien, eine rechtliche und inhaltliche Handreichung und diverse Schulungen des Landesverbands, der SGK und der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Verfügung. Außerdem stellte der Landesverband ein einheitliches Design und eine breite Palette an Materialien bereit. Die Zahl der SPD-Listen konnte im Vergleich zu 2014 annähernd gehalten werden. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey war zu Gast bei der Kommunalpolitischen Konferenz auf der Stuttgarter Waldau und schwor die Genoss*innen auf einen starken und selbstbewussten Endspurt ein. Gute Kitas, starke Familien, eine echte Fachkräfteoffensive waren ihre Botschaften. Landesweit sind wir in den Kommunalparlamenten aber nur noch drittstärkste Kraft. Der Frauenanteil in den Fraktionen blieb nahezu konstant, obwohl die meisten Listen entsprechend unseres Statuts im Reißverschlussverfahren aufgestellt wurden.

Landesvorsitzender Andreas Stoch und Generalsekretär Sascha Binder begrüßten auf der Kommunalpolitischen Konferenz Familienministerin Franziska Giffey ; Foto: SPD-BW

GUT VORBEREITET IN DIE LANDTAGSWAHL!

Mit dem Projekt „BW 2030“ haben wir uns zum Ziel gesetzt, Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen zu finden. Bezahlbarer Wohnraum, Zukunft der Arbeit, Bildung, Mobilität sowie Nachhaltigkeit und Umwelt sind die drängenden Themen, die die Menschen bewegen. Wir wollten unsere Vorstellungen darüber erarbeiten, wie unser Land im Jahr 2030 aussehen soll und durch welche Maßnahmen wir dies erreichen können. Schwerpunktmäßig haben wir uns dabei auf fünf Politikfelder konzentriert und dazu in den Fachforen

- Mobilität
- Nachhaltigkeit, Umwelt und Energie
- Beste Bildung
- Wohnen
- Technologie und Arbeit im Wandel

gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus Politik, Verbänden, Unternehmen und Wissenschaft Vorschläge und Handlungsempfehlungen für die Zukunft unseres Bundeslandes entwickelt. Die Fachforen haben zwischen Januar und November 2019 getagt. Die Abschlussberichte wurden erstmals beim Politischen Jahresauftakt 2020 in Bad Boll vorgestellt.

Die Forderungen aus den Fachforen fanden u. a. Eingang in das Wahlprogramm, das von einer Programmkommission unter Leitung von Ute Vogt in den letzten Monaten erarbeitet wurde. Eine landesweite Dialogtour hat anfangs den Programmprozess begleitet. Leider mussten nach nur einer Präsenzveranstaltung die restliche Dialogtour zumindest analog abgesagt werden. Die Beteiligung am Programmprozess war stattdessen online möglich. Dabei wurden die Ergebnisse der einzelnen Fachforen von den jeweiligen Fachforenleiter*innen vorgestellt. Zahlreiche Mitglieder beteiligten sich an der Diskussion.



Mit dem digitalen Wahlkampf-Kick-Off startete die SPD Baden-Württemberg im Juli 2020 in das Superwahljahr 2021. Foto: SPD-BW

Die Corona-Pandemie hat die klassische Parteiarbeit im März 2020 abrupt ausgebremst. Veranstaltungen und Präsenzsitzungen wurden bis Mitte Juni abgesagt und danach erst allmählich unter strengen Abstands- und Hygieneregeln wieder aufgenommen. Davon betroffen waren auch die Nominierungen unserer Kandidat*innen in den 70 Wahlkreisen, die somit überwiegend nach der Sommerpause stattgefunden haben. Die Nominierung des Spitzenkandidaten musste wegen der Absage des Landesparteitags in Heilbronn auf den November-Parteitag verschoben werden.

Den Frauenanteil unter den Kandidierenden zu erhöhen, ist erklärtes Ziel der SPD Baden-Württemberg und Bestandteil eines Beschlusses des Landesvorstands. Die Kreisverbände sind im Zuge einer Selbstverpflichtung aufgefordert, dies bei den Nominierungen zu berücksichtigen. Zwar hat sich die Zahl an Erstkandidatinnen im Vergleich zur letzten Landtagswahl erhöht, zufriedenstellend ist sie aber noch nicht. Wir müssen die Kreisverbände weiter für dieses Thema sensibilisieren und gleichzeitig Anstrengungen unternehmen, um Frauen zu einer Landtagskandidatur zu ermuntern. So erhalten z. B. Wahlkreise, in denen eine Frau neu oder wieder als Erstbewerberin kandidiert, auf Beschluss des Landesvorstands einen erhöhten Wahlkampfkostenzuschuss.

Im Juli 2020 starteten wir mit einer digitalen Kick Off-Veranstaltung in den Wahlkampf, an der zahlreiche Kandidierende, Wahlkampfteams, Abgeordnete, Kreisvorsitzende und Landesvorstandsmitglieder teilnahmen. Kandidierenden und Wahlkampfteams stellten wir ein Begrüßungspaket zur Verfügung gestellt.

Die digitale Parteiarbeit und unsere Präsenz in den Sozialen Medien haben wir weiter ausgebaut. Etwas früher als geplant ging das „ROTE NETZ“ an den Start, das der parteiinternen Kommunikation und Zusammenarbeit dient und dem eine zentrale Rolle bei der Kampagnenarbeit zukommt. Das ROTE NETZ bietet Beteiligung durch Umfragen, Ergänzungsvorschläge, Diskussionen und Erstellung eigener Dokumente und Themenvorschläge. Hier werden Informationen rund um den Wahlkampf exklusiv eingestellt und ausgetauscht. Für Haupt- und Ehrenamtliche gab es mehrere Schulungen. Die Plattform wird mittlerweile rege genutzt. Im Programmprozess haben wir im Roten Netz Themen ganz konkrete Forderungen aus dem Entwurf des Wahlprogramms zur Diskussion gestellt. Alle Mitglieder hatten jeweils eine Woche lang Zeit, Fragen zu stellen und zu diskutieren. Am Schluss dieser Woche voller Diskussionsanstöße gab es eine Videokonferenz mit Mandatsträger*innen und Mitgliedern der Programmkommission, bei der Ideen ausgetauscht und Fragen beantwortet wurden.

DIGITALER LANDESPARTEITAG IM ZEICHEN DES WAHLKAMPFES

Die sich im Herbst 2020 wieder zuspitzende Coronalage warf alle Planungen eines großen Landesparteitages mit vielen Menschen über den Haufen. So entschloss sich der Landesvorstand, neue, digitale Wege zu beschreiten und als einer der ersten Landesverbände einen ordentlichen Landesparteitag mit Vorstandswahlen komplett digital abzuhalten. Die Wahlen wiederum fanden als Urnenwahl an 20 Standorten in Baden-Württemberg zeitgleich statt. Digital beraten und beschlossen wurde das Programm zur Landtagswahl. Über 300 Delegierte beteiligten sich engagiert an der Debatte und ließen keinen Zweifel, dass wir zu digitaler Parteiarbeit in der Lage sind.



Mit dem ersten digitalen Parteitag beschritt die SPD Baden-Württemberg neue Wege. Landesvorsitzender Andreas Stoch (r.) konnte Kanzlerkandidat Olaf Scholz und die Bundesvorsitzende Saskia Esken im Wizemann in Stuttgart begrüßen. Foto: SPD-BW

Bei den Wahlen fuhren die Delegierten teilweise 50 Minuten zu „ihrem“ Wahllokal, was aber niemanden abhielt und zu einer Beteiligung von 315 der 320 gewählten Delegierten führte. Der zweite Wahlgang zu den Beisitzer*innen des Landesvorstandes erfolgte dann per Briefwahl nach dem Landesparteitag.

Hohe Wahlbeteiligung, spannende Debatten, gelebte Demokratie trotz Pandemie ... alle waren sich einig: Der Landesparteitag war ein voller Erfolg und gab Kraft für den Wahlkampf 2021.

NEUE TALENTE BRAUCHT DAS LAND!

Die SPD Baden-Württemberg lebt von ihren Mitgliedern sowie von deren Engagement und deren Ideen. Mit unserem Nachwuchsförderprogramm – der „TALENTWERKSTATT“ - wenden wir uns an 10 junge und engagierte Mitglieder unter 35 Jahren, die wir aktiv und gezielt fördern wollen. Damit bauen wir neue Potentiale auf und kommen unserem Anspruch einer vielfältigen und zukunftsgerichteten Partei nach. Dazu gehört auch ein Kulturwandel bei der Förderung politischer Talente- Kommende Generationen werden unterstützt statt als Konkurrenz wahrgenommen.

Die gezielte Personalentwicklung ist ein wichtiger Baustein für die Erneuerung der SPD in Baden-Württemberg. Das Programm dauert jeweils circa 15 Monate und ist so angelegt, dass es mit dem notwendigen persönlichen Engagement neben der Ausbildung, dem Beruf oder dem Studium absolviert werden kann. Neben einem praxisorientierten Seminarangebot bekommen die Teilnehmer*innen Einblicke in die Bereiche Politik, Gewerkschaften, Wirtschaft und Medien.

Dem Leitungsgremium gehören neben Generalsekretär Sascha Binder auch Ivo Gönner, Oberbürgermeister a.D. aus Ulm, Catharina Clay, Landesbezirksleiterin der IG BCE, und Schauspielerinnen Astrid Funderich an.

LANDESVORSTAND 2018 – 2020

(gewählt am 24.11.2018 in Sindelfingen)

Landesvorsitzender: Andreas Stoch

Stellvertretende Landesvorsitzende

Jasmina Hostert
Parsa Marvi

Dorothea Kliche-Behnke
Gabi Rolland

Schatzmeister: Karl-Ulrich Templ

Generalsekretär: Sascha Binder

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Julien Bender
Daniel Born
Leon Hahn
Birte Könnecke
Udo Lutz
Marlen Pankonin
Rita Schwarzelühr-Sutter
Meri Uhlig
Florian Wahl
Nezaket Yildirim

Ariane Bergerhoff
Isabel Cademartori
Jonas Hoffmann
Benjamin Köpfle
Ronja Nothofer
Marian Schreier
Derya Türk-Nachbaur
Thomas Utz
Viviana Weschenmoser
Roman Zitzelsberger

Landesgeschäftsführer: Marten Jennerjahn

LANDESVORSTAND 2020 – 2022

(gewählt beim digitalen Landesparteitag am 14.11.2020)

Landesvorsitzender: Andreas Stoch

Stellvertretende Landesvorsitzende

Jasmina Hostert
Parsa Marvi

Dorothea Kliche-Behnke
Rita Schwarzelühr-Sutter

Schatzmeister: Karl-Ulrich Templ

Generalsekretär: Sascha Binder

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Niklas Anner
Daniel Born
Leon Hahn
Birte Könnecke
Udo Lutz
Thilo Rentschler
Derya Türk-Nachbaur
Thomas Utz
Florian Wahl
Nezaket Yildirim

Ariane Bergerhoff
Isabel Cademartori
Jonas Hoffmann
Benjamin Köpfle
Ronja Nothofer
Viviane Sigg
Meri Uhlig
Pavlos Wacker
Andreas Woerlein
Roman Zitzelsberger

Landesgeschäftsführer: Marten Jennerjahn

BESCHLÜSSE 2019-2020

LANDESPARTEITAG AM 06.07.2019 IN PFORZHEIM – ZUR LAGE DER PARTEI

- Seenotrettung ist kein Verbrechen! – Für eine humane Flüchtlingspolitik
- BildungsMUT – Zukunft braucht Ideen, Fortschritt unseren Mut

LANDESPARTEITAG AM 12.10.2019 IN HEIDENHEIM

- Den Wandel in der Automobilindustrie gut für die Arbeitnehmer*innen gestalten!
- Pflege für ein solidarisches Land – Gute Pflege geht uns alle an
- Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl im Gebiet des SPD-Landesverband Baden-Württemberg
- Umsetzung des Nordischen Modells in der Prostitution
- Klimaschutz mit Mut, Wirtschaftspolitik mit sozialer und ökologischer Verantwortung!

DIGITALER LANDESPARTEITAG AM 14.11.2020

- Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021
- Arbeitsprogramm 2020-2021
- Mit der SPD bleibt Baden-Württemberg vorne. Innovation und Sicherheit im Wandel

TERMINE

2019

- 07.01.2019** Spitzentreffen zum Thema Gebührenfreie Kitas mit Malu Dreyer, Stuttgart
07.01.2019 Politischer Jahresauftakt, Stuttgart
01.02.2019 Klausur des Präsidiums, Bad Boll

02.02.2019	Klausur des Landesvorstands, Bad Boll
23.02.2019	Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart
06.03.2019	Politischer Aschermittwoch mit Martin Schulz, Ludwigsburg
23.–24.03.2019	Juso – Wir-Kongress, Stuttgart
04.05.2019	Veranstaltung zur Europawahl mit Udo Bullmann, Esslingen
04.05.2019	Veranstaltung zur Europawahl mit Udo Bullmann, Tübingen
11.05.2019	Kommunalpolitische Konferenz mit Franziska Giffey, Stuttgart
13.05.2019	Veranstaltung zur Europawahl mit Martin Schulz, Freiburg
18.05.2019	Veranstaltung zur Europawahl mit Katarina Barley und Andrea Nahles, Heidelberg
26.05.2019	Kommunal- und Europawahl
01.06.2019	CSD-Parade, Karlsruhe
22.06.2019	CSD-Parade, Freiburg
22.–23.06.2019	Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Sindelfingen
06.07.2019	Kleiner Landesparteitag zum Thema Bildung, Pforzheim
16.07.2019	60 plus-Landesdelegiertenkonferenz, Renningen
27.07.2019	CSD-Parade, Stuttgart
10.08.2019	CSD-Parade, Mannheim
14.09.2019	Kreisvorsitzendenkonferenz, Filderstadt
14.09.2019	Vorstellung der Kandidierenden zum Parteivorsitz, Filderstadt
19.09.2019	Betriebs- und Personalrätekonferenz, Stuttgart
23.09.2019	Vorstellung der Kandidierenden zum Parteivorsitz, Ettlingen
30.09.2019	Betriebs- und Personalrätekonferenz, Ulm
02.10.2019	Betriebs- und Personalrätekonferenz, Lörrach
07.10.2019	Betriebs- und Personalrätekonferenz, Mannheim
12.10.2019	Ordentlicher Landesparteitag, Heidenheim
09.11.2019	AfA-Landesdelegiertenkonferenz, Stuttgart
10.11.2019	Juso Regio-Konferenz, Reutlingen
10.11.2019	Juso Regio-konferenz, Südlicher Schwarzwald
16.11.2019	ASF-Landesdelegiertenkonferenz, Stuttgart
16.11.2019	SPDqueer-Mitgliederversammlung
30.11.2019	SGK-Landesdelegiertenkonferenz, Schwäbisch Hall
14.12.2019	Juso Regio-Konferenz, Freiburg

2020

10.01.2020	Spitzentreffen, Bad Boll
11.01.2020	Politischer Jahresauftakt zum Thema BW2030, Bad Boll
26.02.2020	Politischer Aschermittwoch mit Hubertus Heil, Ludwigsburg
05.03.2020	Dialogtour, Karlsruhe
20.03.2020	Kreisvorsitzendenkonferenz (Onlinekonferenz)
30.03.2020	Dialogtour (Onlinekonferenz)
23.04.2020	Dialogtour (Onlinekonferenz)
27.04.2020	Dialogtour (Onlinekonferenz)
04.07.2020	Wahlkampf Kick-Off (Onlinekonferenz)
01.08.2020	Tagesseminar für die Landtags-Kandidierenden (Onlinekonferenz)
19.–20.09.2020	Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Karlsruhe
26.09.2020	Kreisvorsitzendenkonferenz, Filderstadt
14.11.2020	Digitaler Landesparteitag



LANDESVERBAND BAYERN

Vorsitzende: Natascha Kohnen

Stellvertretende Vorsitzende/r

Matthias Dornhuber
Marietta Eder
Johanna Uekermann

Generalsekretär: Uli Grötsch

Kassierer: Thomas Goger

Beisitzerinnen und Beisitzer

Tobias Philipp Auinger
Richard Brand
Thorsten Brehm
Martin Burkert
Philipp Dees
Eva-Maria Deppisch
Ismail Ertug
Hannah Fischer
Daniel Fürst
Dirk Goldenstein
Bertram Hacker
Rita Hagl-Kehl
Josephine Harris
Sebastian Koch
Anja König
Ulrich Maly
Andreas Mehlretter
Christa Naaß
Josef Parzinger
Marko Poggenpohl
Anna Rasehorn
Katja Reitmaier
Sonja Röhm
Christoph Schmid
Michael Schrodi
Gabriele Sehorz
Florian von Brunn
Carolin Wagner
Katja Weitzel

Vertreter der Jusos

Vertreter der AfABeisitzer/in

Vorsitzender der Landesgruppe

Vertreter (Voritzender) der AGS

Vertreter (Voritzender) der AG 60plus

Vertreterin der AsF

Beratende Mitglieder

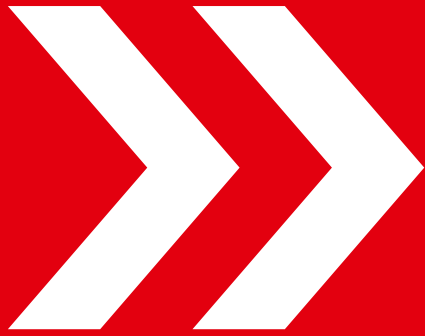
Ulrike Bahr
Thomas Jung
Carmen König-Rothemund
Florian Ritter
Bernd Rützel
Franz Schindler
Carsten Träger
Franz Weiß

Kooptierte Mitglieder

Klaus Barthel
Svenja Bille
Sibylle Brandt
Daniel Jazdzewski
Anette Kramme
Stefanie Krammer
Florian Pronold
Michael Rehbogen
Markus Rinderspacher
Armin Rüger
Gregor Michael Schneider
Arif Tasdelen
Bernhard Taubenberger
Reiner Wagner
Micky Wenngatz
Marion C. Winter

Bezirksv. Schwaben
Vors. SGK
Vertretende Kontrollkommission
Bezirksvors. Oberbayern
Bezirksvors. Unterfranken
Bezirksvors. Oberpfalz
Bezirksvors. Mittelfranken
Betriebsratsvorsitzender

Vors. AfA
GSF SGK
Vors. SelbstAktiv
Vors. SPDqueer
Parl. Staatssekr.
Vors. Jusos
Parl. Staatssekr.
AG Migration und Vielfalt
Vizepräsident Bay. Landtag
Vors. ASG
GSF Landtagsfraktion
Vors. AG Migration und Vielfalt
Historischer Beauftragter
Vors. AvS
Vors. AsF
Vors. AfB



BERICHT DES ARBEITSKREISES DER BETRIEBSRÄTE IN DER SPD

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

ARBEITSKREIS DER BETRIEBSRÄT*INNEN

Der Arbeitskreis der Betriebsrät*innen ist der Zusammenschluss aller Betriebsrät*innen aus den Landesverbänden, den Bezirken und dem Parteivorstand. Der Arbeitskreis ist nach außen Verhandlungspartner für die Arbeitgeberseite bei der Erarbeitung von flächendeckenden Schulungsangeboten und Musterbetriebsvereinbarungen, beispielsweise in den Bereichen EDV oder betriebliche Altersvorsorge. Zur Arbeitgeberseite gehören die Leitenden Geschäftsführer*innen der Landesverbände und Bezirke sowie der Parteivorstand. Intern ist der Arbeitskreis Ansprechpartner, Vermittler, Veranstaltungsorganisator und Schulungspartner für die Belange der in ihm organisierten Betriebsrät*innen. Wir nehmen an den Sitzungen der Leitenden Geschäftsführer*innen und der Parteischule regelmäßig teil. Viermal im Jahr tritt der Vorstand des Arbeitskreises zu einer Sitzung zusammen.

Im Jahr 2019 haben wir uns hauptsächlich mit den Themen IT und betriebliche Altersvorsorge beschäftigt. Im Juli fand eine Betriebsrät*innenkonferenz mit den Vertreter*innen aus den SPD-Gliederungen statt.

Wir arbeiteten alle im gleichen IT-Netzwerk und nutzten für die tägliche Arbeit die Mitgliederadressverwaltung (MAVIS). Die Datenschutzgrundverordnung und die IT-Sicherheitsvorgaben können arbeitsrechtliche Maßnahmen nach sich ziehen. Deshalb war und ist es uns als Arbeitskreis wichtig, hier eine einheitliche und bundesweite Lösung zu erzielen. Leider hat es der Parteivorstand nicht geschafft, positiven Einfluss auf die Gliederungen zu nehmen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Begleitgruppe für die MAVIS wurde im Jahr 2019 seitens der Arbeitgeber nicht einberufen. Aus unserer Sicht ein Fehler. Diente diese Gruppe doch erfolgreich in den vergangenen Jahren der Weiterentwicklung der MAVIS.

Die SPD bietet seit Jahren ihren Beschäftigten eine betriebliche Altersvorsorge an. Im Jahr 2019 wechselte der Parteivorstand seinen Berater zur betrieblichen Altersvorsorge. Da die Landesverbände und Bezirke mit Rahmenverträgen an den Parteivorstand gebunden sind, zeichnete sich für sie ein Beraterwechsel ab.

Im Rahmen der Betriebsrät*innenkonferenz haben wir uns über den Stand der Dinge ausgetauscht. Für Datenschutzfragen hatten wir den Datenschutzbeauftragten des Parteivorstandes und für die betriebliche Altersvorsorge die u.di als neuen Berater eingeladen. Dabei standen die Betriebsrät*innen Rede und Antwort, so dass alle zufrieden und mit neuen Erkenntnissen nach Haus fahren konnten.

Einmal im Jahr veranstalten wir ein Seminar für unsere Betriebsrät*innen. 2019 unter dem Motto „Schöne neue Arbeitswelt – Herausforderung der digitalen Parteiarbeit für Beschäftigte und Betriebsrät*innen“. Das Seminar fand vom 03.-06.11.2019 in Springe statt, in Zusammenarbeit mit dem Heinz-Kühn-Bildungswerk. Es ging um Themen wie Stressbewältigung am Arbeitsplatz, innerparteiliche Bildungsarbeit, Veränderung durch Digitalisierung und die damit verbunden Herausforderungen für die Betriebsratsarbeit. Mit 25 zufriedenen Teilnehmer*innen war auch dieses Seminar ein Erfolg.

Zu Beginn des Jahres 2020 zeichnete sich ein normales Jahr für unsere Arbeit ab. Unsere erste Vorstandssitzung fand noch in Präsenz statt. Wir planten eine Betriebsrät*innenkonferenz für die Mitte und zum Ende Jahres ein Seminar. Doch dann kam Corona. In der letzten Präsenzsitzung der Leitenden Geschäftsführer*innen drängten wir als Arbeitskreisvertreter*innen auf eine flächendeckende Lösung zum Thema Home Office in einer Pandemie. Dieses wurde von Arbeitgeberseite nicht als erforderlich angesehen. Stattdessen gab es einen freiwilligen formellen Austausch zwischen interessierten Leitenden Geschäftsführer*innen. Während der Pandemie regelte es jeder Landesverband und Bezirke für sich und nicht immer zum Schutz der Beschäftigten.



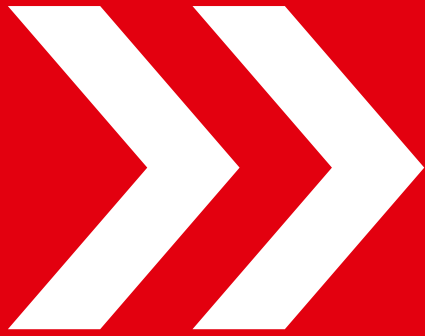
Das Foto zeigt die Teilnehm*innen des Seminars 2019 in Trier.(Foto:privat)

In diesem Jahr schied auch eines unserer Mitglieder aus persönlichen Gründen aus dem Vorstand aus. Die Betriebsrät*innenkonferenz führten wir Mai digital durch. Thematisch ging es um Berichte aus den Gliederungen und den Austausch darüber. Auch fragten wir das Interesse nach einem Seminar am Ende des Jahres ab. Letztendlich sagten wir das geplante Seminar ab und entschieden uns für eine weitere Betriebsräte*innenkonferenz in hybrider Form im Willy-Brandt-Haus. Die Konferenz fand im Oktober 2020 statt. Vor Ort waren 11 Betriebsrät*innen, der Parteivorsitzende Norbert Walter-Borjans, die Bundesgeschäftsführerin Jessika Wischmeier und zugeschaltet weitere 10 Betriebsrät*innen. Dem Parteivorsitzenden erläuterten wir erneut unseren Wunsch nach einem Gesamtbetriebsrat. Wir sprachen auch mit ihm über die Zukunft der Sozialdemokratie, die Rolle der Hauptamtlichen in der SPD und die Bedeutung von Betriebsrät*innen. Mit der Bundesgeschäftsführerin redeten wir über die vor uns allen liegenden Aufgaben im anstehenden Wahlkampf. Beide Gespräche verliefen gut. Der Bitte des Parteivorsitzenden unsere Gründe für einen Gesamtbetriebsrat darzulegen sind wir nachgekommen. Wir sprachen darüber hinaus über die Themen für das nächste Seminar in 2021. Alle berichteten über ihre gegenwärtige Situation vor Ort und den anstehenden Herausforderungen. Die Nachwahl des ausgeschiedenen Vorstandsmitglieds wurde auf die nächste Präsenzsitzung verschoben.

Unsere Arbeitskreis-Vorstandssitzungen haben wir digital abgehalten. Ebenso, wie in der Regel, unsere Teilnahme an den Sitzungen der Leitenden Geschäftsführer*innen und der Parteischule.

DEM ARBEITSKREISGEHÖRTEN 2019/2020 AN

Erich Holzwarth – Vorsitzender
Enrico Bloch – stellv. Vorsitzender
Gabi Stuckenberg- Hammann – Beisitzerin
Beata Krahle – Beisitzerin (01.2020 ausgeschieden)
Carsten Ganzer – Beisitzer



BERICHT DER **SPD-BUNDESTAGS- FRAKTION**

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

VORWORT

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

die 19. Legislaturperiode war aus sozialdemokratischer Sicht besonders: Zum einen, weil wir Sozialdemokrat:innen aus Verantwortung gegenüber unserem Land erneut in die Große Koalition eingetreten sind – während sich andere dieser Verantwortung entzogen hatten. Zum anderen, weil das Land ab 2020 mit einer weltweiten Pandemie konfrontiert war, deren wirtschaftliche und soziale Auswirkungen es zu bewältigen galt.



Wir können stolz darauf sein, dass wir uns damals dieser politischen Herausforderung trotz großer Bedenken gestellt haben. Denn wir Sozialdemokrat:innen waren es, die an vorderster Stelle dafür gearbeitet haben, dass Politik und Gesellschaft an einem Strang gezogen haben und auch dadurch die Corona-Pandemie gut meistern konnten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in der 19. Legislaturperiode gemeinsam mit den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern und allen voran unserem Vizekanzler und Bundesfinanzminister Olaf Scholz die Menschen vor Massenarbeitslosigkeit geschützt und unsere Volkswirtschaft in schweren Zeiten stabilisiert: mit dem krisenerprobten Kurzarbeitergeld und mit milliardenschweren Hilfspaketen für Unternehmen und Selbstständige. Wir waren es auch, die die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und

der Krankenhäuser vorangetrieben und darauf geachtet haben, dass die Städte und Gemeinden in der Krise finanziell handlungsfähig bleiben und dass das die grundlegenden Bedürfnisse trotz Einschränkungen befriedigt werden können.

Nicht zuletzt haben wir dafür gesorgt, dass auch und gerade in schweren Zeiten nicht am Sozialstaat gerüttelt wird – im Gegenteil. Wir haben ihn gestärkt. Die Grundrente wertschätzt heute die Lebensleistung vieler Rentnerinnen und Rentner. Dafür haben sich die langen Debatten mit dem Koalitionspartner gelohnt. Und auch Azubis bekommen heute mit einer Mindestvergütung den Respekt, den sie verdienen.



VERANTWORTUNG, ZUSAMMENHALT UND ZUKUNFT

In dieser außergewöhnlichen Zeit haben wir viele Schulden aufgenommen. Doch die Situation im Jahr 2021 gibt uns Recht: Deutschlands Wirtschaft hat sich erholt, die Arbeitslosigkeit ist auch im Vergleich zu anderen europäischen Ländern niedrig geblieben. Wir Sozialdemokrat:innen haben maßgeblich durch unsere Ideen und Maßnahmen dazu beigetragen, dass wir gestärkt aus dieser Krise kommen werden. Denn wir haben mit dem Konjunkturprogramm die Grundlage für das Großprojekt der nächsten Jahre gelegt: den sozial-ökologischen Umbau unseres Landes. Jetzt gilt es, die kommenden Jahre progressiv anzupacken und den Haushalt wieder solide aufzustellen.

In den folgenden Kapiteln geben wir Euch einen Überblick darüber, woran die SPD-Bundestagsfraktion in den Jahren 2019 und 2020 gearbeitet hat. Unbestritten ist, dass die ersten Jahre der Neuauflage einer Großen Koalition uns als Fraktion durchaus gefordert haben. Aber ebenso wahr ist – und das ist das Wichtige – dass wir aus Fehlern gelernt und uns zusammengerauft haben. Wir haben gemeinsam den Respekt im Umgang miteinander neu aufleben lassen. Darauf bin ich besonders stolz.

Verantwortung, Zusammenhalt und Zukunft – diese Leit motive werden auch in der kommenden Legislaturperiode Richtschnur unserer Politik sein.

Dr. Rolf Mützenich
November 2021

ARBEITSGRUPPE ANGELEGENHEITEN DER EUROPÄISCHEN UNION / TEIL EUROPA

GRÜNES LICHT FÜR BEITRITTSVERHANDLUNGEN MIT NORDMAZEDONIEN UND ALBANIEN

Die Länder des westlichen Balkans liegen inmitten der Europäischen Union (EU), sie gehören fest zu Europa. Deshalb unterstützen wir eine künftige Mitgliedschaft aller Westbalkanstaaten in der EU. Auf einen von der SPD-Fraktion mit initiierten Antrag hat der Bundestag im September 2019 sein Einvernehmen für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gegeben. So haben die beiden Länder im März 2020 endlich grünes Licht durch die Regierungen aller Mitgliedstaaten erhalten. Dies war wichtig, um die Glaubwürdigkeit der EU in der Region nicht zu verspielen, denn die beide Staaten haben eine ganze Reihe von Voraussetzungen dafür geschaffen, bis hin zu Änderung des Namen im Fall von Nordmazedonien. Umso bedauerlicher, dass die ersten Beitrittskonferenzen nicht stattfinden konnten, weil ein Mitgliedstaat bilaterale Probleme auf die EU-Ebene gehoben hat. Die Fraktion setzt sich weiter dafür ein, diese Schwierigkeiten zu überwinden.

ZUKÜNFTIGE BEZIEHUNGEN ZUM VEREINIGTEN KÖNIGREICH

Der rechtliche Vollzug des Brexit und die Gestaltung der neuen Beziehungen nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs nahmen 2019/20 breiten Raum ein. Der EU ist es gelungen, sowohl in den schwierigen Verhandlungen über die Austrittsbedingungen als auch über die zukünftigen Beziehungen einheitlich und geschlossen aufzutreten. Im Februar 2020 hat der Bundestag auf Grundlage eines von der Koalition und Bündnis90/Grünen eingebrachten Antrags seine Anforderungen dazu formuliert. Enge wirtschaftliche Beziehungen mit möglichst geringen Reibungsverlusten sind nur dann möglich, wenn unfairer Wettbewerb zulasten von Umwelt-, Klima-, Sozial- oder Arbeitsstandards ausgeschlossen ist. Trotzdem wird die bisher intensive wirtschaftliche Verbundenheit zurückgehen, weil Großbritannien keine Zollunion mit der EU eingeht. Das Ergebnis des Verhandlungsprozesses, der auf der britischen Seite mehr als ereignisreich war, entspricht diesen Anforderungen, weshalb der Bundestag im April 2020 mit einem von der SPD-Fraktion eingebrachten Antrag grünes Licht zum Handels- und Kooperationsabkommen gab. Darin wird auch die vollständige Umsetzung des Austrittsabkommens und seine dauerhafte Beachtung gefordert, was insbesondere für das Protokoll zu Irland/Nordirland gilt.

DEUTSCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Die Vorbereitungen für die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 liefen auf Regierungsebene seit Jahren und auch der Bundestag plante ein anspruchsvolles, aber grundsätzlich konventionelles parlamentarisches Programm. Durch die Corona-Krise wurden diese Planungen komplett umgeworfen.

Die Fraktion formulierte ihre geänderten Erwartungen mit einem Ende Juni 2020 verabschiedeten Positionspapier. Die gesundheitliche Bedrohung durch das Corona-Virus sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie erforderten eine umfassende und gemeinsame europäische Antwort im Geiste der Solidarität. Denn aufgrund epidemiologischer Zufälle sowie einer unterschiedlich ausgeprägten Widerstandsfähigkeit der Gesundheitssysteme und Wirtschaftsstrukturen wirkte sich die Krise in jedem Mitgliedstaat anders aus. Das Papier zeichnete die während der Ratspräsidentschaft erzielte Verständigung vor, aufgrund derer 750 Milliarden

Euro an den Kapitalmärkten aufgenommen werden konnten und für einen Wiederaufbaufonds zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie bereitstehen. Davon sind mehr als die Hälfte Zuschüsse. Das schafft den benötigten finanziellen Handlungsspielraum für Zukunftsinvestitionen in Digitalisierung und Klimaschutz.

RECHTSSTAATLICHKEIT IN DER EU

Bereits in dem Positionspapier machte sich die Fraktion dafür stark, dass EU-Mittel in substanziellem Maße einbehalten werden können, wenn bei einem Mitgliedstaat die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit vorliegt. Die Frage der Rechtsstaatlichkeit ist in den Blickpunkt gerückt, weil die Regierungen Polens und Ungarns diese mit einer Vielzahl von Maßnahmen in Frage stellen und insbesondere die Unabhängigkeit der Justiz untergraben. Im Juli 2020 nimmt der Bundestag dazu einen von der SPD-Fraktion mit eingebrachten Antrag an, der weitere Forderungen und Ideen dazu formuliert, wie die Rechtsstaatlichkeit gestärkt und verteidigt werden soll. Alle Möglichkeiten (Rechtsstaatsdialog, Rechtsstaatscheck, Konditionalitätsmechanismus, Vertragsverletzungsverfahren, Artikel-7-Verfahren) sollen zur Anwendung kommen, also präventive und sanktionierende Instrumente.

SOUVERÄNES EUROPA

Die Corona-Krise hat vor Augen geführt, wie sehr die Europäische Union in vielen Bereichen darauf angewiesen ist, dass Medizinprodukte, Arzneimittel und andere wichtige Waren aus anderen Weltregionen zuverlässig und pünktlich geliefert werden. Impulse dazu, wie die EU ihre Souveränität behaupten kann, hat die Bundestagsfraktion in einem Positionspapier im Oktober 2020 vorgelegt. Die künftige außenpolitische und wirtschaftliche Gestaltungs- und Behauptungsfähigkeit Deutschlands und der EU wird maßgeblich vom Grad ihrer Souveränität abhängen. Diese wollen wir ganzheitlich und umfassend stärken, ohne Europa abzuschotten. Auf Grundlage einer systematischen Prüfung von Abhängigkeiten haben wir Schlüsselbereiche der Technologie und der Produktion definiert, in denen eigenständigere Kapazitäten aufbauen werden sollen. Diese Analyse geht in eine europäische Industriepolitik ein, die langfristig und verlässlich ausgerichtet ist. Durch europäische Standards, technische Normen und Recht sollen Maßstäbe für globale Regelwerke gesetzt werden. Das Kartell- und Beihilferecht muss faire Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen schaffen und Staatssubventionen für konkurrierende Unternehmen aus Drittstaaten in den Blick nehmen. Mit Investitions-, Kapitalverkehrs- und Exportkontrollen soll die ausländische Einfluss- oder Übernahme von strategisch wichtigen Unternehmen nötigenfalls abgewehrt werden.

ARBEITSGRUPPE ARBEIT UND SOZIALES

ANGEHÖRIGENENTLASTUNGSGESETZ

Für Angehörige geht die Pflege von Eltern oder Kindern häufig mit einer großen finanziellen Belastung einher. Bislang mussten sie für den Unterhalt und damit für die Pflegekosten ihrer pflegebedürftigen Eltern oder Kinder aufkommen, wenn diese Hilfe zur Pflege erhalten. Wir haben durchgesetzt, dass auf das Einkommen der Angehörigen erst dann zurückgegriffen wird, wenn sie mehr als 100.000 Euro Einkommen im Jahr haben – im Übrigen werden die Kosten für die Hilfe zur Pflege vom Staat übernommen.

MEHR SCHUTZ FÜR PAKETBOT:INNEN

Wir haben der Ausbeutung von Beschäftigten in der Paketbranche einen Riegel vorgeschoben. Der Boom im Onlinehandel darf nicht zulasten der Mitarbeiter:innen von Kurier-, Express- und Paketdiensten gehen. Ein Teil dieser Dienstleister vergibt Aufträge an Subunternehmen. Dabei kommt es immer wieder zu Sozialversicherungsbetrug. Deshalb haben wir die Nachunternehmerhaftung in der Paketbranche eingeführt: Hauptunternehmen haften, wenn Subunternehmen keine Sozialversicherungsbeiträge abführen. Für die Zahlung des Mindestlohns gilt dies bisher schon branchenübergreifend.

BESSERE UNTERSTÜTZUNG FÜR OPFER VON GEWALT

Opfer von Terroranschlägen oder anderen Gewalttaten benötigen schnelle und unbürokratische Hilfe. Wir haben einen Opferschutzbeauftragten des Bundes eingesetzt, das soziale Entschädigungsrecht reformiert, die monatlichen Entschädigungszahlungen erhöht und neue schnelle Hilfen eingeführt. Erstmals haben nun auch Opfer psychischer Gewalt einen Anspruch auf Leistungen. Bundesweit werden Traumaambulanzen eingerichtet, die Gewaltopfer unmittelbar nach einer Tat psychotherapeutisch behandeln. Fallmanager:innen unterstützen und begleiten sie.

SOZIALER SCHUTZ VOR DEN FOLGEN VON CORONA

Wir haben gleich zu Beginn der Pandemie dafür gesorgt, dass Kurzarbeitergeld leichter in Anspruch genommen werden kann. So reicht es aus, wenn zehn Prozent (statt eines Drittels) der Beschäftigten in einem Betrieb von Arbeitsausfall betroffen sind, damit Kurzarbeit beantragt werden kann. Auch Beschäftigte in Leiharbeit können davon profitieren. Außerdem haben wir den Bezug auf bis zu 24 Monate verlängert und das Kurzarbeitergeld zeitlich befristet erhöht.

Wir haben den Zugang zur Grundsicherung für Arbeitsuchende sowie zur Sozialhilfe befristet erleichtert. Insbesondere Kleinunternehmer:innen und Solo-Selbständige können einfacher finanzielle Unterstützung vom Staat bekommen, insbesondere weil eigenes Vermögen nur berücksichtigt wird, wenn es erheblich ist. Zudem wurde gewährleistet, dass niemand die eigene Wohnung aufgeben muss. Außerdem wurden soziale Dienstleister und Einrichtungen der Fürsorge weiterhin in ihrem Bestand gesichert und finanziell unterstützt.

GRUNDRENTE

Mit der Einführung einer Grundrente würdigen wir die Lebensleistung langjährig Versicherter. Den Zuschlag erhält, wer im Erwerbsleben zwischen 30 und 80 Prozent des Durchschnittsentgelts verdient hat. Voraussetzung für den vollen Erhalt der Grundrente sind 35 Beitragsjahre, zwischen 33 und 35 Beitragsjahren erfolgt ein gestaffelter Zuschlag. Wichtig war uns, dass die Grundrente automatisch ausgezahlt wird. Auch gibt es keine aufwendige Bedürftigkeitsprüfung. Zusätzliches Einkommen wird innerhalb bestimmter Freibeträge nicht angerechnet. Rund 1,3 Millionen Menschen, darunter viele Frauen und Menschen in Ostdeutschland, bekommen mit der Grundrente einen spürbaren Zuschlag auf ihre Rente.

ARBEIT-VON-MORGEN-GESETZ

Mit dem Qualifizierungschancengesetz erhalten Beschäftigte seit Anfang 2019 umfassenden Zugang zur Weiterbildungsförderung der Bundesagentur für Arbeit, wenn sie vom digitalen Wandel betroffen sind oder sich in einem Beruf weiterbilden wollen, in dem Fachkräftemangel herrscht. Mit dem Arbeit-von-morgen-Gesetz wurde die Förderung weiter verbessert. So erhöhen sich die Zuschüsse, wenn viele Beschäftigte eines Unternehmens Weiterbildung benötigen oder wenn es eine Betriebsvereinbarung zur beruflichen Weiterbildung bzw. einen entsprechenden Tarifvertrag gibt. Außerdem wurden Voraussetzungen für die Förderung gesenkt, die Antragstellung vereinfacht und zusätzliche Anreize für Weiterbildung bei Kurzarbeit geschaffen. Außerdem haben wir für Geringqualifizierte einen Rechtsanspruch auf berufliche Weiterbildung eingeführt, damit sie einen Berufsabschluss nachholen können.

BESSERE ARBEIT IN DER FLEISCHBRANCHE

Wir haben in der Fleischindustrie für verlässlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz gesorgt: mit einheitlichen Kontrollstandards und höheren Bußgeldern. So haben wir der organisierten Verantwortungslosigkeit einen Riegel vorgeschoben und für verlässliche Arbeitsbedingungen gesorgt.

Auch wurde die elektronische und manipulationssichere Aufzeichnung der Arbeitszeit verpflichtend und der Einsatz von Fremdpersonal im Kerngeschäft verboten. Durch das Untersagen von Werkverträgen und Leiharbeit zwingen wir die Branche, Verantwortung für ihre Beschäftigten zu übernehmen. Außerdem gilt in der Fleischverarbeitung künftig ein grundsätzliches Verbot der Arbeitnehmerüberlassung. Nur durch einen Tarifvertrag können in engen Grenzen und auf drei Jahre befristet hiervon abweichende Vereinbarungen getroffen werden. Das stärkt die Tarifbindung in einer Branche, in der es bislang nur wenige Tarifverträge gibt.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT AM GLEICHEN ORT

Die reformierte EU-Entsenderichtlinie verspricht faire Entlohnung für entsandte Arbeitnehmer:innen und einen fairen Wettbewerb innerhalb Europas. In anderen EU-Ländern zu arbeiten, ist inzwischen selbstverständlich. Teilweise kommt es aber zu unfairem Wettbewerb, Rechtsunsicherheiten und unlauteren Geschäftspraktiken. Mit der revidierten Entsenderichtlinie hat die EU eine neue Grundlage für faire Regeln geschaffen. Mit dem neuen Arbeitnehmer-Entsendegesetz haben wir sie in nationales Recht umgesetzt.

Galten vorher nur Mindestbedingungen, so wird Lohndumping nun noch konsequenter bekämpft: Mehrere Lohnstufen, zusätzliche Regelungen für Zulagen, Sonderzahlungen oder Sachleistungen – all das wurde für alle verbindlich. Damit der Zoll die Einhaltung der neuen Regeln strikter kontrollieren kann, wurde er mit zusätzlichen Stellen verstärkt.

ARBEITSGRUPPE AUßENPOLITIK

SICHERHEIT DURCH DIALOG, TRANSPARENZ UND VERTRAUEN – SOZIALDEMOKRATISCHE INITIATIVEN FÜR ABRÜSTUNG, RÜSTUNGSKONTROLLE UND NICHTVERBREITUNG

Vor über 50 Jahren trat der Nukleare Nichtverbreitungsvertrag (NVV) in Kraft. Die in ihn gesetzten Erwartungen einer weltweiten nuklearen Abrüstung wurden bis heute leider nicht erfüllt. Dennoch ist er ein Grundpfeiler der multilateralen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsdiplomatie, für dessen Stärkung und Erhalt sich Sozialdemokrat:innen immer eingesetzt haben. Die Verhinderung der Verbreitung und des Einsatzes atomarer, biologischer und chemischer Waffen gehört weiterhin zu den wichtigsten Zielen sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Unser letztendliches Ziel ist dabei die vollständige weltweite Abrüstung der bestehenden Arsenale von Massenvernichtungswaffen. Diesen Herausforderungen wollen wir mit den Mitteln des Dialogs, der Vertrauensbildung und der Diplomatie begegnen. Dazu haben wir im März 2020 ein eigenes Positionspapier beschlossen.

DEN MULTILATERALISMUS STÄRKEN – DIE GROßEN HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT GEMEINSAM BEWÄLTIGEN!

Vor 76 Jahren wurden die Vereinten Nationen gegründet, um die Welt von der Geißel des Krieges zu befreien. Mit der COVID-19-Pandemie stehen die Vereinten Nationen und mit ihnen der gesamte Multilateralismus vor ihrer größten Bewährungsprobe nach dem Zweiten Weltkrieg. Nicht jede Ökonomie und Gesellschaft leidet unter den gleichen Umständen und nicht alle leiden gleich schlimm. Aber wir müssen alle solidarisch zusammenarbeiten, um die Krise zu meistern. Denn isolierte Maßnahmen, seien sie gesundheits-, wirtschafts- oder sozialpolitisch, sind mit Blick auf die globale Herausforderung der Krise unzureichend. In dieser Hinsicht gibt es Übereinstimmungen zwischen der Pandemie und der Menschheitsherausforderung Klimawandel. Ob uns das gelingt, wird maßgeblich davon abhängen, ob die Weltgemeinschaft den internationalen Organisationen ein klares Mandat gibt, uns gemeinsam aus der Krise zu führen. Und umgekehrt wird von der Bekämpfung der Pandemie auch ein Signal ausgehen, ob der Multilateralismus gestärkt aus der Krise hervorgeht, so haben wir es im Positionspapier vom 16. Juni 2020 beschlossen.

SOUVERÄN, REGELBASIERT UND TRANSPARENT – EINE SOZIALDEMOKRATISCHE CHINA-POLITIK

Der Aufstieg der Volksrepublik China ist eine der größten globalen Veränderungen der letzten Jahrzehnte. Die wachsende Bedeutung Chinas birgt eine Vielzahl an Herausforderungen, aber auch einige Chancen für Deutschland und die EU. Ziel muss eine gemeinsame europäische Position sein, die fest in der Wertegemeinschaft des Westens verortet ist, die die europäische Souveränität in einer regelbasierten multilateralen Ordnung stärkt, und konstruktive, offene und transparente Beziehungen zu den zentralen Akteuren von Morgen vertieft. Für uns Sozialdemokrat:innen ist Politik gegenüber China stets durch einen kontinuierlichen politischen Dialog geprägt. Es gilt der Grundsatz, nicht nur über, sondern auch mit China zu reden, und dabei konstruktiv-kritische Fragen der Kooperation und des Wettbewerbs zu behandeln. Ohne den Dialog mit China ist die Gestaltung der ökonomischen, ökologischen, sozialen und politischen Herausforderungen unserer Zeit kaum vorstellbar. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion Mitte 2020 ein Positionspapier verabschiedet.

SOUVERÄNES EUROPA

Mit dem Positionspapier „Souveränes Europa“ hat die SPD-Bundestagsfraktion ein klares Bekenntnis zur Europäischen Union als solidarische Schicksalsgemeinschaft abgegeben. Grundlage hierfür sind gemeinsame Werte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, ein gemeinsames Verständnis des sozialen und gesellschaftlichen Miteinanders sowie ein Europa, das durch seinen Wohlstand allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Leben ermöglicht. Die großen Herausforderungen Covid-Pandemie und Klimakrise zeigen jedoch die Grenzen der 27 EU-Mitgliedstaaten deutlich auf und erfordern deshalb ein entschlossenes, gemeinsames Handeln. Denn nur im souveränen Zusammenschluss der EU lässt sich die politische, gesellschaftliche und ökonomische Handlungsfähigkeit Europas nach innen und außen stärken.

DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN

Die Frage des Gedenkens und Erinnerns ist in den deutsch-polnischen Beziehungen von ganz besonderer Bedeutung. Das Bewusstsein über den besonderen Charakter der deutsch-polnischen Beziehungen mit dem Tiefpunkt der deutschen Besatzung und Kriegsführung in Polen zwischen 1939 und 1945 ist bis heute in Deutschland noch nicht hinreichend ausgeprägt. Aus diesem Grund hat die SPD-Bundestagsfraktion die Initiative für einen fraktionsübergreifenden Antrag mit CDU/CSU, FPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ergriffen, der einen geeigneten, sichtbaren und zugänglichen Ort fordert.

DIE TRANSATLANTISCHEN BEZIEHUNGEN NEU DENKEN

Die USA sind unser wichtigster und engster außereuropäischer Partner. Mit der Wahl Joe Bidens bietet sich für Deutschland und Europa die Chance unsere Beziehungen wieder auf ein breiteres Fundament zu stellen, denn unsere Außenpolitik ist tief verwurzelt in der transatlantischen Werte- und Sicherheitsgemeinschaft. Mit unserem Positionspapier „Die transatlantischen Beziehungen neu denken“ wollte die SPD-Bundestagsfraktion dieses Momentum nutzen, um das Verhältnis zu den USA neu zu denken und proaktiv zu gestalten. Wir wollen mit der US-Regierung eine transatlantische Partnerschaft auf Augenhöhe. Hierzu gehört ein respektvoller, konstruktiver und vorausschauender Dialog.

NEUJUSTIERUNG SAHEL-POLITIK

In dem Positionspapier „Neujustierung der deutschen und europäischen Sahelpolitik“ hat sich die SPD-Bundestagsfraktion fachübergreifend mit der durchwachsenen Erfolgsbilanz des bisherigen Engagements kritisch auseinandergesetzt. Ein ganzheitliches internationales Vorgehen muss künftig durch multilaterale Koordination deutlich gestärkt werden. Dabei muss insbesondere das sicherheitspolitische Engagement fokussiert werden. Die Bundestagsfraktion fordert darüber hinaus, das entwicklungspolitische Engagement in den Vordergrund zu rücken.

ARBEITSGRUPPE BAU, WOHNEN, STADTENTWICKLUNG UND KOMMUNEN

SOZIALER WOHNUNGSBAU

Wir haben das Grundgesetz im April 2019 geändert, damit der Bund die Länder und Kommunen weiterhin beim Bau von Sozialwohnungen unterstützen kann. Insgesamt hat der Bund mit über fünf Milliarden Euro für 100.000 neue Sozialwohnungen gesorgt.

NACHHALTIGE BAULANDMOBILISIERUNG

Auf teurem Grund kann kein bezahlbarer Wohnraum entstehen. Bodenpolitik muss sich daher wieder mehr am Gemeinwohl orientieren und gegen Spekulationen vorgehen. Auf Basis der Kommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik“ wurden im Juli 2019 Empfehlungen für die Aktivierung von Grundstücken und eine gemeinwohlorientierte Bodenpolitik vorgelegt. Uns war dabei wichtig, dass die Kommune wieder gestärkt wird, indem sie Boden bevorraten und zurückkaufen kann. Gleichzeitig soll sie mit Baugeboten und Konzeptvergaben wirksamere Instrumente für eine aktive Bodenpolitik bekommen. Im unbeplanten Innenbereich soll zudem die Nutzung von Boden stärker vorgegeben werden können. Und die Umwandlung von günstigen Mietwohnungen in teure Eigentumswohnungen soll erschwert werden. Auf Grundlage dieser Empfehlungen hat das Bundeskabinett im November 2020 einen Entwurf für ein umfassendes Baulandmobilisierungsgesetz beschlossen. Außerdem hat die Bundesregierung 2019 dafür gesorgt, dass Kommunen mit der Grundsteuer C die Möglichkeit erhalten, für baureife, unbebaute Grundstücke einen erhöhten Hebesatz festzulegen, damit diese schneller auch tatsächlich bebaut werden.

STEUERVORTEIL FÜR BAU VON MIETWOHNUNGEN UND EIGENTUMSFÖRDERUNG

In Gebieten, in denen der Wohnraum knapp ist, braucht es Investitionsanreize für Vermieter. Wer neuen, preiswerten Wohnraum schafft, kann das steuerlich absetzen. Die steuerliche Förderung des Mietwohnungsbaus ist seit August 2019 in Kraft. Für neu gebaute Mietwohnungen können im Jahr der Anschaffung oder Herstellung und in den drei Folgejahren Sonderabschreibungen von jährlich bis zu fünf Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Wohnung in Anspruch genommen werden. So können innerhalb von vier Jahren insgesamt bis zu 28 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Wohnung steuerlich wirksam werden. Gefördert wird nicht nur der Wohnungsneubau, sondern auch die Schaffung neuer Wohnungen in bestehenden Gebäuden – etwa ein Dachgeschossausbau oder die Umwidmung von Fabrikgebäuden in Wohnungen.

Mit dem Baukindergeld haben wir junge Familien mit Kindern beim Erwerb von Wohneigentum unterstützt. Der Kauf oder Bau eines Hauses oder einer Wohnung wird zehn Jahre lang mit 1.200 Euro jährlich pro Kind gefördert. Das Baukindergeld wird bis zu einer Einkommensgrenze von 75.000 Euro zu versteuerndem Einkommen pro Jahr zuzüglich 15.000 Euro pro Kind gezahlt. Das Programm hatte eine Laufzeit vom 1. Januar 2018 bis zum 31. März 2021. Bis Ende 2020 waren mehr als 310.000 Förderanträge mit einem Volumen von 6,5 Milliarden Euro genehmigt worden.

Für viele Menschen sind hohe Nebenkosten die größte Hürde beim Kauf einer eigenen Wohnung oder eines Hauses. Deshalb muss die Maklerprovision seit Ende 2020 zwischen den Vertragsparteien geteilt werden: Wer den Makler oder die Maklerin beauftragt hat, zahlt jetzt mindestens die Hälfte.

GEMEINWOHLORIENTIERTE LIEGENSCHAFTSPOLITIK

Über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BlmA) wurde die Liegenschaftspolitik des Bundes neu und stärker am Gemeinwohl ausgerichtet. Grundstücke des Bundes können für den Bau von bezahlbaren Wohnungen und die Erfüllung kommunaler Zwecke vergünstigt an Kommunen abgegeben werden. Seit dem 1. Januar 2020 gilt diese Verbilligungsrichtlinie auch für Grundstücke des Bundeseisenbahnvermögens. Mit dem Haushalt 2020 wurde die BlmA auch noch zum sozialen Vermieter. Ihre Mieten orientieren sich künftig am unteren Ende des Mietspiegels und sind auf maximal 10 Euro pro Quadratmeter begrenzt.

HÖHERES WOHNELD

Das Wohngeld unterstützt Menschen mit geringem Einkommen bei der Finanzierung der Miete oder des selbstgenutzten Wohneigentums. Weil die Mieten in den vergangenen Jahren rasant gestiegen sind, haben wir die Förderung zum 1. Januar 2020 erhöht und die Zahl der Anspruchsberechtigten deutlich ausgeweitet. Ein besonderer Erfolg unserer Arbeit ist die automatische Anpassung des Wohngeldes an steigende Mieten und Verbraucherpreise im Abstand von zwei Jahren. Insgesamt profitieren von dieser Wohngeldreform rund 660.000 Haushalte.

KOMMUNALE FINANZEN STABILISIEREN

Ob eine Kommune hohe oder weniger hohe Einnahmen hat, hängt maßgeblich von der Gewerbesteuer ab. Ihre Höhe ist von der Konjunktur, den Umsätzen und den Gewinnen der Unternehmen abhängig. An diesen Gewinnen ist die Kommune über die Gewerbesteuer beteiligt. Alleine im Jahr 2019 betrugen die Gewerbesteuereinnahmen rund 55 Milliarden Euro. Dabei ist die Verteilung dieser Steuer in Deutschland höchst unterschiedlich. Städte und Gemeinden, in denen es viele Arbeitsplätze gibt, haben in der Regel auch viele Beschäftigte, die gut verdienen und entsprechend hohe Steuern zahlen. Auch die teils ungleichmäßige Verteilung von Gewerbetrieben führt zu höchst unterschiedlichen Gewerbesteuereinnahmen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich immer für den Erhalt der Gewerbesteuer als wichtige Einnahmequelle der Kommunen eingesetzt. Den Einbruch der Gewerbesteuereinnahmen im Jahr 2020 infolge der wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben wir im Rahmen des Kommunalen Solidarpakts 2020 zur Hälfte ausgeglichen und die Länder verpflichtet, die andere Hälfte zu übernehmen. Nur so konnten wir den Handlungsspielraum der Kommunen bei der Daseinsvorsorge und den Investitionen aufrechterhalten. Für diese Hilfe war eine Änderung des Grundgesetzes notwendig.

INNENSTÄDTE LEBENSWERT HALTEN

Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wurde im Dezember 2020 ein neues Programm zur Förderung von Modellprojekten beschlossen, um die Innenstädte fit für die Zukunft zu machen. Mit insgesamt 25 Millionen Euro sollen Modellprojekte finanziert werden, die innovative und experimentelle Vorhaben umsetzen, um zukunftsfähige und praxisnahe Konzepte für Innenstädte und lebendige Zentren von morgen zu entwickeln. Anfang 2021 haben wir uns erfolgreich für einen Aufwuchs der Mittel auf 250 Millionen Euro einsetzen können.

STÄDTEBAUFÖRDERUNG WEITERENTWICKELN

Die Städtebauförderung ist seit 50 Jahren das wichtigste Instrument der Stadtentwicklung. Wir haben die Städtebauförderung 2020 neu aufgesetzt und weiterentwickelt, sie umweltgerechter, einfacher und flexibler gestaltet – seit dieser Legislaturperiode auf dem Rekordniveau von 790 Millionen Euro pro Jahr. Die Städtebauförderung konzentriert sich künftig auf die drei Programme „Lebendige Zentren“, „Sozialer Zusammenhalt“ und „Wachstum und nachhaltige Erneuerung“.

ARBEITSGRUPPE BILDUNG UND FORSCHUNG

DIGITALPAKT SCHULE

Das erste Programm, mit dem der Bund den neuen Grundgesetzartikel 104c und damit den neuen kooperativen Bildungsföderalismus ausfüllt, ist der DigitalPakt Schule. Mit diesem wird eine Offensive gestartet, die Schüler:innen besser auf das Leben und Arbeiten in der digitalen Welt vorbereitet und zugleich das Lehren und Lernen in der Schule verbessert und modernisiert. Insgesamt will der Bund für den Digitalpakt Schule 5 Mrd. Euro in fünf Jahren zur Verfügung stellen.

Während der Corona-Pandemie hat die Große Koalition zudem ein Sofortausstattungsprogramm für Schulen in Höhe von 500 Millionen Euro beschlossen. Damit soll der digitale Unterricht von zu Hause erheblich unterstützt und verbessert werden. Es sieht vor, dass Schulen bedürftigen Schüler:innen digitale Endgeräte leihen können.

BAFÖG-REFORM

Das BAföG ist und bleibt die Ausbildungs- und Studienfinanzierung, die wesentlich zur Chancengleichheit im Bildungssystem beiträgt. Im Koalitionsvertrag haben wir uns deshalb erfolgreich für den Ausbau und die Verbesserung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) eingesetzt. Wesentliche Inhalte der 26. BAföG-Novelle waren:

- Steigenden Lebenshaltungskosten begegnen
- Ansteigende Wohnkosten ausgleichen
- Mehr Studierende aus der Mitte der Gesellschaft erreichen
- Höhere Ersparnisse zulassen
- Kranken- und Pflegeversicherungszuschläge erhöhen
- Verschuldungsängsten entgegenwirken

Zur Abfederung des Verdienstaufschlags während der Corona-Pandemie für Studierende, deren Nebenjobs weggebrochen sind und die keinen Anspruch auf BAföG haben, wurde auf Druck der SPD ein Nothilfefonds eingerichtet. Die Studierendenwerke können damit in Notlage geratenden Studierenden schnell helfen.

REFORM DES BERUFSBILDUNGSGESETZES

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Ihre Leistung verdient deshalb Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Mit der Reform des Be-

rufsbildungsgesetz wurde deshalb eine Mindestausbildungsvergütung auf den Weg gebracht. Außerdem wurde ein gesetzlicher Anspruch auf Freistellung von der betrieblichen Arbeit an einem Berufsschultag für alle Auszubildenden und eine gesetzliche Freistellung für einen zusätzlichen Lerntag am Vortag einer Prüfung eingeführt. Darüber hinaus muss zukünftig der Arbeitgeber die Kosten für ausbildungsrelevante Fachliteratur übernehmen. Um dem Mangel an Prüfer:innen im dualen Ausbildungssystem entgegenzuwirken, wurde ein Freistellungsanspruch für Prüfer:innen im Gesetz verankert.

WISSENSCHAFTSPAKTE DAUERHAFT VERSTETIGT

Bund und Länder haben drei wegweisende Entscheidungen zur Stärkung unseres Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungsstandortes getroffen: die Entfristung des bisherigen Hochschulpaktes („Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“), die Fortsetzung und Weiterentwicklung des bisherigen Qualitätspakts Lehre („Innovation in der Lehre“) sowie die Fortführung des Paktes für Forschung und Innovation („PFI IV“). Damit haben wir für die nächste Dekade mehr Planungssicherheit im deutschen Wissenschaftssystem geschaffen. Mit den Beschlüssen wurde der Weg für ein gerechtes Studium, gute Lehre und exzellente Forschung in Deutschland frei gemacht. Das Gesamtvolumen der drei Programme summiert sich auf 160 Mrd. Euro bis zum Jahr 2030. Das ist ein erheblicher Beitrag zur Fortsetzung sozialdemokratischer Wissenschaftspolitik: für die Menschen und in der Mitte der Gesellschaft.

STEUERLICHE FÖRDERUNG VON FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

Mit dem Gesetz zur steuerlichen Forschungsförderung wird der richtige Impuls gesetzt: Wir investieren in die Innovationsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, statt mit pauschalen Umsatzsteuersenkungen schnell verpuffende Einzelaktionen zu starten. Gleichzeitig trägt das Gesetz dazu bei, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland bis 2025 auf 3,5 Prozent des BIP zu erhöhen. Der Ansatz, Personalaufwendungen für Forscher:innen zu 25 Prozent von bis zu zwei Millionen Euro geltend zu machen, ist der Königsweg, um beide Ziele gleichermaßen zu erreichen: Wirtschafts- und Forschungsförderung. Mit der Fokussierung auf Stellen für Forscher:innen setzt das Gesetz gleichermaßen einen arbeitsmarktpolitischen Impuls, indem nicht nur die Investitionen in Forschung und Entwicklung für Unternehmen begünstigt werden, sondern auch die Schaffung neuer Stellen. Damit erhält die steuerliche Forschungsförderung eine klare, gesamtwirtschaftliche Zielrichtung.

KOALITION BRINGT ZUKUNFTSPAKET AUF DEN WEG

Im Juni 2020 hat sich der Koalitionsausschuss auf ein umfangreiches Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket verständigt. Das Paket sah ein Gesamtvolumen von 130 Milliarden Euro für 2020/21 vor. Damit reagierte die Große Koalition auf die Corona-bedingte Krise und sicherte Überbrückungshilfen dort zu, wo sie am dringendsten benötigt wurden. Folgende Eckpunkte wurden für den Bildungs- und Forschungsbereich verabredet:

- Zur Beschleunigung des Ausbaus an Ganztagsbetreuung wurden zusätzlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt.
- Beim DigitalPakt Schule konnten nun auch Personalmittel für Administratoren durch den Bund finanziert werden.
- Kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Ausbildungsplatzangebote nicht verringerten, erhalten für jeden neu geschlossenen Ausbildungsvertrag eine Prämie.
- Es wurden erhebliche Forschungsmittel für folgende Bereiche bereitgestellt:

- Fonds für anwendungsorientierte Forschung
- Wasserstoffstrategie
- Erforschung der künstlichen Intelligenz
- Erforschung der Quantentechnologie
- Erforschung eines Impfstoffs gegen das Corona-Virus

ARBEITSGRUPPE DIGITALE AGENDA

INTERNET GOVERNANCE-FORUM IN DEUTSCHLAND: FÜR EIN FREIES UND OFFENES NETZ

Im Jahr 2019 war Deutschland erstmals Gastgeber für das 14. Internet Governance Forum der Vereinten Nationen (IGF). Zu diesem Anlass haben die Koalitionsfraktionen auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion einen Antrag „One World. One Net. One Vision – Internet Governance Forum für ein offenes und freies globales Netz“ in den Deutschen Bundestag eingebracht. In dem Antrag forderten wir die Bundesregierung auf, sich in allen Gremien der globalen Internetverwaltung und Internetregulierung für den Erhalt eines freien und offenen Netzes und den Zugang dazu stark zu machen. Denn die freie und offene Netzarchitektur steht ebenso massiv unter Druck wie der ‚Multi-Stakeholder-Ansatz‘ der Vereinten Nationen, der alle Beteiligten und nicht nur Regierungen in den Dialog zur Internetregulierung einbezieht. Ein freies und offenes Netz und der Zugang dazu ist Bestandteil der kommunikativen Daseinsvorsorge und Voraussetzung für eine offene Gesellschaft, für Demokratie, für Innovation und fairen Wettbewerb. Es muss darum gehen, einen „digitalen Autoritarismus“, auf den Länder wie China und Russland drängen, zu verhindern.

Formuliert wurde zudem ein umfassendes „digitalpolitisches Pflichtenheft“, um auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein fragmentiertes Internet und Zensur zu verhindern und um die Kommunikationsfreiheiten, die Menschenwürde und die Privatsphäre sicherzustellen. Das offene Format des IGF ermöglicht einen Dialog zwischen Regierungen, internationalen Organisationen, Wirtschaft, Wissenschaft, technischer Community und Zivilgesellschaft und bietet eine herausragende Chance, die europäischen Werte in den Diskurs der globalen Internetregulierung einzubringen. Mit dem Antrag begleitete der Deutsche Bundestag das 14. Internet Governance Forum der Vereinten Nationen und betonte, dass die Chance dieses Dialogs unter dem Dach der Vereinten Nationen genutzt werden soll.

WEGWEISER-GESETZ FÜR EINEN FAIREN DIGITALEN WETTBEWERB

Bei der Umsetzung der 5. EU-Geldwäscherichtlinie haben die Koalitionsfraktionen 2019 einen Meilenstein für die digitale Verbraucherpolitik auf den Weg gebracht. Mit der Änderung haben wir festgeschrieben, dass digitale Schnittstellen nicht von großen und mächtigen Digitalunternehmen besetzt werden, sondern auch für Wettbewerber zugänglich sein müssen. Damit haben wir eine klare Regelung für den Finanzbereich geschaffen, mit der Verbraucher:innen von mehr Wettbewerb profitieren und damit mehr Wahlfreiheit haben. Technologieunternehmen müssen in Zukunft Bezahlungen durch andere Zahlungsdienstleister ermöglichen. Damit sind Verbraucher:innen in Zukunft nicht mehr gezwungen, ihre Bank zu wechseln, um bestimmte Endgeräte nutzen zu können.

MOBILFUNKSTRATEGIE BESCHLOSSEN

In enger Zusammenarbeit mit den Koalitionsfraktionen hat die Bundesregierung im Jahr 2019 die Mobilfunkstrategie und Eckpunkte für die Datenstrategie beschlossen. Mit der Mobilfunkstrategie und den bereit gestellten zusätzlichen Mitteln in Höhe von 1,1 Milliarden Euro sollen die noch immer bestehenden mehr als 5.000 Funklöcher endlich geschlossen werden. Die Mobilfunkbetreiber haben zugesagt, 99 Prozent des Ausbaus des Funknetzes zu leisten. Für das letzte Prozent übernimmt der Bund die Verantwortung und unterstützt den Netzausbau mit öffentlichen Mitteln. Das ist eine wegweisende und richtige Entscheidung. Denn eine sichere, vertrauenswürdige und flächendeckende digitale Infrastruktur ist Voraussetzung für den Erfolg der digitalen Gesellschaft. Im 21. Jahrhundert muss es überall in Deutschland möglich sein, mobil zu telefonieren oder im Internet zu surfen.

DATENSTRATEGIE AUF DEN WEG GEBRACHT

Bereits im Koalitionsvertrag hat sich die Große Koalition dafür ausgesprochen, den Zugang zu Daten unter Wahrung hoher Datenschutzstandards zu erweitern. Nach dem Beschluss der Eckpunkte in 2019 erarbeitete die Bundesregierung eine Datenstrategie, mit der festgeschrieben wurde, Daten innovativ, verantwortungsvoll und gemeinwohlorientiert zu nutzen und nutzbar zu machen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich sehr intensiv in den Erarbeitungsprozess eingebracht und eigene Vorschläge vorgelegt, die aufgenommen wurden. Dazu zählen insbesondere die Kultur des Daten-Teilens sowie Grundsätze für Datentreuhänder. Die Schaffung von vertrauenswürdigen Datenräumen, die sich an die europäische Datenstrategie anlehnen, wird dazu beitragen, Datensilos aufzubrechen und den Zugang zu hochqualitativen Daten zu verbreitern. Nur so schaffen wir eine Kultur der Kooperation. Für die SPD-Fraktion war es besonders wichtig, dass die Strategie sich zum europäischen Datenschutzstandard bekennt, was der Koalitionspartner zunächst ausschließen wollte. Diese Datenstrategie kann einen entscheidenden Beitrag für die verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Datennutzung liefern.

VORBEREITUNGEN FÜR MEILENSTEINE IM DIGITALEN BEREICH

Bereits in den Jahren 2019 und 2020 begannen die Vorarbeiten für sehr komplexe und umstrittene Gesetzesvorhaben, die erst 2021 abgeschlossen werden konnten. Dazu zählen etwa die Weiterentwicklungen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes, das IT-Sicherheitsgesetz, das Gesetzespaket gegen Rechtsextremismus sowie die Umsetzung der europäischen Vorgaben im Urheberrecht und im Telekommunikations- und Telemedienrecht.

ARBEITSGRUPPE ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

ERNÄHRUNG: DIE GESUNDE WAHL WIRD ERLEICHTERT

Die Einführung der Nährwertkennzeichnung Nutriscore in 2020 hat die SPD gegen Widerstände in der CDU/CSU erreicht. Der Nutriscore verrechnet negative Inhaltsstoffe wie Zucker und Salz mit positiven wie Obst, Gemüse und Ballaststoffen. Das in Ampelfarben dargestellte Gesamtergebnis erleichtert Verbraucher:innen die Wahl des gesünderen Produkts auf einen Blick. Immer mehr Unternehmen nutzen Nutriscore freiwillig. Eine verpflichtende Regelung kann nur EU-weit erfolgen. Unser Ziel ist es, in Brüssel eine Nutriscore-Kennzeichnungspflicht zu erreichen.

MEHR FAIRNESS IN DER LEBENSMITTELKETTE

Mit der Umsetzung der UTP-Richtlinie haben wir Maßnahmen gegen unfaire Vertragsbedingungen ergriffen, die der Handel aufgrund seiner Marktmacht den Erzeugern und Zulieferern diktiert. Dies allein reicht aber nicht aus, die Position der Zulieferer zu verbessern. Denn die Union hat ein generelles Verbot aller unfairen Handelspraktiken blockiert. Deshalb hat die SPD die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für mehr Fairness in der Lebensmittelkette durchgesetzt. An sie werden sich alle anonym wenden können, die von unfairen Verträgen und Dumpingpreisen betroffen sind. Die Beobachtungen der Ombudsstelle zu Geschäftsgebaren und Preisentwicklung sollen zur Verbesserung der rechtlichen Regelungen beitragen.

GEMEINSAME AGRARPOLITIK (GAP): LANDWIRTSCHAFT UND UMWELTSCHUTZ GEMEINSAM DENKEN

Mehr als 275.000 landwirtschaftliche Betriebe produzieren tagtäglich sichere und hochwertige Lebensmittel. Gleichzeitig werden laut Umweltbundesamt fast neun Prozent aller Treibhausgase in Deutschland in der Landwirtschaft ausgestoßen. 25 Prozent der Direktzahlungen sind bestimmten freiwilligen Verpflichtungen vorbehalten, welche von der Landwirtschaft für Klima und Umwelt erbracht werden. Dies ist ein erster Schritt zur Verwirklichung unseres Grundsatzes „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Bei den Ökoregelungen ist es uns gelungen, die Förderung von Agroforstsystemen nicht nur auf Ackerland, sondern auch auf Dauergrünland zu ermöglichen. Die Verteilung der Gelder wird durch vier Gesetzentwürfe geregelt und bis spätestens Anfang 2022 erstmals als Strategieplan an die Europäische Kommission übermittelt werden. Wurden in der Vergangenheit die Gelder aus der 1. Säule – rund 4,9 Milliarden Euro – vor allem nach der Größe der bewirtschafteten Fläche ausgezahlt, werden künftig 25 Prozent der Direktzahlungen an Öko-Regelungen (EcoSchemes) gebunden. Das heißt: Landwirt:innen erhalten finanzielle Mittel, wenn sie beispielsweise vielfältige Fruchtfolgen anbauen oder auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel verzichten. Mit den neuen Vorgaben soll der Beitrag der Landwirtschaft zu mehr Klimaschutz und Biodiversität gefördert werden.

DIGITALISIERUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT

Wir brauchen eine Intensivierung und Strukturierung der Digitalisierung in der Landwirtschaft. Eine staatlich initiierte Agrar-Masterplattform wird als Datendrehscheibe der Landwirtschaft fungieren. Die entscheidende Machbarkeitsstudie haben wir erfolgreich durchgesetzt, so dass

jetzt die Umsetzung beginnen kann. Kernelement dieser Plattform ist ein intelligentes und anwenderfreundliches Daten-Management-System für alle Beteiligten der Wertschöpfungskette. Die Datenhoheit muss bei den Landwirt:innen liegen und darf nicht von global agierenden Unternehmen übernommen werden. Außerdem kommt auch bei der GAP die Digitalisierung endlich voran. Der neue elektronische Agrarantrag sowie das digitale Prüfverfahren werden zu einer deutlichen Verwaltungsvereinfachung und zu einer Entlastung bei den Landwirt:innen führen. Unser jahrelanger Kampf hierfür hat sich ausgezahlt.

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Entwicklung ländlicher Räume stärker in den Mittelpunkt ihrer Politik gestellt. Wir haben die Herausforderungen der Demografie und Daseinsvorsorge im zentralen Förderinstrument der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) verankert. Der Förderrahmen wird sich zukünftig noch stärker an der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse orientieren. Wir haben einen Sonderrahmenplan „Förderung ländlicher Entwicklung“ als weiteres Förderinstrument eingeführt. Mit der Landmilliarde wurden zusätzliche Mittel bereitgestellt.

TIERSCHUTZ

Ein im Januar 2021 in der SPD-Fraktion verabschiedetes Positionspapier skizziert, wie wir uns den Neustart für die Nutztierhaltung in Deutschland vorstellen. Ein nachhaltiger und umfassender Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland ist dringend notwendig. Dabei müssen sowohl soziale Kriterien als auch Aspekte des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes sowie des Tierwohls angemessen berücksichtigt und in Einklang gebracht werden. Der zentrale Punkt dafür ist die Einführung eines verpflichtenden staatlichen Tierwohlkennzeichens für alle Nutztierarten. Dessen Umsetzung werden wir mit Beginn der neuen Legislaturperiode in Angriff nehmen.

Einen wichtigen Schritt hin zu mehr Tierschutz konnten wir bereits mit dem Aus für das Küken-töten bis Ende 2021 gehen. Die SPD konnte durchsetzen, dass weder gesetzte Fristen relativiert werden, noch dass es Ausnahmen für das Töten geben wird.

Auch den Schutz von Wildtieren in der Kulturlandschaft haben wir im Blick. Auf Bestreben der SPD wurden in diesem Jahr erstmals Fördermittel zur Anschaffung von Drohnen zum Auffinden von Rehkitzen und anderen Jungtieren im hohen Gras vor Mahd-Beginn zur Verfügung gestellt. Damit konnten zirka 6.000 Rehkitze gerettet werden.

ARBEITSGRUPPE FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

KINDERARMUT BEKÄMPFEN

Im Rahmen des Starke-Familien-Gesetzes haben wir den Kinderzuschlag und die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets verbessert. U. a. haben wir das Schulstarterpaket auf 150 Euro erhöht, die Eigenanteile beim Mittagessen und bei der Schülerbeförderung gestrichen und mehr Schüler:innen individuelle Lernförderung ermöglicht. Den Kinderzuschlag haben

wir erhöht und so gestaltet, dass mehr Familien, insbesondere Alleinerziehende, von diesem Zuschlag profitieren. Mit dem Maßnahmenpaket unterstützen wir Familien mit geringem Einkommen und leisten einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut.

DIGITALISIERUNG VON FAMILIENLEISTUNGEN

Die Digitalisierung soll auch das Leben von Eltern leichter machen. Mit dem Digitale-Familienleistungen-Gesetz haben wir dafür gesorgt, dass Eltern rund um die Geburt schneller und unbürokratischer zentrale Familienleistungen beantragen können.

MEHR OFFENHEIT UND BERATUNG BEI ADOPTIONEN

Mit dem Adoptionshilfe-Gesetz intensivieren wir die Beratung der Familien und fördern einen offeneren Umgang mit Adoptionen. Gleichzeitig haben wir die Adoptionsvermittlungsstellen gestärkt und dafür gesorgt, dass Auslandsadoptionen an intensive Beratung und Begleitung durch die hiesigen Jugendämter gebunden sind.

AUSBAU DER KINDBETREUUNG GEHT WEITER

Der Bund hat als Teil des Konjunkturpakets Ländern und Gemeinden in den Jahren 2020 und 2021 zusätzlich eine Milliarde Euro für den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung bereitgestellt. Damit konnten neue Betreuungsplätze geschaffen und in die Ausstattung investiert werden. Auch Schulkinder brauchen eine gute Betreuung am Nachmittag. Deshalb gingen weitere 1,5 Milliarden Euro in den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter. 500 Millionen Euro haben wir zusätzlich für eine bessere digitale Ausstattung in Schulen zur Verfügung gestellt. Das sind wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und unserer Gesellschaft.

UNTERSTÜTZUNG IN DER CORONA-KRISE

Um Familien in der Corona-Pandemie zu unterstützen, haben wir uns mit aller Kraft auf verschiedenen Ebenen und Bereichen für ihre Interessen eingesetzt. So haben wir eine Reihe von familienpolitischen Leistungen angepasst und krisenfest gemacht. Hierzu gehören die Anpassungen beim Elterngeld, bei der Unterstützung pflegender Angehöriger, beim Kinderzuschlag und die Erhöhung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende. Die Schul- und Kitaschließungen bedeuteten für viele Eltern eine enorme Kraftanstrengung. Deshalb haben wir eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, um Familien schnell und unbürokratisch zu helfen – hierzu gehören u. a. Entschädigungen nach dem Infektionsschutzgesetz und zusätzliche Kinderkrankentage. Auch mit der Auszahlung des Kinderbonus in Höhe von 300 € im Jahr 2020 haben wir insbesondere Familien mit geringen und mittleren Einkommen finanziell unter die Arme gegriffen.

GRUNDLAGEN FÜR WICHTIGE GESETZE

Im Jahr 2020 haben wir mit den Verhandlungen bzgl. einer Reihe weiterer Gesetzesinitiativen begonnen, die wir mit entsprechenden Beschlüssen im Jahr 2021 erfolgreich zum Abschluss gebracht haben. Dazu gehörten die Reform des SGB VIII (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz), die Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes im Rahmen der Anpassung des Jugendschutzgesetzes und die Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern.

Auch die Reform des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes gehört dazu womit Eltern noch besser dabei unterstützt werden, Beruf und Familienleben miteinander zu vereinbaren. Außerdem haben wir intensiv mit unserem Koalitionspartner darum gerungen, starke Kinderrechte im Grundgesetz sichtbar zu machen. Kinder sollen bestmöglich geschützt, beteiligt und gefördert werden. Wir wollten die Kernelemente der VN-Kinderrechtskonvention in den Gesetzestext aufnehmen. Leider war das mit der Union nicht möglich.

AKTIONSPROGRAMM GEMEINSAM GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Die Initiative „Stärker als Gewalt“ ist Teil des Aktionsprogramms „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“. Sie ging im Jahr 2019 an den Start, klärt über unterschiedliche Gewaltformen auf und zeigt Betroffenen, Angehörigen und Dritten Wege auf, um Gewalt zu beenden. Mit dem Bundesförderprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ stellen wir ab 2020 über vier Jahre insgesamt 120 Millionen Euro zusätzlich für den Ausbau von Beratungsstellen und Frauenhäusern bereit. Außerdem werden bis 2022 jährlich fünf Millionen Euro zur Förderung innovativer Projekte zur Verfügung gestellt.

NATIONALE GLEICHSTELLUNGSSTRATEGIE

Mit der nationalen Gleichstellungsstrategie machen wir Geschlechtergerechtigkeit zur Richtschnur der gesamten Bundesregierung. Die Gleichstellungsstrategie formuliert neun Ziele für mehr Gleichstellung von Frauen und Männern und ist eine Grundlage für die künftige Gesetzgebung und künftige Förderprogramme aller Bundesministerien.

BUNDESSTIFTUNG GLEICHSTELLUNG

Noch immer sind Frauen strukturell benachteiligt. Das stärker ins Blickfeld zu rücken und die Diskriminierung zu beseitigen, ist Aufgabe der Bundesstiftung Gleichstellung. Die Stiftung wird Politik, Wirtschaft und Wissenschaft beraten sowie Forschungslücken schließen. Sie stellt Informationen bereit, entwickelt neue Ideen, stärkt die Praxis und wird für junge Initiativen ein offenes Haus der Vernetzung sein. Im Jahr 2020 haben wir mit intensiven Verhandlungen zur Stiftung begonnen; errichtet wurde sie im Mai 2021.

FÜHRUNGSPPOSITIONENGESETZ

Wir haben durchgesetzt, dass Frauen in den Vorständen vieler großer Unternehmen einen festen Platz einnehmen werden. Börsennotierte, paritätisch mitbestimmte Unternehmen müssen künftig mindestens eine Frau in den Vorstand berufen, wenn dieser aus mehr als drei Personen besteht. Hierfür haben wir lange und beharrlich mit unserem Koalitionspartner verhandeln müssen. Die intensiven Verhandlungen haben bereits 2020 begonnen und wurden mit dem 2. Führungspositionengesetz (Inkrafttreten August 2021) erfolgreich zum Abschluss gebracht.

ARBEITSGRUPPE FINANZEN

ENTLASTUNG DER EINKOMMENSTEUERZAHLER:INNEN

Die Einkommensteuerzahler:innen wurden 2019 und 2020 durch Anhebungen der Steuerfreibeträge (Grundfreibetrag und Kinderfreibeträge) sowie durch den Ausgleich der kalten Progression entlastet.

Der Solidaritätszuschlag ist seit 2021 für 90 Prozent der Steuerzahler:innen weggefallen. Für weitere 6,5 Prozent wird der Soli sinken. Die große Mehrheit wird damit um rd. 11 Mrd. Euro pro Jahr entlastet.

ERHÖHUNG DER BEHINDERTEN-PAUSCHBETRÄGE

Um Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen von Nachweispflichten zu entlasten, wurden die Behinderten-Pauschbeträge ab 2021 verdoppelt und ihre Systematik angepasst. Es wurde ein neuer behinderungsbedingter Fahrtkosten-Pauschbetrag eingeführt. Außerdem wurde der Pflege-Pauschbetrag erhöht und ausgeweitet.

STEUERLICHE HILFSMAßNAHMEN ZUR BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE

Im Jahr 2020 wurden vielfältige steuerliche Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise ergriffen. Die Umsatzsteuer wurde im 2. Halbjahr 2020 abgesenkt. Familien erhielten für jedes Kind einen Kinderbonus von 300 Euro. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wurde ab 2021 auf 4.000 Euro erhöht. Die Steuerausfälle aufgrund der Umsatzsteuersenkung und des Kinderbonus wurden vollständig vom Bund übernommen. Damit wurden vor allem die Kommunen vor Einnahmeausfällen bewahrt.

Um Erwerbstätigen, die bedingt durch die Corona-Pandemie im Homeoffice arbeiten, einen Abzug ihrer Mehrkosten zu ermöglichen, wurde 2020 und 2021 eine Homeoffice-Pauschale von bis zu 600 Euro eingeführt.

Um Unternehmen Anreize für Investitionen zu geben, wurden die Abschreibungsbedingungen in 2020 und 2021 verbessert. Außerdem wurde der Verlustrücktrag ausgeweitet.

EINFÜHRUNG EINER STEUERLICHEN FORSCHUNGSZULAGE

Um zusätzliche private Investitionen auszulösen, wurde eine steuerliche Forschungszulage eingeführt. Sie ist vor allem für forschende kleine und mittlere Unternehmen ein wichtiger Impuls zum Ausbau ihrer Forschungsaktivitäten.

STEUERLICHE FÖRDERUNG DES KLIMASCHUTZES

Zum Schutz des Klimas wurde ein umfassendes steuerliches Maßnahmenpaket beschlossen. Umweltfreundliches Verhalten wurde dadurch steuerlich belohnt. Gleichzeitig wurde sichergestellt, dass die Klimaschutzmaßnahmen für alle Bürger:innen verkraftbar sind. Die energetische Sanierung von selbstgenutztem Wohneigentum wurde durch eine Sonderabschreibung gefördert. Das Bahnfahren im Fernverkehr wurde durch eine Absenkung der Umsatzsteuer auf 7 Prozent günsti-

ger. Gleichzeitig wurde die Luftverkehrssteuer erhöht und damit das Fliegen unattraktiver. Die Kraftfahrzeugsteuer wurde für neu zugelassene Fahrzeuge noch stärker am CO₂-Ausstoß ausgerichtet.

Pendler:innen mit langen Arbeitswegen, die oftmals auf keinen ausgebauten ÖPNV zurückgreifen können, wurden von steigenden Energiepreisen entlastet. Dazu wurde die Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer ab 2021 um 5 Cent auf 35 Cent und ab 2024 um weitere 3 Cent auf 38 Cent erhöht. Geringverdiener erhielten eine Mobilitätsprämie ab dem 21. Entfernungskilometer von 4,9 Cent.

Es erfolgte weiterhin eine gezielte steuerliche Förderung der Elektromobilität. Dazu wurde die zunächst befristete steuerliche Begünstigung von Elektro- und Hybridfahrzeugen bei der Dienstwagenbesteuerung bis zum Jahr 2030 verlängert. Für reine Elektrofahrzeuge wurde eine stärkere Begünstigung eingeführt. Die private Nutzung eines reinen Elektrofahrzeugs wird ab 2020 monatlich nur noch mit 1 Prozent des geviertelten Bruttolistenpreises bewertet.

VERBESSERUNGEN FÜR EHRENAMELTICH TÄTIGE UND VEREINE

Im Jahr 2020 gab es auch wichtige steuerlichen Erleichterungen für ehrenamtlich Tätige und deren Vereine. Die Übungsleiter- und die Ehrenamtszuschale wurden auf 3.000 Euro bzw. 840 Euro erhöht. Die Arbeit der gemeinnützigen Vereine wurde vereinfacht. Die Freigrenze, bis zu der gemeinnützige Vereine Einnahmen aus einer wirtschaftlichen Tätigkeit steuerfrei erzielen können, wurde von 35.000 Euro auf 45.000 Euro erhöht.

BEKÄMPFUNG VON STEUERHINTERZIEHUNG, STEUERGESTALTUNG UND GELDWÄSCHE

Das Vorgehen gegen Steuerhinterzieher wurde weiter verschärft. Die Verfolgungsverjährung bei besonders schwerer Steuerhinterziehung wurde auf 15 Jahre verlängert. Vor allem wurde die strafrechtliche Möglichkeit einer rückwirkenden Einziehung bereits verjährter Steueransprüche geschaffen. Kein Steuerhinterzieher kann damit seine Beute behalten.

Gegen aggressive Steuergestaltungsmodelle, die im Graubereich zwischen Legalität und Illegalität Schlupflöcher des Steuerrechts ausnutzen, wurde ein weiterer Riegel vorgeschoben. Dazu wurde eine Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen begründet. Die Steuerbehörden erhalten dadurch einen Überblick über diese Gestaltungsmodelle und können schneller reagieren.

Mit der Umsetzung der 5. EU-Geldwäscherichtlinie wurde der Kampf gegen Geldwäsche durch zahlreiche Maßnahmen verbessert, u. a. im Immobiliensektor oder bei Kryptowährungen.

Die Kompetenzen und die Personalausstattung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll wurden deutlich verbessert. Dadurch sollen faire Wettbewerbsbedingungen etwa in der Baubranche ermöglicht und Schwarzarbeit effektiv bekämpft werden.

SICHERE EINNAHMEN DER KOMMUNEN

Mit der Reform der Grundsteuer wurde eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen gesichert, das sind 15 Mrd. Euro jährlich. Durch ein wertabhängiges Modell für die Grundsteuerberechnung konnte sichergestellt werden, dass die Grundsteuer ausgewogen und gerecht erhoben wird. Den Ländern wurde die Möglichkeit eröffnet, abweichende Regelungen einzuführen.

STÄRKUNG DER WIDERSTANDSFÄHIGKEIT VON BANKEN

Durch die Umsetzung des europäischen Bankenpakets wurde die Widerstandsfähigkeit von Banken in Krisensituationen gestärkt. Banken müssen künftig mehr Eigenkapital vorhalten und ihre Zahlungsfähigkeit durch eine langfristige Finanzierung sicherstellen. Die Abwicklungsfähigkeit von in Schieflage geratenen Banken wurde verbessert und dadurch das Risiko der Inanspruchnahme der Steuerzahler:innen für eine Bankenrettung reduziert.

ARBEITSGRUPPE GESUNDHEIT

GKV-VERSICHERTENENTLASTUNGSGESETZ

Wir haben die Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung wiederhergestellt. Der bislang einseitig von den Arbeitnehmenden zu zahlende Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird wieder zur Hälfte von den Arbeitgeber:innen gezahlt. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass der bis dahin zu zahlende Mindestbeitrag für Selbstständige zur gesetzlichen Krankenversicherung mehr als halbiert wird und ausgeschiedene Soldat:innen, die älter als 55 Jahre sind, in die freiwillige gesetzliche Krankenversicherung wechseln können.

PFLEGEPERSONALSTÄRKUNGSGESETZ

In Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen hat sich die Pflegesituation in den letzten Jahren zugespitzt. Viele Fachkräfte sind körperlich und seelisch überlastet. Oft können sie sich für ihre Patient:innen aufgrund der hohen Arbeitsbelastung nicht die Zeit nehmen, die sie für erforderlich halten. Mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz schaffen wir bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Mit einem Sofortprogramm für 13.000 neue Stellen sorgen wir für mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in stationären Pflegeeinrichtungen. In der ambulanten Pflege haben wir endlich die volle Anerkennung von Tarifen erreicht. Auch Krankenhäusern werden die Kosten für das Pflegepersonal eins zu eins erstattet. Dasselbe gilt für höhere Tariflöhne. Wir haben Anreize für mehr Ausbildungsplätze in der Krankenpflege geschaffen.

TERMINSERVICE- UND VERSORGUNGSGESETZ

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz haben wir wichtige Schritte zum Abbau der Zwei-Klassen-Medizin in Deutschland durchgesetzt. Niedergelassene Ärzt:innen werden künftig mehr Sprechstunden und frühere Termine für gesetzlich versicherte Patient:innen anbieten. Zugleich vermitteln die Terminservicestellen jetzt rund um die Uhr über die Rufnummer 116 117 Termine bei Fachärzt:innen sowie Haus- und Kinderärzt:innen. Ärzt:innen werden für diese schnellere Behandlung von gesetzlich versicherten Patient:innen deutlich besser vergütet. Außerdem steigern wir die Verbreitung der medizinisch sinnvollen Hausarztverträge, indem eingeschriebene Versicherte künftig finanzielle Vorteile von den Krankenkassen erhalten.

DIGITALE MODERNISIERUNG VON GESETZLICHER KRANKEN- UND PFLEGEVERSICHERUNG

Nicht weniger als drei Digitalisierungsgesetze wurden von uns in der 19.WP verabschiedet. Mit dem Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG – 2019) wurde der weitere Ausbau der Telematikinfrastruktur und die Erstattungsfähigkeit von Digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGas – Apps auf Rezept) auf den Weg gebracht. Das Patientendatenschutzgesetz (PDSG – 2020) hat die Grundzüge für die datenschutzrechtliche Ausgestaltung der elektronischen Patientenakte (ePA) in mehreren Ausbaustufen bis 2024 definiert und beispielsweise das eRezept implementiert. Das Digitale-Versorgungs- und Pflegemodernisierungsgesetz (DVPMG – 2021) wiederum macht digitale Anwendungen in der Pflege möglich und hat für den beschleunigten Ausbau der Telemedizin im Lichte der Pandemie gesorgt.

BEWÄLTIGUNG DER CORONA-KRISE

Schnell und entschlossen haben wir in einer großen Zahl an Gesetzen Maßnahmen getroffen, um das Land gut durch die Corona-Pandemie zu steuern. Neben den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie galt unser Augenmerk insbesondere unserem Gesundheitssystem. Wir haben einen Schutzschirm für die Krankenhäuser aufgespannt, der bis Mitte Mai 2021 rund 14,5 Milliarden Euro an die Kliniken gezahlt hat. Im Rahmen des „Zukunftsprogramms Krankenhäuser“ hat der Bund weitere 3 Milliarden Euro für die digitale Modernisierung der Krankenhäuser bereitgestellt. Im Öffentlichen Gesundheitsdienst haben wir für 4 Milliarden Euro 5.000 neuen Stellen für Amtsärzt:innen geschaffen. Damit wir in Zukunft besser auf Pandemien vorbereitet sind, haben wir für 1 Milliarde Euro eine Nationale Gesundheitsreserve angelegt. Dort sind z. B. Schutzausrüstungen für den Notfall gelagert. Die Beschäftigten in der ambulanten und stationären Altenpflege erhielten im Jahr 2020 eine einmalige steuer- und abgabenfreie Corona-Prämie in Höhe von bis zu 1.000 Euro.

ARBEITSGRUPPE HAUSHALT

In den Jahren 2019 und 2020 haben wir die Bundeshaushalte für die jeweiligen Folgejahre 2020 und 2021 verhandelt. Bedingt durch die in der Corona-Pandemie notwendig gewordenen Nachtragshaushalte in 2020 und 2021 waren die Verhandlungen in den letzten zwei Jahren besonders herausfordernd.

ABKEHR VON DER „SCHWARZEN NULL“ – ZWEI BUNDESHAUSHALTE GEGEN DIE FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE

Die historische Ausnahmesituation durch die Corona-Pandemie stellte auch die Bundeshaushalte, die in den Jahren 2019 und 2020 beraten und verhandelt wurden, vor große Herausforderungen. Denn auf der einen Seite führte und führt die Krise zu erheblichen Einnahmeausfällen für die öffentliche Hand. Auf der anderen Seite wäre es falsch, sich aus der Krise sparen zu wollen. Im Gegenteil: Um die Folgen der Pandemie zu bewältigen, Beschäftigung zu sichern, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken und in die Zukunft zu investieren, müssten wir mehr Geld in die Hand nehmen als geplant. Deshalb haben wir im Jahr 2020 nicht nur zahlreiche Hilfsmaßnahmen, sondern auch ein erhebliches Konjunktur- und Investitionsprogramm beschlossen. Dank der soliden Haushaltspolitik von Bundesfinanzminister Olaf Scholz in den vergangenen Jahren

war eine solche starke Antwort auf die Krise überhaupt erst möglich. Nach Jahren ohne Neuverschuldung machten die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie im Jahr 2020 Kredite in Höhe von rund 218,5 Milliarden Euro erforderlich.

MIT REKORDINVESTITIONEN GEGEN DIE KRISE UND FÜR DIE MODERNISIERUNG UNSERES LANDES

Bereits in den letzten Jahren hat der Bund seine Investitionen auf ein Rekordniveau angehoben. 2020 haben wir den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie eine Investitionsoffensive in Höhe von rund 71 Milliarden Euro entgegengesetzt. Im Vergleich zur letzten Wahlperiode steigert der Bund seine Investitionen somit massiv. Das Geld ist in das Gesundheitssystem, in den Breitbandausbau, in digitale Infrastruktur z.B. in unsere Schulen, in Schienenstrecken und Straßen, in die Mobilitätswende, Zukunftstechnologien und Klimaschutz, in Wohnungs- und Städtebau, in Kinderbetreuung, Bildung und Forschung geflossen. Damit der Bund mehr Geld in Schulen, öffentlichen Nahverkehr und sozialen Wohnungsbau investieren kann, haben wir das Grundgesetz geändert. Wir haben damit einen wichtigen Beitrag für Innovation und Wachstum, für zukunftsfähige Arbeitsplätze und gleichwertige Lebensverhältnisse geleistet.

EINE EUROPÄISCHE ANTWORT AUF DIE KRISE

National ist eine solche Krise, wie sie von der weltweiten Corona-Pandemie ausgelöst wurde, nicht zu bewältigen. Deshalb gab es unter Führung von Bundesfinanzminister Olaf Scholz auch eine europäische Antwort auf die Herausforderungen. So haben wir im Jahr 2020, auch über die nationalen Parlamente, mit vier starken Antworten auf die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie reagiert.

Über den ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) wurde jedem Mitgliedstaat die „Enhanced Conditions Credit Line“ (ECCL) mit bis zu 2 Prozent des jeweiligen Bruttoninlandprodukts zur Verfügung gestellt. Das bedeutete ein Gesamtvolumen von 240 Mrd. Euro und bildete somit den ersten großen Rettungsschirm der Corona-Krise.

Ferner haben wir über die Europäischen Investitionsbank (EIB) den „EU COVID-19 Garantiefonds“ ins Leben gerufen, der nach Vorbild der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Gesamtvolumen von 200 Mrd. Euro mobilisieren sollte.

Als weiteren wichtigen Schritt haben wir das deutsche Erfolgsmodell des Kurzarbeitergeldes nach Europa exportiert. Mit dem Programm SURE (Support Mitigating Unemployment Risks in Emergency) ermöglichten wir es der Europäischen Kommission 100 Mrd. Euro an Krediten für Mitgliedstaaten weiterzureichen, um Kurzarbeit in ihren jeweiligen Ländern zu fördern.

Ein riesiger Erfolg war, dass wir uns noch 2020 auf den Wiederaufbauplan „Next Generation EU“ einigen konnten. Mit diesem werden, neben dem Mittelfristigen Finanzrahmen der EU, über 800 Mrd. Euro mobilisiert, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in ganz Europa abzumildern und unseren Kontinent klimafreundlicher, digitaler, innovativer und krisenfester zu machen. Gut die Hälfte davon ging als direkte Zuschüsse an die Mitgliedstaaten und nicht als Kredite.

Daraus mündete der Deutsche Aufbau- und Resilienzplan (DARP) im Dezember 2020, mit dem wir mit rund 25 Mrd. Euro Investitionen vor allem in den Klimaschutz und die digitale Transformation unseres Landes tätigen.

ARBEITSGRUPPE INNERES

INNERE SICHERHEIT

Mit dem Dritten Waffenrechtsänderungsgesetz haben wir in 2019 die geänderte EU-Feuerwaffenrichtlinie in nationales Recht umgesetzt. Wir haben Extremist:innen den Zugang zu Waffen erschwert und die Waffenbehörden verpflichtet, vor Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis bei den zuständigen Verfassungsschutzbehörden abzufragen, ob beim Antragstellenden Anhaltspunkte für das Verfolgen extremistischer Bestrebungen bestehen.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Rahmenbedingungen luftsicherheitsrechtlicher Zuverlässigkeitsüberprüfungen aus Anfang 2020 haben wir zum Schutz vor Angriffen so genannter Innentäter die Zuverlässigkeitsprüfung verschärft.

Mit unserem Positionspapier „Sozialdemokratische Innenpolitik: Demokratisch. Frei. Sicher.“ aus dem April 2020 haben wir unsere Idee von einer guten Innenpolitik als Grundlage für ein demokratisches und soziales Miteinander, skizziert.

WAHLRECHT

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung des Bundeswahlgesetzes haben wir einer weiteren Vergrößerung des Bundestages entgegengewirkt. Ab der Bundestagswahl 2025 wird die Zahl der Wahlkreise von 299 auf 280 reduziert. Bereits bei der Wahl 2021 galt, dass mit dem Ausgleich von Überhangmandaten erst nach dem dritten Überhangmandat begonnen wird.

In einer weiteren Änderung des Bundeswahlgesetzes haben wir mit einer Corona-Notfallregelung die Vorbereitung der Bundestagswahl 2021 gesichert. Die Aufstellung der Kandidat:innen wurde durch eine Mischung aus Briefwahl und elektronischem Verfahren ermöglicht.

ZIVIL- UND KATASTROPHENSCHUTZ

Wir haben im Februar 2019 das Gesetz über die Errichtung einer Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS-Gesetz) geändert, um die Bundeswehr zukünftig mit bis zu 40.000 Teilnehmenden in den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben einzubinden; lediglich für einen Teil der Bundeswehr/Feuerwehr war dies bereits möglich.

Im Mai 2019 haben wir erneut unsere Blaulichtkonferenz durchgeführt. Wir haben dort diskutiert, wie sich die Arbeit der Einsatzkräfte durch den Klimawandel bereits jetzt verändert und worauf wir uns für die Zukunft einstellen müssen. Dazu gehörten Fragen nach der passenden Ausrüstung und nach den ehrenamtlichen Strukturen.

Mit dem Zweiten Gesetz zur Änderung des THW-Gesetzes aus dem Jahr 2020 haben wir dieses den neuen Gefahren wie etwa der Verletzlichkeit kritischer Infrastrukturen oder dem Klimawandel und damit veränderten Rahmenbedingungen für den Zivil- und Katastrophenschutz angepasst. Wir haben die Attraktivität des Ehrenamtes und damit auch das Engagement der 80.000 Helfer:innen des THW gestärkt. Verbessert haben wir auch Freistellungsregelungen zur Förderung der Helfer:innen.

MIGRATIONSPAKET

Im Juni 2019 haben wir mit dem sog. Migrationspaket insgesamt acht Vorhaben im Bereich Migration und Integration in einem Gesetzespaket gemeinsam verhandelt und verabschiedet. Damit haben wir zentrale Weichen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und eine moderne Einwanderungspolitik gestellt: Wir eröffnen Schutzbedürftigen frühzeitig und umfassend den Zugang zu Sprach- und Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt. Uns war eine unabhängige Asylverfahrensberatung wichtig. Es gilt auch: Wer nicht als schutzberechtigt anerkannt wird und unter keinen Umständen ein Bleiberecht hat, muss unser Land verlassen. Auch das gehört zu einer humanitären Flüchtlingspolitik, damit die Aufnahme Schutzsuchender in der breiten Bevölkerung Akzeptanz und Anerkennung findet. Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir die größte Reform unseres Einwanderungsrechts auf den Weg gebracht und Deutschland attraktiver für qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland gemacht. Zugleich haben wir mit der Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung Regelungen geschaffen, um gut integrierten Geduldeten eine verlässliche Bleibeperspektive zu geben.

STAATSANGEHÖRIGKEITSGESETZ

Mit der Dritten Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts haben wir eine Vorschrift für den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit geschaffen für Deutsche mit einer weiteren Staatsangehörigkeit, die an Kampfhandlungen für eine Terrormiliz im Ausland teilgenommen haben. Weitere Regelungen betrafen insbesondere den Ausschluss der Einbürgerung bei Mehrehen.

ZWEITE ISLAMKONFERENZ

Wir haben über 200 engagierte Mitglieder der muslimischen Community zur zweiten Islamkonferenz unter dem Motto „Muslime in Deutschland – Mittendrin statt nur dabei!“ empfangen. Ziel war es, nicht übereinander, sondern miteinander zu sprechen und sich über aktuelle Herausforderungen auszutauschen.

EUROPÄISCHES ASYLSYSTEM

Die EU braucht eine humanitäre, langfristige und geordnete Asyl- und Flüchtlingspolitik. Hierzu haben wir im Juni 2020 umfassende sozialdemokratische Vorschläge für ein neues Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS) vorgelegt.

DATENSCHUTZ/E-GOVERNMENT/ÖFFENTLICHER DIENST

Am 7. Juni 2019 fand unsere Fachveranstaltung anlässlich der einjährigen Rechtswirksamkeit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) statt. Mit Vertreter:innen von Gewerkschaften, der Wirtschaft, von Bundes- und Landesdatenschutzbeauftragten sowie Verbraucherschützer:innen zog die Fraktion eine erste Bilanz und diskutierte über anstehende Entwicklungen.

Der digitale Wandel bietet große Chancen, die Verwaltung bürgerfreundlicher zu gestalten. Dies zeigt das im November 2020 durch den Bundestag angenommene „Gesetz zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen“. Es entlastet junge Eltern von bürokratischen Prozessen, indem die Anträge rund um die Geburt eines Kindes gebündelt werden. Geburtsurkunde, Eltern- und Kindergeld können nun mit einem digitalen Antrag zusammen beantragt werden.

Mitte Dezember 2020 haben wir eine digitale Fachkonferenz zur Zukunft des öffentlichen Dienstes durchgeführt. Mit unseren Gästen aus Gewerkschaften, Politik, Verwaltung und Wissenschaft haben wir darüber diskutiert, wie der öffentliche Dienst als Arbeitgeber wieder attraktiver werden kann und wie Digitalisierung dabei helfen kann, den öffentlichen Dienst zukunftsfähig zu halten.

ARBEITSGRUPPE KULTUR UND MEDIEN

KULTUR UND MEDIEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT

Kunst, Kultur und freie Medien gehören zu einer offenen und vielfältigen demokratischen Gesellschaft. Die SPD war auch 2019 und 2020 die treibende Kraft, wenn es darum ging, gute Rahmenbedingungen für Kultur- und Medienschaffende in Deutschland zu erreichen.

HILFEN AUFGRUND DER CORONA-PANDEMIE

Die SPD-Bundestagsfraktion hat 2020 zahlreiche Hilfen auf den Weg gebracht, wie das umfassende Rettungs- und Zukunftsprogramm für den Kultur- und Medienbereich „Neustart Kultur“. Mit der „Neustarthilfe“ für Soloselbstständige folgte eine Unterstützung für viele Kulturschaffende auf und hinter der Bühne, die bislang durch das Raster gefallen sind. Dazu kamen die Ausweitung des Kurzarbeitergeldes und der vereinfachte Zugang zur Grundsicherung.

JUGEND ERINNERT

Aufgrund des 2019 auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrages „Jugend erinnert – Wissensvermittlung über Wirkung und Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft stärken“ wurde ein Bundesprogramm auf den Weg gebracht, das sich an die jungen Generationen richtet und die Wissensvermittlung über die NS-Terrorherrschaft und die SED-Diktatur stärkt.

30 JAHRE FRIEDLICHE REVOLUTION

30 Jahre nach der Friedlichen Revolution hat der Bundestag 2019 den auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrag beschlossen, dass die historisch-politische Bildung und die Institutionenlandschaft zukunftsfest gemacht werden, die Erinnerung an die Opfer der zweiten deutschen Diktatur lebendig gehalten wird und ehemals politisch Verfolgte für ihre Lebensleistung gewürdigt und unterstützt werden.

TRANSFORMATION DER STASI-UNTERLAGEN-BEHÖRDE

Für die dauerhafte Sicherung der sogenannten Stasi-Akten werden künftig aufgrund der Initiative und Mitwirkung der SPD-Bundestagsfraktion 2019 und 2020 nachhaltige Strukturen geschaffen. Kompetenzen und Erfahrungen des Stasi-Akten-Archivs und des Bundesarchivs werden zusammengeführt und die Stasi-Unterlagen in den Bereich des Bundesarchivs eingegliedert.

ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE

Mit dem auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion entwickelten und vom Bundestag beschlossenen Konzept zur Errichtung einer „Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ wird das gesellschaftliche Bewusstsein für unsere Demokratie gestärkt. Es werden Orte, die für die Entwicklung der Demokratie und das Streben nach Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Mitbestimmung stehen, in besonderer Weise gefördert werden.

GEDENKEN AN DIE OPFER DES DEUTSCHEN VERNICHTUNGSKRIEGES IM OSTEN

Aufgrund des 2020 auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion eingebrachten Antrages zum Gedenken der Opfer des deutschen Vernichtungskrieges im Osten hat der Deutsche Bundestag die Errichtung einer Dokumentations-, Bildungs- und Erinnerungsstätte zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs und der nationalsozialistischen Besatzungsherrschaft beschlossen.

RESTITUTION VON NS-RAUBKUNST

Zum Umgang mit NS-Raubkunst hat der Deutsche Bundestag den von der SPD-Fraktion im Bundestag 2019 initiierten Antrag beschlossen, dass über 20 Jahre nach der Washingtoner Konferenz 1998 gemäß der Washingtoner Prinzipien die Restitution von NS-Raubkunst fortgesetzt wird. Die Beratende Kommission wurde entsprechend weiterentwickelt.

UMGANG MIT KOLONIALEM ERBE

Ziel der SPD war und ist ein neues Miteinander und die Gestaltung einer gemeinsamen und gerechten Zukunft mit den ehemals kolonialisierten Ländern und Gesellschaften. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu 2019 ein Positionspapier beschlossen und den Entwurf für einen Antrag vorgelegt.

AKTIONSPROGRAMM FÜR FREIE UND UNABHÄNGIGE MEDIEN

Mit zwei „Aktionsprogrammen für freie und unabhängige Medien“ zeigte die SPD-Bundestagsfraktion 2019 und 2020 die von ihr initiierten Regelungen zum Schutz der Medienfreiheit und der Arbeit von Medienschaffenden. Erreicht wurde zum Beispiel 2019 mit der Änderung des Geschäftsgeheimnisschutzgesetzes ein besserer Schutz für Journalist:innen. Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie Angebote für mehr Medienkompetenz wurden ausgebaut.

ANTRAG ZUM MEDIEN- UND KOMMUNIKATIONSBERICHT

In dem Antrag zum Medien- und Kommunikationsbericht formulierte die SPD-Bundestagsfraktion 2019 Ziele und Maßnahmen zur Stärkung der Medien und der kommunikativen Grundversorgung wie etwa die vertiefte Zusammenarbeit mit den Ländern in der Medienpolitik oder die Entwicklung der 2019 von der Bundesregierung mit dem Vertrag von Aachen auf den Weg gebrachten europäischen digitalen Medienplattform.

FILMFÖRDERUNG

Mit der Novelle des Filmförderungsgesetzes (FFG) 2020 hat die SPD-Bundestagsfraktion den deutschen Film als Wirtschafts- und Kulturgut unterstützt. Die Filmabgabe wurde als Herzstück des Films gesichert. Der Aufgabenbereich der Filmförderungsanstalt (FFA) wurde mit Blick auf faire Arbeitsbedingungen, Inklusion, Diversität sowie Geschlechtergerechtigkeit erweitert.

Mit dem Zukunftsprogramm Kino hat die SPD-Fraktion im Bundestag 2019 und 2020 eine wichtige Fördergrundlage für den Kulturort Kino initiiert. Damit wurde auch die Sichtbarkeit des kulturell anspruchsvollen Kinofilms in ländlichen Räumen gesichert.

DEUTSCHE WELLE

Die Deutsche Welle ist als unser Auslandssender die Stimme Deutschlands in der Welt. Wir haben die finanziellen Mittel 2019 und 2020 deutlich erhöht. Das war und ist ein wichtiges Signal mit Blick auf die zunehmende Bedeutung globaler Kommunikation für politische Entwicklungen.

ARBEITSGRUPPE MENSCHENRECHTE UND HUMANITÄRE HILFE

MENSCHENRECHTE WELTWEIT GESTÄRKT

Die Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat sich im Zeitraum 2019 bis 2020 mit zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und humanitären Katastrophen befasst:

- die Lage der Uiguren in China,
- das chinesische Sicherheitsgesetz für Hongkong,
- die menschenrechtliche Lage in der Türkei,
- die Situation in der Sahel-Region und in den arabischen Golfstaaten,
- das Schutzprogramm „Elisabeth-Selbert-Initiative“ für Menschenrechtsverteidigerinnen und Menschenrechtsverteidiger,
- Femizide,
- die Bewaffnung von Drohnen,
- die Pressefreiheit in Europa,
- das Festhalten der belarussischen Regierung an der Todesstrafe und
- die katastrophale Situation der Geflüchteten im Mittelmeer.

Zu folgenden Themen wurden Anträge in den Deutschen Bundestag eingebracht:

- „70 Jahre Europarat“,
- „Kinder weltweit schützen – ausbeuterische Kinderarbeit verhindern“,
- „Wasser- und Sanitärversorgung für alle nachhaltig gewährleisten“,
- „Für den Schutz von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie in Europa“.

Schwerpunkt der Arbeitsgruppe 2019 war das Thema „Straflosigkeit“. Hierzu gab es am 25.09.2019 eine von der SPD-Bundestagsfraktion beantragte Anhörung im Ausschuss sowie eine Fraktionsveranstaltung „Wider die Straflosigkeit – Die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen in

Syrien und Irak vor deutschen Gerichten“. Der auf Initiative der Arbeitsgruppe formulierte Antrag von CDU/CSU und SPD „Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht straflos bleiben“ wurde am 26.11.2020 vom Deutschen Bundestag angenommen.

Auf Wunsch der Arbeitsgruppe hat sich der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe u. a. über die Menschenrechtslage in Belarus, Guatemala, Libyen, Syrien, Türkei, Tschetschenien und Honduras unterrichten lassen. Weitere Themen waren: Flüchtlingspolitik und Familiennachzug, feministische Außenpolitik sowie Auswirkungen der Corona-Krise auf die humanitäre Hilfe.

Der Deutsche Bundestag hat aufgrund zahlreicher humanitärer Katastrophen die Mittel für humanitäre Hilfe kontinuierlich aufgestockt. Im Jahr 2019 wurden insgesamt 1,58 Mrd. Euro, 2020 sogar 2,09 Mrd. Euro für humanitäre Hilfe bewilligt.

Die Arbeitsgruppe hat sich auch für die Umsetzung der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag eingesetzt, so zum Beispiel für die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 zum Schutz indigener Völker, der das Kabinett Ende 2020 zugestimmt hat. Gemeinsam mit der Beauftragten für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe Dr. Bärbel Kofler haben wir uns für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls des UN-Sozialpakts eingesetzt, die aber am Widerstand der Union gescheitert ist. Thema waren auch das Verfahren zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte (NAP). Nach den Ergebnissen des Monitorings, wonach nur 13 bis 17 Prozent der Unternehmen die Anforderungen des NAP vollständig erfüllt haben, war eine gesetzliche Regelung über unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten erforderlich, die dann im Jahr 2021 vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde.

ARBEITSGRUPPE RECHT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

PAKT FÜR DEN RECHTSSTAAT

Im Januar 2019 haben Bund und Länder den „Pakt für den Rechtsstaat“ beschlossen. Durch 2.000 neue Richter:innen und Staatsanwält:innen sowie eine verbesserte digitale Infrastruktur sollen Gerichtsverfahren deutlich beschleunigt werden. Zusätzliche Stellen gab es auch für einen neuen Zivil- und Strafsenat beim Bundesgerichtshof sowie beim Generalbundesanwalt.

BESSERER SCHUTZ FÜR MIETER:INNEN

Im Februar 2020 hat die Koalition die Mietpreisbremse um weitere fünf Jahre verlängert und verschärft. Das Umgehen der Mietpreisbremse durch Vermieter:innen wurde erschwert, indem sie verpflichtet wurden, die Vormiete offenzulegen. Die Möglichkeiten, Verstöße gegen die Mietpreisbremse zu rügen, wurde vereinfacht und ein Rückzahlungsanspruch für die zu viel gezahlte Miete rückwirkend bis zu 30 Monaten eingeführt. Zudem wurde der Betrachtungszeitraum beim Mietspiegel von vier auf sechs Jahre ausgeweitet, um einen weiteren Anstieg von Mieten zu dämpfen, und es wurde eine Mietspiegelerstellungspflicht für alle Städte über 50.000 Einwohnern eingeführt.

GESETZ GEGEN HASSKRIMINALITÄT

Mit dem Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität hat die SPD-Bundestagsfraktion dafür gesorgt, dass Hetze und Bedrohung im Netz künftig härter und effektiver verfolgt werden können: Der Strafraum bei Mord- und Vergewaltigungsdrohungen im Netz wird von bis zu einem auf bis zu drei Jahre Freiheitsstrafe erhöht. Kommunalpolitiker:innen werden vor Diffamierungen und Anfeindungen besser geschützt. Antisemitische Motive wirken ausdrücklich strafverschärfend. Auch die Plattformen, auf denen Hasskommentare veröffentlicht werden, werden stärker in die Pflicht genommen: Sie sollen künftig nicht mehr nur löschen, sondern bestimmte strafbare Postings wie Volksverhetzungen, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen sowie Neonazi-Propaganda dem Bundeskriminalamt melden.

VERSCHÄRFUNG DES GELDWÄSCHEPARAGRAPHEN

Die SPD-Bundestagsfraktion hat erfolgreich darauf hingewirkt, den Straftatbestand der Geldwäsche auszuweiten und kriminelles Vermögen leichter abzuschöpfen. Bislang war Geldwäsche nur bei bestimmten festgelegten Vortaten strafbar, künftig ist es das bei allen Straftaten. Damit wird verhindert, dass illegale Gelder in den legalen Wirtschaftskreislauf eingeführt werden und Straftäter:innen so von ihren Straftaten profitieren können.

BESSERER SCHUTZ VOR SEXUALISierter GEWALT GEGEN KINDER

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, Kinder besser vor sexueller Gewalt zu schützen. Mit härteren Strafen gehen wir gegen Verbrecher:innen vor, die sich an Kindern vergehen. Schon der Grundtatbestand der sexualisierten Gewalt und der Besitz von Kinderpornographie wird künftig als Verbrechen verfolgt. Denn hinter jedem pornographischen Bild steht das Leid eines Kindes. Kriminelle, die dieses Leid gewerbs- und bandenmäßig begehen, können künftig einfacher in Untersuchungshaft genommen werden. Eintragungen über sexuelle Übergriffe im Führungszeugnis bleiben doppelt so lange stehen wie bisher, damit potenzielle Täter:innen nicht beruflich oder ehrenamtlich mit Kindern arbeiten. Familienrichter werden besser geschult und Strafverfahren mit minderjährigen Opfern beschleunigt.

BESSERER SCHUTZ VON FRAUEN

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich für einen verbesserten Schutz von Frauen eingesetzt: Wir haben die Rechtsschutzmöglichkeiten für Opfer von Stalking verbessert und auch das sogenannte Cyberstalking mit einbezogen. Außerdem wird der Schutz von Zwangsprostituierten, die unter menschenunwürdigen Bedingungen für ihre Zuhälter arbeiten müssen, verbessert. Die bereits bestehende Freierstrafbarkeit bei Zwangsprostitution wird deutlich verschärft. Gleichzeitig konnte die SPD-Bundestagsfraktion ein Ausstiegsprogramm im Umfang von 20 Millionen Euro durchsetzen. Mit dem Gesetz zur Verbesserung des Persönlichkeitsschutzes bei Bildaufnahmen wurde zudem das sogenannte Upskirting verboten. Hinter diesem Begriff verbirgt sich ein inakzeptabler Eingriff in die Intimsphäre insbesondere von Frauen. Anderen Personen ohne Erlaubnis unter den Rock zu fotografieren, diese Fotos in Chatgruppen zu teilen oder sogar kommerziell zu vertreiben, ist künftig strafbar.

STÄRKUNG VON VERBRAUCHERRECHTEN

Die SPD-Fraktion im Bundestag hat dafür gesorgt, dass lästige und teure automatische Vertragsverlängerungen der Geschichte angehören. Verträge sind nun nach Ablauf der anfänglichen Mindestlaufzeit monatlich kündbar. Zudem sind Verbraucher:innen nun auch besser vor aufdringlichen Anrufen und untergeschobenen Verträgen geschützt. Wer online einen Vertrag abschließt, erhält darüber hinaus die Möglichkeit, diesen dann auch online mit einem einfachen Klick zu kündigen und bekommt die Kündigung sofort bestätigt. Mit dem Gesetz für faire Verbraucherverträge ermöglichen wir Verbraucher:innen zudem, Entschädigungsforderungen zum Beispiel nach Flugverspätungen an einen Dienstleister abzutreten und so schnell zu ihrem Geld zu kommen.

URHEBERRECHTSREFORM

Die SPD-Bundestagsfraktion hat das Urheberrecht reformiert und an die digitale Wirklichkeit angepasst. Mit der Reform wurde ein fairer Ausgleich geschaffen, von dem Kreative, Rechteinhaber:innen und Nutzer:innen gleichermaßen profitieren. Plattformen müssen künftig Lizenzen für die Inhalte ihrer Nutzer:innen erwerben und auch kurze Werknutzungen vergüten. Ausübende Künstler:innen bekommen zudem einen Direktvergütungsanspruch und einen verbesserten Anspruch auf Auskünfte gegenüber Plattformen und Streamingdiensten, um die ihnen zustehende angemessene Vergütung auch durchzusetzen. Die Verwertungsgesellschaften erhalten ebenfalls einen Auskunftsanspruch gegenüber Plattformen, sodass auch die Nutzung von Inhalten etwa auf Youtube in die Verteilung der Gelder an die Künstler:innen einfließen kann. Der SPD-Fraktion war wichtig, dass Karikatur, Nachahmung (Pastiche) und Parodie ohne besondere Zweckbindung erlaubt sind. Außerdem können Schulen und Universitäten urheberrechtlich geschützte Werke auch zukünftig für Lehre und Forschung nutzen. Zudem wurde ein Anspruch auf den Zugang zu Daten von Plattformen für die Forschung eingeführt.

ARBEITSGRUPPE SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS ZUR BERATERAFFÄRE IM BEREICH DES BUNDESVERTEIDIGUNGSMINISTERIUMS

Wir setzen uns dem Privatisierungswahn im Bereich der Bundeswehr entschieden entgegen. Das betrifft nicht nur nachgeordnete Bereiche, die aus dem Kerngeschäft des Bundesverteidigungsministeriums ausgegliedert worden sind wie der Heeresinstandsetzungslogistik, sondern auch das Ministerium selbst. Nachdem durch Medienberichte Ende 2018 bekannt wurde, dass in dem Haus in einem bisher nicht bekannten Ausmaß externe Berater eingestellt worden sind, haben wir bis Ende Januar 2020 einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Dieser bestätigte uns in der Haltung, dass durch die politische Führung des BMVg die Ministerial – und Bundeswehrverwaltung systematisch ausgehöhlt wurde. Es entstand der Eindruck einer Günstlingswirtschaft – ausgerechnet im Verteidigungsministerium und zum Schaden der Streitkräfte. Nach dem Ende des Untersuchungsausschusses konnten wir in dessen Abschlussbericht verankern, dass künftig private Berater nur im begründeten Ausnahmefall einen vorübergehenden Bedarf decken dürfen. Künftig muss jetzt vollständig über Formen, Ausmaß und Kosten des Einsatzes externer Beratungsfirmen berichtet werden.

SOZIALE ABSICHERUNG FÜR ZEIT- UND BERUFSSOLDAT:INNEN VERBESSERT

Wir haben für Zeitsoldat:innen den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung nach Beendigung ihres aktiven Diensts ermöglicht. Mit dem Gesetz zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr konnten wir erreichen, dass die Arbeitszeit für Soldat:innen bei der 41-Stunden-Woche im Grundbetrieb bleibt und nicht ausgeweitet wird. Darüber hinaus ist es uns mit dem Gesetz gelungen, die volle rechtliche Gleichstellung von einsatzgleichen Verwendungen mit den Auslandseinsätzen zu erreichen. Künftig wird es keine Einsätze „1.“ und „2. Klasse“ mehr geben, sondern eine Versorgung aus einem Guss. Zudem können jetzt nahe Angehörige von PTBS-Geschädigten mit von Therapiemaßnahmen profitieren. Dass kann für die Bedürfnisse von Soldaten, die im Einsatz traumatisiert oder körperlich geschädigt worden sind, eine wichtige Maßnahme sein.

ATTRAKTIVITÄT DES DIENSTES WEITER GESTÄRKT

Mit dem Gesetz zur Stärkung der Einsatzbereitschaft und dem Gesetz zur Modernisierung der Besoldungsstrukturen haben wir die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr weiter erhöht. Wir haben eine Milliarde Euro in die überfällige persönliche Ausstattung der Soldatinnen und Soldaten gesteckt und mit Zulagen für besonders beanspruchte Einheiten die Zufriedenheit der Truppe erhöht. Mit dem kostenfreien Bahnfahren für Soldatinnen und Soldaten konnten wir einen gesellschaftlichen Beitrag für mehr Präsenz im öffentlichen Erscheinungsbild der Bundeswehr leisten.

DIVERSITÄT AUCH IN DER TRUPPE

Für den Zusammenhalt in der Bundeswehr ist es entscheidend, dass Menschen aller Religionen, Hautfarben und jeden Geschlechts ganz selbstverständlich ihren Beitrag leisten. Nur eine Armee, die sich als Spiegel der Gesellschaft versteht, wird ihren Auftrag auf Dauer mit voller Kraft erfüllen können. Mit dem Gesetz zur Rehabilitierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung dienstlich benachteiligten Soldaten haben wir einen wichtigen Beitrag für mehr Diversität in den Streitkräften erzielt. Wir haben neben der bereits bestehenden katholischen und evangelischen Militärseelsorge eine jüdische Militärseelsorge für die Bundeswehr geschaffen.

BEKÄMPFUNG VON RECHTSEXTREMISMUS IN DER BUNDESWEHR

Einen Schwerpunkt hat in diesem Jahr die bessere Bekämpfung des Rechtsextremismus in den Sicherheitskräften unseres Landes gebildet. Das betrifft auch die Bundeswehr: Mit der Änderung des Soldatengesetzes konnten wir eine Regelung für eine intensivere Sicherheitsüberprüfung von Soldatinnen und Soldaten durchsetzen, die mit besonders hohen Sicherheitsanforderungen betraut werden. Zudem haben wir das Reservistengesetz verschärft, um auch Reserve-Dienstleistende einer Sicherheitsüberprüfung unterziehen zu können. Mit beiden Gesetzesänderungen haben wir eine wichtige Lücke in der Extremismusabwehr geschlossen.

ARBEITSGRUPPE SPORT

Sport ist für Millionen Menschen selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens. Über 27 Millionen Menschen sind in mehr als 90.000 Sportvereinen aktiv. Diese sind durch die Corona-Pandemie unter Druck geraten. Daher bestimmte im Jahr 2020 die Ausbreitung der Corona-Pandemie auch die sportpolitische Agenda.

DIE ATHLET:INNEN IN DEN MITTELPUNKT STELLEN

Mächtige Sportverbände brauchen ein starkes Gegengewicht durch mündige Sportler:innen. Deshalb haben wir uns für die Gründung und langfristige Förderung der unabhängigen Interessenvertretung Athleten Deutschland e.V. eingesetzt, damit unsere Athlet:innen eine kraftvolle Stimme im organisierten Sport haben.

LEISTUNGSSPORTREFORM

Im Rahmen der Reform der Spitzensportförderung und des Leistungssports arbeiten der Deutsche Olympische Sportbund und seine Mitgliedsorganisationen – gemeinsam mit der Bundesregierung und den Ländern – an der nachhaltigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die deutschen Athlet:innen. Der weitreichende Umsetzungs- bzw. Umstrukturierungsprozess konnte durch den spürbaren Aufwuchs im Sporthaushalt vorangetrieben werden. Die Finanzierung und konkrete Umsetzung der Reform war ein wichtiges Signal an die betroffenen Athlet:innen.

MODERNISIERUNG VON SPORTANLAGEN

Weiterhin sind bundesweit viele Vereinsanlagen oder Sportplätze in kommunaler Hand in einem desaströsen Zustand. Der Modernisierungs- und Sanierungsbedarf für die Sportstätten in Deutschland ist und bleibt enorm. Dabei sind Sportvereine häufig Partner in Bildungs- und Erziehungsprozessen, der Jugendarbeit, der Gesundheitsförderung, der Inklusion und Integration. Der Sport kann Brücken zwischen Menschen unterschiedlichster sozialer und kultureller Herkunft schlagen, wenn die Vereinsanlagen in einem guten Zustand sind. Daher haben wir uns auch 2019/20 für die Fortsetzung des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zur Modernisierung oder Sanierung von Sportanlagen und Schwimmbädern eingesetzt.

KAMPF GEGEN DOPING IM SPORT

Wir wollen einen fairen und sauberen Wettbewerb. Deshalb haben wir 2015 mit dem Anti-Doping-Gesetz erstmals das Selbstdoping unter Strafe gestellt. Die Operation „Aderlass“ hat aber gezeigt, dass Verurteilungen nur dann möglich sind, wenn Ermittler:innen Zugriff auf Informationen von Insidern haben. Deshalb haben wir uns für die Einführung einer Kronzeugenregelung im Anti-Doping-Gesetz eingesetzt.

AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF DEN SPORT

Das Jahr 2020 stand ganz im Zeichen der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Leistungs- und Breitensport. Gemeinsames Sporttreiben war lange gar nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich.

Lockdown und Eindämmungsmaßnahmen hatten bei den Vereinen Mitglieder- und Einnahmeverluste zur Folge. Viele Breitensportvereine leiden noch immer unter den Folgen der Pandemie. Wir haben finanzielle Notlagen durch Gewährung von Überbrückungshilfen aufgefangen.

ARBEITSGRUPPE TOURISMUS

NATIONALEN TOURISMUS STÄRKEN

Damit das Reiseland Deutschland, mit seinen reichen Natur- und Kulturgütern noch besser in der ganzen Welt beworben werden kann, haben wir die Zuwendungen für das Auslandsmarketing der Deutschen Zentrale für Tourismus stetig angepasst. Das fördert vor allem die Wirtschaftskreisläufe in den vielen Kultur- und Naturlandschaften in Deutschland und trägt dazu bei, Arbeitskräfte und soziale und verkehrliche Infrastrukturen vor Ort, besonders in ländlich geprägten, strukturschwachen Regionen zu halten.

Außerdem wurde die Verantwortlichkeit des Bundes bei der Verwaltung der Wasserstraßen- und Schifffahrt gebündelt. Dadurch können künftig alle Wasserwege effizient saniert werden, damit dringende Mängel beseitigt und die durchlässige Befahrbarkeit der Wasserstraßen und Schleusen sichergestellt werden können.

Mit der Stärkung des Kompetenzzentrums für Tourismus konnten Fördermaßnahmen beschleunigt werden. So wurde mit 1,5 Millionen Euro die Fördermaßnahme zur Leistungssteigerung und Innovationsförderung im Tourismus (LIFT) angestoßen, welche wichtige Impulse in den Bereichen Digitalisierung und Internationalisierung sowie Tourismus für lebenswerte Regionen gab.

Mit der Erstellung des Förder-Wegweisers, des Corona-Navigators und des Tourismus-Wegweisers konnte das Kompetenzzentrum dazu beitragen, dass sich einerseits die Unternehmen der Branche besser über die Fördermaßnahmen und sich andererseits die Reisegäste in den Regionen besser über die Corona-Regeln vor Ort informieren können.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen reisen können. Deshalb unterstützen wir das Projekt „Barrierefreies Reisen für alle“ – ein Kennzeichnungssystem für die Reisekette. Dieses Kennzeichnungssystem trägt zu einer besseren Transparenz bei der Reisewahl für Menschen mit körperlichen Einschränkungen oder mit Einschränkungen ihrer Sinneswahrnehmungen bei. 3.000 Betriebe und Angebote in ganz Deutschland tragen bereits diese Kennzeichnung.

ARBEITSGRUPPE UMWELT, NATURSCHUTZ UND NUKLEARE SICHERHEIT

KLIMASCHUTZ

Wir waren der treibende Partner in der Großen Koalition für eine ambitionierte Klima- und Umweltpolitik. Im Herbst 2019 haben wir das Klimaschutzgesetz und das Klimaschutzprogramm 2030 verabschiedet. Mit dem neuen Klimaschutzgesetz haben wir unsere nationalen Klimaziele rechtlich

verankert und zum ersten Mal in Deutschland für alle Bereiche gesetzlich festgelegt, wie viel Treibhausgase Jahr für Jahr konkret eingespart werden müssen. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion wurden im parlamentarischen Verfahren Änderungen am Klimaschutzgesetz vereinbart: So kann der Bundestag oder die Bundesregierung den Expertenrat für Klimafragen mit der Erstellung von Sondergutachten beauftragen. Außerdem wird die Kontrollaufgabe des Parlaments in der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik gegenüber der Bundesregierung durch die Einführung einer entsprechenden jährlichen Plenarwoche gestärkt. Diese fand 2020 erstmalig statt. Es wurde ein Antrag von CDU/CSU und SPD verabschiedet, der das Prinzip der Nachhaltigkeit als Grundprinzip unseres Handelns unterstreicht. Ein Baustein des Klimaschutzprogramms ist die Festsetzung eines CO₂-Preises für Verkehr und Wärme ab 2021. Ende 2019 hat sich der Vermittlungsausschuss auf einen Preispfad verständigt (2021: 25 Euro, Anstieg bis 2025 auf 55 Euro), der im Herbst 2020 mit dem geänderten Brennstoffemissionshandelsgesetz auf den Weg gebracht wurde. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich neben sozialen Ausgleichsmaßnahmen auch für einen angemessenen Carbon-Leakage-Schutz für Unternehmen eingesetzt.

KREISLAUFWIRTSCHAFT GESTÄRKT

Angesichts planetarer Grenzen und unserer Klimaschutzziele müssen wir noch viel stärker als bisher sparsam mit Ressourcen umgehen. Deshalb haben wir eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen auf den Weg gebracht. So haben wir mit einer Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Recycling und Abfallvermeidung gestärkt unter anderem durch höhere Recyclingquoten für bestimmte Abfallströme. Außerdem müssen recycelte Produkte künftig Vorrang in der öffentlichen Beschaffung bekommen. Des Weiteren wird es eine Obhutspflicht der Hersteller geben, um die Vernichtung von Retouren zu begrenzen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich im parlamentarischen Verfahren für stärkere Rechte der öffentlich-rechtlichen Entsorger eingesetzt: Sie können klagen, wenn Bestimmungen bei der gewerblichen Sammlung nicht eingehalten werden.

Durch eine Änderung im Verpackungsgesetz dürfen künftig leichte Plastiktüten mit Wandstärken von 15 bis 50 Mikrometern nicht mehr in Umlauf gebracht werden. Das Verbot gilt ab 1. Januar 2022. Des Weiteren haben wir überflüssige Einwegplastikartikel, die besonders oft in der Umwelt landen, wie Strohhalme, Plastikbesteck oder To-go-Becher, verboten (Einwegkunststoffverbots-Verordnung).

Mit der Novelle des Batteriegengesetzes erhöhen wir die Sammelquote für Geräte-Alt-Batterien und sichern so ein hochwertiges und reibungslos funktionierendes Recycling. Außerdem schließen wir Lücken im Online-Handel.

Des Weiteren haben wir die Altfahrzeug-Verordnung geändert und neue Mindestanforderungen an die erweiterte Herstellerverantwortung festgelegt. Auch gelten neue Bestimmungen zur Altölentsorgung; hier wurde der Vorrang der Aufbereitung von Altöl vor der energetischen Verwertung festgeschrieben.

SICHERUNG DER LUFTQUALITÄT

Wir haben die Verordnung über mittelgroße Feuerungsanlagen mit Änderungsmaßnahmen der Bundesländer verabschiedet, mit der die Emissionen bestimmter Schadstoffe (vor allem Stickstoff- und Schwefeldioxide) begrenzt werden. Seit April ist das geänderte Bundesimmissionsschutzgesetz in Kraft. Damit können ordnungsgemäß nachgerüstete Dieselfahrzeuge mit geringem Schadstoffausstoß von Fahrverboten ausgenommen werden.

BUNDESKOMPENSATIONSVERORDNUNG

Leitlinie der neu geschaffenen Bundeskompensationsverordnung ist das naturschutzpolitische Ziel, Eingriffe in Natur und Landschaft möglichst zu vermeiden. Wo Vermeidung nicht möglich ist, sind entstandene Beeinträchtigungen auszugleichen, um die Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes auf Dauer zu sichern. Die Verordnung ist bedeutsam für die dauerhafte Sicherung der biologischen Vielfalt und liefert u. a. Anreize für Entsiegelungsmaßnahmen und multifunktionale Kompensationsmaßnahmen. Durch die verstärkte Anwendung von produktionsintegrierten Kompensationsmaßnahmen in der Landwirtschaft trägt sie zur Schonung von landwirtschaftlichen Nutzflächen bei. Außerdem sorgt sie für beschleunigte Zulassungsverfahren – gerade für die Realisierung von großen Infrastruktur-Vorhaben wie dem Energieleitungs- und Erneuerbaren-Energien-Ausbau ist dies von besonderem Vorteil. Des Weiteren ermöglicht die Verordnung eine einheitliche und unkomplizierte Bewertung auf der Basis einer bundesweit gültigen Biotoptypenliste. Dies erhöht die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen und führt zu mehr Planungssicherheit. Die Bundeskompensationsverordnung trägt wesentlich zur Steigerung der Transparenz und Akzeptanz der Eingriffsregelung bei, einem zentralen Instrument des Naturschutzrechts.

BUNDESNATURSCHUTZGESETZ (WOLF)

Ziel der Änderung im Bundesnaturschutzgesetz ist es, die Ausnahmen vom strengen Tötungsverbot des Wolfes klar zu regeln und mehr Rechtssicherheit zu schaffen. Ein Wolf, der den ausreichenden Herdenschutz überwunden hat, darf auch weiterhin nur nach sorgfältiger Prüfung und Genehmigung der Naturschutzbehörden geschossen werden. Wenn danach die Risse weitergehen, darf eine weitere Entnahme erfolgen – allerdings immer nach erfolgter Einzelfallprüfung und Genehmigung. Mit der Konkretisierung im Gesetz helfen wir den betroffenen Weidetierhaltern und den Behörden vor Ort.

WASSERHAUSHALTSGESETZ

Mit der Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes wird für landwirtschaftlich genutzte Flächen, die an Gewässer angrenzen und eine Hangneigung von durchschnittlich mindestens fünf Prozent aufweisen, eine verpflichtende dauerhafte Begrünung in einem Bereich von fünf Metern ab der Böschungsoberkante des Gewässers festgelegt. Diese Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes ist neben der Änderung der Düngeverordnung eine wichtige Forderung im Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegen Deutschland.

ARBEITSGRUPPE VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR

BAHN ATTRAKTIVER GEMACHT

Die SPD-Fraktion konnte die Mittel für die Deutsche Bahn deutlich erhöhen. So wird sie im Rahmen des Klimaschutzprogramms bis 2030 über elf Milliarden Euro erhalten. Auch haben wir Gelder bereitgestellt, um die coronabedingten Einnahmeausfälle zu kompensieren. Zudem wird

künftig die gesamte Branche durch eine temporäre Reduzierung der Trassenpreise (Schienenmaut) um 98 Prozent unterstützt. Um das Schienennetz zu erneuern, werden Bund und Bahn 86 Milliarden Euro bis 2030 in die Hand nehmen. Außerdem haben wir das Bahnfahren billiger gemacht, indem wir die Mehrwertsteuer für Bahntickets im Fernverkehr von 19 auf sieben Prozent gesenkt haben. Für einen künftigen Deutschlandtakt haben wir die Grundlagen gelegt.

ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR GESTÄRKT

Wir haben das Grundgesetz geändert, damit der Bund mehr Geld in den schienengebundenen öffentlichen Nahverkehr investieren kann. Seit 2021 steht den Gemeinden dafür jährlich eine Milliarde Euro vom Bund zur Verfügung. Ab 2025 werden diese Mittel noch einmal auf zwei Milliarden Euro verdoppelt. Angesichts der Corona-Pandemie hat der Bund außerdem kurzfristig einmalig 3,5 Milliarden Euro für den ÖPNV zusätzlich zur Verfügung gestellt.

FAIRE REGELN FÜR NEUE MOBILITÄTSANGEBOTE

Neue Mobilitätsformen, wie Carsharing oder Pooling-Dienste erleichtern die Mobilität ohne eigenes Auto. Mit der Novelle des Personenbeförderungsgesetzes haben wir für diese Angebote einen klaren Rechtsrahmen geschaffen, der für faire Wettbewerbsbedingungen sorgt. So sind etwa Pooling-Dienste nun rechtlich verankert und reguliert. Neue Mobilitätsdienstleister wie Uber werden genehmigungspflichtig und müssen gesammelte Daten bereitstellen, damit die Kommunen die Einhaltung der Regeln besser nachverfolgen können. Auch haben wir den Wettbewerb zwischen Taxis, Mietwagen und Pooling-Anbietern klar und fair geregelt. Städte, Kreise und Gemeinden haben bei der Regulierung mehr Handhabe.

MEHR GÜTER AUF SCHIENE UND WASSERSTRAßEN GEBRACHT

Um mehr Gütertransporte von der Straße auf die Schiene zu verlagern, haben wir bereits vor der Corona-Pandemie die Trassenpreise für den Schienengüterverkehr halbiert. Zudem fördern wir ab 2021 erstmals auch die Einzelwagenverkehre im Schienengüterverkehr mit knapp 80 Millionen Euro. Außerdem haben wir die Schifffahrtsabgaben in der Binnenschifffahrt abgeschafft.

ELEKTROMOBILITÄT GEFÖRDERT

Im Konjunkturprogramm haben wir beschlossen, den Automobilsektor auf seinem Weg zu klimafreundlichen Antrieben mit bis zu zehn Milliarden Euro weiter zu stärken. Außerdem konnten wir die Entwicklung alternativer klimaneutraler Kraftstoffe fördern. So fließen mehrere Milliarden Euro in die Zukunftstechnologie Wasserstoff. Eine neue Treibhausgas-Quote verpflichtet Unternehmen, die Kraftstoffe herstellen, den Treibhausgas-Ausstoß ihrer Produkte um einen bestimmten Prozentsatz zu senken. Die Kfz-Steuer wird künftig noch stärker nach CO₂-Ausstoß erhoben, neu zugelassene schmutzige Fahrzeuge werden mehr belastet, Autos mit geringem CO₂-Ausstoß weniger. Zudem haben wir die Steuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge ausgedehnt. Wer sich ein E-Auto zu einem Preis von unter 40.000 Euro kauft, bekommt eine höhere Kaufprämie. Davon profitieren vor allem Käufer:innen, die sich kein teures Auto leisten können. Elektro-Dienstwagen in der gleichen Preiskategorie werden steuerlich stärker gefördert. Reine Elektro-Dienstwagen werden bis zu einem Bruttolistenpreis von 60.000 Euro steuerlich gefördert. Ein weiterer Baustein für mehr klimafreundliche Mobilität auf der Straße ist die Nutzung

von Erdgas-Lastkraftfahrzeugen. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass solche Lkw bis Ende 2023 von der Maut befreit bleiben. Und erstmals verpflichten wir den öffentlichen Verkehr (z. B. ÖPNV-Busse) sowie bestimmte privatrechtlich organisierte Akteure (z. B. Post- und Paketdienste) sowie die Müllabfuhr dazu, verstärkt emissionsarme oder -freie Fahrzeuge einzusetzen.

FLÄCHENDECKENDE LADEINFRASTRUKTUR

Ziel ist es, bis 2030 eine Million öffentliche Ladepunkte für E-Fahrzeuge zu bauen. Dafür haben wir Geld bereitgestellt. Auch haben wir die Voraussetzungen für ein flächendeckendes Netz an Schnellladepunkten geschaffen.

MEHR SICHERHEIT UND PLATZ FÜRS RAD

Damit wir künftig noch mehr Platz fürs Radfahren haben, haben wir so viel Geld wie nie zuvor für Fahrradinfrastruktur und neue Förderprogramme zur Verfügung gestellt. Wir unterstützen Unternehmen bei der Anschaffung von Lastenfahrrädern und fördern die private Nutzung von Dienstfahrrädern. Wir haben das Ziel „Vision Zero“ fest im Blick und sorgen für mehr Sicherheit im Fahrradverkehr, damit der Umstieg aufs Rad für noch mehr Menschen attraktiv wird.

SCHNELLER PLANEN UND BAUEN

Viele elementare Projekte zur Umsetzung der Klimaschutzziele wurden in der Vergangenheit durch langatmige Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögert. Mit verschiedenen Gesetzen sind wir neue Wege gegangen, damit Investitionen in den Bereichen Verkehr und Energie schneller geplant und umgesetzt werden. So müssen etwa im Bereich Schiene Digitalisierungs- und Elektrifizierungsmaßnahmen sowie Umbautätigkeiten zur Barrierefreiheit nicht mehr zwangsläufig genehmigt werden. Das Eisenbahn-Bundesamt wird zur Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde bei Schienenprojekten. Damit haben wir die Zuständigkeiten gebündelt.

Außerdem haben wir das Raumordnungsverfahren ebenso vereinfacht wie gerichtliche Instanzenwege, insbesondere bei Planfeststellungsverfahren. Und wir haben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie dafür gesorgt, dass Verwaltungsverfahren auch digital möglich sind.

LKW-MAUT AUSGEWEITET

Wir haben die Mautpflicht auf Lkw ab 7,5 Tonnen ausgedehnt. Die eingenommenen Mittel fließen komplett in den Straßenbau. Seit dem 1. Juli 2018 gilt die Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen.

LUFTVERKEHR KLIMAFREUNDLICHER GESTALTET

Wir haben die Luftverkehrsabgabe angehoben und von den Mehreinnahmen unter anderem die Markteinführung von modernen Kraftstoffen in der Luftfahrt gefördert. Außerdem sind Unternehmen verpflichtet, eine bestimmte Menge an strombasierten Flugturbinenkraftstoffen zu nutzen.

ARBEITSGRUPPE WAHLPRÜFUNG, IMMUNITÄT UND GESCHÄFTSORDNUNG

REFORM DER REGIERUNGSBEFRAGUNG UND DER FRAGESTUNDE

Die parlamentarischen Instrumente der Regierungsbefragung und Fragestunde wurden durch eine Änderung der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages umgestaltet, um eine wirksame parlamentarische Kontrolle und einen möglichst lebendigen öffentlichen Austausch zu ermöglichen. Die Fragestunde wurde gekürzt und dafür die Dauer der Regierungsbefragung verdoppelt. An der Regierungsbefragung nimmt mindestens eine Bundesministerin oder ein Bundesminister teil. Ein Thema wird nicht vorgegeben. Dreimal jährlich – vor Ostern, vor der Sommerpause und vor Weihnachten – soll außerdem die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler befragt werden.

ABGEORDNETENGESETZ

Teilweise auf Grundlage der Empfehlungen der Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) wurden 2020 die Transparenzregeln für Bundestagsabgeordnete reformiert. Bis dahin konnten lediglich Verstöße gegen die Anzeigepflicht von anzeigepflichtigen Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften mit einem Ordnungsgeld sanktioniert werden. Für Verstöße gegen die Anzeigepflicht von anzeigepflichtigen Spenden oder gegen das Annahmeverbot von unzulässigen Zuwendungen oder Vermögensvorteilen waren Ordnungsgelder nicht vorgesehen. Diese Regelungslücke haben wir geschlossen.

Ordnungsgelder dürfen nun außerdem auch dann verhängt werden, wenn Mitarbeiter:innen von Abgeordneten unzulässig beschäftigt sind, etwa im Falle des rechtswidrigen Mitarbeitereinsatzes im Wahlkampf – eine Maßnahme, die auf einen Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 19. September 2017 zurückgeht.

PARLAMENTARISCHE SONDERREGELN WÄHREND DER PANDEMIE

Aufgrund der allgemeinen Beeinträchtigung durch COVID-19 war es erforderlich, die Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestages zu sichern und zu gewährleisten, dass der Deutsche Bundestag jederzeit seine verfassungsrechtlichen Aufgaben wahrnehmen kann. Gleichzeitig war sicherzustellen, dass die Erfordernisse zur Eindämmung von COVID-19 beachtet werden und Ansteckungsrisiken im Bundestag vermieden werden. In die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages wurde befristet ein § 126a eingefügt, der eine besondere Anwendung der Geschäftsordnung des Bundestages ermöglichte. Das Quorum für die Beschlussfähigkeit des Plenums und der Ausschüsse wurde vorläufig auf ein Viertel der Mitglieder abgesenkt. In Ausschüssen konnten Mitglieder außerdem auch über elektronische Kommunikationsmittel an den Beratungen, Abstimmungen und Beschlussfassungen teilnehmen. Öffentliche Ausschussberatungen und Anhörungssitzungen wurden außerdem elektronisch übertragen.

ARBEITSGRUPPE WIRTSCHAFT UND ENERGIE

DIGITALER ORDNUNGSRAHMEN MODERNISIERT, PLATTFORMUNTERNEHMEN PROAKTIV REGULIERT

In den Jahren 2020/2021 haben wir mit einer großen GWB-Digitalisierungsnovelle das deutsche Kartellrecht auf den neuesten Stand gebracht. Erstmals wird für Unternehmen mit einer überragenden marktübergreifenden Stellung eine ex-ante Regulierung durch das Bundeskartellamt möglich. Das Recht der Fusionskontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen und die Ausgestaltung des Rechtswegs wurden zeitgemäß weiterentwickelt. Die weitere Stärkung von Kompetenzen im Verbraucherschutz nach festgestellten Missständen, wie etwa im Bereich der Vergleichsportale, bleibt ein wichtiges Anliegen auf der Agenda.

HANDWERK UND SELBSTSTÄNDIGKEIT GESTÄRKT

Wir haben die Meisterpflicht für 12 Berufe wieder eingeführt, um im Handwerk mehr Qualität für Kund:innen zu erreichen und mehr Nachwuchs durch bessere Ausbildung zu gewinnen. Wir sind überzeugt davon, dass der Meisterbrief im Handwerk die beste Garantie für Qualität, Verbraucherschutz, den Schutz von Kulturgütern und Innovationskraft bietet. Darüber hinaus haben wir in Abstimmung mit den Gewerkschaften die Tarifbindung im Handwerk gestärkt. Denn die Löhne im Handwerk liegen oftmals deutlich unter dem Lohnniveau der Industrie. Außerdem werden künftig Gewerkschaften und selbstständige Vereinigungen von Arbeitnehmer:innen in den Prüfungsverfahren beteiligt.

AUSVERKAUF DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT VERHINDERT

Oftmals ist der Einstieg von ausländischen Investoren in deutsche Technologieunternehmen oder auch Start-ups wichtig und als zusätzliche Finanzierungsquelle auch erwünscht. Jedoch gilt es, unsere technologische Souveränität in wichtigen Zukunftsbereichen nicht ohne Weiteres aus der Hand zu geben. Daher haben wir in 2019 und 2020 in zwei Novellierungen des Außenwirtschaftsrechts Melde- und Kontrollpflichten bei der Übernahme deutscher Technologieunternehmen von Drittstaaten angemessen verschärft, ohne die Einbettung der deutschen Wirtschaft in internationale Investitionskreisläufe zu stören.

BÜROKRATIEABBAU VORANGETRIEBEN – WIRTSCHAFTLICHES HANDELN ERLEICHTERT

Der Abbau überflüssiger Bürokratie ist eine Daueraufgabe. Mit zwei Bürokratieentlastungsgesetzen haben wir in 2019/2020 hier weitere Fortschritte gemacht und Papiervorgänge weiter reduziert. Ein Beispiel dafür ist die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsmeldung bei den Krankenkassen oder die Abschaffung des physischen Meldescheins in Hotels. Weitere kleinere Gesetze, etwa zu Unternehmensstatistiken, wurden auf den Weg gebracht.

SOZIALE INNOVATIONEN STÄRKER GEFÖRDERT

In einem parlamentarischen Antrag haben wir in 2019 die Potenziale von sozialen Innovationen und sozialem Unternehmertum herausgehoben und den künftigen Bundesregierungen einige

Handlungsempfehlungen gegeben. Denn angesichts bestehender und zukünftiger Herausforderungen wie demografischer Wandel, sozialer Zusammenhalt, Klimawandel oder Digitalisierung braucht es weitergehende, über technische Lösungen hinausgehende Ansätze. Hier verfügen soziale Innovationen über ein großes Potenzial.

CORONA-KRISE: WIRTSCHAFT STABILISIERT

Um die Corona-Pandemie zu bekämpfen, musste der Geschäftsbetrieb in verschiedenen Branchen weitestgehend oder vollständig heruntergefahren werden. Daher hat der Bund gleich zu Beginn der Pandemie ein Soforthilfe-Programm für Unternehmen und Solo-Selbstständige aufgesetzt. Eine Überbrückungshilfe wurde gestartet und mehrfach weiterentwickelt, um die Betriebe mit Zuschüssen für die betrieblichen Fixkosten zu unterstützen. Das Programm richtete sich vor allem an Branchen wie das Hotel- und Gaststättengewerbe, Jugendherbergen, Schausteller, Reisebüros, Reisebus- und Veranstaltungsunternehmen und Einrichtungen der Behindertenhilfe. Während des harten Lockdowns im Winter 2020 gewährten wir allen, die direkt oder indirekt von den Schließungen betroffen waren, Zuschüsse pro Woche der Schließung in Höhe von 75 Prozent des wöchentlichen Umsatzes.

Solo-Selbstständige, die keine Fixkosten geltend machen konnten, aber auch hohe Umsatzeinbußen hatten, bekamen bis zu 7.500 Euro Neustarthilfe. Damit wurde der hart getroffenen Kultur- und Veranstaltungsbranche geholfen.

Um die Volkswirtschaft insgesamt zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern, wurde ebenso direkt zu Beginn der Pandemie ein Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) mit einem Volumen von 600 Milliarden Euro eingerichtet. Damit konnten die von der Corona-Krise betroffenen Unternehmen zahlungsfähig bleiben. Durchgesetzt haben wir dabei, dass Unternehmen, die vom WSF profitieren, in dieser Zeit keine Boni, Sonderzahlungen oder Dividenden ausschütten dürfen. Auch haben wir die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) mit Mitteln und Sonderprogrammen gestärkt.

CORONA-KRISE: KONJUNKTUR ANGEKURBELT

Im Juni 2020 hat die Große Koalition mit einem Volumen von 130 Milliarden Euro das bisher größte Konjunkturprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik auf die Schiene gesetzt. Damit wurden Bürger:innen und entlastet, die Binnennachfrage gestärkt und Investitionen in Städten und Gemeinden gesichert. Mit verschiedenen Maßnahmen wurde an das Klimaschutzprogramm angeknüpft und noch stärkere Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien gesetzt, um unser Land wettbewerbsfähiger, ökologischer und lebenswerter zu machen. Auch haben wir die Mehrwertsteuer für ein halbes Jahr gesenkt, um besonders diejenigen zu entlasten, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen.

ARBEITSGRUPPE WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

WIR HABEN DIE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT GESTÄRKT

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik beruht auf Zusammenarbeit statt auf nationalen Alleingängen. Nur zusammen mit unseren Partnern ist es möglich weltweit für Frieden, Demokratie, Gleichberechtigung und die Einhaltung von Menschenrechten einzustehen. Die global gültige UN-Agenda 2030 ist dabei unsere politische Richtschnur. Im Bundestag haben wir für eine noch effektivere Entwicklungszusammenarbeit unter anderem Anträge zum Ausbau der nachhaltigen Agrar- und Ernährungswirtschaft, zur Gleichstellung der Geschlechter und zum Schutz von Kindern vor ausbeuterischer Kinderarbeit verabschiedet.

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

Bei der Entwicklungsfinanzierung konnten wir uns durchsetzen und unserer Verantwortung gegenüber den ärmsten Menschen dieser Erde gerecht werden. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ist der Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) so stark erhöht worden wie in dieser Legislaturperiode. Deutschland bleibt damit im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe, mit über 25 Milliarden Euro (2020), der zweitgrößte Geber weltweit. Die steigenden Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe führten außerdem dazu, dass wir unser Ziel einer 0,7 ODA-Quote im Jahr 2020 wieder erfüllen konnten.

AGENDA 2030

Auf Initiative der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung haben wir in der Fraktion ein Positionspapier beschlossen, das die Handlungsfelder für jeden Politikbereich deutlich benennt und die anstehenden Aufgaben präzisiert. Damit haben wir verdeutlicht, dass die 17 global gültigen Nachhaltigkeitsziele nicht allein die Sache der Entwicklungspolitik ist, sondern auch im nationalen Politikbereich zu erreichen sind.

AGRARÖKOLOGIE

Einer der wichtigsten Anträge hatte die Agrarökologie zum Gegenstand. Die Sicherung der weltweiten Ernährung bleibt eine der zentralen Herausforderungen der internationalen Gemeinschaft. Im Antrag weisen wir darauf hin, dass nach Schätzung der Vereinten Nationen 690 Millionen Menschen unter Hunger leiden. Die Mehrheit von ihnen lebt in Entwicklungsländern. Aufgrund dessen haben wir die Bundesregierung aufgefordert, die Unterstützung insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu verstärken. Zudem soll sich dafür eingesetzt werden, dass in Deutschland erzeugte landwirtschaftliche Produkte nicht zu Lasten der Entwicklungsländer produziert und nicht länger exportiert werden dürfen.

SCHUTZ VOR AUSBEUTERISCHER KINDERARBEIT

Ferner haben wir einen Antrag zum Schutz von Kindern vor ausbeuterischer Kinderarbeit verabschiedet. 79 Millionen Kinder arbeiten unter ausbeuterischen, oft gesundheitsschädlichen und gefährlichen Bedingungen. Ob in der Bergbau-, Textil-, Auto- und Elektronikindustrie oder in der Landwirtschaft – ausbeuterische Kinderarbeit ist noch immer Bestandteil zahlreicher globaler Lieferketten. Wir haben daher die Bundesregierung aufgefordert, sich bei Verhandlungen von EU-Freihandelsabkommen für ambitionierte Nachhaltigkeitskapitel mit konkreten Beschwerde-, Überprüfungs- und Reaktionsmechanismen sowie einem Verbot und einer möglichen Sanktionierung von ausbeuterischer Kinderarbeit einzusetzen. Ferner wollen wir, dass die Einfuhr von Produkten nach Europa und nach Deutschland, die nachweislich aus ausbeuterischer Kinderarbeit kommen, gesetzlich unterbunden wird.

STÄRKUNG SEXUELLER UND REPRODUKTIVER GESUNDHEIT UND RECHTE FÜR MÄDCHEN UND FRAUEN

Wir haben einen Antrag zur Stärkung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte für Mädchen und Frauen initiiert. Neben der Forderung, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte als Schwerpunkt bi- und multilateraler Entwicklungszusammenarbeit zu verankern, fordern wir auch einen verstärkten Einsatz für Geschlechtergleichstellung. In vielen Entwicklungsländern haben Mädchen und Frauen einen schlechteren oder gar keinen Zugang zu Bildung, sodass mehr als 34 Millionen Mädchen weltweit nicht zur Schule gehen können und sie somit ihre Zukunftsperspektiven verlieren. Auch der Zugang zu sozialer Sicherung und anderer wichtiger Ressourcen stellt für viele betroffene Frauen und Mädchen ein unüberwindbares Hindernis dar. Für eine Änderung dieser Umstände soll sich die Bundesregierung einsetzen.

CORONA-PANDEMIE IM GLOBALEN SÜDEN

Die Corona-Pandemie macht zahlreiche Erfolge der letzten Jahre im Kampf gegen Hunger und Armut zunichte. Viele Menschen in den Partnerländern leiden nicht nur an den gesundheitlichen Folgen von Corona, sondern aufgrund wegfallender Erwerbsmöglichkeiten und fehlender sozialer Sicherungssysteme auch an den wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Die Zahl der Hungernden und Armen droht dramatisch zu steigen. Gerade dafür haben wir 2020 die Mittel des Corona-Sofortprogramms in Höhe von 1,55 Milliarden Euro effektiv eingesetzt. Mit den Mitteln wird auch der faire weltweite Zugang zu Impfstoffen, Therapeutika und Tests sowie Gesundheitssystemen in den betroffenen Entwicklungsländern unterstützt.

Die Pandemie hat hierbei verdeutlicht, dass eine stärkere internationale Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik unumgänglich ist. Die schwachen Gesundheitssysteme und die fehlende medizinische Versorgung stellen die Entwicklungsländer jedoch vor große Herausforderungen bei der Bekämpfung der Pandemie. Daher haben wir 2020 zwei Anträge verabschiedet, wodurch die globale Gesundheit ausgebaut und Entwicklungs- und Schwellenländer bei der Bewältigung der Corona-Pandemie unterstützt werden sollen.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION 2019/2020

2019

Broschüren

Für ein solidarisches Land
(Bilanz 2017 – 2019)
Die SPD-Fraktion
70 Jahre SPD-Bundestagsfraktion
So stärken wir unsere Kommunen

Magazin Fraktion intern

Ausgabe 3/2019 mit dem Schwerpunktthema
„Sozial gerechter Klimaschutz“
Ausgabe 2/2019 mit dem
Schwerpunktthema „Überall gut leben“
Ausgabe 1/2019 mit dem
Schwerpunktthema „Europa“

Faltblätter

(Aus der Reihe „Für ein solidarisches Land“,
Dezember 2019)

Bezahlbares Zuhause
Bildung fördern
Mehr Netto
Mehr Schutz für Beschäftigte
Neue Chancen in der Arbeitswelt
Sicherheit im Alter
Starke Familien
Ein modernes Einwanderungsgesetz
BAföG rauf!
Digitalpakt Schule
Ein neuer Sozialstaat
Rente sichern
Lebensqualität vor Ort stärken

(Aus der Reihe „Für ein solidarisches Land“,
März 2019)

Wohnen bezahlbar machen
Pflege stärken
Familien unterstützen
Bildung fördern
Arbeit wertschätzen

2020

Broschüren

Soziale Klimapolitik
Zusammenhalt und Zukunft
(Bilanz 2017 – 2020)

Magazin Fraktion intern

Ausgabe 4/2020 mit dem Schwerpunktthema
„Rückblicke 2020 – Ausblicke 2021“
Ausgabe 3/2020 mit dem
Schwerpunktthema „Schule ist digital“
Ausgabe 2/2020 mit dem
Schwerpunktthema „Grundrente“
Ausgabe 1/2020 mit dem Schwerpunktthema
„Konjunkturprogramm“

Faltblätter

Die Grundrente kommt

2019

Reihe „positionen“

UN-Agenda 2030: Richtschnur sozialdemokratischer Entwicklungspolitik
Presse- und Meinungsfreiheit stärken

Verschiedenes

Postkarte „Bessere Löhne“
Postkarte „Grundrente!“
Postkarte „BAföG rauf!“
Plakat „Wir für Sie im 19. Deutschen Bundestag“

2020

Reihe „dokumente“

Parlamentarische Positionen zu Europa

Verschiedenes

Plakat „Wir für Sie im 19. Deutschen Bundestag“

GREMIEN IN DER 19. WP

FRAKTIONSVORSITZENDE

Andrea Nahles bis 04.06.2019

KOMMISSARISCHER FRAKTIONSVORSITZENDER

Rolf Mützenich ab 04.06.2019 – 24.09.2019

FRAKTIONSVORSITZENDER

Rolf Mützenich ab 24.09.2019

STELLV. FRAKTIONSVORSITZENDE

Sören Bartol

Dirk Wiese ab 12.05.2020

Bärbel Bas ab 24.09.2019

Katja Mast

Matthias Miersch

Gabriela Heinrich ab 24.09.2019

Achim Post

Dr. Eva Högl bis 12.05.2020

Karl Lauterbach bis 24.09.2019

Rolf Mützenich bis 24.09.19

1. PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER

Carsten Schneider

3 WEITERE PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERINNEN

Gabriele Katzmarek ab 24.09.2019

Bärbel Bas bis 24.09.2019

Marianne Schieder

Josephine Ortleb ab 16.12.2020

Dagmar Ziegler bis 26.11.2020

JUSTIZIARIN DER FRAKTION

Sonja Steffen

FRAKTIONSVORSTAND (STAND: 01.01.2019 – 31.12.2020)

Arndt-Brauer, Ingrid
Bartke, Matthias
Breymaier, Leni
Burkert, Martin bis 05.11.2019
Daldrup, Bernhard
Diaby, Karamba
Dittmar, Sabine
Fechner, Johannes
Hartmann, Sebastian bis 05.11.2019
Hitschler, Thomas
Junge, Frank
Juratovic, Josip
Kaczmarek, Oliver ab 05.11.2019
Kaiser, Elisabeth ab 05.11.20
Kofler, Bärbel

Lischka, Burkhard bis 14.10.2019
Lühmann, Kirsten
Matschie, Christoph ab 05.11.2019
Poschmann, Sabine
Rix, Sönke
Rüthrich, Susann ab 05.11.2019
Saathoff, Johann
Schiefner, Udo
Schmidt, Dagmar
Schwartz, Stefan
Stadler, Svenja bis 05.11.2019
Tack, Kerstin
Westphal, Bernd
Yüksel, Gülistan

AUSSCHUSSVORSITZENDE/-R 19. WP (STAND: 01.01.2019 – 31.12.2020)

Sportausschuss: **Dagmar Freitag**
Ausschuss für Arbeit und Soziales: **Matthias Bartke**
Verteidigungsausschuss: **Wolfgang Hellmich**
Ausschuss für Bildung und Forschung: **Ernst Dieter Rossmann**
Ausschuss für Kultur und Medien: **Katrin Budde**

STELLV. AUSSCHUSSVORSITZENDE/-R 19. WP (STAND: 01.01.2019 – 31.12.2020)

Auswärtiger Ausschuss: **Daniela De Ridder**
Haushaltsausschuss: bis 12.05.2020 **Dennis Rohde**, ab 12.05.2020 **Martin Gerster**
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: **Michael Thews**
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union: **Markus Töns**
Petitionsausschuss: **Martina Stamm-Fibich**

ARBEITSGRUPPENSPRECHER/INNEN 19. WP (STAND: 01.01.2019 – 31.12.2020)

Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: **Matthias Bartke**
Petitionen: **Stefan Schwartz**
Außenpolitik: **Nils Schmid**
Inneres: bis 14.10.19 **Burkhard Lischka**, ab 22.10.19 **Ute Vogt**
Sport: bis 27.10.2020 **Detlef Pilger**, ab 27.10.2020 **Mahmut Özdemir**
Recht und Verbraucherschutz: **Johannes Fechner**
Finanzen: **Lothar Binding**
Haushalt: bis 06.05.2020 **Johannes Kahrs**, ab 12.05.2020 **Dennis Rohde**
Wirtschaft und Energie: **Bernd Westphal**
Ernährung und Landwirtschaft: **Rainer Spiering**
Arbeit und Soziales: **Kerstin Tack**
Sicherheits- und Verteidigungspolitik:
bis 15.12.2020 **Fritz Felgentreu**, ab 12.01.2021 **Siemtje Möller**
Familie, Senioren, Frauen und Familie: **Sönke Rix**
Gesundheit: **Sabine Dittmar**
Verkehr und digitale Infrastruktur: **Kirsten Lühmann**
Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: **Carsten Träger**
Menschenrechte und humanitäre Hilfe: **Frank Schwabe**
Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: **Oliver Kaczmarek**
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung:

bis 11.02.2020 **Gabi Weber**, ab 03.03.2020 **Sascha Raabe**

Tourismus: **Gabriele Hiller-Ohm**

Angelegenheiten der Europäischen Union: **Christian Petry**

Kultur und Medien: **Martin Rabanus**

Digitale Agenda: **Jens Zimmermann**

Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen: **Bernhard Daldrup**

AUFLISTUNG ALLER AUSGESCHIEDENEN UND NACHGERÜCKTEN MDBS

Bach, Bela ab 04.02.2020

Baradari, Nezahat ab 07.01.2019

Dr. Barley, Katarina bis 01.07.2019

Dr. Brecht, Eberhard ab 25.10.2019

Burkert, Martin bis 01.02.2020

Gabriel, Sigmar bis 03.11.2019

Dr. Högl, Eva bis 25.05.2020

Kahrs, Johannes bis 06.05.2020

Kelber, Ulrich bis 06.01.2019

Lehmann, Sylvia ab 03.12.2019

Lischka, Burkhard bis 14.10.2019

Lotze, Hiltrud ab 24.11.2020

Mackensen-Geis, Isabel ab 02.07.2019

Martin, Dorothee ab 11.05.2020

Nahles, Andrea bis 31.10.2019

Oppermann, Thomas bis 25.10.2020

Paschke, Markus ab 04.11.2019

Rawert, Mechthild ab 26.05.2020

Dr. Schüle, Manja bis 02.12.2019

Dr. Weingarten, Joe ab 01.11.2019

VERANSTALTUNGEN 2019/2020

Veranstaltungen 2019

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen:

213 Veranstaltungen zu bundespolitischen Themen in den Regionen

16.01.2019	Podiumsdiskussion: Ein nachhaltiges Landwirtschaftsmodell für Deutschland in 2030
17.01.2019	Empfang zur Feierstunde 100 Jahre Frauenwahlrecht
24.01.2019	Diskussionsveranstaltung: Europa ist die Antwort! (Brüssel)
18.02.2019	Dialogveranstaltung und Verleihung des Marie-Juchacz-Preises „100 Jahre Frauenwahlrecht – Unser Ziel ist Parität“
25.03. – 20.09.19	Dialogtour-Veranstaltungen: 109 Dialogtour-Veranstaltungen in 7 Bundesländern
14./15.03.19	4. #ProgressiveEurope Interparlamentarische Konferenz
18.03.19	Aktionen zum Equal-Pay-Day
21.03.2019	Fachkonferenz: Gut zusammen leben – Migration und Integration mit Zuversicht und Realitätssinn gestalten
22.03.2019	Fachkonferenz: Brexit – Die Zukunft des europäisch-britischen Verhältnisses
27./28.03.2019	Girls' Day
08. – 12.04.2019	Woche für Jugendvertreter:innen bei der SPD-Bundestagsfraktion
12.04.2019	Fachkonferenz: Europa – ein Friedensprojekt, Der innere und äußere Zusammenhalt der EU
06.05.2019	Betriebs- und Personalrätekonferenz: Arbeitswelt im digitalen Wandel
06.05.2019	Historischer Dialog: Kommunen als Orte der Demokratie
08.05.2019	Blaulichtkonferenz – Klimawandel: Herausforderung für den Katastrophenschutz
13.05.2019	Fachkonferenz: Deutschland ist erneuerbar – klimaneutral und wirtschaftlich stark Deutschland ist erneuerbar – Klimaneutral und wirtschaftlich stark
16.05.2019	Fachkonferenz: Inklusion durch Assistenzhunde – Brauchen wir ein Assistenzhundegesetz?
03.06.2019	Fachkonferenz: Zukunft der Aus- und Weiterbildung
05.06.2019	Interfraktionelles Fachgespräch: Juristische Erinnerungskultur in Deutschland – muss der „Palandt“ umbenannt werden?
07.06.2019	Dialogveranstaltung: Nachhaltige Finanzen – Wie machen wir Deutschland zu einem führenden Sustainable-Finance-Standort?
07.06.2019	Fachtagung: Datenschutz schützt Menschen – Ein Jahr Datenschutz-Grundverordnung
24.06.2019	Dialogveranstaltung zur Novelle des Filmfördergesetzes
26.06.2019	Hoffest
27.06.2019	Empfang zum 70. Geburtstag von Ulla Schmidt
05.09.2019	Empfang anlässlich des 70. Geburtstags der SPD-Bundestagsfraktion
08.09.2019	Tag der Ein- und Ausblicke: Für ein #solidarischesLand
09.09.2019	Fachkonferenz: Deutschland – Plastikland
09. – 27.09.2019	Hospitanz für Nachwuchsjournalisten und -medienfachleute (Journalisten-Akademie der FES)
23.09.2019	Fraktionskongress zur Zukunft der Kleingärten
25.09.2019	Dialogveranstaltung: Vom Wohngipfel zur Wohnwende: Für eine sozialdemokratische Wohnungspolitik im 21. Jahrhundert
25.09.2019	Podiumsdiskussion: Wider die Straflosigkeit

26.09.2019	Parlamentarischer Abend beim Gewerkschaftstag der ver.di
10.10.2019	Parlamentarischer Abend beim Gewerkschaftstag der IG Metall
17.10.2019	Dialogveranstaltung: Multilateralism first! – Die internationale Ordnung stärken – die großen Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam bewältigen
21.10.2019	Fachkonferenz: Bildung in der digitalen Welt 2019
23. – 25.10.2019	Jugendpresstage
04.11.2019	Betriebs- und Personalrätekonferenz: Starke Arbeitnehmerrechte in einer sich verändernden Arbeitswelt!
06.11.2019	Empfang anlässlich des 100. Geburtstags von Annemarie Renger
11.11.2019	Fachkonferenz: Junge Mitbestimmung für die berufliche Bildung – Was kann und soll berufliche Bildung 4.0?
15.11.2019	Empfang anlässlich 25 Jahre Änderung Artikel 3 II GG
25.11.2019	13. Werkstattträtekonferenz: Werkstätten der Zukunft
06. – 08.12.2019	Infostand beim ordentlichen SPD-Bundesparteitag
18.12.2019	Fachkonferenz: Verkehrssicherheit 2030 – Zwischen Verantwortung und Chancen

Veranstaltungen 2020

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltungen

98 Veranstaltungen zu bundespolitischen Themen in den Regionen,
davon 32 digital umgesetzt und 66 in Präsenz

13.01.2020	Fraktionskongress: Engagementpolitik 2030 – Vor welchen Herausforderungen steht das Bürgerschaftliche Engagement?
15.01.2020	Impulsreferat mit Podiumsdiskussion: Europäische Agrarpolitik – sozial gerecht?
16.01.2020	Empfang anlässlich des 80. Geburtstages von Franz Müntefering
27.01.2020	Fachkonferenz: Schöne neue KI-Welt? Wie „Künstliche Intelligenz“ unser Leben verändern wird – ein Diskurs
28.01.2020	Diskussionsveranstaltung: LIBRA – Digitales Zahlen von morgen oder Gefahr für die globale Finanzstabilität?
31.01.2020	Diskussionsveranstaltung: Kommunen und Klimaschutz, Der Zukunft zugewandt – ökologisch und sozial
11.02.2020	Diskussionsveranstaltung: Nachhaltige Finanzen – Strukturwandel sozial gerecht gestalten
27.02.2020	Empfang zur Berlinale 2020 – Perspektiven der Filmpolitik in Deutschland
02.03.2020	Fachkonferenz: Pflege solidarisch gestalten
03.03.2020	Empfang zum Internationalen Frauentag 2020
04.03.2020	Islamkonferenz – Muslime in Deutschland
09. – 13.03.2020	Jugend-Hospitanz bei der SPD-Bundestagsfraktion
12.03.2020	Empfang anlässlich des 30. Jahrestages der Volkskammerwahl 1990
14.05.2020	Digitaler „Medienpolitischen Dialog“: Hilfen für Medienschaffende in Zeiten der Corona-Krise
10.06.2020	Online-Dialog: Coronexit – Nachhaltig aus der Krise!
25.06.2020	Online-Dialog: Bildung. Digital. Optimal? Update Schule in Corona-Zeiten
05.07.25.09.2020	Dialogtour-Veranstaltungen: 154 Dialogtour-Veranstaltungen in 13 Bundesländern

Juli	Digitaler Bildungspolitischer Themenmonat der Juso-Hochschulgruppen und der SPD-Bundestagsfraktion: Gesellschaftliche Verantwortung von Wissenschaft
03.09.2020	Preisverleihung „Otto-Wels-Preis für Demokratie 2020“
07.09. – 16.09.2020	Online-Hospitanz für Nachwuchsjournalist:innen und -medienfachleute in Zusammenarbeit mit der Journalisten-Akademie der FES
07.09.2020	Online-Dialog: Bezahlbare Erneuerbare Energie für alle.
09.09.2020	Online-Dialog: Lieferkettengesetz – jetzt!
14.09.2020	Online-Dialog: 5G ist nur der Anfang.
01.10.2020	Symposium zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit
01.10.2020	Digitaler medienpolitischen Dialog: Meinungsfreiheit und demokratische Diskussionskultur in den Medien – gegen Hass und Hetze
14./15.10.2020	Digitalkongress: Unsere digitale Zukunft
02.11.2020	Online-Dialog: Konferenz für die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer:innen, Mehr Mitbestimmung und mehr Teilhabe – 100 Jahre Betriebsverfassung und Schwerbehindertenrecht
02. – 06.11.2020	Online-Seminar: Woche für Gewerkschaftsjunior:innen bei der SPD-Bundestagsfraktion
10.11.2020	Online-Konferenz: Die Zukunft des Wissenschaftssystems
11.11.2020	Digitalkonferenz: Zukunft Europa – Souverän. Solidarisch. Nachhaltig.
23.11.2020	Online-Dialog: 14. Werkstattträtekongress – Werkstätten für Menschen mit Behinderungen: Gemeinsam stark durch die Pandemie und gestärkt in die Zukunft
27.11.2020	Online-Konferenz für Frauen: SPD-Bundestagsfraktion trifft Èzîdinnen: Ein Diskurs über gesellschaftliche Herausforderungen
15.12.2020	Online-Dialog: Krise in Äthiopien: Hintergründe und Perspektiven eines eskalierenden Konflikts
17.12.2020	Online-Dialog: Der Öffentliche Dienst von morgen – Digitalkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

2019

„100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT – UNSER ZIEL IST PARITÄT“.

Preisverleihung des Marie-Juchacz-Preises

Nach der Einführung des Frauenwahlrechts hielt im Februar 1919 erstmals eine Frau als Abgeordnete eine Rede in einem deutschen Parlament: die Sozialdemokratin Maria Juchacz. 100 Jahre später, am **18. Februar 2019** zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion zukunftsweisende frauenpolitische Reden und Projekte mit dem gleichnamigen Preis aus. Das Foto zeigt die stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl MdB mit der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles MdB, der Preisträgerin Julia Huber und der PGF'in Marianne Schieder MdB (v. l. n. r.).



4. INTERPARLAMENTARISCHE KONFERENZ: #PROGRESSIVEEUROPE

Im Wahljahr des Europäischen Parlaments diskutieren bei einer interparlamentarischen Konferenz vom **14.–15. März** in Berlin sozialdemokratische und sozialistische Fraktionsvorsitzende aus den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten, welche innovativen Lösungsansätze wir den Herausforderungen unserer Zeit und den wachsenden Ungleichheiten in Europa entgegenstellen können.



EQUAL PAY DAY 2019

Kundgebung zum Equal Pay Day am **18. März 2019** vor dem Brandenburger Tor in Berlin u. a. mit der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles MdB, dem frauenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix MdB und der Bundesfamilienministern Franziska Giffey.

DIALOGTOUR 2019

Die SPD-Bundestagsfraktion geht 2019 das erste Mal auf Tour. Mit einem Bus. Mit Bierischen. Und mit offenen Ohren für die Anliegen der Bürger. Unter dem Motto „Gekommen, um zu hören“ besucht die SPD-Fraktion, u. a. mit Olaf Scholz, dem Bundesfinanzminister, von **März bis September** mit 109 Stopps in 7 Bundesländern die Marktplätze in vielen Städten der Republik, um mit möglichst vielen Bürger:innen bundesweit ins Gespräch zu kommen, zuzuhören, was die Menschen bewegt, und für sie ansprechbar zu sein.



GIRLSDAY 2019

Im Rahmen des bundesweiten GirlsDay am **28. März 2019** reisen 58 junge Frauen und Mädchen nach Berlin und informieren sich über die Arbeit der Fraktion. Hier zusammen mit SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles und der Abgeordneten Ulli Nissen im Otto-Wels-Saal im Reichstagsgebäude.



BETRIEBS- UND PERSONALRÄTEKONFERENZ

Unter dem Motto „Arbeitswelt im digitalen Wandel“ findet am **6. Mai 2019** die Betriebs- und Personalrätekonferenz statt. Gemeinsam mit rund 250 Betriebsrät:innen aus ganz Deutschland diskutieren u. a. Fraktionschefin Andrea Nahles (1. v. l.) und Kerstin Tack MdB, Sprecherin der AG Arbeit und Soziales (2. v. l.), wie Standards für die Arbeitswelt im digitalen Wandel gesichert werden können.

BLAULICHTKONFERENZ

Bei der Blaulichtkonferenz am **8. Mai 2019** steht der Klimawandel und die daraus resultierenden Herausforderungen für den Katastrophenschutz im Zentrum der Diskussion. Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion diskutieren rund 200 Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehren und Organisationen des Zivil- und Katastrophenschutzes aus ganz Deutschland, wie sich die Arbeit der Einsatzkräfte durch den Klimawandel bereits jetzt verändert hat und auf was wir uns für die Zukunft einstellen müssen.



© Andreas Amann



© Andreas Amann

FACHKONFERENZ: DEUTSCHLAND IST ERNEUERBAR

Bei einer Fachkonferenz am **13. Mai 2019** diskutieren die Podiumsgäste gemeinsam mit dem Publikum, wie der Klimaschutz zum Treiber für Innovationen und Investitionen wird. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und das soziale Erreichen der Klimaziele stehen dabei gleichermaßen im Fokus. Fraktionsvize Matthias Miersch MdB eröffnet und moderiert die Veranstaltung.

FACHKONFERENZ: INKLUSION DURCH ASSISTENZHUNDE

Brauchen wir ein Assistenzhundegesetz? Diese Frage steht am **16. Mai 2019** im Mittelpunkt. Bei der Konferenz diskutieren darüber u. a. Dunja Hayali, Schirmherrin von Vita Assistenzhunde e. V., Kerstin Tack MdB, Sprecherin der AG Arbeit und Soziales, und die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Soziales, Anette Kramme, MdB (v. l. n. r.). Neben Vorträgen und Gesprächen verdeutlicht eine Vorführung mit Assistenzhunden, wie wichtig und vielfältig einsetzbar die Hunde sind.



© SPD-Bundestagsfraktion



© Andreas Amann

FACHTAGUNG: NACHHALTIGE FINANZEN

Im Dialog mit Expert:innen geht die SPD-Bundestagsfraktion am **7. Juni 2019** den Fragen nach, welchen Beitrag „Sustainable Finance“ für die Finanzstabilität leisten kann und wie wir Deutschland zu einem führenden Standort nachhaltiger Finanzen machen können. U. a. mit Sabine Mauderer, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, Metin Hakverdi MdB, Berichterstatter Nachhaltige Finanzen, Dr. Jörg Kukies, Staatssekretär im BMF, und Kristina Jeromin von der Deutschen Börse (v. l. n. r.).



TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

Beim Tag der Ein- und Ausblicke am **8. September 2019** im Deutschen Bundestag informieren sich Bürgerinnen und Bürger in Gesprächen mit SPD-Abgeordneten über die Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion, hier mit dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer Carsten Schneider, MdB.

FACHKONFERENZ: ZUR ZUKUNFT DER KLEINGÄRTEN

Am **23. September 2019** diskutieren zum ersten Mal Kleingärtner:innen aus ganz Deutschland im Otto-Wels-Saal, um gemeinsam Antworten auf die Fragen für die Zukunft der Kleingärten zu finden. Leerstand, Nachwuchsprobleme, Platzprobleme und Verdrängung treiben die Kolonien ebenso um wie Finanzierungsfragen und Fragen zur Nachhaltigkeit. Im Bild eine World-Café-Runde mit der Sprecherin für Bürgerschaftliches Engagement, Svenja Stadler, MdB.



FACHKONFERENZ: VOM WOHNIGIPFEL ZUR WOHNWENDE

Am **25. September 2019** diskutieren u. a. der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, Dr. Eva Högl MdB, stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Lukas Siebenkotten, Präsident des Deutschen Mieterbundes und Kirsten Fründt, Landrätin des Landkreises Marburg-Biedenkopf, was für eine sozialdemokratische Wohnungspolitik im 21. Jahrhundert nötig ist. Moderiert wird die Runde von der Journalistin Ute Welty (v. l. n. r.).

FACHKONFERENZ #BIDIWE19

Die Bildung in der digitalen Welt wird bei der Fachkonferenz am **21. Oktober 2019** in den Blick genommen. Wie Akteure im Bildungswesen sich darauf verständigen können, welche Rolle allgemein- und berufsbildende Schulen, Hochschulen, Unternehmen, Weiterbildungseinrichtungen, Verbände und der Staat für die Zukunft der digitalen Bildung spielen sollen, diskutiert u. a. Marja-Liisa Völlers MdB, Berichterstatteurin Digitale Bildung, mit dem Publikum.



JUGENDPRESSETAGE

Drei Tage im **Oktober 2019** bieten rund 80 presseinteressierten Jugendlichen Einblicke in das Zusammenspiel von Medien und Politik in der Hauptstadt. Nach Diskussionsrunden mit SPD-Abgeordneten und Gesprächen mit Hauptstadtjournalist:innen erarbeiten die Nachwuchsjournalist:innen eigene Artikel. Die besten werden auf der Fraktionswebsite veröffentlicht.



© Andreas Amann



© Alexander Probst/snice

EMPFANG ANNEMARIE Renger

„Frauen können es genauso gut – vielleicht sogar besser...“. Am **6. November 2019** lädt die SPD-Bundestagsfraktion zu einem Empfang anlässlich des 100. Geburtstags von Annemarie Renger, der ersten sozialdemokratischen Präsidentin des Deutschen Bundestags, in den Reichstag ein. Bundestagsvizepräsident Thomas Oppermann, MdB hält ein Grußwort.

2020

ENGAGEMENTPOLITIK 2030

Vor welchen Herausforderungen steht das Bürgerschaftliche Engagement? Dieser Frage geht der Fraktionskongress am **13. Januar 2020** nach. Im Bild neben den Abgeordneten *Ulrike Bahr* und *Karamba Diaby*, der Fraktionsvorsitzende *Rolf Mützenich* MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Franziska Giffey*, und *Svenja Stadler* MdB, engagementpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion (v. l. n. r.).



EMPFANG ZUM 80. GEBURTSTAG VON FRANZ MÜNTEFERING

Am **16. Januar 2020** feiert Franz Müntefering seinen 80. Geburtstag. Dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden zu Ehren richtet die Fraktion einen Empfang aus.

BERLINALE EMPFANG 2020

Die Perspektiven der deutschen Filmpolitik stehen beim Berlinale Empfang am **27. Februar 2020** im Fokus. U. a. beleuchtet dabei Bundesministerin *Franziska Giffey* die aktuelle Situation von Frauen im Film- und Medienbereich. Zudem präsentieren *Bodecker & Neander* einen pantomimischen Streifzug durch die Geschichte des Films.





ISLAMKONFERENZ

„Muslime in Deutschland – Mitten-drin statt nur dabei“ ist das Motto der Islamkonferenz am **4. März 2020**. Gemeinsam mit engagierten Mitgliedern der muslimischen Community werden in unterschiedlichen Foren die Erwartungen an die Politik diskutiert. U. a. mit Ute Vogt MdB, Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Innenpolitik, und dem YouTuber Younes Al-Amayra.



PFLEGE SOLIDARISCH GESTALTEN

Die Pflege als wesentlicher Teil unserer Daseinsvorsorge steht am **2. März 2020** im Mittelpunkt. U. a. stellen bei der Fachkonferenz Bundesministerin Franziska Giffey und Bundesminister Hubertus Heil ihre „Konzertierte Aktion Pflege“ vor. Hier mit Heike Baehrens MdB, Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion (v. l. n. r.).

MEDIENPOLITISCHER DIALOG

Die Corona-Krise trifft die Medienbranche hart. Beim Medienpolitischen Dialog am **14. Mai 2020** diskutiert daher der kultur- und medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Rabanus MdB, u. a. mit Andreas Marggraf, Geschäftsführer der taz, und Hanna Möllers, Justiziarin des DJV, wie die Hilfen für Medienschaffende aussehen müssen.

BILDUNG. DIGITAL. OPTIMAL?

Beim Online-Dialog am **25. Juni 2020** stehen die digitale Bildung in Zeiten von Corona, Bildungsgerechtigkeit und digitale Tools im Schulalltag zur Diskussion. U. a. mit der Abgeordneten und Parteivorsitzenden Saskia Esken und dem digitalpolitischen Sprecher der Fraktion, Jens Zimmermann MdB.

DIALOGTOUR 2020

Einmal quer durchs Land und zuhören! Im **Juli 2020** startet die zweite Bustour „Gekommen, um zu hören“ der SPD-Bundestagsfraktion. Bis Ende September können die Bürger:innen auf 154 Stopps in 13 Bundesländern mit ihren direkten Abgeordneten in einen persönlichen Dialog treten.



ONLINEKONFERENZ: LIEFERKETTENGESETZ – JETZT!

Arbeit hat ihren Wert – Ausbeutung gehört geächtet. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Es bedarf dringend verbindlicher Regeln für Unternehmen zur Stärkung der Menschenrechte entlang der Lieferketten. Darüber diskutieren bei einer Onlinekonferenz am **9. September 2020** u. a. Kerstin Tack MdB, Sprecherin für Arbeit und Soziales (Bild), und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, MdB mit Expert:innen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden.



SYMPOSIUM ZUM 30. JAHRESTAG DER DEUTSCHEN EINHEIT

Am **1. Oktober 2020** veranstaltet die SPD-Bundestagsfraktion ein hybrides Symposium mit Zeitzeug:innen zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit, das für ein öffentliches Publikum live gestreamt wird. U. a. mit Iris Gleicke, Wolfgang Thierse (linkes Bild).

DIGITALKONGRESS: UNSERE DIGITALE ZUKUNFT

Zwei Tage, zehn Workshops, mehr als 40 Speaker:innen und rund 1.000 Teilnehmende – beim Online-Digitalkongress am **14./15. Oktober 2020** steht unsere digitale Zukunft im Fokus. Themen sind u. a. Bedingungen für einen fairen digitalen Wettbewerb, Hass und Hetze im Netz und Arbeiten im digitalen Zeitalter.

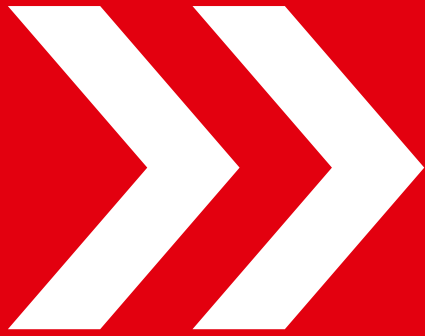


BETRIEBSRÄTE: MEHR MITBESTIMMUNG UND MEHR TEILHABE

In einem digitalen Format diskutieren am **2. November 2020** zahlreiche Teilnehmer:innen aus Betrieben aus ganz Deutschland über Ziele und Wege zukünftiger Mitbestimmungs- und Teilhabepolitik. U. a. mit Fraktionschef Rolf Mützenich und Bundesarbeitsminister Hubertus Heil.

WERKSTATTRÄTEKONFERENZ

Die Werkstattträte leisten in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen wichtige Arbeit. Sie vertreten die Interessen der Beschäftigten, richten den Blick auf die Werkstattangelegenheiten und wirken daran aktiv mit. Wie die Werkstätten und ihre Beschäftigten stark durch die Pandemie kommen und gestärkt in die Zukunft gehen können, diesen Fragen widmet sich der Onlinedialog am **23. November 2020**.



DIE SPD- ABGEORDNETEN ORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

DIE SPD-ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

DREI ERFOLGE DER SPD-EUROPAABGEORDNETEN:

1. DER EUROPÄISCHE WIEDERAUFBAUFONDS – EINE HISTORISCHE KEHRTWENDE DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

Der Europäische Wiederaufbaufonds ist das wichtigste Investitionsprogramm Europas in den kommenden Jahren und ein großer Fortschritt in der europäischen Zusammenarbeit. Diese neue und starke Initiative geht auf das gemeinsame sozialdemokratische Vorgehen auf mehreren europapolitischen Ebenen im Jahr 2020 zurück.

Denn jahrelang gab es enorme Widerstände gegen eine solche engere europäische Zusammenarbeit bei Konservativen, Liberalen und Nationalisten. Doch dass eine gemeinsame Krise mit mehr Europa effizienter angegangen werden kann – und nicht mit weniger Europa – mussten nach langem sozialdemokratischen Einsatz für solche Mittel auch die konservativen EU-Regierungschef*innen, Minister*innen und Europa-Abgeordneten einsehen.

Der Bundesregierung und Finanzminister Olaf Scholz ist es während der deutschen Ratspräsidentschaft 2020 gelungen, ein umfassendes Krisenpaket zu schnüren, das noch wenige Monate zuvor undenkbar gewesen wäre. Der 750 Milliarden Euro schwere Plan beruht auf der gemeinsamen Schuldenaufnahme der EU-Mitgliedstaaten – besonders dieser Punkt war in konservativen Kreisen bisher unvorstellbar. Mit dem Konjunkturprogramm werden nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abgemildert, sondern auch der Weg für eine rasche wirtschaftliche Erholung in Verbindung mit den europäischen Prioritäten Klimaschutz und Digitalisierung bereitet. Als starkes Zeichen europäischer Solidarität werden zudem Teile des Fonds als nicht rückzahlbare Finanzhilfen fließen, vor allem an die besonders von der Krise betroffenen Mitgliedstaaten in Süd- und Osteuropa.

Schon jahrelang fordert die EU-Kommission, dass Deutschland auf allen staatlichen Ebenen mehr öffentliche Investitionen vorantreibt. Anders als viele andere Staaten ist Deutschland in der vergleichsweise guten Position, über die nötigen Mittel dafür zu verfügen. Allerdings hat der liberal-konservative Schwarze-Null-Fetisch zu einem massiven Investitionsstau geführt, der besonders während der Krise in den Gesundheits-, Sozial- und Bildungssystemen schmerzhaft deutlich wird. Deutschland sollte diese einzigartige Chance nutzen, um zusätzliche Investitionen für die Zukunft zu tätigen und nicht, um nur bisherige Vorhaben neu zu verpacken.

Anstatt einer erneuten von Konservativen propagierten Kürzungspolitik, die schon vor dem Ausbruch dieser Krise dringend benötigten Investitionen verhindert hat, braucht Europa heute mehr denn je Zukunftsinvestitionen in den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und die digitale Transformation. Der Wiederaufbaufonds und das gemeinsame europäische Vorgehen ist ein starkes Zeichen dafür, dass einige EU-Mitgliedstaaten aus der vergangenen Eurokrise gelernt haben.

Der Fonds ist ein Beispiel für eine bessere konstruktive europäische Wirtschaftspolitik. Die Covid-19-Pandemie demonstriert den Konstruktionsfehler der europäischen Gemeinschaft deutlicher denn je: Für den langfristigen Erfolg der Währungsunion ist auch eine gemeinsame Fiskalpolitik nötig. Der Wiederaufbauplan könnte ein Ausgangspunkt für weitreichende Reformen der EU sein, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen. Dazu gehören neben den angekündigten Eigenmitteln der EU auch die Harmonisierung der Steuerpolitik. In Zusammenarbeit können in Europa fairer und transparenter Steuern erhoben werden. Wir kämpfen dafür, auch diese Chance zu nutzen – für Deutschland und Europa. Zukunft geht nur gemeinsam.

2. SCHUTZ DER RECHTSSTAATLICHKEIT UND GRUNDRECHTE IN DER EU GESTÄRKT

Die Lage der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte in einigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union bleibt angespannt. Allen voran untergraben die nationalkonservativen Regierungen in Warschau und Budapest weiterhin die Gewaltenteilung und schränken die Pressefreiheit ein: das polnische Grundsatzurteil, welches den Vorrang des EU-Rechts in Frage stellt, oder Viktor Orbáns Anti-LGBTIQ-Gesetz sind nur zwei Beispiele, die zutiefst beunruhigen und im eindeutigen Widerspruch zu den europäischen Grundwerten stehen. Daher haben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament auch in diesem Jahr mit Nachdruck für den Schutz der Rechtsstaatlichkeit und die Einhaltung der Grundrechte in der EU eingesetzt.

Wir Sozialdemokrat*innen begrüßen, dass mit den im Jahr 2020 erstmals von der EU-Kommission vorgelegten Rechtsstaatsberichten ein umfassender Vergleich der Lage der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedsstaaten vorliegt. Die aktuellen Berichte aus dem Jahr 2021 zeigen erneut Licht und Schatten bei der Einhaltung europäischer Grundwerte, denn leider geraten in immer mehr Mitgliedsländern insbesondere unabhängige Justiz und freie Medien unter Druck. Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns deshalb dafür ein, dass die Kommission in ihren künftigen Rechtsstaatsberichten nicht nur besorgniserregende Entwicklungen auflistet, sondern den jeweiligen Mitgliedsstaaten auch konkrete Verbesserungen empfiehlt und positive Beispiele hervorhebt.

Bereits Ende 2020 verabschiedete das Europäische Parlament, auch auf den Druck der sozialdemokratischen Fraktion hin, den sogenannten Rechtsstaatsmechanismus zum Schutz des EU-Haushalts. Durch diesen Mechanismus können künftig EU-Gelder bei Verstößen eines Mitgliedstaates gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit einbehalten werden. Leider hat die Europäische Kommission diesen Rechtsstaatsmechanismus bis dato nicht umgesetzt – ein Versäumnis, welches die SPD-Europaabgeordneten im Laufe des Jahres mehrfach scharf kritisierten. Da die Kommission der Aufforderung des Parlaments, den Mechanismus zum Schutz des EU-Haushalts bis zum 1. Juni anzuwenden, nicht nachkam, bereitet das Parlament nun eine Klage wegen Untätigkeit vor dem Europäischen Gerichtshof vor. Diesen Schritt haben die SPD-Abgeordneten maßgeblich vorangetrieben. Wir Sozialdemokrat*innen fordern die Kommission auf, die Gelder aus dem Wiederaufbaufonds für die PiS-Regierung in Polen sowie Viktor Orbáns Fidesz-Regierung in Budapest erst dann freizugeben, wenn sichergestellt ist, dass im Falle Polens die uneingeschränkte Gültigkeit des Europarechts und im Falle Ungarns wirksame Antikorruptionsmaßnahmen durchgesetzt werden.

Im Frühjahr 2021 wird das Europäische Parlament über das neue EU-Programm zu „Rechten und Werten“ sowie „Justiz“ abstimmen, für die sich die Europa-SPD ausdrücklich ausgesprochen hat. Diese Programme könnten dann in den nächsten sieben Jahren mit über zwei Milliarden Euro die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, justizieller Zusammenarbeit und Grundrechten in der EU unterstützen.

Auch die Europäische Staatsanwaltschaft ist ein sozialdemokratischer Erfolg beim Schutz der Rechtsstaatlichkeit. Die neue Behörde wird ihre Arbeit voraussichtlich am 1. Juni 2021 aufnehmen und soll gegen Betrug, Unterschlagung und Korruption im Zusammenhang mit EU-Finanzhilfen vorgehen. Sie kann, als erste EU-Institution überhaupt, strafrechtlich ermitteln und handelt unabhängig und nur im Interesse der EU, ohne dabei an Weisungen der Kommission oder der Mitgliedstaaten gebunden zu sein. Die sozialdemokratischen Abgeordneten konnten den Mitgliedstaaten in den Haushaltsverhandlungen die dringend benötigten zusätzlichen Mittel für die Staatsanwaltschaft abringen. Es ist jedoch bereits absehbar, dass eine bessere finanzielle Ausstattung und mehr Personal nötig sein werden, um die Verfolgung von Straftaten zum Nachteil des EU-Haushalts zu gewährleisten. Deshalb werden wir Sozialdemokrat*innen uns bei zukünftigen Verhandlungen für die Stärkung der Europäischen Staatsanwaltschaft einsetzen.

3. EUROPA AUF DEN WEG ZUR KLIMANEUTRALITÄT GEBRACHT

Ein Meilenstein für den Beitrag Europas im Kampf gegen den Klimawandel soll das europäische Klimagesetz werden, dessen Grundlage im Jahr 2020 in der EU gelegt wurde. Das Ziel: ein klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050. Die Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament stimmte im Oktober 2020 für einen entsprechenden Vorschlag des Umweltausschusses.

Im November 2019 hatte das EU-Parlament den Klimanotstand ausgerufen, nun geht die europäische Bürgerkammer konkrete politische Schritte. Billigen auch die Mitgliedstaaten der Europäischen Union diesen Vorschlag für eine Verordnung final, wird das Ziel der Klimaneutralität in der EU gesetzlich festgeschrieben und so unumkehrbar. Damit wäre ein neues Verständnis von Klimapolitik Gesetzeslage. Alle Gesetzesvorschläge der EU-Kommission müssten auf die Vereinbarkeit mit den EU-Klimazielen geprüft und im Zweifel angepasst werden.

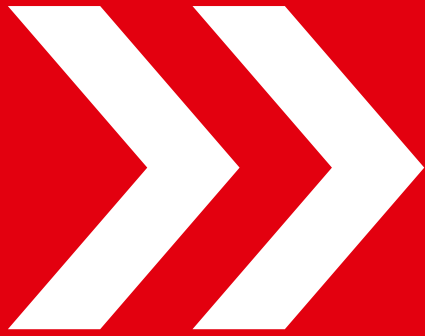
Wichtig ist nicht nur das gemeinsame Ziel, sondern dass die EU-Kommission künftig konkrete Gesetzesvorhaben zur Umsetzung des Klimagesetzes vorschlägt. Denn wir brauchen eine staatliche Politik des sozial-ökologischen Wandels, die sich nicht auf den Markt verlässt und die nicht die Verantwortung auf Verbraucher*innen abwälzt. Vor allem muss der Weg zur Klimaneutralität sozial gerecht gestaltet werden. Den erneuerbaren Energien gehören Gegenwart und Zukunft. Konkret müssen wir beispielsweise die Mobilitätswende für eine zukunftsfähige europäische Automobilindustrie voranbringen. Der europäische Emissionshandel muss gestärkt und dessen Reduktionsziele in bestehenden Sektoren erhöht werden.

Eine progressive Mehrheit aus Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken im EU-Parlament hat sich hinter einem CO₂-Einsparungsziel von mindestens 60 Prozent gegenüber den Werten von 1990 versammelt. Die CDU/CSU und weite Teile der EVP-Fraktion hadern. Ihren Änderungsanträgen für Schlupflöcher im Klimaziel durch alternative Berechnungsmethoden wurde eine deutliche Absage erteilt.

Der klare Zuspruch des Europäischen Parlaments stärkt unsere Verhandlungsposition gegenüber den EU-Mitgliedstaaten. Mit ihnen lässt sich verhandeln, mit dem Klima nicht. Es ist ein Mammutprojekt, bis spätestens 2050 klimaneutral zu werden und auf dem Weg dahin die Klimaziele deutlich anzuheben. Zudem ist es machbar, solange ambitionierte Klimaschutzpolitik von einer aktiven Struktur-, Industrie- und Wirtschaftspolitik und einem starken Sozialstaat begleitet wird. So wird ein ambitioniertes EU-Klimagesetz zur Chance für nachhaltige Jobs und gute Arbeit.



(v.l.n.r.) Ismail Ertug, Foto: Waldemar Salescki



**SOZIALDEMO-
KRATISCHE
GEMEINSCHAFT
FÜR KOMMUNAL-
POLITIK IN DER
BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND E.V.**

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

SPD Soziale
Politik für
Dich.

SOZIALDEMOKRATISCHEN GEMEINSCHAFT FÜR KOMMUNALPOLITIK IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (BUNDES-SGK)

Im Berichtszeitraum 2019 und 2020 ging es vor allem um die Umsetzung der Ziele in der großen Koalition in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages.

Im Februar 2019 konnte im Vermittlungsausschuss die Einigung zur Grundgesetzänderung in den §§ 104b, 104c und 104d erreicht werden, die nicht nur den Bildungsbereich betrifft und grünes Licht für den Digitalisierungspakt an Schulen darstellt. So kann der Bund den Ländern künftig dauerhaft Geld für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen. Die bestehende Befristung wurde im Grundgesetz gestrichen. Durch die Änderung des Artikels 125 GG kann der Bund auch zukünftig in den schienengebundenen Nahverkehr unbefristet und ungedeckt investieren. Diese Grundgesetzänderungen ermöglichten dem Bund auf Initiative der SPD und des Bundesfinanzministers ein Investitionspaket in die Zukunft unseres Landes: in die Schulen, für bezahlbaren Wohnraum und den öffentlichen Personennahverkehr.

Aus kommunaler Sicht war auch das Thema der „Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen“ von besonderer Bedeutung. Die Bundes-SGK hatte bereits auf ihrer Delegiertenversammlung Ende November 2018 den Beschluss „Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen“ gefasst, in dem vor allem auf die immer größer werdende Kluft zwischen armen und reichen Kommunen hingewiesen und entsprechende Maßnahmen zur Stärkung finanz- und strukturschwacher Kommunen und Regionen gefordert wurden. Anfang Mai 2019 hatten die sechs Facharbeitsgruppen der Regierungskommission „Gleichwertige Lebensbedingungen“ ihre Zwischenberichte vorgelegt. Aus Sicht der Bundes-SGK war die Adressierung einer Altschuldenhilfe des Bundes für die Kommunen und die bekundete Absicht der Stärkung strukturschwacher Regionen, Städte und Gemeinden in einem Gesamtdeutschen Fördersystem ein Teilerfolg.



Der Vorstand der Bundes-SGK 2019–2020. Foto: Bundes-SGK/A. Weber)

Gleichzeitig standen aus kommunaler Sicht viele grundsätzliche Zukunftsthemen im Vordergrund, mit denen sich die Bundes-SGK in den Jahren 2019 und 2020 schwerpunktmäßig befasst hat. Wie bewältigen wir die Transformation unserer Industriegesellschaft zu einer klimagerechten CO₂-freien Produktion? Wie schaffen wir es, die Menschen für diese Herkulesaufgabe zu gewinnen und die ohnehin bestehenden sozialen und regionalen Unterschiede nicht weiter zu vertiefen? Wie gelingen uns Energie-, Mobilitäts- und Klimawende? Wie können wir die digitale Revolution dafür nutzen und eine wettbewerbsfähige Infrastruktur schaffen? Wie sichern wir den Sozialstaat und schaffen Respekt voneinander in der Vielfalt einer Einwanderungsgesellschaft inmitten Europas und in Anbetracht des demographischen Wandels?

So befasste sich die Bundes-SGK mit dem Klimaschutzprogramm 2030 und dem Klimaschutzgesetz 2019. Es ging um die Maßnahmenbereiche in der Energiewirtschaft und den stärkeren Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie die Maßnahmen im Gebäudesektor mit der Zusammenführung der EnergieeinsparVO mit dem Erneuerbaren Energien Wärme Gesetz in einem neuen Gebäudeenergiegesetz. Die Bundes-SGK hat diese Themen ausführlich in ihrer Kommission „Innovationen für das gute Leben von Morgen“ erörtert. Aus Sicht der Umsetzung von Maßnahmen in den Kommunen hat die Bundes-SGK immer besonderen Wert auf die Betrachtung des Quartierbezuges gelegt. Um möglichst wirkungsvoll gebietsbezogen Maßnahmen auf den Weg zu bringen, bedarf es abgestimmter Konzepte unter Einbeziehung der Eigentümerinnen und Eigentümer und der örtlichen Energiewirtschaft, um die vielfältigen Potenziale einer Wärmewende aufzugreifen.

In der Kommission „konkret.kommunal.digital.“ wurden die vielfältigen Aspekte der Digitalisierung für die Kommunen von der Notwendigkeit des Infrastrukturausbaus bis zur Frage der Auswirkungen von Onlinezugangsgesetz, Open-Data-Anforderungen und dem Datennutzungsgesetz ausführlich debattiert. Erste wichtige Ergebnisse finden sich im Diskussionspapier „Pandemie und Digitalisierung – Herausforderungen für Städte und Gemeinden“ aus dem Dezember 2020.

Nicht weniger aufmerksam hat die Bundes-SGK die Wohnungspolitik verfolgt. Neben der begrüßenswerten Ausweitung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der damit verbundenen Grundgesetzänderung steht eine einmalige Ausweitung der Städtebauförderung mit ihren verschiedenen Teilprogrammen.

Die rasante weltweite Ausbreitung der Corona-Pandemie seit Anfang 2020 und der Versuch von Gegenmaßnahmen forderten die Kommunalpolitik und die Kommunalverwaltungen im Berichtszeitraum tagtäglich in besonderer Weise heraus und bestimmten seitdem die politische Agenda.

War das Jahr 2019 noch von einem stabilen wirtschaftlichen Wachstum geprägt, führten die zahlreichen Maßnahmen zur Bekämpfung



Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK.
Foto: Bundes-SGK/A. Weber

der Ausbreitung der Corona-Pandemie zu erheblichen negativen Auswirkungen auf die Wachstumsdynamik. Der Staat reagierte zügig mit umfangreichen Hilfsprogrammen für die Unternehmen und andere Einrichtungen, eine erhebliche Ausweitung der Kurzarbeiterregelungen zur Sicherung von Beschäftigung und nicht zuletzt mit dem Aufrechterhalten hoher öffentlicher Investitionen.

Vor dem Hintergrund der Auswirkungen der Pandemie auf die Kommunen beschloss die Bundes-SGK am 6. Mai 2020 das Positionspapier „Rettungsschirm für die Kommunen“, welches zuvor von der Kommission Finanzen der Bundes-SGK beraten und weiterentwickelt worden war. Die Bundes-SGK betonte darin, dass die Kommunen es sind, die den Staat am Laufen halten. Sie leisten mit ihren Gesundheitsämtern und kommunalen Krankenhäusern einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Krise, organisieren den ÖPNV, stellen den Menschen soziale Dienste vor Ort bereit und Vieles mehr.

Die Corona-Krise führte die Welt in eine der größten Rezessionen der Geschichte. Es war mit erheblichen Steuermindereinnahmen der Kommunen zu rechnen. Hinzu kamen Mehraufwendungen bei Sozialleistungen und den Leistungen im Gesundheitswesen. Zudem bestehen Mindereinnahmen in wichtigen Bereichen der Kommunalwirtschaft, durch fehlende Fahrgasteinnahmen im ÖPNV, geschlossene Kultureinrichtungen, leer stehende Messen. Daher forderte die Bundes-SGK einen Rettungsschirm für die Kommunen, um die Handlungsfähigkeit und eine durchgehend ausreichende Liquidität sowie die Investitionsfähigkeit der Kommunen in und nach der Krise zu sichern und einen sprunghaften Anstieg der kommunalen Verschuldung zu vermeiden.

Am 24. Juni 2020 hat das Bundeskabinett die von Olaf Scholz eingebrachten Referentenentwürfe für ein Gesetz zur finanziellen Entlastung der Kommunen und der neuen Länder sowie einen weiteren Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h), um die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Bundeshilfen zu schaffen, beschlossen. Die erforderlichen parlamentarischen Beratungen und Beschlussfassungen in Bundestag und Bundesrat konnten im September 2020 abgeschlossen werden.



Klara Geywitz, Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken, MdB, mit Dr. Manfred Sternberg, Geschäftsführer der Bundes-SGK, beim Stand der Bundes-SGK im November 2019 auf dem DEMO-Kommunalkongress. Foto: Photothek Joerg Carstensen)

Zur Stärkung ihrer durch die Folgewirkungen der Corona-Pandemie verschlechterten Finanzlage gewährte der Bund allen Gemeinden einen pauschalen Ausgleich für die im Jahr 2020 zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen zu gleichen Teilen mit dem jeweiligen Land. Zudem regelte der Gesetzentwurf, dass sich der Bund dauerhaft um weitere 25 Prozent an den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung für Arbeitssuchende beteiligt.

Nicht durchsetzen konnte sich der Vorschlag von Olaf Scholz, einen Solidarpakt zu vereinbaren, der auch eine Entlastung der übermäßig von Altschulden belasteten Kommunen durch Bund und Länder vorgesehen hatte.

Die Bundes-SGK begrüßte, dass der Bund im Herbst 2020 für die nächsten fünf Jahre 4 Mrd. Euro für den Öffentlichen Gesundheitsdienst bereitgestellt hat und die Hilfen grundsätzlich verstetigen will. Bis heute ist leider nur unzureichend gewährleistet, dass die Mittel schnell und unbürokratisch auf örtlicher Ebene ankommen.

Seit Jahren sind haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker verstärkt mit Anfeindungen, Drohungen oder sogar gewalttätigen Übergriffen konfrontiert. Auf der politischen Ebene ist im Berichtszeitraum einiges bewegt worden. Der Deutsche Bundestag hat eine Reihe von Änderungen des Strafgesetzbuches verabschiedet, die auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker besser schützen sollen. In einer Reihe von Bundesländern wurden Hotlines für betroffene Politikerinnen und Politiker geschaltet und die kommunalen Spitzenverbände haben Broschüren und Handreichungen entwickelt, um Betroffene zu unterstützen.

Auch der SPD Parteivorstand und die Bundes-SGK sind aktiv geworden. Im Februar 2020 hatte SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil betroffene haupt- und ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu einem „Runden Tisch“ ins Willy-Brandt-Haus geladen. Im Nachgang erschien ein Leitfaden der Partei zum Umgang mit Bedrohung und Gewalt. Ende 2020 hat die Bundes-SGK zu einen Vernetzungstreffen „Gegen Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker“ von Betroffenen, Expertinnen und Experten sowie Organisatorinnen und Organisatoren von Unterstützungsangeboten eingeladen.

BUNDES-SGK AKTIV IN EUROPA

Mit Blick auf die Europawahl 2019 hat sich die Bundes-SGK in einem Beschluss der Delegiertenversammlung im November 2018 nachdrücklich zur europäischen Integration und zur Europäischen Union bekannt und ihre Erwartungen an die europäische Ebene für die neue Legislaturperiode bis 2024 formuliert. An der Veranstaltung des SPD-Parteivorstandes und der SPD NRW zum Thema „Kommunen und Europa“ mit der SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl Katarina Barley am 13. April 2019 hat die Bundes-SGK mitgewirkt. Zudem hat die Bundes-SGK über kommunalrelevante Aspekte der Europapolitik und sozialdemokratische Positionen in einem Argumentationspapier sowie auf ihrer Website informiert. Das europäische Netzwerk PES Local | Sozialdemokrati-



Der Vorstand von PES Local, Sozialdemokratische KommunalpolitikerInnen Europas im April 2019 in Wien.
Foto: Peter Hamon

sche KommunalpolitikerInnen Europas (Euro-SGK), welches maßgeblich durch die Geschäftsstelle der Bundes-SGK organisiert wird, hat für die Europawahl ein eigenes Manifest mit dem Titel „Für ein freies, gerechtes und solidarisches Europa mit starken Kommunen“ erarbeitet.

Darüber hinaus befassten sich Bundes-SGK und PES Local mit dem Thema Kohäsionspolitik der EU in der neuen Förderperiode nach 2020 und erklärten ihre Solidarität mit der LGBTIQ+ -Community im Zusammenhang mit den LGBTIQ+ -feindlichen Erklärungen von über 100 polnischen Kommunen. Weitere Schwerpunkte von PES Local, zu denen gemeinsame Positionen formuliert wurden, lagen auf den Themen „bezahlbarer Wohnraum“ sowie „Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Kommunen in Europa“. Im November 2019 fand mit Unterstützung der Bundes-SGK in Warschau eine Veranstaltung der KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung statt, die einen Erfahrungsaustausch zwischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern aus Deutschland und Polen zu aktuellen kommunalpolitischen Themen ermöglichte. Aufgrund der Corona-Pandemie haben nach 2019 keine weiteren Präsenzveranstaltungen mit europäischen sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern stattfinden können.

QUALIFIZIERUNG UND INFORMATION

Mit einem vielfältigen Angebot an Information, Beratung und Qualifizierung leistet die SGK auf Bundes- und Landesebene einen großen Beitrag, um insbesondere ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu unterstützen und Nachwuchs zu gewinnen und zu fördern. Pandemiebedingt musste auch die Bundes-SGK 2020 ihre Veranstaltungsformen überdenken und verändern. Sitzungen und Treffen, aber auch Seminare und Fachveranstaltungen per Videokonferenz wurden immer stärker zur Selbstverständlichkeit. Formen, die auch nach Ende der Pandemie einen schnelleren Informationsaustausch ohne lange Anreise möglich machen. Auch wenn dies alles möglich ist, Kommunalpolitik lebt auch vom Austausch untereinander, von Best Practice Beispielen und Erfahrungsberichten. Daher müssen diese Formen der Zusammenarbeit auch zukünftig noch stattfinden.

Nach dem erfolgreichen Abschluss des 53. Kurses der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie, die in Zusammenarbeit der SPD Parteischule und der Bundes-SGK seit 2001 durchgeführt wird, stellte die Corona-Pandemie auch bei diesem Format alle Beteiligten – Organisatoren, Trainerinnen und Trainer sowie Teilnehmerinnen und Teilnehmer – vor neue Herausforderungen. Unter dem Motto „SKA goes online!“ fand die Kommunal-Akademie im Jahr 2020 daher erstmals vollständig digital statt. Die Chancen der Digitalisierung aufgreifend werden zukünftige Kurse der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie im Blended-Learning-Format durchgeführt werden. An dem von SPD Parteivorstand und Bundes-SGK ins Leben gerufene Format zur Nachwuchsgewinnung haben inzwischen weit über 2.000 junge Politikerinnen und Politiker teilgenommen.

Mit ihren Seminaren ergänzt die Bundes-SGK die zahlreichen Angebote der Landes-SGKs. Die Bundes-SGK hat spezielle Seminare und Intensivcoachings für Frauen angeboten, um sie auf ihrem Weg in Ämter zu unterstützen und den Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik zu steigern. Das



*Kommunalwahl-Camp der Bundes-SGK
in Schloss-Schney, 2019. Foto: Alexander Lehmann*

Seminar „Mein Weg zur Bürgermeisterin – Frauen ins Rathaus“ erfreute sich großer Beliebtheit. Zudem fanden in den Jahren 2019 und 2020 Seminare zur Geschäftsführung von Rats- und Kreistagsfraktionen statt.

Der Frage, wie Kommunal- und Direktwahlen erfolgreich gestaltet werden können, widmen sich, die bereits seit 2018 erfolgreich durchgeführten Kommunalwahl-Camps der Bundes-SGK. Insbesondere mit Blick auf die Kommunalwahlen in 2019 und 2020 in elf Flächenländern sowie in Bremen und Hamburg fanden neben zentralen Angeboten in Springe regionale Kommunalwahl-Camps in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern statt. Während der Corona-Pandemie wurden die Kommunalwahl-Camps in den virtuellen Raum verlagert.

In Kooperation mit der KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung fanden zwei Fachkonferenzen des Arbeitskreises „Ländlicher Raum“ statt. Unter dem Motto „Die Zukunft der ländlichen Räume“ wurden im Oktober 2019 Handlungsfelder, Gestaltungsauftrag und Herausforderungen für die Politik in ländlichen Räumen diskutiert. Thematisch beschäftigten sich die Teilnehmenden mit dem Klimaschutz als Querschnittsaufgabe, der Zukunft des Verkehrs und den Möglichkeiten für eine bessere Gesundheitsversorgung. Im November 2020 folgte pandemiebedingt eine digitale Fachkonferenz „Neuer Schub für die Entwicklung ländlicher Räume“.

In ihren Informationsbriefen und auf ihrer Homepage www.bundes-sgk.de berichtet die Bundes-SGK regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen, Prozesse und Gesetzgebungsvorhaben auf Bundesebene, die für die Mitglieder in den Kommunalparlamenten von besonderem Interesse sind, sowie über Positionen, Veranstaltungen und Aktivitäten Bundes-SGK. Ebenso informiert sie regelmäßig Ergebnisse der Kommunalwahlen und kommunalen Direktwahlen zum Amt der Oberbürgermeisterin / des Oberbürgermeisters, der Landrätin / des Landrates sowie der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters in Städten mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

Seit dem Jahr 2019 hat die Bundes-SGK ihre Aktivitäten in den sozialen Netzwerken Facebook und Twitter intensiviert und weiter ausgebaut. Innerhalb eines Jahres konnten auf beiden Plattformen über 1.000 Abonnentinnen und Abonnenten gewonnen werden. Der Schwerpunkt der Arbeit in den sozialen Netzwerken liegt dabei z. B. auf der Kommunal- und Direktwahlberichterstattung, der Veranstaltungsbewerbung und -begleitung sowie auf der Vermittlung tagesaktueller, kommunalpolitisch relevanter Entwicklungen und Themen.

Mit der Demokratischen Gemeinde (DEMO), dem Fachorgan der Bundes-SGK stehen neben kommunalpolitisch relevanten Themenschwerpunkten die Arbeit und Aktivitäten der Landes-SGKs im Fokus. In den zuletzt 2019 erschienen Ausgaben der DEMO Impulse standen die Themen „Klimaschutz in den Kommunen“ und „Zuwanderung und Kommunen“ im Mittelpunkt.

STIMME DER KOMMUNALPOLITIK IN DER SPD

Die Bundes-SGK ist Stimme der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der SPD. Die Formulierung kommunalpolitischer Positionen und die enge Kooperation der Bundes-SGK mit dem SPD-Parteivorstand, der SPD-Bundestagsfraktion sowie den Europaabgeordneten der SPD befördern die bessere Wahrnehmung kommunaler Anliegen gegenüber den anderen politischen Ebenen. Die gemeinsame Beratung aktueller kommunalrelevanter Fragen und Initiativen durch SPD-Spitze und ehren- und hauptamtlichen sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus den Führungsgremien der kommunalen Spitzenverbände und der Bundes-SGK findet im Kommunalbeirat der SPD statt, der im Berichtszeitraum drei Mal tagte – im Februar 2019 unter Leitung von Andrea Nahles sowie von Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans im März und November 2020.

Die Nominierung von Olaf Scholz als Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl 2021 am 10. August 2020 hat der Vorsitzende der Bundes-SGK Frank Baranowski in einer Pressemitteilung am gleichen Tag nachdrücklich begrüßt und betont: „Olaf Scholz kann Kanzler. (...) Er weiß um die Bedeutung unserer Städte, Gemeinden und Kreise für unser Gemeinwesen. (...) Die SPD ist Kommunalpartei und Olaf Scholz ist unser Kanzlerkandidat. Wir werden ihn mit aller Kraft unterstützen.“

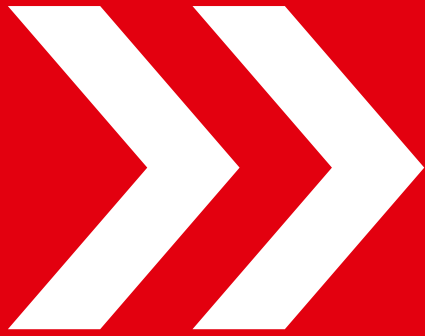
Mit der von Bernhard Daldrop, MdB, geleiteten Arbeitsgruppe „Kommunalpolitik“ der SPD-Bundestagsfraktion bestand eine enge Zusammenarbeit. Ergänzt wird die Kooperation innerhalb der Sozialdemokratie durch vielfältige Kontakte zu wichtigen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden. Insbesondere natürlich zu den drei kommunalen Spitzenverbänden. Der „Kommunale Abend“ der SPD, den die Bundes-SGK jeweils im Rahmen der Hauptversammlungen des Deutschen Städtetags mit der gastgebenden SPD-Ratsfraktion organisiert, ist eine gute Tradition, die zuletzt in Dortmund am 4. Juni 2019 fortgeführt werden konnte.



Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister von Nürnberg, Frank Baranowski, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, Vorsitzender Bundes-SGK und der SGK NRW, und Burkhard Jung, Oberbürgermeister von Leipzig und Präsident des Deutschen Städtetages beim Kommunalen Abend der SPD-Ratsfraktion Dortmund, der Bundes-SGK und der SGK NRW im Rahmen der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Dortmund am 4. Juni 2019. Foto: Alexander Lehmann



Dr. Manfred Sternberg, Roland Schäfer, Bürgermeister von Bergkamen, Ehrenpräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), Frank Baranowski und Uwe Zimmermann, Stellv. Hauptgeschäftsführer des DStGB, in Dortmund am 4. Juni 2019. Foto: Peter Hamon



VERSTORBENE SOZIALDEMO- KRATINNEN UND SOZIALDEMO- KRATEN

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

GÜNTHER BANTZER

01.09.1921 – 16.10.2019

1965–1980 Kieler Oberbürgermeister, 1958–1965 Oberkreisdirektor des Landkreis Herford/Ostwestfalen, 1956–1958 Pressereferent des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen

GUIDO VAN DEN BERG

24.02.1975 – 02.05.2019

2012–2019 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, 2014–2019 stellvertretender Landrat des Rhein-Erft-Kreises, 2006–2009 Mitglied des Parteirates beim SPD-Parteivorstand

JENS BEUTEL

12.07.1946 – 08.05.2019

1997–2011 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Mainz, 1995–1997 SPD-Fraktionsvorsitzender von Mainz, 1989–2011 Mainzer Stadtrat

ERNST-WOLFGANG BÖCKENFÖRDE

19.09.1930 – 24.02.2019

1983–1996 Richter des Bundesverfassungsgericht, Mitglied des rechtspolitischen Ausschusses beim SPD-Parteivorstand

ROLF BÖHME

06.08.1934 – 12.02.2019

1982–2002 Oberbürgermeister der Stadt Freiburg im Breisgau, 1978–1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium der Finanzen, 1972–1982 MdB, 1971 Freiburger Stadtrat

RUDOLF BORCHERT

04.01.1952 – 13.11.2019

1989–2016 Mitglied des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, Borchert war Mitglied im Landesvorstand der Arbeiterwohlfahrt Mecklenburg-Vorpommern

SYLVIA BRETSCHNEIDER

14.11.1960 – 28.04.2019

2002–2019 Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, 1999–2019 stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Mecklenburg-Vorpommern, 1998–2002 stellvertretende Vorsitzende der SPD Fraktion, 1994–2019 Mitglied des Landtags

ALWIN BRÜCK

23.09.1931 – 14.02.2020

1965–1990 MdB, 1974–1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit

HANS BÜCHLER

02.02.1940 – 29.04.2019

1971–1994 MdB, 1979–1994 im Fraktionsvorstand der SPD

WOLF-MICHAEL CATENHUSEN

13.07.1945 – 30.04.2019

1980–2002 MdB, 1994–1998 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, 1998–2002 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2003–2005 beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2008–2016 Mitglied des deutschen Ethikrats, ab 2012 als stellvertretender Vorsitzender, 1995–2003 Mitglied des SPD-Parteivorstands

JAKOB DEFFNER

08.12.1929–26.10.2020

1974–1982 Mitglied im Bayerischen Landtag, 1978–1990 Vorsitzender des DGB Bayern

PETER WILHELM DRÖSCHER

11.06.1946–16.12.2020

1996–2014 Mitglied im Rheinland-Pfälzischen Landtag

FREIMUND DUVE

26.11.1936–03.03.2020

1998–2003 OSZE-Beauftragter für die Freiheit der Medien der OSZE, 1980–1998 MdB, 1974–1980 und 1984–1989 Mitglied des Hamburger SPD-Landesvorstand, 1970–1989 Lektor im Rowohlt Verlag, 1969–1970 Redakteur beim Stern

WALTER EDENHOFER

27.04.1931–23.11.2020

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

JAN EHLERS

04.05.1939–05.06.2019

1978–1988 Sozialsenator der Freien und Hansestadt Hamburg, 1974–2004/2011 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

WENDELIN ENDERS

20.10.1922–23.04.2019

1967–1987 MdB; 1971–1987 Mitglied des Europarats und der Westeuropäischen Union

EHRHARD EPPLER

09.12.1926–19.10.2019

1961–1982 MdB, 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1970–1991 Mitglied SPD-Parteivorstand, 1973–1989 Präsidiumsmitglied (ausgenommen 1982–1984), 1973–1992 Vorsitzender (und Ehrenmitglied) der Grundwertekommission, 1973–1981 Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg 1980–1982 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion von Baden-Württemberg, mehrfacher Kirchentagspräsident und herausragende Persönlichkeit der Friedensbewegung in den 80er Jahren

PETER FISCHER

10.07.1941–01.02.2019

1990–2000 niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, 1994–2000 Mitglied des Niedersächsischen Landtag, 1980–1990 in den Stadtrat Hannover gewählt

ANKE FUCHS

05.07.1937–14.10.2019

1980–2002 MdB, 1998–2002 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, 1993–1998 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, 1987–1991 Bundesgeschäftsführerin der SPD, 1986–1991 Mitglied im Präsidium der SPD, 1979–1999 SPD Bundesvorstand, 1982 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, 1980 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1977–1980 Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1971 Senatorin der Hamburger Bürgerschaft, 2003–2010 Vorsitzende der FES, 1995–2007 Präsidentin des Deutschen Mieterbundes

PETRA FUHRMANN

19.10.1955 – 22.07.2019

1994–2014 Mitglied im Hessischen Landtag, 1997–2003 stellvertretende Fraktionsvorsitzende, 1990–2005 Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Hessen-Süd

FRITZ-JOACHIM GNÄDINGER

18.04.1938 – 12.11.2019

1969–1976 und 1980–1983 MdB, 1971–1975 Mitglied des Landesvorstandes der SPD-Baden-Württemberg

LISSY GRÖNER

31.05.1954 – 09.09.2019

1989–2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

HORST HAASE

26.10.1933 – 19.06.2019

1972–1987 MdB, 1977–1979 Mitglied des Europäischen Parlaments; 1962–1972 Mitglied des Bayerischen Landtags

HORST VON HASSEL

24.05.1928 – 05.06.2020

1983–1991 Dezernent für Bildung und Kultur im Magistrat der Seestadt Bremerhaven, 1979–1983 Senator für das Bildungswesen, 1971 Mitglied der Bremer Bürgerschaft

GERDA KIENINGER

21.02.1951 – 22.01.2020

1995–2017 Mitglied des Landtags NRW, 1998–2002 Mitglied des Landesvorstands der SPD in NRW, Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Dortmund und stellvertretende Vorsitzende des AWO-Bezirks Westliches Westfalen

JOSEF KRINGS

21.10.1926 – 10.11.2019

1975–1997 Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, 1966–1970 Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen

UWE LAMBINUS

21.07.1941 – 31.12.2019

1972–1994 MdB, 1971–1984 Landesvorstand der SPD Bayern

ERWIN LANG

14.03.1924 – 29.02.2020

1964–1988 Mitglied des Landtages Hessen, 1967–1969 Vorsitzender SPD-Fraktion, 1983–1987 Präsident Landtag Hessen, 1969–1970 Minister des Ministeriums Hessen, 1978–1983 Vizepräsident Landtag Hessen, 1967–1969 Fraktionsvorsitz Landtag Hessen

KLAUS LENNARTZ

03.05.1931 – 11.08.2019

1980–2002 MdB, 1984–1995 Landrat des Erftkreises, 1976–1980 Mitglied im Kreistag des Rhein-Erft-Kreises, 1963–1974 Gemeinderat von Hürth

KARL HEINZ LUCKHARDT

03.05.1931 – 11.08.2019

1980–1992 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel, 1971–1980 Mitglied des Kieler Landtags, 1975–1980 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, 1971–1975 Mitglied des Norddeutschen Parlamentsrates

BARBARA MAIER-REIMER

20.06.1942 – 06.09.2019

1991–2001 Staatsrätin in Hamburg

KLAUS MEHLE

31.03.1940 – 29.02.2020

1990–1999 Mitglied des Thüringer Landtages

ANGELIKA MERTENS

11.10.1952 – 19.06.2019

1994–2005 MdB; 2000–2005 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, 1998–2000 Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion

HELGA MÜLLER

27.04.1954 – 25.10.2020

1979–1990 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus

JUTTA MÜLLER

14.08.1957 – 27.01.2019

1990–2002 MdB

WILHELM NÖLLING

17.11.1933 – 21.11.2019

1978–1982 Senator für Finanzen, 1976–1978 Senator für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft, 1974–1978 Gesundheitssenator im Hamburger Senat, 1969–1974 MdB

THOMAS OPPERMAN

27.04.1954 – 25.10.2020

2005–2020 MdB 2017–2020 Vizepräsident des Deutschen Bundestages, 2013–2017 Fraktionsvorsitzender der SPD, 2011–2013 Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, 1998–2003 Minister für Wissenschaft und Kultur in Niedersachsen, 1990–2005 Mitglied des Niedersächsischen Landtags

KURT PETZOLD

26.03.1936 – 01.12.2020

1974–1992 Oberbürgermeister von Schweinfurt, 1972–1974 Bürgermeister von Schweinfurt; 2015 Willy-Brandt-Medaille, 2010 Verleihung des Ehrenbürgerrecht der Stadt Schweinfurt

HARALD RINGSTORFF

25.09.1939 – 19.11.2020

1998–2008 Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, 1990–2011 Mitglied des Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 1990–1994 und 1996–1998 SPD-Fraktionsvorsitzender im Landtag, 1994–1996 Minister für Wirtschaft und Angelegenheiten der Europäischen Union und stellvertretender Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommern, 1990 Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1990–2003 Vorsitzender des SPD-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, 1989 Gründungsmitglied der SPD in Rostock

HANS SAALFELD

03.06.1928–28.10.2019

1972–1991 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, 1978–1991 Vizepräsident des Hamburgischen Landesparlament, 1972–1978 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bürgerschaftsfraktion

ANTON SCHAAF

30.01.1962–02.11.2020

2002–2013 MdB, Betriebsrat bei der Müllabfuhr Mühlheim

HANS-JOACHIM SCHABEDOTH

20.01.1952–18.01.2020

2013–2017 MdB; 2001–2009 Leiter der Abteilung Gesellschaftspolitik beim DGB, 1987–2013 Referent beim Vorstand der IG Metall, 1981–1987 Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall

THOMAS SCHIMPL

29.01.1943–05.03.2020

1982–1994 Mitglied des Bayerischen Landtags

GUNTRAM SCHNEIDER

02.07.1951–03.01.2020

2012–2017 Mitglied des Landtags NRW, 2010–2015 Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW, 2006–2010 DGB-Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, 1995–2006 Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Münster, 1990–1994 Vorstandsverwaltung der IG Metall nach Frankfurt am Main

KARL SCHNEIDER

21.05.1934–14.12.2020

1980–1984; 1991–1994 Hessischer Landwirtschaftsminister, 1984–1987 Hessischer Kultusminister, 1973–1991 Mitglied des Hessischen Landtags

RUDOLF SCHÖFBERGER

29.06.1935–09.11.2019

1972–1994 MdB; 1966–1972 Mitglied des Bayerischen Landtages, 1985–1991 Vorsitzender der Bayern-SPD

FRITZ SCHÖSSER

24.06.1947–28.05.2019

1998–2005 MdB, 1994–1998 SPD-Landtagsabgeordneter in Bayern, 1992–1994 Mitglied des Bayerischen Senats, 1990–2010 Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Bayern

HANS STEFAN SEIFRIZ

28.01.1927–26.02.2020

1970–1987 Senator für Bauwesen der Freien Hansestadt Bremen, 1961–1970 MdB, 1961–1967 Mitglied des Europäischen Parlaments

ERWIN STAHL

25.06.1931–07.08.2019

1972–1990 MdB, 1978–1982 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Forschung und Technologie

INGRID STAHLER

16.09.1942 – 30.08.2020

1995–1999 Senatorin für Schule, Jugend und Sport, 1994–1995 zusätzlich den Bereich Jugend und Familie, 1990–1991 zusätzlich das Ressort für Frauen, Jugend und Familie, 1989 Senatorin für Soziales und Gesundheit und Bürgermeisterin, 1989–1999 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus

MANFRED STOLPE

16.05.1936 – 29.12.2019

1990–2002 Ministerpräsident des Landes Brandenburg, 1990–2002 MdL Brandenburg, 1991–2002 Mitglied im Vorstand der SPD, 2002–2005 Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, 1982–1989 stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1981–1990 Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg

RITA STREB-HESE

29.11.1945 – 25.02.2020

1998–2005 MdB, 1991–1998 Mitglied des Hessischen-Landtag

MORITZ THAPE

19.02.1920 – 08.11.2019

1979–1985 Senator für Finanzen, 1965–1979 Senator für Bildungswesen, 1959–1985 Mitglied der Bremer Bürgerschaft 1962–1972 Vorsitzender des SPD-Landesverbands Bremen

HANNS THEIS

29.08.1921 – 22.12.2020

1957–1965 MdB

RÜDIGER VEIT

03.05.1949 – 29.09.2020

1998–2017 MdB

HANS JOCHEN VOGEL

03.02.1926 – 26.07.2020

1987–1991 Parteivorsitzender der SPD, 1983–1994 und 1972–1981 MdB, 1983–1991 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1982–1983 Kanzlerkandidat der SPD, 1981 Regierender Bürgermeister von West-Berlin, 1974–1981 Bundesminister der Justiz, 1972–1977 Landesvorsitzender der SPD in Bayern, 1972–1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1971–1972 Präsident des Deutschen Städtetages, 1970–1991 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, 1960–1972 Oberbürgermeister von München

CHRISTIAN WEBER

01.07.1946 – 12.02.2019

1999–2019 Präsident der Bremischen Bürgerschaft, 1990–2019 Abgeordneter der Bremischen Bürgerschaft, 1995–1999 Vorsitzender der SPD-Fraktion

CORNELIUS WEISS

14.03.1933 – 27.10.2020

1999–2009 Mitglied des Landtages in Sachsen, 2004–2007 Fraktionsvorsitzender

LOTHAR WREDE

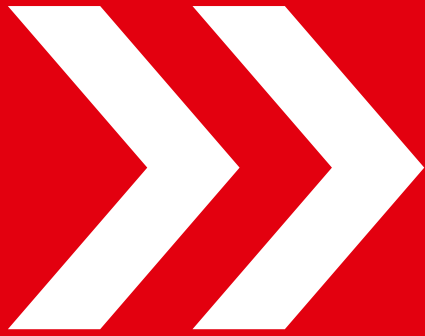
12.11.1930 – 26.02.2019

1969–1983 MdB, 1976–1980 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen, 1962–1969 Mitglied des NRW-Landtags, 1964–1971 Oberbürgermeister von Hagen

REINHOLD WRITZ

22.10.1942 – 22.06.2020

1994–2004 Mitglied im Landtag Saarland, 1979–2004 Stadtrat von St. Ingbert (1982–1997 als Fraktionsvorsitzender), 1971–1975 war er politischer Sekretär der IG Metall Völklingen, danach deren Zweiter Bevollmächtigter und von 2000–2004 Erster Bevollmächtigter



BESCHLÜSSE UND ERKLÄRUNGEN **DES PRÄSIDIUMS UND PARTEIVOR- STANDES DER SPD**

SPD-JAHRBUCH 2019 – 2020

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 28. Januar 2019

BERUFSAUSBILDUNG MODERNISIEREN – ABER RICHTIG!

Die SPD steht zur dualen Ausbildung und will sie stärken. Dieses System der Berufsausbildung hat sich nicht nur bewährt, es hat auch maßgeblich zum Wohlstand unserer Gesellschaft beigetragen, indem es Beschäftigte seit Jahrzehnten verlässlich und auf höchstem Niveau qualifiziert und die Grundlage für den beruflichen Aufstieg und ein gutes Einkommen bietet. Nicht zuletzt in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die in erheblichen Teilen Europas zu massenhafter und teils nachhaltiger Jugendarbeitslosigkeit geführt hat, hat das duale Ausbildungssystem seine Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Eine qualitativ hochwertige duale Ausbildung ist folglich keine großzügige staatliche Geste für Schönwetter – Zeiten, sondern Voraussetzung für gute Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Dieses Versprechen will die SPD auch in Zeiten, in denen Digitalisierung und Spezialisierung die Ausbildung vielerorts verändern, erneuern und verbessern. Die gesetzlichen Grundlagen der dualen Ausbildung müssen sich deshalb auf der Höhe der Zeit bewegen, um den sich wandelnden Ansprüchen gerecht zu werden, bestmöglichen Schutz für die Auszubildenden zu bieten und den Ausbildern Sicherheit zu geben. Die Arbeitgeber müssen aber auch selbst tätig werden, um die Ausbildung wieder attraktiver zu machen.

Jede duale Ausbildung ist für uns gleichwertig zu einer akademischen Ausbildung. Dass viele junge Menschen das anders wahrnehmen, zeigt sich im fortwährenden Drängen in die Hochschulen. Sie nehmen eine duale Ausbildung oftmals als die schlechtere zweier Optionen wahr, was auch mit den teils erschreckend niedrigen Ausbildungsentschädigungen zu tun hat – insbesondere im Osten der Republik. Während der Ausbildung schrittweise auf eigenen Beinen zu stehen ist heute für viele von ihnen ein unerfüllbarer Wunsch.

Wir brauchen eine echte Offensive für die duale Ausbildung. Dazu gehört zuvorderst ein Mentalitätswechsel bei vielen Arbeitgebern. In Zeiten des Fachkräftemangels, der insbesondere viele klassische Ausbildungsberufe betrifft, müssen Unternehmen stärker um Auszubildende werben. Wer schlechte Ausbildungsorganisation, geringe Vergütung, Überstunden und ausbildungsfremde Tätigkeiten zu bieten hat, der wird auf dem Ausbildungsmarkt der Zukunft das Nachsehen haben. Sinkende Ausbildungsquoten, insbesondere bei vielen der DAX30 und anderen großen Unternehmen, sind ein Schlag ins Gesicht der Auszubildenden sowie vieler kleiner und mittlerer Unternehmen, unter ihnen viele Zulieferer. Kluge Unternehmenspolitik spart niemals an einer guten und nachhaltigen Ausbildung, sondern übernimmt Verantwortung. Nicht weniger erwarten wir von den Verantwortlichen.

Gleichzeitig wird auch die Politik Verantwortung übernehmen. Die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes ist im Koalitionsvertrag vereinbart und überfällig. 1,5 Millionen Auszubildende in Deutschland sind die Fachkräfte der Zukunft und genießen unsere volle Solidarität, wenn es darum geht, bestmögliche Ausbildungsbedingungen zu garantieren. Sorgfalt geht dabei vor Schnelligkeit. Das novellierte Berufsbildungsgesetz (BBiG) muss Verbesserungen für Auszubildende bringen und darf niemanden schlechter stellen. Der Entwurf von Bildungsministerin Anja Karliczek (CDU) wird diesem Anspruch in mehrfacher Hinsicht nicht gerecht. Die SPD fordert CDU, CSU und die Ministerin auf, sich den notwendigen Änderungen nicht länger in den Weg zu stellen.

Auf eigenen Beinen stehen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben – das ist das Ziel der Mindestausbildungsvergütung, die wir im Koalitionsvertrag durchgesetzt haben. Nach § 17 des Berufsbildungsgesetzes haben Ausbildende schon heute den Auszubildenden eine angemessene Vergütung zu gewähren. Nach der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichtes ist darunter eine Vergütung zu verstehen, die 80 Prozent der branchenspezifischen Tarifvergütung nicht unterschreitet. Diese Rechtsprechung, von der Azubis in Branchen mit guten Tarifverträgen profitieren, ist eine erste Errungenschaft und muss bei einer Novellierung des BBiG im Gesetz zwingend erhalten bleiben, damit jegliche Form der Schlechterstellung ausgeschlossen ist.

Eine Mindestvergütung darf demnach, wie auch der Mindestlohn, immer nur die absolute Untergrenze und Ausnahme sein. Der vorliegende Vorschlag des Bundesbildungsministeriums von 504 Euro im ersten Ausbildungsjahr und in den Folgejahren fünf, zehn und 15 Prozent mehr, ist nicht bedarfsgerecht, verbessert für kaum eine*n Auszubildende*n die Lage und birgt die Gefahr von faktischen Verschlechterungen für viele Auszubildende. Außerdem soll die Mindestausbildungsvergütung dem Vorschlag nach an das Schüler*innen – Bafög gekoppelt werden. Das lehnen wir entschieden ab. Azubis sind keine Schüler*innen sondern Teil des Betriebspersonals und eine angemessene Ausbildungsvergütung ist keine Sozialleistung! Wir stehen an der Seite des DGB und der Gewerkschaftsjugend und die von ihm beschlossenen Forderungen. Profitieren würden wesentlich mehr Auszubildende als vom Karliczek – Vorschlag, insbesondere Auszubildende in Branchen ohne hinreichende Tarifbindung, in denen die Abbrecher*innenquoten, auch aufgrund der niedrigen Vergütung, erschreckend hoch sind. Die Mindestausbildungsvergütung ist für uns eine Brücke, solange nicht alle Auszubildenden unter dem Schutz starker Tarifverträge stehen. Praktika im Rahmen von schulischen Ausbildungen sollten ebenfalls angemessen vergütet werden, da auch diese sich in der Berufsausbildung beendenden Praktikant*innen die Betriebsabläufe mit ihrer Arbeitskraft praktisch unterstützen.

Der Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes muss auf das duale Studium, insbesondere auf die Praxisphasen ausgeweitet werden. Bislang gibt es keine einheitlichen gesetzlichen Regelungen für das duale Studium. Es fehlen verbindliche Schutzbestimmungen, Mindeststandards für die Betreuung und Vergütungsansprüche. Wir streben die Ausweitung des BBiG zu einem einheitlichen Ausbildungsgesetz an, das gleich gute Qualitätsstandards für unterschiedliche Ausbildungsformen sicherstellt. Der Geltungsbereich bzw. die Grundprinzipien des Berufsbildungsgesetzes müssen auch auf betrieblich-schulische Ausbildungen (z. B. in Pflege- und Gesundheitsberufen) ausgeweitet werden.

Wir stehen ohne Wenn und Aber zur drei-/dreieinhalbjährigen Berufsausbildung und sind weiterhin der Überzeugung, dass eine gute und qualifizierte Ausbildung zur/zum Facharbeiter*in Zeit braucht. Wir wollen junge Menschen bestmöglich qualifizieren und sie eben nicht in Hochgeschwindigkeit auf den Arbeitsmarkt drängen, wo sie anschließend oftmals ohne ernsthafte Aufstiegschancen bleiben. Die vom BMBF unterstützte Ausweitung der zweijährigen Berufsausbildung beeinträchtigt die Flexibilität und Durchlässigkeit des Berufsbildungssystems anstatt sie zu verbessern. Die Anforderungen des Arbeitsmarktes werden weiter steigen, damit geht eine deutliche Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte einher. Eine grundsätzliche Verkürzung der Ausbildungsdauer von dreieinhalb auf drei Jahre und eine vermehrte Einführung von zweijährigen Ausbildungsberufen lehnen wir daher ab. Wir fordern den Koalitionspartner und die Bundesbildungsministerin auf, sich den Interessen der Auszubildenden nicht länger zu verschließen und Vorschläge vorzulegen, die ihre Situation nachhaltig und rechtsicher verbessern. Die SPD steht an der Seite von 1,5 Millionen Auszubildenden.

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 28. Januar 2019

JETZT IST UNSERE ZEIT: AUFARBEITUNG, ANERKENNUNG UND AUFBRUCH

Wir wollen die Erinnerung an 30 Jahre friedliche Revolution und Mauerfall mit einem neuen Aufbruch für Ostdeutschland verbinden. Gemeinsam haben die Menschen im Herbst 1989 Grenzen eingerissen und auf friedliche Weise ein freies Leben und demokratische Strukturen erkämpft. Die neue Freiheit ging bei viel zu vielen mit harten beruflichen und familiären Veränderungen einher. Gleichzeitig war diese Zeit ja auch getragen von einem Gefühl des Aufbruchs, von Stolz und dem Willen, unsere Gesellschaft besser machen zu wollen. Genau das haben die Menschen dann auch erfolgreich getan und wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben unseren guten Anteil daran. Heute übernehmen wir in allen ostdeutschen Bundesländern als Regierungsparteien Verantwortung und gestalten mit und leisten unseren Beitrag die soziale Einheit zu vollenden. Dennoch hat die SPD vielerorts Vertrauen verloren. Das wollen wir ändern, indem wir genau hinschauen und Lösungen anbieten.

Die Menschen in Ostdeutschland haben dank gesamtdeutscher Solidarität eine große Leistung vollbracht. Darauf können sie stolz sein. Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen, ja es besteht mancherorts akuter Fachkräftebedarf. Junge Leute finden heute wieder Perspektiven in ihrer Heimat. Die ostdeutsche Wirtschaft steht auf einem deutlich stabileren Grund, als es noch vor wenigen Jahren zu erwarten war. Es haben sich international wettbewerbsfähige Unternehmen entwickelt. Gleichzeitig hatte der massive Umbruch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Folgen, die bis heute wirken. Die meisten politischen, gesellschaftlichen und sozialen Zukunftsfragen stellen sich in ganz Deutschland, treten im Osten aber verstärkt auf oder sind anders gelagert. Diese wollen wir angehen mit konkreten Vorschlägen.

2019 verstehen wir als große Chance über deutsch-deutsche Geschichte miteinander ins Gespräch zu kommen, einander zuzuhören und sich gegenseitig Respekt zu zollen. Es ist an der Zeit mit Missverständnissen zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen aufzuräumen, und wir brauchen Gespräche über die vielen Brüche, die Familien in den 90er Jahren erlebt haben: Ehrlich und einander zugewandt.

DER SPD-PARTEIVORSTAND BESCHLIEßT EIN 12-PUNKTE-PROGRAMM:

- 1.** Unser Ziel ist, endlich gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu erreichen. Denn noch immer gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen, wie zum Beispiel unterschiedliche Einkommen und Beschäftigungsmöglichkeiten oder auch eklatante Unterschiede bei der Sicherung von Mobilität und beim Zugang zu Angeboten der Daseinsvorsorge. Es muss nach dem Auslaufen des Solidarpaktes II **einen neuen Pakt für strukturschwache Regionen in Ost und West** geben. Ziel ist es die Wirtschaftskraft weiter zu stärken und gute Arbeit zuzusichern.
- 2.** Wir schaffen die Voraussetzungen, um den Osten Deutschlands zur **Innovationsschmiede** zu machen. Nach der Phase der verlängerten Werkbänke muss der Osten zum herausgehobenen Produktions- und Entwicklungsstandort werden. Die nötigen Fördermittel für die Modernisierung der ostdeutschen Wirtschaft müssen gewährleistet werden. Dazu wollen wir die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zu einem gesamtdeutschen Fördersystem weiterentwickeln, das die regionalen Strukturbedingungen des Ostens berücksichtigt. Und

wir setzen uns für gut ausgestattete EU-Strukturfonds mit realistischen Kofinanzierungssätzen auch in der neuen Förderperiode ein. Die bestehende Forschungs- und Entwicklungslandschaft muss durch die Ansiedlung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen vervollständigt werden.

3. **Neu geschaffene Einrichtungen des Bundes** sollen in Ostdeutschland angesiedelt werden, bis eine annähernd gleiche Verteilung von Arbeitsplätzen in Ost und West vorliegt. Über die Fortschritte auf diesem GebietsollderOst-Beauftragte der Bundesregierung jährlich berichten.
4. **Schnelles Internet und Mobilfunk** gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir eine hundertprozentige Versorgung mit Mobilfunk und schnellem Internet. Also an jeder Milchkanne. Deshalb darf die Bundesregierung die Frequenzen für 5G nur verkaufen, wenn die Mobilfunkanbieter eine flächendeckende Versorgung sicherstellen. Wir brauchen darüber hinaus eine **starke öffentliche Kontrolle der Netze und Regulationsmechanismen bis hin zu einem Rechtsanspruch auf eine Mindestqualität der digitalen Infrastruktur**. Der Staat muss die Vorgaben machen und nicht der Markt.
5. 30 Jahre nach dem Mauerfall ist es nicht akzeptabel, dass die meisten Ostdeutschen länger arbeiten als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen, aber im Schnitt 15 Prozent weniger bekommen. Wir brauchen die **Angleichung der Löhne in Ost und West**. Wir appellieren an die Sozialpartner die Tarifbindung im Osten zu steigern und gleiche Lohnabschlüsse in Ost und West durchzusetzen. Das gilt besonders für die Pflege, wo es endlich einen einheitlichen Pflegemindestlohn braucht und einen bundesweiten Tarifvertrag. Mit unserer Förderpolitik unterstützen wir die Ausweitung der Tarifbindung. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen wollen wir wo nötig erleichtern.
6. **Wir wollen die Anhebung des Mindestlohnes** – perspektivisch auf 12 Euro. Wir wollen eine **Mindestausbildungsvergütung**, die ihren Namen verdient. Wir sprechen uns mit den Gewerkschaften für eine Orientierung an den durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen aus.
7. Wir brauchen **starke Kommunen** in unseren Städten und Dörfern. Es ist wichtig, dass in unseren Städten und Gemeinden nicht Mangel verwaltet wird, sondern gestaltet werden kann. Tausende Ehrenamtliche Kommunalpolitiker leben Demokratie vor Ort. Kommunalpolitik ist das Fundament und nicht das Kellergeschoss der Demokratie. Daher wollen wir den finanziellen Spielraum der Kommunen stärken.
8. Gerade die Aufbaugeneration macht sich zurecht Sorgen um ihre Rente. Deshalb müssen wir insbesondere die gebrochenen Erwerbsbiografien angemessen berücksichtigen. Wir fordern eine eigenständige Grundrente, **die spürbar über der Grundsicherung liegt**. Die SPD setzt sich für einen Gerechtigkeitsfonds ein für jene Menschen, die durch die Rentenüberleitung der Nachwendezeit Nachteile erlitten haben. In einem ersten Schritt soll der im Koalitionsvertrag verabredete Härtefallfonds eingeführt werden.
9. Langjährige Beitragszahler sollen nicht mehr so schnell in die Grundsicherung abrutschen. Deshalb soll die **Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes (ALG 1) verlängert** und dessen Bezugsvoraussetzungen erleichtert werden. Bei diesem Modell müssen wir dafür Sorge tragen, dass Geringverdiener mit ihrem ALG 1 nicht aufstocken müssen.
10. Das neue „Starke-Familien-Gesetz“ ist ein Meilenstein nicht zuletzt für ostdeutsche Familien mit kleinen Einkommen, die oftmals schwer über die Runden kommen. Mit dem Gute-KiTa-Gesetz haben wir für mehr Qualität und weniger Gebühren in unseren Kitas gesorgt. Wir sind froh, dass so das uns vertraute ostdeutsche Modell frühkindlicher Bildung in ganz Deutschland gestärkt und ausgeweitet wird. Darauf aufbauend unterstützen wir die Idee, eine **sozialdemokratische Kindergrundsicherung** aus zwei Teilen zu gestalten: Einerseits aus Geld in der Familie. Andererseits aus einer kostenfreien Infrastruktur für alle Kinder.

- 11.** Wir wollen neben der Aufarbeitung der DDR-Zeit besonders auch die Nachwendezeit in den Fokus nehmen. Die Debatte wollen wir nach vorne gerichtet führen, weil es auch eine **Debatte um die Anerkennung der Lebensleistung** ist. Sie dient auch der Versachlichung und Versöhnung. Wir befürworten eine Arbeitsgruppe durch den Parteivorstand einzusetzen, die zeitnah konkrete Vorschläge ausarbeitet, wie ein Aufarbeitungsprozess über die Umbrüche in Ostdeutschland aussehen kann. Es geht um eine in die Zukunft gerichtete Diskussion im ganzen Land. Zum Jahrestag der Deutschen Einheit wollen wir mit einem **Ost-West-Kulturzentrum in einer mittelgroßen Stadt in Ostdeutschland** ein Zeichen setzen für einen gesamtgesellschaftlichen Dialog. Es soll als Forschungs-, Veranstaltungs- und Kulturzentrum ein offener Ort der ständigen Begegnung, der Erinnerung, des Nachdenkens und der Debatte zu allen Fragen der zukünftigen Entwicklung Ostdeutschlands innerhalb der Bundesrepublik und im Kontext Europas, vor allem auch Osteuropas, sein.
- 12.** In Ostdeutschland gibt es viele gute Initiativen, Vereine und Projekte die die **Demokratie stärken**. Diese wollen wir dauerhaft auf eine gesetzliche Grundlage stellen.

Reformvorschlag vom 10. Februar 2019

ARBEIT – SOLIDARITÄT – MENSCHLICHKEIT EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

TEIL I: ARBEIT

Mit diesem Konzept eröffnen wir eine Reihe von Reformvorschlägen zum „Sozialstaat für eine neue Zeit“. Antworten für die Sozialstaatsbereiche der Alterssicherung, Gesundheit sowie Pflege und Wohngeld werden folgen. Hier konzentrieren wir uns auf Chancen und Schutz in der neuen Arbeitswelt.

ÜBERBLICK:

1. CHANCEN UND SCHUTZ IN DER NEUEN ARBEITSWELT

Den Wert der Arbeit stärken – Mehr Sozialpartnerschaft und Tarifbindung

- Mindestlohn perspektivisch auf 12 € anheben
- Tarifbindung stärken
- Mehr Mitbestimmung

Neue Erwerbsformen absichern

- Selbständige in der Alterssicherung schützen
- Statusfeststellung zwischen abhängig Beschäftigten und Selbständigen beschleunigen
- Neuen Arbeitnehmer- und Betriebsbegriff entwickeln

Mehr Zeitsouveränität: Arbeit, die zum Leben passt

- Ausbau der Brückenteilzeit
- Einführung der Familienarbeitszeit mit Familiengeld
- Einführung eines Persönlichen Zeitkontos
- Recht auf mobiles Arbeiten und Schutz vor Entgrenzung

Mehr Chancen in der Arbeitswelt

- Qualifizierungschancengesetz weiterentwickeln zu einem Recht auf Weiterbildung und Qualifizierungsgarantie
- Finanzierung des dritten Umschulungsjahrs
- Weiterentwicklung der BA zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung

Anerkennung von Lebensleistung in der solidarischen Arbeitsversicherung

- Mehr Menschen in den Schutz der Arbeitsversicherung holen
- Arbeitslosengeld bei Qualifizierung verlängern
- Arbeitslosengeld orientiert an Lebensleistung länger zahlen

2. KINDER ABSICHERN UND IHNEN BILDUNG UND TEILHABE ERMÖGLICHEN: EINE SOZIALDEMOKRATISCHE KINDERGRUNDSICHERUNG ENTWICKELN

Starke-Familien-Gesetz als Meilenstein

Sozialdemokratische Kindergrundsicherung

- 1. Säule: finanzieller Bedarf des Kindes
- 2. Säule: Infrastrukturleistungen
- Kinder aus dem SGB II-Bezug holen

3. DAS BÜRGERGELD – MEHR SICHERHEIT UND RESPEKT

Mehr Chancen auf Arbeit und Anerkennung von Leistung

- Teilhabe durch den sozialen Arbeitsmarkt
- Recht auf Nachholen einer Berufsausbildung
- Bonus für Weiterbildung auf die Grundsicherung
- Aufstocker durch die BA betreuen

Respekt und Bürgerfreundlichkeit beim Bürgergeld

- 2 Jahre Schutzzeit für die Heranziehung von Vermögen und die Überprüfung der Wohnungsgröße
- Reform des Wohngelds
- neue Teilhabevereinbarung
- Mitwirkungspflichten erhalten aber sinnwidrige und unwürdige Sanktionen abschaffen
- Einfacher Zugang und respektvoller Umgang

Die Arbeitswelt verändert sich in hohem Tempo. Die Digitalisierung ist aus keinem Lebensbereich mehr wegzudenken und verändert die Welt, in der wir leben, in einem dramatischen Tempo. Der technologische Wandel der Arbeitswelt beschleunigt sich massiv – getrieben vor allem durch datenbasierte Geschäftsmodelle und die Künstliche Intelligenz. Arbeit verändert sich mit neuen Berufsbildern, Arbeitszeitmodellen und Qualifikationsanforderungen. Das eröffnet für Viele große Chancen und auch neue Arbeit. Es führt aber auch dazu, dass Menschen Sorge haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder nur noch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit zu finden. Gleichzeitig erleben wir einen gesellschaftlichen Wertewandel. Die Erwartung an Arbeit, Arbeitszeiten und Weiterbildungsphasen und ihre Vereinbarkeit mit den jeweiligen Lebensentwürfen und aktuellen Lebenslagen verändern sich. Es ist Zeit für eine grundlegende Erneuerung der Absicherung von Arbeit.

Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immer schneller verändern. Unsere Antwort darauf ist das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen – statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung freizukaufen.

Wir teilen das Anliegen, Einkommenssicherheit im Lebensverlauf und mehr Zeitsouveränität zu schaffen. Doch wir halten das bedingungslose Grundeinkommen für falsch, denn es wird den Bedürfnissen der meisten nicht gerecht. Aus dem „Recht auf Arbeit“ hingegen leitet sich für den Einzelnen eine Vielzahl von konkreten Ansprüchen ab, die zu seiner jeweiligen Lebenssituation passen. Das „Recht auf Arbeit“ konsequent durchzubuchstabieren heißt für uns auch, einige Gewissheiten der vergangenen 20 Jahre auf den Prüfstand zu stellen und den Sozialstaat neu zu denken. Das sind unsere Leitlinien dafür:

- Die Grundpfeiler unseres Sozialstaatsversprechens sind Arbeit, Solidarität, und Menschlichkeit.
- Das heißt zunächst: Den Sozialstaat auf der einen Seite und die Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite verbinden gegenseitige Rechte und Pflichten.
- Das heißt weiter: Die Leistungen des Sozialstaats sind soziale Rechte, die Bürgerinnen und Bürger zustehen. Sie sind Inhaberinnen und Inhaber dieser Rechte, keine Bittsteller.
- Das heißt außerdem: Der Sozialstaat hat gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine Bringschuld, nicht andersrum die Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Sozialstaat eine Holschuld.
- Und das heißt schließlich: Der Sozialstaat muss den Einzelnen und sein Schicksal respektieren.
- Er muss Instrumente schaffen, die den individuellen Anforderungen und unterschiedlichen Problemstellungen der Menschen gerecht werden.

KONKRET BEDEUTET DAS FÜR DEN NEUEN SOZIALSTAAT IN UNSERER NEUEN, VERÄNDERTEN WELT:

- Wir müssen das System und den Apparat auf die flexiblen, sich ständig verändernden Bedingungen der Arbeitsweltausrichten.
- Der Sozialstaat soll das Leben der Menschen leichter und sicherer machen. Darum muss er möglichst unbürokratisch, transparent, verlässlich und ohne Hürden zugänglich sein.
- Wir wollen den Sozialstaat aus der Perspektive derjenigen gestalten, die ihn brauchen – und nicht aus der Perspektive derjenigen, die ihn missbrauchen. Arbeitslosigkeit ist selten ein selbstgewähltes Schicksal.
- Der Sozialstaat muss die Würde des Einzelnen achten. Unterstützung zu brauchen, darf niemals als Stigma empfunden werden.
- Lebensleistungen müssen stärker anerkannt werden. Der Sozialstaat muss Abstiegsängsten entgegenwirken und neue Aufstiege ermöglichen.
- Der neue Sozialstaat muss geschlechtergerecht sein und partnerschaftliche Lebensentwürfe bestmöglich unterstützen.
- Der neue Sozialstaat ist ein inklusiver Sozialstaat.
- Er schafft es, alle angemessen an seiner Finanzierung zu beteiligen – auch im Zeitalter der digitalen Konzerne.

Für einen solchen Sozialstaat zu kämpfen und eine neue solidarische Gesellschaft zu ermöglichen, verstehen wir als unseren Auftrag und Anspruch. In der Regierung sind wir bereits dabei, wichtige Schritte dorthin zu unternehmen – aber wir sind noch nicht am Ziel.

1. CHANCEN UND SCHUTZ IN DER NEUEN ARBEITSWELT

Das „Recht auf Arbeit“ macht es uns zur wichtigsten Aufgabe, Arbeit aufzuwerten und die Position der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen bleiben auch in Zukunft der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben. Sie waren und sind der Garant für soziale Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Um den Wandel der Arbeitswelt erfolgreich zu gestalten, brauchen wir den Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Deswegen müssen wir die Sozialpartnerschaft in Deutschland revitalisieren. Was die neuen Anforderungen an Weiterbildung und Qualifizierung, individuelle Zeitsouveränität und auch neue Arbeitsformen angeht, ist es aber eine unverzichtbare Aufgabe des Staates, genauer hinzuschauen und zugleich beides zu tun: die neue Arbeitswelt auf neue Chancen und für mehr Schutz für alle Menschen auszurichten.

DEN WERT DER ARBEIT STÄRKEN – MEHR SOZIALPARTNERSCHAFT UND TARIFBINDUNG

Wir werden nur dann wirtschaftlich und sozial erfolgreich sein, wenn die Interessen auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Ländern zeigt, dass gesellschaftliche Polarisierung letztlich zu Reformunfähigkeit führt. Im digitalen Wandel brauchen wir **mehr Sozialpartnerschaft und Tarifbindung**. Starke Tarifbindung führt zu besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen und ist besser geeignet, Interessen auszugleichen als staatliche Vorgaben.

Was wir wollen:

Die Einführung des Mindestlohns war ein Quantensprung. Er muss aber weiter steigen. Die Sozialpartner brauchen daher einen besseren Rahmen, um ihrer Aufgabe für die Aushandlung eines angemessenen Mindestlohns in der Mindestlohnkommission gerecht werden zu können. Dafür werden wir das Mindestlohngesetz wie vereinbart 2020 evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist die perspektivische Anhebung des **Mindestlohns auf 12 Euro**. Hier sollte die öffentliche Hand bei der Auftragsvergabe mit gutem Beispiel vorangehen. Dafür wollen wir auf Bundesebene ein **Tariftreuegesetz** mit einem Mindestlohn von 12 Euro schaffen.

Um das soziale Europa zu stärken, wollen wir zudem einen verbindlichen Rahmen für Mindestlöhne und Grundsicherungssysteme innerhalb der EU durchsetzen. Das sorgt für Zusammenhalt und fairen Wettbewerb.

Der Mindestlohn kann aber immer nur eine Untergrenze sein. Das Ziel sind anständige Tariflöhne. Sozialpartnerschaft ist ein öffentliches Gut, sie sorgt nicht nur für fairen Interessenausgleich, sondern stärkt den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Stabilität. Der Staat kann die Arbeit der Sozialpartner nicht ersetzen, aber er muss Rahmenbedingungen schaffen, um Sozialpartnerschaft wieder zu stärken.

Wir begrüßen das klärende Urteil des Bundesarbeitsgerichts, dass Tarifverträge Gewerkschaftsmitglieder grundsätzlich besserstellen dürfen. Dies stellt einen Anreiz, aber eben keinen Zwang dar, in eine Gewerkschaft einzutreten. Sozialpartnerschaft ist im wirtschaftlichen und sozialen Interesse unseres Landes. Wir werden daher **tarifgebundene Unternehmen steuerlich besserstellen** als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu machen. Dafür werden wir das Vetorecht der Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen abschaffen, damit sie diese nicht mehr blockieren können. Wir werden die **Mitbestimmung** als das demokratische Prinzip und stabile Rückgrat der deutschen Wirtschaft **stärken**. Die Unterdrückung von Mitbestimmung wird härter bestraft.

Wir setzen uns dafür ein, dass 30 Jahre nach dem Mauerfall Löhne und Arbeitsbedingungen in Ost und West angeglichen werden.

NEUE ERWERBSFORMEN ABSICHERN

Der Wandel in der Arbeitswelt fördert neue Erwerbsformen und macht die individuellen Erwerbsverläufe vielfältiger. Er eröffnet neue Perspektiven, neue Chancen und neue Gestaltungsmöglichkeiten. Die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen und die individuelle Vorsorgepraxis vieler „neuer Selbständiger“ sind aber derart unterschiedlich, dass sie nicht über einen Kamm geschoren werden können. Gerade im Bereich der Hochqualifizierten ist flexible Projektarbeit auf Zeit nicht mehr

wegzudenken, ebenso wenig wie gemischte Teams von internen und externen Beschäftigten sowie selbstständige Expertinnen und Experten, etwa bei Start-Ups und/oder im Innovations- und IKT-Bereich. Völlig anders ist die Situation bei vielen selbstständigen Dienstleistungen im Niedriglohnbereich. Wir müssen daher insbesondere bei den so genannten „Solo-Selbstständigen“ aktiv werden, um auch dort passgenaue Chancen zu ermöglichen und notwendigen Schutz zu erreichen.

Plattformen sind ein relativ neues Phänomen der Arbeitsorganisation, können aber als Vorboten neuer ökonomischer Strukturen verstanden werden. Sie verändern das klassische hierarchische Organisationsprinzip in Richtung von Netzwerkunternehmen. Sowohl im hochqualifizierten Beschäftigungssegment, wo in „agilen“ Teamformationen gearbeitet wird, als auch im prekären Organisationssegment wie bei den „klassischen“ Lieferplattformen, erleben wir sehr unterschiedliche Ausgestaltungsformen.

Allen gemein ist eine Entgrenzung der Betriebsorganisation mit erheblichen Folgen für die Beschäftigten: Neue Selbständigkeit, Werkverträge, Leiharbeit oder befristete Beschäftigung greifen in der Plattformwirtschaft mehr und mehr um sich. Zugleich erleben wir, dass Arbeit und Leben immer mehr ineinander übergehen, wodurch neue Belastungen in der Arbeitswelt entstehen. Mit der Folge, dass die Schutzfunktion des Arbeitsrechts in diesen hochflexiblen Unternehmens- und Arbeitsorganisationen nicht mehr greift.

Was wir wollen:

Das „Recht auf Arbeit“ heißt für uns, dass auch neue Erwerbsformen abgesichert sein müssen. Wir wollen sichere Selbständigkeit, und wir wollen gleichzeitig die Ausbeutung von Solo-Selbstständigen beispielweise in der Plattformwirtschaft bekämpfen. Deshalb haben wir bereits den Mindestbeitrag zur Krankenversicherung für Selbstständige halbiert und werden die **Selbständigen in den Schutz der gesetzlichen Alterssicherung** einbeziehen. Nur so können wir in dieser wachsenden Gruppe unserer Arbeitswelt Bedürftigkeit im Alter verhindern. Die Feststellung, ob jemand abhängig beschäftigt oder selbstständig ist (**Statusfeststellung**), ist ein zentraler Hebel, um Scheinselbständigkeit zu verhindern und Transparenz über soziale und Arbeitsschutzrechte herzustellen. Sie muss einzelfallbezogen bleiben, um Einzelfallgerechtigkeit zu ermöglichen. Sowohl Unternehmen als auch Beschäftigte müssen aber früh Klarheit über den Erwerbsstatus bekommen und zwar vor der eigentlichen Tätigkeitsaufnahme. Dies ist gerade für Solo-Selbstständige besonders wichtig. Daher soll das selbst gewünschte Statusfeststellungsverfahren beschleunigt werden.

Die Plattformwirtschaft stellt uns vor eine doppelte Herausforderung: Zum einen unterstützen wir Geschäftsmodelle, die nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg zum Ziel haben und nicht die Ausbeutung von Selbständigen oder Beschäftigten. Plattformen, die sich nicht jedweder gesellschaftlicher Ethik entziehen, sondern ihrer Arbeitgeberverantwortung nachkommen, werden wir mit einem intelligenten rechtlichen Rahmen unterstützen. Plattformen sind keine neutralen „Dritten“ Sie sind Arbeitgeber wie andere Unternehmen auch. Daher werden wir klarstellen, dass Plattformen reguläre Betriebe sind. Wir werden einen **neuen Betriebsbegriff** entwickeln, der die Veränderung zu vernetzten Unternehmen abbildet und die Arbeitgeberfunktion verdeutlicht.

Zum anderen entstehen in der Plattformwirtschaft mehr und mehr hybride Arbeitsverhältnisse, die an der Grenze zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung liegen. In Österreich und Frankreich wurden rechtliche Rahmenbedingungen für solche Typen neuer Selbständigkeit geschaffen. Diese Modelle werden wir prüfen und Vorschläge für einen **neuen Arbeitnehmerbegriff** vorlegen. Ziel ist es, für die Beschäftigten in der Plattformwirtschaft Arbeitsrechte und Mindestarbeitsbedingungen ebenso zu sichern, wie Mindesthonorare oder den sozialen Schutz. Soziale Rechte und faires Wirtschaften müssen auch in der Plattformwirtschaft ihren Stellenwert behalten. Digitalisierung statt Ausbeutung ist unsere Leitidee.

MEHR ZEITSOUVERÄNITÄT: ARBEIT, DIE ZUM LEBEN PASST

Arbeit muss zum Leben passen. Immer mehr Menschen wünschen sich aus den unterschiedlichsten Gründen mehr Souveränität über ihre Zeit. Wir brauchen Antworten auf die Wünsche nach mehr Flexibilität für Familie, Fürsorge, Pflege, aber auch für Weiterbildung oder soziales Engagement. Es geht um nichts weniger als einen neuen Flexibilitätskompromiss im digitalen Zeitalter und in einer neuen Arbeitswelt, in der Menschen die persönlichen Übergänge in ihrem Lebensverlauf einfach und selbstbestimmt organisieren wollen.

Was wir wollen:

Wir haben bereits mit der **Brückenteilzeit** (also der Möglichkeit, befristet auf Teilzeit zu gehen) ein Recht auf Teilzeit geschaffen. Insbesondere Frauen, die häufiger in Teilzeit arbeiten, landen dadurch nicht mehr so oft in der beruflichen Sackgasse. Daher wollen wir das Erfolgsmodell der Brückenteilzeit deutlich ausweiten, für mehr Beschäftigte in Deutschland öffnen und mit Anreizen für Qualifizierung und Weiterbildung verbinden. Es geht aber auch um mehr Freiheit für die Beschäftigten, Leben und Arbeiten miteinander zu verbinden. 40 % der Beschäftigten in Deutschland könnten laut DIW theoretisch von zuhause arbeiten. Nur 12 % der Beschäftigten bekommen ihren Wunsch nach flexibler Arbeit erfüllt. Die Unternehmen müssen sich – wo noch nicht geschehen – innovativen Formen des Arbeitens öffnen, die die Möglichkeiten der digitalen Technologien auch im Sinne der Ansprüche von Beschäftigten nutzt. Gute Unternehmen gehen hier voran: Für sie ist New Work gelebte Realität. Sie haben Regelungen für mobiles Arbeiten oder Homeoffice gefunden, die im Einklang mit Gesundheitsschutz und Vereinbarkeiten stehen. Sie werden wir unterstützen. Wir werden ein **Recht auf mobiles Arbeiten** und Homeoffice gesetzlich verankern, damit mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den digitalen Vorteilen profitieren können.

Wir werden aber auch Beschäftigte vor einer überbordenden Inanspruchnahme und der Anforderung einer ständigen Erreichbarkeit oder Präsenz durch den Arbeitgeber schützen. Wir werden das Recht auf Nichterreichbarkeit schützen und Arbeitszeitmodelle unterstützen, die die Gesundheit von Beschäftigten stärken. Für Arbeitszeitkonten wollen wir die Übertragbarkeit beim Unternehmenswechsel ermöglichen.

Immer mehr Frauen und Männer wollen sich Erwerbsarbeit und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen, aber viele scheitern dabei an den Hürden des Alltags und einem Arbeitsmarkt, der immer noch vom Ideal der männlichen Vollzeitkraft ausgeht. Wir werden darum partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle unterstützen, damit aktive Vaterschaft gelebt werden kann und beide Eltern beruflich erfolgreich sein können.

So erleichtert das **Modell der Familienarbeitszeit** die flexiblere Verteilung von Zeiten für die Arbeit, für Kinder und Familie oder auch Pflege und sichert mit dem Familiengeld zugleich partnerschaftliche Lebensentwürfe und wirtschaftliche Stabilität.

Um mehr Gestaltungsfreiheit im Lebensverlauf zu ermöglichen, schlagen wir vor, dass der Staat für jede Bürgerin und jeden Bürger ein Zeitkonto einrichtet. Denn nicht nur reiche Erben sollen im Verlauf ihres Erwerbslebens Mut zu Veränderungen haben dürfen. Die Idee eines **Persönlichen Zeitkontos** orientiert sich an tariflichen Vorbildern. Basis eines solchen Zeitkontos sollen Einzahlungen der Beschäftigten sein, so dass auf diesem Konto Zeit angespart wird, die durch Tarifverträge oder durch den Staat für besondere förderungswürdige Zwecke zusätzlich aufgestockt werden kann, z. B. für Fort- und Weiterbildungen. Der Vorteil ist, dass auf diese Weise Überstunden nicht verloren gehen, sondern sich in ein Zeitguthaben verwandeln, das im Lebensverlauf mehr Freiheit ermöglicht. Wenn man beispielsweise den Betrieb wechselt, gehen die Stunden nicht verloren sondern sind transportierbar; sie bleiben auf dem Zeitkonto – sie wandern, staatlich abgesichert, mit zum neuen Arbeitgeber oder mit zur neuen Beschäftigung. Zusätzlich kann für das Zeitkonto ein zeitliches Startguthaben vorgesehen werden.

Das persönliche Zeitkonto wirkt in drei Richtungen: Zum einen werden Auszeiten für Pflege, Betreuung, Kindererziehung, Qualifizierung oder auch die Verkürzung von Arbeitszeiten erleichtert. Zum Zweiten erhalten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine Möglichkeit auf Qualifizierung und Weiterbildung, die sie vom Arbeitgeber unabhängig in Anspruch nehmen können. Beschäftigte erhalten drittens aber auch die Chance auf Vorbereitung und Umsetzung einer Unternehmensgründung.

MEHR CHANCEN IN DER ARBEITSWELT

Die technologische Entwicklung wird unsere Arbeitswelt massiv verändern. Die OECD geht davon aus, dass sich mehr als 35 Prozent aller Berufe bis 2030 grundlegend wandeln werden. Zudem wird es in einzelnen Branchen eine zunehmende Nachfrage nach Fachkräften geben, während es in anderen einen Arbeitskräfteüberschuss gibt. All das erfordert von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer häufiger Tätigkeitswechsel. Den Bildungs- und Berufsweg, der traditionell nach Schule und Ausbildung bzw. Studium vor allem das Ausüben von ein und demselben Beruf vorsah, wird es so künftig immer weniger geben. Darum ist es die Aufgabe der Solidargemeinschaft, den Einzelnen bestmöglich dabei zu unterstützen, dass er sich in seiner Beschäftigung weiterqualifizieren, seinen beruflichen Spielraum erweitern kann und die bestmöglichen Leistungen für Gesundheitsschutz und Prävention am Arbeitsplatz erhält. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Modellprojekt „Ü45-Check“ – hier geht es darum, frühzeitig festzustellen, ob jemand in seinem Beruf durchhalten kann bzw. berufsbezogene Gesundheitsrisiken festzustellen. Ein gesundes Arbeitsleben ist ebenso Voraussetzung dafür, dass Menschen gar nicht erst arbeitslos werden, wie gute Bildung und Qualifizierung.

Aus dem „Recht auf Arbeit“ leiten wir ab, dass die solidarische Arbeitsversicherung dafür sorgt, dass Arbeitslosigkeit möglichst gar nicht erst eintritt. Das am 1. Januar 2019 in Kraft tretende Qualifizierungschancengesetz ist dafür ein Meilenstein, weil es die Weiterbildungsförderung Beschäftigter verbessert, deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden können. Mit dem **Qualifizierungschancengesetz** geht bereits jetzt ein Recht auf Weiterbildungsberatung einher.

Was wir wollen:

Wir werden dieses Beratungsrecht zu einem gesetzlich verankerten **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** ausweiten. Dieses ermöglicht Beschäftigten im Strukturwandel ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Für diejenigen, deren Jobs durch den technologischen Wandel wegfallen, schaffen wir darüber hinaus eine **Qualifizierungsgarantie**. Kern dieser Qualifizierungsgarantie ist der Anspruch auf Umschulung, sofern der Arbeitsplatz wegzufallen droht, gepaart mit der Absicherung durch eine Lohnersatzleistung. Wer sich auf den Weg macht, im Arbeitsleben einen neuen Beruf zu erlernen, soll gefördert und nicht durch Lohnseinbußen benachteiligt werden.

Daneben ist ein fehlender Berufsabschluss weiterhin der größte persönliche Risikofaktor sowohl für den Verlust des Arbeitsplatzes wie für eine spätere Bedürftigkeit. Deswegen werden wir auch das **dritte Umschulungsjahr** finanzieren.

Auf diese Weise entwickeln wir die Arbeitslosenversicherung Schritt für Schritt zu einer **solidarischen Arbeitsversicherung** weiter, die nicht nur bei Arbeitslosigkeit auf den Plan tritt, sondern dabei hilft, dass Arbeitslosigkeit gar nicht erst eintritt. Das erfordert den Aufbau eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Beratungsangebotes durch eine Bundesagentur für Arbeit, die zur **Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung** weiterentwickelt wird.

ANERKENNUNG VON LEBENSLEISTUNG IN DER SOLIDARISCHEN ARBEITSVERSICHERUNG

Viele Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg bei Verlust des Arbeitsplatzes um. Sie befürchten, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden mit Menschen, die lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. Dass Arbeit und längere Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst ungerecht empfunden.

Neue Arbeitsformen, wie projektbezogenes Arbeiten, oder Umbrüche durch Strukturwandel führen dazu, dass Menschen unregelmäßige und unterbrochene Arbeitszeiten haben. Daran muss sich die solidarische Arbeitsversicherung anpassen, damit mehr Menschen in Schutz der Versicherung kommen. Deshalb haben wir bereits den Schutz der Arbeitslosenversicherung erweitert und somit schon jetzt mehr Beschäftigten die Zeit gegeben, die Mindestversicherungszeit zusammen zu bekommen.

Was wir wollen:

Wir werden die Bedingungen für den Zugang zum **Versicherungsschutz auf Arbeitslosengeld noch weiter erleichtern** und damit mehr Menschen, die in neuen Beschäftigungsformen oder in unsteten Arbeitsbiographien arbeiten, ebenfalls absichern.

Darüber hinaus wollen wir eine **solidarische Arbeitsversicherung, die Lebensleistung stärker anerkennt und gleichzeitig neue Einstiege und Aufstiege ermöglicht**. Dazu gehört, die Bezugszeit des Arbeitslosengeld I (ALG I) deutlich zu verlängern – und zwar in zweierlei Hinsicht.

Wir wollen erstens einen **Leistungsanspruch für Qualifizierung einführen, das Arbeitslosengeld-Q**: Alle, die nach drei Monaten im ALG-I keine neue Arbeit gefunden haben, erhalten einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme und auf das damit verbundene Arbeitslosengeld-Q, das in der Höhe dem ALG-I entspricht. Das ALG Q wird in Zukunft 12 Monate lang nicht mehr auf den ALG I-Anspruch angerechnet, danach bleibt es dabei, dass der ALG-I Anspruch zur Hälfte anrechnungsfrei ist. Die Weiterbildung mit ALG Q kann insgesamt bis zu 24 Monaten gewährt werden. Damit verlängert sich für diejenigen, die sich weiter qualifizieren, der Anspruch auf ALG I deutlich – und die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, steigen. Zweitens wollen wir zusätzlich zu den gelten Regelungen die **Bezugszeit des Arbeitslosengeldes stärker an der Lebensleistung ausrichten** indem wir Beschäftigten, die langjährig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet haben, auch einen **längeren Arbeitslosengeldanspruch** sichern. Unabhängig vom Alter erhöht sich die Anspruchszeit bei mindestens 20 Jahren Beitragszeit um 3 weitere Monate, ab 25 Jahren um 6 Monate und ab 30 Jahren um 9 Monate. Bei einem Arbeitslosengeldanspruch von über 24 Monaten wird die Anrechnung von ALG Q-Zeiten degressiv so ausgestaltet, dass insgesamt eine maximale Bezugsdauer von 36 Monaten möglich wird. Das Modell soll so ausgestaltet werden, dass die Regelung bei Arbeitgebern nicht den falschen Anreiz entstehen lässt, ältere Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer aus Betrieben zu drängen – z. B. durch eine Anrechnung von Abfindungen.

2. KINDER ABSICHERN UND IHNEN BILDUNG UND TEILHABE ERMÖGLICHEN: EINE SOZIALDEMOKRATISCHE KINDERGRUNDSICHERUNG ENTWICKELN

Den meisten Kindern und Jugendlichen in Deutschland geht es gut: Sie gehen in gute Kitas und gute Schulen, werden von ihren Eltern intensiv gefördert, treiben Sport, spielen Instrumente und entdecken mit ihren Freunden die Welt – vor der Haustür, im Netz und unterwegs.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass jedes fünfte Kind in unterschiedlicher Form von Armut betroffen ist. Kinder erleben aufgrund der Arbeitslosigkeit der Eltern oder der Tatsache, dass ihre Eltern geringe Einkommen haben, Armut und soziale Ausgrenzung. Finanzielle Armut der Familien geht oft einher mit geringeren Bildungs- und Teilhabechancen ihrer Kinder. Fast die Hälfte der Kinder im SGB II-Bezug kommt aus alleinerziehenden Haushalten.

Für uns ist klar: In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – und Kinder dürfen für ihre Eltern kein Armutsrisiko sein. Familien dürfen nicht deshalb in der Grundversicherung landen, weil ihr Einkommen nicht auch für den Bedarf der Kinder reicht. Wir wollen

die bestmögliche Entwicklung für alle Kinder. Und dafür muss sowohl der finanzielle Bedarf als auch ein gutes Angebot für Teilhabe und Bildung sichergestellt sein.

Deshalb haben wir das **Starke-Familien-Gesetz** auf den Weg gebracht, das das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in der Grundsicherung und für Kinder von Kinderzuschlags-Beziehern ausweitet, das jährliche Schulbedarfspaket anhebt sowie für ein kostenfreies Mittagessen und Schülerbeförderung sorgt. Zudem wird der Kinderzuschlag für Familien mit niedrigem Einkommen erhöht und ausgeweitet. Um bedürftige Familien besser zu erreichen, eröffnen wir den Zugang zum Kinderzuschlag auch für viele, die bisher ohne Unterstützung geblieben sind und befreien sie gleichzeitig von den KiTa-Gebühren. Mit diesen Maßnahmen helfen wir auch Alleinerziehenden direkt und schnell.

Was wir wollen:

Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die sich an **alle Kinder** in Deutschland richtet und ihnen ein gutes und gesundes Aufwachsen ermöglicht. Dabei führen wir bislang einzeln ausgezahlte, einzeln zu beantragende und zum Teil aufeinander anzurechnende Leistungen (wie etwa Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket oder Leistungen aus dem SGB II) zu einer Kindergrundsicherung zusammen und **vereinfachen das System** auf diese Weise. Hierfür wollen wir auch die Schnittstellen zum Wohngeld und zu Unterhaltsvorschussleistungen besser abstimmen. Davon profitieren insbesondere Kinder von Alleinerziehenden.

Unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung besteht aus **zwei Säulen**: Sie orientiert sich nicht nur am **finanziellen Bedarf eines Kindes**, sondern berücksichtigt auch die **Infrastrukturleistungen** in Kita, Schule, Ganztagsbetreuung und Teilhabe an Förderangeboten. Die beiden Säulen „individuelle Grundsicherung“ und „infrastrukturelle Förderung“ machen die neue Leistung aus. Wir wollen deswegen, dass auf bundes-, länder- und kommunaler Ebene mehr Strukturen wie Kita, Schule, Ganztagsbetreuung, Mittagessen und Mobilität kostenfrei werden. Aber auch Teilhabe und Zugang zu Kultur muss für alle bezahlbar sein. Es ist außerdem ein besonderes Anliegen der Sozialdemokratie, dass kein Kind mit Behinderung irgendwelche Nachteile dadurch erfährt. Deshalb müssen all diese Bereiche barrierefrei ausgestaltet werden.

Wir wollen weiterhin, dass **Kinder als Teil ihrer Familie** betrachtet werden. Deswegen orientiert sich die Kindergrundsicherung am Einkommen der Eltern. Sie baut auf den Verbesserungen durch das Starke-Familien-Gesetz und den damit verbundenen verbesserten Leistungen im Kinderzuschlag und im Bildungs- und Teilhabepaket auf und entwickelt diese Schritt für Schritt weiter.

Mit der neuen Kindergrundsicherung wollen wir **ganzheitlich ansetzen**: Sie setzt sich deswegen aus dem Existenzminimum und dem Entwicklungsbedarf eines Kindes zusammen. Das Starke-Familien-Gesetz sichert erstmals Eltern mit kleinen Einkommen im Kinderzuschlag das Existenzminimum von 408 Euro pro Kind und Monat. Auf dieser Grundlage wird die sozialdemokratische Kindergrundsicherung konzipiert. Das Einkommen der Eltern bleibt dabei Orientierung. Die Höhe des Entwicklungsbedarfs ist noch sachgerecht zu bestimmen.

Wir wollen **Kinder aus dem SGB II-Bezug** holen. Das SGB II-System ist darauf ausgerichtet, Erwerbsuchende zu betreuen und sie in Arbeit zu vermitteln. Beides trifft auf Kinder und ihre Bedürfnisse nicht zu. Sie brauchen kindgerechte, auf Bildungs- und Teilhabechancen ausgerichtete Betreuung und Förderung. Dabei werden wir auch das bisherige Modell der Bedarfsgemeinschaft neu bestimmen und somit die Lebensentwürfe von Familien besser berücksichtigen.

Der beste Weg, Armut von Kindern zu verhindern, ist es, ihre Eltern in gut entlohnte Arbeit zu bringen. Wir erkennen auch bei der Ausgestaltung der Kindergrundsicherung den Wert der Arbeit an und belohnen Arbeit. Wir wollen, dass es sich für Eltern mit kleinen Einkommen lohnt, mehr Erwerbseinkommen zu erzielen. Uns ist wichtig, dass Eltern nicht aufgrund ihrer Kinder in Armut fallen.

Unsere Kindergrundsicherung wird eine **unbürokratische und leicht verständliche Leistung** sein, weil sie den Familien aktiv angeboten wird und digital beantragt werden kann. Der „Kinderzuschlag Digital“, der im Jahr 2019 eingeführt wird, ist der erste Schritt dazu.

Wir wollen, dass es jedes Kind packt. Deswegen ist uns auch **jedes Kind gleich viel wert**. Eltern mit höheren Einkommen dürfen in Zukunft nicht mehr Leistungen für die elterliche Betreuung und Erziehung erhalten, als Familien mit weniger Einkommen.

3. DAS BÜRGERGELD: MEHR SICHERHEIT UND RESPEKT

MEHR CHANCEN AUF ARBEIT UND ANERKENNUNG VON LEISTUNG

Ein Recht auf Arbeit heißt für uns, dass die Solidargemeinschaften Menschen, die arbeiten können, konkrete Arbeitsangebote macht und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert. Deswegen haben wir bereits den **sozialen Arbeitsmarkt** eingeführt. Langzeitarbeitslose Menschen erhalten damit eine neue Perspektive in sozialversicherungspflichtiger Arbeit und Teilhabe an der Gesellschaft.

Was wir wollen:

Wir wollen die bestehende Grundsicherung grundlegend verändern und schaffen deswegen mit dem Bürgergeld einen Leistungsanspruch für Absicherung und Teilhabe (Recht auf Arbeit). Das „Recht auf Arbeit“ heißt für uns, dass die Bürgerinnen und Bürger ein passgenaues Angebot auf Weiterbildung/Qualifizierung oder auch ein Angebot auf Arbeit erhalten. Dafür werden wir perspektivisch den sozialen Arbeitsmarkt ausweiten. Ebenfalls einführen wollen wir für alle diejenigen, das Bürgergeld erhalten und ohne Berufsabschluss sind, ein gesetzliches **Recht auf Förderung des Nachholens eines Berufsabschlusses**, das mit Unterstützungsangeboten flankiert wird. Die bisherige Regelung, dass nur zwei Jahre gefördert werden, halten wir für unsinnig, da viele Abschlüsse drei Jahre dauern, daher wollen wir auch Qualifizierungsmaßnahmen förderfähig machen, die länger als zwei Jahre dauern oder auch eine **vollständige Berufsausbildung** umfassen. Zum Bürgergeld gehört für uns auch ein monatlicher **Bonus für Weiterbildung**.

Viele Beschäftigte sind derzeit aufgrund von niedrigen Löhnen und/oder reduzierter Arbeitszeit auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen. Das wird von vielen täglich arbeitenden Menschen als ungerecht und als Mangel an Respekt vor ihrer Leistung empfunden. Niemand, der arbeitet – schon gar nicht jemand, der Vollzeit arbeitet – sollte sein Einkommen aufstocken müssen. Ausnahmslos jede von Menschen verrichtete Arbeit ist es wert so bezahlt zu werden, dass man davon leben kann. Das gehört zu den sozialdemokratischen Grundwerten. Darum gilt es, den Niedriglohnsektor einzudämmen. Hier sind ein höherer Mindestlohn, starke Tarifbindung und mehr Vollzeit-Optionen die besten Mittel. Sobald der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro angestiegen ist, entstehen auch Spielräume, die Zuverdienstmöglichkeiten im solidarischen Bürgergeld zu erweitern.

Diejenigen, die arbeiten und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, aber trotzdem auf ergänzende Leistungen angewiesen sind, **sollen in Zukunft von der Bundesagentur für Arbeit betreut werden**. Bislang gilt das nur für diejenigen „Aufstocker“, deren ALG I nicht ausreicht. In Zukunft sollen aber alle beitragszahlenden Erwerbstätigen bei der BA betreut werden.

RESPEKT UND BÜRGERFREUNDLICHKEIT BEIM BÜRGERGELD

Unterstützung auch bei längerer Arbeitslosigkeit ist ein soziales Recht – niemand darf sich deswegen stigmatisiert fühlen. Das Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines empathischen, unterstützenden und bürgernahen Sozialstaats – und dieses neue Verständnis verlangt weitreichende Veränderungen der Praxis gerade im Hinblick auf mehr **Respekt vor der Lebensleistung** des Einzelnen, den Umgang miteinander bei Konflikten und nicht zuletzt bei Sprache, Beratung und Betreuung sowie der Transparenz seines Handelns.

Was wir wollen:

Beim Übergang von ALG-I in das Bürgergeld muss die Lebensleistung besser anerkannt und geschützt werden. Der vorübergehende Bezug des Bürgergeldes darf sich nicht sofort auf den Wohnort auswirken oder Menschen zwingen, das Gesparte aufzubrechen.

Wir wollen Menschen diese Sorgen nehmen und sie dabei unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für **zwei Jahre Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen**. Wir wollen auch den Schutz von selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergeldes angewiesen ist, soll in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen.

Gleichzeitig werden wir durch die **Reform des Wohngeldes** dafür sorgen, dass niemand nur aufgrund hoher Wohnkosten auf Bürgergeld angewiesen sein muss.

Das Bürgergeld wird Regelungen beinhalten, mit denen speziellen Bedarfen und Härten begegnet werden kann, zum Beispiel für den Fall, dass plötzlich die Waschmaschine kaputtgeht und gleichzeitig die alte Winterjacke aufgetragen ist.

Das Bürgergeld ist ein soziales Bürgerrecht. Es basiert auf dem Solidaritätsprinzip und auf der Grundannahme, dass die Menschen den Sozialstaat brauchen und ihn nicht missbrauchen. Natürlich brauchen wir **Mitwirkungspflichten**, denn Rechte und Pflichten sind in einer Solidargemeinschaft zwei Seiten einer Medaille. Beim Bürgergeld sind Anreize, gezielte Hilfen und Ermutigung wichtiger als Sanktionen. **Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen gehören abgeschafft**. Die strenger Sanktionen von unter 25-Jährigen sind sogar offenkundig kontraproduktiv. Auch darf niemand wegen Sanktionen Angst haben, obdachlos zu werden, daher wollen wir die Kürzung der Wohnkosten abschaffen. Eine komplette Streichung von Leistungen soll es nicht mehr geben.

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat gegenüber dem Sozialstaat Anspruch auf einen würdevollen und respektvollen Umgang, auf eine Partnerschaft auf Augenhöhe und auf einfache und verständliche Verfahren. Nicht selten entzünden sich hieran Konflikte, weil die Verfahren als bürokratisch und abweisend wahrgenommen und sich wechselseitig mangelnde Zusammenarbeit und Missachtung, aber auch Bevormundung unterstellt wird. Wenn wir hieran nichts ändern, werden alle anderen Maßnahmen ins Leere greifen, weil die Basis für die gemeinsame Anstrengung zur Überwindung der Bedürftigkeit nicht gegeben ist. Deshalb werden wir kurzfristig die Formulare, Anträge und Bescheide überarbeiten und schrittweise durch schlanke, **verständliche und transparente Lösungen** vereinfachen. Sollte das nicht ausreichen, werden wir über die Einführung von Lotsen nachdenken, die den Betroffenen beim Ausfüllen der Formulare zur Seite stehen und sie durch den Prozess der Antragsstellung begleiten. Vor allem aber werden wir die Eingliederungsvereinbarung, den grundlegenden Vertrag zwischen den Erwerbssuchenden und dem Jobcenter, ablösen durch eine **Teilhabevereinbarung**, die die Interessen der Bürgergeldbezieher stärker berücksichtigt und einer **partnerschaftlichen Vereinbarung auf Augenhöhe** besser entspricht. Wir wollen auch in der Leistungsgewährung durch einen Betreuungsschlüssel ausreichend Personal sicherstellen, um eine intensivere Betreuung zu ermöglichen und Überlastungssituationen zu verhindern. Durch Anhebung der **Bagatellgrenze** wollen wir ökonomisch unsinnige Rückforderungen künftig vermeiden, die auf allen Seiten nur Ärger produzieren.

Wir wollen einen Sozialstaat, der seine Leistungen nicht versteckt, sondern der als Lotse fungiert und Bürgerinnen und Bürger, die sich an seine Institutionen wenden, darüber aufklärt, welche Hilfe sie erhalten können und wie. Es geht darum, es Menschen in einer schwierigen Situation nicht noch zusätzlich schwer zu machen. Wer Unterstützung benötigt, fühlt sich oft wie in einem Verwaltungs-Labyrinth. Das darf nicht so bleiben. Es ist von Bürgerinnen und Bürgern nicht zu

erwarten und es ist auch nicht nötig, dass sie sich um die Frage kümmern, in welchem Rechtskreis sie sich befinden: Sie haben schlicht einen Anspruch darauf, einfach und verständlich Hilfe zu erhalten. Dazu gehört in einem menschlichen Sozialstaat auch, dass Bescheide und Behörden-schriftwechsel in einer verständlichen Sprache abgefasst sind. Wir wollen niedrigschwellige und bürgerfreundliche **Zugangsmöglichkeiten wie aus einer Hand für alle Fragen des Sozialstaats** schaffen, die einen unbürokratischen Klärungsweg auch über unabhängige Beratungsstellen eröffnen. Zudem wollen wir die **Verfahren beim Bürgergeld digital umsetzen und in einem Portal online zugänglich machen**, um Transparenz zu schaffen, Hürden zu senken und effizienter mit der Zeit der Bürgerinnen und Bürger wie der Fallmanager umzugehen.

Am Ende bleibt mehr Zeit für das Wesentliche, das vertrauensvolle Betreuungs- und Beratungsgespräch und die gemeinsame Entwicklung von möglichen Lösungswegen und Perspektiven.

Die Kategorien im Überblick:

- Leistungsanspruch für Arbeitssuchende: Arbeitslosengeld (I)
- Leistungsanspruch für Qualifizierung: Arbeitslosengeld Q
- Leistungsanspruch für Kinder: Kindergrundsicherung
- Leistungsanspruch für Absicherung und Teilhabe: Bürgergeld

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 11. Februar 2019

FÜR EINE GRUNDRENTE – AUS RESPEKT VORLEBENSLEISTUNG

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner heutigen Klausursitzung folgenden Beschluss gefasst:

Die SPD setzt sich für eine gerechte Grundrente ein. Damit würdigen wir die Lebensleistung von Menschen respektvoll und wirken gegen Altersarmut. Wir erneuern damit ein Kernversprechen unseres Sozialstaates: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, muss eine Rente spürbar über der Grundsicherung bekommen.

DIE GRUNDRENTE SORGT FÜR GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT!

Die gesetzliche Rente ist die tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland. Das Vertrauen in die Rente ist wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Viele Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, landen wegen niedriger Löhne als Rentnerinnen und Rentner in der Grundsicherung. Das trifft besonders Frauen, die ihr Leben lang Erwerbsarbeit mit Kindererziehung und/oder Pflege von Angehörigen vereinbart haben und deswegen weniger erwerbstätig sein konnten. Arbeit muss sich lohnen und Lebensleistung muss anerkannt werden – auch in der Rente.

DIE GRUNDRENTE SORGT FÜR GERECHTIGKEIT!

Wer 35 Jahre oder mehr gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, soll im Alter besser abgesichert sein als jemand, der nicht erwerbstätig war. Das ist eine Frage der Anerkennung und Gerechtigkeit. Zugleich bekämpfen wir damit Altersarmut.

DIE GRUNDRENTE SORGT FÜR RESPEKT!

Bei der Grundrente geht es nicht um Almosen, sondern um Anerkennung und Respekt vor der Leistung eines langen Arbeitslebens. Menschen, die jahrzehntelang hart gearbeitet haben, sollen nicht zum Amt gehen müssen, um staatliche Hilfen zu beantragen und dort ihre gesamten Ein-

kommens- und Vermögensverhältnisse und die ihres Lebenspartners oder ihrer Lebenspartnerin offenlegen müssen. Denn das führt heute dazu, dass viele aus Scham nicht zum Amt gehen und nicht einmal Grundsicherung bekommen. Wir stehen für eine gerechte Grundrente, die im Rentensystem ansetzt. Wir wollen eine echte Grundrente, keine Sozialleistung.

DIE GRUNDRENTE ERNEUERT DAS KERNVERSPRECHEN DES SOZIALSTAATES!

Das Kernversprechen des Sozialstaates ist: Nach einem Leben voller Arbeit bekomme ich eine leistungsgerechte, anständige Rente. Darauf müssen sich die Menschen wieder verlassen können. Die SPD macht sich auf, den Sozialstaat zu erneuern und neues Vertrauen herzustellen.

Es geht um den Respekt davor, was Menschen geleistet haben, den Respekt vor unterschiedlichen Biographien, den Respekt vor Friseurinnen und Frisuren, vor Lagerarbeiterinnen und Lagerarbeitern, vor Floristinnen und Floristen, vor Kassiererinnen und Kassieren, vor Kellnerinnen und Kellnern, vor Taxifahrerinnen und Taxifahrern und Menschen in vielen anderen Berufen, die lange gearbeitet haben, Kinder erzogen haben und ihre Angehörigen gepflegt haben.

Wir wollen, dass Lebensleistung in unserem Sozialstaat stärker anerkannt wird – auch in der Rente. Deswegen gehen wir diese Schritte zur Erneuerung unseres Sozialstaates. Die SPD unterstützt den Vorschlag für eine Grundrente von Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil.

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 11. Februar 2019

EINSETZUNG DES FORUMS „MOBILITÄT DER ZUKUNFT“

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner heutigen Klausursitzung folgenden Beschluss gefasst:

Die SPD wird die Leitlinien einer modernen Mobilitätspolitik erarbeiten, die den sozialen, den ökonomischen und den ökologischen Ansprüchen gerecht werden.

Das Forum soll sich auf die folgenden Themenschwerpunkte konzentrieren:

- **Neue Mobilitätskonzepte**, die alle Verkehrsträger einbeziehen und Mobilität für alle ermöglichen.
- **Digitalisierung**: Automatisiertes Fahren, Vernetzung und neue Angebote wie Sharingmodelle.
- **Klimaschutz**: Alternative Antriebe, um die vereinbarten Klimaschutzziele auch im Verkehrssektor zu erreichen.
- **Strukturwandel**: Neues Leitbild für die Schlüsselbranche Automobil, das die Themenbereiche Rohstoffe und Recycling, Bildung, Beschäftigung und Qualifizierung einbezieht.

Mit der Arbeit des Forums sollen u. a. auch die Vorschläge der Regierungskommission „Nationale Plattform Zukunft der Mobilität“ begleitet werden.

Das Konzept wird dem ordentlichen Bundesparteitag im Dezember 2019 zur Abstimmung vorgelegt.

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 11. Februar 2019

WIEDEREINSETZUNG DER KOMMISSION INTERNATIONALE POLITIK

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner heutigen Klausursitzung folgenden Beschluss gefasst:

Die Welt wächst zusammen – und verändert sich in einem rasanten Tempo. Während die Liste der Herausforderungen, die nur gemeinsam und global gelöst werden können, länger wird, ist der Multilateralismus auf dem Rückzug, langjährige außenpolitische Gewissheiten lösen sich auf und Interessen werden auch gegen internationales Recht durchgesetzt.

Vor diesem Hintergrund bedarf es gerade für die SPD, die wie keine andere Partei für internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Frieden und Völkerverständigung sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle steht, eines zentralen außenpolitischen Gremiums, in dem grundsätzlich diskutiert und konkrete Verabredungen getroffen werden. Dafür wird die Arbeit der Kommission Internationale Politik (KIP) fortgesetzt.

Als Sprecherinnen und Sprecher der Kommission Internationale Politik (KIP) wurden benannt:

- **Heiko Maas**, MdB
- **Katarina Barley**, MdB
- **Udo Bullmann**, MdEP
- **Ralf Stegner**, MdL
- **Aydan Özoguz**, MdB
- **Niels Annen**, MdB

Mitglieder der Kommission Internationale Politik sind darüber hinaus die zentralen außenpolitischen Akteure der SPD-Fraktion und des SPD-Parteivorstandes. Des Weiteren werden die außenpolitische Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung, des DGB und von Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und Verbänden in die Arbeit der Kommission Internationale Politik integriert.

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 11. Februar 2019

EINSETZUNG DES GESCHICHTSFORUMS DER SPD

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner heutigen Klausursitzung folgenden Beschluss gefasst:

„Mit ihrer langen in die Entwicklung der Arbeiterbewegung eingebetteten Geschichte unterscheidet sich die SPD in ganz besonderer Weise von allen anderen politischen Parteien in Deutschland. Gerade die Erinnerung an die Novemberrevolution von 1918 und die daraus hervorgehende Gründung der ersten Demokratie, z. B. mit der Einführung des Frauenwahlrechts, unterstreichen, dass die Sozialdemokratie wie keine andere politische Kraft die deutsche Demokratiegeschichte geprägt hat.

Für uns steht außer Frage, dass das heutige politische Handeln der SPD immer im Kontext eines „sozialdemokratischen historischen Bewusstseins“ eingebettet sein muss. Deshalb sieht es der Parteivorstand auch weiterhin als seine Aufgabe an, dieses historische Bewusstsein auch zukünftig in der gesamten Breite der Partei zu verankern.

Aus diesem Grund wollen wir mit der Einrichtung eines Geschichtsforums eine neue erinnerungs-politische Struktur schaffen, in der es nicht nur um den fachlichen Austausch mit Historiker*innen gehen soll, sondern auch um die Frage, wie wir das so dringend notwendige Geschichtsbewusstsein in den Zeiten einer permanenten politischen Erregung, die immer mehr von kurzsichtigen und geschichtsvergessenen Emotionalisierungen getrieben wird als von einer differenzierten Auseinandersetzung auf der Grundlage von Argumenten, wieder stärker verankern können.

Dies gilt in erster Linie erst einmal für unser eigenes sozialdemokratisches Handeln, aber gleichermaßen auch für das Engagement von Sozialdemokrat*innen in allen Bereichen unserer Zivilgesellschaft, damit sie dort als aktive Gestalter*innen ausgestattet mit einem sozialdemokratischen Geschichtsbewusstsein sichtbar werden.

Mit dem Geschichtsforum beim SPD Parteivorstand wird es auch weiterhin einen Ort der Auseinandersetzung über historisch-politische, geschichtskulturelle und geschichtspolitische Fragen geben. Allerdings soll es nicht ein reines Expertengremium wie die frühere HiKo sein. Wir wollen vielmehr einen neuen „interdisziplinären“ Diskussionsrahmen schaffen, in denen sich Expertise und „praktische Politik“ gegenseitig befruchten. Dazu bedarf es anderer Formate und Herangehensweisen, die über das wissenschaftliche historische Arbeiten hinaus Wirkungsmacht für den ganz konkreten politischen Alltag unserer Partei erlangen können.“

Der SPD-Parteivorstand würdigt ausdrücklich die Verdienste der früheren Historischen Kommission und ihrer damaligen Mitglieder.

Resolution des SPD-Parteivorstands vom 07. März 2019

KOMMT ZUSAMMEN! FÜR EIN EUROPA DER FRAUEN. ZEIT FÜR FIFTY-FIFTY.

Anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2019 hat der SPD-Parteivorstand folgende Resolution verabschiedet: War es das schon?! 100 Jahre Frauenwahlrecht, 100 Jahre Kampf um eine geschlechtergerechte Gesellschaft und jetzt?!

Jetzt stehen wir vor einer Europawahl, in der es um die Grundwerte der Europäischen Union geht: Es geht darum, unsere freiheitliche Demokratie zu erhalten, es geht um Rechtsstaatlichkeit, es geht um den Frieden in Europa.

Vor allem für uns Frauen ist die Europawahl im Mai 2019 eine Richtungsentscheidung. Wird die Europäische Union weiter vorangehen bei der Gleichstellung? Wird sie auch künftig für gleiche Rechte und Chancen einstehen? Oder wird der nationalchauvinistische und antifeministische Druck von rechts stärker, so dass wir eine Rückwärtsrolle bei Frauenrechten und Selbstbestimmung erleben?

Unsere Antwort: Wir kämpfen für ein Europa, in dem unsere Töchter und Söhne in einer guten Zukunft gleichberechtigt leben können.

Dort, wo über unser Leben und unsere Zukunft entschieden wird, fordern wir endlich die Hälfte der Entscheidungsmacht. Denn Frauen sind die Hälfte der Bevölkerung und keine Minderheit. Wir wollen mehr Frauen als Abgeordnete, von der Kommune bis Europa.

Darum geht es. Im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission, im Bundestag, in den Landtagen, in den kommunalen Vertretungen. Unser Ziel ist Parität: 50:50 für Frauen und Männer. Das erreichen wir am besten dadurch, dass Frauen und Männer abwechselnd auf den Listen zur Wahl stehen. Wir nehmen uns ein Beispiel an dem Brandenburger Parité-Gesetz und an den europäischen Ländern, die bereits Paritätsgesetze haben. Die Bundesliste der SPD zur Europawahl haben wir nach dem Reißverschlussprinzip, abwechselnd Frauen und Männer, aufgestellt.

Es ist wichtig, dass wir wählen gehen und wen wir wählen. Wir setzen den rechten Parteien unsere Stimmen entgegen.

Wir wählen fortschrittlich, demokratisch, für Gleichberechtigung der Geschlechter und für Vielfalt. Wir wählen Parteien, die Frauen und Männer gleichberechtigt als Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen.

Unser Europa braucht deshalb Dich!

Zu den Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichnern gehören neben allen Mitgliedern des SPD-Parteivorstandes und der Spitze der SPD-Bundestagsfraktion auch tausende Unterstützerinnen und Unterstützer, darunter

- **Andrea Nahles**, SPD-Parteivorsitzende und Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- **Katarina Barley**, SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl und Bundesjustizministerin
- **Udo Bullmann**, SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl und Vorsitzender der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament
- **Franziska Giffey**, Bundesfrauenministerin
- **Maria Noichl**, ASF-Bundesvorsitzende und SPD-Europaabgeordnete
- **Kevin Kühnert**, Juso-Bundesvorsitzender
- **Delara Burkhardt**, Stellvertretende Juso-Bundesvorsitzende und SPD-Europakandidatin
- **Sawsan Chebli**, Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund/Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales
- **Renan Demirkan**, Schauspielerinnen und Autorin
- **Judith Döcker**, Künstlerin
- **Tanja Dücker**, Schriftstellerin, Literaturwissenschaftlerin, Publizistin
- **Robert Franken**, Digital & Diversity Consultant
- **Jeannette Gusko**, Gründerin, Campaignerin, Analystin, Mitglied Dritte Generation Ost
- **Verena Hubertz**, Gründerin und Geschäftsführerin Kitchen Stories
- **Silke Ruth Laskowski**, Professorin für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht Universität Kassel
- **Kristina Lunz**, Deutschlanddirektorin des Centre for Feminist Foreign Policy
- **Jasmin Mittag**, Kampagnenleiterin „Wer braucht Feminismus?“
- **Deborah Ruggieri**, Politikwissenschaftlerin, Kommunikationsberaterin „Communication rules!“
- **Tanja Smolenski**, Gewerkschaftssekretärin
- **Henrike von Platen**, CEO / Founder, FPI Fair Pay Innovation Lab
- **Eleonore Weisgerber**, Schauspielerinnen und Gründerin der Stiftung „in-balance“
- **Anja Weusthoff**, Gewerkschafterin
- **Amina Yousaf**, Feministische Aktivistin

Resolution des SPD-Parteivorstands vom 18. März 2019

JETZT HANDELN – FÜR GUTE ARBEITS- BEDINGUNGEN BEI DEN PAKETDIENSTEN!

In seiner heutigen Sitzung hat der SPD-Parteivorstand folgende Resolution gefasst:

Immer mehr Menschen bestellen Waren online und lassen sich ihre Bestellungen direkt nach Hause schicken. Dadurch erlebt die Branche der Paketdienste einen erheblichen Zuwachs. Der Paketmarkt hat in den letzten Jahren ein Umsatzplus von mehr als 30 Prozent zu verzeichnen. Das ist gut für die beteiligten Unternehmen und gut für die Beschäftigung in diesem Sektor. Ein Blick hinter die Kulissen zeigt aber leider auch: Das Wachstum wird zu einem erheblichen Teil auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Prekäre Arbeitsbedingungen breiten sich immer weiter aus. Dadurch geraten auch die Unternehmen zunehmend unter Druck, die tarifgebunden sind, ihre Leute ordentlich bezahlen und Beiträge für ihre soziale Absicherung abführen.

Der Paketmarkt wird in Deutschland derzeit von fünf großen Unternehmen bestimmt. Davon arbeiten aber nur zwei Unternehmen mit überwiegend fest angestellten und tariflich bezahlten Beschäftigten. Die anderen Unternehmen beauftragen fast ausschließlich Subunternehmen, die vor allem die „letzte Meile“ bedienen. Auch der Versandhändler Amazon ist hier inzwischen mit entsprechend beauftragten Transportunternehmen aktiv. Verschiedene Presseberichterstattungen ebenso wie groß angelegte Kontrollen des Zolls haben teils skandalöse Zustände in der Branche offengelegt. Arbeitszeiten von bis zu 16 Stunden täglich, die Unterschreitung des Mindestlohns, illegale Beschäftigung, die Vorenthaltung von Sozialversicherungsbeiträgen und der Verstoß gegen wesentliche Vorschriften des Arbeitsschutzes sind offenbar in Teilen der Branche und durch lange Subunternehmerketten an der Tagesordnung. Das kann und darf verantwortliche Politik nicht dulden.

Die SPD hat mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns bereits eine Nachunternehmerhaftung für die Zahlung des Mindestlohns eingeführt. Damit haben wir ein wesentliches Prinzip verantwortlichen und sozialen Wirtschaftens durchgesetzt: Wer Arbeit auslagert, muss für die Einhaltung von Gesetzen und guten Arbeitsbedingungen verantwortlich bleiben. Diese Regel hat sich bewährt. Sie gilt aber bislang nur für die Einhaltung des Mindestlohns. Um die oft skandalösen Zustände bei den Paketdiensten zu beenden, müssen die Auftraggeber auch in Haftung genommen werden, wenn ihre Subunternehmer (-ketten) den Beschäftigten die Sozialversicherungsbeiträge vorenthalten. Eine solche erweiterte Nachunternehmerhaftung gibt es bereits für die Bauwirtschaft und die Fleischindustrie und hat sich dort bewährt.

- Der SPD-Parteivorstand unterstützt deshalb die Initiative des Bundesarbeitsministers Hubertus Heil, eine Nachunternehmerhaftung für die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge und des Beitrags zur Berufsgenossenschaft auch im Bereich der Paketdienste einzuführen.
- Der SPD-Parteivorstand unterstützt die Gesetzesinitiative von Bundesfinanzminister Olaf Scholz zur Bekämpfung illegaler Beschäftigung und die geplante Einstellung von 2.500 zusätzlichen Kontrolleuren beim Zoll.
- Der SPD-Parteivorstand unterstützt die Forderung der Gewerkschaft ver.di an alle Unternehmen in der Paketbranche, in die Tarifbindung einzutreten und so die Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen zu übernehmen.

Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 08. April 2019

ZUSAMMENHALT UND SOLIDARITÄT IN DER PFLEGE: EIGENANTEILE DER PFLEGEBEDÜRFTIGEN BEGRENZEN

Der SPD-Parteivorstand hat auf seiner heutigen Sitzung einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Vorbemerkung

Mit dem Beschluss des Parteivorstandes „Arbeit – Solidarität – Menschlichkeit: ein neuer Sozialstaat für eine neue Zeit“ haben wir Grundpfeiler des Sozialstaats neu bestimmt.

Dazu gehören:

- Der Sozialstaat soll das Leben der Menschen leichter und sicherermachen.
- Der Sozialstaat muss die Würde des Einzelnen achten.
- Der Sozialstaat muss Abstiegsängsten entgegenwirken.
- Er schafft es, alle angemessen an seiner Finanzierung zubeitilgen.
- Er sorgt für mehr Zusammenhalt und Solidarität.

Für uns bedeutet dies auch ein klares Bekenntnis zum Wert der Arbeit. Dazu gehört insbesondere die stärkere Anerkennung und Aufwertung der Berufe in der Pflege. Die Beschäftigten in der Pflege verdienen für ihre Arbeit unseren Respekt und gute wertschätzende Löhne.

EIN WEITERER SCHRITT VORAN: PFLEGE IN DEUTSCHLAND STÄRKEN

Mit ersten Vorschlägen für eine solidarische Weiterentwicklung der Pflege setzen wir die Reihe von Reformvorschlägen zum „Sozialstaat für eine neue Zeit“ fort. Gerade in der Pflege muss der Sozialstaat Partner sein und Sicherheit geben, dort wo die Menschen mit Sorge auf ein großes Lebensrisiko blicken.

An dieser Stelle geht es um höhere Löhne in der Pflege und die Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen. Wir wollen dabei nicht stehen bleiben, sondern diesen Vorschlägen in diesem Jahr weitere Schritte folgen lassen, die Pflegeberufe weiter zu stärken und die Leistungen in der Pflege vor allem für Familien, in der Nachbarschaft und in Kommunen zu verbessern.

Derzeit sind rund 3,5 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig; 2,6 Millionen werden ambulant versorgt. Bei mehr als drei Viertel der Pflegebedürftigen geschieht dies zu Hause. Sie und ihre Familien entscheiden sich dafür meistens ganz bewusst. Rund 2,3 Mio. Menschen pflegen ihre Angehörigen; 70 % davon sind Frauen. Diese Menschen sind häufig in schwierigen und aufreibenden Situationen zwischen Beruf, Familie und Pflege.

Aktuell sind gut 1,15 Mio. Personen bei ambulanten Pflegediensten und in Pflegeheimen beschäftigt. Mehr als 85 % davon sind Frauen, etwa 72 %, sind teilzeitbeschäftigt. Rund Stellen sind nicht besetzt. Wir haben gut 68.000 Schülerinnen und Schüler in der Altenpflegeausbildung.

In den vergangenen Jahren haben wir die Leistungen der Pflegeversicherung, insbesondere für Menschen mit Demenz und für ihre Angehörigen deutlich verbessert. Vor allem ist der Personenkreis größer geworden, der auf Leistungen der Pflegeversicherung vertrauen kann. Zugleich erhalten die Menschen früher Leistungen aus der Pflegeversicherung und können länger zu Hause bleiben. Wer in eine stationäre Einrichtung aufgenommen wird, bleibt dort im Durchschnitt kürzer, aber mit größerem Pflegebedarf.

In seiner jetzigen Struktur kann das Pflegewesen die Herausforderungen, die auf uns zukommen, nicht mehr ausreichend bewältigen, wenn die Zahl der Hochaltrigen und der Pflegebedürftigen steigt. Wir müssen deshalb neue Wege gehen, damit die Menschen die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Die finanziellen Lasten müssen stärker gemeinsam getragen werden. Arbeit in der Pflege muss endlich Wert und Wertschätzung erfahren.

UNSER SCHWERPUNKT: WIR WOLLEN BESSERE QUALITÄT, BESSERE ARBEITSBEDINGUNGEN UND BESSERE LÖHNE IN DER PFLEGE

Die Bezahlung in der Pflege ist wirklich ungerecht. Nach wie vor ziehen private Anbieter starke Rendite aus den ambulanten und stationären Einrichtungen der Pflege. Beschäftigte in der Altenpflege sind durch eine mehrjährige, anspruchsvolle Ausbildung hoch qualifiziert; sie haben einen Beruf, der geistig und körperlich fordernd ist. Sie tragen viel Verantwortung für das Wohlergehen von Menschen. Aber ihr Einkommen liegt unter dem Durchschnittslohn für eine Vollzeitbeschäftigung in Deutschland. Ein Grund für die großen Gehaltsunterschiede sind fehlende Tarifverträge. Besonders niedrig ist die Bezahlung im Bereich der ambulanten Altenpflege, wo besonders selten nach Tarif gezahlt wird.

Mit dem Sofortprogramm Pflege haben wir den ersten Schritt gemacht, in Alten- und Pflegeheimen mehr Zeit für die Bewohnerinnen und Bewohner zu gewinnen.

Wir werden künftig deutlich mehr Pflegepersonal und eine bedarfsgerechte Personalbemessung brauchen, wenn wir in Zukunft eine hochwertige und würdevolle pflegerische Versorgung sicherstellen wollen.

Wir wollen für die steigende Zahl von Hochaltrigen und Pflegebedürftigen gerüstet sein und zugleich die Berufe in der Pflege nachhaltig aufwerten. Dazu müssen wir für die Pflege vor allem bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Daran arbeiten Hubertus Heil und Franziska Giffey in der Konzierten Aktion Pflege. Dort werden gemeinsam mit allen Akteuren der Pflege Maßnahmen verabredet, die Arbeitsbedingungen von beruflich Pflegenden spürbar zu verbessern, die Ausbildung in der Pflege attraktiver zu machen und vor allem bessere Wertschätzung und Bezahlung in der Pflege umzusetzen. Die Reform der Pflegeausbildung, mit der wir zum 1.1.2020 endlich bundesweit das Schulgeld abgeschafft und eine Ausbildungsvergütung eingeführt haben, ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Mit der im Januar 2019 gestarteten „Ausbildungsoffensive Pflege“ wollen wir mehr Ausbildungsplätze schaffen und mehr Menschen für die Pflegeberufe gewinnen.

Denn Pflegeberufe werden nur attraktiver, wenn sie besser bezahlt und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Dazu zählt an erster Stelle, dass es für Arbeit in der Pflege einen Tarifvertrag gibt, der für alle gilt. Denn der aktuell gültige Pflegemindestlohn von 11,05 Euro (West) und 10,55 Euro (Ost) ist zu niedrig, differenziert nicht zwischen verschiedenen Qualifikationsstufen und kann daher nur als absolute Lohnuntergrenze gelten.

Wir unterstützen alle Anstrengungen, gemeinsam mit den Sozialpartnern tarifliche Mindestbedingungen für alle in der Pflege Beschäftigten zu erreichen. Es ist ein gutes Signal, dass freigemeinnützige Träger und kirchliche Träger der Altenpflege gemeinsam mit der Politik und den Gewerkschaften einen Weg zu angemessenen Lohnbedingungen in der Pflege finden. Dafür soll im SGB XI eine Regelung geschaffen werden, die die Refinanzierung von Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen bindet. Wer sich nicht an Tarifverträge hält, kann kein Geld aus der gesetzlichen Pflegeversicherung erwarten. Nur ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag sichert der Arbeit in der Pflege ihren angemessenen Wert. Zudem setzen wir uns für eine Angleichung der Löhne zwischen Ost und West ein. 30 Jahre nach der Deutschen Einheit wollen wir keine unterschiedlichen Löhne in Ost und West. Daher muss der Pflegemindestlohn schneller angeglichen und erhöht werden. Wir setzen darauf, dass die Konzierte Aktion Pflege ein Erfolg wird.

EIGENANTEILE DER PFLEGEBEDÜRFTIGEN BEGRENZEN

Mehr Personal, bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen in der Pflege bedeuten, dass wir mehr Geld für eine bessere Pflege brauchen. Die Pflege muss in Zukunft anders und stärker solidarisch finanziert werden. Wir brauchen mehr Pflegepersonal und bessere Leistungen. Aber höhere Kosten dürfen nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Familien gehen, weil deren Eigenanteil ständig wächst.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen können ihren Eigenanteil für pflegebedingte Kosten nicht beeinflussen. Pflegebedürftigkeit ist mit einem hohen Risiko verbunden, am Ende des Lebens Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Derzeit beziehen in Deutschland rd. 37 % der Bewohnerinnen und Bewohner stationärer Pflegeeinrichtungen Hilfe zur Pflege als Leistung der Sozialhilfe.

Die Eigenanteile zu den eigentlichen Pflegekosten im Pflegeheim sind regional sehr unterschiedlich und liegen derzeit deutschlandweit durchschnittlich bei 618 Euro monatlich. Bisher gilt, dass die Höhe des Eigenanteils nach oben offen ist und der von der Pflegeversicherung finanzierte Anteil festgelegt ist. Betroffene müssten befürchten, bedürftig zu werden, wenn ihre Ersparnisse aufgebraucht sind.

Wir wollen einen grundlegenden Wechsel einleiten: Nicht die Leistungen der Pflegeversicherung werden begrenzt, sondern die Eigenanteile der Pflegebedürftigen. Zukünftige Kostensteigerungen werden solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Beiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert. Die Länderinitiative im Bundesrat setzt hier das richtige Signal.

Um die Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen zu finanzieren, wollen wir mit folgenden Maßnahmen die solidarische Finanzierung stärken:

Erstens: Pflege, die nur aus medizinischen Gründen erfolgt, soll künftig von der Krankenversicherung bezahlt werden. Im Gegenzug soll die Pflegeversicherung mehr tun, um Pflegebedürftigkeit überhaupt zu vermeiden.

Zweitens: Wir wollen, dass die Rücklagen der privaten Pflegeversicherung von rund 35 Mrd. € in dem Umfang für die solidarische Finanzierung einer besseren Pflege herangezogen werden, der verfassungsrechtlich möglich ist. Gesetzliche und private Pflegeversicherung decken den gleichen Leistungsumfang ab. Wir wollen das Nebeneinander beider Versicherungsformen überwinden. Ziel muss es sein, alle Menschen auf die gleiche Weise in einer Bürgerversicherung für die Pflege zu versichern und an der solidarischen Finanzierung zu beteiligen.

Drittens soll die Pflegeversicherung mit einem Steuerzuschuss an den Ausgleichsfonds zusätzlich finanziert werden, um etwa die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen oder die Beitragsleistungen an die Rentenversicherung mitzufinanzieren.

Viertens sind auch moderate Erhöhungen des einkommensbezogenen Pflegeversicherungsbeitrags sinnvoll und gerechtfertigt, um das Mehr an besserer Pflege solidarisch zu finanzieren.

Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 29. April 2019

ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT IN EUROPA. KOMMT ZUSAMMEN!

Das SPD-Präsidium hat in der heutigen Sitzung einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Europa sichert Wohlstand, Frieden und den sozialen Zusammenhalt für die Menschen, die hier leben. All das kommt nicht von allein, sondern muss gerade jetzt neu erkämpft werden.

Denn Europa ist in Gefahr.

- Rechtspopulisten und Nationalisten wollen Europa zerstören. Sie schüren Ängste, säen Hass und wollen Europas Staaten wiederauseinandertreiben.
- Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt: Konservative können oder wollen ihnen nicht mehr die Stirn bieten. Mutlos und mit alten Rezepten verwalten sie das Europa von gestern statt die Zukunft zu gestalten. Das schwächt die europäische Idee. Und wer Europa schwächt, der unterstützt das Geschäftsmodell seiner Feinde.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in ganz Europa setzen dem gemeinsam eine Idee entgegen. Wir wollen ein starkes Europa der Bürgerinnen und Bürger und nicht nur einen erfolgreichen Binnenmarkt für Konzerne. Die Europäische Union muss deshalb den sozialen Zusammenhalt in den Mittelpunkt ihres Handelns stellen. Progressiv und mutig. Mit der Gewissheit, dass nur ein soziales Europa unseren Wohlstand sichert und damit die Spalter und Hetzer von Rechts zurückdrängt. Dafür treten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Europa an!

KOMMT ZUSAMMEN! FÜR EIN SOZIALES EUROPA!

Wir wollen Mindestlöhne, von denen man leben kann und angemessene Mindeststandards für nationale Grundsicherungssysteme in allen EU-Staaten. Ein länderspezifischer Mindestlohn von mindestens 60 % des jeweiligen Medianlohns in allen Mitgliedsstaaten ist das Ziel. Für Deutschland also: **ein Mindestlohn von 12 Euro**. Damit beenden wir Sozialdumping auf dem Rücken der Beschäftigten.

KOMMT ZUSAMMEN! FÜR GERECHTE STEUERN!

Wir wollen eine **globale Mindestbesteuerung der Unternehmen, denn der Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern schadet dem Gemeinwohl**. Wer hier Geschäfte macht, muss auch Steuern zahlen. Wir gehen auch in Europa für gerechte Steuern voran.

KOMMT ZUSAMMEN! FÜR STARKE MITBESTIMMUNG IN BETRIEBEN!

In ganz Europa sollen Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung gelten. Dann können sich Unternehmen durch Verlagerung ihres Firmensitzes oder durch bestimmte Unternehmensformen nicht mehr der Mitbestimmung entziehen.

KOMMT ZUSAMMEN! FÜR GLEICHBERECHTIGUNG!

Frauen müssen endlich den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit wie Männer bekommen. Sie haben ein Recht auf die gleiche soziale Sicherheit. Deshalb schließen wir die Lohn- und Rentenlücke zwischen Frauen und Männern. Wir vereinbaren verbindliche Ziele und werden ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz beschließen, das die Einhaltung überwacht und Verstöße sanktioniert.

KOMMT ZUSAMMEN! FÜR EUROPAS JUGEND!

Ein Sofortprogramm soll dafür sorgen, dass jeder und jedem unter 25 Jahren ein Ausbildungsplatz garantiert und eine berufliche Perspektive eröffnet wird. Hierfür werden wir die Mittel für die Jugendgarantie deutlich aufstocken. Gleichzeitig garantieren wir, die Anstrengungen für den Klimaschutz deutlich zu verstärken, denn auch hier ist Europa die Antwort für eine klimafreundliche Zukunft der jungen Generation.

Aufruf des SPD-Parteivorstandes zum 1. Mai 2019

KOMMT ZUSAMMEN FÜR GUTE ARBEIT UND SOZIALEN ZUSAMMENHALT

BESCHLUSS DES PARTEIVORSTANDES

Europa ist die Antwort auf Nationalismus und fremdenfeindliche Hetze. Wir lassen es nicht zu, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegeneinander ausgespielt werden – nicht zwischen Nationen und nicht in den Betrieben. Die rechten Hetzer arbeiten gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Sie spalten Belegschaften und damit Kolleginnen und Kollegen.

EIN EUROPA DER GUTEN ARBEIT UND SOZIALEN SICHERHEIT

Wir wollen Europa zusammenführen statt spalten. Das geht nur mit einem sozialen Europa. Die wirtschaftlichen Freiheiten sind wichtig, sie dürfen aber keinen Vorrang vor sozialen Grundrechten der Menschen haben. Europa wird nicht von Flugzeugträgern zusammengehalten, sondern durch die Menschen. Menschen, die sich für die Idee friedlichen Zusammenlebens und für gemeinsame Regeln guter Arbeits- und Lebensbedingungen begeistern und engagieren. Deshalb treten wir dafür an, dass gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen überall in Europa verwirklicht werden:

- Mit Mindestlöhnen, die vor Armut schützen – in ganz Europa.
In Deutschland bedeutet das: 12 Euro!
- Mit dem Prinzip: Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit am gleichen Ort für alle, für Männer und Frauen. In Ost und West!
- Mit mehr Demokratie in den Betrieben. Kein Unternehmen in Europa ohne Mitbestimmung!
- Mehr Rechte für Europäische Betriebsräte!
- Ein Sofortprogramm, das jeder und jedem unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantiert!

RESPEKT VOR DEM WERT DER ARBEIT

Unsere Gesellschaft wird nicht von Finanzmärkten, sondern von den Menschen zusammengehalten, die ihren Beitrag leisten – im Job, in Familie, auch im Ehrenamt. Menschen, die in Industrie und Handwerk Werte schaffen und den Wohlstand mehren. Menschen, die in Verwaltungen, dem Nahverkehr, bei Polizei, Stadtreinigung und Feuerwehr dafür sorgen, dass unser Zusammenleben funktioniert und wir sicher und mobil sind. Und den Vielen, die in Kindergärten und Schulen, in der Kranken- und Altenpflege künftige Generationen ausbilden und dafür arbeiten, dass die Menschlichkeit in unserer Gesellschaft ihren Stellenwert behält. Sie alle haben mehr verdient. Vor allem Respekt vor dem Wert ihrer Arbeit. Das geht nur mit klaren Regeln und konkreten Maßnahmen:

- Mit einem Mindestlohn von 12Euro, der vor Armut schützt.
- Mit einer Stärkung der Tarifbindung.
- Wer Arbeit an Subunternehmen auslagert, muss für die Einhaltung von Gesetzen und guten Arbeitsbedingungen verantwortlich bleiben. Auch in der Paketbranche. Das Wachstum von Online-Handel und Paketbranche darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten stattfinden.
- Mit dem klaren Versprechen: Wer lange gearbeitet hat, bekommt auch länger Arbeitslosengeld. Wir führen einen Anspruch auf Weiterbildung ein. Und wer sich qualifiziert, bekommt länger finanzielle Unterstützung.
- Mit dem Bürgergeld statt Hartz IV: Hilfe zur Teilhabe und mehr Förderung statt Druck und sinnwidrige oder unwürdige Sanktionen.
- Mit einer Grundrente im Alter. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, darf im Alter nicht in Armut fallen. Die Grundrente wird keine Sozialleistung sein, sondern Rechtsanspruch – unabhängig von der Bedürftigkeit.

Wir rufen die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf, am 1. Mai 2019 gemeinsam mit unseren Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund für gute Arbeit, soziale Gerechtigkeit und eine solidarische und weltoffene Gesellschaft in einem sozialen Europa zu demonstrieren.

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 13. Mai 2019

FLÄCHENBRAND IM NAHEN UND MITTLEREN OSTEN VERHINDERN

Das SPD-Präsidium hat in der heutigen Sitzung einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

Im Nahen und Mittleren Osten verhärten sich die Fronten. Vor einem Jahr haben die USA das Atomabkommen mit dem Iran einseitig aufgekündigt. Während nun die iranische Regierung inakzeptable Ultimaten verkündet, verfolgen die USA seit Monaten eine Politik des maximalen Drucks und zwingen die iranische Wirtschaft und Gesellschaft in die Knie. Gehen beide Seiten diesen Weg weiter, droht eine gefährliche Eskalation, bis hin zu einer militärischen Auseinandersetzung, die die Stabilität der gesamten Region bedroht. Zudem würde ein endgültiges Scheitern des Nuklearabkommens mit dem Iran, dem Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), nicht nur einen schweren Rückschlag für die Nichtverbreitung von Kernwaffen bedeuten, sondern die multilaterale Diplomatie insgesamt in eine tiefe Krise stürzen.

Gewaltandrohungen, martialische Gesten oder ein Krieg der Worte können niemals Mittel sein, um Konflikte zu lösen. Für uns steht fest: wir verurteilen jedwede Form militärischer Eskalation! Eine deutsche Beteiligung an einer gegen den Iran gerichteten Militärintervention wird es nicht geben! Wir begrüßen ausdrücklich, dass sich Außenminister Heiko Maas gemeinsam mit seinen europäischen Kolleginnen und Kollegen für Dialog und Deeskalation einsetzt.

Um aus der aktuellen Eskalationsspirale auszubrechen fordern wir:

- Verbindliche Regeln statt nuklearer Rüstungswettlauf! Wir sind davon überzeugt: das Nuklearabkommen JCPOA hilft zu verhindern, dass der Iran zur Atommacht wird und damit die Stabilität im Nahen und Mittleren Osten ins Wanken bringt. Auch wenn das Abkommen

nicht perfekt ist: Es ist besser als kein Abkommen zu haben, es legt wichtige Regeln fest, an die sich der Iran halten muss und deren Einhaltung durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) überwacht wird. Deswegen setzen wir uns mit aller Kraft für den Bestand des Abkommens ein, auch gegenüber den USA. Die enge Abstimmung innerhalb der E3, aber auch mit Russland und China, die ihrerseits am Nuklearabkommen festhalten wollen, ist der richtige Weg. Wir arbeiten zudem mit Nachdruck an einem unabhängigen Zahlungskanal, der dem Iran in bestimmten Sektoren weiterhin Außenhandel und die Versorgung mit wichtigen humanitären Gütern ermöglichen soll und so den Nutzen des Verbleibs im Nuklearabkommen für die Menschen im Iran greifbarmacht.

- Dialog statt rhetorische Aufrüstung! Die SPD ruft daher alle Seiten auf, jegliche weitere Provokation zu unterlassen! Wir benennen klar: Der Iran muss vor allem seine Drohgebärden gegenüber Israel einstellen und seine Provokationen in der Region beenden. Die destabilisierende Rolle, die der Iran in der Region spielt, in Syrien, im Jemen, im Libanon, im Irak, ist nicht zu akzeptieren. Wir rufen die Verantwortlichen in Teheran dazu auf, jegliche Destabilisierungen in diesen Ländern zu beenden. Wir fordern gemeinsam mit unseren europäischen Gesprächspartnern: Der Iran muss sein Raketenprogramm einstellen und die entsprechenden VN-Resolutionen achten. Zudem müssen sich auch die USA an einer friedlichen Lösung des Konflikts beteiligen.
- Stabilisierung der gesamten Region statt Misstrauen und Fragmentierung: Wir brauchen für die Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens einen langen Atem. Es hilft nicht, bestehende Spannungen anzufachen. Wir müssen vielmehr diejenigen stärken, die in der Region nach Ausgleich und Frieden streben, gerade auch zwischen Sunniten und Schiiten. Wir unterstützen daher den zivilen Aufbau der vom IS zerstörten Gebiete, wir fördern Ausbildung, wirtschaftlichen Aufbau und eine starke Zivilgesellschaft.

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 03. Juni 2019

BESCHLUSS ZUR SITZUNG DES PARTEIVORSTANDS

- Die Aufgaben der Parteivorsitzenden der SPD werden kommissarisch gemeinsam von Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel und Manuela Schwesig wahrgenommen.
- Das Präsidium der SPD bereitet den kommenden Bundesparteitag vor, insbesondere die Personalfindung und die weiteren programmatischen und organisatorischen Entscheidungen. Das Präsidium kann dazu weitere Personen hinzuziehen, um eine Repräsentanz verschiedener Ebenen sicher zu stellen.
- Die Mitglieder werden gebeten, bis zum 13.6. Vorschläge für eine aktive Beteiligung der Mitglieder zur Wahl des oder der Parteivorsitzenden zu machen. Hieraus entwickelt das Präsidium einen oder mehrere alternative Verfahrensvorschläge und legt diese dem Parteivorstand am 24.06. vor.
- Der Parteivorstand entscheidet am 24.06. über das Verfahren und beschließt im Lichte dessen, ob und ggf. auf wann der Ordentliche Bundesparteitag vorgezogen wird.

- Ebenfalls am 24.06. entscheidet der Parteivorstand über ein Verfahren, wie die Diskussion zur Halbzeitbilanz der Bundesregierung auf dem Bundesparteitag vorbereitet wird. Bestandteil dieses Verfahrens sollte auch eine Unterbezirksvorsitzendenkonferenz sein.
- Am 24.06. wird im Parteivorstand in Absprache mit der Organisationspolitischen Kommission das Vorgehen zur organisationspolitischen Erneuerung der SPD (inklusive etwaiger Satzungsänderungen) festgelegt, um den Parteitag in diesem Punkt vorzubereiten. Unser Ziel ist es, die Parteiarbeit an den Erfordernissen der heutigen Zeit auszurichten. Beispielsweise müssen eine veränderte Kommunikation und der Wunsch nach stärkerer Beteiligung der Mitglieder berücksichtigt werden.
- Generalsekretär und 1. PGF werden beauftragt eine gemeinsame Klausur von Präsidium und GFV vorzubereiten. Vor der Sommerpause sollen auch Parteivorstand und Fraktionsvorstand zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenkommen, zur Bestimmung gemeinsamer politischer Leitlinien.

Beschluss des SPD-Präsidiums am 17. Juni 2019

DIALOG STATT SÄBELRASSELN – GEFÄHRLICHE ESKALATION IN DER GOLFREGION VERHINDERN!

Das SPD-Präsidium hat in der heutigen Sitzung folgenden Beschluss gefasst:

Nach den jüngsten Angriffen auf zwei Tanker im Golf von Oman hat sich die Lage im Iran-Konflikt weiter zugespitzt. Die Gefahr ist groß, dass sich die bestehenden Spannungen in der Region dramatisch verschärfen und einen Automatismus in Gang setzen, der am Ende zu einer militärischen Eskalation in unserer direkten Nachbarschaft führt. Ein weiterer kleiner Funke genügt und das Risiko eines ‚Krieges aus Versehen‘ wäre Realität.

Wir rufen daher alle Seiten zu Deeskalation und Dialog auf. Die Hardliner und Scharfmacher müssen ihre brandgefährliche Rhetorik zurückfahren und jede weitere Provokation unterlassen. So wie wir militärische Drohgebärden ablehnen, werden wir uns an derartigen Auseinandersetzungen nicht beteiligen.

Wir verurteilen die Angriffe auf die beiden Tanker im Golf von Oman. Wir brauchen umgehend eine internationale Untersuchung dieser jüngsten Vorfälle; Spekulationen und gegenseitige Anschuldigungen bringen uns nicht weiter. Die Straße von Hormuz ist eine Lebensader der internationalen Schifffahrt, Sabotageakte und Angriffe auf Handelsschiffe bedrohen wichtige Handelswege und letztlich den Frieden in der Region und weit darüber hinaus.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass Außenminister Heiko Maas in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern in die Region – auch nach Teheran – gereist ist, um nach Auswegen aus der gegenwärtigen Krise zu suchen. Wir wissen, eine schnelle Lösung wird es nicht geben. Aber wir müssen aktiv helfen, die tiefen Gräben zu überbrücken und Gesprächskanäle zu öffnen. Wir müssen der internationalen Diplomatie auch in dieser schwierigen Situation eine Chance geben, um der drohenden Kriegsgefahr aktiv zu begegnen.

WIR SETZEN UNS DAFÜR EIN:

- Die jüngsten Angriffe auf die beiden Tanker im Golf von Oman müssen durch eine internationale und unabhängige Kommission umfassend untersucht werden. Wir brauchen möglichst viel Klarheit über mögliche Urheber und Täter, um den aufkommenden Spekulationen, Vorwürfen und Gegenvorwürfen etwas entgegenzusetzen. Deutschland sollte – auch im Rahmen der Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat – diese Untersuchungen, wo immer möglich, unterstützen.
- Wir rufen alle Akteure zu Dialog und Deeskalation auf. Wir müssen aus der Negativspirale gegenseitiger Anschuldigungen ausbrechen. Die iranischen Verantwortlichen sind aufgerufen, sich weiter an die Vorgaben des Nuklearabkommens zu halten. Dazu gehört auch, Drohgebärden gegenüber Israel einzustellen und Provokationen in der Region zu unterlassen. Der Iran muss sein Raketenprogramm einstellen und die entsprechenden VN-Resolutionen achten.
- Die enge Abstimmung mit unseren europäischen Partnern bleibt zentral. Gemeinsam müssen wir weiter für den Erhalt des Nuklearabkommens kämpfen und den unabhängigen Zahlungskanal Instex auf den Weg bringen. Die Zusammenarbeit mit China und Russland bleibt hierbei besonders wichtig, aber auch andere Länder wie Japan oder Indien, die am Erhalt des JCPoA großes Interesse haben, müssen eng eingebunden werden. Auch gegenüber der amerikanischen Regierung setzen wir uns für Besonnenheit und Deeskalation ein. Nur so können wir das Risiko eines Flächenbrandes im Nahen und Mittleren Osten wirkungsvoll eindämmen.

Beschluss des SPD-Parteivorstands am 24. Juni 2019

DER PARTEIVORSTAND HAT FOLGENDES BESCHLOSSEN:

DURCHFÜHRUNG EINER MITGLIEDERBEFRAGUNG ZUR WAHL DES PARTEIVORSITZ

Der Parteivorstand beteiligt die Mitglieder der SPD im Vorfeld der Wahl des Parteivorstandes auf dem ordentlichen Parteitag 2019 bei der Bestimmung des Parteivorsitzes. Hierfür wird eine Mitgliederbefragung gemäß § 14 Abs. 11 Organisationsstatut durchgeführt. Die Entscheidung für die Doppelspitze als auch die Wahl der Parteivorsitzenden finden abschließend auf dem Parteitag statt.

Das Ergebnis der Befragung ist der Wahlvorschlag des Parteivorstands an die Delegierten des Bundesparteitags. Der Parteivorstand wirbt für die Einführung einer Doppelspitze, die auf dem anstehenden Parteitag gewählt werden soll. Die Doppelspitze soll die SPD als Team gemeinsam führen. Aus diesem Grund können sich bei der Mitgliederbefragung zum Wahlvorschlag des Parteivorstands Teams für die Doppelspitze bewerben. Jedes Team besteht aus zwei gleichberechtigten Kandidat*innen, davon eine Frau. Einzelbewerber*innen können sich bewerben.

Das Verfahren wird nur durchgeführt, wenn mindestens zwei Teams oder ein Team und ein*e Einzelbewerber*in bzw. zwei Einzelbewerber*innen antreten.

Ein Team oder die/der Einzelbewerber*innen braucht die Unterstützung von mindestens 5 Unterbezirken oder einem Bezirk bzw. einem Landesverband.

Die Kandidaturen können ab dem 1.7.2019 gemeldet werden und müssen bis spätestens zum 1.9.2019 mit den notwendigen Nominierungen beim Wahlvorstand gemeldet worden sein.

Stimmberechtigt sind alle Mitglieder der SPD, die bis zum 16. September 2019 aufgenommen wurden und in der Mitgliederverwaltung (MAVIS II) als Mitglied registriert sind. Gastmitglieder und Unterstützer/innen sind nicht stimmberechtigt. Der Nachweis der Stimmberechtigung erfolgt durch die Mitgliederlisten anhand der Mitgliederverwaltung (MAVIS II).

ABLAUFVERANTWORTUNG

Verantwortlich für die Organisation und Durchführung des Auswahlverfahrens ist der Parteivorstand, der für diese Aufgabe einen Wahlvorstand aus 3 Personen bestimmt. Der Parteivorstand bestimmt Christine Bergmann, Wolfgang Thierse und den Vorsitzenden der MPZK zum Wahlvorstand. Der Wahlvorstand überwacht die Durchführung der Abstimmung.

Zuzulassen sind Teams und Kandidat*innen, die nach dem Parteiengesetz und Satzungsrecht der SPD wählbar sind, eine Erklärung nach der nachfolgenden Ziffer abgegeben haben und die notwendigen Nominierungen vorweisen können. Die formale Zulassung zur Abstimmung erfolgt nach Prüfung durch den Wahlvorstand.

Der Parteivorstand bestimmt eine MPZK, die sich aus jeweils zwei Vertreterinnen und Vertretern der Landesverbände und Bezirke und drei Mitgliedern des Parteivorstandes zusammensetzt. Nach Abschluss entscheidet die MPZK über die Gültigkeit der Abstimmung und stellt das Ergebnis fest.

VERFAHREN

Der Abstimmungszeitraum ist vom 14.10. bis 25.10.2019, 24:00 Uhr. Das Abstimmungsergebnis wird am 26.10.2019 durch die MPZK festgestellt.

Die Abstimmung findet online und per Briefwahl statt. Die Online-Abstimmung wird mit der vom SPD Parteivorstand bereitgestellten Abstimmungsplattform durchgeführt.

Sollte bei der ersten Abstimmung keine Bewerbung die absolute Mehrheit haben, findet eine zweite Abstimmung ausschließlich zwischen Platz 1 und Platz 2 statt. Sollte Platz 2 nicht weiter antreten, ist Platz 1 der Wahlvorschlag der Mitglieder. Die zweite Abstimmung findet online und durch Briefabstimmung statt.

Der Schatzmeister wird gebeten, mit den Landesverbänden und Bezirken ein Verfahren zur gemeinsamen Finanzierung zu finden, das den verschiedenen finanziellen Ausgangssituationen der Landesverbände und Bezirke gerecht wird.

Das Votum der Mitgliederbefragung ist gültig, wenn eine Mitgliederbeteiligung von 20 % überschritten wird. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung ergänzt den Wahlvorschlag des Parteivorstands gemäß § 23 Abs.5 Organisationsstatut um den Vorschlag für den Parteivorsitz.

RAHMENBEDINGUNGEN

Die Kandidat*innen müssen eine Erklärung abgeben, die beinhaltet, dass

- sie in Kenntnis der Bedeutung der Mitgliederbefragung, die zwar rechtlich nicht bindend aber gleichwohl eine umfassende Beteiligung der Mitglieder bei der Personalauswahl ermöglichen soll, das Ergebnis der Befragung respektieren werden und
- erhaltene Spenden unverzüglich an das für die Finanzenzuständige Vorstandsmitglied weitergeleitet werden

Die Bewerber*innen erhalten die Möglichkeit, sich und ihr Programm vorzustellen. Für die Auswahl des Wahlvorschlags stellen sich diese in den Landesverbänden vor. Die Landesverbände können dabei kooperieren. Für die Veranstaltungen gibt es einen einheitlichen Ablauf. Planung, Durchführung und Vorbereitung liegt bei den Landesverbänden und Bezirken. Die Veranstaltungsorte und -zeiten sind so zu wählen, dass es vielen Mitgliedern möglich ist, daran teilzunehmen. Die Veranstaltungen finden parteiöffentlich statt. Auf oder nach den Veranstaltungen werden keine Abstimmungen durchgeführt.

Unmittelbar nach Beschlussfassung über die Durchführung der Mitgliederbefragung durch den Parteivorstand werden die Mitglieder elektronisch über die Homepage www.spd.de über die Durchführung der Mitgliederbefragung informiert.

Der Bundesgeschäftsführer wird beauftragt, dem Parteivorstand zeitnah auf der Grundlage dieses Beschlusses eine Verfahrensrichtlinie für die Mitgliederbefragung zur Beschlussfassung vorzulegen. Mit Beschluss der Richtlinie wird das Verfahren für alle Mitglieder elektronisch, über die Homepage und im Vorwärts erläutert und zu Bewerbungen aufgerufen.

Beschluss des SPD-Präsidiums am 12. August 2019

WIR GEGEN RECHTSEXTREMISMUS UND RECHTSPOPULISMUS

DEMOKRATISCHE ORDNUNG STÄRKEN UND VERTEIDIGEN!

Demokratie bedeutet für uns, Vielfalt zu ermöglichen, Menschen- und Minderheitenrechte zu schützen, freie Meinungsäußerung zu garantieren, Engagement zu respektieren und zu fördern, gemeinsame Regeln zu achten u.v.m. Diese unsere Demokratie wird bedroht. Durch Rechtsextremisten. Ihr Ziel ist die Zerstörung unserer freien, offenen und pluralen Gesellschaft. Sie wollen eine völkische Gesellschaftsordnung der Ungleichheit, der Ausgrenzung und des Chauvinismus durchsetzen. Für mehr als jeden zweiten Rechtsextremen in Deutschland gilt dabei Gewalt als ein legitimes Mittel. Die kalkulierte Verrohung der politischen Debatte durch rechtspopulistische und rechteextreme Hetzer führt dazu, dass Gewaltorientierte die Grenze zur Tat immer öfter überschreiten – bis hin zum Mord und Einsatz gemeingefährlicher Mittel. Wer mit Worten alte Geister beschwört, die verantwortlich sind für Terror, Krieg, Tod und Vertreibung, der ist Anstifter und (zumindest) geistiger Brandstifter.

Eine Gesellschaft von Freien und Gleichen ist verletzlich. Deshalb ist es höchste Zeit, unsere demokratische Ordnung zu stärken und härter zu verteidigen. Wer sich mit der Demokratie anlegt, der muss viel konsequenter ihre Wehrhaftigkeit zu spüren bekommen. Das ist die Lehre aus der Weimarer Zeit. Nie wieder dürfen wir Nazis feixen lassen, dass die Demokratie selbst alles geliefert habe, um sie umzubringen.

Deshalb muss der handlungsfähige Staat mit all seinen zur Verfügung stehenden Mitteln rigoros gegen seine Feinde vorgehen. Das gilt für Einzelpersonen, wie für den organisierten Rechtsextremismus. Hinzu kommt: „Demokratie braucht Demokraten“ (Friedrich Ebert).

Deshalb müssen wir die Mutigen stärken und die Stillen ermutigen, sich geeint für unsere freie, offene und plurale Gesellschaft zu engagieren. Keine Demokrat*in, kein Demokrat darf sich, egal

wo in Deutschland, allein gelassen fühlen. Dafür braucht es neben der Courage jeder und jedes Einzelnen auch starke zivilgesellschaftliche Strukturen, die sich den braunen Netzwerken entgegen stellen.

Mit folgenden Maßnahmen wollen wir unsere freiheitliche demokratische Ordnung verteidigen:

**1. BESSERER SCHUTZ VOR RECHTEN GEWALTÄTERN –
RECHTSEXTREME GEFÄHRDERT SYSTEMATISCHER INS VISIERNEHMEN**

Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger müssen unsere Sicherheitsbehörden das rechte Gewaltpotential insgesamt besser unter Kontrolle bekommen. Auch nach dem Urteil über den NSU ziehen wir keinen Schlussstrich, sondern wissen mehr denn je: Rechtsextreme schreiten in Deutschland aus Hass und politischem Fanatismus zur Tat. Menschenfeindliche Gewalttäter haben in Deutschland Netzwerke geschaffen. Diese gilt es, genau und dauerhaft im Blick zu behalten und zu zerschlagen. So muss das Neonazi-Netzwerk „Combat 18“ zügig verboten werden.

Wir brauchen ein länderübergreifendes Frühwarnsystem für rechte Gefährder. Die Gefährlichkeit rechtsextremer Akteure muss verlässlich und nach einheitlichen Kriterien eingestuft werden. Fehleinschätzungen können tödlich sein; sie darf es nicht mehr geben. Gefährderansprachen müssen früh und überzeugend die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaats klarmachen. Mit einer Nulltoleranz-Strategie muss konsequent gegen jene vorgegangen werden, die die Strafbarkeitsgrenze überschreiten. Schwerpunktstaatsanwaltschaften sollen diese Grenze kontinuierlich überwachen.

Trotz der akuten Bedrohungslage befinden sich derzeit rund 500 gesuchte Rechtsextremisten auf freiem Fuß. Hunderte Haftbefehle werden nicht vollstreckt. Damit rechtsextreme Straftäter schneller gefasst werden, müssen die Ressourcen des „Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus“ zügig ausgebaut werden.

2. RECHTSEXTREMISTEN ENTWAFFNEN – WAFFENRECHT KONSEQUENT ANWENDEN

Die SPD hat mit dafür gesorgt, dass Rechtsextremisten der legale Waffenbesitz verwehrt und ihnen auch der Waffenschein entzogen werden kann. Aber immer noch haben zu viele bekannte Rechtsextremisten legal Waffen in den Händen.

Wer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt, kann nicht zuverlässig sein im Sinne des Waffengesetzes. Das gilt für Rechtsextremisten genauso wie für sogenannte Reichsbürger. Wir wollen, dass die Sicherheitsbehörden bei der Erteilung des Waffenscheins, aber auch hiernach, ihre Anstrengungen erhöhen und Verfassungsfeinde konsequent entwaffnen.

3. GEGEN HASS UND HETZE – AKTIONSPLAN GEGEN HASS IM NETZ

Hass, Morddrohungen und Einschüchterungen im Internet sind eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die Angst vor Hasskommentaren führt dazu, dass sich immer mehr Menschen nicht mehr an politischen Diskussionen beteiligen. Wir wollen dafür sorgen, dass Recht und Gesetz auch im Internet durchgesetzt werden. Strafbare Inhalte im Internet, etwa in den sozialen Netzwerken, sollen nicht nur umgehend gelöscht werden. Sie müssen auch konsequent verfolgt und sanktioniert werden! Webseitenbetreiber, soziale Netzwerke, Messenger-Dienste, Gaming-Plattformen, sie alle müssen konsequenter gegen Hassbeiträge vorgehen.

**4. FUNKTIONIERENDER RECHTSSTAAT – SICHERHEITSBEHÖRDEN
MÜSSEN ÜBER JEDEN ZWEIFEL ERHABEN SEIN**

In keine Institution haben die Bürgerinnen und Bürger mehr Vertrauen, als in ihre Polizei. Sie allein ist in unserer Demokratie die Trägerin des Gewaltmonopols. Die Polizistinnen und Polizisten leisten mit ihrer harten Arbeit einen unentbehrlichen Beitrag für unsere Sicherheit und unseren Schutz. Für dieses berechnete Vertrauen kommt es entscheidend darauf an, dass die Sicherheits-

behörden über jeden Zweifel erhaben sind, wenn es um den Schutz vor Rechtsextremisten und deren Strafverfolgung geht. Vor allem müssen sie darauf vertrauen können, dass die Inhaber des Gewaltmonopols alle mit beiden Beinen auf dem Boden unserer demokratischen Grundordnung agieren. Wer seine Position für rechtsextreme Umtriebe missbraucht, darf auf keinen Fall Träger des Gewaltmonopols unseres demokratischen Staates sein. Deshalb ist sehr gut, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen gegen mutmaßliche Rechtsextremisten innerhalb der Sicherheitsbehörden (bspw. beim „Nordkreuz“) mit Hochdruck und viel Energie betreibt.

Wie in der Gesellschaft insgesamt, brauchen wir auch in der Polizei eine gestärkte angewandte Kultur des Widerspruchs gegen Menschenfeindlichkeit. Dafür soll in der Ausbildung unseres Polizeinachwuchses die politische Bildung und explizit die Gefahr rechtsextremistischer Bestrebungen noch stärker thematisiert werden. Wir brauchen zudem mehr Ombudsstellen innerhalb der Polizei, und sensibilisierte Führungskräfte. Das gleiche gilt für die Verfassungsschutzämter in Deutschland, wie in besonderem Maße auch für die Bundeswehr. Für Rechtsextremisten in Uniform darf es keinen Platz geben.

5. ZUSAMMENHALT STÄRKEN – DEMOKRATIE ACHTEN, LEBEN UND LERNEN

Unsere Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten. Unsere Freiheit und unser Frieden hängen davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürgern im Wege von demokratischen Kompromissen und Interessenausgleichen ihre Interessen vertreten. Denn das Recht des Stärkeren, das dem Rechtsextremismus zu Grunde liegt, führt zwangsläufig zu Gewalt. Deshalb ist das Erlernen, Erfahren und Praktizieren von Demokratie eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Neben Mathematik oder Deutsch, ist auch die Vermittlung von Demokratie eine zentrale Bildungsaufgabe. Dazu gehört unter anderem, das Wissen über die Demokratie, ihre Verfahren und Institutionen zu vermitteln, aber vor allem, die Teilhabe zu ermöglichen und zu politischem Handeln anzuregen. Dazu wollen wir die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen weiter stärken.

Der pädagogischen Arbeit von Schule, der Kinder- und Jugendhilfe und insbesondere der Jugend- und Sozialarbeit, kommt eine besondere Bedeutung zu. Mit dieser Arbeit wird gelebte Demokratie ermöglicht, indem zentrale Werte vermittelt werden: die Würde des jeweils anderen, Respekt und Toleranz vor anderen Meinungen, Zivilcourage, das Einhalten gemeinsamer Regeln sowie die immer gewaltfreie Lösung von Konflikten.

6. ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN IM KAMPF GEGEN RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS – „DEMOKRATIELEBEN!“

Überall in Deutschland engagieren sich Bürgerinnen und Bürger für unsere Demokratie. Dieses Engagement bildet das Rückgrat im Kampf gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Wir wollen ihre mutige Arbeit weiter fördern.

Diejenigen, die für uns im Kampf gegen Rechtspopulisten und Rechtsextremisten in vorderster Reihe stehen, können sich auf uns verlassen. Deshalb wollen wir das demokratische Engagement weiter fördern und unterstützen. Das gilt besonders für das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, das von sozialdemokratischen Ministerinnen initiiert und verantwortet wurde und wird. Mit der Verstetigung der Fördermittel und dem Vorhaben, eine gesetzliche Grundlage für die Demokratieförderung zu schaffen, stärken wir das gemeinsame Wirken der Engagierten und geben ihnen Planungssicherheit für ihre mutige Arbeit. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung wollen wir stärken, denn gute politische Bildung macht stark gegen die menschenfeindliche Argumentation der Rechtsextremisten.

Weiterhin ist eine intensive Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern und Kommunen wichtig. Die besonders notwendigen Angebote der mobilen Beratung, der Opferberatungen und Aussteigerberatung vor Ort, wollen wir dauerhaft absichern und ausbauen.

Eine große Belastung für die Arbeit der Zivilgesellschaft sind die ständigen Anfeindungen der AfD. Mit üblen Drohungen wird besonders in den ostdeutschen Bundesländern versucht, die Aktiven vor Ort unter Druck zu setzen. Kein Aktiver vor Ort darf alleine stehen, wenn er sich für die wichtige Demokratiearbeit engagiert.

7. GEFÄHRDETE BÜRGERINNEN UND BÜRGER BESSER ÜBER RECHTSEXTREME BEDROHUNG INFORMIEREN UND UNTERSTÜTZEN

Die organisierte Brutalität der rechtsextremen Szene hat deutlich zugenommen. Mit sogenannten Todeslisten werden engagierte Bürgerinnen und Bürger ins Visier genommen. Nicht erst nach dem Mord am Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke gibt es eine erhebliche Verunsicherung unter vielen Engagierten. Die Informationen über die Bedrohungslage erfolgen (wenn überhaupt) sehr unterschiedlich.

Es ist demokratie- und staatsgefährdend, wenn Menschen, die sich ehrenamtlich und politisch für unser Land, unsere Werte und das Gemeinwesen engagieren, dafür immer wieder bedroht werden oder sogar mit Leib und Leben bezahlen müssen. Auch die Familienangehörigen leiden unter dieser Bedrohung. Dagegen muss sich der Staat mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und einer harten Gangart stellen. Die gezielte Verunsicherung engagierter Demokratinnen und Demokraten gehört zu den Methoden der Rechtsextremisten. Deshalb muss den berechtigten Sorgen und Ängsten schnell entgegengetreten werden: Mit Information, Aufklärung, Beratung und Schutz. Jede und jeder, der auf einer solchen Liste steht, hat das Recht, darüber informiert und beraten zu werden. Hierfür braucht es eine zentrale Anlaufstelle der Sicherheitsbehörden, die den Betroffenen die Gewissheit gibt, dass alles für ihre Sicherheit getan wird.

Alle, die sich für unser friedliches Zusammenleben engagieren, sollten mehr Anerkennung bekommen. Bedrohte und Opfer müssen immer wissen, dass eine breite zivilgesellschaftliche Mehrheit und der Staat hinter ihnen stehen, sie tragen und schützen. Nur so kann Demokratie funktionieren. Dazu gehört auch eine Ächtung der Verbreitung von Hass, Hetze und schlichten Lügen, die das politische Klima zunehmend vergiften, Engagement verhindern und einen vielfältigen Austausch über die besten Lösungen quasi unmöglich machen.

Als knapp zwei Drittel der SPD-Mitglieder im März des vergangenen Jahres ihre Zustimmung zu einem erneuten Eintreten in eine Große Koalition mit CDU und CSU gaben, taten sie das unter dem Eindruck des Jamaika-Debakels und auf der Grundlage eines Koalitionsvertrages, mit dem sie dank vieler Verhandlungserfolge konkrete Hoffnungen verbanden und mit der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Vereinbarung, dass zur Mitte der Legislaturperiode eine Bestandsaufnahme des Koalitionsvertrages erfolgen wird. Diese ermöglicht zu prüfen, inwieweit der Koalitionsvertrag bereits umgesetzt wurde oder aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssten.

Im gestrigen Koalitionsausschuss (18. August 2019) wurde vereinbart, dass die bilanzierende Bestandsaufnahme nun gemeinsam erarbeitet und den Regierungsparteien bis spätestens Mitte Oktober dieses Jahres zur Beratung zu geleitet wird.

Auf der Grundlage des Beschlusses des Präsidiums vom 24.06.2019 wird ein erweitertes SPD-Präsidium mit Vertretern aus den Landesverbänden und Bezirken, den Arbeitsgemeinschaften und aus der Bundestagsfraktion die Bestandsaufnahme – auch unter Einbeziehung der Unterbezirke – beraten und die Ergebnisse dem Parteivorstand vorlegen.

Bei der Bewertung der Bilanz geht es nicht nur um einzelne Maßnahmen, sondern um die Frage, ob wir in der Summe zu mehr Zusammenhalt unserer Gesellschaft beitragen können. Ob wir die Fliehkräfte der Ungleichheit bremsen und die Mitte der Gesellschaft stabilisieren, kleine und mitt-

lere Einkommen stärken und Vermögende verstärkt in die Pflicht für den Zusammenhalt nehmen können. Ob wir die Digitalisierung, den Kampf gegen den Klimawandel und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft menschlich und sozial gerecht gestalten können. Ob das Zusammenleben durch bessere öffentliche Güter erleichtert wird, damit alle die Chance auf ein selbstbestimmtes und sicheres Leben bekommen.

Für die SPD ist klar: Das abschließende Wort haben die Delegierten des ordentlichen Bundesparteitages im Dezember dieses Jahres in Berlin, so beschlossen auf unserem letztjährigen Parteitag in Bonn. Der Bundesparteitag wird darüber hinaus über die inhaltliche und organisatorische Erneuerung beraten und beschließen.

Beschluss des SPD-Präsidiums am 26. August 2019

DIE VERMÖGENSBESTEuerung WIEDER EINFÜHREN!

Die Diskussion um die zunehmende Ungleichheit in Deutschland ist nicht neu, aber aktuell. Die Schieflage bei der Vermögensentwicklung der letzten Jahrzehnte erfordert schon lange politische Entscheidungen zur Korrektur. Lange konzentrierten sich die Maßnahmen auf die Erbschaftsteuer. Dieser Weg hat aber durch die schwierigen Verhandlungen zur aktuellen Regelung deutlich gemacht, dass kaum Raum für eine weitreichendere Reform besteht.

Wir wollen gleichzeitig die Spaltung der Gesellschaft und die überdurchschnittlichen Beiträge der Mittelschicht zum Gemeinwohl stoppen. Dazu gehört, dass unsere Städte und Kommunen allen ein lebenswertes Zuhause bieten können: Also der Rentnerin ebenso wie dem Busfahrer oder der alleinerziehenden Mutter mit ihrer Familie. Dazu gehört, dass wir in Infrastrukturen und Digitalisierung investieren, damit Deutschland ökonomisch weiter vorne mitspielt. Dazu gehört auch, den Klimawandel zu stoppen, ohne dass diejenigen über Gebühr dafür zahlen müssen, die ohnehin wenig haben.

Erfolgreiche Gesellschaften sorgen dafür, dass die damit entstehenden Kosten gerecht verteilt werden – nach dem bewährten Prinzip, dass Alle ihrem finanziellen Leistungsvermögen entsprechend beitragen. Wir wollen, dass es wieder angemessener zur Geltung kommt.

Die Frage nach einer Wieder-Erhebung der Vermögenssteuer ist eine Frage der Gerechtigkeit. Die Schieflage in der Vermögensverteilung hat in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland dramatisch zugenommen. Der Anteil der Einkommen aus Unternehmensgewinnen und Kapitalanlagen am Volkseinkommen ist stetig gestiegen, der Anteil der Löhne gesunken – auch aufgrund von zurückgehender Tarifbindung. Das Nicht-Erheben der Vermögenssteuer seit 1997 hat die Schieflage noch verstärkt – sie war deshalb immer wieder Gegenstand gesellschaftlicher und innerparteilicher Debatten in der SPD.

Eine Revitalisierung der Vermögenssteuer würde dem weiteren Anwachsen der Vermögenskonzentration entgegenwirken – sie betrifft ausschließlich die ein bis zwei Prozent der größten Vermögen in Deutschland. Auch steht sie nicht für sich allein, sondern ist einzubetten in einen größeren Kontext. Es gilt, ein insgesamt gerechteres Steuersystem zu schaffen, dazu gehören zum Beispiel die Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen ebenso wie die Besteuerung von

Finanztransaktionen und die Einführung einer Mindestbesteuerung für global agierende (Digital-) Konzerne, um Steuerflucht und Gewinnverlagerung zu beenden. Auch sollte sie flankiert werden von Überlegungen, wie Vermögensbildung für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen erleichtert werden kann. Dieses Papier ist jedoch als Diskussionspapier zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer gedacht, insofern beschränken sich die Erläuterungen und Gedanken im ersten Schritt auf diesen Aspekt.

1. DAS VORLÄUFIGE ENDE DER VERMÖGENSSTEUER: REFLEXION DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTSURTEILS VON 1995

Im Jahr 1995 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Erhebung der Vermögenssteuer für verfassungswidrig. Das Verfassungsgericht argumentierte, dass, wenn der Gesetzgeber einen einheitlichen Steuertarif festlegt, er alle Vermögensgegenstände realitätsgerecht bewerten muss. Durch die Verwendung der deutlich überalterten und damit weit geringeren Verkehrswerte für Immobilien – der Einheitswerte von 1935 im Osten und 1964 im Westen – gegenüber anderem Kapitalvermögen (z. B. Aktien) wurden Immobilien stark begünstigt. Aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen auf den Immobilienmärkten hatten sich die Wertrelationen zwischen den Grundstücken seit der letzten Hauptfeststellung 1964 extrem verändert, was in der Einheitsbewertung unberücksichtigt blieb. Nach Erhebungen des Bundesrechnungshofes 1991 entsprachen die Grundbesitz-Einheitswerte schon Ende der 80er Jahre im Mittel nur noch ca. zehn bis 20 Prozent der Verkehrswerte.

Das Gericht empfahl, Immobilien höher zu bewerten und damit der Besteuerung der übrigen Kapitalvermögen anzupassen. Denn darum ging es: Geld und andere Vermögen waren ungleich bewertet (Geld als Marktwert, Immobilien nach alten Einheitswerten). Das Vermögenssteuergesetz wurde vom Bundesverfassungsgericht keineswegs grundsätzlich für nichtig erklärt, aber da keine Neuregelung der Bewertungsvorgaben im Rahmen der Vermögenssteuer erfolgte, darf die Steuer seit dem 1.1.1997 nicht mehr erhoben werden.

2. PLÄDOYER FÜR DIE WIEDEREINFÜHRUNG DER VERMÖGENSSTEUER

Im Jahr 2019 zeigt sich in Deutschland eine ausgesprochen ungleiche Einkommensverteilung. Die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen steigt in der Tendenz seit den 1990er Jahren; und sie ist seit der Finanzkrise noch einmal signifikant gestiegen. Eine noch stärkere Ungleichverteilung zeigt sich bei den Vermögen.

Das private Vermögen (Immobilienbesitz, Geldvermögen, Versicherungen, Betriebsvermögen, wertvolle Sammlungen) konzentriert sich in sehr wenigen Händen. Besonders das Betriebsvermögen – dazu zählen auch GmbH-Anteile und größere Aktienpakete – ist hoch konzentriert und macht den überwiegenden Anteil der Vermögen von Multimillionären und Milliardären aus. Das reichste Prozent der privaten Haushalte in Deutschland verfügt laut Internationalem Währungsfonds (IWF) über fast ein Viertel des gesamten Netto-Vermögens. Dabei ist zu berücksichtigen, dass reiche Haushalte in den zugrundeliegenden Stichproben in der Regel nicht ausreichend erfasst werden. Wenn man entsprechende Datensätze ergänzt, ergibt sich noch ein drastischeres Bild: Nach dieser Rechnung besitzt das reichste Prozent sogar bis zu einem Drittel des Gesamtvermögens.

Die starke Vermögenskonzentration gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Dynamik: Neuere Studien unterstreichen, dass zunehmende soziale Ungleichheit nicht nur den sozialen Frieden und das Vertrauen in die Gesellschaft und den demokratischen Staat gefährdet, sondern auch negative Auswirkungen auf das Wachstumspotenzial einer Volkswirtschaft hat.

Es geht hier nicht um eine „Neiddiskussion“, sondern um eine angemessene Beteiligung sehr großer Vermögen an der Finanzierung des Gemeinwesens, bei hohen Freibeträgen. Die fiskali-

sche Bedeutung der verbliebenen vermögensbezogenen Steuern (Grundsteuer, Erbschaft- und Schenkungsteuer, Grunderwerbsteuer, Besteuerung realisierter Wertzuwächse) ist in Deutschland vergleichsweise gering und liegt mit einem Anteil von 1,0 Prozent nur bei ungefähr der Hälfte der Durchschnittsbelastung in den OECD-Staaten. Großbritannien liegt bei 4,3 Prozent, Frankreich bei 4,5, die USA bei 4 Prozent. Dabei resultieren die größten Aufkommensanteile in Deutschland mit rd. 0,40 Prozent des BIP aus der Grunderwerbsteuer und aus der Grundsteuer (0,43 Prozent). Die OECD hat Deutschland deswegen in den vergangenen Jahren immer wieder zu einer stärkeren Besteuerung des Vermögens aufgefordert.

Für uns ist klar, dass wir der gesellschaftlich brisanten Entwicklung der Vermögenskonzentration auf der einen Seite und der riesigen Investitionslücke auf der anderen Seite nicht zuschauen dürfen. Allein in Städten und Kommunen summieren sich überfällige Investitionen – etwa in Schulen und Schwimmbäder – im vergangenen Jahr auf den Rekordwert von 159 Milliarden Euro.

Die Handlungsalternativen sind begrenzt. Die Erbschaftsteuer, anderswo durchaus ein bedeutendes Element von Vermögensbesteuerung, ist unter großen Schwierigkeiten gerade reformiert worden.

Die Vermögenssteuer hat eine lange Zeit existiert. Sie hatte ihren Sinn und ihren Ursprung in klugen Überlegungen: Vermögen dient der Absicherung des Einzelnen. Das ist sinnvoll, um sich gegen viele Risiken des Lebens absichern zu können. Wenn aber Vermögen – zu etwa 80 Prozent stammen Vermögen aus Erbschaften – vorhanden ist, das weit über die eigene Existenz- und Risikoabsicherung hinausgeht, ist es angezeigt, einen Teil dieses Vermögens für das Gemeinwohl, also den Ausbau von Kitas und Ganztagschulen, öffentliche Straßen und Schwimmbäder – einzusetzen. Davon profitieren alle. Viele Hochvermögende haben sich dazu auch gerne bereit erklärt – weil sie ein Gefühl für Gerechtigkeit haben und Verantwortung für die Gesellschaft tragen wollen.

Seit fast 25 Jahren war es nicht möglich, eine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat für die Wiederaufnahme der Vermögenssteuer zu erhalten. Wir wissen daher, dass die Besteuerung großer Vermögen nicht kurzfristig zu erreichen sein wird. Wir wollen aber aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit große Vermögen wieder stärker besteuern.

Die Vermögenssteuer ist eine Ländersteuer. Die Länder haben 1995 mit der Vermögenssteuer ein Einkommen von 4,62 Mrd. Euro erzielt. Das würde heute einem Einkommen von 9 Mrd. Euro entsprechen, das derzeit den Ländern nicht zur Finanzierung wichtiger Infrastrukturaufgaben zur Verfügung steht.

Die Einnahmen aus einer neuen Vermögenssteuer könnten dazu beitragen, die Gerechtigkeitslücke zu schließen – u. a. durch eine gut ausgebaute öffentliche Infrastruktur sowie die Bereitstellung hochwertiger öffentlicher Güter. Außerdem bedarf es weiterer Investitionen in Bildung, wenn Deutschland im internationalen Wettbewerb bestehen soll. Diese Investitionen in die Zukunft sind notwendig, um Deutschland für die Herausforderungen in den kommenden Jahren vorzubereiten. Das Auflegen einer Vermögenssteuer zur Finanzierung kurzfristiger Maßnahmen ist hingegen nach unserer Auffassung nicht zielführend.

Aber auch eine Steuerreform zur Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen muss unter Einbeziehung des Restaufkommens des Solis für die höchsten Einkommen in den Blick genommen werden. Wir wollen einen stärkeren Vermögensaufbau für kleine und mittlere Einkommen fördern. Vorschläge dazu haben wir bereits vor der Bundestagswahl 2017 gemacht. Eine neue Vermögenssteuer muss ein stabiles Einkommen garantieren, um notwendige Zukunftsinvestitionen langfristig zu finanzieren. Sie wäre mit dem Prinzip einer Leistungsgesellschaft vereinbar.

3. ECKPUNKTE EINER REVITALISIERTEN VERMÖGENSBESTEuerung

Unsere Eckpunkte gehen von folgenden Grundsätzen aus:

- Die persönliche Vermögenssteuer soll die Steuerbelastung auf besonders reiche Teile der Bevölkerung konzentrieren, was durch hohe persönliche Freibeträge sichergestellt wird.
- Neben natürlichen Personen sollen auch juristische Personen – insbesondere Kapitalgesellschaften – der eigenständigen Vermögenssteuer unterliegen. Hier kann auf Erfahrungen aus der Schweiz zurückgegriffen werden.
- Die verfassungsrechtlichen Probleme bei der Bewertung des Vermögens werden korrigiert. Die Bewertung insgesamt, auch bei Grundstücken, orientiert sich grundsätzlich an den Maßstäben der Erbschaftsteuer.
- Mit der Vermögenssteuer werden keine Arbeitsplätze gefährdet. Verschonungsregeln zur Vermeidung von Substanzbesteuerung sollen eingebaut werden.

Die Eckpunkte sehen im Einzelnen die folgende Ausgestaltung und die folgenden Parameter vor:

- maßvoller, einheitlicher Steuersatz von 1 vH (möglicher höherer Steuersatz für Superreiche);
- hohe persönliche Freibeträge für Ledige/für Verheiratete bzw. eingetragene Lebenspartner;
- Einbeziehung von Kapitalgesellschaften in die subjektive Steuerpflicht mit einer Freigrenze für steuerpflichtige Vermögen;
- Vermeidung einer Doppelbesteuerung. Hier sind zwei Möglichkeiten zu diskutieren. Dazu gehört die jeweils hälftige Berücksichtigung des Vermögens auf der Ebene der Kapitalgesellschaft und bei den Anteilseignern (das sogenannte Halbvermögensverfahren). Eine andere Möglichkeit besteht darin, Betriebsvermögen, auch von Kapitalgesellschaften, ausschließlich auf Ebene der natürlichen Person, der die Beteiligung oder der Betrieb gehört, zu versteuern.
- verkehrswertnahe Bewertung des Vermögens in Anlehnung an die Erbschaftsteuer;
- Auslandsvermögen sind steuerpflichtig, soweit sie nicht durch Doppelbesteuerungsabkommen freigestellt sind;
- Sicherstellung des Steuervollzugs durch Einführung einer Meldepflicht der Banken über Wert und Umfang der in ihrem Gewahrsam befindlichen Vermögensgegenstände;
- weitgehende Freistellung des Altersvorsorgevermögens, d.h. insbesondere private Rentenversicherungen, für die analoge Prinzipien gelten wie für die gesetzlichen Rentenansprüche;
- Bei Betriebsvermögen sind zur Vermeidung einer Substanzbesteuerung Verschonungsregelungen vorzusehen.

4. AUSBLICK

Wir werden im nächsten Schritt auf der Grundlage dieser Eckpunkte einen konkreten Vorschlag zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer erarbeiten. Mit diesem Eckpunktepapier wollen wir darüber hinaus die weitere notwendige Diskussion zur gerechteren Besteuerung von Vermögen anregen.

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 28. September 2019

ARBEIT – SOLIDARITÄT – MENSCHLICHKEIT: EIN NEUER SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

Die Sozialdemokratie steht für eine solidarische Gesellschaft, für das Eintreten von Menschen für Menschen, für ein aktives Miteinander. Nur so kann erreicht werden, dass jeder Mensch selbstbestimmt seine Fähigkeiten entfalten, sein Leben gestalten und gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben kann. Solidarität ist dabei das zentrale Prinzip des Zusammenlebens, um Freiheit und Gerechtigkeit für alle zu erreichen.

Staatliches Handeln und der Sozialstaat müssen von diesen fundamentalen Werten ausgehen. Dabei bleiben für die Sozialdemokratie Arbeit, Lebensleistung und Teilhabe Ausgangspunkt unserer Überlegungen. Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, den Wert der Arbeit wieder zu stärken und die Lebensleistung zu würdigen.

Handlungsfelder staatlichen Handelns und des Sozialstaats sind in diesem Sinne vor allem

- **Arbeit:** Die Arbeitswelt verändert sich in hohem Tempo, aber wir bleiben eine Arbeitsgesellschaft, die jedem die Möglichkeit zu Arbeit und Teilhabe gibt.
- **Absicherung von Kindern:** In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut und mit weniger Chancen aufwachsen – und Kinder dürfen für ihre Eltern kein Armutsrisiko sein.
- **Pflege:** Alle sollen eine gute und menschenwürdige Pflege ohne Armutsrisiko erhalten können.
- **Wohnen:** Wohnen ist als elementares öffentliches Gut zu begreifen.
- **Alterssicherung:** Die Absicherung im Alter ist ein zentrales Versprechen des Sozialstaats.

Wir fassen die Vorarbeiten zu diesen Themenfeldern zusammen und legen ein Gesamtkonzept für einen modernisierten Sozialstaat vor, der sich auf die Arbeit und Leistung der Menschen, ihre Bereitschaft zu Zusammenhalt und Solidarität und einer menschlichen, toleranten und gemeinwohlorientierten Kultur des Miteinanders stützt.

GRUNDSÄTZE EINES SOZIALSTAATS FÜR DIE WELT VON MORGEN

Die Arbeitswelt verändert sich in hohem Tempo. Die Digitalisierung ist aus keinem Lebensbereich mehr wegzudenken und verändert die Welt, in der wir leben, in einem dramatischen Tempo. Der technologische Wandel der Arbeitswelt beschleunigt sich massiv – getrieben vor allem durch datenbasierte Geschäftsmodelle und die Künstliche Intelligenz. Arbeit verändert sich mit neuen Berufsbildern, Arbeitszeitmodellen und Qualifikationsanforderungen. Das eröffnet für viele große Chancen und auch neue Arbeit. Es führt aber auch dazu, dass Menschen Sorge haben, ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder nur noch schlecht bezahlte und unsichere Arbeit zu finden. Die Erwartung an Arbeit, Arbeitszeiten und Weiterbildungsphasen und ihre Vereinbarkeit mit den jeweiligen Lebensentwürfen und aktuellen Lebenslagen verändert sich. Es ist Zeit für eine grundlegende Erneuerung der Absicherung von Arbeit.

Deutschland ist und bleibt eine Arbeitsgesellschaft. Durch den technologischen Wandel wird uns die Arbeit nicht ausgehen, sie wird sich nur stark und immerschneller verändern. Unsere Antwort darauf ist das „Recht auf Arbeit“. Das bedeutet, dass sich die Solidargemeinschaft dazu verpflichtet, sich um jeden Einzelnen zu kümmern und jedem Arbeit und Teilhabe zu ermöglichen – statt sich durch ein bedingungsloses Grundeinkommen von dieser Verantwortung freizukaufen. Wir teilen das Anliegen, Einkommenssicherheit im Lebensverlauf und mehr Zeitsouveränität zu

schaffen. Doch wir halten das bedingungslose Grundeinkommen für falsch, denn es wird den Bedürfnissen der meisten nicht gerecht. Aus dem „Recht auf Arbeit“ hingegen leitet sich für den Einzelnen eine Vielzahl von konkreten Ansprüchen ab, die zu seiner jeweiligen Lebenssituation passen. Das „Recht auf Arbeit“ konsequent durchzubuchstabieren heißt für uns auch, einige Gewissheiten der vergangenen 20 Jahre auf den Prüfstand zu stellen und den Sozialstaat neu zu denken.

Gleichzeitig erleben wir neue gesellschaftliche Herausforderungen, die eine Rückbesinnung auf die staatlichen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge erfordern.

Ungleichheit und frühe Spaltung der Chancen und Möglichkeiten im Kindesalter ist ungerecht und gefährdet zunehmend den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die Wohnungsfrage ist eine der großen sozialen Fragen unserer Zeit. Wir wollen nicht, dass die soziale Lage der Menschen an ihrer Wohnanschrift ablesbar ist. Wohnen muss als ein öffentliches Gut begriffen werden, das nicht allein dem privaten Markt überlassen bleiben darf.

Aus diesen Gründen ist es richtig, den Sozialstaat neu zu denken und zu modernisieren.

Das sind unsere Leitlinien:

- Die Grundpfeiler unseres Sozialstaatsversprechens sind Arbeit, Solidarität, und Menschlichkeit.
- Das heißt zunächst: Den Sozialstaat auf der einen Seite und die Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite verbinden gegenseitige Rechte und Pflichten.
- Das heißt weiter: Die Leistungen des Sozialstaats sind soziale Rechte, die Bürgerinnen und Bürger zustehen. Sie sind Inhaberinnen und Inhaber dieser Rechte, keine Bittsteller.
- Das heißt außerdem: Der Sozialstaat hat gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern eine Bringschuld, nicht andersrum die Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Sozialstaat eine Holschuld.
- Und das heißt schließlich: Der Sozialstaat muss den Einzelnen und sein Schicksal respektieren. Er muss Instrumente schaffen, die den individuellen Anforderungen und unterschiedlichen Problemstellungen der Menschen gerecht werden.

Konkret bedeutet das für den neuen Sozialstaat in unserer neuen, veränderten Welt:

- Wir müssen das System und die Verwaltung auf die flexiblen, sich ständig verändernden Bedingungen der Arbeitswelt ausrichten.
- Der Sozialstaat soll das Leben der Menschen leichter und sicherer machen. Darum muss er möglichst unbürokratisch, transparent, verlässlich und ohne Hürden zugänglich sein.
- Wir wollen den Sozialstaat aus der Perspektive derjenigen gestalten, die ihn brauchen – und nicht aus der Perspektive derjenigen, die ihn missbrauchen. Arbeitslosigkeit ist selten ein selbstgewähltes Schicksal.
- Der Sozialstaat muss die Würde des Einzelnen achten. Unterstützung zu brauchen, darf niemals als Stigma empfunden werden.
- Lebensleistungen müssen stärker anerkannt werden. Der Sozialstaat muss Abstiegsängsten entgegenwirken und neue Aufstiege ermöglichen.
- Der neue Sozialstaat muss geschlechtergerecht sein und partnerschaftliche Lebensentwürfe bestmöglich unterstützen.
- Der neue Sozialstaat ist ein inklusiver Sozialstaat.
- Er stellt öffentliche Daseinsvorsorge sicher und überlässt sie nicht Markt- und Renditeinteressen.
- Er schafft es, alle angemessen an seiner Finanzierung zu beteiligen – auch im Zeitalter der digitalen Konzerne.

UNSERE HANDLUNGSFELDER

Gute Arbeitsbedingungen und starke Tarifbindung – Voraussetzung für einen starken Sozialstaat

Ein starker Sozialstaat setzt gute Arbeitsbedingungen und eine starke Sozialpartnerschaft voraus. Faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen bleiben auch in Zukunft der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben. Sie waren und sind der Garant für soziale Teilhabe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Um den Wandel der Arbeitswelt erfolgreich zu gestalten, brauchen wir den Interessenausgleich zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Deswegen müssen wir die **Sozialpartnerschaft in Deutschland revitalisieren**. Wir werden nur dann wirtschaftlich und sozial erfolgreich sein, wenn die Interessen auf Augenhöhe ausgehandelt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Ländern zeigt, dass gesellschaftliche Polarisierung letztlich zu Reformunfähigkeit führt. Im digitalen Wandel brauchen wir **mehr Sozialpartnerschaft und Tarifbindung**. Starke Tarifbindung führt zu besseren Löhnen und Arbeitsbedingungen und ist besser geeignet, Interessen auszugleichen als staatliche Vorgaben.

Die Einführung des Mindestlohns war ein Quantensprung. Er muss aber weiter steigen. Die Sozialpartner brauchen daher einen besseren Rahmen, um ihrer Aufgabe für die Aushandlung eines angemessenen Mindestlohns in der Mindestlohnkommission gerecht werden zu können. Dafür werden wir das Mindestlohngesetz wie vereinbart 2020 evaluieren und weiterentwickeln. Unser Ziel ist die perspektivische Anhebung des **Mindestlohns auf 12 Euro**. Hier sollte die öffentliche Hand bei der Auftragsvergabe mit gutem Beispiel vorangehen. Dafür wollen wir auf Bundesebene ein **Tariftreugesetz** mit einem Mindestlohn von 12 Euro schaffen.

TARIFBINDUNG STÄRKEN

Der Mindestlohn kann aber immer nur eine Untergrenze sein. Das Ziel sind anständige Tarifröhne. Wir begrüßen das klärende Urteil des Bundesarbeitsgerichts, dass Tarifverträge Gewerkschaftsmitglieder grundsätzlich besserstellen dürfen. Wir werden **tarifgebundene Unternehmen steuerlich besserstellen** als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Es muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für ganze Branchen verbindlich zu machen. Dafür werden wir das Vetorecht der Arbeitgeber bei **Allgemeinverbindlicherklärungen von Tarifverträgen** abschaffen, damit sie diese nicht mehr blockieren können. In einer immer schneller und globaler agierenden Wirtschaft müssen bestehende Tarifverträge im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen weiter Bestand geben, bis ein neuer Tarifvertrag verhandelt ist. Wir werden die **Mitbestimmung** als das demokratische Prinzip und stabile Rückgrat der deutschen Wirtschaft **stärken**. Die Unterdrückung von Mitbestimmung wird härter bestraft.

Wir setzen uns dafür ein, dass 30 Jahre nach dem Mauerfall Löhne und Arbeitsbedingungen in Ost und West angeglichen werden.

NEUE ERWERBSFORMEN ABSICHERN

Der Wandel in der Arbeitswelt fördert neue Erwerbsformen und macht die individuellen Erwerbsverläufe vielfältiger. Die Entlohnung, die Arbeitsbedingungen und die individuelle Vorsorgepraxis vieler „neuer Selbständiger“ sind aber derart unterschiedlich, dass sie nicht über einen Kamm geschoren werden können. Gerade im Bereich der Hochqualifizierten ist flexible Projektarbeit auf Zeit nicht mehr wegzudenken, ebenso wenig wie gemischte Teams von internen und externen Beschäftigten sowie selbstständige Expertinnen und Experten, etwa bei Start-Ups und/oder im Innovations- und IKT-Bereich. Völlig anders ist die Situation bei vielen selbstständigen Dienstleistungen im Niedriglohnbereich.

Allen gemein ist eine Entgrenzung der Betriebsorganisation mit erheblichen Folgen für die Beschäftigten: Neue Selbständigkeit, Werkverträge, Leiharbeit oder befristete Beschäftigung greifen in der Plattformwirtschaft mehr und mehr um sich. Das „Recht auf Arbeit“ heißt für uns, dass auch neue Erwerbsformen abgesichert sein müssen. Wir wollen sichere Selbständigkeit, und wir wollen gleichzeitig die Ausbeutung von Solo-Selbständigen beispielsweise in der Plattformwirt-

schaft bekämpfen. Deshalb haben wir bereits den Mindestbeitrag zur Krankenversicherung für Selbständige halbiert.

Die Plattformwirtschaft stellt uns vor eine doppelte Herausforderung: Zum einen unterstützen wir Geschäftsmodelle, die nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg zum Ziel haben und nicht die Ausbeutung von Selbständigen oder Beschäftigten. Plattformen, die sich nicht jedweder gesellschaftlicher Ethik entziehen, sondern ihrer Arbeitgeberverantwortung nachkommen, werden wir mit einem intelligenten rechtlichen Rahmen unterstützen. Plattformen sind keine neutralen „Dritten“. Sie sind Arbeitgeber wie andere Unternehmen auch. Daher werden wir klarstellen, dass Plattformen reguläre Betriebe sind. Wir werden einen **neuen Betriebsbegriff** entwickeln, der die Veränderung zu vernetzten Unternehmen abbildet und die Arbeitgeberfunktion verdeutlicht. Zum anderen entstehen in der Plattformwirtschaft mehr und mehr hybride Arbeitsverhältnisse, die an der Grenze zwischen Selbständigkeit und abhängiger Beschäftigung liegen. In Österreich und Frankreich wurden rechtliche Rahmenbedingungen für solche Typen neuer Selbständigkeit geschaffen. Diese Modelle werden wir prüfen und Vorschläge für einen neuen **Arbeitnehmerbegriff** vorlegen. Ziel ist es, für die Beschäftigten in der Plattformwirtschaft Arbeitsrechte und Mindestarbeitsbedingungen ebenso zu sichern, wie Mindesthonorare oder den sozialen Schutz.

ARBEITSZEITEN, DIE ZUM LEBEN PASSEN

Arbeit muss zum Leben passen. Immer mehr Menschen wünschen sich aus den unterschiedlichsten Gründen mehr Souveränität über ihre Zeit. Wir haben bereits mit der **Brückenteilzeit** (also der Möglichkeit, befristet auf Teilzeit zu gehen) Antworten auf die Wünsche nach mehr Flexibilität für Familie, Fürsorge oder Pflege gegeben.

Daher wollen wir das Erfolgsmodell der Brückenteilzeit deutlich ausweiten, für mehr Beschäftigte in Deutschland öffnen und mit Anreizen für Qualifizierung und Weiterbildung verbinden. Es geht aber auch um mehr Freiheit für die Beschäftigten, Leben und Arbeiten miteinander zu verbinden. 40 % der Beschäftigten in Deutschland könnten laut DIW theoretisch von zuhause arbeiten.

Wir werden ein **Recht auf mobiles Arbeiten** und Homeoffice gesetzlich verankern, damit mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von den digitalen Vorteilen profitieren können. Wir werden aber auch Beschäftigte vor einer überbordenden Inanspruchnahme und der Anforderung einer ständigen Erreichbarkeit oder Präsenz durch den Arbeitgeber schützen. Wir werden das Recht auf Nichterreichbarkeit schützen und Arbeitszeitmodelle unterstützen, die die Gesundheit von Beschäftigten stärken. Für Arbeitszeitkonten wollen wir die Übertragbarkeit beim Unternehmenswechsel ermöglichen.

Unser **Modell der Familienarbeitszeit** erleichtert die flexiblere Verteilung von Zeiten für die Arbeit, für Kinder und Familie oder auch Pflege und sichert mit dem Familiengeld zugleich partnerschaftliche Lebensentwürfe und wirtschaftliche Stabilität.

Um mehr Gestaltungsfreiheit im Lebensverlauf zu ermöglichen, schlagen wir vor, dass der Staat für jede Bürgerin und jeden Bürger ein Zeitkonto einrichtet. Die Idee eines **Persönlichen Zeitkontos** orientiert sich an tariflichen Vorbildern. Basis eines solchen Zeitkontos sollen Einzahlungen der Beschäftigten sein, so dass auf diesem Konto Zeit angespart wird, die durch Tarifverträge oder durch den Staat für besondere förderungswürdige Zwecke zusätzlich aufgestockt werden kann, z. B. für Fort- und Weiterbildungen. Der Vorteil ist, dass auf diese Weise Überstunden nicht verloren gehen, sondern sich in ein Zeitguthaben verwandeln, das im Lebensverlauf mehr Freiheit ermöglicht. Wenn man beispielsweise den Betrieb wechselt, gehen die Stunden nicht verloren sondern sind transportierbar; sie bleiben auf dem Zeitkonto – sie wandern, staatlich abgesichert, mit zum neuen Arbeitgeber oder mit zur neuen Beschäftigung. Zusätzlich kann für das Zeitkonto ein zeitliches Startguthaben vorgesehen werden.

MEHR CHANCEN AUF WEITERBILDUNG UND QUALIFIZIERUNG

Die Weiterbildung ist ein Schlüsselthema sowohl der Arbeitsmarkt- als auch der Sozial- und Innovationspolitik. In ihr kristallisiert sich der sozialdemokratische Anspruch, soziale Gerechtigkeit für den Einzelnen mit wirtschaftlicher Stärke der Volkswirtschaft zu verbinden. Alle Menschen müssen die Möglichkeit haben, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebensbegleitendes Lernen und Weiterbildung zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Die technologische Entwicklung wird unsere Arbeitswelt massiv verändern. Die OECD geht davon aus, dass sich mehr als 35 Prozent aller Berufe bis 2030 grundlegend wandeln werden. Den Bildungs- und Berufsweg, der traditionell nach Schule und Ausbildung bzw. Studium vor allem das Ausüben von ein und demselben Beruf vorsah, wird es so künftig immer weniger geben.

Unser Modell einer solidarischen Arbeitsversicherung soll dafür sorgen, dass Arbeitslosigkeit möglichst gar nicht erst eintritt. Das seit am 1. Januar 2019 geltende **Qualifizierungschancengesetz** ist dafür ein Meilenstein, weil es die Weiterbildungsförderung Beschäftigter verbessert, deren berufliche Tätigkeiten durch Technologien ersetzt werden können. Mit dem Qualifizierungschancengesetz geht bereits jetzt ein Recht auf Weiterbildungsberatung einher. Wir werden dieses Beratungsrecht zu einem gesetzlich verankerten **Rechtsanspruch auf Weiterbildung** ausweiten. Dieses ermöglicht Beschäftigten im Strukturwandel ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Für diejenigen, deren Jobs durch den technologischen Wandel wegfallen, schaffen wir darüber hinaus eine **Qualifizierungsgarantie**. Kern dieser Qualifizierungsgarantie ist der Anspruch auf Umschulung, sofern der Arbeitsplatz wegzufallen droht, gepaart mit der Absicherung durch eine Lohnersatzleistung. Wer sich auf den Weg macht, im Arbeitsleben einen neuen Beruf zu erlernen, soll gefördert und nicht durch Lohneinbußen benachteiligt werden.

Daneben ist ein fehlender Berufsabschluss weiterhin der größte persönliche Risikofaktor sowohl für den Verlust des Arbeitsplatzes wie für eine spätere Bedürftigkeit. Deswegen werden wir auch das **dritte Umschulungsjahr** finanzieren.

Wenn Beschäftigte keine Perspektive im Unternehmen haben, können sie schon jetzt in eine Transfergesellschaft wechseln und dort Kurzarbeitergeld beziehen. **Wir wollen das Transfer-KuG (Transferkurzarbeitergeld) verbessern** und insbesondere längere Qualifizierungsmaßnahmen ermöglichen, unabhängig von Alter oder Berufsabschluss.

Auf diese Weise entwickeln wir die Arbeitslosenversicherung Schritt für Schritt zu einer **solidarischen Arbeitsversicherung** weiter. Das erfordert den Aufbau eines flächendeckenden, qualitativ hochwertigen Beratungsangebotes durch eine Bundesagentur für Arbeit, die zur **Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung** weiterentwickelt wird.

ANERKENNUNG VON LEBENSLEISTUNG – MEHR SCHUTZ IN DER ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

Viele Menschen treibt die Sorge vor sozialem Abstieg bei Verlust des Arbeitsplatzes um. Sie befürchten, bereits nach einem Jahr gleichgestellt zu werden mit Menschen, die lange nicht oder gar nicht gearbeitet haben. Dass Arbeit und längere Beitragszeiten hier oft keinen Unterschied machen, wird als zutiefst ungerecht empfunden, und das ist es auch.

Wir werden die Bedingungen für den Zugang zum Versicherungsschutz auf Arbeitslosengeld weiter erleichtern und damit mehr Menschen, die in neuen Beschäftigungsformen oder in unsteten Arbeitsbiographien arbeiten, ebenfalls absichern.

Darüber hinaus wollen wir eine solidarische Arbeitsversicherung, die Lebensleistung stärker anerkennt und gleichzeitig neue Einstiege und Aufstiege ermöglicht. Dazu gehört, die Bezugszeit des Arbeitslosengeld I (ALG I) deutlich zu verlängern – und zwar in zweierlei Hinsicht.

Wir wollen erstens einen Leistungsanspruch für Qualifizierung einführen, das Arbeitslosengeld-Q: Alle, die nach drei Monaten im ALG-I keine neue Arbeit gefunden haben, erhalten einen Anspruch auf eine gezielte Weiterbildungsmaßnahme und auf das damit verbundene Arbeitslosengeld-Q, das in der Höhe dem ALG I entspricht. Das ALG Q wird in Zukunft 12 Monate lang nicht mehr auf den ALG I-Anspruch angerechnet, danach bleibt es dabei, dass der ALG I Anspruch zur Hälfte anrechnungsfrei ist. Die Weiterbildung mit ALG Q kann insgesamt bis zu 24 Monaten gewährt werden.

Damit verlängert sich für diejenigen, die sich weiter qualifizieren, der Anspruch auf ALG I deutlich – und die Chancen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, steigen. Zweitens wollen wir zusätzlich zu den gelten Regelungen die Bezugszeit des Arbeitslosengeldes stärker an der Lebensleistung ausrichten indem wir Beschäftigten, die langjährig Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet haben, auch einen längeren Arbeitslosengeldanspruch sichern. Unabhängig vom Alter erhöht sich die Anspruchszeit bei mindestens 20 Jahren Beitragszeit um 3 weitere Monate, ab 25 Jahren um 6 Monate und ab 30 Jahren um 9 Monate. Bei einem Arbeitslosengeldanspruch von über 24 Monaten wird die Anrechnung von ALG Q-Zeiten degressiv so ausgestaltet, dass insgesamt eine maximale Bezugsdauer von 36 Monaten möglich wird. Das Modell soll so ausgestaltet werden, dass die Regelung bei Arbeitgebern nicht den falschen Anreiz entstehen lässt, ältere Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer aus Betrieben zu drängen – z. B. durch eine Anrechnung von Abfindungen.

BÜRGERGELD STATT HARTZ IV

Ein Recht auf Arbeit heißt für uns, dass wir den Menschen konkrete Arbeitsangebote machen und so Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren. Deswegen haben wir bereits den **sozialen Arbeitsmarkt** eingeführt. Langzeitarbeitslose Menschen erhalten damit eine neue Perspektive in sozialversicherungspflichtiger Arbeit und Teilhabe an der Gesellschaft.

Wir wollen die bestehende Grundsicherung grundlegend hin zu einem Bürgergeld verändern. Das Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines empathischen, unterstützenden und bürger-nahen Sozialstaats – und dieses neue Verständnis verlangt weitreichende Veränderungen der Praxis gerade im Hinblick auf mehr Respekt vor der Lebensleistung des Einzelnen, den Umgang miteinander in Konflikten und nicht zuletzt bei Sprache, Beratung und Betreuung sowie der Transparenz staatlichen Handelns.

Das „Recht auf Arbeit“ heißt für uns in diesem Zusammenhang, dass die Bürgerinnen und Bürger ein passgenaues Angebot auf Weiterbildung/Qualifizierung oder auch ein Angebot auf Arbeit erhalten. Dafür werden wir perspektivisch den **sozialen Arbeitsmarkt** ausweiten. Ebenfalls einführen wollen wir – für alle diejenigen, die Bürgergeld erhalten und ohne Berufsabschluss sind – ein gesetzliches **Recht auf Förderung des Nachholens eines Berufsabschlusses**, das mit Unterstützungsangeboten flankiert wird. Wir wollen Qualifizierungsmaßnahmen förderfähig machen, die länger als zwei Jahre dauern oder auch eine **vollständige Berufsausbildung** umfassen. Zum Bürgergeld gehört für uns auch ein monatlicher **Bonus für Weiterbildung**.

Diejenigen, die arbeiten und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, aber trotzdem auf ergänzende Leistungen angewiesen sind, **sollen in Zukunft von der Bundesagentur für Arbeit betreut werden**. Bislang gilt das nur für diejenigen „Aufstocker“, deren ALG I nicht ausreicht. In Zukunft sollen aber alle beitragszahlenden Erwerbstätigen bei der Bundesagentur für Arbeit betreut werden.

Beim Übergang von ALG-I in das Bürgergeld muss die Lebensleistung besser anerkannt und geschützt werden. Der vorübergehende Bezug des Bürgergeldes darf sich nicht sofort auf den Wohnort auswirken oder Menschen zwingen, das Gesparte aufzubreuchen.

Wir wollen Menschen diese Sorgen nehmen und sie dabei unterstützen, sich auf die Arbeitsplatzsuche konzentrieren zu können. Deswegen werden wir bei denjenigen, die aus dem Bezug von ALG I kommen, für **zwei Jahre Vermögen und die Wohnungsgröße nicht überprüfen**. Wir wollen auch den Schutz von selbst genutztem Wohneigentum ausweiten und eine entsprechende Regelung für Mieter schaffen. Niemand, der auf den Bezug des Bürgergelds angewiesen ist, soll in dieser Zeit seine Wohnung verlassen müssen.

Gleichzeitig werden wir durch die **Reform des Wohngeldes** dafür sorgen, dass niemand nur aufgrund hoher Wohnkosten auf Bürgergeld angewiesen sein muss. Das Bürgergeld wird Regelungen beinhalten, mit denen speziellen Bedarfen und Härten begegnet werden kann, zum Beispiel für den Fall, dass plötzlich die Waschmaschine kaputtgeht und gleichzeitig die alte Winterjacke aufgetragen ist.

Das Bürgergeld ist ein soziales Bürgerrecht. Es basiert auf dem Solidaritätsprinzip und auf der Grundannahme, dass die Menschen den Sozialstaat brauchen und ihn nicht missbrauchen. Natürlich brauchen wir **Mitwirkungspflichten**, denn Rechte und Pflichten sind in einer Solidargemeinschaft zwei Seiten einer Medaille. Beim Bürgergeld sind Anreize, gezielte Hilfen und Ermutigung wichtiger als Sanktionen. **Sinnwidrige und unwürdige Sanktionen gehören abgeschafft**. Die strenger Sanktionen von unter 25-Jährigen sind sogar offenkundig kontraproduktiv. Auch darf niemand wegen Sanktionen Angst haben, obdachlos zu werden, daher wollen wir die Kürzung der Wohnkosten abschaffen. Eine komplette Streichung von Leistungen soll es nicht mehr geben.

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat gegenüber dem Sozialstaat Anspruch auf einen würdevollen und respektvollen Umgang, auf eine Partnerschaft auf Augenhöhe und auf einfache und verständliche Verfahren. Nicht selten entzünden sich hieran Konflikte, weil die Verfahren als bürokratisch und abweisend wahrgenommen und sich wechselseitig mangelnde Zusammenarbeit und Missachtung, aber auch Bevormundung unterstellt wird. Wenn wir hieran nichts ändern, werden alle anderen Maßnahmen ins Leere greifen, weil die Basis für die gemeinsame Anstrengung zur Überwindung der Bedürftigkeit nicht gegeben ist. Deshalb werden wir kurzfristig die Formulare, Anträge und Bescheide überarbeiten und schrittweise durch schlanke, **verständliche und transparente Lösungen** vereinfachen. Sollte das nicht ausreichen, werden wir über die Einführung von Lotsen nachdenken, die den Betroffenen beim

Ausfüllen der Formulare zur Seite stehen und sie durch den Prozess der Antragsstellung begleiten. Vor allem aber werden wir die Eingliederungsvereinbarung, den grundlegenden Vertrag zwischen den Erwerbssuchenden und dem Jobcenter, ablösen durch eine **Teilhabevereinbarung**, die die Interessen der Bürgergeldbezieher stärker berücksichtigt und einer **partnerschaftlichen Vereinbarung auf Augenhöhe** besser entspricht. Wir wollen auch in der Leistungsgewährung durch einen Betreuungsschlüssel ausreichend Personal sicherstellen, um eine intensivere Betreuung zu ermöglichen und Überlastungssituationen zu verhindern. Durch Anhebung der **Bagatellgrenze** wollen wir ökonomisch unsinnige Rückforderungen künftig vermeiden, die auf allen Seiten nur Ärger produzieren.

KINDER ABSICHERN UND IHNEN BILDUNG UND TEILHABE ERMÖGLICHEN:

Eine sozialdemokratische Kindergrundsicherung entwickeln

Den meisten Kindern und Jugendlichen in Deutschland geht es gut: Sie gehen in gute Kitas und gute Schulen, werden von ihren Eltern intensiv gefördert, treiben Sport, spielen Instrumente und entdecken mit ihren Freunden die Welt – vor der Haustür, im Netz und unterwegs.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass jedes fünfte Kind in unterschiedlicher Form von Armut betroffen ist. Kinder erleben aufgrund der Arbeitslosigkeit der Eltern oder der Tatsache, dass ihre Eltern geringe Einkommen haben, Armut und soziale Ausgrenzung. Fast die Hälfte der Kinder im SGB II-Bezug kommt aus alleinerziehenden Haushalten.

Für uns ist klar: In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – und Kinder dürfen für ihre Eltern kein Armutsrisiko sein. Familien dürfen nicht deshalb in der Grundsicherung landen, weil ihr Einkommen nicht auch für den Bedarf der Kinder reicht. Wir wollen die bestmögliche Entwicklung für alle Kinder. Und dafür muss sowohl der finanzielle Bedarf als auch ein gutes Angebot für Teilhabe und Bildung sichergestellt sein.

Deshalb haben wir das **Starke-Familien-Gesetz** auf den Weg gebracht, das das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder in der Grundsicherung und für Kinder von Kinderzuschlags-Beziehern ausweitet, das jährliche Schulbedarfspaket anhebt sowie für ein kostenfreies Mittagessen und Schülerbeförderung sorgt. Zudem wird der Kinderzuschlag für Familien mit niedrigem Einkommen erhöht und ausgeweitet. Um bedürftige Familien besser zu erreichen, eröffnen wir den Zugang zum Kinderzuschlag auch für viele, die bisher ohne Unterstützung geblieben sind und befreien sie gleichzeitig von den KiTa-Gebühren. Mit diesen Maßnahmen helfen wir auch Alleinerziehenden direkt und schnell.

Was wir wollen:

Wir wollen eine Kindergrundsicherung, die sich an **alle Kinder** in Deutschland richtet und ihnen ein gutes und gesundes Aufwachsen ermöglicht. Dabei führen wir bislang einzeln ausgezahlte, zu beantragende und zum Teil aufeinander anzurechnende Leistungen (wie etwa Kindergeld, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket oder Leistungen aus dem SGB II) zu einer Leistung zusammen und **vereinfachen das System** auf diese Weise. Hierfür wollen wir auch die Schnittstellen zum Wohngeld und zu Unterhaltsvorschussleistungen besser abstimmen. Davon profitieren insbesondere Kinder von Alleinerziehenden.

Unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung besteht aus **zwei Säulen**: Sie orientiert sich nicht nur am individuellen **finanziellen Bedarf eines Kindes**, sondern berücksichtigt auch die **Infrastrukturleistungen** in Kita, Schule, Ganztagsbetreuung und Teilhabe an Förderangeboten. Die beiden Säulen „individuelle Grundsicherung“ und „institutionelle Förderung“ machen die neue Leistung aus. Wir wollen deswegen, dass auf bundes-, länder- und kommunaler Ebene mehr Strukturen wie Kita, Schule, Ganztagsbetreuung, Mittagessen, Teilhabe und Mobilität kostenfrei werden.

Wir wollen weiterhin, dass **Kinder als Teil ihrer Familie** betrachtet werden. Deswegen orientiert sich die Kindergrundsicherung am Einkommen der Eltern und schmilzt mit steigendem Einkommen ab. Sie baut gleichzeitig auf den Verbesserungen durch das Starke-Familien-Gesetz und den damit verbundenen verbesserten Leistungen im Kinderzuschlag und im Bildungs- und Teilhabepaket auf und entwickelt diese Schritt für Schritt weiter.

Mit der neuen Kindergrundsicherung wollen wir **ganzheitlich ansetzen**: Sie setzt sich deswegen aus dem Existenzminimum und dem Entwicklungsbedarf eines Kindes zusammen. Das Starke-Familien-Gesetz sichert erstmals Eltern mit kleinen Einkommen im Kinderzuschlag das Existenzminimum von 408 Euro pro Kind und Monat. Auf dieser Grundlage wird die sozialdemokratische Kindergrundsicherung konzipiert. Das Einkommen der Eltern bleibt dabei Orientierung. Die Höhe des Entwicklungsbedarfs ist noch sachgerecht zu bestimmen.

Wir wollen **Kinder aus dem SGB II-Bezug** holen. Das SGB II-System ist darauf ausgerichtet, Erwerbsuchende zu betreuen und sie in Arbeit zu vermitteln. Beides trifft auf Kinder und ihre Bedürfnisse nicht zu. Sie brauchen kindgerechte, auf Bildungs- und Teilhabechancen ausgerichtete Betreuung und Förderung. Dabei werden wir auch das bisherige Modell der Bedarfsgemeinschaft neu bestimmen und somit die Lebensentwürfe von Familien besser berücksichtigen.

Der beste Weg, Armut von Kindern zu verhindern, ist es, ihre Eltern in gut entlohnte Arbeit zu bringen. Wir erkennen auch bei der Ausgestaltung der Kindergrundsicherung den Wert der Arbeit an

und belohnen Arbeit. Deswegen ist uns wichtig, dass Eltern nicht aufgrund ihrer Kinder in Armut fallen dürfen. Wir wollen, dass es sich für Eltern mit kleinen Einkommen lohnt, mehr Erwerbseinkommen zu erzielen. Uns ist wichtig, dass Eltern nicht aufgrund ihrer Kinder in Armut fallen.

Unsere Kindergrundsicherung wird eine **unbürokratische und leicht verständliche Leistung** sein, weil sie den Familien aktiv angeboten wird und digital beantragt werden kann. Der künftige „Kinderzuschlag Digital“ ist der erste Schritt dazu.

Wir wollen, dass es jedes Kind packt. Deswegen ist uns auch **jedes Kind gleich viel wert**. Eltern mit höheren Einkommen dürfen in Zukunft nicht mehr Leistungen für die elterliche Betreuung und Erziehung erhalten, als Familien mit weniger Einkommen.

BEZAHLBARES UND SICHERES WOHNEN IN STADT UND LAND – DIE TRENDWENDE IN DER WOHNUNGS- UND MIETENPOLITIK FORTSETZEN

Bezahlbaren und qualitativ guten Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen und zu sichern, ist eine ganz zentrale soziale Aufgabe unserer Zeit. Denn es wird für viele Bürgerinnen und Bürger – nicht nur für diejenigen mit geringem Einkommen, sondern zunehmend auch für mittlere Einkommensgruppen – immer schwieriger, bezahlbare Wohnungen zu finden. Das gilt nicht nur für die Bevölkerung in den großen Städten und Ballungsgebieten, sondern auch für die in den Städten und Gemeinden im Umland der Metropolen. Wohnungsmangel dort geht zeitgleich einher mit Wohnungsleerständen in Teilen des ländlichen Raums und in strukturschwachen Städten und Regionen. Hinzu kommt, dass der qualitative Zustand von Häusern und Wohnungen vielerorts den Anforderungen an generationen- und familiengerechtes Wohnen nicht mehr genügt.

Die Wohnungsfrage ist unwiderruflich in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Und sie gehört deshalb auch langfristig und verlässlich ganz oben auf die politische Agenda als unverzichtbarer Teil unserer Politik für ein solidarisches Land und den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

Wir haben die Trendwende in der Wohnungs- und Mietenpolitik eingeleitet und müssen sie nun konsequent fortsetzen. Unsere Politik muss sich daran messen lassen, allen Bevölkerungsgruppen bezahlbares und qualitativ gutes Wohnen zu ermöglichen.

Das heißt für uns,

- dass wir die Möglichkeiten der öffentlichen Hand, auf den Wohnungsbau und die Mietenentwicklung nennenswerten Einfluss nehmen zu können, wieder ausweiten müssen, um dem Recht auf Wohnen Geltung zu verschaffen.
- dass wir Spekulation mit Grund und Boden zurückdrängen und eine am Gemeinwohl orientierte Bodenpolitik praktizieren, die alle beteiligten Akteure dazu bringt, ihren Teil zur Wohnraumversorgung beizutragen.
- dass wir weitere – auch zeitlich begrenzte – mietrechtliche Regelungen treffen müssen, um Mietpreissprünge zu verhindern, um während einer „Atempause“ in der Mietenentwicklung Zeit zu gewinnen, den Wohnungsneubau voranzutreiben.
- dass wir unsere Politik für eine soziale Stadt- und Quartiersentwicklung und bezahlbares Wohnen konsequent fortsetzen, um soziale Segregation zu vermeiden und den sozialen Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden zu stärken.

Gerade für Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen oder Renten ist die Belastung durch die Miete oft unverhältnismäßig hoch und für immer mehr Mieterinnen und Mieter nicht mehr bezahlbar. Wir wollen, dass diese Menschen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens für die Miete ausgeben müssen.

WIR BRAUCHEN EINEN „SOZIALPAKT WOHNEN“ UND EIN 10-JAHRESPROGRAMM „NEUES SOZIALES WOHNEN“

Zur Sicherung und Schaffung von mehr bezahlbarem Wohnraum wollen wir ein gesellschaftliches Bündnis schließen mit kommunalen Wohnungsgenossenschaften, Bauwirtschaft und Gewerkschaften als unseren natürlichen Partnern für bezahlbares Wohnen und eine soziale Quartiersentwicklung. Im Rahmen dieses Sozialpakts sind auch private Vermieter willkommen, die an einer nachhaltigen und sozialverträglichen Vermietung interessiert sind. Dies gilt auch für solche Immobilienkonzerne, die sich nicht länger nur ihren Aktionären verpflichtet fühlen, sondern auch ihren Mieterinnen und Mietern im Sinne einer sozialen Marktwirtschaft, die ihren Namen auch verdient. Ein solcher Sozialpakt fühlt sich der Gemeinwohlorientierung verpflichtet, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und erhält Städte als Räume für gemeinsames Lebensgefühl, Toleranz, Weltoffenheit und Freiheit.

Hinzukommen muss ein Programm für mehr soziales und bezahlbares Wohnen. Nur wenn wir den Wohnungsmarkt durch zügigen und breit angelegten Neubau von Sozialwohnungen entspannen, können wir unser Ziel erreichen, für alle Bevölkerungsgruppen ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum bereitzustellen. Wir wollen ein 10-Jahresprogramm „Neues soziales Wohnen“ auflegen und damit bis zu 1,5 Millionen neue Wohnungen schaffen – vor allem in Gebieten mit angespannter Wohnungsmarktlage. Außerdem ermöglichen wir den Kommunen, Grundstücke für sozialen Wohnungsbau und soziale Infrastruktur anzukaufen.

In schrumpfenden Regionen und ländlichen Räumen wollen wir finanzielle Mittel des Bundes zur Konsolidierung des Wohnens in Ortskernen einsetzen.

Darüber hinaus wollen wir die Gründung von kommunalen Wohnungsunternehmen unterstützen und eine neue Gemeinnützigkeit für eine dauerhafte Bezahlbarkeit von Mieten begründen.

Neues soziales Wohnen bedeutet auch, insbesondere jungen Familien den Weg zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen. Deshalb wollen wir die Förderung von Mietkaufmodellen in angespannten Wohnungsmärkten sowie die Förderung des Erwerbs von Bestandsimmobilien im ländlichen Raum als Fortsetzungsmodell des Baukindergeldes stärken.

WIR BRAUCHEN EINE GEMEINWOHLORIENTIERTE BODENPOLITIK

Die wachsende Nachfrage nach Wohnraum und die zunehmende Spekulation haben Grund und Boden in den Städten zu einem immer knapper werdenden und damit kostspieligeren Gut gemacht. Während viele Menschen bezahlbaren Wohnraum suchen, wird mehr und mehr mit leerstehendem Wohnraum und baureifen, aber nicht bebauten Grundstücken darauf spekuliert, dass die Preise weiter steigen. Dieser Entwicklung müssen wir einen Riegel vorschieben, denn auf teurem Grund kann kein bezahlbarer Wohnraum entstehen.

Die Unterstützung von kommunalen Boden- und Infrastrukturfonds, ein allgemeines kommunales Vorkaufsrecht, ein allgemeines Baugebot sowie das Gebot der Konzeptvergabe für alle Flächen im Bundeseigentum sind zielführende Instrumente auf dem Weg zu einer gemeinwohlorientierten und sozial gerechten Bodenpolitik – mit dem Ziel, Boden dauerhaft für staatliches und vor allem kommunales Handeln zu sichern.

WIR BRAUCHEN EINE WEITERENTWICKLUNG DES MIETRECHTS

Wir müssen bestehende mietrechtliche Instrumente und neue – auch zeitlich begrenzte – Maßnahmen anstoßen, um während einer „Atempause“ in der Mietenentwicklung Zeit zu gewinnen, den Wohnungsneubau voranzutreiben. Dazu gehören vor allem

- ein fünfjähriges Mietenmoratorium in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt mit Erhöhungen, die sich höchstens an der Inflationsrate orientieren,

- die heute übliche Umlage der Grundsteuer auf die Mieterinnen und Mieter zu hinterfragen,
- die Abschaffung der Ausnahmen bei der Mietpreisbremse bis auf das Neubauprivileg,
- die Abschaffung der Modernisierungsumlage in ihrer jetzigen Form und ihre Abbildung über den Mietspiegel – und bis dahin die Absenkung der Modernisierungsumlage auf maximal 4 Prozent sowie die Begrenzung auf die Amortisierungszeit,
- eine einheitliche Kündigungschutzfrist für Mieterinnen und Mieter von 15 Jahren im Falle von Umwandlungen in Eigentum,
- die weitere Einschränkung von Eigenbedarfskündigungen,
- bundesweit geltende einheitliche Kriterien für qualifizierten Mietspiegel,
- die Verlängerung des Betrachtungszeitraums für die ortsübliche Vergleichsmiete auf acht Jahre sowie
- die Wiederherstellung der Anwendbarkeit des § 5 Wirtschaftsstrafgesetz.

GUTES UND BEZAHLBARES WOHNEN IST UND BLEIBT ELEMENTARER BESTANDTEIL UNSERER SOZIALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Bezahlbarer Wohnraum für alle, lebendige Innenstädte und behutsame Entwicklungen in Verflechtungsgebieten in allen Regionen gehören für uns zusammen. Unser Ideal bleibt die durchmischte Stadt: Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten sollen genauso nebeneinander leben können wie Arbeiten und Wohnen im Quartier möglich sein müssen.

Mit den Programmen der Städtebauförderung in ihrer Vielfalt unterstützen wir erfolgreich die Aufwertung von Quartieren, den notwendigen Stadtumbau und unsere Städte und Gemeinden bei der Entwicklung und Aufwertung benachteiligter Quartiere. Insgesamt 1 Mrd. Euro stehen derzeit jährlich für die Städtebauförderprogramme zur Verfügung. Diesen Standard gilt es zu sichern und bei Bedarf weiter zu erhöhen.

Im Zuge von Digitalisierung und Klimawandel brauchen wir darüber hinaus eine gesellschaftspolitische Gesamtstrategie, die die Themen Digitalisierung, Klimawandel, Arbeit, Wohnen, Mobilität, Bildung und Gesundheit intelligent und nachhaltig miteinander verknüpft. Dabei gilt: „Smart Cities“ und „Smart Countries“ bedingen sich gegenseitig. Deshalb brauchen wir eine nachhaltige Kooperation aller föderalen Ebenen und die Stärkung der Regionen.

Unser Versprechen: die Trendwende in der Wohnungs- und Mietenpolitik unumkehrbar machen
Gutes und bezahlbares Wohnen ist und bleibt eine ganz zentrale soziale Frage unserer Zeit – und damit eine politische und gesellschaftliche Daueraufgabe, der wir uns mit aller Kraft weiter widmen werden. Wir wollen die eingeleitete Trendwende unumkehrbar machen. Gutes und bezahlbares Wohnen zu sichern in der Stadt und auf dem Land, ist eine anspruchsvolle politische wie gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe, der wir uns in den kommenden Jahren weiter engagiert widmen werden. Denn wir wollen die zunehmende soziale Segregation, die auch den sozialen

Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet, wieder zurückdrängen. Eine soziale Wohnungs- und Mietenpolitik, die allen Menschen ein verlässliches Zuhause garantiert, festigt den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.

ZUSAMMENHALT UND GEMEINWOHL IN DER PFLEGE

Wir wollen, dass Menschen im Alter gut und in Würde leben können. Das muss auch für die gelten, die pflegebedürftig sind. Dafür wollen wir unser Pflegesystem verbessern.

Mit seinem Beschluss vom 8. April 2019 hat der SPD-Parteivorstand die Grundlagen für eine nachhaltige, solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung gelegt. Wir wollen das Solidaritätsprinzip in der Pflegeversicherung stärken. Es ist unser Ziel, Pflegebedürftige und Angehörige zu entlasten und die wachsenden Kosten bei Pflegebedürftigkeit solidarisch zu tragen. Die Pflege-

versicherung muss vor Armut schützen. Alle sollen eine gute und menschenwürdige Pflege im Alter erhalten, wenn sie dies benötigen.

Wir werden künftig deutlich mehr Pflegepersonal und eine bedarfsgerechte Personalbemessung brauchen, wenn wir in Zukunft eine hochwertige und würdevolle pflegerische Versorgung sicherstellen wollen. Für uns bedeutet dies ein klares Bekenntnis zum Wert der Arbeit. Dazu gehören vor allem Anerkennung und Aufwertung der Berufe in der Pflege. Wir müssen für die Pflege bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erreichen. Mit dem Gesetz für bessere Bezahlung in der Pflege haben wir die politischen Voraussetzungen geschaffen, die Bezahlung in der Pflege über Tarifverträge zu verbessern. Für den Fall, dass dies nicht gelingt, können nach Qualifikationsstufen differenzierte Mindestlöhne über die Mindestlohnkommission vorgegeben werden. Weil es nicht sein kann, dass Menschen, die in einem für die Gesellschaft so wichtigen Beruf wie der Pflege arbeiten wollen, für ihre Ausbildung bezahlen müssen, schaffen wir zum 1.1.2020 das Schulgeld für die Pflegeausbildung ab.

Neue Ausrichtung der Pflegeversicherung

Mit den Pflege-Stärkungsgesetzen sind die Leistungen für Pflegebedürftige, insbesondere bei Altersdemenz, stark verbessert worden. In dieser Legislaturperiode steht die Verbesserung der personellen Ausstattung der stationären Pflegeeinrichtungen im Vordergrund, um mehr Zeit für Zuwendung zu erreichen. Aber: Leistungsverbesserungen insbesondere beim Personal verursachen höhere Kosten. Die derzeitige Konstruktion der Pflegeversicherung führt dazu, dass Kostensteigerungen automatisch allein zulasten der Pflegebedürftigen gehen. Deshalb schlagen wir einen grundsätzlichen Systemwechsel in der gesetzlichen Pflegeversicherung vor.

Eigenanteile begrenzen, Pflege nachhaltig finanzieren

Wir drehen das Prinzip der Pflegeversicherung um: Nicht die Leistungen der Pflegeversicherung werden begrenzt, sondern die Eigenanteile der Pflegebedürftigen. Das Angehörigen-Entlastungsgesetz, das unterhaltsverpflichtete Kinder von pflegebedürftigen Eltern, die Leistungen der Hilfe zur Pflege erhalten, entlastet, ist dabei ein wichtiger Schritt. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden auch zukünftig von den Pflegebedürftigen geleistet, wie es auch bei Unterbringung im eigenen Zuhause der Fall ist.

Um die Begrenzung der Eigenanteile der Pflegebedürftigen zu finanzieren, wollen wir folgende Maßnahmen ergreifen.

- **Erstens:** Pflege, die nur aus medizinischen Gründen erfolgt, soll künftig vollständig von der Krankenversicherung bezahlt werden. Im Gegenzug soll die Pflegeversicherung mehr tun, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.
- **Zweitens:** Die Pflegeversicherung soll mit einem Steuerzuschuss an den Ausgleichsfonds zusätzlich finanziert werden, um etwa die beitragsfreie Mitversicherung von Familienangehörigen oder die Beitragsleistungen an die Rentenversicherung mitzufinanzieren.
- **Drittens:** Moderate Erhöhungen des einkommensbezogenen Pflegeversicherungsbeitrags sind sinnvoll und gerechtfertigt, um das Mehr an besserer Pflege solidarisch zu finanzieren.

Solidarische Bürgerversicherung als Vollversicherung in der Pflege

Gute Pflege muss gut und solidarisch gerecht finanziert sein. Wir wollen die Einführung einer Pflegebürgerversicherung, in der alle versichert sind. Private und soziale Pflegeversicherung decken bereits heute die gleichen Leistungen ab. Allerdings entstehen den privaten Versicherern deutlich geringere Kosten pro Versichertem, da sie in der Regel Menschen mit höherem Einkommen und

geringerem Risiko der Pflegebedürftigkeit versichern. So können sie hohe Rücklagen anhäufen, die der Solidargemeinschaft zur Sicherung einer würdevollen Pflege fehlen. Die Rücklagen der privaten Pflegeversicherung von rund 35 Mrd. € sollen im Zuge der Umstellung in dem Umfang, der verfassungsrechtlich möglich ist, für die solidarische Finanzierung der Pflegerisiken und gute Qualität in der Pflege verwendet werden.

Zur nachhaltigen und solidarischen Finanzierung der Pflegeversicherung streben wir einen ausgewogenen Mix aus Beitrags- und Steuermitteln sowie in begrenztem Umfang aus Eigenbeiträgen (bis zur Einführung der Vollversicherung) an. Die Alterungsrückstellungen der Privatversicherten sollen im verfassungsrechtlich zulässigen Rahmen für die Finanzierung der Pflege aufgewendet werden.

Wir werden nach der Deckelung der Eigenanteile den Ausbau zu einer solidarischen Pflegevollversicherung voranbringen, wenn die Finanzierung durch eine Bürgerversicherung gewährleistet ist. Dazu erfolgt das solidarische Tragen der umfassenden Pflegeleistungen ohne Eigenanteil und die Abschaffung des gedeckelten Eigenanteils. Die Umsetzung wird mit der Einführung der Bürgerversicherung verbunden. Durch die Einbeziehung von Privatversicherten in die Finanzierung können die Arbeitnehmer und Arbeitgeberbeiträge entlastet und die Kosten einer Vollversicherung gerecht auf alle verteilt werden. Privat Versicherte zahlen einkommensbedingt zumeist höhere Beiträge bei gleichzeitig niedrigeren Leistungsausgaben pro Pflegefall. Dies führt zu einer nachhaltigeren Finanzierung der Pflege insgesamt.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, die Deckelung der Leistungen der Pflegeversicherung für Menschen mit Behinderung abzubauen. Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Teilhabe, auf Gleichstellung und Selbstbestimmung. Sie erhalten im Rahmen einer Pflegebürgerversicherung einen vollwertigen und gleichberechtigten Zugang zu den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung.

Auch bei einer Pflegevollversicherung werden die Kosten der Unterkunft und Verpflegung aus dem Alterseinkommen selbst getragen, da sie mit den Lebenshaltungskosten in der eigenen Häuslichkeit vergleichbar sind.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf – das Familienpflegezeitgesetz

Pflegezeit und Familienpflegezeit bieten eine Grundlage dafür, dass Erwerbstätige/Beschäftigte zur Pflege von Angehörigen ganz oder teilweise beruflich pausieren. Die Doppelbelastung aus Pflege und Beruf und die finanziellen Einbußen bei Arbeitszeitreduzierung sind aber für viele Menschen weiterhin nur schwer zu kompensieren. Deshalb wollen wir vorhandene Angebote weiter ausbauen und einen Anspruch auf Pflegezeit mit Lohnersatzleistung erreichen, der dem von Elternzeit und Elterngeld entspricht. Wir schlagen die Zusammenführung des Pflegezeitgesetzes und Familienpflegezeitgesetzes zu einem Familienpflegezeitgesetz vor.

Die gegenwärtige Berücksichtigung von Pflege in der Rente ist aus unserer Sicht nicht ausreichend und erkennt, dass die Pflege von Familienangehörigen einen ähnlichen Stellenwert verdient wie die Kindererziehung. Wir sollten deshalb prüfen, inwieweit für die Pflege von Familienangehörigen/Eltern Entgeltpunkte wie bei der Kindererziehung und entsprechende Beitragszahlungen durch den Bund möglich sind.

Reform der Leistungen in der stationären und ambulanten Pflege und Versorgung

Wir wollen weiter das Ziel verwirklichen, dass die Leistungen dem Bedarf folgen und nicht umgekehrt. Die Pflegebedürftigen stehen bei uns im Mittelpunkt. Dazu wollen wir die Struktur der Pflegeleistungen so reformieren, dass sie passgenau an den Pflegebedarf vor allem in der stationären Pflege angepasst werden können.

Eine Neuorientierung für die stationäre Versorgung – „Gepflegtes“ Wohnen und Leben: Das Leben im selbstgewählten Wohnumfeld bleibt das Ziel unserer Pflegepolitik. Gleichzeitig gibt es Lebenssituationen, in denen eine gute stationäre Versorgung das Mittel der Wahl ist. Wir wollen vom „Heim- und Unterbringungsbegriff“ in der stationären Versorgung weg und den Weg in eine zeitgemäße Ausgestaltung von selbstbestimmten stationärem Leben und Wohnen ermöglichen – wir wollen vom Pflegeheim zum Pflegewohnhaus, in dem gepflegtes Wohnen und Leben stattfinden kann.

Dazu brauchen wir einen Umbau der stationären Pflegeeinrichtungen in eine Einrichtung, die neuen Wohnformen, wie z. B. Wohngruppen oder Servicewohnen unter dem Dach einer stationären Einrichtung ähnlich sind – das Pflegewohnhaus. Pflegebedürftige sollen bei einer stationären Versorgung nicht mehr auf das zumeist unflexible Komplettangebot der Einrichtung angewiesen sein. Vielmehr soll die Unterbringung auch in einer stationären Einrichtung dem Charakter des eigenen Zuhauses entsprechen. Pflegerische Leistungen sowie weitere Versorgungs- und Betreuungsleistungen sollen bedarfsgerecht im Rahmen des selbstbestimmten Pflege-Wohnen-Arrangements angeboten werden. Somit gleicht die stationäre Versorgung der Zukunft eher einem Kombinationsmodell von neuen Wohnformen und stationär erbrachten Pflegeleistungen.

Die Grundlage für ein solches Pflege-Wohn-Modell der Zukunft wird mit einer Reform der Leistungsstruktur der Pflegeversicherung geschaffen. Um eine passgenaue modulhafte Erbringung von Pflegeleistungen im Pflegewohnhaus zu ermöglichen, muss die Finanzierung bedarfsgerecht und frei kombinierbarer Leistungen an die Stelle der heutigen pauschalen stationären Pflegesätze treten. Damit wird auch die Kombination von ambulanten und stationären oder teilstationären Leistungen besser möglich.

Besserer Zugang und mehr Transparenz bei den ergänzenden Versorgungsleistungen, kompetente Pflegeberatung

Schon heute können zusätzliche Versorgungsleistungen und Alltagshilfen, die nicht im engeren Sinn „Pflege“ sind, jedoch zu einer umfassenden Versorgung im Alltag dazugehören, über die Pflegeversicherung finanziert werden. Vielen Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen fehlt es dabei oft an einfachen Informationen, welche Leistungen verfügbar sind und wie und in welchem Umfang diese von der Pflegeversicherung erstattet werden können. Deshalb fordern wir die rasche Umsetzung des im Koalitionsvertrag vereinbarten Entlastungsbudgets, mit dem solche Leistungen gebündelt und niedrigschwellig finanzierbar werden. Wir wollen ebenso die Pflegeberatung zu Pflegeelotsen ausbauen und dadurch mehr aufsuchende Pflegeberatung zu Hause ermöglichen.

Pflegevermeidung fängt mit guter Beratung an. Deshalb wollen wir einen präventiven Hausbesuch als eine umfassende Beratung für das Leben, Wohnen und pflegerische Versorgung im Alter als Leistung der Kommunen fördern. Der präventive Hausbesuch soll aus einem Mix von Mitteln der Pflegeversicherung sowie Mitteln für Prävention der Krankenkassen finanziert werden.

Zudem wollen wir das in der Pflegeversicherung bereits heute verankerte Recht auf ein Fallmanagement effektiv umsetzen. Pflegebedürftige und Angehörige haben ein Recht darauf, dass alle Leistungen der Pflege und der Versorgung bedarfsgerecht im Lebensverlauf angepasst werden. Dazu bedarf es einer kontinuierlichen Begleitung der Lebenslage und entsprechende Anpassungen der bedarfsgerechten Leistungen.

Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege

Bessere, bedarfsgerechte Pflegeangebote und mehr Teilhabemöglichkeiten werden in den Kommunen organisiert. Wir wollen die Kommunen stärker in die Lage versetzen, in moderne Pflegeinfrastrukturen und Wohnmöglichkeiten zu investieren, oder deren Bau und Entwicklung zu fördern. Dazu legt der Bund einen Strukturfonds auf, der von den Kommunen kofinanziert werden soll.

Die Höhe der Kofinanzierung richtet sich nach dem Umfang der Mittel, die bei der Hilfe zur Pflege durch die Deckelung/Aufhebung der Pflege-Eigenanteile eingespart werden.

Pflege als Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge

Ein würdevolles Leben auch bei Pflegebedürftigkeit ist ein sozialpolitisches Versprechen, auf das sich alle Menschen verlassen können müssen. Pflege ist für uns deshalb Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Versorgungssicherheit und Qualität müssen Vorrang haben vor gewinnorientierter Marktlogik. Auch private Pflegeeinrichtungen leisten ihren Beitrag zur pflegerischen Versorgung. Und jede Einrichtung – ob privat oder freigemeinnützig – muss Überschüsse erwirtschaften, damit sie in die Pflege investieren kann. Aber spekulative Gewinne zu Gunsten anonymer Anleger*innen oder Investor*innen lassen sich nicht mit der Würde der Pflege und einem solidarisch finanzierten Versicherungssystem vereinbaren.

Die momentane gesetzliche Vorrangregelung für Private im §11 SGB XI wollen wir darum aufheben.

Ziele für eine zukunftsfähige Rente

Die Absicherung im Alter ist ein Kernversprechen unseres Sozialstaats. Gerade in Zeiten des gesellschaftlichen und ökonomischen Umbruchs stellt sie eine wesentliche Voraussetzung für das Vertrauen in Staat und Politik dar. Rentenpolitik ist, anders als manche glauben machen wollen, kein Konflikt zwischen Alt und Jung. Im Gegenteil: Von einer mutigen und gerechten Rentenpolitik profitieren die heute Jungen in Zukunft ebenso wie die jetzigen Rentnerinnen und Rentner.

Für uns gilt vor allem: Die Teilhabe am Erwerbsleben ist von zentraler Bedeutung für jeden Menschen. Für seine Lebenschancen für ein eigenständiges, selbstbestimmtes Leben, das den unterschiedlichen individuellen und familiären Bedingungen Rechnung trägt. Für die Mehrzahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es nicht möglich und auch nicht wünschenswert, die Erwerbsarbeit im Alter fortzusetzen, um den Lebensstandard verlässlich zu sichern. Auch können die meisten dazu nicht auf Ersparnisse oder private Versicherungen zurückgreifen. Notwendig und historisch bewährt ist stattdessen ein starkes öffentliches soziales Sicherungssystem, das eine Kopplung der Rentnerinnen und Rentner an die allgemeine Wohlstandsentwicklung zuverlässig sichert.

Zentral sind für die SPD deshalb folgende Ziele:

- Das Kernversprechen des Sozialstaats sichern: Die dynamische gesetzliche Rente bleibt die Grundlage für ein ausreichendes Einkommen nach der Erwerbstätigkeit und bei Erwerbsminderung,
- Alterssicherung geschlechtergerecht gestalten und Benachteiligungen von Frauen abbauen,
- Familien unterstützen und Sorgearbeit besser absichern,
- Anerkennung von Lebensleistung sichern: Einführung einer Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung
- Sicherung des Lebensstandards durch die langfristige Stabilisierung des Rentenniveaus und die Teilhabe der Rentnerinnen und Rentner an der Lohnentwicklung,
- Lebensrealitäten anerkennen: Keine Erhöhung der Regelaltersgrenze.
- Die Rente auf breite Schultern stellen: Konkrete Schritte zur Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen.
- Reform der privaten und betrieblichen Altersvorsorge hin zu einer zugänglichen, einfachen und transparenten Vorsorge.
- Faire Lastenverteilung: Die Gewährleistung einer langfristigen Finanzierung der gesetzlichen Rente durch einen Mix aus angemessenen Beiträgen und Steuermitteln

Die Kommission „Zukunft der Alterssicherung“ des Parteivorstands hat zu diesen Zielen zahlreiche Vorschläge erarbeitet und Überlegungen diskutiert, die in ihrem Zwischenbericht formuliert sind. Dies sind wichtige Wegmarken für die Zukunft der Alterssicherung, die einer weiteren Erörterung bedürfen.

Im Zentrum der gegenwärtigen Debatte zur Rente steht zu Recht die Grundrente. Sie ist zentral für viele Menschen, die erwarten, dass ihre Leistung jahrzehntelanger Arbeit im Alter anerkannt wird mit einer armutsfesten Rente.

Die Regierungskommission „Verlässlicher Generationenvertrag“ hat ihre Arbeit noch nicht abgeschlossen. Es ist deshalb richtig, die Vorschläge und Überlegungen des Zwischenberichts der Kommission „Zukunft der Alterssicherung“ im kommenden Jahr genau zu prüfen, zu bewerten und auf einem Parteikonvent 2020 zum Thema „Zukunft der Alterssicherung“ abschließend zu beraten.

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 28. September 2019

ORGANISATIONSPOLITISCHE NEUAUFSTELLUNG

SCHLAGKRAFT SOLIDARISCH STÄRKEN

Die Bundesparteitage 2017 und 2018 haben dem SPD Parteivorstand den Auftrag gegeben, unsere Organisation für die Zukunft aufzustellen und zu verändern.

Wir wollen auf allen Ebenen eine moderne und starke Organisation werden, die bereit ist, ihre Strukturen immer wieder zu hinterfragen und auf der Höhe der Zeit zu halten. Wir wollen ein spannender Ort der politischen Debatte sein. Wir sind überzeugt: Die SPD wird stark, wenn sie zurückfindet zur programmatischen und sprachlichen Klarheit. Die SPD wird stark, wenn sie ihre neue Debattenkultur, wie auf den Dialogveranstaltungen erfahren, fortsetzt, Beteiligungsmöglichkeiten für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ausbaut und mehr Mitglieder einbindet. Und die SPD wird stark, wenn sie die Vielfalt der Gesellschaft und ihrer Mitgliedschaft stärker für sich nutzt.

Mit dem vorliegenden Antrag legen wir unsere Vorschläge vor, mit denen wir Antworten auf gesellschaftliche und politische Veränderungen geben. Wir werden Beteiligungsmöglichkeiten ausbauen und modernisieren. Wir werden in unseren Strukturen näher zusammenrücken. Und wir werden neue Netzwerke knüpfen, um in Zukunft als Partei und Organisation deutlich schlagkräftiger zu werden.

Wir reagieren damit auch auf eine veränderte Kommunikation, gewachsene Beteiligungswünsche und eine zunehmend individualisierte Perspektive auf politische Prozesse und Themen. Diese fordern uns, neue Wege der Verständigung und der Aushandlung zu finden. Neben den organisatorischen Veränderungen ist eine Veränderung unserer politischen Kultur zentral. Wenn Präsidium und Parteivorstand als politischer Aufsichtsrat handeln, übernimmt keiner Verantwortung und es kommt nicht zu einer gemeinsamen Strategie. Das zeigte uns die Analyse „Aus Fehlern lernen“, die der Auswertung der Bundestagswahl 2017 diente. Die Empfehlung der Analyse war deutlich: Die kollektive Verantwortungslosigkeit, die die letzten Jahre geprägt hat, muss ein Ende finden.

Deshalb muss die Führungsspitze in Präsidium und Parteivorstand verschlankt und Verantwortung neu definiert und zugeschrieben werden. Klar muss aber auch sein: Jeder Genosse, jede Genossin – vom einfachen Mitglied bis hinauf zum Präsidiumsmitglied – trägt Verantwortung für den Zustand der Partei, im Guten wie im Schlechten.

Unsere Ressourcen haben sich darüber hinaus in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verringert. Unser Erfolg in der Zukunft hängt deshalb maßgeblich davon ab, mit den vorhandenen Ressourcen verantwortlich umzugehen und diese optimal an unserer politischen Strategie orientiert einzusetzen.

Diese Annahmen sind Grundlage für unsere organisationspolitischen Empfehlungen. Jetzt heißt es, Konsequenzen zu ziehen.

DA WOLLEN WIR HIN

„Die Kultur einer Organisation ist wie ein Mosaik. Sie müssen schon sehr viele kleine Steinchen verändern, um ein neues Bild zu schaffen.“
Inaki Lozano

Unsere Reformvorschläge folgen deshalb diesen Prämissen:

- Wir wollen mehr Beteiligung. Voraussetzung für Beteiligung ist eine stringente Führung in kleineren Gremien, die Prozesse transparent gestaltet und eine gemeinsame Verantwortung wahrnimmt.
- Wir brauchen neue Möglichkeiten der Beteiligung und eine Neugestaltung der Aushandlungsprozesse zwischen den Ebenen, den Mitgliedern, den Gremien und mit den Bürgerinnen und Bürgern.
- Wir setzen auf ein neues Führungsverständnis, bei dem in Teams die gemeinsame Sache in handlungsfähigen Gremien diskutiert und entschieden wird.
- Wir wollen neue Kompetenzen entwickeln, die sich aus Vielfalt speisen und mit denen wir die Zukunftsfragen unserer Zeit beantworten.

Wir wissen, dass nicht jeder Vorschlag sofort funktioniert und dass sich manche Ideen weiter entwickeln müssen, so wie sich auch unsere Gesellschaft weiter entwickeln wird. Wir setzen deshalb auf ein inkrementelles Verständnis von Organisationsentwicklung und schlagen vor, die neuen Instrumente in Modellversuchen zu erproben und gemeinsam weiterzuentwickeln.

STRUKTUREN UND BETEILIGUNG – NEUE MÖGLICHKEITEN UND WEGE

Mehr Beteiligung heißt für uns neue Möglichkeiten der Beteiligung zu schaffen und die Bestehenden neu zu ordnen.

Onlinethemenforen

Engagement verändert sich. Wir wollen die vielfältigen Perspektiven und Ansätze unserer Mitglieder einbeziehen und schaffen deshalb mit Onlinethemenforen eine neue Möglichkeit zur Mitarbeit in der SPD. In den Onlinethemenforen, mit deren Umsetzung wir noch 2020 beginnen wollen, kann zukünftig unabhängig von Funktion und Region an der Entwicklung von Themen gearbeitet werden. Themenforen ergänzen zusätzlich zur Mitwirkung in den Ortsvereinen und in den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeiten zur politischen Willensbildung in der SPD. Sie arbeiten ohne neue formale Strukturen und Hierarchien aber mit gemeinsamen Spielregeln und sind damit ein Baustein einer politischen Willensbildung 4.0.

Themenforen

- nehmen Impulse aus der gesellschaftlichen Debatte auf.
- sichern eine ortsungebundene und digitale Teilhabe an politischen Prozessen direkt ab Beginn der Mitgliedschaft.

- ermöglichen Vernetzung von Mitgliedern über die regionalen Strukturen hinaus.
- sind transparent und bündeln die Kompetenzen innerhalb der SPD.

Als neuer Teil der Willensbildung der SPD entsenden Onlinethemenforen beratende Delegierte und haben Antragsrecht auf dem Bundesparteitag. Die Satzungen der Gliederungen können vorsehen, dass Online-Themenforen beratende Delegierte zum Parteitag der jeweiligen Ebene entsenden können und ihnen das Antragsrecht zusteht.

Ein neues Themenforum kann sowohl aus der Mitgliedschaft als auch von den Vorständen vorgeschlagen werden. Sie eröffnen den Mitgliedern auch für die Schwerpunkte des Parteivorstands neue Möglichkeiten, an der Diskussion teilzuhaben. Um Doppelungen zu vermeiden und einen zielgerichteten Einsatz unserer Ressourcen zu sichern, werden sie abgestimmt zwischen Parteivorstand und dem aus der Runde der Bezirks- und Landesvorsitzenden neu einzusetzenden Länderrat eingerichtet. Die Zahl der Foren ist begrenzt. Sie werden zeitlich befristet eingesetzt. Bei der Entscheidung, welche Themenforen eingesetzt werden sollen, können auch Online-Befragungen der Mitglieder durchgeführt werden.

Die Einsetzung eines neuen Themenforums ist an Kriterien gebunden: Der Vorschlag für ein Themenforum muss entweder von mindestens fünfzig Mitgliedern aus vier Landesverbänden/Bezirken, darunter mindestens 50 % Frauen kommen oder Ergebnis einer Meinungsumfrage unter den Mitgliedern sein. Foren bilden thematisch passende Unterforen.

Bei den Foren handelt es sich um eine rein digitale Struktur. Die Hierarchieebenen der Partei werden nicht nachgebildet. Jedes Mitglied kann Mitglied eines oder mehrerer Themenforen werden. Themenforen sollen heterogen zusammengesetzt und nicht von einigen wenigen Mitgliedern dominiert werden. Deshalb kann jedes Mitglied in max. 2 Themenforen aktiv sein, es kann die Forenmitgliedschaft alle 12 Monate wechseln. Nichtmitglieder können auf Vorschlag eingeladen werden. Dabei gilt der Grundsatz: Wer mitdiskutieren will, muss nicht Mitglied sein, wer mitentscheiden will, muss Mitglied sein.

Regeln, Standards für Einladungsversand werden in einer gesonderten Richtlinie durch den SPD Parteivorstand festgelegt. Themenforen werden moderiert. Anträge können in den Unterforen der Themenforen erarbeitet werden. Die Entscheidung über einen Antrag und dessen Weiterleitung trifft aber das übergeordnete Themenforum. Anträge werden auf dem Parteitag durch beratende Delegierte eingebracht, die auf dem Parteitag Rederecht haben. Die beratenden Delegierten müssen Mitglieder sein und werden spätestens alle zwei Jahre durch die Mitglieder der Themenforen neu benannt. Es können maximal 2 beratende Delegierten für den Parteitag bestimmt werden, diese müssen paritätisch besetzt sein.

Voraussetzung für das Einbringen eines Antrags ist das Erreichen einer Relevanzgröße für die Befassung von Anträgen, d.h. erst

- bei Erreichen eines Quorums an aktiv beteiligten Mitgliedern eines Themenforums bei der Erarbeitung eines Antrages und
- einer mehrheitlichen Zustimmung der beteiligten Mitglieder eines Themenforums
- der Beteiligung von 40 % Frauen im Themenforum

kann der Antrag an den Parteitag weiter geleitet werden.

Von Anfang an ist die Beteiligung von Frauen sicherzustellen und zwar bereits bei der Initiierung eines Themenforums, durch paritätische Sprecherinnen sowie durch formale Regeln beim Antragsrecht. Nach vier Jahren entscheidet ein Bundesparteitag darüber, ob die Themenforen beibehalten werden sollen. Die Kriterien für die Evaluation werden in den Verfahrensrichtlinien festgelegt.

STRUKTUREN UND BETEILIGUNG – NEUE MÖGLICHKEITEN UND WEGE

MITGLIEDERBEIRAT

Wir wollen einen Ort schaffen, der die Möglichkeit eröffnet, jenseits von Entscheidungsstrukturen und Wahlen Themen in die politische Diskussion der Vorstände einzuspeisen.

Mit einem zweijährigen Modellversuch soll ein Mitgliederbeirat eingerichtet werden, der jeweils für ein Jahr zusammenarbeitet. Damit schaffen wir einen agilen Diskursraum, der Beschreibungsempfehlungen für den Parteivorstand entwickelt und drängende Themen unserer Zeit aus der Perspektive der Mitgliedschaft identifiziert und transportiert.

Der Mitgliederbeirat besteht jeweils aus zwanzig zufällig ausgewählten Mitgliedern und ist paritätisch zusammengesetzt. Er berichtet an den Parteivorstand und die Sitzung der Bezirks- und Landesvorsitzenden.

Der Mitgliederbeirat kommt regelmäßig in Web-Konferenzen zusammen. Einmal im Jahr findet eine Präsenzsitzung statt. Ein Mitglied des Präsidiums wird bestimmt, regelmäßig an den Terminen teilzunehmen, im Parteivorstand über die Arbeit zu berichten und die Vorlagen des Mitgliederbeirats einzubringen. Auf dem Parteitag und dem Konvent können sie zu ihrer Arbeit berichten.

ZUKUNFTSWERKSTATT

Der Parteivorstand wird beauftragt, auf Grundlage der Überlegungen der Organisationspolitischen Kommission die Einrichtung einer Zukunftswerkstatt vorzubereiten. In der Zukunftswerkstatt wollen wir mit Phantasie neue Ideen zu Fragen entwickeln, die uns und die Bürger*innen bewegen und um damit unsere politischen Diskussionen um einen neuen Blick anzureichern.

PARTEIKONVENT

Der Parteikonvent bleibt beschlussfassendes Gremium zur politischen Willensbildung zwischen Parteitag. Er muss sich aber verändern und mehr Raum für Diskussion und breite demokratische Beteiligung schaffen.

Deshalb soll der Parteikonvent in Zukunft einmal im Jahr zweitägig stattfinden und von neuen Möglichkeiten für die Entwicklung und Diskussion von Themen ermöglichen. Der Konvent soll deshalb zukünftig öffentlich stattfinden.

Mit einer innovativen Debattenform wollen wir eine neue Entscheidungskultur etablieren. Deshalb wollen wir den Parteikonvent mit dem Debattencamp kombinieren und hierfür den Konvent auf 150 Delegierte verkleinern.

Für den Konvent können zukünftig Themenvorschläge vorab vorgeschlagen werden. Einreichen können diese Delegierte, Mitglieder und Gäste. Die Antragskommission lässt den Veranstalter von Sessions vorab die themenbezogenen Anträge zukommen. Die Veranstalter sind dazu verpflichtet, diese inhaltlich einzubinden bzw. zur Diskussion zu stellen. Es ist ein geringer Anteil an freien Sessions für Delegierte zu reservieren, die diese spontan zu den Themen, zu denen Anträge vorliegen anbieten können.

So wird der Parteikonvent zukünftig stattfinden:

- Der Parteikonvent eröffnet Samstagvormittag und entscheidet zu welchen Anträgen auf dem Konvent entschieden werden soll. Hierzu wird ohne Beratung abgestimmt. Der Parteikonvent wird sodann für Mitglieder und Gäste geöffnet und in das Debattencamp überführt.
- In thematischen Workshops werden die Themenschwerpunkte dann miteinander diskutiert und es entsteht ein gemeinsames Meinungsbild. Die Delegierten beteiligen sich an den

Workshops. In den Workshops können Änderungsanträge zu den vorliegenden Anträgen erarbeitet werden und ggf. auch Anträge erarbeitet werden.

- Der Parteikonvent stimmt über die Beratungsergebnisse der Workshops mit knapper Aussprache ab.

Der Parteivorstand nimmt in Zukunft beratend am Parteikonvent teil. Grundmandate sind paritätisch zu besetzen.

WIR SCHÄRFEN UNSERE BETEILIGUNGSTRUMENTE

Mitgliederbegehren, -entscheid und -votum finden zu Sachentscheidungen statt. Ihre Ergebnisse sind verbindlich. Sie sind ein reines Mitgliederrecht.

- **Mitgliederbegehren** als Instrument der Willensbildung von „unten nach oben“ werden online durchgeführt. Sie können von 1 % der gesamten Mitgliedschaft der Partei aus mindestens 10 Unterbezirken aus drei Bundesländern gestartet werden. Sie müssen spätestens 3 Wochen vor dem gewünschten Starttermin schriftlich angezeigt werden. Zu einem Top eines bereits einberufenen Parteitags kann kein Mitgliederbegehren gestartet werden. Die Initiator*innen müssen eine Datenschutzerklärung unterzeichnen, vorher kann das Begehren nicht gestartet werden. Ein Mitgliederbegehren kommt zustande, wenn es innerhalb von drei Monaten von 20 % der Mitglieder unterstützt wird.
- Ein **Mitgliederentscheid** findet statt, wenn der Parteivorstand einem erfolgreichen Mitgliederbegehren nicht stattgegeben hat; ein Parteitag dieses mit einfacher Mehrheit; ein Parteikonvent mit 2/3 Mehrheit beschlossen oder auf Antrag von 2/5 der Bezirks- und Landesvorstände.
- Brief-, Urnen- und Onlineabstimmung sollen möglich sein.
- Ein **Mitgliedervotum** findet nur infolge eines Beschlusses des Parteivorstandes mit 3/4 Mehrheit statt. Die Abstimmung kann Online, per Brief- oder als Urnenabstimmung durchgeführt werden. Die Abstimmungsinstrumente können auch verbunden werden.

Eine Mitgliederbefragung dient der Beteiligung der Mitglieder bei Personalentscheidungen und ist dann möglich, wenn es mehrere Kandidat*innen gibt. Die Mitgliederbefragung muss formal unverbindlich bleiben, da nach Wahl- und Parteiengesetz letztlich ein Parteitag bzw. eine Aufstellungsversammlung entscheidet. Der Parteivorstand wird gebeten, im Anschluss das Verfahren zu evaluieren und zu entscheiden, wie in Zukunft bei der Mitgliederbefragungen zur Wahl des Parteivorsitzes vorgegangen werden soll. Der/Die Kanzlerkandidat*in können durch eine Urwahl bestimmt werden. Das ist bereits im Statut geregelt.

NEUES FÜHRUNGSVERSTÄNDNIS

PARTEIVORSTAND

In der Vergangenheit ist es dem Parteivorstand nicht ausreichend gelungen, aus einzelnen Positionen eine gemeinsame Politik zu entwickeln. In komplexen Organisationen und Gesellschaften geht es heute aber nicht mehr darum, dass einer sagt, wo es lang geht. Wir brauchen ein Führungsverständnis, dass das Zusammenbringen unterschiedlicher Perspektiven ermöglicht, daraus aber eine gemeinsame und gemeinsam getragene Strategie entwickelt.

Mit unserem Verständnis eines Parteivorstandes als gleichberechtigtes Team tragen wir dieser Veränderung Rechnung. Angesichts der komplexen Aufgaben ist das die Chance, Verantwortung gemeinsam zu tragen und Prozesse in Zukunft transparenter zu machen. Wir ermöglichen vor

diesem Hintergrund die Doppelspitze, ohne den Weg für Einzelvorsitzende zu verschließen. Entscheidend ist für uns, dass der Parteivorstand seine Verantwortung als Team wahrnimmt.

Wir folgen außerdem den Empfehlungen aus der Analyse „Aus Fehlern lernen“ und verkleinern den Parteivorstand und die Zahl der Stellvertreter*innen. Wir sind sicher, dass ein Vorstand nicht größer als 34 Personen groß sein sollte und 3 Stellvertreter*innen ausreichend sind. In diesem sollen alle Landesverbände und Bezirke vertreten sein. Die internationalen Themen sollen vom Beauftragten für Internationales und Europa in der sozialdemokratischen Familie vertreten werden. Parteivorstandsmitglieder übernehmen in Zukunft wieder stärker Verantwortung für Prozesse und sind Mittler zwischen der Bundesebene und den Regionen. Durch klare Zuständigkeiten ist auch für die Mitglieder erkennbar, wer welche Verantwortung übernommen hat. In der Vorstandssitzung ist zukünftig ausreichend Zeit, strategische Fragestellungen im gemeinsamen Gespräch zu erörtern.

Die umfassende Neuaufstellung des Willy-Brandt-Hauses und die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs, in dem das WBH als Wahlkampfzentrale fungieren wird, erfordern einen hohen Einsatz der Hausleitung des WBH. Daher soll diese bis zum Parteitag 2021 zunächst weiterhin aus Generalsekretär*in, Schatzmeister*in und Bundesgeschäftsführer*in bestehen. Zum Bundesparteitag 2021 sollen durch eine durch den Parteivorstand vorzubereitende Satzungsänderung, die Funktionen von Bundesgeschäftsführer*in und Generalsekretär*in in einer neu zu definierenden Rollenbeschreibung der/des Generalsekretär*in zusammengefasst und die Position der/des Bundesgeschäftsführer*in damit abgeschafft werden.

Das Präsidium als geschäftsführender Vorstand wird ebenfalls verkleinert und besteht zukünftig aus den in Einzelwahl gewählten Positionen.

PARTEITAG

Der Parteitag wird ebenfalls verkleinert und besteht zukünftig aus 450 Delegierten. Er soll wieder Raum für mehr Diskussionen bieten. Der Parteivorstand wird beauftragt eine Reform der Antragsberatung gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden zu erarbeiten.

LÄNDERRAT

Die informelle Runde der Bezirks- und Landesvorsitzenden wird zukünftig als Länderrat mindestens zwei Mal im Jahr tagen und die Entscheidungen des Parteivorstands beratend begleiten. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass die Abstimmung zwischen Bund und Regionen auf eine kontinuierliche Basis gestellt wird und zukünftig Prozesse gemeinsam vorbereitet und umgesetzt werden.

Wir brauchen eine junge und vielfältige Perspektive in die SPD. Der SPD Parteivorstand wird deshalb aufgefordert, gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden für alle Gremien und Aufstellungsverfahren eine Talent(Mitglieder)strategie zu entwickeln, um die Vielfalt unserer Gesellschaft besser in unseren Gremien und Fraktionen abzubilden.

PRÄSENZ IN DEN GESELLSCHAFTLICHEN NETZWERKEN

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Mit den Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften gibt es – neben den Foren und Kommissionen beim Parteivorstand – zwei parallele Arbeitszusammenhänge in der SPD, die diese Verankerung gewährleisten sollen.

Wir brauchen in der Zukunft eine wesentlich aktivere Verankerung in den gesellschaftlichen Netzwerken. Wir brauchen Mittler*innen, die Impulse aus den Netzwerken aufnehmen und die unsere

Antworten in diesen Zusammenhängen erklären und verteidigen. Deshalb brauchen wir bei den Arbeitsgemeinschaften und den Ortsvereinen Veränderung.

Arbeitsgemeinschaften haben in der SPD eine lange Tradition. Sie trugen zu den Erfolgen unserer Partei maßgeblich bei. Dass sich Bildungsschaffende, Menschen im Gesundheits- und Rechtswesen, Menschen mit Behinderungen, queere Menschen oder Personen mit Migrationshintergrund bei uns organisiert haben, macht uns stolz, weil es zeigt, dass die SPD den Anspruch hat, für alle gesellschaftlichen Gruppen Politik zu machen und etwas zu erreichen. Anders als der Aufbau der Partei, der eine dauerhafte Struktur braucht, ist die politische Zielgruppenarbeit immer wieder gesellschaftlichen, politischen und organisationsbezogenen Entwicklungen anzupassen. Die Arbeitsgemeinschaften müssen schneller, beweglicher, politischer und präsenter werden.

Bis zur Jahresauftaktklausur soll deshalb gemeinsam ein Vorschlag erarbeitet werden, auf dessen Grundlage wir sowohl mit Blick auf die politischen Herausforderungen als auch auf die erforderlichen Ressourceneinsparungen auf der Klausur entscheiden können.

PRÄSENZ IN DEN QUARTIEREN

In zu vielen Regionen sind wir über unsere Ortsvereine lokal nicht mehr ausreichend verankert und dort, wo wir noch eine Verankerung haben, sind wir noch zu wenig vernetzt mit der Zivilgesellschaft. Ziel unserer Arbeit vor Ort muss es sein, durch Interaktion mit den im Quartier lebenden Menschen, durch engen Austausch mit den Multiplikator*innen des Ortes, des Viertels, Probleme und politische Anforderungen aus dem Alltag der Menschen aufzunehmen und politische Lösungen und Angebote gemeinsamen mit unseren Mandatsträger*innen in der SPD in den politischen Alltag der Menschen zu übersetzen. Wir begreifen deshalb den Auf- und Ausbau von nachbarschaftlicher Präsenz als strategische Aufgabe der ganzen Partei.

Eine Verbesserung der Verankerung der SPD nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen in ihren Quartieren vor Ort und ihren Arbeitsorten muss zu einem zentralen Projekt der Neuaufstellung unserer Partei werden.

Dies kann nicht von oben nach unten verordnet werden. Aber durch die gemeinsame Erarbeitung eines Leitbildes für eine moderne sozialdemokratische Quartiersarbeit können wir einen gemeinsamen Rahmen schaffen, der die Gliederungen vor Ort dabei unterstützt, diesen Weg erfolgreich zu beschreiten.

Der Parteivorstand erarbeitet deshalb auf dieser Grundlage mit den Bezirken und Landesverbänden ein Leitbild der Quartiersarbeit. Dieses Leitbild wird in einer Konferenz der Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden beraten und konsentiert. Ziel ist es, in allen Unterbezirken & Kreisverbänden unterstützt durch die Bezirke und Landesverbände mindestens ein Projekt durchzuführen und dieses nach zwei Jahren gemeinsam mit den Unterbezirks- und Kreisvorsitzenden auszuwerten. Mittelfristig muss die Quartiersarbeit fester Bestandteil unserer Organisationsstruktur werden.

Im Kontext der Leitbildentwicklung werden auch die unterstützenden Maßnahmen für die Gliederungen definiert:

- Leitfaden über Verfahren und Methoden (Befragungen, Sozialraumexkursionen und -kartierungen etc.) zur Erkundung der jeweiligen Quartiere.
- Schulungen zu Tür-zu-Tür-Ansätzen jenseits von Wahlkampagnen und Organizing-Ansätzen
- Entwicklung zentraler Tools & zur Durchführung lokaler Befragungen, Tür-zu-Tür-Aktionen und Sozialraumexkursionen
- Qualifizierungsmaßnahmen für die lokale Ebene
- Trainings- und Qualifizierungsprogramm für SPD-Organizer

Ausgehend von dem so entstandenen neuen Leitbild für die sozialdemokratische Quartiersarbeit wird der Parteivorstand in Abstimmung mit den Landesverbänden & Bezirken an konkreten Beispielen orientierte Handlungsleitlinien für eine moderne, beteiligungsorientierte Quartiersarbeit entwickeln und in Abstimmung mit den Landesverbänden & Bezirken über ein Modellprojekt Organizing mit 30 bis 40 lokalen SPD-Organizing-Projekte beraten.

FOREN UND KOMMISSIONEN

Auch die Kommissionen und Foren beim Parteivorstand sollen fokussiert werden und sich auf die Schwerpunkte von gesellschaftlichen Debatten konzentrieren. Die Zahl der regulären Kommissionen, Foren und Arbeitsgruppen beim SPD-Parteivorstand soll deshalb reduziert und ihre Einsetzung mit konkreten Arbeitsaufträgen und zeitlicher Befristung versehen werden. Der Parteivorstand soll die Priorität auf Arbeitsgruppen legen, die die in seinem Arbeitsprogramm vorgesehenen inhaltlichen Schwerpunkte bearbeiten und dafür – auch im Austausch mit der Partei – Konzepte erstellen. Arbeitszusammenhänge, die vorrangig dem Austausch und der Vernetzung dienen, sollen als Gesprächskreise organisiert werden, um den Aufwand gering zu halten.

POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Die SPD ist aus den Arbeiterbildungsvereinen im 19. Jahrhundert entstanden. Bildung, insbesondere politische Bildung, hat die SPD mächtiger gemacht. Werteorientierte, politische Bildung in der sozialdemokratischen Familie fördert Personen, die selbständig politisch denken. Selbstbewusste Mitglieder machen die soziale Demokratie der Zukunft. Geschlossenheit nach außen und offene Meinungsbildung und demokratische Entscheidungsfindung gehören zusammen.

Politische Bildung für demokratische Politik und politisches Engagement und schafft Möglichkeiten für die kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen, teils antidemokratischen Strömungen. Diese Bewusstseinsbildung ist auch (notwendige aber nicht hinreichende) Voraussetzung für das Gewinnen von politischem Nachwuchs.

In der politischen Bildung setzen wir dabei auf kontinuierliches Lernen auf allen Ebenen. Personen, die Verantwortung für die SPD übernehmen, sollen auf diese vorbereitet sein und auf entsprechende Angebote zurückgreifen können.

Gemeinsam und mit Blick auf die Möglichkeiten der unterschiedlichen Träger ist unser Ziel, dass in jedem Landesverband/Bezirk für die Mitglieder Angebote politischer Bildung zu finden sind. In Zeiten knapper werdender Mittel kommt dem Netzwerk Politische Bildung dabei eine zentrale Rolle zu. Deshalb haben die Bildungsbeauftragten in den Landesverbänden und Bezirken und den Unterbezirken eine zentrale Aufgabe. Der kontinuierliche Wissensaustausch zwischen ihnen und dem Netzwerk politische Bildung dient dem Ziel, allen Mitgliedern und Interessierten Angebote der politischen Bildung machen zu können. Der PV organisiert deshalb jährlich Treffen zwischen den Landesverbänden und dem Netzwerk und sichert so den Wissens- und Erfahrungsaustausch. Die Landesverbände/Bezirke organisieren zusätzlich den regelmäßigen Austausch mit den Unterbezirken/Kreisverbänden sowie den Ortsvereinen in ihrem Verantwortungsbereich. In jedem Bundesland und auf Bundesebene soll deshalb ein Netzwerk Politische Bildung organisiert sein

Dem Parteivorstand kommt mit der Parteischule im Willy-Brandt-Haus eine wichtige Rolle zu:

- Die Parteischule koordiniert die Bildungsarbeit mit den Bezirken und Landesverbänden.
- Sie organisiert in Abstimmung mit den Bezirken und Landesverbänden das betrieblichen Weiterbildungsprogramm „Innovation, Personalentwicklung und Qualifizierung in der SPD“ (IPQ). Gerade mit Blick auf uns als Organisation ist die kontinuierliche Qualifizierung eine zentrale Aufgabe.

- Die Parteischule im Willy-Brandt-Haus bietet ab 2020 ein regelmäßiges Online-Forum an.
- Weitere Programme der Parteischule werden mit Blick auf unsere Organisationspolitischen Ziele und die vorhandenen Ressourcen geplant und entschieden.

Gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden legen wir verbindliche Maßnahmen und Finanzierungsschlüssel fest, die eine gute Ausstattung der Bildungsarbeit von Bezirken, Landesverbänden und Parteivorstand sicherstellen. Nur gemeinsam werden wir unsere organisationspolitischen Ziele in der politischen Bildungsarbeit umsetzen können. Die Bildungsarbeit der SPD ist solidarisch. Starke Regionen können ihre Bildungsangebote über die eigene Region hinaus öffnen und/oder Bildungsmaßnahmen in benachbarten Regionen anbieten. Den Aufbau von Bildungspartnerschaften wollen wir fördern.

Gemeinsam mit dem Netzwerk politische Bildung arbeiten wir daran, die Bildungsarbeit der Träger für unsere Mitglieder transparenter zu machen. Mit den digitalen Möglichkeiten können so zum Beispiel Neumitglieder auf geeignete Angebote aufmerksam gemacht werden. Den Bildungsbeauftragten der Landesverbände und Bezirke kommt dabei eine zentrale Rolle als Bildungsberater und Bildungslotsen zu.

Ein gemeinsames Wissensmanagement verstehen wir als zentrale Aufgabe, die technische, organisatorische und kommunikative Aspekte der SPD betrifft. Mit Ansätzen wie „Mein Bereich“ auf SPD, dem „Roten Netz“ der Hessen SPD oder dem Parteischulwiki existieren bereits Ansätze für ein Wissensmanagement. Diese gilt es, im Verlauf der Organisationsentwicklung gemeinsam weiter zu entwickeln, um unseren Mitgliedern den Zugang zu unserem gemeinsamen Wissen zu ermöglichen.

NEUMITGLIEDER

Vielfalt, Individualität und Unterschiedlichkeit sind Erfolgsfaktoren einer modernen Mitgliederpartei. Jeden Tag treten Menschen in die SPD ein. Neue Mitglieder sind willkommen und sollen das auch spüren. Wenn es gelingt, neue Mitglieder persönlich einzubinden in die Parteiarbeit, dann gewinnt die SPD dauerhaft neue Kraft. Die SPDNRW hat sehr gute Erfahrungen mit ihrem 1 – 3 – 6-Eintrittsstandard gemacht. Unser Ziel ist, dass dieser Standard zukünftig in allen Landesverbänden und Bezirken der Mindeststandard für Eintritte wird.

- Bis Ende des 1. Monats nach Eintritt des Neumitglieds erfolgt eine erste persönliche Kontaktaufnahme;
- Bis Ende des 3. Monats erhält das Neumitglied sein Parteibuch;
- Bis Ende des 6. Monats erfolgt eine weitere Kontaktaufnahme.

Der SPD-Parteivorstand stellt den Gliederungen zur Umsetzung den in der Arbeitsgruppe der Orga-kom entwickelten Leitfaden zum Thema „Neumitglieder und Mitgliederwerbung“ zur Verfügung.

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 28. September 2019

GEMEINSAME IT INFRASTRUKTUR UND ZEITGEMÄßE MITGLIEDERORGANISATION 4.0

Neue Entwicklungen im IT-Bereich sowie der digitale gesellschaftliche Wandel eröffnen viele Möglichkeiten; sie stellen uns aber auch vor große Herausforderungen. In einigen Bereichen haben wir uns bereits auf den Weg gemacht, diese Möglichkeiten zu nutzen. Es ist aber noch nicht gelungen, eine digitale Strategie für die gesamte Partei und unter Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen finanziellen, personellen und technischen Anforderungen und Möglichkeiten zu entwickeln. Finanziell und funktional sinnvolle IT-Lösungen werden wir als Partei nur erreichen, wenn wir unsere IT-Anforderungen und -Bedarfe miteinander abstimmen und die Perspektiven der unterschiedlichen NutzerInnen aus Haupt- und Ehrenamt vom Mitglied bis zum Parteivorstand einbeziehen.

Mit unserer digitalen Strategie

- wollen wir die haupt- und ehrenamtliche Parteiarbeit effizienter und effektiver machen und dadurch Kapazitäten für die politische Arbeit schaffen;
- unsere zentrale und dezentrale Kampagnenfähigkeiten erhöhen;
- Mitglieder informieren und in politische Entscheidungsprozesse einbinden;
- Bürgerinnen und Bürger informieren und in politische Meinungsbildungsprozesse einbinden und von der SPD begeistern;
- Und ein gemeinsame Verständnis für Informationssicherheit und Datenschutz schaffen.

Unsere digitale Strategie kann nur erfolgreich sein, wenn wir sie gemeinsam vorantreiben und den Schutz der Daten, die wir nutzen, ins Zentrum unserer Entscheidungen stellen.

Damit das gelingt brauchen wir ein Gremium aus Expert*innen, das Bedarfe erfasst, die Perspektive der Nutzer*innen aufnimmt und diese so zusammenführt, dass hieraus eine digitale Strategie entsteht, die kontinuierlich weiterentwickelt wird. Auf dieser Grundlage treffen dann Parteivorstand, Bezirke und Landesverbände ihre aufeinander abgestimmten Investitionsentscheidungen treffen. Das Gremium soll spätestens im Nachgang zum Bundesparteitag durch einen Beschluss des Parteivorstands eingesetzt werden und an die Runde der Leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer und Schatzmeister berichten. Die Prüfaufträge der Organisationspolitischen Kommission sollen eine Grundlage des Gremiums werden.

WAHLKÄMPFE UND KAMPAGNEN

Wahlkämpfe werden nur gemeinsam gewonnen. Solidarität und Kooperation der einzelnen Gliederungen sind sowohl mit Blick auf die beschränkten Ressourcen als auch für den Wahlerfolg essenziell. Solidarität und Kooperation sind keine Einbahnstraße: die Bundesebene unterstützt Länder und Kommunen. Kommunen und Länder unterstützen die Bundespartei. Ein Landesverband kann nur Unterstützung von der Bundesebene einfordern, wenn er selbst aktiv an der Kooperation arbeitet. Und umgekehrt. Die solidarische Grundhaltung der SPD muss sich auch auf die eigene Organisation beziehen. Ziel ist, bestmögliche Unterstützung zu leisten und die Wahlkämpfe auf allen Ebenen zu optimieren.

Die Digitalisierung verändert unsere Wahlkämpfe. Wir setzen auf einen zielgerichteten Einsatz moderner Marketinginstrumente und wir wollen unabhängig von externen Datenhaltern sein. Deshalb wollen wir mit eigenen Daten arbeiten und diese Daten in einen gemeinsamen Daten-

topf für unsere Wahlkämpfe nutzbar machen. Voraussetzung ist eine gemeinsame Strategie, wie wir Daten nutzen und welche Prioritäten wir setzen. Diese Strategie wird im Rahmen der Erarbeitung der Digitalen Strategie entwickelt und gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden umgesetzt werden.

In Anbetracht sinkender Mitgliederzahlen und geringerer Einnahmen müssen wir in unseren Kampagnen Schwerpunkte setzen. Auch dabei helfen uns Daten. Zu klären ist, was generell die Kampagnenfähigkeit stärkt und wie wir unsere Prioritäten setzen. Potenzialregionen sollten in stärkerem Maße mit Ressourcen versehen werden. Hierzu erarbeiten Parteivorstand und Bezirke und Landesverbände bereits im Jahr 2020 für den kommenden Bundestagswahlkampf einen Vorschlag, der die unterschiedlichen regionalen Ausgangsbedingungen berücksichtigt. Darüber hinaus sollen Unterstützungsleistungen erarbeitet werden, die auch bei kleiner Anzahl an Aktiven einen wirkungsvollen Kampagnen-Impact darstellen.

Wir nehmen die Zunahme und Ausdehnung so genannter „weißer Flecken“, d.h. von Gebieten, in denen die Partei und/oder sozialdemokratische Mandatsträgerinnen und Mandatsträger nicht mehr präsent sind, wahr. Eine erfolgreiche SPD braucht ein Wiedererstarken mit örtlichem Bezug. Gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden arbeitet der Parteivorstand deshalb an einer Strategie zur Revitalisierung der Quartiersarbeit und zur Durchführung von Organizing Projekten wie im Kapitel „Präsenz in den Quartieren“ beschrieben. Zusätzlich ist auch die Frage zu beantworten, wie wir mit dem Hauptamt in den Regionen Sichtbarkeit, Ansprechbarkeit und den Zugang zu Informationen – sowohl für Mitglieder als auch für (potenzielle) Wähler*innen – dauerhaft gewährleisten können. Bei der Erarbeitung soll auf die Vorarbeiten der Organisationspolitischen Kommission zurückgegriffen werden.

Das Willy-Brandt-Haus wird über die Umsetzung der dort erarbeiteten Konzepte für eine Verbesserung der Struktur, der Arbeitsweise und durch Konzentration auf prioritäre Aufgaben für die Zukunft neu aufgestellt. So kann es dazu beitragen, dass die SPD eine systematische strategische Ausrichtung aufbauen, schnelle inhaltliche Impulse in die Debatten einbringen, externe Ideen einsammeln, effektiver kommunizieren und dabei die Mitglieder mehr beteiligen kann. Es wird so aufgestellt als Wahlkampfzentrale für die kommenden Bundestagswahlkämpfe fungieren.

Unsere Mitglieder sind zentral für den Mobilisierungserfolg. Sie sichern unsere Bindung zur Gesellschaft. Wir wollen keine Umstellung auf einen rein mit Dienstleistern geführten Wahlkampf. Deshalb müssen wir unsere Mitglieder zum aktiven Mitmachen aktivieren und befähigen. In der Wahlkreisarbeit sind noch eine Menge Ressourcen zu heben. Der Parteivorstand wird ein »Best of« der Planungen und Aktionen erfolgreicher Wahlkreisbewerber*innen der letzten Bundestagswahl zur Verfügung stellen.

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 12. November 2019

DATEN TEILEN FÜR DIGITALEN FORTSCHRITT

Das SPD-Präsidium hat folgenden Beschluss auf seiner gestrigen Sitzung gefasst:

Daten sind eine zentrale Ressource des Fortschritts. Das Potential der Datennutzung beispielsweise durch Anwendungen der Künstlichen Intelligenz (KI) ist enorm. Körperlich schwere Arbeiten können an Roboter abgegeben werden, Krankheiten durch KI früher und zuverlässiger erkannt und ganz neue Mobilitätskonzepte entwickelt werden. Die Analyse von vorhandenen Daten und vor allem von großen Datensätzen kann neue Erkenntnisse und neues Wissen hervorbringen, die der Gesellschaft in unterschiedlichen Lebensbereichen nutzen können. Die Sammlung, Kombination und Auswertung von Daten steht im Zentrum digitaler Innovation und ist ein zentraler Bestandteil vieler digitaler Geschäftsmodelle. Gerade die Entwicklung von KI ist auf die Verfügbarkeit großer Mengen qualitativ hochwertiger und verlässlicher Daten angewiesen. Daten haben dabei ganz andere Eigenschaften als materielle Güter wie beispielsweise Öl: Daten verbrauchen sich nicht, können beliebig vervielfältigt und von zahlreichen Personen gleichzeitig verwendet werden. Die besonderen Merkmale von Daten und der damit verbundene, weitreichende gesellschaftliche Nutzen sprechen dafür, nicht-personenbezogene und vollständig anonymisierte Daten möglichst ungehindert zirkulieren zu lassen.

Wir leben jedoch derzeit in einer Welt, in der zwar viele Daten gesammelt werden. Diese Daten sind aber nur für wenige große Unternehmen, die aktuell die datengetriebenen Märkte dominieren, verfügbar bzw. diese wenigen Großunternehmen entscheiden, ob und welche Daten sie teilen. Beispiele für datengetriebene Märkte sind Suchmaschinen, online-basierte Landkarten, soziale Netzwerke oder digitale Plattformen etwa für Hotelbuchungen, Transport-/Taxidienstleistungen oder Musik/Videostreaming. Datengetriebene Märkte haben aufgrund ihrer ökonomischen Eigenschaften eine starke Tendenz zur Monopolbildung. Auf einem datengetriebenen Markt fällt es einem Anbieter leichter, einen attraktiven Dienst anzubieten, wenn der Anbieter bereits viele Teilnehmer hat – seien es Kunden, Hersteller, Verkäufer, Chauffeure, Dienstleister. Die Informationen über die Teilnehmer und ihr Verhalten sowie das daraus gewonnene Wissen werden genutzt, um das eigene Angebot und die Wettbewerbssituation zu verbessern. In der Folge werden mehr Teilnehmer den entsprechenden Dienst nutzen und der Marktanteil wird über die Zeit weiter gesteigert. Hat ein Anbieter eine substanziell große Zahl an Teilnehmern gewonnen, ist die Marktposition bislang kaum mehr bestreitbar und der Markt kippt: „The winner takes it all“ – für den Wettbewerb ist das die denkbar schlechteste Entwicklung.

Auf datengetriebenen Märkten hat sich ein unternehmerisches Selbstverständnis entwickelt, das ein bekannter Investor als Philosophie des Silicon Valley auf den Punkt bringt: „Competition is for losers.“ Dieser Satz markiert eine Abkehr vom Wettbewerbsprinzip als Treiber der Marktwirtschaft. Vielmehr wird der Wettbewerb in die Peripherie gedrängt: Dort kämpfen die klassischen Leistungserbringer darum, überhaupt Zugang zur Plattform oder zum digitalen Ökosystem zu erhalten, damit noch die Chance auf eine Vermittlung an den Kunden gegeben ist. Wer als Unternehmen bei großen Suchplattformen durch neue Gewichtungen in der Suche nicht mehr gelistet ist, wer als Verkäufer neue nachteilige Geschäftsbedingungen auf großen Online-Marktplätzen nicht annimmt oder durch plattformeigene Produkte verdrängt wird, ist sehr schnell raus.

Zur Lösung dieser Problematik wird oft auf die Kartellbehörden verwiesen. Dies allein wird aber nicht ausreichen, vielmehr muss die Frage, wie eine Wettbewerbsordnung 4.0 aussehen soll und welche Werte in der Wirtschaft gelten sollen, politisch diskutiert und entschieden werden. Veränderungen

nim Kartellrecht werdendieVerfahren des Kartellamtes erleichtern, aber die Grundfrage – „Welche Wirtschaftsordnung wollen wir?“ – werden sie nicht lösen.

Auch die Ansprüche an einen ethischen, fairen und gerechten Umgang mit den Daten und eine Orientierung der Datennutzung an einer nachhaltigen, sozial- und umweltverträglichen Innovation statt ausschließlicher Profitorientierung müssen ein zentraler Bestandteil der Diskussion um den zukünftigen Umgang mit Daten sein. Dieser kann nur mit starker staatlicher Regulierung erreicht werden und soll daher nicht allein den Marktkräften und der Selbstregulierung von Unternehmen überlassen werden. Dabei ist auch die europäische kartellrechtliche Perspektive zu berücksichtigen. Noch hat sich das Zeitfenster nicht geschlossen, für gute Spielregeln zu sorgen, aber die Debatte muss nun intensiv geführt werden.

Andrea Nahles hat diese Debatte im Februar dieses Jahrs mit der Vorlage ihres Diskussionspapiers „Digitaler Fortschritt durch ein Daten-für-Alle-Gesetz“ eröffnet. Seitdem haben wir unsere Vorstellungen zur Zukunft der Datengesellschaft und für moderne Datennutzungsregeln im Rahmen einer öffentlichen Anhörung, auf Podiumsdiskussionen und in Experten*innengesprächen debattiert. Wir haben in der Folge insbesondere konkretisiert, wer Daten teilen muss, welche Daten zuteilen sind und wie sich das umsetzen lässt. Dabei hatten wir das folgende Ziel immer klar vor Augen: Wir wollen den Machtungleichgewichten des Datenkapitalismus eine Kultur der Machtkontrolle, des Schutzes des Einzelnen und des Daten-Teilens entgegensetzen, von der Bürger*innen, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen profitieren.

Dabei lassen wir uns von folgenden Prinzipien leiten:

- Wir brauchen eine klare Differenzierung von Daten: Persönliche Daten sind Bestandteil der grundrechtlich geschützten Handlungsfreiheit und Menschenwürde. Persönliche Daten unterliegen einem besonderen Schutz und machen eine Einbeziehung der Bürger*innen in ihre Nutzung zwingend notwendig. Davon zu trennen sind nicht-persönliche Daten wie Sach- oder Maschinendaten oder vollständig anonymisierte und aggregierte Daten.
- Wir wollen den Datenzugang und die Datennutzung verbreitern, dabei aber die Rechte auf Datenschutz der Einzelnen oder andere Grundrechte und Schutzgüter (wie z. B. Geschäftsgeheimnisse) wahren.
- Exklusive Dateneigentumsrechte, Datenmonopole und Datensilos müssen verhindert werden.
- Vielen Daten kommt inzwischen eine Bedeutung als Gemeingut zu, sie fallen nicht unter besondere Schutzrechte, die einer Nutzung entgegenstehen. Daten, die als Gemeingut anzusehen sind, sind grundsätzlich einer Nutzung zugänglich zu machen. Dazu gehören etwa anonymisierte und aggregierte Mobilitätsdaten oder Geodaten.
- Der Zugang zu vollständig anonymisierten und aggregierten Daten und zu nicht-personenbezogenen Daten muss – wo immer es gesellschaftlich sinnvoll ist – frei sein.
- Der Staat muss dafür sorgen, dass die großen Digital-Konzerne keine Oligopole und Quasi-Monopole bilden können, sondern fairer Wettbewerb und Innovationen gefördert werden. Daten, die von Unternehmen gesammelt werden, sollen in Zukunft intensiver genutzt werden – zur Sicherung von Wettbewerb, Verbreitung und Befeuerung von Innovation, vor allem aber auch aus Verantwortung gegenüber der Gesellschaft. Ein wesentlicher Beitrag dazu ist eine Pflicht für marktbeherrschende Unternehmen, ihre Daten zielgerichtet zu teilen. Diese Pflicht wollen wir gesetzlich durch eine Datenteilungspflicht festschreiben.
- Da Daten grenzüberschreitend fließen, brauchen wir auch supranationale Lösungen. Die Europäische Union muss zu einer wichtigen Gestaltungsmacht für die Regulierung der Datenökonomie werden.

Basierend auf diesen Grundprinzipien brauchen wir in Zukunft einen Regulierungsrahmen und zwar einen, der „atmet“. Hierbei brauchen wir Mut zum Experiment: Datengetriebene Märkte sind extrem dynamisch und auch die großen Datenkonzerne wussten vor fünf Jahren nicht, dass

ihnen ihre Daten einmal einen enormen Innovationsvorsprung bei der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz und selbstlernenden Systemen verschaffen würden. Ein experimenteller Ansatz in der Regulierung wird nicht ohne Fehler sein. Der bisher weit verbreitete Ansatz, Innovationen und neue Geschäftsmodelle in alte Regulierungen pressen zu wollen oder gar nicht zu regulieren, ist jedoch mit Sicherheit der falsche Weg.

KONKRET BEDEUTET DAS FÜR EIN DATENNUTZUNGSRECHT IN DER DIGITALEN WELT:

Open-Data in Staat und Verwaltung

Der Staat mit seiner Verwaltung muss mit gutem Beispiel vorangehen und einen breiteren Datenzugang im Sinne von Open-Data ermöglichen. Wir wollen, dass der Staat mit einem offenen Datenportal eine Vorbildfunktion übernimmt und diese konsequent weiterentwickelt. Dazu wollen wir ein zweites Open-Data-Gesetz. Wir brauchen einen Rechtsanspruch auf offene Daten – sonst bleibt es den Behörden überlassen, ob sie transparenter werden oder nicht. Regierungs- und Verwaltungsdaten müssen standardmäßig als offene Daten zur Verfügung gestellt werden (Open by Default). Ausnahmen müssen entsprechend begründet werden.

Datenteilungspflicht auf datengetriebenen Märkten

Wir wollen eine Datenteilungspflicht für marktbeherrschende Unternehmen auf datengetriebenen Märkten, da hier die Gefahr der Monopolbildung am größten ist. Es muss möglich sein, zu agieren, bevor Monopole entstehen bzw. sich verfestigen. Das Verfahren gegen „Google Shopping“ dauerte sieben Jahre, im digitalen Zeitalter eine halbe Ewigkeit. In dieser Zeit wurde die Marktmacht weiter genutzt und der Wettbewerb verzerrt. Statt auf Marktmissbrauch zu warten, wollen wir ihn verhindern. Wir wollen eine Kultur des Datenteilens und bereits dort ansetzen, wo die Probleme entstehen. Dafür brauchen wir präventive Maßnahmen.

In datengetriebenen Märkten werden die marktbeherrschenden Unternehmen daher verpflichtet, ihre Sachdaten sowie ihre anonymisierten Daten über Nutzerpräferenzen (beispielsweise Such-Historien) mit anderen Firmen zu teilen, die in der betreffenden Branche tätig sind oder Produkte für die betreffende Branche entwickeln. Die Daten werden den Unternehmen nicht weggenommen, aber andere können ebenfalls davon profitieren – auch öffentliche und zivilgesellschaftliche Organisationen. Ziel muss es sein, (potentiellen) Wettbewerbern möglichst die gleiche Datenmenge und –qualität zur Verfügung zu stellen wie den dominanten Firmen. Es geht darum, allen Unternehmen die gleichen Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen und somit Innovationen zu fördern.

Eine staatliche Agentur soll sowohl datengetriebene Märkte identifizieren als auch den Datenzugang und den Datenaustausch administrieren und überwachen. Um zu ermitteln, welche Märkte datengetrieben sind, kann beispielsweise ein entsprechender Index erstellt werden, der aufzeigt, wie datengetrieben einzelne Märkte sind und auf welchen Märkten entsprechend Daten geteilt werden müssen. Die Agentur muss eng mit den Unternehmen in den entsprechenden Branchen zusammenarbeiten, um zu garantieren, dass die entsprechenden Daten sicher und datenschutzkonform zwischen Unternehmen geteilt werden. Außerdem muss die Agentur die Entwicklung von datengetriebenen Märkten, Geschäftsmodellen und Diensten beständig beobachten. Ähnliche Organisationen gibt es bereits in ehemals staatlich monopolisierten Märkten. Inwieweit auf bestehende Strukturen Rückgriff genommen werden kann, ist im weiteren Verlauf zu klären. Dabei ist eine europäische Lösung anzustreben. Die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 bietet hierzu eine geeignete Möglichkeit. Sollte eine europäische Lösung nicht möglich sein, sollte Deutschland im Verbund mit anderen Staaten vorangehen.

Freiwillige Datenkooperationen

Mit der Datenteilungspflicht sollen marktbeherrschenden Unternehmen einen Beitrag für mehr Innovationen leisten. Doch auch kleinere und mittlere Unternehmen, können davon profitieren,

wenn sie Daten freiwillig teilen. Aus der Forschung und der Privatwirtschaft gibt es bereits zahlreiche Initiativen für gemeinsame Datenpools, aber es fehlt derzeit an einer übergeordneten politischen Strategie, wie Datenpools auf- und ausgebaut werden können. Gerade der Mittelstand muss in die Lage versetzt werden, Wettbewerbsnachteile gegenüber den großen Datengiganten aus den USA und China wettzumachen. So können beispielsweise neue Formen – z. B. auf genossenschaftlicher Basis – einen kooperativen Netzwerkeffekt ermöglichen. Unternehmen konkurrieren im Markt, kooperieren aber in Bezug auf Datenteilung und -nutzung. Solche Kooperationen wollen wir unterstützen. Datenkooperationen brauchen einen klaren Rechtsrahmen insbesondere in Bezug auf Wettbewerbsrecht, Haftung und Datenschutz. Dabei muss sichergestellt sein, dass Kooperationen nicht zur Verringerung des Wettbewerbes führen.

Wir schlagen die Initiierung eines Dialogs aller relevanten Beteiligten (Unternehmen, Zivilgesellschaft, Datenplattformen, Datenschützer, Forschung, Politik) zu Chancen und Risiken von Datenkooperationen vor. Das Ziel hierbei muss es sein, Erfolgsfaktoren und Standards sowohl auf technischer, rechtlicher und organisatorischer Ebene zu identifizieren, weiterzuentwickeln und die entsprechenden Rahmenbedingungen (Rechtsetzung, Anreizstrukturen) zu schaffen.

Wir wollen eine vertrauenswürdige und sichere Dateninfrastruktur und den Aufbau von vertrauenswürdigen Datenräumen und Datentreuhänderstrukturen rechtlich absichern und politisch unterstützen.

Erarbeitung einer Datenstrategie:

Die Bundesregierung hat auf dem Digitalgipfel im Dezember 2018 ihre Strategie für Künstliche Intelligenz (KI) vorgestellt. Wie oben aufgezeigt brauchen wir aber nicht nur eine KI-Strategie, sondern auch eine Datenstrategie. Die Bundesregierung ist daher gefordert, eine entsprechende Strategie zu erarbeiten und diese zur Grundlage für eine europäische Datenstrategie zu machen. Dabei sind die bereits vorliegenden Erkenntnisse der Kommission Wettbewerbsrecht 4.0, der Datenethikkommission und der Enquetekommission Künstliche Intelligenz zu berücksichtigen. Mit der Entwicklung von Modellen des Datenteilens, kooperativen Datenpools und dezentralen KI-Ansätzen jenseits der großen Plattformen kann Europa eigene Akzente setzen und das Konzept vom „dritten Weg Europas“ in der Digitalpolitik mit Leben füllen.

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 27. Januar 2020

UNSERE ORIENTIERUNG FÜR DIE 20ERJAHRE – EINE DEKADE DER SOZIALDEMOKRATIE

Deutschland hat alle Chancen für eine erfolgreiche und gerechte Zukunft in den jetzt beginnenden 20er Jahren. Aber die anwachsende soziale Ungleichheit, zu geringe Aufstiegschancen und die daraus entstehenden Unsicherheiten bedrohen nicht nur den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Immer mehr Wissenschaftler*innen weisen darauf hin, dass diese Phänomene auch die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Entwicklung bremsen. Globalisierung und Digitalisierung können die Ungleichheit vertiefen, und auch der Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität kann die Entwicklung noch verstärken, wenn er nicht sozial gerecht gestaltet wird. Unser klares Ziel ist es, allen Kräften eine politische Heimat zu bieten, die bereit sind, den Ursachen dieser Entwicklungen auf den Grund zu gehen und sich gegen Spaltung und für Zusammenhalt zu engagieren. Das gilt auch für die europäische Ebene. Deutschland übernimmt in der 2. Hälfte dieses Jahres die EU-Ratspräsidentschaft. Wir sehen darin eine große Chance, soziale und ökologische Ziele voranzubringen.

Das Weltwirtschaftsforum in Davos attestiert Deutschland und vielen anderen Ländern enormen Nachholbedarf bei den sozialen Aufstiegschancen, von dem das Land auch ökonomisch profitieren würde. Als größte Hürde für die soziale Mobilität in Deutschland werden die Abhängigkeit von Bildungschancen und Zugang zur Technologie vom sozioökonomischen Hintergrund genannt. Zur Überwindung dieser Hürden empfehlen die Wissenschaftler eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit von Bildungschancen, von Einkommen und von sozialer Sicherheit. Ungleichheit zu überwinden und im Wandel Schutz und Entwicklungschancen für alle zu ermöglichen, ist unser Auftrag.

Wie wir ihn einlösen wollen, darauf haben wir im Dezember auf unserem Bundesparteitag Antworten gegeben – in unseren Beschlüssen zur Tariftärkung, zum Mindestlohn, zum Sozialstaat, zur Kindergrundsicherung, zur Pflege, zum bezahlbaren Wohnen, zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und durch einen investierenden Staat. Mit dem Leitantrag „Aufbruch in die neue Zeit“ haben wir vom Parteitag das Mandat erhalten, unsere Konzepte Zug um Zug umzusetzen. Ob und wieviel wir davon in der Großen Koalition umsetzen können, wird sich zeigen. Manches geht nur in neuen Konstellationen. Unser Ziel ist aber klar: Wir arbeiten dafür, unser Land gerechter und damit zukunftsfähig zu machen. Für eine Dekade der sozialen Demokratie.

EIN SOZIALSTAAT FÜR EINE NEUE ZEIT

Wir haben in unserem Beschluss auf dem Bundesparteitag zum Sozialstaat für eine neue Zeit deutlich gemacht, was unsere Vision für einen Sozialstaat der Zukunft ist: Wir wollen einen Sozialstaat, der den Bürger*innen soziale Rechte zugesteht und in der Verantwortung steht, das Leben der Menschen leichter und sicherer zu machen. Darum muss er möglichst unbürokratisch, transparent, verlässlich und ohne Hürden zugänglich sein. Zu diesem Sozialstaat gehören auch anständige Löhne für Männer UND Frauen, starke Arbeitnehmerrechte, eine Kindergrundsicherung, Absicherung im Alter, menschenwürdige Pflege und bezahlbarer Wohnraum.

GUTE ARBEIT UND GERECHTE LÖHNE

Erwerbsarbeit ist Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Arbeit dient also nicht nur, aber auch dem Broterwerb. Ein gerechter Lohn ist deshalb Zeichen der Anerkennung und gleichzeitig die Grundlage, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Eine gerechte Verteilung

von Einkommen und Vermögen ist die Voraussetzung für ein nachhaltiges und stabiles Wachstum, für ein hohes Beschäftigungsniveau, für Innovationen und für ein intaktes Gemeinwesen.

Wir wollen die Arbeit von morgen gestalten: Die Digitalisierung ebenso wie die Erfordernisse eines Wandels hin zur ökologischen Nachhaltigkeit verändern unsere Wirtschaft und Arbeitswelt rasant. Von dieser Entwicklung sind große Teile unserer Industrie und ihrer Zulieferbetriebe erfasst, aber auch in Dienstleistung und Handel verändern sich die Anforderungen. Die Beschäftigten von heute sollen die Arbeit von morgen nicht als Bedrohung empfinden. Sie sollen mit Zuversicht in den Wandel gehen und ihn mitgestalten. Wir sehen hier dringenden und schnellen Handlungsbedarf, um Angst und Unsicherheit zu begegnen: In einer Umfrage des Beratungsunternehmens Edelman haben 73 Prozent der deutschen Arbeitnehmer*innen Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes angegeben; die Hälfte meint, der technologische Wandel schreite mit zu hoher Geschwindigkeit voran.

Wir wollen die Arbeit in der Transformation sichern und den Arbeitnehmer*innen Schutz und Weiterentwicklung ermöglichen. Deswegen wollen wir Qualifizierung und Weiterbildung in den bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zügig stärken und das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegte Arbeit-von-Morgen-Gesetz rasch umsetzen

Der Mindestlohn muss steigen: Seit in den 90er Jahren ein – phasenweise auch politisch gewollter – Druck auf die Löhne entstand, wächst der Anteil der Beschäftigten, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um die Existenz zu sichern. Der aufwachsende Sektor von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung hat sich für die meisten Beschäftigten nicht etwa als Sprungbrett erwiesen und hat den Arbeitsmarkt auf Dauer gespalten. Der Druck auf Einkommen und Arbeitsbedingungen bis weit in die Mittelschichten hat zu Unsicherheit und weiterer Polarisierung der Gesellschaft geführt. Der WSI-Verteilungsbericht 2019 zeigt, dass sowohl die Zahl der Armen (Menschen, die von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens leben müssen, inzwischen 17 Prozent) als auch die Zahl der sehr Reichen (ab 300 Prozent des Medianeinkommens) in Deutschland in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Das kann kein Zukunftsmodell für Deutschland im 21. Jahrhundert sein. In der sich abkühlenden Konjunktur entstehen aus der sozialen Ungleichheit wachsende Risiken. Gute Produkte und Dienstleistungen und hohe Produktivität setzen auch gute Bezahlung voraus, ebenso wie Investitionen in die Qualifizierung und sichere, auf Dauer angelegte gute Arbeitsbedingungen.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat sich als Erfolgsmodell erwiesen. Die Stundenlöhne am unteren Rand wurden deutlich erhöht (Geringverdiener erhalten durch die Einführung des Mindestlohns durchschnittlich 18 Prozent mehr Gehalt, auch die Gehälter angrenzender Lohngruppen stiegen), ohne dass es negative Beschäftigungseffekte gegeben hätte. Das Gegenteil ist der Fall: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist seit Einführung des Mindestlohns um rund 2,2 Millionen gestiegen, und die höheren Löhne haben den Konsum steigen lassen (um 0,5 bis 0,7 Prozent), das hat die Wirtschaft wachsen lassen. Allerdings ist der Mindestlohn in seiner heutigen Höhe auch in Vollzeitbeschäftigung nicht armutsfest, und vor allem kann aus ihm kein Anspruch auf eine armutsfeste Rente erwirtschaftet werden

Für das bis dato in der deutschen Arbeitsmarktgeschichte unbekannte Instrument wurde mit 8,50 Euro ein sehr vorsichtiger Einstieg gewählt. Seither hat die Mindestlohnkommission den Spielraum bei der Erhöhung nicht ausgeschöpft. Dieser Spielraum besteht aus der nachlaufenden Orientierung an der Tarifentwicklung, aber auch in einer Gesamtabwägung, welche Höhe des Mindestlohns geeignet ist, zu einem angemessenen Mindestschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beizutragen. Wir wollen, dass der Mindestlohn schneller und perspektivisch auf 12 Euro steigt und wollen daher angesichts der anstehenden Entscheidung der Mindestlohnkommission vor der Sommerpause und der Evaluierung des Mindestlohn-Gesetzes im Herbst in der Koalition über eine Weiterentwicklung des Mindestlohns entscheiden. Gleichzeitig wollen wir die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um in allen Mitgliedsstaaten Europas die Einführung

von Mindestlöhnen voranzutreiben, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so vor Armut schützen und Lohndumping in Europa verhindern.

Die Tarifbindung stärken: Die Tarifaufonomie und das Tarifvertragsgesetz haben sich bewährt und sind eine wesentliche Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges unseres Landes. Tarifverträge sorgen für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohngerechtigkeit. Sie bieten Arbeitgebern Planungssicherheit, sozialen Frieden und gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Diese Errungenschaften, um die uns viele Länder beneiden, werden seit Jahren aufs Spiel gesetzt. Immer mehr Betriebe gehen aus der Tarifbindung. Und die Arbeitgeberverbände bieten „Ohne-Tarif-Mitgliedschaften“ (OT) an. Es wachsen darüber hinaus die Zonen auf dem Arbeitsmarkt, in denen Tarifverträge bislang nicht oder nur geringfügig verankert werden konnten. Nur noch 47 % der Beschäftigten in Deutschland stehen unter dem Schutz eines Tarifvertrages. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind gleichermaßen gefordert, die Tarifbindung wieder zu stärken

Wir wollen aber auch als Politik unseren Beitrag dazu leisten, dass im Verantwortungsbereich des Staates die Tarifbindung steigt. Wir wollen die Möglichkeit, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären, weiter erleichtern. Bisherige Reformen wie das „Tarifaufonomiestärkungsgesetz“ haben bislang keine durchschlagende Wirkung erzielt, sodass wir hier einen neuen Anlauf brauchen. Dazu gehört auch, darüber nachzudenken, wie wir konkrete Anreize für Unternehmen und Beschäftigte schaffen können, um die Tarifbindung zu stärken.

Auch muss die öffentliche Hand bei der Stärkung der Tarifbindung bei eigenen Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen. Jedes Jahr werden in Deutschland öffentliche Aufträge mit einem Volumen von ca. 500 Milliarden Euro vergeben. Auf den Bund entfallen davon rund 22 Prozent. Wir wollen in den nächsten Jahren die Investitionstätigkeit des Bundes weiter steigern. Der Bund muss bei der Tarifbindung bei eigenen Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen. Im Gegensatz zu den meisten Bundesländern gibt es im Bund noch kein Tariftreuegesetz, das die Auftragsvergabe an die Tarifbindung der Betriebe knüpft, die sich bewerben. Das wollen wir ändern. So stärken wir durch Zukunftsinvestitionen die Tarifbindung. Besonders wichtig ist das für die Beschäftigten in Ostdeutschland, wo die Tarifbindung noch deutlich geringer ist als im Westen. 30 Jahre nach der deutschen Einheit muss auch die Lohnmauer zwischen Ost und West fallen

INVESTITIONEN IN ZUKUNFT UND ZUSAMMENHALT

Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, das Wohlstandsniveau im Land zu sichern, weiter auszubauen, die Teilhabe am Wohlstand zu verbreitern und dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft sozial stabil bleibt. Wir wollen den grundlegenden Wandel, der gerade stattfindet, nutzen, damit sich unsere Gesellschaft zum Besseren weiterentwickelt und dafür sorgen, dass die Menschen selbstbestimmt mitgestalten können. Dazu brauchen wir eine umfassende soziale Sicherung, aber auch bezahlbaren Wohnraum und Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft auf Top-Niveau. Wir wollen die Menschheitsaufgabe Klimaschutz mit einem starken Wirtschaftsstandort Deutschland verbinden. Dazu brauchen wir ein gutes Umfeld für Innovationen, Forschung und Entwicklung, vor allem für die Industrie. Unser Ziel ist es, Deutschland mit einer hochmodernen Infrastruktur auszustatten, die den Anforderungen einer digitalen und ökologisch nachhaltigen Produktionsweise gerecht wird, ohne Menschen und Regionen abzuhängen. Dabei wollen wir die Freiheitspielräume des Einzelnen durch den Zugang zu hochmoderner digitaler Technologie erweitern. Dafür brauchen wir eine umfassende digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrsnetze und bestens ausgestattete Schulen. Durch Substanzverzehr und zu geringe Investitionstätigkeit in den Um- und Ausbau der staatlichen Infrastruktur über Jahrzehnte hat Deutschland einiges aufzuholen, um den digitalen und ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn wir die Position Deutschlands in der Spitzengruppe der Industrienationen nicht gefährden wollen.

Erstmalig forderten vor wenigen Wochen der Bundesverband der Deutschen Industrie gemeinsam mit dem DGB, gestützt auf ein Gutachten ihrer Wirtschaftsinstitute, eine langfristig angelegte und stetige Investitionsoffensive auf hohem Niveau, die die ausreichende Finanzierung, aber auch die notwendigen Planungs- und Realisierungskapazitäten entstehen lässt. Die Institute beziffern den Bedarf auf allen Ebenen des Staates zusammen (also Bund, Länder, Kommunen) für die nächsten zehn Jahre auf mindestens 450 Milliarden Euro zusätzlich zu den für 2019 und die Folgejahre bereits budgetierten und angelegten Ausgaben. Den Instituten geht es insbesondere um die Langfristigkeit und Stetigkeit der Mittelbereitstellung unabhängig von der Kassenlage, weil nur so die Planungssicherheit für den Kapazitätsaufbau in den entsprechenden Industrien und im öffentlichen Sektor ermöglicht wird und für eine kontinuierlich dynamische Investitionstätigkeit gesorgt werden kann. Dieser Zielsetzung haben wir uns auf dem Bundesparteitag angeschlossen und den investierenden Staat als ein Leitthema identifiziert, bei dem, wie im Koalitionsvertrag in der „Revisionsklausel“ vereinbart, geprüft werden muss, ob „aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen“.

Wir brauchen in diesen Zeiten des grundlegenden Wandels unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft eine Politik starker öffentlicher Investitionen in unser Gemeinwesen, die Kontinuität garantiert. Wir haben den Pfad höherer Investitionen in der Bundesregierung bereits betreten. Der Bundesminister der Finanzen hat mit der Haushaltsplanung wichtige Weichen dafür gestellt, die Investitionstätigkeit des Bundes deutlich zu erhöhen und die Investitionsbedingungen von Ländern und Kommunen deutlich zu verbessern. Diese Planung wollen wir als Startbahn für ein verlässliches Langfristprogramm nutzen. 2020 steht auf Bundesebene die Rekordsumme von 42,9 Mrd. für Investitionen zur Verfügung. Wir Sozialdemokraten wollen, dass das Investitionsniveau in den kommenden 10 Jahren fortgeschrieben und dynamisiert wird. Grundlage hierfür sind die auch im Koalitionsvertrag explizit aufgeführten großen Investitionsbedarfe u. a. für eine Wohnraumoffensive, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung/Breitbandausbau oder Bildung und Forschung.

Der immer wieder als stockend beklagte Abfluss der Investitionsmittel hat sich inzwischen stark beschleunigt: In den Bundeshaushalt 2019 wurden 38,9 Milliarden für Investitionen eingestellt, und 38 Milliarden flossen ab – es ist offensichtlich, dass die Planungsbeschleunigung wirkt. Der größte Investitionsstau liegt mit 140 Milliarden bei den Kommunen. Umso wichtiger ist es, auf allen politischen Ebenen Investitionshemmnisse zu beseitigen. Der von Finanzminister Olaf Scholz vorangetriebene Abbau kommunaler Altschulden ist deshalb ein wichtiges Element eines langfristig angelegten Investitionsprogramms. Er würde 2.500 Kommunen in außergewöhnlich schwieriger Finanzlage von ihren Altschulden befreien und damit die entscheidende Voraussetzung dafür schaffen, dass besonders dort investiert werden kann, wo der Renovierungs- und Modernisierungsbedarf am größten ist. Ganz generell gilt es, die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch mehr Personal zu erweitern – damit genug ausgebildete Menschen vor Ort sind, um die Maßnahmen zu planen.

Die von den Instituten für die kommenden 10 Jahre berechneten nötigen Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen sind explizit als zusätzlich zum seiner zeitaktuellen Planungsstand definiert worden. Deshalb wollen wir die Überschüsse im Bundeshaushalt von 13 Milliarden dazu nutzen, die Investitionstätigkeit des Bundes noch in dieser Legislaturperiode zu erweitern. Die SPD wird diese Strategie auf der Basis aktualisierter Daten fortschreiben und die dazu notwendige Weiterentwicklung des Rechts- und Finanzierungsrahmens unterstützen. Statt Unternehmenssteuersätze zu senken, wollen wir Arbeitnehmer*innen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten – bis in den Bereich der gehobenen Facharbeiterschaft.

Diese profitieren insbesondere auch von Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur. Insbesondere sind laut Gutachten Investitionen beim Abbau des Sanierungsstaus bei der kommunalen Infrastruktur, bei den Betriebskosten der Ganztagschulen, über die geplanten 8,2 Mrd. Euro hinaus weitere Mittel für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und für

die Dekarbonisierung der Wirtschaft nötig. Der Bund muss zudem seine Vorbildfunktion beim Klimaschutz verstärkt wahrnehmen und die energetische Sanierung der eigenen Liegenschaften noch einmal forcieren sowie den Wohnungsneubau des Bundes (mittels der BIMA) beschleunigen.

Für das Klimaschutzprogramm sind bereits Investitionen in Höhe von 66 Mrd. Euro eingeplant – u. a. für CO₂-Gebäudesanierung, die Förderung der Elektromobilität, die Energiespeicherung, Wärmenetze und die Unterstützung der Dekarbonisierung der Industrie. Wir müssen Mittel und Wege finden, um in diesem grundlegenden Wandel handlungsfähig zu bleiben – vor allem in Zeiten schwacher Konjunktur. Wir schlagen daher vor, einen Zukunftsfonds aufzulegen bzw. den vorhandenen Energie- und Klimafonds entsprechend aufzurüsten, insbesondere wenn im Zuge der im Klimaschutzgesetz vereinbarten Überprüfungsklausel ein weiterer Investitionsbedarf zur Erreichung der Klimaziele offenbar wird.

DIGITALISIERUNG DEMOKRATISCH GESTALTEN FÜR INDIVIDUELLE UND STAATLICHE SOUVERÄNITÄT

Unser Ziel ist sozialer, ökologischer und wirtschaftlich nachhaltiger Wohlstand für die Vielen statt Monopolisierung und immer mehr Reichtum für die Wenigen. Den technologischen Fortschritt durch die Digitalisierung wollen wir nutzen, damit es der großen Mehrheit der Menschen besser geht. Es ist höchste Zeit, den gesamtgesellschaftlichen Nutzen in den Fokus zu rücken, statt primär auf wirtschaftliche Interessen Einzelner zu schauen. Auch mit Blick auf diese Herausforderungen werden wir mit dem Koalitionspartner über die Notwendigkeit neuer Vorhaben sprechen.

DIE SPD GEHT IN DIE NEUE ZEIT

Auf dem Bundesparteitag haben wir mit dem Beschluss zur Organisationspolitischen Neuaufstellung die Weichen für den Ausbau und die Modernisierung unserer Beteiligungsmöglichkeiten gestellt. Auf der Jahresauftaktklausur am 9./10.2.2020 beschließen wir mit der Jahresplanung 2020 den Fahrplan für den weiteren Umbau der SPD hin zu einer Partei mit moderner Kampagnenstruktur und Arbeitsformen, die Parteibasis und gesellschaftliche Bewegungen stärker in die programmatische Entwicklung einbeziehen. Besondere Priorität hat für uns dabei auf der einen Seite die Entwicklung der Onlinethemenforen. Auf der anderen Seite wollen wir Veranstaltungsformate weiterentwickeln, bei denen wir mit unseren Mitgliedern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern in die politische Debatte zur Vision einer gerechten Gesellschaft und zu unseren programmatischen Zielen kommen wollen. Gleichzeitig setzen wir unseren Prozess zur programmatischen Weiterentwicklung fort, u. a. mit einem Konvent, der sich u. a. mit der Zukunft der Alterssicherung befassen wird, und mit der Weiterentwicklung unseres digitalen Grundsatzprogramms #digitalLEBEN.

DIE SPD ALS EUROPAPARTEI UND DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

In der zweiten Jahreshälfte übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Es ist ohne Zweifel eine der wichtigsten Ratspräsidentschaften seit langem. Die bevorstehenden Herausforderungen und europäischen Entscheidungen, nicht zuletzt das Brexit-Abkommen mit Großbritannien, der Mehrjährige Finanzrahmen und die Einhaltung unserer europäischen Grundwerte, sind bereits jetzt umfassend.

Als Regierungspartei und vor allem auch als DIE Europapartei in Deutschland ist es unser gemeinsames Interesse, dass es eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft wird. Wir wollen Europa voranbringen. Wir wollen die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, die Demokratie, Grundrechte

und Rechtsstaatlichkeit in Europa zu stärken, die sozialen Rechte und Standards europaweit zu stärken, den European Green Deal auf den Weg zu bringen, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und Europas Engagement bei der Bewältigung von internationalen Krisen- und Konflikten stärken. Wir haben mit dem Europa-Kapitel im Koalitionsvertrag ambitionierte und weitreichende Maßnahmen beschlossen. Dazu zählt u. a. einen Rahmen für europäische Mindestlöhne sowie nationale Grundsicherungssysteme zu schaffen und die Sozialpartnerschaft zu stärken.

Das Europakapitel im Koalitionsvertrag gilt es weiter mit Leben zu füllen – das haben wir auf dem Parteitag nochmals unterstrichen. In diesen Kontext gehören insbesondere die Vorstöße für Steuerehrlichkeit und eine aufeinander abgestimmte und gerechte Unternehmensbesteuerung in der gesamten Europäischen Union. Die europäische Fiskalpolitik atmet immer noch den Geist neoliberaler Lösungsansätze. Wir brauchen faire Regeln im Umgang miteinander, die das gesamte Potenzial der EU zur Geltung kommen lassen und zum Wohlstand aller Europäerinnen und Europäer beitragen.

Für uns beschränkt sich Europa nicht auf die Summe nationaler Interessen. Europa ist mehr, als Gipfeltreffen von Regierungschefs. Wir verstehen Europa als eine gemeinsame Aufgabe. Über Grenzen hinweg. Im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft muss die Europäische Union zum Motor des dringend benötigten sozial-ökologischen Wandels werden. Diesen Gedanken wollen wir auch während der EU-Ratspräsidentschaft zum Ausdruck bringen und unseren Einfluss auf europäischer wie auch globaler Ebene geltend machen. Unser europapolitisches Engagement und unsere Zusammenarbeit im Rahmen der SPE werden wir weiter intensivieren.

Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 09. Februar 2020

FÜR EINE GERECHTE ORDNUNG AUF DEM ARBEITSMARKT IM 21. JAHRHUNDERT

Die Arbeitswelt wandelt sich umfassend und in großer Geschwindigkeit. Wir alle erleben die Veränderungen durch neue digitale Technologien und die immer dringlicher werdende Notwendigkeit eines verstärkten Klimaschutzes. Der Wandel kann große Chancen und neue Arbeit für viele schaffen, aber die Veränderungen können nur gelingen, wenn wir sie gemeinsam gestalten und niemanden zurücklassen.

Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt beginnt mit einer dynamischen und stabilen Wirtschaft. Der Industrie- und Dienstleistungsstandort Deutschland muss unter den Bedingungen einer digitalen und ökologisch nachhaltigen Produktion weiterhin eine Spitzenstellung einnehmen. Nur so lassen sich hohe Einkommen für die Beschäftigten erzielen. Das ist die Aufgabe, die wir mit einer gesamtwirtschaftlichen Investitionsoffensive bewältigen wollen.

Damit die Früchte einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung gerecht verteilt werden können, bedarf es eines Arbeitsmarktes, dessen Struktur eine faire Teilhabe der Beschäftigten ermöglicht. Dies ist in Deutschland vor dem Hintergrund des rasanten wirtschaftlichen Wandels derzeit nur unzureichend der Fall. Auch gibt es Kräfte, die die Veränderungen nur für die Maximierung ihrer eigenen Gewinne und gegen das Gemeinwohl benutzen. Sie wollen alle Vorteile für sich reservieren und möglichst wenig davon abgeben. Sie wollen die Veränderungen dazu nutzen, den

Wilden Westen auf den Arbeitsmarkt zurückzubringen. Schlechte Bezahlung, Kettenbefristungen, Zurückdrängung der Mitbestimmung und neue Beschäftigungsformen ohne Arbeitnehmerschutz sind die Folge.

UNSER WEG IST EIN ANDERER:

Wir machen Arbeit und Gerechtigkeit zum Ausgangspunkt unseres Handelns im ökologischen und technologischen Wandel. Wir sind als Gesellschaft herausgefordert, im Wandel zusammenzuhalten – und das gelingt nicht, wenn sich die einen um das Ende der Welt sorgen, und die anderen um das Ende des Monats. Letztendlich sitzen wir in einem Boot, denn auch der Facharbeiter und die Facharbeiterin in der Automobilindustrie wünscht sich eine Zukunft für seine Kinder, und auch die Fridays for Future-Demonstrant*innen wollen gute und sichere Arbeitsplätze.

Das Ziel, die deutsche Wirtschaft bis 2050 treibhausgasneutral umzugestalten, bietet Chancen auf neue Industrie- und Dienstleistungsarbeitsplätze sowie auf technologische Innovationen. Wir brauchen Wachstum in nachhaltigen Branchen – ein Wachstum, das sich in gute Arbeitsplätze übersetzt. Der ökologische Umbau der Wirtschaft kann ein Zukunftsprojekt und Jobmotor für alle sein, wenn wir ihn mit einer gerechten Ordnung auf dem Arbeitsmarkt verbinden. Wir sehen aber auch, beispielsweise in den USA, dass es scheitern kann – die Folge sind zutiefst gesplante Gesellschaften.

Auch die Digitalisierung trägt ein Risiko in sich, zur weiteren Spaltung beizutragen. Fast alle spüren den Wandel. Aber für viele ist unklar, ob er für sie persönlich etwas Gutes oder Schlechtes bedeutet. Das ist keine Frage des persönlichen Lebensmanagements, sondern eine Frage politischer Entscheidungen. Wenn Produktivitätsgewinne einseitig den großen Digitalunternehmen zu Gute kommen und Rationalisierungsmaßnahmen hingegen die Beschäftigten treffen, ist Digitalisierung für die Mehrheit eine Bedrohung. Wenn Digitalisierung jedoch genutzt wird, um die Arbeit und das Leben für die Mehrheit besser zu machen, kann sie eine Verheißung sein. Viele Menschen wünschen sich mehr Zeit für die Familie, für sich selbst, für Weiterbildung, auch für soziales Engagement. Die Digitalisierung ist hier vor allem eine Chance. Sie bietet vielen Beschäftigten neue Freiräume, wann und wo sie arbeiten wollen und erleichtert damit die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsleben. Die Digitalisierung schafft Spielräume für schnellere und bessere Arbeitsergebnisse und höhere Gewinne von Unternehmen. Für uns geht es hierbei darum, diese Vorteile gerecht zu verteilen, damit auch Arbeitnehmer*innen direkt davon profitieren.

Dieser Fortschritt kommt nicht von selbst, sondern setzt politische Gestaltung voraus. Diesen Gestaltungsauftrag nehmen wir an – zusammen mit den Gewerkschaften und den Unternehmen. Dafür brauchen wir eine starke Sozialpartnerschaft und einen Staat, der investiert, private Investitionen in nachhaltige Wirtschaftsbereiche lenkt, Chancen schafft, Risiken abfedert und Lebensentwürfe absichert.

Der richtige Zeitpunkt, die Weichen für eine gerechtere Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu stellen, ist jetzt. Die Möglichkeiten dafür sind günstig. Der deutsche Arbeitsmarkt steht statistisch deutlich besser da als in der Vergangenheit: Steigende Beschäftigung, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, höhere Beschäftigung von Arbeitnehmer*innen über 50 Jahren und von Frauen sind eine gute Entwicklung. Im Januar 2020 betrug die Arbeitslosenquote 5,3 Prozent. Das heißt konkret, dass sich die Arbeitslosigkeit seit 2005 mehr als halbiert hat. In vielen Branchen und Regionen herrscht faktisch Vollbeschäftigung.

Schon jetzt kommt es zu vielen Engpässen auf dem Arbeitsmarkt, die durch den demographischen Wandel weiter verstärkt werden. Fachkräfte werden bereits heute von vielen Betrieben dringend gesucht und gerade die digitalen und sozialen Berufe haben massive Nachwuchsprobleme, z. B.

in der Pflege. Wenn in den nächsten Jahren die Generation der „Babyboomer“ in Rente geht, wird sich diese Situation weiter verschärfen mit erheblichen Konsequenzen für unseren Wohlstand und die soziale Infrastruktur in Deutschland.

Aber auch die Spaltung unserer Arbeitsgesellschaft hat zugenommen. Der Niedriglohnsektor, geringfügige Beschäftigung, Befristungen, erzwungene Teilzeit, Werk- und Honorarvertragsarbeit haben sich ausgeweitet und sind in den Kern des Arbeitsmarktes vorgedrungen – insbesondere Frauen sind davon betroffen. Flexibilität wird einseitig den Arbeitnehmer*innen aufgeladen. Hinzu kommt, dass die Produktivitätsgewinne in Deutschland ungleich verteilt sind: Einkommen aus Vermögen und unternehmerischer Tätigkeit steigen schneller als die Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer*innen.

Die Digitalisierung verändert die sozialen Strukturen der Arbeitswelt zusätzlich – sowohl zum Besseren als auch zum Schlechteren, je nachdem, wer welche Spielregeln macht. Unter den Bedingungen einer unregulierten Digitalisierung droht das Arbeitsangebot immer stärker in einen hochqualifizierten, relativ gut bezahlten Teil und einen Teil ungesicherter, permanent bedrohter und schlecht bezahlter Arbeitsverhältnisse zu zerfallen. Eine solche Entwicklung gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Deshalb muss sich Politik einmischen und aktiv gestalten.

Wir wollen die gerechte Anerkennung der Leistung der Menschen, die den Wohlstand in unserem Land jeden Tag hart erarbeiten: die Leistung der Menschen in den Pflegeberufen, an den Supermarktkassen, in den Kindergärten und in den Betrieben. Wir akzeptieren nicht, dass diese Menschen 40 Stunden in der Woche arbeiten und am Ende des Monats immer noch jeden Cent umdrehen müssen oder zum Amt gehen, um das Einkommen aufzustocken – und ein Leben voller Unsicherheit führen. Die Produktivitätsgewinne der Globalisierung und Digitalisierung stehen allen zu und nicht nur wenigen. Und wir wollen, dass die Menschen in unserem Land ein selbstbestimmtes Leben führen können. Ein Leben, in dem sie sich nicht als Spielball von Profitinteressen, technischen Entwicklungen oder globalen Veränderungen fühlen.

Ziel von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt die grundsätzliche Modernisierung unserer Gesellschaft, um die Prinzipien Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität im Zusammenleben der Menschen in einer intakten Umwelt zu verwirklichen. Zur Erreichung dieser Vision reicht es nicht aus, nur im nationalen Maßstab zu denken. Mit der Europäischen Union verfügen wir über das Potenzial, durch kluge Weichenstellungen eine gute Zukunft für alle zu ermöglichen. Wir wollen Europa in diesem Sinne als Fortschrittsprojekt wiederbeleben. Im Sommer wird Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Wir wollen die deutsche Ratspräsidentschaft nutzen, um in Europa für mehr gute Arbeit und soziale Sicherheit zu sorgen.

UNSER ARBEITSPROGRAMM GEGEN DIE SPALTUNG AUF DEM ARBEITSMARKT:

Wir werden acht Reformprojekte in Angriff nehmen, die zu einer gerechten Machtbalance auf dem Arbeitsmarkt führen sollen.

PROJEKT 1: GERECHTE BEZAHLUNG – AM BESTEN MIT TARIF

In unserem Land gilt seit der Gründung der Bundesrepublik: Die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen sollen von Arbeitgebern und Gewerkschaften in Tarifverträgen festgelegt werden – gestützt auf gute gesetzliche Rahmenbedingungen. Das hat für beide Seiten Vorteile. Immer mehr Arbeitgeber verlassen aber dieses grundgesetzlich verankerte Prinzip. Nur noch 56 % der Beschäftigten in Westdeutschland und 47 % der Beschäftigten in Ostdeutschland arbeiten in einem tarifgebundenen Betrieb. Dazu kommen immer mehr atypische Beschäftigungsverhältnisse, die wenig oder keinerlei Arbeitsschutz unterliegen.

Gute Arbeitsbedingungen und ordentliche Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind aber die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg in einem Hochtechnologie-Land wie Deutschland. Die sich vertiefende Spaltung in der Einkommens- und Vermögensverteilung behindert wirtschaftliches Wachstum und weniger Kaufkraft schwächt die Nachfrage.

Unser Projekt:

Die SPD wird ein Gesamtkonzept für gerechtere Bezahlung erarbeiten, damit die Unternehmen, die sich an die Regeln halten ebenso wie die Beschäftigten wieder mehr Sicherheit erhalten. Dabei setzen wir auf starke Gewerkschaften und handlungsfähige Arbeitgeberverbände. Zum Projekt gehört:

- Tarifverträge müssen leichter allgemein verbindlich werden können. Das bedeutet, dass sie für alle Arbeitnehmer*innen und alle Arbeitgeber*innen in einer Branche gelten. Wir haben erfolgreich für eine Überarbeitung der EU-Entsenderichtlinie gekämpft, um entsandte Beschäftigte sowie kleine und mittelständische Unternehmen gleichermaßen vor unlauterer Dumping-Konkurrenz zu schützen. Das hilft uns bei der Durchsetzung allgemein verbindlicher Tarifstandards.
- Nur durch gesamtdeutsche Tarifverträge erreichen wir einheitliche Arbeitslöhne und Arbeitszeiten in ganz Deutschland. Ostdeutschland darf kein Niedriglohnland bleiben. Deswegen setzen wir uns für die Stärkung der Tarifbindungen ein.
- Wenn ein Unternehmen einen Betrieb auslagert, muss der dort geltende Tarifvertrag weiter gelten, bis ein neuer abgeschlossen wird.
- Viele Arbeitgeberverbände bieten Mitgliedschaft ohne Tarifbindung (OT) an. Diese Rosenpickerei steht dem Prinzip der Tarifautonomie entgegen. Wir wollen prüfen, wie wir dem wirksam entgegen treten können.
- Der Staat muss mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn ein Unternehmen einen öffentlichen Auftrag erhalten will, muss es sich an den geltenden Tarifvertrag halten. Wir wollen ein Bundestariftreuegesetz.
- Wir haben dem ausufernden Lohndumping mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einen wirksamen Riegel vorgeschoben. Der Mindestlohn ist aber noch nicht armutsfest. Wir wollen eine schnellere Anpassung auf 12 Euro erreichen.
- Wir wollen eine gleiche Bezahlung von Männern und Frauen durch ein wirksames Equal-Pay-Gesetz erreichen.
- Wir wollen, dass auch in abhängig selbständiger Vollzeit-Beschäftigung ein Erwerbseinkommen garantiert ist, das vor Armut bewahrt.

PROJEKT 2: ARBEIT UND LEBEN PLANBAR UND SICHER MACHEN

Ein sicherer Arbeitsplatz ist entscheidend, um das eigene Leben verlässlich planen zu können. Für viele – vor allem junge – Menschen gilt das oft nicht mehr. Fast jeder zweite neue Arbeitsvertrag wird nur noch befristet abgeschlossen. Man erwartet von den jungen Menschen die Gründung einer Familie, ehrenamtliches Engagement und vieles mehr. Tatsächlich wissen viele nicht, ob sie im nächsten Jahr noch einen Arbeitsplatz haben. Das passt nicht zusammen. Menschen brauchen Sicherheit, ihr Leben planen zu können. Planungssicherheit ist gleichzeitig auch eine zentrale Bedingung für die Sicherung unserer Fachkräftebasis. Denn die meisten Betriebe werden ihren Bedarf an gut qualifizierten Arbeitskräften nur decken können, wenn sie den Menschen einen sicheren Arbeitsplatz bieten.

Unser Projekt:

Wir werden den Menschen ein Angebot für mehr Planungssicherheit machen. Dazu gehört:

- Die Befristung von Arbeitsplätzen muss so weit wie möglich zurückgedrängt werden – das gilt vor allem für die vielen Befristungen ohne einen sachlichen Grund.

- Leiharbeit darf den Unternehmen kurzfristig Flexibilität bei nicht erwarteten Auftragsspitzen ermöglichen. Sie darf aber kein Dauerzustand sein, mit dem Zweck, Löhne zu drücken. Vor allem müssen die Menschen in Leiharbeit vom ersten Tag an genauso bezahlt werden, wie die fest angestellten Kolleginnen und Kollegen.
- Wir wollen den Trend umkehren, nach dem bisher abhängig Beschäftigte in eine Scheinselbstständigkeit gezwungen werden, um Schutzrechte zuzumuten.

PROJEKT 3: ARBEIT, DIE ZUM LEBEN PASST

Unser Ziel ist es, den Wandel in der Arbeitswelt auch dafür zu nutzen, mehr Vereinbarkeit zu ermöglichen und Selbstbestimmung im Erwerbsverlauf zu stärken. Dafür braucht es neue Angebote und Instrumente.

Wir werden die hart erkämpften Schutzstandards, die unter dem Vorwand einer höheren Flexibilität und mehr individueller Freiheit in Frage gestellt werden, entschlossen verteidigen. Wir wollen die Chancen und die ungeheuren Potentiale der Digitalisierung für neue Freiräume für die Arbeitnehmer*innen nutzen, ohne den Schutz zu verringern. Gute Arbeitszeitpolitik ist Arbeitsschutzpolitik; sie reduziert Stress und Überlastung, trägt bei zu gesunderhaltenden und altersgerechten Arbeitsbedingungen.

Unser Projekt:

Wir werden eine neue Debatte über Zeitsouveränität anstoßen und ein Konzept dafür erarbeiten:

- Wir wollen Arbeitnehmer*innen mehr Selbstbestimmung in der Arbeit und eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ermöglichen. Dazu gehört auch ein klarer Rechtsrahmen für mobiles Arbeiten.
- Wir wollen Freiräume schaffen für gesellschaftlich sinnvolle und notwendige Arbeit genauso wie für mehr Zeit für Familie, Freundschaft und für Muße. Dazu wollen wir Zeitkonten einrichten, über die die Beschäftigten selbstverfügen.
- Intelligente Arbeitszeitmodelle schließen eine im Lebenslauf veränderliche Arbeitszeit je nach Lebenslage und zur Absicherung von Übergängen ein. Dazu müssen besonders tariflich vereinbarte Modelle gefördert werden.
- Ob durch den digitalen oder ökologischen Wandel die Arbeit insgesamt weniger wird, ist und bleibt nicht absehbar. Sollte es zu Beschäftigungsabbau durch Digitalisierung oder den ökologischen Wandel kommen, kann dieser durch Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich aufgefangen werden.

PROJEKT 4: ARBEIT AKTIV FÖRDERN, NICHT ARBEITSLOSIGKEIT

Arbeit ist für die meisten Menschen Grundlage ihrer Existenzsicherung. Sie ist aber nicht nur Broterwerb. Für die allermeisten bedeutet die tägliche Arbeit auch Erfüllung, Kontakt mit anderen Menschen, Erfolg und Selbstverwirklichung. Die Möglichkeit zu arbeiten, bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Umgekehrt bedeutet der erzwungene Ausschluss von der Arbeit auch den Ausschluss von Teilhabe. Die Digitalisierung führt dazu, dass in manchen Bereichen auf dem Arbeitsmarkt Arbeitsplätze verschwinden oder sich Arbeit massiv verändert. In anderen Bereichen werden neue Arbeitsplätze entstehen. Aus unserer Sicht ist Vollbeschäftigung auch in Zukunft erreichbar und erstrebenswert – und gleichzeitig eine der zentralen Verteilungsfragen. Wir wollen mit aktiver Arbeitsförderung allen Menschen Teilhabe ermöglichen und ein Recht auf Arbeit gewährleisten. Insbesondere Menschen mit Vermittlungsproblemen brauchen neue Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt.

Unser Projekt:

Arbeit zu fördern, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, bleibt unser zentrales Ziel. Ein hohes Niveau der finanziellen Mittel für aktive Arbeitsförderung ist weiter unerlässlich, um verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit aufzubrechen.

- Wir werden neue Instrumente der aktiven Arbeitsförderung entwickeln. Wir müssen den Menschen zum Beispiel in den Zulieferbetrieben von Verbrennungsmotoren
- Antworten geben, die uns zu Recht fragen, was aus ihnen wird, wenn es diese Motoren in naher Zukunft nicht mehr gibt. Die aktuell geplante Verbindung von erweitertem Kurzarbeitergeld mit Qualifizierung ist ein Beispiel der sinnvollen Erweiterung der aktiven Arbeitsförderung.
- Wir brauchen mehr Förderungsmöglichkeiten von Weiterbildung und Umschulung. Gerade wenn größere Anteile einer Belegschaft qualifiziert werden, muss eine schnelle und unbürokratische Unterstützung möglich sein.
- Und wir müssen die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung wiederausbauen.

PROJEKT 5: WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE IM BETRIEB

Betriebsräte und Personalräte sind in den Betrieben und Verwaltungen Ansprechpartner und Vertrauenspersonen. Nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel zur Arbeitswelt 4.0 erfolgreich und im Sinne der Beschäftigten gestaltet werden.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb. Demokratie endet weder vor dem Werkstor noch vor den Lagerhallen von Amazon. Über die Mitbestimmung auf Augenhöhe ermöglichen wir, dass Arbeitnehmer*innen ihre Interessen im Betrieb wirksam vertreten und die eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen mitgestalten können.

Unser Projekt:

Wir werden gemeinsam mit den Gewerkschaften konkrete Vorschläge erarbeiten, welche Reformen wir für eine moderne Mitbestimmung in der Transformation brauchen. Das betrifft insbesondere

- die Stärkung der Mitbestimmung beim Einsatz von Leiharbeit, Werkverträgen und Plattformaufträgen.
- die Frage, wie neue Erwerbsformen wirksam vor Ausbeutung geschützt werden können.
- den besseren Schutz der Betriebsräte vor Mobbing und Ausgrenzung.
- die Förderung einer Ausweitung der Mitbestimmung, denn nur rund die Hälfte der Beschäftigten wird überhaupt von Betriebsräten vertreten.
- die Sicherung und den Ausbau der paritätischen Mitbestimmung der Arbeitnehmerseite in Unternehmen vor dem Hintergrund neuer europäischer Gesellschaftsformen.

PROJEKT 6: DIENSTE FÜR DIE MENSCHEN VERDIENEN MEHR

Soziale und öffentliche Dienstleistungen sind Dienste für die Menschen und halten die Gesellschaft zusammen. Wohlfahrtspflege ist kein Geschäft, sondern in erster Linie für die Menschen da und dem Gemeinwohl verpflichtet. Effizientes Wirtschaften darf nicht wichtiger werden als das Gemeinwohl und der Mensch.

Gesundheit bildet, zusammen mit der Pflege, eine der größten „Wirtschaftsbranchen“ in unserem Land. Die Gesundheitswirtschaft ist ein Beschäftigungsmotor. Im Gesundheitswesen arbeiten derzeit 5,1 Millionen Menschen. Damit ist heute etwa jeder achte Erwerbstätige in dieser Branche tätig. Umso mehr entscheidet sich hier, ob eine solidarische Ordnung Vorrang vor den Regeln des Marktes hat.

Wer sagt, dass die Zahlung von Tariflöhnen Standorte, Arbeitsplätze und die Versorgung in der Fläche gefährde, spaltet und spielt gute Arbeit gegen gute Versorgung aus.

Der Einkauf von Investoren in die Gesundheits- und Pflegeversorgung zum alleinigen Zweck, Gewinne zu erzielen und Geld zu entziehen, ist mit unseren Vorstellungen von einem modernen Sozialstaat und beitragsfinanzierten Sozialversicherungen nicht vereinbar.

Beides, gute Versorgung und gute Arbeit sind kein Gegensatz, sondern bedingen einander. Renditen, die in bessere Versorgung und bessere Arbeitsbedingungen zurückfließt, gehören dazu.

Unser Projekt:

Wir wollen den öffentlichen Dienst wieder stärken und mehr unbefristete Stellen schaffen.

Wir wollen Anerkennung und Aufwertung der Berufe in der Pflege. Beschäftigte, die in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und ambulant Menschen pflegen, müssen besser bezahlt werden und brauchen bessere Arbeitsbedingungen. Dazu gehört:

- Wir unterstützen politisch alle Sozialpartner, die sich für gute Tarifbedingungen einsetzen. Wir fordern auch die privatgewerblichen Arbeitgeber auf, sich einer Tarifpartnerschaft nicht weiter zu verschließen. Die Pflege verdient gute Standards und nicht nur ein Mindestmaß.
- Wir brauchen mehr Personal pro pflegebedürftigem Menschen. Nur mit genügend Kolleg*innen können Pflegekräfte ihrer Kernaufgabe gerecht werden: würdevolle Pflege zu leisten, die den individuellen Bedürfnissen der Pflegebedürftigen gerecht wird.
- Pflegefachkräfte verdienen mehr Vertrauen und Wertschätzung. Wir wollen, dass Digitalisierung der Pflege allen Bereichen zugutekommt und die Chancen für Kommunikation, Sicherheit, Beteiligung, Vernetzung und Entlastung genutzt werden.

PROJEKT 7: FAIRE SPIELREGELN FÜR DIE ARBEIT AUF DIGITALEN PLATTFORMEN

Wir haben uns im Alltag schnell daran gewöhnt – der digitale Fortschritt macht unser Leben leichter. Längst bestellen wir völlig selbstverständlich die Pizza oder das Taxi bequem vom Sofa aus oder buchen eine Haushaltshilfe über die entsprechende App. Immer mehr Menschen finden umgekehrt Arbeit auf digitalen Plattformen. Die Bandbreite reicht von haushaltsnahen Dienstleistungen wie Handwerksdiensten, der Betreuung von Kindern und Putzdiensten, über die Erstellung von Texten oder die Klassifizierung von Informationen bis hin zu hochspezialisierten Angeboten in Bereichen wie Design oder IT-Programmierung. Plattformen verändern unsere Wirtschaft und unseren Arbeitsmarkt.

Dieser technische Fortschritt bedeutet dabei keineswegs automatisch sozialen Fortschritt. Denn einige Plattformen und Digitalunternehmen umgehen Arbeitnehmerschutz und Mindestlöhne und verfolgen ihr Ziel maximaler Gewinnerzielung auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie spielen nicht selten Kunden und Angestellte gegeneinander aus.

Unser Projekt:

Wir brauchen vernünftige Regeln für die Arbeit in der Plattformökonomie. Das heißt: weder ‚laufen lassen‘ noch den Fortschritt aufhalten. Jobs in der Plattformökonomie sollen weiter entstehen und Kunden sollen weiter Angebote nutzen können. Aber jene, die die Arbeit machen, sollen sich genauso auf faire Arbeitsbedingungen verlassen können wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Fließband oder im Büro. Und jene, die Plattformen betreiben, sollen genauso zur sozialen Sicherheit in Deutschland beitragen wie herkömmliche Arbeitgeber. Das heißt:

- Digitalisierung darf nicht mit Ausbeutung verwechselt werden – wir sichern Arbeitnehmerrechte auch in der Plattformökonomie und verstehen eine Plattform als digitale Betriebsstätte mit den entsprechenden Rechten für die Arbeitnehmer.
- Soziale Absicherung, Arbeitsschutz und Interessenvertretung müssen auch für Selbständige in der Plattformökonomie möglich sein.
- Plattformbetreiber müssen dabei ihren Beitrag zur sozialen Sicherheit leisten.
- Wir wollen auf digitalen Plattformen gute Wettbewerbsbedingungen schaffen, dazu gehört auch ein fair geregelter Zugang, damit kleine und mittelständische (Handwerks-)Betriebe eine faire Chance haben.

- Wir werden nicht alle Plattformen über einen Kamm scheren. Denn Plattformbetreiber, die faire Bedingungen bieten, dürfen keinen Wettbewerbsnachteil haben – nicht national, aber auch nicht im internationalen Vergleich.
- Auch Arbeitnehmer*innen haben Anspruch nicht nur auf den Schutz personenbezogener Daten, sondern auch ihrer Persönlichkeitsrechte am Arbeitsplatz. Deshalb wollen wir einen eigenständigen Beschäftigtendatenschutz schaffen.

PROJEKT 8: DIE DEUTSCHE EUROPÄISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT NUTZEN

Zwar ist der Lebensstandard in der Europäischen Union im weltweiten Vergleich hoch, allerdings erreicht das europäische Wohlstandsversprechen nicht alle. Jeder sechste Arbeitnehmer in der EU ist Niedriglohnempfänger und Armut in Erwerbstätigkeit ist in Europa auf einem konstant hohen Niveau. Auch hier werden Menschen in verschiedenen Ländern unter dem Vorwand der Wettbewerbsfähigkeit gegeneinander ausgespielt und mancherorts sogar ausgebeutet. Wir werden die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken und die Menschen in Europa besser sozial absichern.

Unser Projekt:

Nicht der Markt gehört in den Mittelpunkt, sondern die Menschen. Wenn wir die Standards für alle gemeinsam anheben, hat niemand einen Nachteil. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte bietet die Chance, wichtige arbeitspolitische Initiativen voranzubringen und Europa zu einem besseren Ort für alle Beschäftigten zu machen.

- Wir wollen verhindern, dass im europäischen Binnenmarkt Wettbewerbsvorteile über Lohndumping erzielt werden. Deswegen setzen wir uns für einen gemeinsamen Standard für existenzsichernde Mindestlöhne ein, der überall dort gelten muss, wo eine hohe Tarifbindung dies nicht gewährleisten kann.
- Alle Menschen verdienen ein Leben ohne Armut. Dafür brauchen wir europäische Mindeststandards für die Grundsicherung.
- Mit einer Arbeitslosenrückversicherung in Ergänzung der nationalen Arbeitslosenunterstützungssysteme wollen wir wirtschaftliche Krisen solidarisch absichern.
- Die Sozialpartnerschaften in Europa muss gestärkt und Tarifbindung gefördert werden.
- Wir müssen Arbeit auch europäisch denken. Dazu gehört eine europäische Initiative zur Weiterbildung, ein umfangreicher Beschäftigungsschutz, insbesondere in Bezug auf Online-Plattformen, und ein effektiver Datenschutz auch für Beschäftigte.
- Wir fordern eine sozial-ökologische Erneuerung unseres Wirtschaftsmodells und wollen die Potenziale des European Green Deal zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Europa nutzen.
- Wir werden mit einer Neuausrichtung der europäischen Fiskal- und Steuerpolitik dafür sorgen, dass die Niveauunterschiede zwischen den Volkswirtschaften Europas kleiner werden und in allen Staaten dauerhafte und qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Insbesondere für die jungen Menschen. Wir treten für eine gerechte, aufeinander abgestimmte und vor allem lückenlose Unternehmensbesteuerung und gegen Steuerdumping in Europa ein. Damit verbessern wir die finanzielle Grundlage für staatliche Investitionen und eine nachhaltige Entwicklung der nationalen Arbeitsmärkte.
- Europa sollte seine Krisenresistenz verstärken, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Deshalb begrüßt die SPD den jüngst von der Kommission eingeleiteten Dialog über eine Reform der bestehenden Kriseninstrumente vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Eurokrise.

Resolution des SPD-Parteivorstands vom 09. Februar 2020

KONSENS DER DEMOKRAT*INNEN

Seit 1949 erfüllen die demokratischen Parteien den Auftrag unseres Grundgesetzes. Zum Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland gehört es als Lehre aus dem verbrecherischen NS-Regime und dem Scheitern der Weimarer Republik, dass Demokraten keine gemeinsame Sache mit den Feinden der Demokratie machen.

Unsere heutige Demokratie wird von rechten Populisten und gewalttätigen Neonazis herausgefordert. Über den Punkt „Wehret den Anfängen“ sind wir längst hinaus.

Der Rechtsterror des NSU, der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, Morddrohungen gegen Kommunalpolitiker, Ehrenamtliche und Abgeordnete, der anwachsende Antisemitismus, Angriffe auf Journalisten sowie das Erstarken rechtsradikaler Parteien sind dafür deutliche Zeichen.

Wir sind fest entschlossen, unsere freiheitliche und offene Gesellschaft mit allen Mitteln des Rechtsstaates und der Demokratie zu behaupten. Wir wissen, dass wir dabei auf eine sehr große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und eine aktive Zivilgesellschaft zählen können. Wir als demokratische Parteien stehen dafür besonders in der Pflicht. Durch unser tägliches politisches Agieren sowie im demokratischen Wettbewerb und im Umgang untereinander wollen und müssen wir die Demokratie stärken.

Die gemeinsame Wahl eines Ministerpräsidenten in Thüringen durch FDP, CDU und AfD war eine unverzeihliche Grenzüberschreitung, die weit über den Freistaat hinaus unsere Demokratie belastet. Regierungsbildungen und politische Mehrheiten in unserem Land dürfen nicht durch die Stimmen der AfD zustande kommen.

Resolution des SPD-Parteivorstands vom 08. März 2020

MEHR FRAUEN IN VORSTÄNDEN DURCH KLARE REGELN

SCHLUSS MIT ZIELGRÖßE NULL – ERWERBSARBEIT UND SORGEARBEIT GERECHT VERTEILEN

Zum Internationalen Frauentag am 08. März hat der SPD-Parteivorstand die folgende Resolution beschlossen:

Fünf Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes für mehr Frauen in Führungspositionen ist bewiesen: Die Quote wirkt, aber nur, wenn sie verbindlich ist. Mit dem Gesetz, für das wir als SPD lange gekämpft haben, wurde eine Quote von 30 Prozent für Aufsichtsräte von börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen eingeführt. Seitdem ist die Zahl der Frauen in Aufsichtsräten dieser Unternehmen deutlich gestiegen. Das ist ein beachtlicher Erfolg

Doch wenn wir in die Vorstände schauen, stellen wir fest: Hier hat sich zu wenig bewegt. In den Vorständen der 160 börsennotierten Unternehmen sind nur gut 9 Prozent Frauen. Es gibt immer noch Unternehmen, die sich für den Frauenanteil in ihren Vorständen die „Zielgröße Null“ geben – null für: keine einzige Frau im Vorstand. Wir wollen, dass Schluss ist mit den reinen Männerclubs an der Spitze von Unternehmen. Hier geht es um die Frage, wie in unserer Gesellschaft Macht und Einfluss verteilt sind. Ob Frauen für andere Frauen Vorbild sein können, auch in Spitzenpositionen. Und ob Deutschlands Unternehmen gut aufgestellt sind für das 21. Jahrhundert, wo es um Vielfalt geht und darum, alle Potentiale auszuschöpfen.

Führungsteams mit Frauen führen besser. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen jetzt in der Regierung den nächsten Schritt in Richtung Gleichstellung für Frauen in Führungspositionen gehen. Unsere Gleichstellungsministerin Franziska Giffey und unsere Justizministerin Christine Lambrecht haben einen Gesetzentwurf in die Abstimmung gegeben, der vorsieht, dass die feste Quote für den Aufsichtsrat auf deutlich mehr Unternehmen ausgeweitet wird. Vorständen von Unternehmen, die börsennotiert und paritätisch mitbestimmt sind, soll mindestens eine Frau angehören, wenn der Vorstand aus mindestens vier Personen besteht. Unternehmen, die sich als Zielgröße eine Null vornehmen, müssen dies begründen, sonst drohen Sanktionen. Das ist jetzt fällig.

Darum kämpfen wir an der Seite von Frauenverbänden und gleichstellungspolitischen Initiativen für dieses Gesetz. Und wir rufen die Frauen in der Union (und die progressiven Männer) auf, in ihren Reihen ebenfalls dafür zu kämpfen. Auch werden wir dafür sorgen, dass die Regierung die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte dieses Jahres nutzt, um die Gleichstellung von Männern und Frauen voranzutreiben. Unser Ziel ist es, die soziale Dimension der Europäischen Union zu stärken – da gehört die Gleichstellung von Männern und Frauen unbedingt dazu

Und die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf müssen stimmen. Frauen leisten noch immer deutlich mehr als Männer unbezahlte und oft unsichtbare Sorgearbeit – auch neben ihrer beruflichen Arbeit, selbst wenn sie in Top-Jobs angekommen sind. Jetzt sind die Männer am Zug, sich mehr an der Care-Arbeit zu beteiligen. Damit partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit leichter wird, haben wir das Recht auf Rückkehr von Teilzeit in die Vollzeit („Brückenteilzeit“) durchgesetzt; wir haben begonnen, die Kinderbetreuung gebührenfrei zu machen, und wir haben Vorschläge auf den Tisch gelegt, die das Potenzial haben, die Arbeitsteilung in der Familie zu verändern: eine Familienarbeitszeit, die Paare dabei unterstützt, sich Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit gerechter aufzuteilen, und eine Familienpflegezeit, die die Vereinbarkeit von Beruf und der Betreuung von pflegebedürftigen Angehörigen leichter machen würde. Wir wissen, dass viele Paare das wollen. Nun müssen die Gesetze folgen, die dies ermöglichen: die Hälfte der Macht, die Hälfte des Wickeltisches – für Männer und Frauen

Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 23. März 2020

EINSETZUNG EINES WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN BEIRATS

Anlässlich der heutigen Telefonkonferenzen des SPD-Präsidiums und des SPD-Parteivorstands wurde der Beschluss zur Einsetzung eines Wirtschaftspolitischen Beirats verabschiedet. Dazu erklären die SPD-Parteivorsitzenden Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans:

Norbert Walter-Borjans: „Heute hat das Kabinett der Bundesregierung wichtige Weichen dafür gestellt, dass wir alle die Folgen der Corona-Krise besser bewältigen können. Zugleich haben wir damit ein außerordentlich wichtiges Signal gesetzt: In der Krise stehen wir zusammen – in der Bundesregierung und über alle Parteigrenzen hinweg. Die SPD will mit aller Kraft die heutigen Erfordernisse der Corona-Krise bekämpfen – zugleich aber auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir auch die notwendigen Lehren daraus für unsere künftige Wirtschaftspolitik ziehen. Im Parteivorstand haben wir daher einen „Wirtschaftspolitischen Beirat“ eingesetzt, der sich heute den drängenden Fragen für unsere Wirtschaft von morgen stellen soll: „Wie soll die Wertschöpfung in unserem Land funktionieren? Wie vernetzt oder und wie unabhängig soll unsere Versorgung mit wichtigen Gütern wie Telekommunikation oder Arzneimitteln sein und wie können wir dieses krisenfest organisieren? Darauf soll dieser unabhängige Beirat aus renommierten Experten gute wegweisende Antworten finden. Ich bin sehr froh darüber, dass wir dafür in Gustav Horn, den ehemaligen Leiter des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung, einen anerkannten und engagierten Leiter des Wirtschaftspolitischen Beirats gefunden haben.“

Saskia Esken: „Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen für unsere Zukunft erschöpfen sich aber nicht nur in ökonomischen oder Verteilungs- und Krisenpräventionsfragen. Der Wirtschaftspolitische Beirat wird auch über die Teilhabe an digitalen Chancen für Unternehmen wie für die Beschäftigten nachdenken. Digitalisierung eröffnet uns neue Modelle dafür, die Arbeit von morgen menschenfreundlich zu organisieren. Zugleich müssen wir uns auch fragen, wie unsere Wirtschaft so nachhaltig und umweltbewusst gestaltet werden kann, dass wir unsere Ziele einer Klimaneutralität bis 2050 erreichen – oder sogar noch übertreffen.“

Mitteilung für die Presse vom 24. April 2020

AUFRUF ZUM 1. MAI 2020: SOLIDARITÄT!

Der 1. Mai ist der Tag der Solidarität. Er ist der Tag für Zusammenhalt. Nicht erst heute und nicht erst in der Not. Der Wert der Solidarität wird für viele in diesen Wochen besonders sichtbar. Nur gemeinsam sind wir stark! Nur gemeinsam können wir die Gefahr für Leib und Leben vieler Menschen abwehren. Und nur gemeinsam können wir die katastrophalen Folgen der Krise für unsere Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt bewältigen. Solidarität erfordert Mut und gemeinsames Handeln. Solidarität erfordert auch klare politische Entscheidungen.

DER SOZIALSTAAT IST DER STABILITÄTSANKER UNSERER GESELLSCHAFT

Unser Sozialstaat sorgt für Sicherheit und Unterstützung von Millionen Menschen. In der akuten Not stabilisiert er auch die Binnennachfrage; durch pünktliche und verlässliche Rentenzahlungen,

durch Kurzarbeitergeld, durch Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und durch die Grundsicherung. Unsere gesetzliche Sozialversicherung muss als Konsequenz wieder gestärkt werden, die Finanzierung solidarisch ausgestaltet und ihre Leistungen ausgebaut werden. Auch viele Selbständige müssen künftig in die Sozialversicherung einbezogen werden.

EIN HANDLUNGSFÄHIGER UND SOLIDARISCHER STAAT

Diese Krise macht klar: Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der Solidarität gewährleistet und organisiert. Die Bürger*innen erwarten zu Recht, dass unser Gemeinwesen die Voraussetzungen für ein sicheres Leben und soziale Gerechtigkeit schafft. Alle müssen dazu ihren gerechten Beitrag leisten – und starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. Wir wollen mehr Investitionen, um den Modernisierungstau bei kommunaler, digitaler und Infrastruktur zu beenden und Bildung und Forschung weiter zu stärken. Die „Privat vor Staat“-Ideologie war schon immer falsch; spätestens jetzt sollte das offensichtlich sein.

DASEINSVORSORGE UND GESUNDHEITSWESEN STÄRKEN

Der Shutdown für das öffentliche Leben und weite Teile der Wirtschaft war notwendig, damit unser Gesundheitssystem nicht überfordert und Menschenleben nicht gefährdet werden. In den Krankenhäusern wird hervorragende Arbeit geleistet. Die Krise legt aber auch offen, dass Personal und Schutzausrüstung fehlen. Vor allem der Personalmangel ist eine Folge der Einführung von Wettbewerbsorientierung und Kostenkonkurrenz in Krankenhäusern und Pflegeheimen. Je weniger Personalkosten, desto besser die Bilanz. Wo es um Leben und Tod geht, darf aber nicht die Logik der Gewinnmaximierung vorherrschen. Deshalb müssen künftig Dienstleistungen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur als zentrale Stützen der Daseinsvorsorge einseitigem betriebswirtschaftlichem Wettbewerbskalkül entzogen werden.

(SOZIALE) ARBEIT AUFWERTEN UND BESSER ANERKENNEN

Viele Dienstleistungen sind eine zentrale Säule unserer Gesellschaft. Kranken- und Altenpfleger*innen, Kassierer*innen, Erzieher*innen und Lehrer*innen, die vielen Beschäftigten bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdiensten, Ordnungs- und Gesundheitsämtern, sie und viele mehr erhalten die Grundlagen unserer Arbeitsgesellschaft. Sie sind unverzichtbar für Gesundheit und Lebensqualität, Bildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichwohl sind sie häufig schlecht bezahlt. In vielen Bereichen sind es klassische Frauenberufe, die strukturell schlechter entlohnt werden. Einmalige steuerfreie Prämien sind gut und gerade jetzt ein wichtiges Signal der Anerkennung. Wir wollen aber eine strukturelle Besserstellung, am besten über gute und allgemeinverbindliche Tarifverträge.

AKTIVE POLITIK FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE, KRISENFESTE UND NACHHALTIG ORIENTIERTE WIRTSCHAFT

Auch nach der Krise bleibt eine ökologisch, sozial und strategisch nachhaltig orientierte Industrie- und Wirtschaftspolitik eine wichtige Grundlage für Wertschöpfung und Wohlstand unseres Landes. Dazu kommen wichtige Lehren aus der Krise, die die krisenfeste Verfügbarkeit strategisch wichtiger Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen und damit die Souveränität von Wirtschaft und Gesellschaft betreffen.

ARBEIT UND LEBEN PLANBAR UND SICHER!

Arbeit muss gut bezahlt sein. Genauso wichtig ist, dass der Arbeitsplatz auch in den nächsten Jahren sicher ist. Für zu viele Beschäftigte gilt das nicht. Sie sind befristet oder in Leiharbeit tätig. Andere werden in selbständige Tätigkeiten gedrängt, wo die Selbständigkeit nichts anderes bedeutet als die Umgehung von Arbeitsrecht. Die SPD will mehr Sicherheit in der Arbeit. Das heißt: Befristungen zurückdrängen. Scheinselbständigkeit bekämpfen. Und Leiharbeit darf kein Dauerzustand sein.

TARIFBINDUNG STÄRKEN

Tarifbindung zahlt sich aus. Viele Tarifabschlüsse sorgen in der aktuellen Krise für eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes. Arbeit mit Tarifvertrag bedeutet bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Das gilt aber nur noch für rund die Hälfte der Beschäftigten. Das muss sich wieder ändern. Deshalb will die SPD, dass Tarifverträge leichter allgemein verbindlich werden können. Sie gelten dann für alle Arbeitgeber und Beschäftigten der betreffenden Branche. Öffentliche Aufträge dürfen nur Unternehmen erhalten, die nach Tarif bezahlen. Der gesetzliche Mindestlohn muss auf mindestens 12 Euro erhöht werden.

SOLIDARITÄT IST INTERNATIONAL

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie sind derzeit noch kaum absehbar. Aber klar ist: Kein Land trägt die Schuld an den absehbaren Verwerfungen. Und nur gemeinsam kommen wir da wieder raus. Auch wenn wir die Abhängigkeit von Lieferketten bekämpfen müssen, z. B. durch das Vorhalten von alternativen Lieferwegen, liegt die Lösung keinesfalls in der Abschottung. Gerade jetzt muss vor allem Europa zusammenhalten. Unsere Freunde in Italien und Spanien, die es noch härter getroffen hat, brauchen unsere uneingeschränkte Solidarität. Die Länder Europas brauchen nach der Krise ein gewaltiges Konjunkturprogramm. Das müssen wir gemeinsam und auf Augenhöhe stemmen. Wer das jetzt blockiert, riskiert die europäische Idee. Und davon würden nur rechte Hetzer profitieren. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen sich nicht gegeneinander ausspielen; nicht zwischen Nationen und nicht in den Betrieben.

Wir werden am 1. Mai nicht gemeinsam mit unseren Gewerkschaften auf den öffentlichen Straßen und Plätzen demonstrieren können. Aber wir stehen gleichwohl zusammen, denn solidarisch ist man nicht allein.

Beschluss des SPD-Präsidiums vom 25. Mai 2020

GESUNDES AUFWACHSEN, GUTES FAMILIENLEBEN

UNSERE POLITIK FÜR KINDER UND FAMILIEN IN ZEITEN VON CORONA

Familien tragen eine große Verantwortung und halten zusammen – untereinander, und damit auch die Gesellschaft insgesamt. Das haben sie seit Beginn der Corona-Krise erneut bewiesen. Daher brauchen sie unsere Solidarität.

In Zeiten von Lockdown, Betriebsverboten und der Schließung pädagogischer Einrichtungen hieß das zunächst: über fast zwei Monate ein Leben im Ausnahmezustand. Kitas und Schulen waren – von einer Notbetreuung abgesehen – in ganz Deutschland geschlossen. Viele Kinder mussten ihre Zeit in den (nicht selten zu kleinen) Wohnungen verbringen – ohne ihre Freundinnen und Freunde, ohne Spielplatz, ohne Sportverein oder Jugendtreff. Eltern ohne Anspruch auf Notbetreuung mussten volle Arbeitsleistung erbringen (egal ob im Homeoffice oder am Arbeitsplatz) und gleichzeitig „nebenbei“ die Kinder zu Hause betreuen, Bildungsangebote begleiten und für das leibliche wie das psychische Wohl der Kinder sorgen. Hinzu kam und kommt für viele die Sorge um die wirtschaftliche Existenz der Familie und um ältere Angehörige, die lange überhaupt nicht besucht werden konnten. Nichtwenige mussten durch den Ausfall von Tagespflege oder ambulanten Pflegediensten auch die heimische Pflege eines Angehörigen allein übernehmen.

Derzeit werden die coronabedingten Beschränkungen in allen gesellschaftlichen Bereichen weitreichend gelockert, und nahezu alle Betriebe werden zeitnah wiedereröffnet. Auch in den Kitas und Schulen gibt es eine schrittweise Öffnung von der erweiterten Notbetreuung zum eingeschränkten Regelbetrieb – je nach Bundesland in unterschiedlichem Umfang und Tempo. Pflegedienste nehmen ihre Arbeit wieder auf.

Immer deutlicher wird jedoch auch, dass aufgrund der notwendigen Abstands- und Hygieneregeln und der Beschränkung von Kontakten der gewohnte Alltag in Einrichtungen der Bildung und Betreuung auf mittlere Sicht nicht wieder einkehren kann – und damit zwangsläufig auch nicht der gewohnte Alltag erwerbstätiger Eltern.

Dabei geht es um immerhin 4,2 Millionen erwerbstätige Familien in Deutschland, 600.000 der Eltern sind Alleinerziehende. In besonderem Maße von der Mehrfachbelastung betroffen sind die Frauen, an denen immer noch und derzeit wieder vermehrt der Hauptteil der Sorgearbeit hängt. Auch für das Wohlergehen und die Entwicklungschancen von Kindern, für ihre sozialen Bedürfnisse und für ihr Recht auf Bildung und Teilhabe ist die aktuelle Situation ein schwerer Schlag. Die Corona-Krise trifft damit den Kernbereich sozialdemokratischer Politik.

Wir haben bereits einiges auf den Weg gebracht, um Familien in der Corona-Krise zu unterstützen. Dazu gehören die Kurzarbeit mit Familienkomponente, der Notfall-Kinderzuschlag – durch den nun erheblich mehr Kinder vom Kinderzuschlag profitieren als zuvor –, der veränderte Berechnungszeitraum für das Elterngeld, die Lohnersatzleistung nach Infektionsschutzgesetz für die Eltern, die keine Betreuung für ihre Kinder haben und daher nicht zur Arbeit gehen können und Akuthilfen für pflegende Angehörige, die aufgrund der Pflegesituation ihrer Arbeit nicht nachgehen können. Wir sehen aber, dass Familien weiterhin und zunehmend unter Druck geraten – und die Krise sich insbesondere für die Frauen verschärft, auf denen der größte Teil der zusätzlichen Sorgearbeit lastet, wie uns Studien drastisch vor Augen führen.

Wir Sozialdemokrat*innen haben lange dafür gekämpft, dass Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit für Mütter und Väter gleichermaßen und partnerschaftlich möglich ist, dass Alleinerziehende besondere Unterstützung bekommen – und dass Kinder unabhängig von ihrer Herkunft gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen haben. Getragen von einem breiten gesellschaftlichen Konsens haben wir in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Finanzmittel in den Ausbau von Krippen, Kitas und Ganztagschulen investiert, Qualität verbessert und dort, wo wir in Regierungsverantwortung sind und waren, begonnen, Gebühren schrittweise abzuschaffen. Diese hart erkämpften Fortschritte darf die Krise nicht zerstören. Um es klar zu sagen: Zentrale Voraussetzung für Eltern, in ihrem Beruf arbeiten zu können, sind die Kitas und Schulen! Zentrale Voraussetzung für Kinder, gut ins Leben zu starten, sind hochwertige Bildungsmöglichkeiten.

Um Familien zu entlasten, den Eltern Handlungsfähigkeit und Planungssicherheit zu geben und den Kindern eine verlässliche Umgebung für gute und gerechte Bildungs- und Entwicklungschancen, müssen wir auf mehreren Ebenen gleichzeitig handeln.

SCHULEN UND KITAS SCHRITTWEISE FÜR ALLE KINDER ÖFFNEN

Kinder brauchen andere Kinder und die Begleitung pädagogischer Profis in den Kitas, um sich sprachlich, sozial und emotional bestmöglich zu entwickeln. Kitas sind Orte der Integration und Inklusion – hier treffen die Kinder auf die Vielfalt der Lebenslagen, treffen Kinder mit und ohne Behinderung aufeinander. Hier lernen und leben sie Zusammenhalt. Die Betreuung zuhause kann die Arbeit der frühkindlichen Bildungsexpert*innen in den Einrichtungen auf Dauer nicht ersetzen. Die vertrauten Erzieher*innen sind auch und gerade in unsicheren Zeiten eine wichtige Instanz im Leben von Kindern. Deshalb müssen insbesondere Kinder mit Behinderungen und mit besonderem Schutz- oder Förderbedarf, schnellstmöglich aber auch alle anderen Kinder zumindest

stunden- oder tageweise in die Kita bzw. Kindertagespflege oder in ihre Schulen zurückkehren können. Dabei ist selbstverständlich die Gesundheit der Fachkräfte bestmöglich zu schützen – Erzieher*innen und Lehrer*innen aus Risikogruppen sollen also in dieser Situation möglichst nicht direkt mit Kindern arbeiten.

Wir begrüßen deshalb das Engagement unserer Familienministerin Franziska Giffey, die sich mit den Fachminister*innen der Länder für zügige Konzepte zur Öffnung ihrer Kitas stark gemacht hat. Die Länder haben inzwischen entschieden, wie und wann sie ihre Einrichtungen wieder öffnen. In einigen Regionen können bereits alle Kinder wieder für einige Stunden am Tag in die Kita kommen. Zur Unterstützung einer zügigen Öffnung der Kitas müssen Kommunen zusätzliches Personal einstellen können. Für eine bessere Personalausstattung in der Zukunft muss zudem jetzt endlich auch die zweite Welle der „Fachkräfteoffensive Erzieherinnen und Erzieher“, also der praxisintegrierten und vergüteten Erzieher*innenausbildung zur Unterstützung der Ausbildungsaktivitäten in den Ländern kommen.

Dank des Einsatzes unserer rheinland-pfälzischen Kultusministerin Stefanie Hubig in ihrer Rolle als Präsidentin, handelt die KMK in großer Geschlossenheit. Sehr frühzeitig haben sich die Länder auf die gegenseitige Anerkennung aller Schulabschlüsse im „Corona-Jahr“ verständigt. Das ist ein wichtiger Schritt für die Chancengleichheit der Schülerinnen und Schüler. Derzeit klärt die KMK mit welchen Konzepten die Schulen nach den Sommerferien arbeiten können, um allen Kindern ein verlässliches, gerechtes und möglichst infektionssicheres Präsenzangebot in Schulen und Kitas zu machen. Hinzu kommen unterstützende digitale Bildungsangebote, die besondere Chancen, aber auch in sich bergen. Die Schulen benötigen für die Betreuung in fest definierten Kleingruppen und für besondere Unterstützungsangebote zusätzliches, lernbegleitendes Personal, damit leistungsschwächere und benachteiligte Schüler*innen nicht noch weiter abgehängt werden. Für beispielsweise Pädagogikstudierende, denen derzeit die Hinzuverdienstmöglichkeiten fehlen, wäre dies womöglich ein willkommenes Tätigkeitsfeld. Am Ende entscheiden die Länder, wann und wie ihre Einrichtungen wiedereröffnen können. Im Idealfall entwickeln Kitas, Schulen und ihre Träger selbst kreative, vor Ort passgenaue Lösungen im epidemiologiekonform abgesteckten Rahmen von festen Kleingruppen.

Auch wenn dadurch keine „Normalität“ einkehren kann – für die Familien ist ein sich so ergebendes, schicht- oder tageweises Bildungs- und Betreuungsangebot und eine dort stattfindende Mahlzeit eine große Entlastung – und für die Kinder und Jugendlichen das Stück Alltag mit Gleichaltrigen, das sie derzeit schmerzlich vermissen.

CHANCENGLEICHHEIT BEIM DIGITALEN LERNEN GEWÄHRLEISTEN

Alle Schülerinnen und Schüler müssen gleiche Chancen beim digitalen Lernen haben. Denn wir werden noch auf längere Zeit Präsenzunterricht in der Schule und Lernen zu Hause miteinander verbinden müssen. Möglicherweise entdecken wir auch für die Zeit darüber hinaus die besonderen Chancen einer zeitgemäßen, digital gestützten Bildung als Vorteil und Fortschritt für alle Schülerinnen und Schüler. Viele engagierte Lehrer*innen haben in den vergangenen Wochen kreative Lösungen gefunden, um ihre Schüler*innen auf Distanz bestmöglich zu unterstützen und zu motivieren. Aber es bleibt noch einiges zu tun, damit unter den derzeitigen Bedingungen alle Kinder die gleichen Chancen auf gute Bildung haben und Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf nicht den Anschluss verlieren.

Das betrifft zunächst die Ausstattung mit digitalen Geräten. Wir haben bereits durchgesetzt, dass die Schulträger über die Länder 500 Mio. Euro zusätzlich für den Digitalpakt erhalten, um digitale Endgeräte für benachteiligte Schüler*innen anzuschaffen. Diese zusätzlichen Bundesmittel werden schnellstmöglich ausgezahlt, Beschaffung und Organisation der Verteilung an die Schulen erfolgt zentral durch die Länder bzw. kommunale Schulträger. Die Bundesländer erarbeiten derzeit

entsprechenden Förderrichtlinien und Verfahren. Die neuen Geräte gehen dann als Dauerleihgabe in den Besitz der Schüler*innen über. Die Telekommunikationsanbieter rufen wir auf, die für einen regelmäßigen digitalen Unterricht notwendige Bandbreite via Mobilfunk oder Festnetz kurzfristig und unbürokratisch bereit zu stellen und einen Schüler*innen-Tarif einzurichten.

Es braucht darüber hinaus aber auch ein gemeinsames Verständnis davon, wie es gelingen kann, digitale Lernangebote und Präsenzlernen miteinander zu verbinden. Ein mögliches Konzept ist der „Inverted Classroom“. Dabei wird die klassische Rolle des Präsenzunterrichts zum Teil nach Hause verlegt. Videovorträge und/oder altersgerecht begleitete oder selbständige Rechercheaufträge können den Input nach Hause verlagern, während die Phase des Übens und Vertiefens in der Präsenzphase stattfindet. Dort können Lehrkräfte, aber auch Peer-Effekte gezielter unterstützen. Gerade in dieser Phase verstärkt die soziale Interaktion den Lernerfolg.

Die Digitalisierung des Unterrichts ist eine Herausforderung für alle: Für die Schulen und ihre Verwaltung ebenso wie für die Schüler*innen und ihre Eltern. Sicherer, souveräner und kompetenter Umgang mit Geräten, Lernangeboten und der weiten Welt des Wissens brauchen Unterstützung und Orientierung. Tutorials, Webinare und Erklärvideos können allen Beteiligten helfen, die coronabedingt katalysierte Bildungsdigitalisierung auch als Chance zu sehen – und mit Geduld miteinander und voneinander zu lernen.

FÖRDERUNG FLEXIBLER ARBEITSZEITMODELLE FÜR ELTERN IST NÖTIGER DENN JE

Für viele Eltern in unserem Land stellt die Corona-Krise eine existenzielle Herausforderung dar. Die Sozialdemokratie hat mit schneller Unterstützung durch das erhöhte Kurzarbeitergeld, den erleichterten Zugang in die Grundsicherung, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes, den Notfall-Kinderzuschlag und viele weitere Maßnahmen dafür gesorgt, dass soziale Härten abgefedert werden können. Fehlende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder in Kitas und Grundschulen stellen viele Eltern aber vor große Herausforderungen.

In der Krise sehen wir umso deutlicher: Professionelle Carearbeit ist ein Wirtschaftsfaktor und muss noch erheblich besser honoriert werden. Solange aber der Staat Bildung und Betreuung von Kindern krisenbedingt ganz oder zu großen Teilen an die Kernfamilie zurückdelegiert, muss er Familien ihre Arbeit und ihr Einkommen absichern – ohne dass dabei die Gleichstellung von Frauen und Männern unter die Räder kommt.

Unsere zuständigen Regierungsmitglieder Franziska Giffey und Hubertus Heil haben daher eine zügige Anschlussregelung für die Lohnfortzahlung von Eltern angesichts der coronabedingten Schul- und Kitaschließungen im Kabinett durchgesetzt. Die Dauer der Lohnfortzahlung wird von maximal sechs auf zehn Wochen verlängert – pro Elternteil, bei Alleinerziehenden sind es 20 Wochen – und kann auch tageweise in Anspruch genommen werden. Damit sind anders als bisher auch partnerschaftliche Teilzeitleösungen möglich, die beiden Eltern trotz fehlender Betreuung ihren Arbeitsplatz und ein Einkommen sichern. Außerdem wird den besonderen Bedürfnissen von Alleinerziehenden besser Rechnung getragen. Arbeitgeber*innen sind aufgefordert, ihre Arbeitnehmer*innen mehr Flexibilität zu ermöglichen: Indem sie Arbeitsmodelle für eine bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbspflichten während der coronabedingten Einschränkungen in Kitas und Schulen anbieten und über Lohnersatzleistungen informieren. Wir appellieren auch an die Länder, Anträge zu vereinfachen, zu informieren und die Regelungen im Sinne der Eltern flexibel auszulegen.

Leider müssen wir feststellen, dass durch die Krise die Frauenerwerbstätigkeit zurückgegangen ist. Frauen finden sich unfreiwillig in einer Situation wieder, in der sie für Kinderbetreuung und Familienarbeit zuhause bleiben. Zu einem mittelfristigen Lösungsansatz, der Eltern über die befristete Maßnahme des Infektionsschutzgesetzes hinaus entlastet und die aktuell rückläufige

Frauenerwerbstätigkeit stärkt, gehört für uns Sozialdemokrat*innen das von Manuela Schwesig erarbeitete Konzept der Familienarbeitszeit. Eltern mit jüngeren Kindern, die ihre Arbeitszeit selbstbestimmt und partnerschaftlich reduzieren, wollen wir auch jenseits der Corona-Krise mit einem Familiengeld von jeweils 150 Euro monatlich für beide Eltern unterstützen – für bis zu 24 Monate. Gerade Familien mit kleinen Einkommen sollen sich so eine gute Vereinbarkeit und gerechte Aufteilung von Familie und Beruf leisten können.

Gerade in Zeiten von Corona, wo Kitas und Schulen aus Infektionsschutzgründen auch mittelfristig keine Vollzeitbetreuung anbieten werden, gibt die Familienarbeitszeit Eltern Mittel an die Hand, bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf eigene, selbstbestimmte Wege zu gehen und unterstützt die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern.

KINDER BRAUCHEN SICHERHEIT

Familie ist vor allem da, wo Kinder sind. Familien mit Kindern sind in der Krise in besonderem Maße betroffen. Die Herausforderungen, Arbeitsleben und Kinderbetreuung miteinander zu verbinden, besteht über alle Einkommensschichten hinweg. Wir setzen uns deshalb für einen Kinderbonus ein, der den Familien für jedes Kind zur freien Verfügung ausbezahlt wird. Der Bonus darf nicht auf Leistungen aus anderen Sicherungssystemen angerechnet werden. Mit einem solchen Kinderbonus werden Familien mit Kindern zielgenau unterstützt. Gleichzeitig stärken wir die Nachfrage und unterstützen so die konjunkturelle Entwicklung. Auch werden wir Investitionen der Kommunen in eine zeitgemäße, teilhabegerechte Bildung und Betreuung im Rahmen der Konjunkturmaßnahmen besonders berücksichtigen.

Unabhängig davon arbeiten wir weiter an einem grundlegenden Wechsel in der Familienförderung hin zu einer sozialdemokratischen Kindergrundsicherung. Die Unterstützung von Kindern und Familien in Deutschland ist vielfältig, dennoch wächst jedes fünfte Kind in Armut auf. Wir wollen eine existenzsichernde Geldleistung für Kinder, die bisherige Familienleistungen zusammenführt und weitere Investitionen in die Infrastruktur für Bildung und Teilhabe. Die sozialdemokratische Kindergrundsicherung soll nach Einkommen der Familie gestaffelt sein – je ärmer die Familie, desto höher die Geldleistung. Damit holen wir alle Kinder raus aus Hartz IV und stellen Familien bis weit in die Mittelschicht hinein besser.

Wir wollen auch weiterhin Kinderrechte im Grundgesetz verankern, wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich immer wieder, dass die Rechte von Kindern nicht immer und auf allen staatlichen Ebenen ausreichend Berücksichtigung finden. Das muss sich in Zukunft ändern. Wir wollen, dass die Stimme von Kindern mehr Gehör findet – das stärkt auch ihre Familien.

Familien sind systemrelevant. Für uns Sozialdemokrat*innen stehen ihre Bedürfnisse im Fokus der Politik – während der Krise und danach.

Beschluss des Parteivorstandes am 8. Juni 2020

EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

WIR ÜBERNEHMEN VERANTWORTUNG FÜR EUROPA IN SCHWIERIGEN ZEITEN GEMEINSAM. SOLIDARISCH. ZUKUNFTSGEWANDT.

Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft in einer Zeit existentieller Herausforderungen für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie, genauso wie die fortbestehende gesundheitliche Bedrohung durch das Virus, verlangen eine umfassende und gemeinsame europäische Antwort. Europa kann jetzt beweisen, dass es in schwerer Zeit solidarisch handelt und den Menschen Halt geben kann.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen die drängendsten Aufgaben darin, die Europäische Union gemeinsam mit klarem Kurs durch die Krise zu führen, Maßnahmen zur Bewältigung der Krise und ihrer Folgen gerecht und nachhaltig zu gestalten, Solidarität und den Zusammenhalt in Europa zu stärken und das europäische Projekt konsequent für die Zukunft auszurichten. Wir haben die Europa-Politik des erhobenen Zeigefingers abgelöst durch eine Politik der guten Nachbarschaft. Wir wissen, dass es unserem Land immer nur so gut gehen wird, wie es unseren europäischen Partnern gut geht. So wollen wir auch die deutsche Ratspräsidentschaft dafür nutzen, dass Deutschland mit einem verlässlichen und integrativen Krisenmanagement Zusammenhalt fördert, Brücken in Europa baut und hilft unseren Kontinent auf die großen Herausforderungen vorzubereiten, die vor uns liegen.

Wir sind davon überzeugt, dass ein starkes und gerechtes Europa im ureigenen Interesse Deutschlands ist. Die Gefahr, dass Europa an den Folgen der Krisen zerbrechen oder durch sie tief gespalten werden könnte, ist real – nicht zuletzt, weil verschiedene äußere und innere Akteure gezielt auf eine solche Spaltung hinarbeiten. Unsere Antwort muss lauten: Wir treten für ein Europa der Solidarität und des Zusammenhalts ein. Kein Land, keine Region und kein Mensch darf bei der Bewältigung der Krise zurückgelassen werden. Die Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung von Covid-19 und der Durchbruch für ein starkes europäisches Recovery-Programm sind vor allem ein Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Wir sind zu einer außerordentlichen und gemeinsamen Kraftanstrengung bereit. Damit leisten wir einen solidarischen Beitrag für den wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbau Europas. Der Mehrjährige Finanzrahmen und seine Ausgestaltung zu einem echten Zukunftshaushalt sind hierbei von besonderer Bedeutung. Der Weg dahin auch über eine Kreditfinanzierung des Recovery-Programms zeigt: Wir lassen die Politik der roten Linien hinter uns und sind bereit, auf dem Weg der Einheit Europas jetzt voranzuschreiten. Wir werden daher in unserer Ratspräsidentschaft auch über die institutionelle Weiterentwicklung und Vertiefung der EU sprechen, insbesondere über die Schaffung genuiner Einnahmequellen für die EU.

Wir wollen uns nach der Überwindung der Krise nicht mit dem Wiedererlangen des Status quo ante abfinden. Unser Ziel ist es, die europäische Wiederaufbauinitiative zu nutzen, um Europa zukunftstauglich zu machen. Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in den nächsten Monaten wollen wir die sozial-ökologische Transformation ambitioniert voranbringen. Unsere Investitionen zum Wiederaufbau sollen dem European Green Deal zur Durchsetzung verhelfen und die Europäische Säule Sozialer Rechte mit Leben füllen. Darüber hinaus ist Europa in vielfäl-

tiger Hinsicht fit für das digitale Zeitalter zu machen. Dazu wollen wir sicherstellen, dass Europa auf den Feldern neuer Technologien wie Künstliche Intelligenz oder Big Data aus eigener Kraft handlungs- und gestaltungsfähig ist, wir unsere Werte wie den Schutz der Privatsphäre auch im digitalen Zeitalter wahren sowie gute und hochwertige Arbeitsplätze erhalten und neue entstehen lassen. Europäische Politik soll die Zukunft der Arbeit aktiv mitgestalten, auch im Rahmen von Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der Geschlechtergerechtigkeit, bei Entlohnung wie der Besetzung von Führungspositionen. Wir setzen uns für eine neue Verbraucheragenda ein, die den Verbraucherschutz in der europäischen Union an die aktuellen digitalen und ökologischen Herausforderungen anpasst und zugleich ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleistet. Wir wollen eine nachhaltigere Ausrichtung unserer Landwirtschaftspolitik. Dazu gehört auch die Sicherung des Tierschutzes und ein Mehr an Tierwohl in der landwirtschaftlichen Erzeugung.

Zukunft zu gestalten bedeutet heute, sich der Herausforderung der Klimakrise zu stellen und konsequent an einem umfassenden Lösungskonzept zu arbeiten, um den Klimawandel als die übergeordnete Bedrohung unserer Zeit zu bekämpfen und den nach uns folgenden Generationen einen ökologisch intakten Lebensraum zu erhalten. Der European Green Deal ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der logische Weg hin zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, alle zukünftigen Mittel des Mehrjährigen Finanzrahmens in Einklang mit den Zielsetzungen des European Green Deals, den Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen und der UN-Agenda für nachhaltige Entwicklung zu bringen.

Wir wissen, dass eine progressive Politik, die auf Veränderung setzt, von den Bürgerinnen und Bürgern nur mitgetragen wird, wenn wir sicherstellen, dass wirklich alle Europäerinnen und Europäer an dem Wohlstandsversprechen der Europäischen Union teilhaben und wir es schaffen, die Europäische Union krisenfester zu machen. Hierzu gehört ein europäischer Rahmen für Mindestlöhne und Grundsicherungssysteme zur Armutsbekämpfung. Dabei setzen wir uns insbesondere für die Bekämpfung von Kinderarmut ein und unterstützen die Umsetzung einer EU-Kindergarantie. Wir brauchen europaweit hohe soziale Mindeststandards, um allen Europäerinnen und Europäern eine auskömmliche Lebensgrundlage zu ermöglichen. Angesichts der Krise ist die Stabilisierung niedriger Einkommen nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten nötig, sondern auch eine wichtige Stütze für die europäische Wirtschaft. Die Corona-Krise hat Probleme in vielen systemrelevanten Branchen und Dienstleistungssektoren offengelegt, die wir angehen wollen. Faire Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit müssen auch für neue Arbeitsformen wie plattformbasierte Arbeit gelten und sichergestellt werden. Auch die Durchsetzung von geltendem Arbeitsrecht und Arbeitsschutz bei Saisonarbeitnehmerinnen und Saisonarbeitnehmer muss dringend verbessert werden. Weil vielerorts gerade die Jugendarbeitslosigkeit zur strukturellen Begleiterscheinung der Krise geworden ist, wollen wir die europäische Jugendgarantie weiter stärken und jungen Menschen eine Perspektive bieten. Auch dafür treten wir für einen starken Europäischen Sozialfonds (ESF+) ein, dessen Bedeutung gerade in Zeiten der Pandemiekrise und hoher Arbeitslosigkeit gestiegen ist. Ein starker ESF+ ist unverzichtbar, um die Bürgerinnen und Bürger beim Zugang zu besseren Arbeitsplätzen zu unterstützen und faire Perspektiven für den Berufseinstieg zu eröffnen. Als globale Handelsmacht und Wertegemeinschaft hat die EU auch eine Verantwortung für gute Arbeitsbedingungen entlang globaler Lieferketten. Durch ein europäisches Lieferkettengesetz muss auch die Unternehmensverantwortung gestärkt werden. Freiwilligkeit reicht längst nicht mehr aus.

Weitere Stabilisierungsinstrumente auf europäischer Ebene wie eine dauerhafte Arbeitslosenrückversicherungsindnotwendig, um makroökonomische Schocks abzufedern und sicherzustellen, dass die nationalen Arbeitslosenversicherungen auch in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Krisen ihre wichtige Sicherungsfunktion effektiv erfüllen können. Mit dem europäischen Instrument SURE, ebenfalls einer Initiative der europäischen Sozialdemokratie, mit der Kurzarbeitergeld-

leistungen der Mitgliedstaaten finanziell abgesichert werden sollen, hat die Europäische Union bereits einen ersten konkreten Schritt in Richtung von mehr Risikoteilung in Krisenzeiten getan. Schließlich wollen wir daran arbeiten, die europäische Digitalunion sowie die Banken- und Kapitalmarktunion zu vollenden, um Europa stabiler und robuster zu machen und einen weiteren Fortschritt in der europäischen Integration zu erreichen.

Europäische Solidarität kann aber aus unserer Sicht nur gelingen, wenn neben den EU-Mitgliedstaaten auch multinationale Unternehmen ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise und der Finanzierung des Gemeinwohls leisten. Mehr Transparenz und eine stärkere Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung durch einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindestsätze auf europäischer wie auf globaler Ebene sind hierbei ebenso erforderlich wie eine Besteuerung der digitalen Großkonzerne. Die Finanztransaktionssteuer, die auf Drängen der SPD in naher Zukunft in die erste Phase ihrer Umsetzung gehen wird, wird ebenfalls einen entscheidenden Beitrag leisten.

Nur eine starke und souveräne Europäische Union ist dazu in der Lage, die Welt von morgen mitzugestalten und unserer Vision einer demokratischen, gerechten und nachhaltigen Gesellschaft näher zu kommen. Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die Europäische Union unabhängiger von Dritten werden muss. Deshalb ist für eine eigenständigere, krisenfeste EU die Stärkung der Europäischen Souveränität unabdingbar. Dazu gehört eine Rückverlagerung von überlebenswichtiger Produktion wie Medikamenten in die EU, der Schutz kritischer Infrastrukturen und weitere Maßnahmen der Handels- und Industriepolitik, des Ausbaus der EU-Sanktionspolitik und ein konsequenter Aufbau der technologischen Souveränität.

Wir können nach außen nur verkörpern und vorantreiben, was wir nach innen leben und verteidigen. Dafür setzen wir am Fundament der europäischen Werte an, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union garantieren. Wir wollen die Ratspräsidentschaft nutzen, um verbindliche Mechanismen zur Überprüfung europäischer Grundwerte und zur Sanktionierung von fundamentalen Verstößen auf den Weg zu bringen. Wir werden nicht dabei zusehen, wie die Covid-19-Pandemie in einigen Mitgliedstaaten als Vorwand missbraucht wird, um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einzuschränken. Die Krise hat zudem einmal mehr ein Schlaglicht auf Phänomene wie Desinformation und Hassreden geworfen. Wir setzen uns für europäische Regelungen ein, um strafbare Online-Hassreden effektiv zu bekämpfen.

Wir werden dafür Sorge tragen, dass unser gemeinsames Fundament nicht im Innern der EU untergraben wird. Dazu gehört es auch, ungleichmäßig verteilte Herausforderungen unter den Mitgliedstaaten fair aufzuteilen. Deshalb wollen wir ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit dem notwendigen Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität voranbringen, das eine Reform des Dublin-Systems beinhaltet und das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt. Im Rahmen eines umfassenden Ansatzes sollten legale Migrationswege geschaffen, Schleuserkriminalität weiter bekämpft und gleichzeitig die Ursachen von Flucht und Vertreibung angegangen werden.

Nur ein vereintes Europa hat die Kraft, seine gemeinsamen Werte auf internationaler Ebene einzubringen, die Welt mitzugestalten und für Frieden und Menschenrechte einzutreten. Die Stärkung der EU als internationaler Akteur ist daher eine Priorität der deutschen Ratspräsidentschaft. Dafür wollen wir eine wertorientierte europäische Außen- und Sicherheitspolitik voranbringen, die auf Krisenprävention, Dialog, Stabilisierung und Krisenbewältigung im Sinne einer europäischen Friedensmacht setzt. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie sind multilaterale Ansätze wichtiger denn je: diese Krise überwinden wir entweder gemeinsam oder gar nicht. Wir Europäer haben dabei eine besondere Verantwortung für unsere südliche und östliche Nachbarschaft, unseren Nachbarkontinent Afrika und den Westlichen Balkan, dem wir eine faire Partnerschaft und Zusammenarbeit auf dem Weg in die Europäische Union anbieten. Außerdem gilt es, dass Europa mehr Verantwortung bei der weltweiten Krisenbewältigung übernimmt und so das Vakuum an

internationaler Koordinierung gefüllt werden kann. Wir sind besorgt zu sehen, dass einflussreiche Staaten, wie USA, Russland und China, sich zunehmend internationalen Verpflichtungen entziehen und einem unilateralen Kurs folgen. Einen Rückfall in eine Zeit selbstsüchtiger Großmachtpolitik darf es nicht geben. Die SPD tritt für faire Zusammenarbeit im Rahmen eines zupackenden und solidarischen Multilateralismus ein. In einer Welt wachsender Bedrohungen muss ein selbstbewusstes Europa auch zum Protagonisten weltweiter Abrüstungsbemühungen werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Konkurrenz zwischen USA und China wird sich durch die deutsche Präsidentschaft auch die Frage des richtigen Umgangs mit China ziehen: Die SPD setzt sich dafür ein, dass Europa geschlossen und zielführend gegenüber China agiert. Ziel ist eine gemeinsame europäische Position, die fest in der Wertegemeinschaft des Westens verortet ist und die europäische Souveränität in einer regelbasierten Ordnung stärkt.

Im Dialog mit dem Globalen Süden vertreten wir ein Konzept von Partnerschaft und Entwicklung, das den Globalen Norden in den erforderlichen Wandel einbezieht. Die unter dem Dach der Vereinten Nationen vereinbarten Ziele für eine sozialere und nachhaltigere Welt werden wir nur erreichen, wenn wir in unseren Gesellschaften im Norden wie im Süden die Kräfte bündeln, die diese Vision teilen und sie Wirklichkeit werden lassen. Die deutsche Ratspräsidentschaft wollen wir nutzen, um diesen Ansatz in der internationalen Ausrichtung der EU mit Leben zu füllen. Das leitet uns bei der Weiterentwicklung der europäischen Handelspolitik wie bei unserem Engagement in der Stärkung und Neuausrichtung unserer Entwicklungspolitik. Wir müssen die notwendigen Schritte einleiten, um drohende Hungerkatastrophen abzuwenden und unseren Beitrag dazu leisten, die Folgen der akuten Pandemie weltweit zu überwinden.”

In die deutsche Präsidentschaft fällt voraussichtlich der Abschluss der Verhandlungen zum zukünftigen Verhältnis mit Großbritannien. Unser Ziel ist ein enges, zukunftsgerichtetes Verhältnis zu Großbritannien. Von zentraler Bedeutung ist für uns aber der Zusammenhalt der EU27 und die Wahrung fairer Wettbewerbsbedingungen. Dabei gilt es auch zu verhindern, dass das Vereinigte Königreich die erwartbaren Nachteile des EU-Austritts zum Anlass nimmt, sich als Steueroase zu positionieren. Das Austrittsabkommen muss uneingeschränkt umgesetzt werden, insbesondere die darin festgeschriebenen Rechte der EU-Bürgerinnen und EU-Bürger. Auf Europa kommt es dabei entscheidend an. Schon jetzt stimmt sich Deutschland im Rahmen der Trio-Präsidentschaft eng mit Portugal und auch Slowenien ab, die im nächsten Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möchten auch für das kommende Jahr erreichen, dass wir auf eine progressive europapolitische Agenda setzen können.

Als Europapartei werden wir – mit unseren Ministerinnen und Ministern in der Bundesregierung und unseren Abgeordneten im Bundestag und im Europäischen Parlament – unseren Beitrag für eine erfolgreiche deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte leisten. Es ist eine der wichtigsten Ratspräsidentschaften seit langem. Deutschlands Verantwortung für Europa ist mehr denn je notwendig. Wir wollen mutig vorangehen, solidarisch zusammenhalten und politische Brücken bauen, um gemeinsam in schwieriger Zeit europäischen Fortschritt zu schaffen.

Beschluss des SPD-Präsidiums am 28. Juli 2020

KINDER SIND KEINE KLEINEN ERWACHSENEN!

SICHERE UND INDIVIDUALISIERTE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

Unsere Gesundheit und die der Menschen, die uns nahestehen, ist unser höchstes Gut – das hat uns die Corona-Pandemie vor Augen geführt. Eine hochwertige Gesundheitsversorgung für alle ist insofern eine zentrale Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge und Grundlage für gleichwertige Lebenschancen in allen Regionen in Deutschland.

Für das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen ist es insbesondere wichtig, dass Eltern bei gesundheitlichen Fragen und Problemen ihrer Kinder auf kompetente und gut ausgestattete kinder- und jugendärztliche und – psychiatrische Praxen, auf Kinder- und Jugendkliniken und Sozial-Pädiatrische Zentren (SPZ) vertrauen können. Von Geburt an können sich gesundheitliche Probleme aufgrund von Armut häufen. Letztlich beeinflusst die soziale Herkunft die gesundheitliche Lage von Kindern und Jugendlichen mehr als bei Erwachsenen. Insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien und ihre Eltern sind deshalb auf einen niederschweligen Zugang zu einer guten medizinischen Versorgung und Behandlungsbegleitung angewiesen.

Dies gilt nicht zuletzt für Kinder und Jugendliche mit chronischen Erkrankungen, an denen in Deutschland bis zu 10 % aller Heranwachsenden bis zum Erreichen des Erwachsenenalters erkranken. Gerade sie benötigen die besondere Sorgfalt und damit Unterstützung für eine durch Krankheit möglichst unbeeinträchtigte körperliche und psychische Entwicklung, eine altersadäquate Lebensqualität und soziale Teilhabe mit dem Ziel einer selbstbestimmten, eigenständigen Lebensführung. Insgesamt wird gegenwärtig schon im Kindesalter eine deutliche Verschiebung des Krankheitsspektrums von akuten zu chronischen und von physischen zu psychischen Erkrankungen beobachtet und zu der neuen sogenannten pädiatrischen Morbidität.

Kinder bis 14 Jahren machen insgesamt einen Anteil der Bevölkerung in Deutschland von etwa 13 Prozent aus, für die Kindermedizin werden aber derzeit nur 8 Prozent der Gesundheitskosten aufgewendet. Diese Zahlen machen deutlich, dass die Kinder- und Jugendmedizin in den Versorgungsstrukturen ein besonderes Augenmerk verdient. Kinder und Jugendliche haben entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf eine bestmögliche, altersgerechte und interdisziplinäre Gesundheitsversorgung. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sehen uns deshalb in der besonderen Verantwortung, dafür zu sorgen, dass Familien mit Kindern und Jugendlichen im Fall der Fälle schnell und gut erreichbar eine kompetente medizinische und sozial-pädiatrische Unterstützung erhalten – egal, wo sie wohnen. Familien mit schwerkranken oder pflegeintensiven Kindern benötigen Entlastung und ambulante Begleitung. Wir setzen uns daher für dauerhafte Fördermöglichkeiten ein, um die Kinder- und Jugendhospizarbeit zu stärken.

Das Konjunkturprogramm der Bundesregierung stellt mit dem Baustein „Zukunftsprogramm Krankenhäuser“ Mittel für Investitionen bereit. Wir setzen uns aktuell dafür ein, dass ein sachgerechter Anteil von 13 Prozent davon für die Finanzierung kinder- und jugendmedizinischer Versorgungsstrukturen verwendet werden kann.

Die Kinder- und Jugendmedizin ist in ihrer Gesamtheit der komplexeste medizinische Fachbereich überhaupt. Kinder und Jugendliche sind nicht nur in ihren altersbedingten physiologischen und psychischen Entwicklungsstufen hoch verschieden, sondern auch in ihren Krankheitsbildern und Krankheitsverläufen. Kinderärztinnen und Kinderärzte bearbeiten und behandeln ein immens breites Spektrum der kindermedizinischen Krankheitsbilder, die kaum zu standardisieren sind. Gut zu dokumentieren ist dies einerseits an der Vielzahl sehr unterschiedlicher Fallpauschalen (DRG), die jene in einer Abteilung der Erwachsenenmedizin bei weitem übersteigt und andererseits daran, dass jede Kinder- und Jugendklinik u. a. vier verschiedene Größen und Ausführungen von Patientenbetten vorhalten muss.

Kinder und Jugendliche benötigen zudem eine hoch individualisierte medizinische Behandlung und besondere persönliche Zuwendung durch Pflegekräfte und Ärzte. Eine Studie der Universität Köln kommt insofern zu dem Schluss: „Kindermedizin ist deshalb personalintensiv und teuer.“ Personal und Mehrkosten werden aktuell in den Entgelten für stationäre Leistungen jedoch nicht ausreichend abgegolten. Aus diesem Grund ist zu beobachten, dass insbesondere der Bereich der allgemeinen Kinder- und Jugendmedizin an den Krankenhäusern immer weiter zurückgedrängt wird und stattdessen eine Spezialisierung auf ganz ausgewählte, besser vergütete Leistungen erfolgt, z. B. die Neu- und Frühgeborenenmedizin und auch die Kinderonkologie oder Kinderherzchirurgie.

Tatsächlich decken die diagnosebezogenen Fallpauschalen (DRG) bei geringen Fallzahlen in den Krankenhäusern, wie sie in der Fläche in der Kinder- und Jugendmedizin auftreten, die Vorhaltekosten bei weitem nicht ab. Defizite in diesen Bereichen führen dann zu Angebotseinschränkungen oder gar zu Schließungen von Kliniken bzw. Abteilungen für Kinder- und Jugendmedizin. Gerade im Fall der Kinder- und Jugendmedizin muss diese Entwicklung aufgehalten werden. Eine stationäre Versorgung, die den Bedarfen vor Ort entspricht, darf nicht davon abhängig sein, ob sie sich rechnet. Eine verlässliche kindermedizinische Versorgung gehört zu einer funktionierenden Krankenhauslandschaft unverzichtbar dazu.

Gerade in ländlichen Räumen müssen wir aber feststellen, dass eine hochwertige Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche nicht mehr in allen Regionen eine Selbstverständlichkeit darstellt. An vielen Orten im ländlichen Raum beklagen Klinikbetreiber, dass eine Kinderklinik sich wegen zu geringer Fallzahlen, eines hohen Personalaufwands und aufgrund des Refinanzierungssystems nach Fallpauschalen „nicht rechnet“. Nicht nur, aber insbesondere in den ländlichen Regionen zeigt sich diese Entwicklung gerade überdeutlich.

Auch deshalb ist eine Umstellung der Finanzierung im Bereich der Kindermedizin zwingend notwendig. Wir müssen in der Kinder- und Jugendmedizin weg von Fallpauschalen! Stattdessen müssen wir ein System der Grundfinanzierung für die niedergelassenen Kinder- und Jugendärzte und -psychiater, die Sozial-Pädiatrischen Zentren und die Kinder- und Jugendkliniken entwickeln, das durch eine individualisierbare Finanzierung von Behandlungen ergänzt wird. Diese Grundfinanzierung muss einhergehen mit höheren Sicherstellungszuschlägen für die allgemeine stationäre Versorgung, die absichert, dass Krankenhäuser in ländlichen Gebieten auch weiterhin für die Menschen da sein können.

Kindergesundheit beginnt mit einer Geburtshilfe, die es erlaubt, Frauen unter der Geburt kontinuierlich und zugewandt zu begleiten. Der Fokus darf nicht allein auf dem medizinisch-technischen liegen, sondern in der Unterstützung zu einer physiologischen Geburt, aus der Mutter und Kind gesund und gestärkt hervorgehen. Dazu ist ein Betreuungsschlüssel für Hebammen notwendig, der eine 1:1 Betreuung im Kreißaal vorsieht. Frauen, die die Geburt als Trauma erleben, fällt es schwer, den Bedürfnissen ihrer Neugeborenen gerecht zu werden, der Bindungsaufbau ist verzögert. Dieser defizitäre Start ins Leben ist nicht selten der Ausgangspunkt für spätere physische und psychische Erkrankungen. Daher muss auch die Geburtshilfe aus den DRG entlassen werden.

Auch im ambulanten Bereich ist ein besorgniserregender Rückgang der Kinderarztpraxen und der Praxen für Kinder- und Jugendpsychiatrie zu beobachten. Ausreichender medizinischer Nachwuchs kommt, wenn er ausgebildet wird, nicht in der Versorgung an. Diese Entwicklungen führen zu langen Wartezeiten und einem wachsenden Druck auf die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte. Zusammen mit den vergleichsweise geringeren Verdienstaussichten für einen niedergelassenen Kinderarzt macht dies den Beruf und vor allem das Betreiben einer Praxis zunehmend unattraktiv. Auch im ambulanten Bereich ist deshalb die Abschaffung oder zumindest sehr grundlegende Reform der Fallpauschalen dringend angezeigt. Zudem müssen Kinderärztinnen und Kinderärzte als Erstversorger gestärkt werden und besser in die Verträge zur hausarztzentrierten Versorgung (gemäß § 73b SGB V) eingebunden werden.

Darüber hinaus muss schon während des Medizinstudiums verstärkt um den Fachnachwuchs in der Kinder- und Jugendmedizin, der Kinderpsychiatrie und in zunehmendem Maße auch der Kinderchirurgie geworben werden. So wie es mit der Einrichtung von eigenständigen „Klassen für Allgemeinmedizin“ gelungen ist, mehr Medizinerinnen und Mediziner für den Beruf als Hausärztin oder Hausarzt zu begeistern, müssen wir ähnliche Instrumente für den Bereich der Kinder- und Jugendmedizin entwickeln. Schon während des Studiums kann im Verbund mit Ausbildungspraxen von niedergelassenen Kindermedizinerinnen und -mediziner für diesen Beruf vermehrt geworben werden. Im Sinne der Grundversorgung der Kinder- und Jugendmedizin wäre es zudem hilfreich, wenn der Bund sich zukünftig an der Finanzierung von Studienplätzen an den medizinischen Fakultäten beteiligt, um damit die Kapazitäten in den Ländern zu erhöhen und dem generellen Fachkräftebedarf langfristig gerecht zu werden.

Zur Sicherung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen brauchen wir eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten und den stationären Einrichtungen. Ganz dringlich ist dies bei der Versorgung von chronisch kranken Kindern und Jugendlichen. Für sie droht mittelfristig eine spürbare Knappheit an personellen Ressourcen und fachlicher Expertise durch eine seit Jahren unzureichende Aus- und Weiterbildung spezialisierter Kinderärztinnen und Kinderärzte. Gesundheitspolitik, Krankenhausträger, Krankenkassen, kassenärztliche Vereinigungen und die ärztliche Selbstverwaltung brauchen den Mut, neue Ideen zu entwickeln und umzusetzen, um auch in ländlichen Regionen eine medizinische Versorgung Heranwachsender an sieben Tagen der Woche und 24 Stunden am Tag auf einem dem medizinischen Standard entsprechenden Niveau zu ermöglichen.

Die Sozial-Pädiatrischen Zentren sind Einrichtungen, die den Bedarfen von Eltern, Kindern und Jugendlichen nach einer umfassenden, multiprofessionellen Betreuung „aus einer Hand“ entgegenkommen. Für ihre auskömmliche Finanzierung als Einrichtung der Daseinsvorsorge muss gesorgt werden. Dabei müssen den Kostenträgern alle kranken Kinder und Jugendliche im gesamten Bundesgebiet gleich viel „wert“ sein. Solche und andere sektorenübergreifende Strukturen, die für chronisch kranke Kinder- und Jugendlichen unabhängig von ihrem Krankheitsbild geschaffen werden sollten, müssen endlich Teil der Gesundheitsversorgung und der dazugehörigen Finanzierungsmodelle werden. Auch die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Telemedizin bieten gerade für die medizinische Versorgung in ländlichen Regionen neue Möglichkeiten – das haben jüngste Erfahrungen von spezialisierten Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten in der Corona-Krise gezeigt. Die Zusammenarbeit verschiedener Fachrichtungen oder das Hinzuziehen von Experten zur Diagnose oder Behandlung über telemedizinische Konsile kann den Patienten Verlegungen in andere stationäre Einrichtungen ersparen oder ein schnelleres Eingreifen von Spezialisten ermöglichen. Digitalisierung im Gesundheitswesen schafft damit greifbare Vorteile für Patienten, Ärzte und nicht zuletzt für das Solidarsystem.

Kinder sind keine kleinen Erwachsenen! Sie brauchen deshalb eine Medizin, die auf sie ausgerichtet ist. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und wird von den praktizierenden Kinderärztinnen und -ärzten mit Leben gefüllt. Allerdings ist festzustellen, dass diese Selbstverständ-

lichkeit für die Arzneimittelversorgung nicht immer gilt. Aktuell kommen viele Arzneimittel bei Kindern und Jugendlichen als „Off-label-Therapie“ zum Einsatz, denn die Medikamente wurden für Erwachsene entwickelt und auch an ihnen erprobt. Bei einem „Off-Label-Use“ treten häufiger unerwünschte Nebenwirkungen auf, die Kinder und Jugendliche gefährden.

Dazu bedarf es der verpflichtenden Einführung von Maßnahmen zu Risikomanagement und Dokumentation beim Einsatz von „Off-label“-Medikamenten bei Kindern. Der Einsatz bei Kindern und Jugendlichen erfolgt dann aus dem Erfahrungswissen der einzelnen Medizinerinnen und Mediziner. Nicht selten werden Kindern und Jugendlichen innovative medikamentöse Behandlungen durch ein diesbezüglich rigides Sozialgesetzsystem und fehlende Expertise im Medizinischen Dienst der Krankenkassen verwehrt.

Deshalb ist es gut, dass es seit 2006 das Paediatric Committee (PDCO) der European Medicines Agency (EMA) gibt. Auf der europäischen Ebene kann so sichergestellt werden, dass Arzneimittel vor ihrer Zulassung für Kinder einer besonderen Prüfung unterzogen werden, die sicherstellt, dass Medikamente nicht einfach nur auf kleine Patientinnen und Patienten umgerechnet werden. In Deutschland liegt diese Aufgabe bei der Kommission für Arzneimittel für Kinder und Jugendliche (KAKJ), die Teil des Bundesamtes für Arzneimittelsicherheit ist. Im Unterschied zur europäischen Ebene besitzt der KAKJ aber kein Mitspracherecht bei der Zulassung von Medikamenten für Kinder. Ihre Aufgabe beschränkt sich vielmehr auf eine beratende Funktion.

Wenn Deutschland auch im Bereich der Arzneimittelversorgung für Kinder und Jugendliche besser werden will, muss in einem ersten Schritt über einen größeren Einfluss der KAKJ diskutiert und die Durchführung von Arzneimittelzulassungsstudien bei Kindern und Jugendlichen erleichtert werden. Gesicherte Medikamente mit einer eigenständigen Zulassung für Kinder und Jugendliche müssen der Standard werden.

Kinder- und Jugendgesundheit muss stärker in den Fokus wissenschaftlicher Forschung rücken. Bislang fehlt in Deutschland eine medizinische Forschungseinrichtung auf nationaler Ebene, die das Kind bzw. den sich entwickelnden Organismus ins Zentrum rückt. Deshalb forcieren wir den Aufbau eines Kompetenznetzes für Forschung und Kooperation im Bereich Kindergesundheit, das auch die Schnittstellenproblematik der medizinischen Versorgung am Übergangsprozess chronisch kranker Patienten vom Kindes- ins Erwachsenenalter in den Fokus der wissenschaftlichen Betrachtung stellt.

Es ist an der Zeit, dass Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Verantwortung für eine sachgerechte Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin übernimmt. Das System der Fallpauschalen (DRG) ist für die Kinder- und Jugendmedizin ungeeignet und muss durch ein System ersetzt werden, das den individuellen Fällen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht wird und das sektorenübergreifende, multiprofessionelle Strukturen unterstützt.

DAFÜR MACHEN WIR UNS STARK:

- Sofort 13 Prozent der Mittel des Zukunftsprogramm Krankenhäuser für Kinderkliniken: Ein Wumms für Kindergesundheit!
- Verlässliche Finanzierung für innovative Strukturen der stationären und ambulanten Versorgung
- Eigene Finanzierungsgrundlagen für Kinderkliniken außerhalb des DRG-Systems
- Reform der Fallpauschalen auch für niedergelassene Kinderärztinnen und -ärzte
- Anreize und eigene Ausbildungselemente für Kinderärzt*innen und Kinderpsychiater*innen
- Sichere Medikamente für die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen
- Erschließung der Möglichkeiten der Telemedizin für die Kinder- und Jugendmedizin
- Aufbau eines Kompetenznetzes für Forschung und Kooperation im Bereich Kindergesundheit

01. September 2020

PAKT FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN IN DEUTSCHLAND

Unser friedliches Zusammenleben ist bedroht. Durch rechte Populisten und Rechtsextremisten. Ihr Ziel ist die Zerstörung unserer freien, offenen und pluralen Gesellschaft. Sie wollen eine völkische Gesellschaftsordnung der Ungleichheit, der Ausgrenzung und des Chauvinismus durchsetzen. Ihre Gewaltbereitschaft ist alarmierend. Wir müssen endgültig feststellen: Der rechte Terror in Deutschland hat eine neue Dimension erreicht: Fast 200 Todesopfer rechtsextremistisch motivierter Gewalt seit 1990, die rassistische Mordserie des selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU), der Mord an Walter Lübcke, die Anschläge von Halle und Hanau. Hinzu kommen die fast täglichen Angriffe und Drohungen gegen demokratische Politiker*innen, gegen Bürgermeister*innen sowie kommunal und zivilgesellschaftlich Engagierte. Wir sehen die Gewalt, den Hass und die Hetze gegen Muslime, gegen Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma und Schutzsuchende.

Den Boden für Mord und Totschlag und andere schlimmste Verbrechen bereitet eine zunehmend enthemmte, rechtsextreme Sprache, vor allem durch die AfD und ihre Anhängerschaft. Hass und Hetze sind mitverantwortlich, wenn bis ans Äußerste Radikalisierte sich berufen fühlen, ihre menschenfeindlichen Gedanken in Taten umzusetzen. Die letzten Wochen haben nochmals klar gezeigt: Rechtsextremismus ist heute die größte Gefahr in unserem Land. Das zeigen auch alle Verfassungsschutzberichte für das Jahr 2019 überdeutlich. Der Gefahr durch Rechtsextremisten und Rechtsterrorismus müssen wir mit aller Kraft entgegentreten. Unsere Instrumente dafür sind eine nachhaltige Extremismusprävention und eine Demokratiestärkung auf Grundlage unseres Wertekanons.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kämpfen für eine offene und solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen sich sicher fühlen und mit Zuversicht in die Zukunft blicken können. Wir sind überzeugt: In dieser Zeit braucht es einen „Pakt für das Zusammenleben in Deutschland“ als deutlich wahrnehmbares Signal der aufrechten Demokrat*innen. Ziel dieses Paktes ist es, auf allen politischen Ebenen und im Schulterschluss mit allen demokratischen Kräften, das Vertrauen in unser demokratisches Gemeinwesen zu erneuern und zu bekräftigen. In einem Dreiklang aus Sicherheit, Teilhabe und Demokratie soll er den weiteren Weg für eine solidarische, offene und der Zukunft zugewandte Gesellschaft ebnen.

Die Umsetzung dieses „Paktes für das Zusammenleben in Deutschland“ kann nur dann gelingen, wenn er in einem breiten Konsens von Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt wird. Jede dieser Ebenen hat in den letzten Jahren wertvolle Erfahrungen bei der Demokratiestärkung gesammelt, die in eine erfolgreiche Realisierung einfließen müssen. Gleichzeitig trägt in unserem föderalen Rechtsstaat auch jede Ebene ihre eigene Verantwortung. In diesem Sinne laden wir Länder und Kommunen ein, bei der Umsetzung und Weiterentwicklung mitzuwirken.

1. SICHERHEIT

Wichtige Grundlage für eine offene und solidarische Gesellschaft und Basis für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt ist, dass der Einzelne für sich und seine Familie subjektive Sicherheit und Zuversicht empfindet. Sichere und auskömmlich bezahlte Arbeit, bezahlbares Wohnen, das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme, starke Rechte für Bürger*innen, Verbraucher*innen und Beschäftigte und der Schutz vor Kriminalität gehören ebenso zu den Bedingungen der

Sicherheit, wie der Schutz von Minderheiten vor Diskriminierung und Ausgrenzung und eine wehrhafte, stabile Demokratie.

SOZIALE SICHERHEIT

Innere und soziale Sicherheit müssen wieder stärker ineinandergreifen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für einen starken, handlungs- und durchsetzungsfähigen Staat, der an der Seite der Menschen steht und sich kümmert. Gerade in der Corona-Krise haben wir alle wieder – gerade auch im Vergleich mit anderen Staaten der Welt – erfahren, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat und eine funktionierende Verwaltung sind.

Wir müssen die sozialen Sicherungssysteme weiter stärken. Das Sozialstaatskonzept und das Konzept für Wohnen und Mieten, das der Bundesparteitag der SPD im Dezember 2019 beschlossen hat, sind vor diesem Hintergrund echte Meilensteine. Das gilt ebenso für die von uns durchgesetzte Grundrente: Ab dem 1. Januar 2021 profitieren rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner vom Grundrentenzuschlag.

SICHER SEIN VOR KRIMINALITÄT UND SICH SICHER FÜHLEN

Wir wollen, dass alle Menschen im Alltag sicher sind vor Kriminalität und sich auch sicher fühlen. Das gilt für alle bei uns lebenden Menschen. Neben anderen Kriminalitätsbereichen ist der Rechts-Extremismus und die rechts motivierte Kriminalität unbestritten die größte Herausforderung. Deshalb gilt für uns uneingeschränkt: Nur dort, wo alle Menschen frei und sicher leben, kann gesellschaftliche Vielfalt in gegenseitigem Respekt gedeihen.

Seit Jahren sinkt die Kriminalität, und die Aufklärungsquote ist auf einem (auch international gesehen) sehr hohen Niveau. Wir wissen aus Umfragen: Die Polizei in Deutschland genießt für ihre Arbeit hohes Vertrauen in der Bevölkerung. Gleichzeitig aber fühlen sich viele Menschen unsicher. Deswegen müssen wir konsequent gegen alle Formen der Kriminalität vorgehen.

PRÄSENTE UND GUT AUSGESTATTETE SICHERHEITSBEHÖRDEN

Grundvoraussetzung hierfür ist eine besser ausgestattete, in der Fläche des Landes präsente Polizei, die auf die Entwicklungen der Kriminalitätsphänomene wie z. B. Internetkriminalität kompetent reagiert, sowie eine eng verzahnte Zusammenarbeit aller Sicherheitsbehörden.

Gleichzeitig müssen sich Polizeibeamte, Beschäftigte der Verwaltung, aber auch Vertreter*innen der Kommunalpolitik angesichts der zunehmenden Beleidigungen, Drohungen oder gar tätlichen Angriffen unserer Solidarität und Hilfe sicher sein. Solche Angriffe sind Angriffe auf Demokratie und Rechtsstaat. Wir dürfen sie nicht dulden. Sie müssen mit aller Konsequenz verfolgt werden.

RECHTE NETZWERKE ZERSCHLAGEN

Menschenfeindliche Gewalttäter haben in Deutschland Netzwerke geschaffen. Diese gilt es, genau und dauerhaft im Blick zu behalten und zu zerschlagen. Wir sind froh, dass der Bundesinnenminister unserer Forderung gefolgt ist und das Neonazi-Netzwerk „Combat 18“ endlich verboten hat. Aber weiterhin organisieren sich Rechtsextremisten in Netzwerken, legen perfide „Feindeslisten“ von Demokrat*innen an und üben den Bürgerkrieg. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen und fordern konsequentes Handeln unserer Sicherheitsbehörden.

Deshalb darf es nicht dabei bleiben, dass sich trotz der akuten Bedrohungslage derzeit noch so viele gesuchte Rechtsextremisten auf freiem Fuß befinden. Wir wollen, dass die mehreren hundert Straftäter*innen, deren Haftbefehle bisher nicht vollstreckt wurden oder werden konnten, schnellstens dingfest gemacht werden. Zudem haben immer noch zu viele bekannte Rechtsextremisten und Reichsbürger legal Waffen in den Händen. Wir wollen, dass diese Feinde unserer Demokratie schnellstmöglich entwapnet werden.

Angesichts der Tatsache, dass von 5.240 Ermittlungsverfahren wegen rechts-radikaler Straftaten im vergangenen Jahr über 4.500 eingestellt wurden, steht für uns außer Frage, dass der Fahndungs- und Strafverfolgungsdruck auf rechtsextreme Netzwerke, Straftäter*innen und die Überwachung der Gefährder*innen durch eine konsequente Zusammenarbeit der Ebenen und Bereiche von Aufklärung, Ermittlung und Strafverfolgung wesentlich erhöht werden muss. Vor diesem Hintergrund halten wir die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zur Verfolgung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität für eine sinnvolle Forderung.

VERFASSUNGSFEINDLICHE BESTREBUNGEN IN DER AfD BEOBACHTEN

Der Nährboden für solche menschenverachtenden Taten ist eine rechtsradikale, menschenverachtende Ideologie, die unser politisch-gesellschaftliches Klima vergiftet, das zunehmend von Beleidigungen, Bedrohungen und Hetze geprägt ist. Immer wieder finden solche Taten im Umfeld der AfD statt. Nicht selten sind AfD-Politiker*innen selbst Urheber von Hass und Hetze. Wir begrüßen sehr, dass der rechtsextreme „Flügel“ der AfD zum Beobachtungsfall durch das Bundesamt für Verfassungsschutz erklärt wurde und dies inzwischen auch in vielen Bundesländern der Fall ist. Es ist richtig und notwendig, dass auch die AfD verstärkt als Partei in den Fokus genommen wird. Die öffentlichen Aussagen von nicht wenigen Mandatsträgern, Funktionären, Mitgliedern und Anhängern lassen erkennen, dass die Partei sich weiter radikalisiert und rechtfertigen schon für sich allein die erhöhte Wachsamkeit und im nächsten Schritt auch die Beobachtung.

INTERNET ALS TATORT STÄRKER INS VISIER NEHMEN

Insbesondere im Internet werden massenhaft Hassbotschaften verbreitet und Straftaten begangen, die leider viel zu oft nicht geahndet werden, weil es selten zur Anzeige kommt oder weil die Täter nicht ermittelt werden können. Wir müssen deutlich machen, dass Äußerungsdelikte und andere Straftaten auch in der digitalen Welt nicht ungesühnt bleiben. Das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt und Ausdruck unseres wehrhaften Rechtsstaats. Dieser Rechtsstaat reagiert damit insbesondere konsequent auf die im Internet und insbesondere in den sogenannten sozialen Medien zu beobachtenden Verrohung der Kommunikation. Wir werden prüfen, ob eine Identifizierungspflicht der User gegenüber bestimmten Internetplattformen sinnvoll ist. Eine Klarnamenpflicht betrachten wir dagegen als unangemessen.

KULTUR DES WIDERSPRUCHS AUCH IN SICHERHEITSBEHÖRDEN

Starke Sicherheitsbehörden sind Sicherheitsbehörden, die sich nicht nur ihrer sicherheitspolitischen, sondern auch ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst sind. Deshalb brauchen wir – wie in der Gesellschaft insgesamt – auch in Polizei und Justiz eine gestärkte angewandte Kultur des Widerspruchs gegen Menschenfeindlichkeit.

Dafür soll in der Aus- und Weiterbildung unserer Sicherheitsbehörden die politische Bildung und die Gefahr rechtsextremistischer Bestrebungen noch stärker thematisiert werden. Auch in der Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten soll die besondere Herausforderung im Umgang mit politisch motivierter Hasskriminalität als fester und stetiger Bestandteil integriert werden. Gegen jede rechtsextreme Tendenz in den Reihen von Sicherheitsbehörden und Justiz muss mit Mitteln der inneren Führung konsequent vorgegangen werden. Das gleiche gilt für die Verfassungsschutzämter in Deutschland, wie auch für die Bundeswehr.

Worum es beim Thema Sicherheit jetzt geht:

- Soziale Sicherheit stärken und ausbauen – unser Sozialstaatskonzept fortentwickeln und umsetzen
- Für besseren Schutz vor Kriminalität durch präsenz Polizei sorgen – gut ausgebildet und ausgestattet RechteNetzwerkezerschlagen, Rechtsextremisten und Reichbürgerentwaffnen, Schwerpunktstaatsanwaltschaften gegen rechten Hass und Hetze einrichten

- Angesichts der rechtsextremen Entwicklungen von Teilen der AfD und der Beobachtung des „Flügels“ ist eine offene Beobachtung durch Bundesamt und Landesämter für Verfassungsschutz folgerichtig.
- Internet stärker als Tatort ins Visier nehmen, Rechtsdurchsetzung verbessern
- Kultur des Widerspruchs gegen Menschenfeindlichkeit in Sicherheitsbehörden und Justiz durch Aus- und Weiterbildung strukturell stärken

2. INTEGRATION UND TEILHABE

Deutschland ist bereits seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Jeder vierte Mensch in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Das bereichert unser Zusammenleben. Grundvoraussetzung für ein gemeinsames Leben in einer guten Gesellschaft ist die Gewissheit, dass man dazugehört. Dass man selbstverständlich akzeptiert ist, unabhängig davon, ob man Wurzeln hat, die in andere Länder reichen. Nicht erst seit den rassistischen Morden in Hanau. Nicht erst seit den schrecklichen Taten des sogenannten „NSU“ und ihrer rassistisch geprägten Aufklärung ist diese Gewissheit erschüttert. Sie wird erschüttert durch das alltägliche tägliche Erleben von Misstrauen und Ausgrenzung.

Rassismus grenzt aus. Er unterteilt in „Wir“ und „Die“, er stigmatisiert und wertet ab. Eine moderne und solidarische Gesellschaft lebt aber von der Akzeptanz von Vielfalt und der Bereitschaft zur Integration. Integration ist nicht etwa alleine die Aufgabe des Individuums, das die sich demnach einzugliedern hätten. Gelingende Integration steht und fällt vor allem mit der Bereitschaft der Gemeinschaft, Neues und Neues aufzunehmen. Auf die Integration muss die selbstverständliche Teilhabe im Sinne einer echten Chance folgen, ein vollumfänglich akzeptiertes und respektiertes Mitglied der Gesellschaft zu sein.

Integration ist für uns eine gesamtgesellschaftliche, wie auch gesamtstaatliche Aufgabe, die weit mehr umfasst als die Finanzierung von Sprach- und Integrationskursen. Ein langfristiger nationaler Kraftakt ist erforderlich. Das gilt auch, wenn es darum geht, die seit 2015 geschaffenen Strukturen für die Integration von Flüchtlingen zu erhalten.

ZUSAMMENGEHÖRIGKEITSGEFÜHL STÄRKEN

Deshalb brauchen wir ein neues, ein gestärktes Zusammengehörigkeitsgefühl. Wir brauchen ein neues deutsches „Wir“, das verbindet und niemanden ausgrenzt. Das verlangt von allen Beteiligten ein aufeinander zugehen im gegenseitigen Respekt und auf Basis unseres demokratischen Wertesystems.

Dieses neue Zusammengehörigkeitsgefühl muss in allen Bereichen der Gesellschaft sichtbar werden. Der rechtsextremistischen Ausgrenzungsdoktrin werden wird – auch in der antifaschistischen Tradition der Mütter und Väter unseres Grundgesetzes – entgegentreten und uns dafür einsetzen, dass Antirassismus, Demokratieförderung sowie das Engagement gegen Antisemitismus als explizite Staatsziele in die Verfassung des Bundes und der Länder aufgenommen werden. Zudem treten wir dafür ein, noch in dieser Legislaturperiode den Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz zu streichen.

MIT NULLTOLERANZ GEGEN RASSISMUS

Dort, wo Rassismus vorkommt, muss er als solcher öffentlich benannt werden. Wir brauchen mehr öffentliches Bewusstsein für einen starken Diskriminierungsschutz. Deshalb wollen wir eine(n) unabhängige(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Antirassismus berufen, welche(r) auf rassistische Missstände in unserer Gesellschaft aufmerksam macht und dann Lösungen vorschlagen soll, wie diese zu beheben sind. Nach langer Vakanz muss die Leitung der Antidiskrimi-

nierungsstelle des Bundes endlich nachbesetzt werden. Zudem wollen wir die Behörde finanziell und personell stärken. Schlussendlich bedarf es nach unserer festen Überzeugung einer Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) um u. a. bisherige Schutzlücken zu schließen.

CHANCENGLEICHHEIT UND AUFSTIEGSVERSPRECHEN FÜR ALLE

Chancengleichheit und Aufstiegsversprechen gehören zum Kitt unserer Gesellschaft und sind ein zentrales Element sozialdemokratischer Teilhabepolitik. Es geht darum, allen Bürger*innen unabhängig von sozialer oder geografischer Herkunft zu garantieren, dass sie vor allem bei Bildung, Ausbildung, Arbeit und sozialem Aufstieg alle dieselben Chancen und Möglichkeiten haben – frei von Diskriminierung.

Wir wollen dafür sorgen, dass jedes Kind entsprechend seiner Fähigkeiten, Talente und Interessen gefördert wird. Besorgniserregend ist, dass die soziale Mobilität in unserer Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten nicht zugenommen, sondern im Gegenteil abgenommen hat. Das betrifft nicht nur, aber in besonderem Maße, Kinder und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund. Studien haben gezeigt: Schüler*innen mit türkisch- oder arabischklingenden Namen werden weiterhin strukturell benachteiligt gegenüber ihren leistungsgleichen Mitschüler*innen mit deutschklingenden Namen. Weiterhin haben sie größere Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu finden als ihre Mitschüler*innen mit deutschklingenden Namen. Und weiterhin haben sie es schwerer, auf dem Arbeitsmarkt eine ihrer Qualifikation entsprechende Arbeit zu finden. Eine zentrale Aufgabe ist daher, unsere Gesellschaft durchlässiger zu machen und allen die Möglichkeiten zu geben, diese wiedergewonnene Durchlässigkeit aus eigener Kraft oder mit der notwendigen Unterstützung zu nutzen.

DISKRIMINIERUNGSFREIE BILDUNG, AUSBILDUNGSPLATZVERGABE UND ARBEITSWELT

Wir wollen stärker denn je eine moderne und zeitgemäße Bildungs- und Antidiskriminierungspolitik, damit auch Aufstiegshindernisse durch Diskriminierung beseitigt werden. Für alle benachteiligten Gruppen. Hierfür müssen Integration und Teilhabe auch auf der individuellen Ebene gestärkt werden.

Neben einer modernen, gut ausgestatteten Bildungslandschaft und zeitgemäßen Bildungsplänen braucht es eine umfassende schulische und außerschulische Jugendsozialarbeit. Sie muss gestärkt werden, um Menschen mit Aufstiegshemmnissen zu ermuntern und noch besser auf ihrem Weg der sozialen und beruflichen Teilhabe professionell begleiten zu können.

Aber auch für Sprachkurse, für Sozialarbeit in Dörfern und Quartieren, für die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration und für die Unterstützung von Frauen und Familien wollen wir mehr Geld aufwenden.

MEHR MIGRANT*INNEN IN WICHTIGEN POSITIONEN – FÜR EIN BUNDESPARTIZIPATIONSGESETZ

Wir wollen zudem dafür sorgen, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte in den Behörden, der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik angemessen vertreten sind. Wir wollen im Bund nach dem Vorbild einiger Bundesländer ein Partizipations- und Integrationsgesetz entwickeln, das die Öffnung der Gesellschaft entscheidend voranbringt, indem es staatliche Institutionen zu einem Prozess der interkulturellen Öffnung verpflichtet und sie damit zum Vorbild für andere gesellschaftliche Bereiche macht.

Aus der Vergangenheit wissen wir: Integration braucht einen langen Atem. Wir müssen daher sicherstellen, dass die Finanzierung ihrer verschiedenen Tätigkeitsfelder langfristig gesichert wird. Dabei müssen sich auch private Organisationen und Träger der freien Wohlfahrtspflege sich unserer Unterstützung in ihrem Wirken gewiss sein.

VERLÄSSLICHE PARTIZIPATIONS- UND TEILHABECHANCEN FÜR GEFLÜCHTETE

Von zunehmender Bedeutung ist die Stärkung von Partizipations- und Teilhabechancen für Geflüchtete. Eine zusätzliche Wirkung entfalten diese Projekte dann, wenn sie neben Geflüchteten auch die Aufnahmegesellschaft mit einbeziehen. Die bisher vorhandenen Angebote reichen dafür nicht aus und wirken selten nachhaltig. Wir werden deshalb stärker als bisher Vorhaben und Projekte der politischen Bildung und des Empowerments für Geflüchtete und Einheimische anregen. Private Organisationen, freie Träger und die Wohlfahrtsorganisationen werden wir in diese Konzeptentwicklungen mit einbeziehen.

Worum es beim Thema Integration und Teilhabe jetzt geht:

- Ein neues deutsches „Wir“ schaffen für ein stärkeres und wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl
- Antirassismus, Demokratieförderung und Engagement gegen Antisemitismus als explizite Staatsziele fixieren
- Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz streichen (Art. 3 Abs. 3 GG) Unabhängige(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Antirassismus berufen
- Modernisierung Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Diskriminierungsfreie Bildung, Ausbildungsplatzvergabe und Arbeitsmarktchancen
- Umfassende schulische und außerschulische Jugendsozialarbeit gewährleisten
- Mehr Geld für Sprachkurse, für Sozialarbeit in Dörfern und Quartieren, für die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration
- Mehr Migrant*innen in wichtigen Positionen durch verpflichtende interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes
- Teilhabe organisieren durch ein Bundespartizipationsgesetz
- Für verlässliche Partizipations- und Teilhabechancen für Geflüchtete sorgen

3. STÄRKUNG DERDEMOKRATIE

Die Feinde der Demokratie stehen rechts, und sie sitzen heute wieder in unseren Parlamenten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten waren und sind sich dieser Gefahr bewusst. Wir treten ihnen aus tiefer Überzeugung konsequent entgegen. Die Vorgänge in Thüringen, aber auch in vielen anderen Orten der Republik, haben gezeigt, dass der jahrzehntelang gültige Konsens der Demokrat*innen vorerst aufgekündigt wurde, dass keinerlei Zusammenarbeit mit rechtsradikalen, rassistischen und demokratiefeindlichen Kräften wie der AfD gibt. Daher bedarf es zwingend einer Vergewisserung und Erneuerung dieses Konsenses.

Rechtspopulisten und -extremisten diskreditieren demokratische, öffentlich-rechtliche und staatliche Institutionen, stellen die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse infrage und untergraben demokratische Diskurse. Diese Entwicklung ist alarmierend und fordert die Grundfesten unserer Demokratie heraus. 75 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus erscheint es wieder notwendig, die Demokratie auf allen Ebenen zu stärken.

Hinzu kommt, dass die Akzeptanz von und das Vertrauen in demokratische Entscheidungen und Politiker*innen seit einigen Jahren immer mehr unter Druck geraten. Wir erleben eine gesellschaftliche Polarisierung und eine damit einhergehende erstarkende sprachliche Verrohung in politisch-gesellschaftlichen Diskursen.

„DEMOKRATIE BRAUCHT DEMOKRATEN“ (FRIEDRICH EBERT) – MEHR DEMOKRATISCHES BEWUSSTSEIN SCHAFFEN

Deshalb müssen wir alles dafür tun, den unverzichtbaren Wert unserer Demokratie wieder stärker ins Bewusstsein zu rufen. Das Gute ist: demokratisches Bewusstsein kann man und muss man (er)lernen. Deshalb wollen wir Demokratie-Lernen zu einem Eckpfeiler des deutschen Bildungswesens machen.

Unerlässlich ist das Erlernen eines menschenfreundlichen Zusammenlebens, das ein Miteinander garantiert, in dem Diversität akzeptiert und respektiert wird, in dem Rassismus und Diskriminierung keinen Platz hat. Es ist absolut unverzichtbar, dass alle Institutionen des Bildungswesens einen Beitrag dazu leisten, dass die demokratische Einstellung als Grundvoraussetzung des gesellschaftlichen Miteinanders gestärkt, geschützt und verteidigt werden. Demokratie leben und lernen geht für uns weit über den Politikunterricht an Schulen hinaus. Es umfasst das demokratische Zusammenleben in den Schulen, Jugendzentren, Betrieben und Hochschulen genauso wie eine Stärkung demokratiefördernder Inhalte und das demokratische Ringen um Kompromisse als Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Dazu gehört auch Neugierde und Weltoffenheit zu fördern, Teilhabe am Europa von morgen vorzubereiten und zu vertiefen und die globale Mitverantwortung zu stärken. Ein Schlüssel dazu ist die Förderung von Mehrsprachigkeit. Wir wollen, dass jeder Mensch die Chance erhält, einen Teil seiner Ausbildung im Ausland zu absolvieren – sei es Schule, Ausbildung, Studium oder auch Weiterbildung.

DEMOKRATIEFÖRDERGESETZ JETZT! – DAUERHAFT ABSICHERUNG VON PROJEKTEN UND INITIATIVEN

Wir erfreuen uns in Deutschland einer breit ausdifferenzierten, im Kampf für Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagierten Zivilgesellschaft, die es zu fördern und zu stärken gilt. Die heute in allen Bundesländern existierenden Mobilen Beratungsteams, die Opferberatung für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt und auch die vielen lokalen und überregionalen Netzwerke gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit leisten einen unschätzbaren Beitrag zur Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Sie sind es, die sich zumeist an vorderster Front Neonazis und Rechtspopulisten entgegenstellen, die inhaltliche Auseinandersetzung mit ihren Verschwörungstheorien aufgreifen und in die öffentliche Diskussion überführen. Sie stärken Lokalpolitikern und aktiven Demokraten, aber auch Betroffenen von rassistischer Gewalt, vor Ort den Rücken und stehen ihnen zur Seite. Für diese Arbeit gilt ihnen unser ausdrücklicher Dank.

Angesichts der wachsenden Populismen und Extremismen hat die sichere und durchgängige Finanzierung von Projekten für Demokratie, Vielfalt und gegen Menschenfeindlichkeit wie „Demokratie leben!“ eine hohe Priorität. Zudem wollen wir endlich gesetzlich verankern, dass die Demokratieförderung eine gesamtstaatliche Aufgabe ist. Es ist an der Zeit, dass wir die wertvollen Strukturen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten geschaffen wurden, dauerhaft fördern, absichern und ausbauen. Dabei wollen wir auch den Schutz von und die Hilfe für Opfer von Hass und Hetze stärken. Deshalb bringen wir noch in dieser Legislaturperiode ein Demokratiefördergesetz auf den Weg, welches eine dauerhafte Finanzierung für Langfristprojekte sowie auch einen Projektetopf für Einzelprojekte garantiert.

Parallel zum Erlass und der Wirksamkeit eines Demokratiefördergesetzes wollen wir die Mittel des Bundes für Programme gegen Rassismus, gegen Rechtspopulismus und gegen Rechtsextremismus aufstocken und verstetigen. Insbesondere über das extrem erfolgreiche Bundesprogramm „Demokratie leben!“ stellt der Bund jährlich 115 Mio. EUR für Präventionsprojekte auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund werden wir uns auch dafür einsetzen, dass über einen weiteren Ausbau des Programms künftig auch kommunale Präventionsstrukturen und lokale Projekte der Demokratieförderung im notwendigen Umfang gestärkt werden. Dem so gesteigerten Bundesengagement folgt unsere Erwartung, dass die Länder ebenfalls ihrer Verantwortung nachkommen und die eigenen Landesprogramme in dem notwendigen Umfang ebenfalls ausfinanzieren. Ein solches finanzielles Bekenntnis ist insbesondere auch für die Regionen wichtig, in denen Rechtspopulisten in den vergangenen Jahren erstarkt sind. Gerade dort erleben wir ein zunehmend infrage stellen demokratischer Prozesse und eine Zunahme von Ausgrenzungsmechanismen.

REFORM DES GEMEINNÜTZIGKEITSRECHTES, FÜR EINE KULTUR DER WERTSCHÄTZUNG

Zusammenhalt entsteht zu einem wichtigen Teil aus starken und öffentlich geförderten zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem starken bürgerschaftlichen Engagement. Es ist gut und richtig, dass viele Träger, die sich für ein offenes, plurales und demokratisches Gesellschaftssystem einsetzen, öffentlich gefördert werden. Deshalb steht für uns außer Frage, dass von der Gemeinnützigkeit auch politisches gesellschaftliches Engagement für unsere Demokratie umfasst ist. Zum Schutz dieses Engagements hat deshalb Bundesfinanzminister Olaf Scholz bereits mit einem „Nicht-Anwendungserlass“ auf anderslautende Gerichtsurteile reagiert. Auch vor diesem Hintergrund halten wir eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes für unumgänglich.

Ebenfalls wollen wir ehrenamtliches Engagement weiter stärken, dessen Attraktivität erhöhen und die Kultur der Wertschätzung ausbauen. Hierfür werden wir im Laufe der Legislaturperiode entsprechende Vorschläge vorlegen.

REGELMÄSSIGES DEMOKRATIE-MONITORING AUF BUNDESEBENE

Jenseits dieser Stärkung der Demokratiebildung und von Partizipationsprozessen müssen wir ganz grundsätzlich feststellen, dass unsere Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten sozial ungleicher, individualisierter und digitaler, älter und diversifizierter geworden ist. Dabei ist es nur unzureichend gelungen, die Veränderungen unserer politischen Kultur und unserer Gesellschaft in den demokratischen Aushandlungsprozessen abzubilden. Vor diesem Hintergrund erachten wir es für sinnvoll, auch auf Bundesebene ein regelmäßiges Demokratie-Monitoring vorzunehmen, wie es beispielsweise in Niedersachsen erfolgt. Ein solches Monitoring kann dazu beitragen, gesellschaftliche Konfliktlagen, aber auch Regelungsdefizite und Institutionenvertrauen systematisch zu erfassen und Handlungsoptionen zu erkennen.

Worum es beim Thema Demokratie jetzt geht:

- Mehr demokratisches Bewusstsein schaffen – Demokratie-Lernen zu einem Eckpfeiler des deutschen Bildungswesens machen Demokratiefördergesetz jetzt! – für eine dauerhafte Absicherung von Projekten und Initiativen sorgen
- Sichere und durchgängige Finanzierung von „Demokratie leben!“ garantieren
- Reform des Gemeinnützigkeitsrechtes, für eine Kultur der Wertschätzung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem starken bürgerschaftlichen Engagement
- Einführung eines regelmäßigen Demokratie-Monitorings auf Bundesebene

FAZIT

Um den genannten Herausforderungen gerecht zu werden, wollen wir den hier skizzierten Pakt für das Zusammenleben in Deutschland schließen. Gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und der Zivilgesellschaft wollen wir die unterschiedlichen politischen Ebenen verantwortlich für die Stärkung unserer Demokratie, für Pluralismus und den Schutz von Minderheiten, für eine aktive Teilhabepolitik und gegen Menschenfeindlichkeit einbinden.

Flankierend hierzu wollen wir nach kanadischem Vorbild Vertreter*innen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft in eine Kommission für das Zusammenleben in Deutschland berufen. Ihre Aufgabe soll es sein, das Leitbild für unsere Einwanderungsgesellschaft weiterzuentwickeln. Die Beschreibung von „Einheit in Vielfalt“ könnte helfen, dass „die Menschen sich damit identifizieren können und sich dabei nicht fremd vorkommen“ (Prof. Dr. Naika Foroutan).

Gleichzeitig gilt es, die Sicherheit der Menschen vor Ort zu stärken und effektiv gegen die Bedrohungen von Extremismus und Hasskriminalität vorzugehen. Das ist zum einen die Aufgabe der Politik und unserer Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden. Zum anderen ist aber auch unsere Zivilgesellschaft und jeder Einzelne gefordert, sich klar gegen Rassismus und für unsere demokratischen Prinzipien einzusetzen.

Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und unsere Verfassung sind die Basis dafür, dass wir seit über 70 Jahren in Deutschland in Frieden leben können. Dieses Bewusstsein für den hohen Wert und die Vorzüge unserer Demokratie soll und muss in den kommenden Jahren stärker gefördert werden.

Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 14.09.2020

WO WIR HERKOMMEN

IN DIESEM JAHR JÄHRT SICH DIE DEUTSCHE EINHEIT ZUM DREIßIGSTEN MAL: EIN GRUND ZUM FEIERN!

Die Ausgangsbedingungen 1990 in der Bundesrepublik und der DDR waren aufgrund der deutschen Teilung höchst unterschiedlich: Während die Menschen in Westdeutschland das Glück hatten, nach dem Krieg Demokratie und Wirtschaft mit Grundgesetz und der Unterstützung des Marshallplans erfolgreich aufbauen zu können und Wohlstand zu schaffen, musste der östliche Teil des Landes erhebliche Kriegsreparationen leisten. Seine Bürgerinnen und Bürger lebten und arbeiteten in einer kommunistischen Diktatur verbunden mit einem ineffizienteren Wirtschaftssystem. Viele verließen die DDR vor dem Mauerbau. Der Weg zur Deutschen Einheit schien lange verbaut und viele Deutsche in Ost und West hatten den Glauben daran verloren. Mit dem von Willy Brandt und Egon Bahr eingeleiteten Weg einer neuen Ostpolitik des „Wandels durch Annäherung“ bekam die Mauer erste Risse.

Die friedliche Revolution von 1989 war dann Teil eines Aufbruchs für Demokratie und Menschenrechte in ganz Osteuropa. Die Zeit der friedlichen Revolution in der DDR ist die größte Sternstunde der Demokratie auf deutschen Boden. Mutige Menschen in der DDR brachten die Mauer zum Einsturz. Zu dieser mutigen Bürgerbewegung gehörte auch eine mutige Umweltbewegung, die auf massive Umweltbelastungen wie schmutzige Flüsse, Rauch in der Luft oder Krankheiten bei Kindern hingewiesen hat. Ihr verdanken wir die schnelle Errichtung von Nationalparks und Biosphärenreservaten nach der Deutschen Einheit. Mit der Gründung der SPD im Oktober 1989 haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unseren Anteil am friedlichen Wandel. Darauf sind wir stolz! Erst am Runden Tisch, dann in vielen Kommunen, in der ersten frei gewählten Regierung der DDR und der Volkskammer haben wir von Beginn an Verantwortung übernommen und den Weg zur Deutschen Einheit mitgestaltet.

Mit der friedlichen Revolution begann ein radikaler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbruch der die gesamte Lebenswelt betraf. Die meisten Bürgerinnen und Bürger nutzten trotz mancher Härten und Enttäuschungen ihre Chancen und Freiheiten, einige aber zerbrachen daran, andere kamen in dem neuen Staat nie richtig an. Sie alle waren Teil des Umbruchs. Sie brachten ihre Erfahrungen und Fähigkeiten, ihre Werte und ihre Vorstellungen mit in diese neue Bundesrepublik ein.

Die Erfolge und Impulse der Deutschen Einheit zeigen sich heute nicht nur in der deutlich verbesserten Infrastruktur und den Angeboten frühkindlicher Bildung in der Kindertagesbetreuung, sondern auch in gesellschaftlichen Debatten um § 218 StGB und der immer gleichberechtigteren Teilhabe von Frauen in Arbeitswelt, in Politik und Gesellschaft. Ostdeutschland ist heute Vorreiter bei der Umsetzung von Paritätsgesetzen, um mehr Frauen in die Parlamente zu bringen.

Vieles wurde schnell erreicht: Freie Wahlen, Meinungs- und Reisefreiheit, Versammlungs- und Pressefreiheit, die Freiheit von Kunst und Kultur, die Entideologisierung der Bildungspolitik und einiges mehr. Es gab jedoch auch schwere wirtschaftliche Einbrüche und den Verlust von sozialer Sicherheit. Der Osten war jahrzehntelang von Massenarbeitslosigkeit und einer Abwanderung „in den Westen“ geprägt. Diese Abwanderungen und der radikale Geburtenrückgang in den 90er Jahren führten zu einer historisch einmaligen demographischen Situation: Nirgendwo auf der Welt ist das Verhältnis von jungen zu alten Menschen so ungünstig wie in Ostdeutschland. Die Folgen wie auch die Erfahrungen der Transformation und der demographischen Veränderungen der letzten 30 Jahre prägen bis heute im Positiven wie im Negativen die meisten Ostdeutschen. Zu viele fühlen sich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse und vermissen die Wahrnehmung und Anerkennung für die ostdeutsche Lebensleistung im vereinigten Deutschland. In einigen Aspekten ähnelt Ostdeutschland aber auch anderen Weltregionen, die einen wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozess erlebt haben. Dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit ist es an der Zeit, über Ostdeutschland, die Geschichte der Wiedervereinigung und seiner Menschen neu nachzudenken.

Die letzten Jahre haben gezeigt, Ostdeutschland ist nicht nur als historische Kategorie in der politischen Diskussion weiter relevant. Den Menschen ist ihre ostdeutsche Herkunft bewusst und gerade vor dem Hintergrund der Transformation entwickelte sich eine eigene Identität und ein neues Selbstbewusstsein, einen wesentlichen Teil der deutschen Erfolgsgeschichte der letzten Jahrzehnte mitgestaltet und geprägt zu haben.

Eine kritische Historisierung der Umbruchszeit, die einerseits die Härten des Neubeginns ernst nimmt, die aber zugleich danach fragt, welche Prozesse dem Erbe der DDR geschuldet sind bzw. generell zu den Folgen revolutionärer Umbrüche gehören, ist politisch nach wie vor nötig, auch über die 30-Jahre-Feier hinaus.

Dem Mythos, dass die Treuhandanstalt ausschließlich im Auftrag der west-deutschen Industrie die DDR-Wirtschaft zerschlagen habe, ist dabei genauso zu widersprechen wie der Darstellung, der Turbo-Kapitalismus und die neoliberalen Strategien des Umbaus Ostdeutschlands der 1990er Jahre seien „alternativlos“ gewesen. Es muss uns um eine differenzierte Sicht gehen, die kritisch die Realitäten der 1990er Jahre rekonstruiert, nach Fehleinschätzungen, Interessenkonflikten, Machtungleichgewichten und den Folgen dieser Politik bis heute fragt und zugleich die Aufbauleistungen anerkennt.

Wir müssen zwischen Ost und West weiter unsere Geschichten erzählen. Viele Westdeutsche wissen nichts über die Umbrüche in Ostdeutschland und das Leben in der DDR und den neuen Ländern und haben sich wenig dafür interessiert. Genauso haben viele Ostdeutsche wenig Empathie gegenüber der Geschichte Westdeutschlands, gerade mit der Geschichte der Migration-, Arbeits- und Demokratiegeschichte.

WO WIR STEHEN

Wirtschaftlich steht Ostdeutschland heute auf einem deutlich stabileren Grund, als das noch vor wenigen Jahren vorhersehbar war. 30 Jahre kontinuierliche, harte und vielerorts erfolgreiche Aufbauarbeit haben sich gelohnt. Mit Stolz können wir sagen: Wir haben im wiedervereinten Deutschland vieles erreicht, wenn auch noch nicht alles geschafft. Die Bürgerinnen und Bürger in Ost und West haben gemeinsam eine große und solidarische Leistung vollbracht. Dies wird erst recht deutlich, wenn man auf den Punkt zurückblickt, von dem aus wir 1990 gestartet sind. Einige Regionen entwickelten sich prächtig, andere blieben zurück. Das BIP pro Person hat sich im Osten seit 1990 vervierfacht, die Abwanderung ist mittlerweile gestoppt.

Insgesamt hat sich die Lebensqualität verbessert, wir haben heute im Osten deutlich weniger Arbeitslose als in den 90er Jahren, vielerorts herrscht sogar akuter Fachkräftebedarf. Wir konnten

eine Wissenschafts- und Forschungslandschaft etablieren, die sich international messen kann. Kultur- und Naturlandschaften wuchsen im Großen und im Kleinen.

Ostdeutschland hat nur wenige Großunternehmen. Stattdessen prägen kleine und mittlere Unternehmen bis hin zu sogenannten Solo-Selbständigen die Wirtschaft. Besonders in den ländlichen Regionen der ostdeutschen Länder werden das öffentliche und das wirtschaftliche Leben von einer Vielzahl kleiner und kleinster Unternehmen getragen, die über keine vergleichbaren Interessenvertretungen verfügen, wie dies bei großen Unternehmen oftmals der Fall ist, und die verschärft mit den Herausforderungen des beschleunigten globalisierten Wettbewerbs, der zunehmenden Digitalisierung und einem demografischen Wandel konfrontiert sind. Es bleibt die zentrale Aufgabe, Arbeitsplätze im Osten für die Zukunft zu schaffen. Daher brauchen wir einen Innovationsschub in unserer Gesellschaft.

Vielen Ostdeutschen stecken die Jahre des massiven Umbruchs in den Knochen: Zwar haben viele von ihnen die Kompetenz erworben, mit Wandel kreativ umzugehen, aber in Ostdeutschland finden sich nach wie vor mehr Menschen aus prekären Lebensverhältnissen und neuen Mittelschichten, für die Wandel auch mit Abstiegs Erfahrungen und Sorgen verbunden ist.

Gleichzeitig wuchs eine neue Generation nach 1990 heran. Sie tritt selbstbewusster auf, auch gegenüber ihren Arbeitgebern. Sie hat die Macht, einen „Arbeitnehmerfrühling“ im Osten anzustoßen, um für höhere Löhne und Mitbestimmung zu kämpfen. Dies ist ein Kampf, den ihre Eltern und Großeltern aus Angst vor drohender oder tatsächlich erlebter Arbeitslosigkeit selten geführt haben.

Viele der jüngeren Menschen haben diese Sorgen nicht mehr, sie machen sich z. B. Sorgen um die Zukunft unseres Planeten und den Klimawandel, der auch Ostdeutschland stark betrifft. Die jüngere Generation artikuliert ihre Forderungen und macht sie sichtbar. Nicht nur deshalb ist es richtig, endlich das aktive Wahlalter bei allen Wahlen von 18 auf 16 zu senken. Einige Bundesländer, auch im Osten, sind hier bereits die ersten Schritte gegangen. Teilhabe und Beteiligung gehören für uns zusammen, gerade eine Generation, die neue Erfahrungen machen konnte und künftig schwerwiegende demografische und wirtschaftliche Herausforderungen meistern soll, muss politisch aktiviert und gehört werden.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass bei einer wachsenden Anzahl an Bürgerinnen und Bürgern die Einschätzung vorherrscht, dass das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen immer seltener erfüllt wird, sich Fleiß und Anstrengungen nicht auszahlen.

Die nüchterne Analyse zeigt: Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Erfolge in Deutschland konnten wir nicht in allen gesellschaftlichen Schichten und Milieus für ausreichend Gerechtigkeit sorgen. Die globalen Rahmenbedingungen und die weiteren großen Herausforderungen wie z. B. der Klimaschutz, verschärfen diese Situation und besorgen die Menschen.

Die Folgen der Corona-Pandemie bedrohen – wie überall – viele positive Entwicklungen. Der Bund und die ostdeutschen Länder müssen daher alles dafür tun, damit wir möglichst schnell wieder an die positive Entwicklung anknüpfen können.

Gleichzeitig kann es nicht einfach um die Rückkehr zum Status Quo vor der Krise gehen: Ostdeutschland ist nach wie vor durch eine flächendeckende Strukturschwäche gekennzeichnet. Es bestehen weiter große strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, bei Einkommen und Vermögen, bei den Löhnen, bei der Vertretung in den Führungsetagen von Wirtschaft und Gesellschaft, bei den Steuereinnahmen der Länder und Gemeinden. In ländlichen Regionen stehen wir mit Blick auf den demographischen Wandel, die Fachkräftesicherung, Infrastrukturausbau und öffentliche Daseinsvorsorge vor großen Herausforderungen.

Bereits vor der Corona-Krise wurde das gemeinsam Erreichte in Frage gestellt bzw. rückt angesichts populistischer Debatten und bewusst verzerrter Darstellungen des politischen Streits in den Hintergrund. Verschwörungen, das Propagieren vermeintlich einfacher Lösungen, rassistische Übergriffe und Hetze und Gewalt gegen Andersdenkende bedrohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt unserer Demokratie gerade in ostdeutschen Dörfern und Städten und produzieren mancherorts ein Klima der Angst, auch weil die demokratische Gegenmacht häufig schwach ist. Dies alles gibt es auch in Westdeutschland, es wirkt angesichts der Schwäche der Demokratie im Osten sehr viel stärker auf die Stabilität der Demokratie. Seit 1990 versucht zudem die extreme Rechte den Frust und die Ängste in Ostdeutschland zu instrumentalisieren. Es war die SPD, welche in den letzten Jahrzehnten durch Demokratie-Programme und auf der Straße gegen den Rechtsruck und für die Stärkung der Demokratie gekämpft hat. Es ist gut, dass in den letzten Jahren unter dem Hashtag #Baseballschlägerjahre durch Kultur und Gesellschaft die rechte Gewalt seit 1990 verstärkt aufgearbeitet wird.

Unsere Antwort auf Unsicherheit und den Vorwurf bei vielen Bürgerinnen und Bürgern, mit ihren Problemen nicht gehört zu werden, muss mehr Gerechtigkeit und die Stärkung der Zukunftsfestigkeit der ostdeutschen Wirtschaft sein. Wir müssen den Menschen wieder mehr die reale Erfahrung ermöglichen, dass ihr Wohlstand sicher ist, dass Menschen nicht einfach „nach unten“ abstürzen, dass sich hartes Arbeiten lohnt. Wir müssen weiter an der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Ost und West arbeiten. Dazu gehören zuvorderst nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum, gleiche Löhne für gleiche Arbeit und mehr als nur die bloße Existenz sichernde Renten. Wir müssen den gesamtdeutschen Aufbruch schaffen, um einen Vorsprung für Ostdeutschland zu entwickeln. Wir brauchen einen umfassenden sozialen, wirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Politikansatz, der Gerechtigkeit, Sicherheit und Innovation für alle Bürgerinnen und Bürger verbindet, um immer noch bestehende strukturell nachteiligen Folgen der Deutschen Einheit zu reparieren und Ostdeutschland weiter voran zu bringen.

Die Europäische Union hat den Aufbau Ostdeutschlands in den vergangenen 30 Jahren wesentlich mit vorangebracht. Durch die EU-Osterweiterung konnten traditionelle Handelsbeziehungen zu unseren östlichen Nachbarn gefestigt und ausgebaut werden. Wir wollen einen neuen europäischen Aufbruch, der einen engen Dialog mit unseren Nachbarn auch außerhalb der EU umfasst.

WAS ZU TUN IST

Die SPD will für Ostdeutschland ein Zukunftsprogramm für die kommenden 20 Jahre auflegen. Mit dem Programm wollen wir ein Klima von Kreativität und Innovation schaffen, Aufstiegsmöglichkeiten verbessern sowie Selbstbewusstsein und Anziehungskraft der neuen Länder stärken. Das Zukunftsprogramm soll aus drei Bestandteilen bestehen: Innovation, Gerechtigkeit und Zusammenhalt.

1. INNOVATION

Am Beginn des Zeitalters der digitalen Gesellschaft reichen klassische Infrastruktureinrichtungen oder Errungenschaften des sozialen Ausgleichs nicht mehr aus, um eine Region attraktiv zu machen. Wir brauchen einen nachweisbaren „Vorsprung Ost“ auf wichtigen Zukunftsfeldern, der Ostdeutschland von anderen Regionen positiv abhebt. Erst solch ein Entwicklungsvorsprung ermöglicht es Nachteile nicht nur auszugleichen, sondern auch neue Industrien, neue Arbeitsplätze und Menschen dauerhaft in die einzelnen Regionen zu ziehen. Deshalb setzen wir uns für nachhaltige Investitionen ein, die ganz Ostdeutschland nach vorne bringen und Arbeitsplätze der Zukunft schaffen und sichern.

Grundlage für Innovation ist eine gut funktionierende Infrastruktur. Deshalb soll der Ausbau der 5G-Netze und des breitbandigen Internets vor allem in dünn besiedelten Räumen besonders unterstützt und beschleunigt umgesetzt werden. Wir setzen uns für eine Beschleunigung bei der

Umsetzung von Infrastrukturprojekten ein. Länder mit niedriger Bevölkerungsdichte sollen einen Zuschlag bei den Regionalisierungsmitteln erhalten, um auch dort einen dichten Regionalverkehr der Verkehrsmittel zu ermöglichen.

Um die Konkurrenzfähigkeit bei Schlüsseltechnologien wie der künstlichen Intelligenz (KI) zu erhalten, fordern wir ein milliardenschweres Investitionspaket. Damit könnte Ostdeutschland Teil eines europäischen Forschungsverbundes werden. Die Digitalisierung bietet neue Chancen für ländliche Räume. Zum einen können landwirtschaftliche Betriebe effizienter, klimafreundlicher und ressourcenschonender arbeiten und neue Vertriebswege entwickeln. Zum anderen können digitale Infrastruktur und digitale Lösungen für Mobilität, Gesundheit und Verwaltung dem ländlichen Raum neue Attraktivität verleihen. Hierzu soll ein Kompetenzzentrum „Digitalisierung und ländlicher Raum“ in Ostdeutschland angesiedelt werden.

Wir treiben die Digitalisierung von Schulen und Hochschulen voran. Alle Schüler, Studenten und Lehrkräfte sollen bis 2024 in der Cloud arbeiten können. Jede Schule und Hochschule verfügt über eine Digitalstrategie und ein entsprechendes Umsetzungskonzept. Der Digitalpakt wird so ausgestattet, dass eine flächendeckende Ausstattung mit Endgeräten sichergestellt ist.

Mangels Betriebsgröße spielen private Forschung und Entwicklung in den Unternehmen Ostdeutschlands nach wie vor eine zu geringe Rolle. Deshalb sollen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in kleinen und mittleren Unternehmen stärker als bisher steuerlich gefördert werden sowie F+E-Programmförderung gesteigert werden, um Anreize zu mehr Forschungsaktivitäten zu setzen. Deshalb setzen wir uns auch für die Ansiedlung von Forschungs- und Transfereinrichtungen, für die Stärkung der universitären und fachhochschulischen Bildungslandschaften und die Schaffung von Innovationsclustern ein. Wir sorgen dafür, dass Ostdeutschland ein Zentrum der Elektromobilität, des autonomen Fahrens, der Entwicklung und Produktion von Speicherkapazitäten wird. Dazu sollen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten gebündelt und unterstützt werden. Wasserstoff kann ein wichtiger Energieträger der Zukunft sein, zumal er aus Überschüssen regenerativer Energien hergestellt werden kann. Deshalb muss mindestens ein Leitprojekt für Ostdeutschland im Bereich der Wasserstofftechnologie angesiedelt werden.

Wir stehen für die schnelle Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes, um neue Arbeitsplätze in dem vom Kohleausstieg betroffenen Region der Lausitz und Mitteldeutschlands zu schaffen und Umrüstungsoptionen zu eröffnen. Wir wollen die Energiewende verbinden mit einer klimafreundlichen Re-Industrialisierung und einer Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe.

Wir wollen großstädtische Wachstumsregionen sowohl über Innovationskorridore untereinander als auch mit ländlichen Regionen verbinden. So beleben wir auch diese Regionen. Dazu sollen Infrastruktur-, Innovations-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik strategisch zu einer umfassenden Regional- und Strukturpolitik miteinander verknüpft werden. So kann die wirtschaftliche Dynamik von Hochschulen, großen Unternehmen und Städten in alle Regionen ausstrahlen.

Der Klimawandel bedroht unser Land, unsere Küsten, unsere Wälder. Klima schützen heißt Zukunft sichern. Unsere Aufgabe muss es sein, dass der Schutz von Umwelt, Natur und Klima zu einem Anliegen aller wird. Klimawandel darf das Land nicht spalten, er muss für alle bezahlbar bleiben und sozial gerecht sein.

2. GERECHTIGKEIT

Wir müssen die soziale Demokratie besonders in Ostdeutschland stärken. Dazu werden wir den Sozialstaat stärker sichern. Die Idee des neuen Bürgergeldes ist für Ostdeutschland elementar. Wohlstand muss auch in Krisen über einen längeren Zeitraum sicher sein und es muss zudem faire Angebote geben, sich aus eigener Kraft aus Krisen herauszuarbeiten. Dies gelingt mit einem

Bonus für Weiterbildung und einem Arbeitslosengeld Q für mehr Qualifikation, mit dem Schutz für Wohnung und Erspartem sowie mit einer verlängerten Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen, die bereits viele Arbeitsjahre hinter sich haben. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigen, wie sinnvoll es gerade für Ostdeutschland ist, den Sozialstaat neu zu denken, eine Kindergrundsicherung und eine Bürgerversicherung einzuführen.

Deshalb stehen wir auch für das Prinzip: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Das Kurzarbeitergeld reichte in Ostdeutschland auch deshalb mancherorts nicht, weil man mit 60 bzw. 67 Prozent von Niedriglöhnen nur schlecht leben kann. Deswegen ist es gut, dass die SPD eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes durchgesetzt und auch über 2020 hinaus verlängert hat.

Deshalb setzen wir uns nicht nur dafür ein, dass die Lohnlücke zwischen Ost und West so schnell wie möglich geschlossen wird, sondern stärken auch Betriebsräte und Gewerkschaften: Eine Mitgliedschaft in Arbeitgeberverbänden soll nur noch bei Tarifbindung möglich sein. Öffentliche Aufträge und Förderungen knüpfen wir an Sozialstandards und tarifliche Bezahlung.

Erforderlich ist auch, den Mindestlohn auf perspektivisch 12 Euro anzuheben – nur so sichert er eine auskömmliche Rente im Alter ab. Weil in den vergangenen Jahrzehnten die Arbeitslosigkeit besonders hoch und die Löhne niedrig waren, bekommen besonders viele Menschen, die in Ostdeutschland in den nächsten Jahren in Rente gehen, nur eine niedrige Rente. Deshalb ist die Einführung der Grundrente für uns ein großer Erfolg – sie ist gerade in Ostdeutschland für viele Menschen nicht nur eine existenzsichernde Rente, sondern auch Anerkennung für 30 Jahre Aufbauleistung unter widrigen Bedingungen. Wir werden nicht nur die Grundrente perspektivisch weiter entwickeln, sondern auch die bestehenden Ungleichheiten im Rentenrecht beseitigen. Die Bewältigung der Corona-Pandemie braucht einen aktiven Staat und eine kompetente Verwaltung. Die neu dazu gewonnene Wertschätzung vieler Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen für staatliche Handlungsfähigkeit bietet die Chance, gesellschaftliche Ungleichheiten weiter abzubauen.

Engagiert sich der Staat heute wieder stärker als Mitgesellschafter oder über Hilfspakete gilt dabei das Prinzip, dass auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (und Steuerzahlerinnen und Steuerzahler) etwas davon haben müssen – und dadurch Ungleichheit in Deutschland reduziert wird. Deshalb sollen zum Beispiel Modelle der Genossenschaft und Mitarbeiterbeteiligungen stärker genutzt werden, um so Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärker am Eigentum zu beteiligen.

Wir werden die Interessen Ostdeutschlands in der Frage der Bezahlung der Kosten der Corona-Krise deutlich machen. Aus unserer Sicht kann dies nicht auf dem Rücken der kleinen und mittleren Einkommen ausgetragen werden.

3. ZUSAMMENHALT

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland fallen nicht vom Himmel. Um dem Verfassungsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse näher zu kommen, brauchen wir neue Instrumente. Eine wachsende wirtschaftliche, soziale und damit letztlich demokratische Diskrepanz widerspricht auch dem Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger. Wachstumsregionen müssen – aus wohl verstandenem Eigeninteresse – selbst darauf aus sein, Wachstum zu kanalisieren und Erfolge auch in anderen Regionen zu ermöglichen. Es muss darum gehen, Wachstums- und Aufstiegschancen für alle zu ermöglichen. Dazu wollen wir die strukturellen Ausgangsbedingungen, aber auch die Ausgleichsmechanismen zwischen Bund und Ländern weiterentwickeln.

In allen Bundesländern gibt es heute sowohl urbane Wachstumszonen als auch periphere ländliche Räume. Bei Bundesprogrammen muss künftig erstens genauer auf die kommunale Ebene geachtet werden – um so besser auf unterschiedliche Lebensbedingungen reagieren zu können. Zweitens muss stärker auf die Unterstützungsbedürftigkeit abgestellt werden. Es ist einfacher,

öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur in wachsenden Regionen zu schaffen, als sie in schrumpfenden oder dünn besiedelten zu unterhalten – gerade diese Regionen bedürfen deshalb besonderer Unterstützung Und drittens müssen Ausgleichsmechanismen aktivierend, vorsorgend und investierend sein. Nur so kann sich die Schere zwischen „ärmeren“ und „reichen“ Regionen wirklich schließen – Ostdeutschland kann davon besonders profitieren. Dünn besiedelte Regionen sollen bei der Bereitstellung öffentlicher Infrastruktur daher einen Bonus bekommen. Das gilt für die Unterhaltung und Finanzierung von Krankenhäusern, genauso wie von Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr sowie dem Ausbau digitaler Infrastruktur oder des kulturellen Angebots. Auch bei der Beurteilung von wichtigen Verkehrsprojekten muss es beim Kosten-Nutzen-Faktor einen Bonus für dünn besiedelte Regionen geben. Auch Regionen mit überdurchschnittlich vielen jungen und älteren Bürgerinnen und Bürgern bekommen einen Bonus, da sowohl die Jüngeren als auch die Älteren stärker auf öffentliche Dienstleistungen angewiesen sind. Darüber hinaus erhalten diejenigen Landes- und Kommunalverwaltungen einen Bonus, die Programme besonders schnell und effizient umsetzen.

Wir sehen mit Sorge die Zunahme von Extremismus, Hass und Gewalt. Wir wollen einen wehrhaften Staat und lehnen Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ab. Ausgrenzung von Minderheiten und Rassismus ist menschenverachtend und schadet Ostdeutschland. Deshalb brauchen wir eine entschlossene Initiative für mehr politische Bildung entlang der gesamten Bildungskette – angefangen von den Kitas, über Politikunterricht und Medienbildung an allen Schulformen, über die Hochschulen bis hin zur Erwachsenenbildung.

Gleichzeitig müssen die staatlichen Sicherheitsorgane in ihren Funktionen so gestärkt werden, dass sie einerseits befähigt werden den wehrhaften Staat auch durchzusetzen und andererseits demokratisch und offen mit eigenen Schwachstellen umgehen.

30 Jahre nach der Deutschen Einheit müssen wir unsere demokratische Ordnung in Ostdeutschland neu beleben. Die Unterstützung in die Demokratie und die Bereitschaft sich zu beteiligen ist in Ostdeutschland geringer ausgeprägt. Wir brauchen einen echten demokratischen Aufbruch und eine gesellschaftliche progressive Bewegung im Osten, die selbstbewusst als Ostdeutsche die Demokratie und die Erfolge der Vergangenheit verteidigt sowie für mehr Gerechtigkeit und Solidarität für und im Osten kämpft. Wir unterstützen daher das Engagement von Initiativen, die sich ebenfalls diesen Zielen verpflichtet fühlen.

Die Demokratie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Überall dort, wo sie gemeinsam und aktiv ihr Zusammenleben gestalten, entsteht ganz automatisch politischer Wille und Wehrhaftigkeit gegenüber den Feinden unserer Demokratie. Der Schlüssel für die politische Mobilisierung demokratischer Strukturen liegt vor allem auch in der Stärkung der lokalen Demokratie insgesamt: neues Engagement – ganz gleich, ob für den örtlichen Kulturverein, für das soziale Miteinander im Quartier, die freiwillige Feuerwehr oder den Sport – in und für die Gemeinden schafft die Basis, dass sich dann die Bürgerinnen und Bürger wieder für Parteien, betriebliche Mitbestimmung und zivilgesellschaftliche Organisationen stärker interessieren und sich für sie entscheiden.

Für einen solchen zivilgesellschaftlichen, demokratischen Aufbruch fordern wir in jedem Ort die Einführung von Bürgerbudgets: Bewusst in Ergänzung parlamentarischer Strukturen und nicht in Konkurrenz. Ein solches Bürgerbudget, über die Bürgerinnen und Bürger mit ihren eigenen Ideen bestimmen können, erhält jede Kommune mit mehr als 1.000 Einwohnern. Einzige Voraussetzung ist, dass die Projekte der Allgemeinheit nutzen, die Bürger einen Eigenanteil am Vorhaben darlegen und das Projekt eine bestimmte Unterstützeranzahl findet. Gerade im Osten gibt es hier viele gelungene Beispiele für eine solche Beteiligung.

Die deutliche Unterrepräsentanz von Ostdeutschen in den meisten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen gilt es dreißig Jahre nach der Deutschen Einheit zu beenden. Dazu ist jetzt auch die Chance: Im Osten steht in Führungspositionen von Politik, Unternehmen und Verbänden vielerorts ein Generationswechsel an, den wir nutzen sollten, um mehr Ostdeutschen Führungsverantwortung zu übertragen. Um mehr Menschen mit ostdeutschem Hintergrund in den Führungsebenen der Institutionen zu verankern, fordern wir daher eine Selbstverpflichtung von Politik, Medien, Wirtschaft, Verbänden und Justiz. Der oder die Ost-Beauftragte der Bundesregierung soll in seinem jährlichen Bericht über Fortschritte in diesem Bereich berichten. Darüber hinaus gilt aber auch: Jenseits der Eliten sind informelle Netzwerke von hoher Bedeutung. Sie können sowohl Selbstbewusstsein schaffen, Erfahrungsaustausch und Unterstützung bieten, als auch zusätzliche Qualifikationen vermitteln. Regionale und überregionale Netzwerke, Führungsakademien und Mentorenprogramme, nicht nur für Studenten und Berufsanfänger, sollen deshalb finanziell unterstützt werden.

Wir wollen die Debatte um das Zusammenwachsen Deutschlands weiterführen. Dabei geht es darum, ost- und westdeutsche Erfahrungen zu sammeln, Transformationsforschung auszubauen, Lebensleistungen zu würdigen und mehr Begegnungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen. Deshalb befürworten wir die Errichtung eines „Instituts für Transformation und Aufbau Ost“ in Ostdeutschland, um die Erfolge der Wiedervereinigung zu würdigen, aber auch eine zeitgenössische, differenzierte und kritische Aufarbeitung der letzten Jahrzehnte zu ermöglichen und öffentliche Debatten zu führen, wie man Zusammenhalt und Chancengleichheit für Region in Transformationsgesellschaften sichern kann.

Ostdeutschland wird als Region nur erfolgreich sein, wenn es für Kreativität und Weltoffenheit, für Forschergeist und Neugier steht. Für uns ist Ostdeutschland eine Region, die Talente und Unternehmen anzieht und willkommen heißt. Nur so können Wachstum und Innovation, Arbeitsplätze und Perspektiven gedeihen. Deshalb bekämpfen wir auch jede Form von Fremdenhass und Rassismus. Wir wollen Demokratieprojekte dauerhaft unterstützen, stehen für eine verstärkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und werden zivilgesellschaftliches Engagement noch stärker unterstützen.

VORSPRUNG OST

Wir wollen zu einem neuen „Aufbruch Ost“ ansetzen. Im Mittelpunkt unserer Politik stehen deshalb auch Aufstiegschancen und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse. Alle Menschen in Deutschland sollen ähnliche Lebenschancen haben. Sie müssen die Möglichkeit zu wirtschaftlicher und sozialer Entfaltung haben, sie müssen die Bedingungen vorfinden, um ein gutes Leben führen zu können. Deshalb ist es unser Ziel, strukturelle Unterschiede zwischen Ost und West, die es immer noch gibt, zu beseitigen. Mit einem neuen Aufbruch für Ostdeutschland.

Unser Ziel ist es, mittels Investitionen in innovative Technologien, in Bildung und Forschung, in Internationalität und stabile nachbarschaftliche Partnerschaften neue Zukunftsfelder für Ostdeutschland zu erschließen und so einen „Vorsprung“ im Wettbewerb der Regionen zu schaffen. Es geht uns darum, Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates wiederherzustellen und neue Perspektiven für die Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Bundesländern aufzuzeigen.

Resolution des SPD-Parteivorstandes vom 14. September 2020

HALTUNG ZEIGEN UND HILFE LEISTEN – MIT HERZ UND VERSTAND

HILFE FÜR MORIA/AUFNAHME VON NOTLEIDENDEN SCHUTZSUCHENDEN

Der SPD-Parteivorstand hat in seiner heutigen Sitzung folgende Resolution einstimmig beschlossen:

Die Zustände in dem für 3.000 Menschen angelegten Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos sind seit langem unerträglich. Jetzt haben rund 13.000 Menschen bei den verheerenden Bränden von Moria auch noch ihr letztes Dach über dem Kopf verloren. Frauen, Männer und Kinder leben buchstäblich auf der Straße. Die Vorkommnisse sind der vorläufige Tiefpunkt einer unwürdigen Entwicklung, die Europa beschämen muss. Jetzt ist konsequentes Handeln gefordert!

Die Anteilnahme der Menschen in Deutschland ist groß. Auch die Aufnahmebereitschaft unserer Bundesländer und Kommunen ist wegweisend. Es zeigt sich erneut, wieviel Menschlichkeit, Kraft und organisatorisches Know-how in unserer Gesellschaft steckt, Menschen in größter Not mit Herz und Verstand zu helfen. Das erfüllt uns mit Stolz!

1. KONKRETE HILFE VOR ORTLEISTEN

Es gilt jetzt, in enger Kooperation mit der griechischen Regierung, schnelle humanitäre Hilfe zu leisten, um diese menschliche Tragödie vor Ort zu entschärfen. Dabei ist Eile geboten, um den obdachlosen Geflüchteten vor den bevorstehenden Herbststürmen eine sichere Zuflucht zu geben. Die professionellen Möglichkeiten des Technischen Hilfswerks und anderer Hilfsorganisationen, für deren Einsatz wir dankbar sind, müssen genutzt werden, um die griechischen Behörden bei der Sicherung und Versorgung der Menschen zu unterstützen.

Auch die Europäische Union muss nun endlich zeigen, dass wir die griechischen Kommunen und die Bevölkerung vor Ort mit den steigenden Infrastrukturbedarfen und wirtschaftlichen Auswirkungen nicht allein lassen.

2. AUFNAHMEBEREITSCHAFT NUTZEN UND VERANTWORTUNG ZEIGEN

Es gilt jetzt, Geflüchtete aus Griechenland in würdige Sicherheit zu bringen. Allein 400 unbegleitete Kinder auf mehrere EU-Staaten zu verteilen und davon 150 nach Deutschland zu bringen, ist völlig ungenügend. Das kann nur ein erster, kleiner Schritt sein. Die weit darüber hinausgehende Aufnahmebereitschaft vieler Bundesländer und Kommunen in Deutschland gilt es jetzt zu nutzen. Wir erwarten vom Bundesinnenminister, dass er diese Bereitschaft jetzt endlich konstruktiv aufgreift. Wir wollen, dass Deutschland durch ein Aufnahmeprogramm des Bundes einem maßgeblichen Anteil dieser geflüchteten Menschen schnell, organisiert und kontrolliert Aufnahme, Schutz und Perspektive bietet. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden sollte zudem die bisherigen Verteilungsmechanismen weiterentwickeln.

3. VERANTWORTUNG FÜR EINE GEMEINSAME EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK ÜBERNEHMEN

Es gilt jetzt, die Idee einer solidarischen europäischen Asylpolitik endlich gemeinsam in die Praxis umzusetzen. Das Schicksal von schutzsuchenden Menschen darf nicht weiter vom Beharren auf eine einstimmige Einigung aller Mitgliedsstaaten abhängen. Es kann nicht länger hingenommen

werden, dass die Lösung der Verteilungsfrage von Geflüchteten blockiert wird und damit das Vertrauen in ein handlungsfähiges Europa mutwillig beschädigt wird.

Deutschland hat zurzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne – und damit eine besondere Verantwortung. Wir müssen die Ratspräsidentschaft nutzen, um eine solidarische und gerechte, humanitäre und vernünftige europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik zu entwickeln. So wollen wir schnellstmöglich eine europäische Zuständigkeit zur Durchführung der Asylverfahren erreichen, die in europäischen Asylzentren durchgeführt werden. Zudem soll die EU künftig Städte und Kommunen direkt finanziell unterstützen, die sich bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen.

Unsere Humanität lässt sich von dem menschenfeindlichen Gebrüll europäischer Rechtspopulisten nicht verschrecken. Die SPD wird sich auf allen Ebenen und mit aller Kraft dafür einsetzen, diese große humanitäre Herausforderung erfolgreich zu meistern.

Resolution des SPD-Parteivorstandes vom 07. Dezember 2020

MUTIG FÜR EIN EUROPA DES MITEINANDER

Anlässlich des 50. Jahrestags von Willy Brandts Kniefall in Warschau hat der SPD-Parteivorstand in seiner heutigen Sitzung folgende Resolution beschlossen:

Wir erinnern uns, wie Willy Brandt heute vor 50 Jahren, am 7. Dezember 1970, vor dem Denkmal für den Aufstand im Warschauer Ghetto von 1943 kniete. Das Bild dieser historischen Geste ging um die Welt: Ein einstiger Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, nun erster sozialdemokratischer Kanzler der Bundesrepublik, bat stumm um Vergebung für die unermesslichen Verbrechen, die von zahllosen seiner Landsleute zwischen 1939 und 1945 an Polinnen und Polen jüdischen und nichtjüdischen Glaubens begangen worden waren. Polen wurde erstes Opfer einer gewaltsamen deutschen Besatzungsherrschaft und zentraler Schauplatz der Shoa, dem präzedenzlosen Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten.

Tief überzeugt von einer sozialdemokratischen Außen- und Friedenspolitik, die für Aussöhnung, Verständigung und Zusammenarbeit eintrat, war Willy Brandt zusammen mit Egon Bahr nach Polen gereist, um den Warschauer Vertrag zu unterzeichnen. Mit ihm erkannte die Bundesrepublik de facto die Westgrenze Polens an und beide Staaten erklärten ihre Bereitschaft zum gegenseitigen Gewaltverzicht. Bis heute steht kein Bild so eindrücklich wie der Kniefall in Warschau für den schwierigen Weg der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit ihrer NS-Vergangenheit und zu einer Verständigung im Kalten Krieg.

Willy Brandt zeigte beispiellosen Mut bei der Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn. Er bereitete den Weg für eine gesamteuropäische Friedensordnung und letztlich auch für die Einheit der Deutschen. Eine Politik, geleitet von sozialdemokratischen Werten und Prinzipien, die mit dem Friedensnobelpreis gewürdigt wurde.

Heute, 50 Jahre später, wollen wir an Willy Brandts Kniefall in besonderer Weise erinnern. Seine Geste von damals ist für uns auch jetzt noch Mahnung und Auftrag zugleich. Die im deutschen Namen verübten Verbrechen in Europa dürfen niemals relativiert oder gar vergessen werden. Die Nachbarn Deutschland und Polen verbindet heute eine enge Partnerschaft, gemeinsame Verant-

wortung für Europa und ein vielfältiger Austausch der Menschen zu beiden Seiten. Das wollen wir in nachbarschaftlicher Freundschaft miteinander stärken – ganz im Sinne der Worte Willy Brandts „Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein und werden, im Innern und nach außen“.

Der Kniefall von Willy Brandt erinnert uns auch daran, dass Frieden und Zusammenhalt in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Die Pandemie und ihre sozialen und wirtschaftlichen Folgen haben uns die innere und äußere Verwundbarkeit der Europäischen Union deutlich vor Augen geführt. Wir erleben auch, wie unserer europäischen Wertegemeinschaft, die wie keine andere für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit steht, von Innen wie auch außen auf die Probe gestellt wird.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten wir gerade in dieser herausfordernden Zeit mutig für ein neues, europäisches Miteinander ein. Für uns gehören dabei Solidarität unter den Mitgliedsstaaten sowie das Bekenntnis zu den Grundwerten, die uns in Europa verbinden und ausmachen, unteilbar zusammen. Sie voneinander zu trennen, widerspricht den bestehenden Verträgen wie auch dem Geiste der Europäischen Union. Wir wollen Europa einen. Deutschland als Motor und Mittler in Europa kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Mit einem Paradigmenwechsel in der deutschen Europapolitik haben wir erreicht, dass Deutschland gerade in einer Zeit, in der umfassende Solidarität notwendig ist, seiner Verantwortung gerecht wird. Wir haben den Weg bereitet, dass Europäerinnen und Europäer gemeinsam die Krise meistern können und der Zusammenhalt gewahrt bleibt. Diesen Weg wollen wir entschlossen und miteinander fortsetzen.

SPD

Soziale Politik für Dich.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Telefon: 030 25991 -500
E-Mail: parteivorstand@spd.de
Internet: www.spd.de

Verantwortlich: Lars Klingbeil
Erschienen: September 2022
Das Jahrbuch ist nur in digitaler Form erschienen.

SPD.DE